Gerhard Hopp

Machtfaktor auch ohne Machtbasis?

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die CSU

BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN PARLAMENTARISMUS DEMOKRATIE MACHT REGIERUNG VERWALTUNG FÖDERALISMUS POLITISCHE SOZIOLOGIE GLOBALISIERUNG POLITISCHE KOMMUNIKATION PARTEIENSYSTEM RECHTSSTAAT GERECHTIGKEIT STAAT POLITISCHE ÖKONOMIE POLITIK BUNDESTAG GRUNDGESETZ POLITISCHES SYSTEM EUROPÄISCHE UNION WAHLEN VERFASSUNG INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN POLITISCHE THEORIE PARTEIEN INSTITUTIONEN POLITISCHE KULTUR POLITISCHE ELITEN

VS VERLAG

Gerhard Hopp

Machtfaktor auch ohne Machtbasis?

Gerhard Hopp

Machtfaktor auch ohne Machtbasis?

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und die CSU

VS VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl. Dissertation an der Universität Regensburg, 2010

1. Auflage 2010

Alle Rechte vorbehalten
© VS Verlag für Sozialwissenschaften | Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2010

Lektorat: Dorothee Koch / Tanja Köhler

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist eine Marke von Springer Fachmedien.
Springer Fachmedien ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.
www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg
Druck und buchbinderische Verarbeitung: STRAUSS GMBH, Mörlenbach
Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier
Printed in Germany

ISBN 978-3-531-17559-1

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen 9

Abkürzungsverzeichnis 13

Vorwort 15

1 Zur Persistenz von Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden 17
1.1 Problemstellung: Der sudetendeutsche Einfluss auf die Tschechienpolitik der CSU 17
1.2 Forschungsstand und Quellenlage 20
1.3 Methodisches Vorgehen und Forschungsdesign 24
1.4 Einschränkungen und Wertungen 28

2 Sozialstrukturelle Theorien 29
2.1 Grundaussagen des Theoriestranges zu Parteien-Verbände-Beziehungen 29
2.1.1 Cleavage-Theorie 29
2.1.2 Milieu-Theorie nach Lepsius 31
2.1.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerung für die Fragestellung 33
2.2 Weiterentwicklung und Abstrahierung in der deutschen Forschungslandschaft 35
2.2.1 Enthistorisierung und Abstrahierung: Politisierte Sozialstruktur nach Pappi 35
2.2.2 Zweiteiligkeit des Ansatzes: Struktur- und Akteursebene 37
2.2.3 Stabilisierungs- und Destabilisierungsmechanismen von Koalitionen 40
2.3 Koalitionskontinuität trotz Veränderung der sozialen Basis 44

3 Methode der Politischen Netzwerkanalyse 47
3.1 Grundaussagen und Anwendungsmöglichkeiten 47
3.1.1 Die Netzwerkanalyse im Forschungsfeld der Politikfeldanalyse 47
3.1.2 Modelle der Netzwerkanalyse 50
3.1.3 Stabilisierungs- und Destabilisierungsmechanismen von Netzwerken 55
3.2 Typen politischer Netzwerke 58
3.2.1 Dimensionen politischer Netzwerke als Werkzeugkasten zur Analyse 58
3.2.2 Vorauswahlverfahren von geeigneten Typen zur Persistenz von Netzwerken 64
3.2.3 Klientelismus als Policy-Netzwerktyp 69
3.3 Netzwerkpersistenz trotz abnehmender Bedeutung der sozialen Gruppe 74

4 Synthese beider Theoriestränge 77
4.1 Gemeinsamkeiten und Ansatzpunkte 77
4.2 Analyserahmen und Untersuchungsgegenstand 78
4.3 Vier-Phasen-Modell zur Entwicklung des Klientelismus-Netzwerkes 79
4.4 Zentrale These und Variablenset 84

5 Entwicklung der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen 87
5.1 Variablenset zur Einordnung der abnehmenden Bedeutung einer sozialen Gruppe 87
5.2 Quantitative Dimension: Die zahlenmäßige Entwicklung der Sudetendeutschen 89
5.3 Qualitative Dimension: Integration der Sudetendeutschen 93
5.4 Zwischenfazit 108

6 Entwicklungslinien der Interessenkoalition zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft 111
6.1 Die Vertriebenenverbände als umworbene Akteure in der Nachkriegszeit 111
6.2 Die Neue Ostpolitik als „Motor" der christsozial-sudetendeutschen Annäherung 119
6.3 Persistenz des Netzwerkes im Kontext von Wiedervereinigung und EU-Osterweiterung 127
6.4 Zwischenfazit 134

7 Das Policy-Netz zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft 137
7.1 Die Dimension Akteure 137
7.1.1 Die Christlich-Soziale Union 138
7.1.2 Die Sudetendeutsche Landsmannschaft 148
7.2 Die Dimension Struktur und personelle Verflechtung 156
7.2.1 Vertriebene in den parlamentarischen Arenen der CSU 158
7.2.1.1 Die Landesebene: CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag 158
7.2.1.2 Die Bundesebene: CSU-Landesgruppe im Bundestag 166
7.2.1.3 Die europäische Ebene: CSU-Europagruppe 181
7.2.2 Vertriebene und Sudetendeutsche in der Parteiorganisation der CSU 183
7.2.2.1 CSU-Landesvorstand und CSU-Parteivorstand 183
7.2.2.2 Geschäftsführender CSU-Landesvorstand und CSU-Parteipräsidium 186
7.2.2.3 Union der Vertriebenen UdV 187
7.2.2.4 CSU-Parteivorsitzende und Bayerische Ministerpräsidenten 189
7.2.3 CSU-Funktionäre in den Vertriebenenverbänden 193
7.3 Weitere Dimensionen: Funktion, Strategien, Verhaltensregeln und Machtverteilung 197
7.4 Zwischenfazit 202

8 Der Prager Vertrag im Kontext der Ostverträge 207
8.1 Der Problemfall der „Nichtigkeit des Münchner Abkommens“ und der Prager Vertrag 207
8.1.1 Historischer Kontext: Der Prager Vertrag als Bestandteil der Ostpolitik 207
8.1.2 Strittige Punkte und Forderungen der Sudetendeutschen im Hinblick auf das Münchner Abkommen 210
8.2 Annäherung und Entspannung im Zeichen des Ost-West-Konfliktes: das Politikfeld der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen 212
8.3 Mechanismen des Policy-Netzwerkes 216
8.3.1 Vorlauf: von der Aufnahme erster Kontakte 1967 bis zum Beginn der Sondierungsgespräche zwischen Bonn und Prag 1970 216
8.3.2 Erste Phase: von der Aufnahme von Sondierungsgesprächen 1970 bis zu deren vorläufigem Abbruch im Juni 1972 219
8.3.3 Zweite Phase: von der Denkpause bis zur Unterzeichnung des Prager Vertrags im Dezember 1973 228
8.3.4 Dritte Phase: Ratifizierung des Prager Vertrages 238
8.4 Zwischenfazit 245

9 Die sudetendeutsche Frage und der Deutsch-Tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag 1992 249
9.1 Der Problemfall der Forderung des „Rechts auf Heimat“ der Sudetendeutschen und der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschafts-vertrag 249
9.1.1 Historischer Kontext: Ungelöste Fragen im Zusammenhang mit der Vertreibung und die Deutsch-Tschechoslowakische Annäherung nach 1989 249
9.1.2 Das „Recht auf Heimat“ als Oberbegriff der sudetendeutschen Forderungen in den Vertragsverhandlungen 251
9.2 Die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen zwischen Nachholbedarf, Anfangs-euphorie und europäischer Wiedervereinigung 253
9.3 Die Mechanismen des Policy-Netzwerks 256
9.3.1 Vorlauf: Annäherungen und Zeichen der Versöhnung im Kontext von Wende und Wiedervereinigung 1989-1990 256
9.3.2 Erste Phase: Vorbereitung des Nachbarschaftsvertrages im Zeichen einer Abkühlung des Verhältnisses von Juni bis Dezember 1990 261
9.3.3 Zweite Phase: Verhandlungen zum Nachbarschaftsvertrag bis zur Unterzeichnung im Februar 1992 267
9.3.4 Dritte Phase: Ratifizierung des Nachbarschaftsvertrages 279
9.4 Zwischenfazit 289

10 Die Beneš-Dekrete und der EU-Beitritt der Tschechischen Republik 293
10.1 Der Problemfall der „Beneš-Dekrete und der EU-Beitritt Tschechiens 293
10.1.1 Historischer Kontext: deutsch-tschechische Problemlagen im Osterweiterungs-prozess der EU 293
10.1.2 Die Beneš-Dekrete als rechtliche Grundlage für die Vertreibung 296

10.2 Kooperation statt Konfrontation: Die Tschechienpolitik der CSU im Politikfeldnetzwerk der „deutsch-tschechischen Beziehungen“ 297
10.3 Mechanismen des Policy-Netzwerks 299
10.3.1 Vorlauf: vom Nachbarschaftsvertrag zur Deutsch-Tschechischen Erklärung 299
10.3.2 Erste Phase: Die Beneš-Dekrete kommen auf die europäische Agenda 1998-2001 303
10.3.3 Zweite Phase: Eskalation im Wahlkampfjahr 2002 311
10.3.4 Dritte Phase: Abstimmungen über den EU-Beitritt Tschechiens 320
10.3.5 Aktivitäten der Vertriebenenverbände im Überblick 327
10.4 Zwischenfazit 328

11 Resumée und theoretische Schlussfolgerungen 331
11.1 Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse der Studie 332
11.2 Überprüfung der zentralen These und der Hypothesen 335
11.3 Überprüfung und Weiterentwicklung des Vier-Phasen-Modells 338
11.4 Privilegierte Partnerschaft auf ewig oder Übergang zur Symbolpolitik? 343

12 Bibliographie 349
12.1 Publizierte Quellen und Materialien 349
12.1.1 Regierungserklärungen, Reden und Gesetzestexte 349
12.1.2 Anträge, Parlamentsdrucksachen und -veröffentlichungen, Protokolle 350
12.1.3 Pressemitteilungen, Partei- und Verbandsveröffentlichungen 354
12.1.4 Zeitungen und Zeitschriften 356
12.1.5 Internetquellen 357
12.1.6 Umfragen 358
12.2 Unveröffentlichte Quellen und Materialien 358
12.2.1 Hintergrundgespräche 358
12.2.2 Schriftliche Mitteilungen 359
12.3 Genutzte Archive 361
12.4 Literatur 361

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Tabellen

Tabelle 1: Definition von Cleavage 34
Tabelle 2: Hypothesen zur Koalitionskontinuität nach Stinchcombe 45
Tabelle 3: Typologie von Politiknetzwerken nach Waarden 63
Tabelle 4: Typologische Übersicht der Politiknetzwerke nach Machtbeziehungen nach Beyme 63
Tabelle 5: Zweistufiges Vorauswahlverfahren zur Anwendbarkeit von Netzwerktypen für Fragestellung 65
Tabelle 6: Charakteristika der Netzwerktypen Klientelismus, Iron Triangle und Sektoraler Korporatismus nach Waarden im Überblick 68
Tabelle 7: Kategorien von Tauschleistungen in Klientelismusnetzwerken 71
Tabelle 8: Hypothesen zur Netzwerkpersistenz: 75
Tabelle 9: Hypothesen zur Stabilität von Klientelismus-Netzwerken trotz Veränderung der Sozialstruktur 76
Tabelle 10: Vertriebene Deutsche aus der Tschechoslowakei in der BRD im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes 91
Tabelle 11: Vertriebene Deutsche aus dem Gebiet der Tschechoslowakei nach den Volkszählungen 92
Tabelle 12: Angaben zur Zahl der Sudetendeutschen in der BRD und in Bayern 92
Tabelle 13: Rückkehrorientierung der Sudetendeutschen 1957-1964 100
Tabelle 14: Altersaufbau von Vertriebenen im Vergleich zu Bevölkerung und Nicht-Vertriebenen 102
Tabelle 15: Schwindende Identifikation als Vertriebene der verschiedenen Generationen – Umfrage 1996 102
Tabelle 16: Identifikation als Vertriebene in den verschiedenen Generationen - Umfrage 2002 103
Tabelle 17: Einstellungen gegenüber den deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg – allgemein und nach Altersgruppen 105
Tabelle 18: Wertungen des Kriegsendes – allgemein und nach Altersgruppen 105
Tabelle 19: Verständnis der Sudetendeutschen für die Positionierung der Landsmannschaft 107
Tabelle 20: Prozentualer Anteil von Vertriebenen in den Bundesbehörden 1952 bis 1966 115
Tabelle 21: Größe des Netzwerkes und Anzahl der Teilakteure im Überblick 156
Tabelle 22: Die Entwicklung der Vertriebenen in der CSU-Landtagsfraktion im Überblick 162

Tabelle 23: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1. Wahlperiode ab 1949 167
Tabelle 24: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2. Wahlperiode ab 1953 167
Tabelle 25: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 3. Wahlperiode ab 1957 168
Tabelle 26: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 4. Wahlperiode ab 1961 168
Tabelle 27: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 5. Wahlperiode ab 1965 169
Tabelle 28: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 6. Wahlperiode ab 1969 169
Tabelle 29: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 7. Wahlperiode ab 1972 170
Tabelle 30: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 8. Wahlperiode ab 1976 170
Tabelle 31: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 9. Wahlperiode ab 1980 171
Tabelle 32: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 10. Wahlperiode ab 1983 171
Tabelle 33: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 11. Wahlperiode ab 1987 171
Tabelle 34: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 12. Wahlperiode ab 1990 172
Tabelle 35: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 13. Wahlperiode ab 1994 172
Tabelle 36: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 14. Wahlperiode ab 1998 173
Tabelle 37: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 15. Wahlperiode ab 2002 173
Tabelle 38: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 16. Wahlperiode ab 2005 174
Tabelle 39: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 17. Wahlperiode ab ab 2009 174
Tabelle 40: CSU/CSU-Bundestagsfraktion und Vertriebene im Überblick seit 1949 175
Tabelle 41: Arbeitsgruppe Vertriebene der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 176
Tabelle 42: Mobilisierung der Vertriebenen-Abgeordneten aus CDU und CSU in der Gruppe der Vertriebenen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 177
Tabelle 43: Vertriebene in der CSU-Europagruppe ab 1979 182
Tabelle 44: Vertriebene im CSU-Landesvorstandschaft 1946-1968 184
Tabelle 45: Vertriebene im CSU-Parteivorstand ab 1970 185
Tabelle 46: Vertriebene im CSU-Parteipräsidium ab 1970 187
Tabelle 47: UdV-Landesvorsitzende im Überblick 188
Tabelle 48: Sudetendeutsche im Landesvorstand der UdV (ohne Ehrenvorsitz) 188
Tabelle 49: CSU-Parteivorsitzende und Bayerische Ministerpräsidenten 190
Tabelle 50: Der engere SL-Bundesvorstand ab 1978 194

Tabelle 51: Anteil an CSU-Vertretern in den Organen des Sudetendeutschen Rates 195
Tabelle 52: CSU-Vertreter im Präsidium des BdV 196
Tabelle 53: Entwicklung der Eigenschaften des Netzwerkes 203
Tabelle 54: Entwicklungsphasen des modifizierten Vier-Phasen-Modells im Detail 343

Abbildungen

Abbildung 1: Unterfragen der Fragestellung 19
Abbildung 2: Analyserahmen für Fallstudien 27
Abbildung 3: Gegenüberstellung von De- und Realignment 42
Abbildung 4: Realignment-Zyklus im Überblick nach Dalton/Beck/Flanagan und Eith 43
Abbildung 5: Realignment-Zyklus mit Latenzzustand der alten Koalition 44
Abbildung 6: Sinnbezüge von Politikfeld- und Policy-Netzen nach Pappi 55
Abbildung 7: Netzwerkdynamik nach Hay im Überblick 56
Abbildung 8: Entwicklungszyklus eines Netzwerkes mit Latenzzustand des alten Netzwerkes 57
Abbildung 9: Dimensionen Politischer Netzwerke im Überblick 62
Abbildung 10: Fragestellungen im Bereich der Klientelismusforschung 69
Abbildung 11: Grundmodell eines dreiteiligen Analyserahmens 78
Abbildung 12: Vier-Phasen-Modell zur Entwicklung der Partei-Verband-Koalition 80
Abbildung 13: Spezifizierung des Vier-Phasen-Modells für Klientelismus-Policy-Netzwerke 81
Abbildung 14: Klientelismus-Policy-Netzwerk in Phase 1 (Formierung) 82
Abbildung 15: Klientelismus-Policy-Netzwerk in Phase 2 (Stabilisierung) 82
Abbildung 16: Klientelismus-Policy-Netzwerk in Phase 3 (Entkopplung) 83
Abbildung 17: Klientelismus-Policy-Netzwerk in Phase 4 (Persistenz) 83
Abbildung 18: Fragestellung, zentrale These und abhängige Variable 84
Abbildung 19: Unabhängige Variablen und Hypothesen zur Netzwerkpersistenz 85
Abbildung 20: Hintergrundvariablen und Hypothesen zur Netzwerkpersistenz 85
Abbildung 21: Abhängige Variable zur Bedeutung einer sozialen Gruppe 88
Abbildung 22: Unabhängige Variablen und Hypothesen zur abnehmenden Bedeutung einer sozialen Gruppe 88
Abbildung 23: Kriterien zur Messung der Wirkung der unabhängigen Variablen 88
Abbildung 24: Übersicht über die unterschiedlichen Begrifflichkeiten in statistischen Angaben zur Gruppenstärke 91
Abbildung 25: Charakteristika und Messkriterien von Integrationsphasen 95
Abbildung 26: Korrelation zwischen Integrationsgrad, Prägekraft der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen und Bedeutung für eine Partei 109
Abbildung 27: Entwicklungsphasen des Netzwerks CSU-SL 134
Abbildung 28: Das Policy-Netz zwischen CSU und SL im Politikfeldnetzwerk 136
Abbildung 29: Handlungsarenen und Machtzentren der CSU 140
Abbildung 30: Dreistufige Unterteilung des Akteurs CSU im Überblick 146
Abbildung 31: Innen- und außenpolitische Zielsetzungen der SL 148
Abbildung 32: Dreistufige Einordnung des Akteurs Sudetendeutsche Landsmannschaft im Überblick 151

Abbildung 33: Überblick über Analyse der personellen Verflechtung 158
Abbildung 34: Entwicklung des prozentualen Anteils von Vertriebenen in der CSU-Landtagsfraktion 163
Abbildung 35: Entwicklung des prozentualen Anteils an Funktionären unter Vertriebenen in der CSU-Landtagsfraktion 164
Abbildung 36: Entwicklung des Anteils von Listenabgeordneten unter Vertriebenen in der CSU-Landtagsfraktion 165
Abbildung 37: Vertriebene aus der CSU in Führungsfunktionen in Bayern: Kabinett, CSU-Fraktionsvorstand, Landtagsausschüsse 166
Abbildung 38: Prozentuale Entwicklung des Anteils der Vertriebenen und Sudetendeutschen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und CSU-Landesgruppe 178
Abbildung 39: Prozentuale Entwicklung des Anteils an Funktionären unter Vertriebenen und Sudetendeutschen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU-Landesgruppe 178
Abbildung 40: Entwicklung des Anteils von Listenabgeordneten unter sudetendeutschen CSU-Bundestagsabgeordneten 179
Abbildung 41: Vertriebene in CDU/CSU-Bundesregierungen und dem Bundestagsfraktionsvorstand 180
Abbildung 42: These zur Persistenz von Netzwerken 336
Abbildung 43: Hypothesen zur Netzwerkpersistenz 337
Abbildung 44: Hintergrundvariablen und Hypothesen zur Netzwerkpersistenz 338
Abbildung 45: Netzwerk CSU-SL in der Annäherungsphase 1945-1960 339
Abbildung 46: Netzwerk CSU-SL in der Formierungsphase 1960-1975 339
Abbildung 47: Netzwerk CSU-SL zu Beginn der Stabilitäts- und Entkopplungsphase 1975-1990 340
Abbildung 48: Netzwerk CSU-SL während der Stabilisierungs- und Entkopplungsphase 1975-1990 340
Abbildung 49: Netzwerk CSU-SL während der Persistenzphase ab 1990 341
Abbildung 50: Modifizierung des Vier-Phasen-Modells für Klientelismus-Policy-Netzwerke 342

Abkürzungsverzeichnis

BdV	Bund der Vertriebenen
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BvD	Bund der vertriebenen Deutschen
CSU	Christlich-Soziale Union Deutschlands
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
ČSSD	Česká strana sociálně demokratická (tschechische Sozialdemokratische Partei)
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
ČSFR	Tschechoslowakische und Slowakische Föderative Republik
ČR	Tschechische Republik
ČTK	Česká tisková kancelář / Tschechische Presseagentur
DDR	Deutsche Demokratische Republik
dpa	Deutsche Presseagentur
EP	Europäisches Parlament
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
MdB	Mitglied des Bundestages
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdL	Mitglied des Landtages
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
OMV	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung
SL	Sudetendeutsche Landsmannschaft
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SR	Sudetendeutscher Rat
UdV	Union der Vertriebenen
VOL/VdL	Verband Ostdeutscher Landsmannschaften/Verband deutscher Landsmannschaften
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
ZvD	Zentralverband der vertriebenen Deutschen

Vorwort

Der Verfasser dieser Zeilen hatte bei der Erstellung der vorliegenden Untersuchung das Glück, sich mit mehreren seiner bevorzugten Interessengebiete intensiv auseinandersetzen zu können: Von den bayerisch-böhmischen Beziehungen in historischer Perspektive über die deutsche Verbände- und Parteienlandschaft bis hin zur CSU als spezielles Forschungsobjekt reicht die Spannbreite dieser Studie, die einen innen- wie außenpolitischen Bezug aufweist. Der Ausgangspunkt und Ursprung, welcher schließlich zu vorliegender Dissertation führte, liegt einige Jahre zurück und lässt sich auf eine einfache Fragestellung reduzieren, die dem Autor bereits während des Studiums ins Auge sprang: Wieso ist das Verhältnis zwischen Deutschland und speziell Bayern sowie dem tschechischen Nachbarland immer wieder Belastungen ausgesetzt, obwohl die Vorgaben eigentlich jeweils etwas anderes erwarten lassen? Die Beantwortung dieser Frage, die eher einem außenpolitischen Blickwinkel des bilateralen Verhältnisses zweier Staaten entsprang, führte im Folgenden zu einem innenpolitischen Fokus und der Beziehung zwischen Vertriebenenverbänden und Unionsparteien. Während die Frage nach den atmosphärischen Störungen vor allem zwischen Bayern und Tschechien mit historisch bedingten Problemlagen und der speziellen Beziehung zwischen Vertriebenen und Unionsparteien bzw. konkret der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf die Tschechienpolitik der CSU recht schnell beantwortet werden konnte, warf eben dies aber neue, komplexere Fragestellungen auf. Wieso blieb der sudetendeutsche Einfluss über Jahrzehnte bestehen? Welches Verhältnis zwischen Verband und Partei entwickelte sich genau? Wie wirkte sich das Netzwerk zwischen beiden Akteuren im Zeitverlauf auf diese aus? Welche Rolle spielt dabei die Entwicklung der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen und der Vertriebenen, die der Verband vertritt? Und im nächsten Schritt: Was kann eine Analyse der Verbindung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft generell zur Erklärung der Persistenz von Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden trotz Wandlungsprozessen der Gesellschaft beitragen?

So spannend sich diese Fragen im Zug ihrer Ausdifferenzierung darstellten, ebenso umfangreich und anspruchsvoll erwies sich deren Beantwortung in der vorliegenden Dissertation. Obwohl das Verfassen einer Doktorarbeit am Ende immer beim Doktoranden selbst liegt, so würde er sich ohne Unterstützung und Hilfe schwer tun. Im vorliegenden Fall gebührt einer Vielzahl an Menschen und Institutionen Dank, ohne die vorliegende Arbeit nicht in dieser Form möglich gewesen wäre. An erster Stelle ist mein Doktorvater Prof. Dr. Martin Sebaldt zu nennen, der das Vorhaben vom ersten Moment an unterstützte, immer ein offenes Ohr für meine Fragen hatte und das Projekt als profilierter Vertreter der Verbände- und Parlamentarismusforschung mit Anregungen, Tipps und konstruktiver Kritik stets in die richtige Bahn zu lenken wusste. Herzlichen Dank! Dank schulde ich auch Prof. Dr. Marek Nekula, dem Leiter der wissenschaftlichen Einrichtung „Bohemicum“ Regensburg-Passau, der die Dissertation als Zweitgutachter betreute.

Die praktische Umsetzung des Dissertationsvorhabens wäre mir ohne die finanzielle und ideelle Unterstützung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. als Stipendiat sowie als Mitglied des Promotionskollegs „Politik- und Parteienentwicklung in Europa“ nicht möglich gewesen. Für die Betreuung sei stellvertretend für alle Mitarbeiter und Referenten dem Leiter des Förderungswerks Prof. Hans-Peter Niedermeier ganz herzlich gedankt. Gleiches gilt für die weiteren wissenschaftlichen Leiter des Promotionskollegs Prof. Dr. Eckhard Jesse, Prof. Dr. Roland Sturm und Prof. Dr. Gerd Strohmeier sowie allen Mitgliedern des Kollegs, denen ich für Kritik, Hinweise und wertvolle Korrekturarbeiten danken möchte.

Recherchearbeit in Archiven und vor Ort kann einem Doktoranden niemand abnehmen. Die Hilfsbereitschaft und Geduld der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Archivs für Christlich-Soziale Politik, der Präsenzbibliothek der Hanns-Seidel-Stiftung, des Sudetendeutschen Archivs, des Instituts für Zeitgeschichte, des Parlamentsarchivs und der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages, des Parlamentsarchivs und der Bibliothek des Bayerischen Landtages, des Wissenschaftszentrums Ost- und Südosteuropa Regensburg sowie des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag haben mir vieles erleichtert und einen umfassenden, tief gehenden Einblick in die Materie überhaupt erst ermöglicht. Dank gebührt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von CSU-Abgeordneten, Parlamentsfraktionen, der CSU-Landesleitung und der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die Auskunft zu meinen Anfragen gaben. Eine wichtige Stütze bei der Erstellung der vorliegenden Studie waren die Hintergrundgespräche mit CSU-Abgeordneten aller Ebenen, Führungspersönlichkeiten von Verband und Partei, Mitarbeitern sowie Wissenschaftlern. Ihnen allen sei gedankt, dass sie ihre Zeit geopfert haben und sich für Gespräche zur Verfügung gestellt haben.

Eine große Hilfe waren mir meine Studienkollegen und Freunde an der Universität Regensburg, die mir in so mancher Diskussion neue Aspekte eröffnet und Anregungen mit auf den Weg gegeben haben. Besonderer Dank gebührt an dieser Stelle meinem „Leidensgenossen“ als Doktorand Benjamin Zeitler, der das gesamte Projekt mit wertvollen Ratschlägen, Tipps oder Korrekturgängen begleitet hat. Ein herzliches Dankeschön schulde ich zudem Dominik Hiebl, Aletta Hofmann und meinem Vater Gerhard Hopp sen. für gewissenhafte und hilfreiche Korrekturarbeiten.

Meinem Vater bin ich darüber hinaus zu großem Dank verpflichtet, da er mich sowohl im Studium als auch beim anschließenden Promotionsprojekt ohne Wenn und Aber immer bestärkt hat. Mein Dank gilt auch meiner Freundin Birgit Baudrexl für moralische Unterstützung, Geduld und Verständnis für so manche Arbeiten an der Dissertation zu späterer Stunde.

Regensburg, im März 2010

1 Zur Persistenz von Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden

1.1 Problemstellung: Der sudetendeutsche Einfluss auf die Tschechienpolitik der CSU

Nur 15 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und fast sechs Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erreichte die europäische Einigung mit der Aufnahme von zehn zum Großteil mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union im Zug der Osterweiterung 2004 ihren vorläufigen Höhepunkt. Die wiedervereinigte Bundesrepublik übernahm dabei die Rolle als „Fürsprecher" und „Sachwalter"[1] der Beitrittskandidaten wie den unmittelbaren Nachbarländern Polen und Tschechien. Vor diesem Hintergrund mögen folgende Aussagen überraschend oder sogar widersprüchlich erscheinen: So bemerkte der ehemalige tschechische Botschafter in Berlin, *František Černy*, dass das „angespannte Verhältnis zwischen Bayern und Tschechien wie ein Schatten über den deutsch-tschechischen Beziehungen"[2] liege. *Stefan Gehrold*, ehemaliger Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag, stellte fest, dass das Verhalten der CSU sowohl als Stellerin der Bayerischen Staatsregierung als auch in den parlamentarischen Gremien auf Landes-, Bundes- und Europaebene im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Tschechiens „tiefe Spuren in der tschechischen Öffentlichkeit und Politik"[3] hinterlassen habe.

Was war nun im Vorfeld des tschechischen EU-Beitritts von bayerischer Seite bzw. vonseiten der CSU geschehen, das die bayerisch-tschechischen und sogar die deutsch-tschechischen Beziehungen derart belastet? Die eigenen programmatischen Vorgaben der CSU waren dazu positiv, stellte sie doch in ihrem Programm zu den Europawahlen 1999 noch fest, dass der EU-Beitritt der mittelosteuropäischen Staaten und damit der Tschechischen Republik Priorität für die CSU einnehme.[4] Das Verhalten der CSU, das in der geschlossenen Ablehnung des Beitritts Tschechiens zur Europäischen Union durch die gesamte CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament 2003 gipfelte, entsprach diesen Vorgaben jedoch nicht. Der ehemalige Vorsitzende des Senats der Tschechischen Republik *Petr Pithart* konstatierte 2005 daher im Rahmen der 14. deutsch-tschechischen Gespräche in Jihlava (Iglau):

---

[1] *Vogel*, Heinrich, Zwischen Ost und West? Deutschland auf Standortsuche, in: Niedhart, Gottfried (Hrsg.), Deutschland in Europa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert, Mannheim 1997, S. 36-47, S. 41.

[2] Hintergrundgespräch mit *František Černy*, tschech(oslowak)ischer Botschafter in Berlin zwischen 1989 und 2001, am 18.10.2006.

[3] Hintergrundgespräch mit Dr. *Stefan Gehrold*, Leiter der Außenstelle in Prag, Tschechische Republik, und des Verbindungsbüros in Bratislava, Slowakei, der Konrad-Adenauer-Stiftung am 16.10.2006.

[4] 20 Leitsätze zur Europapolitik", CSU-Wahlprogramm von 1999, Punkt 13, beschlossen vom CSU-Parteivorstand am 12.04.1999, Bayernkurier, 17.04.1999, S. 3.

„Die politischen Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und Bayern sind schlecht und gekennzeichnet durch das Votum der bayerischen Staatspartei CSU im Europaparlament gegen die Aufnahme Tschechiens in die Union."[5]

Die Gegenstimmen der CSU-Europaparlamentarier waren für den tschechischen Botschafter *Boris Lazar* jedoch nur eine von mehreren „unfreundlichen Akten" der CSU bzw. des Freistaats Bayern gegenüber Tschechien, durch die der „Dissens zwischen München und Prag […] eine neue Qualität erhalten"[6] habe. Unstimmigkeiten zwischen Bayern und dem tschechoslowakischen bzw. tschechischen Nachbarn sind fürwahr kein Einzelfall. So stellte die CSU wiederholt ein Junktim zwischen der Abschaffung der Beneš-Dekrete, welche unter anderem die gesetzliche Grundlage für die Vertreibung der Sudetendeutschen aus dem tschechoslowakischen Staatsgebiet nach dem Zweiten Weltkrieg beinhalten, und dem EU-Beitritt Tschechiens her. Auch in langfristiger Perspektive gestaltete sich das Verhältnis der CSU zum Nachbarland ambivalent. Einerseits entwickelte die CSU früh eigenständige außen- und europapolitische Zielsetzungen, bei denen sie sich als grundsätzlich pro-europäische Partei profilierte, welche die EU-Osterweiterung sowie die Demokratisierungs- und Transformationsprozesse in Mittelosteuropa aktiv unterstützte. Andererseits waren regelmäßig historische Problemlagen im Zusammenhang mit der Vertreibung Sudetendeutscher aus der Tschechoslowakei Gründe für Belastungen der bayerisch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen, welche sich sonst wirtschaftlich, kulturell und gesellschaftlich positiv entwickelten. So stellte sich die Bayerische Staatsregierung als einziges Bundesland 1992 im Bundesrat gegen den Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag, bemängelte die CSU die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 oder verweigerte der Bayerische Ministerpräsident *Edmund Stoiber* einen Besuch in Tschechien, solange die Beneš-Dekrete fortbestanden.

Lazar identifiziert dabei einen herausragenden sudetendeutschen Einfluss auf die christsoziale Positionierung und formuliert provokant, dass eine „Übernahme der Ideologie der Landsmannschaft in die bayerische Staatsräson"[7] stattgefunden habe. In der Tat ist das zunächst widersprüchliche Verhalten der CSU offensichtlich auf eine fortwährende starke sudetendeutsche Machtposition in der Partei zurückführen. Dies ist umso erstaunlicher, da sich die Größe und die Zusammensetzung sowohl des Verbandes als auch der vom Verband vertretenen Gruppe der Sudetendeutschen verändert haben. So ist der innere Zusammenhalt der Sudetendeutschen Volksgruppe über sechs Jahrzehnte nach der Vertreibung sowie angesichts der gelungenen Integration in die deutsche bzw. bayerische Gesellschaft schwächer als noch in der Nachkriegszeit einzuschätzen. Ebenso hat die Mitgliederzahl der Sudetendeutschen Landsmannschaft von etwa 350.000 in den 1950er Jahren auf etwa 210.000 Mitglieder im Jahr 2007 abgenommen. Diese offensichtliche Schwächung des Verbandes blieb jedoch ohne Auswirkungen auf dessen Einfluss auf die CSU. Die bisherigen Befunde fort-

[5] Zit. nach: *Pánek*, Jaroslav, Reflexionen über die bayerisch-böhmischen Beziehungen, in: *Luft*, Robert und *Eiber*, Ludwig, Bayern und Böhmen. Kontakt, Konflikt, Kultur, München 2007, S. 361-375, S. 362. *Petr Pithart* unterstrich seine Haltung nochmals dadurch, dass er 2004 die Annahme der bayerischen Europamedaille aus Protest gegen das Verhalten der CSU-Europagruppe ablehnte; vgl. SZ, 06.05.2004, „Prager Senatsschef brüskiert Bayern".

[6] "Was wäre Europa ohne Vorurteile", Dr. *Boris Lazar*, tschechischer Botschafter in Berlin, im Gespräch mit der Forschungsgruppe Deutschland, Centrum für angewandte Politikforschung, http://www.cap-lmu.de/aktuell/interviews/2003/lazar.php [01.03.2007].

[7] Ebd.

während innerparteilicher Stärke der Vertriebenenfunktionäre bei gleichzeitigem Schwund ihrer sozialen Basis stehen also in einem auffallenden Widerspruch. Daher stellt sich folgende Leitfrage: Warum kann der Vertriebenenverband so großen Einfluss auf die Tschechienpolitik der CSU ausüben, wenn doch die Bedeutung seiner Volksgruppe stetig schwindet? Oder allgemeiner und systematisch gefragt: Wie lässt sich die Persistenz von Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden – im vorliegenden konkreten Fall zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft – trotz abnehmender Bedeutung der von Verbandsseite vertretenen sozialen Gruppe erklären? Diese Fragestellung zerfällt in etliche Unterfragen, die sich auf die soziale Klientel, das Netzwerk sowie deren Wechselwirkung und die Rahmenbedingungen beziehen:

Abbildung 1: Unterfragen der Fragestellung



1.2 Forschungsstand und Quellenlage

Mit sozialstrukturellen Ansätzen auf der einen sowie der Netzwerkanalyse auf der anderen Seite finden sich zwei separate Theoriestränge, die für verschiedene Szenarien entwickelt wurden und die unterschiedlichen Erklärungswert für das Verhalten und die Wechselwirkung von Parteien und Verbänden aufweisen. Als über Jahrzehnte richtungweisendes Konzept der sozialstrukturellen Theorien erwiesen sich die Arbeiten von *Seymour Lipset* sowie *Stein Rokkan*, welche die Ausgestaltung der Parteiensysteme auf sozialstrukturelle Konfliktlagen wie Arbeit vs. Kapital oder Religion vs. Säkularität zurückführen und eine grundsätzliche Begründung dafür liefern, wieso „current alignments“[8] zwischen sozialen Gruppen und Parteien gebildet werden. Die Schlussfolgerungen in Bezug auf die westeuropäischen Parteiensysteme wurden auch in der Analyse des deutschen Parteiensystems verwendet. Hier konzentrierte sich ein Großteil der Forschung auf die Wirkung von Wandlungstendenzen in der Sozialstruktur auf die Rekrutierungsbasis der Parteien (z. B. *Ronald Inglehart*).[9] Die neuere Forschung, insbesondere seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes, widmet sich im neuen gesamteuropäischen Rahmen verstärkt einer Verschiebung der Konfliktstruktur des deutschen Parteiensystems sowie deren Auswirkungen (so beispielsweise die Konzepte von *Scott Flanagan* oder *Herbert Kitschelt*).[10] Dabei liegt in Deutschland der Schwerpunkt der Forschungen zur Wechselwirkung von Sozialstruktur und Parteiensystem auf dem Wahlverhalten und der Fragestellung, in welchem Ausmaß die zentralen Konfliktlinien – die sozio-ökonomische sowie die religiös-konfessionelle – noch Bestand haben (u.a. *Jürgen Falter*, *Franz Urban Pappi*, *Walter Müller*).[11] Wie sich dauerhafte Koalitionen zwischen sozialen Gruppen und Parteien auf das Verhalten der Parteien auswirken und welche Folgen Stabilisierungs- oder Destabilisierungsprozesse der Verbindungen auf die handelnden Akteure haben, ist bislang nur ansatzweise untersucht bzw. angerissen (*Franz Urban Pappi*).[12] Eine konkrete Überprüfung, ob Aussagen von sozialstrukturellen Ansätzen zum Verhalten von Parteien bei abnehmender Bedeutung von sozialen Gruppen zutreffen, steht noch aus.

Netzwerktheoretische Ansätze als relativ neuer Forschungsbereich in der Politikwissenschaft sind als Weiterentwicklung bestehender Theorien zu sehen. Sie können dabei auf Untersuchungen der Organisationssoziologie aufbauen und entwickelten sich in der kritischen Auseinandersetzung mit den Hauptsträngen der politikwissenschaftlichen Interessenvermittlungsforschung Pluralismus und Korporatismus. Als Protagonisten dieses

---

[8] *Lipset*, Seymour und *Stein*, Rokkan (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives, New York 1967, S. 2.

[9] *Inglehart*, Ronald, Traditionelle politische Spannungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften, in: PVS 24, 1983, S. 139-165.

[10] *Kitschelt*, Herbert, The Formation of Party Systems in East Central Europe, in: Politics & Society, Nr. 1, 1992, S. 7-50; *Flanagan*, Scott, Value Change in Industrial Societies, in: American Political Science Review, 81. Jahrgang 1984, Nr. 4, S. 1303-1319.

[11] U.a. *Falter*, Jürgen und *Schoen*, Harald, Wahlen und Wählerverhalten, in: *Ellwein*, Thomas und *Holtmann*, Everhard (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Sonderheft 30 der Politischen Vierteljahrsschrift, Opladen 1999, S. 454-470; *Pappi*, Franz U., Klassenstruktur und Wahlverhalten im Wandel, in: *Kaase*, Max und *Klingemann*, Hans-Dieter (Hrsg.), Wahlen und Wähler, Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 15-30; *Müller*, Walter, Klassenstruktur und Parteiensystem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50, 1998, S. 3-46.

[12] *Pappi*, Franz Urban, Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential?, in *Brettschneider*, Frank, Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen 2002, S. 25-46, S. 36.

Ansatzes, der das Beziehungsgeflecht der an einem Politikfeld interessierten und einflussreichen Akteuren in den Vordergrund stellt, werden *Franz Urban Pappi* und *Thomas König* eingeordnet.[13] Dabei ist hervorzuheben, dass Netzwerkansätze weniger als neue, eigenständige Theorien, sondern als integrierende Modelle zu sehen sind. Sowohl in der Definition von Netzwerken als auch zu deren genauem Anwendungsbereich findet sich in der Forschung keine einheitliche Meinung.[14] Durch die Betonung des beziehungsstrukturellen Elements und der Offenheit der Theorie ergeben sich einerseits vielfältige Möglichkeiten zur Integration anderer Theoriebereiche, zur Anwendung verschiedener Analysemethoden (formelle, informelle Netzwerkanalyse) oder zur Konkretisierung des Modells durch Typologisierungen (u.a. *Patrick Kenis*, *Frans Waarden*, *Grant Jordan*, *Klaus Schubert*).[15] Aufgrund der umfassenden Anwendungsmöglichkeiten besteht andererseits jedoch die Gefahr der Theorie darin, „jeglichen politischen Problemverarbeitungsprozess, vor allem aber jegliche Implementation politischer Entscheidungen"[16] als Ergebnisse von Netzwerken abseits der demokratisch legitimierten Mechanismen anzusehen. Eine Verknüpfung des netzwerktheoretischen Ansatzes mit der Cleavage-Theorie eröffnet daher neue Erkenntnismöglichkeiten.

Die Idee von Klientelismus als besonders enger Form der Beziehung zwischen zwei gesellschaftlichen Akteuren findet sich in beiden genannten Forschungssträngen wieder. Ein umfassender Überblick über den Stand der Klientelismusforschung kann aufgrund dessen Vielschichtigkeit und Unbestimmtheit aber nicht geleistet werden. Dies ist zum einen auf die Vielzahl von Einzelstudien mit unterschiedlichen Ansätzen und zum anderen auf die forschungsfeldübergreifende Untersuchung von „Klientelismus" zurückzuführen. Im Mittelpunkt der politikwissenschaftlichen Klientelismusforschung steht die Annahme, dass eine hierarchisch strukturierte Beziehung in Form einer Dyade zwischen einem Patron sowie einem (oder mehreren) Klienten den organisatorischen und personellen Austausch sowie den Zugang zu Ressourcen und politischer Gestaltungsmacht regelt.[17] Vor allem in der Anfangsphase der Forschung wurde Klientelismus als strukturelles Merkmal für kulturanalytische sowie entwicklungstheoretische Untersuchungen politischer Systeme herangezogen, sodass in den 1970er Jahren vor allem Lateinamerika, die Mittelmeerregion sowie

---

[13] U.a. *Pappi*, Franz Urban und, *König*, Thomas, Informationsaustausch in politischen Netzwerken, in: *Jansen*, Dorothea und *Schubert*, Klaus (Hrsg.), Netzwerke und Politikproduktion, Konzepte, Methoden, Perspektiven, Marburg 1995, S. 111-131; *Pappi*, Franz Urban et al., Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik, Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze: Ein deutsch-amerikanischer Vergleich, Frankfurt/New York 1995.

[14] Zur diversifizierten politikwissenschaftlichen Forschungslandschaft zu politischen Netzwerken vgl. *Schneider*, Volker, Die Analyse politischer Netzwerke: Konturen eines expandierenden Forschungsfeldes, in: Ders. et al., (Hrsg.), Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen, Wiesbaden 2009, S. 7-27.

[15] U.a. *Schubert*, Klaus, Struktur-, Akteur- und Innovationslogik: Netzwerkkonzeptionen und die Analyse von Politikfeldern, in: *Jansen*, Dorothea und *Schubert*, Klaus (Hrsg.), Marburg 1995a, S. 222-240; *Kenis*, Patrick, und *Schneider*, Volker, Policy Networks and Policy Analyses: Scrutinizing a New Analytical Toolbox, in: *Marin*, Bernd und *Mayntz*, Renate, Policy Networks: Empirical Evidence and Theoretical Considerations, Frankfurt a.M., 1991, S. 25-59. *Waarden*, Frans van, Dimensions and Types of Policy Networks, in: European Journal of Political Research, 21/1992, S. 29-52.

[16] *Sebaldt*, Martin und *Straßner*, Alexander, Verbände in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 56.

[17] Vgl. *Roninger*, Luis, The Comparative Study of Clientelism and the Changing Nature of Civil Society in the Contemporary World, in: *Roninger*, Luis und *Günes-Ayata*, Ayse (Hrsg.), Democracy, Clientelism and the Civil Society, London und Boldor 1994, S. 1-18, S. 5.

Südostasien als Untersuchungsgegenstand fungierten.[18] Mit zunehmender Erkenntnis, dass Klientelismus kein Phänomen ist, welches im Zug von Modernisierung und Demokratisierung abklingt, sondern das vielmehr auch in modernen Gesellschaften in strukturell komplexerer Form auftritt, wurden die relativ einfachen Dyaden-Modelle erweitert.[19] In der Politikwissenschaft liegt der Forschungsschwerpunkt auf klientelistischen Mediationsformen in größeren politischen Einheiten über der Mikro-Ebene des reinen Patron-Klienten-Verhältnisses. Dabei werden einerseits auf staatlicher Ebene Kausalzusammenhänge zwischen Voraussetzungen und Konstellationen sowie Entstehung und Transformation von Klientelismus untersucht. Andererseits wird das Auftreten von Klientelismus in öffentlichen oder politischen Institutionen, Bürokratien oder Parteien analysiert.[20] Im Hinblick auf Parteien wird Klientelismus mit dem Begriff der Parteienpatronage (Party Patronage) bezeichnet, mittels derer der Aufbau klientelistischer Netzwerke als Strategie zum Erhalt von Wahlunterstützung verstanden wird.[21]

Zur Fragestellung der vorliegenden Untersuchung kristallisieren sich drei Defizite der Klientelismus-Forschung heraus: So wird erstens eine eindeutige Abgrenzung von anderen Begrifflichkeiten und Einordnungen durch das Fehlen einer allgemein anerkannten Definition von „Klientelismus“ erschwert. Darüber hinaus wurden bislang klientelistische Beziehungen zwischen Parteien und Verbänden nicht umfassend und tief gehend untersucht sowie schließlich keine langfristige, prozessuale Betrachtung der Wechselwirkung von Klientelismus-Partnern sowie der Bedeutung der Entwicklung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe vorgenommen.

Obwohl die CSU in der Parteienforschung lange Zeit als gut erforscht galt, ist die aktuelle Entwicklung der Partei nur unzureichend und häufig nur im Zusammenhang mit der CDU untersucht worden.[22] Schwerpunkt vieler Analysen in Fachzeitschriften oder Sammelbänden ist die strukturelle Entwicklung der CSU.[23] Hervorzuheben ist hierbei der Passauer Soziologe und Politologe *Alf Mintzel*, der im theoretischen Bereich der Parteienforschung und in der praktischen Analyse der CSU in den vergangenen Jahrzehnten Maß-

---

[18] Vgl. *Piattoni*, Simona, Clientelism in Historical and Comparative Perspective, in: Dies. (Hrsg.), Clientelism, Interests and Democratic Representation, Cambridge 2001, S. 1-30, S. 1 f.

[19] Vgl. *Robinson*, James und *Verdier*, Thierry, The political Economy of Clientelism, Discussion Paper No. 3205, Centre for Economic Policy Research 2002, S. 4; *Nolte*, Hans-Heinrich, Patronage und Klientel: Das Konzept der Forschung, in: Ders. (Hrsg.), Patronage und Klientel: Ergebnisse einer polnisch-deutschen Konferenz, Köln 1989, S. 1-17, S. 1 f; zur Entwicklung der Forschung siehe umfassend: *Weber Pazmiño*, Gioia, Klientelismus. Annäherung an das Konzept, Zürich 1991.

[20] Vgl. *Weber Pazmiño*, 2001, S. 3; Grundlegendes siehe: *Ziemer*, Klaus, Klientelismus, in: *Nohlen*, Dieter (Hrsg.), Staat und Politik, München 1998 S. 315-317.

[21] Vgl. u.a. *Blondel*, Jean, Party Government, Patronage and Party Decline in Western Europe, in: *Gunther*, Richard et al. (Hrsg.), Political Parties: Old Concepts and New Challenges, Oxford 2002, S. 233-256; *Kitschelt*, Herbert und *Wilkinson*, Steven, Citizen-Politician-Linkages: An Introduction, in: *Kitschelt*, Herbert und *Wilkinson* (Hrsg.), Steven, Patrons, Clients, and Policies, Cambridge 2007, S. 1-49; *Müller*, Wolfgang, Political Institutions and Linkage Strategies, in: *Kitschelt* und *Wilkinson*, 2007, S. 251-275.

[22] Vgl. z.B. *Schmid*, Josef, Die CDU/CSU nach dem September 1998: Von der Wende zum Ende?, in: *Niedermayer*, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1998, S. 63-79; *Bötsch*, Frank, Kontinuität im Umbruch. Die CDU/CSU auf dem Weg ins neue Jahrhundert, in: APuZ 50, 2000, Heft B 5, S. 12-21; *Wozny*, Benjamin, Die CDU/CSU in der Opposition 1998-2005. Politische Opposition zwischen Konfrontation, Kooperation und Regeneration, Saarbrücken 2008.

[23] Vgl. z.B. *Wichmann*, Dominik, Sommer, Sonne, Bayern. Die Strategie der CSU im Zeitalter der Popkultur, in: *Dürr,* Tobias und *Soldt*, Rüdiger, Die CDU nach Kohl, Frankfurt am Main 1998, S. 136-150; *Fahrenholz*, Peter, Die CSU vor einem schwierigen Spagat, in: APuZ 44, 1994, Heft B 1, S. 17-20.

stäbe gesetzt hat und als einer der bedeutendsten CSU-Analytiker gilt.[24] Eine umfassende systematische Analyse der CSU für den Zeitraum nach Franz *Josef Strauß* legte *Andreas Kießling* 2004 vor.[25] In einzelnen Politikfeldern – vor allem im außen- und europapolitischen Bereich – wurde die CSU bislang jedoch nur punktuell oder als Nebenprodukt untersucht.[26] Analysen der Stellung der Vertriebenenverbände im politischen System der Bundesrepublik sowie ihres Einflusses auf die Parteien wurden vorwiegend in den 1960er und 1970er Jahren erstellt, wobei diese den Schwerpunkt auf die innenpolitischen Zielsetzungen der Vertriebenenverbände legten.[27] In der neueren vor allem historisch orientierten Forschung setzte sich im englischsprachigen Bereich *Pertti Ahonen* 2003 mit der Entwicklung der Vertriebenenverbände im diachronen Verlauf seit ihrer Gründung auseinander, während sich *Matthias Stickler* in seiner 2004 erschienenen Studie auf die heimatpolitischen Zielsetzungen der Verbände zwischen 1949 und 1972 konzentrierte.[28] Den Fortgang der Verbindungen zwischen Vertriebenenverbänden und der deutschen Parteienlandschaft arbeitete *Manfred Kittel* in seiner 2007 erschienen Studie zum historischen deutschen Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik Deutschland detailliert heraus. Im Vordergrund steht jedoch erneut die historische Aufarbeitung sowie der Zeitraum von 1961 bis 1982.[29] Eine ausführliche Untersuchung, wie außenpolitische Zielsetzungen in den politischen Prozess eingebracht werden, nahm 2001 *Samuel Salzborn* vor, der sich dem Themenbereich jedoch umfassend mit Blick auf alle Vertriebenenverbände und das politische System in Deutschland widmet.[30] In seiner 2010 erscheinenden Dissertation setzt sich *Erik K. Franzen* intensiv mit dem engen Verhältnis zwischen Bayern und den Sudetendeutschen und der Schirmherrschaft des Freistaates über die Volksgruppe zwischen 1954 und 1974 auseinander.[31] Detaillierte politikwissenschaftliche Studien des Verhältnisses zwischen CSU und Vertriebenenverbänden sowie Sudetendeutscher Landsmannschaft stehen bislang noch aus. Damit ergibt sich in der politikwissenschaftlichen Forschung sowohl in theoretischer Hinsicht als auch bezüglich der CSU im Politikfeld der deutsch-tschechischen Beziehungen und dem Verhältnis von Sudetendeutscher Landsmannschaft und CSU eine Forschungslücke, die im Rahmen der Studie geschlossen wird.

---

[24] U.a.: *Mintzel*, Alf, Geschichte der CSU. Ein Überblick, Opladen 1977; ders., Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen 1978; ders., Die Volkspartei, Opladen, 1983; ders., Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1999.

[25] *Kießling*, Andreas, Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung, Wiesbaden 2004.

[26] z.B. *Hübler*, Martin, Die Europapolitik des Freistaates Bayern. Von der Einheitlichen Europäischen Akte bis zum Amsterdamer Vertrag, München 2002; *Schmöller*, Michael, Regionen weltweit vernetzt. Die regionalen Außenbeziehungen Bayerns, Marburg 2009.

[27] Vgl. z.B. *Imhof*, Michael, Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland, Marburg 1975; Wambach, *Max*, Manfred, Verbändestaat und Parteienoligopol, Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände, Stuttgart 1971.

[28] *Ahonen*, Pertti, After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe, Oxford 2003; *Stickler*, Matthias, Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2004.

[29] *Kittel*, Manfred, Vertreibung der Vertriebenen?, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 2007.

[30] *Salzborn*, Samuel, Heimatrecht und Volkstumskampf, Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover 2001.

[31] Vgl. Hintergrundgespräch mit *Erik K. Franzen*, Mitarbeiter am Collegium Carolinum (CC) e.V., Forschungsstelle für die böhmischen Länder, in München am 04.03.2009. Die Studie mit dem Titel „Der vierte Stamm Bayerns: Die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen 1954-1974“ erscheint 2010.

1.3 Methodisches Vorgehen und Forschungsdesign

Theorie

Zielsetzung der vorliegenden Studie ist, Ursachen sowie Wirkung der Persistenz politischer Netzwerke bei Veränderung der Sozialstruktur wie abnehmender Bedeutung von sozialen Gruppen und den Zusammenhang der Entwicklung von Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden sowie der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe zu untersuchen. Dabei sollen grundlegende Erkenntnisse und theoretische Folgerungen mit Anwendbarkeit auf andere Fälle der Wechselwirkung zwischen Parteien und Verbänden gewonnen werden. Der Einfluss der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf die Tschechienpolitik der CSU fungiert dabei als Untersuchungsgegenstand. Ausgangspunkt der theoretischen Konzeption stellen die zentralen Aussagen der Cleavage-Theorie sowie deren Weiterentwicklung in Form der „Politisierten Sozialstruktur“ [32] dar. Dabei sind zunächst die Grundaussagen zur Bildung von Koalitionen zwischen sozialen Gruppen und Parteien zu klären, um in einem nächsten Schritt die Annahmen dieses Theoriestranges bezüglich der Stabilisierung sowie Destabilisierung von Koalitionen herauszuarbeiten. Dabei wird der Weiterentwicklung der klassischen Cleavage-Theorie mit Blickwinkel auf das deutsche Parteiensystem wie beispielsweise durch Franz Urban Pappi besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Pappi stellt fest, dass in der Vergangenheit geschlossene Bündnisse zwischen Parteien und sozialen Gruppen von beiden Seiten stabilisiert oder destabilisiert werden können.[33] Eine Veränderung in der Koalition ist also nach Pappi durchaus möglich. Dabei konstatiert er, dass sich die Parteiführungen und die Vertreter der jeweiligen sozialen Gruppen

> „die Frage beantworten [müssen], inwieweit es sich lohnt, an dem einmal geschlossenen Bündnis festzuhalten. Insbesondere Parteiführer werden sich an den Chancen der Mehrheitsbeschaffung in demokratischen Wahlen orientieren, die sie nicht durch eine allzu enge Bindung an bestimmte, wenn möglich kleiner werdende Bevölkerungsgruppen geschmälert sehen wollen.“[34]

In der Konsequenz verliert die Interessenvertretung der sozialen Gruppe für die Partei ihren Sinn, wenn die soziale Gruppe weniger homogen wird. Als Reaktion wird eine „symbolische Aufrechterhaltung des Bündnisses aus Gründen der Parteiidentität bei gleichzeitiger Vergrößerung des politischen Freiraums“[35] erwartet. Der Fortbestand der engen Koalition zwischen der CSU und der Sudetendeutschen Landsmannschaft müsste daher von der Entwicklung der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen abhängig sein. Den sozialstrukturellen Ansätzen soll in einem zweiten Schritt die politische Netzwerkanalyse gegenübergestellt werden. Zentraler Aspekt in Bezug auf die Netzwerkanalyse ist deren Annahme, dass

---

[32] *Pappi*, Franz Urban, Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik, in: *Matthes,* Joachim (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages vom 17. bis 20. April 1979, Frankfurt a.M. 1979, S. 476.

[33] *Pappi*, Franz Urban, Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential?, in: *Brettschneider*, Frank, Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen 2002, S. 25-46, S. 35.

[34] Ebd. S. 36.

[35] Ebd.

„Eigenschaften des Netzwerkes (als unabhängige Variable) maßgeblich zur Erklärung einerseits des Verhaltens der Netzwerkakteure und andererseits des Ergebnisses ihrer Interaktion (als abhängige Variablen) beitragen."[36]

Im Hinblick auf verschiedene konkurrierende Modelle der Netzwerkanalyse bietet sich die Verknüpfung einer formalen sowie einer inhaltlichen Netzwerkanalyse an. Auf der Grundlage von klar abgegrenzten Politikfeldern als „Symbolsysteme" wird in zwei verschiedene Netze unterschieden: allgemeine Interaktionen innerhalb eines Politikfeldes, die ein Politikfeld-Netz aufspannen und „Interaktionen mit Bezug auf eine bestimmte Policy-Netzwerks,"[37] welche ein Policy-Netz darstellen. Dieses Konzept kann für die konkret zu untersuchenden Beziehungen zwischen der CSU und dem Vertriebenenverband Sudetendeutsche Landsmannschaft übernommen werden, wobei die deutsch-tschech(oslowak)-ischen Beziehungen als Politikfeld eingeordnet werden. Auf der Netzwerkebene findet sich daher eine Vielzahl staatlicher, wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Akteure, die auf den staatlichen Entscheidungsprozess und das Verhalten der CSU als Akteur des Netzwerks einwirken. Zentrale Annahme ist, dass innerhalb des Politikfeldes ein spezielles Policy-Netz zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft identifiziert werden kann, das den Vertriebenenverbänden den hohen Grad der Einflussnahme ermöglicht. Zur Analyse des Policy-Netzwerkes bietet eine dimensionale Einteilung nach *Frans van Waarden* in die Untersuchungsbereiche Akteure, Funktion, Struktur, Verfahrensregeln, Machtverteilung, Institutionalisierung und Strategie die methodische Grundlage, um als Eigenschaften des Netzwerkes zur Erklärung des Verhaltens der Netzwerkakteure bzw. das Ergebnis ihrer Interaktion beizutragen.[38] In der typologischen Einordnung des Netzwerkes soll der Form des Klientelismus besondere Aufmerksamkeit gewidmet und dessen Wirkung auf die Eigenschaften eines Netzwerkes sowie das Verhältnis zwischen Partei und Verband umfassend erarbeitet werden.

In einem dritten Schritt werden in einer Verknüpfung der verschiedenen theoretischen Herangehensweisen neue Erkenntnisse zur Beantwortung der übergeordneten Fragestellung erarbeitet: Sozialstrukturelle Konfliktlinienmodelle eignen sich prinzipiell zur Analyse der Entwicklung von Parteien und Verbänden bei abnehmender Bedeutung der von einem Verband vertretenen Klientel. An Erklärungsreichweite verlieren diese Ansätze dann, wenn kein direkter Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Größe sowie der Bedeutung der Klientel und dem Einfluss des Verbandes auf die Partei hergestellt werden kann. Der bestehende Einfluss eines Verbandes auf eine Partei kann auf die Existenz eines Netzwerkes zurückgeführt und empirisch nachgewiesen werden. Wieso das Netzwerk selbst fortbestand und welche Wechselwirkung zwischen der Entwicklung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe und dem Verhältnis zwischen Verband und Partei besteht, lässt sich allein mittels der Netzwerktheorie jedoch nicht verdeutlichen. Anhand eines Brückenschlags zwischen den Theorien wird ein Variablenset erarbeitet, das zur Erklärung der Persistenz von Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden bei Veränderungen von Bedeutung und Homogenität der sozialen Bezugsgruppe beiträgt.

---

[36] *Schubert*, Klaus, Neokorporatismus – und was dann?, in: *Woyke*, Wichard (Hrsg.), Interessenvermittlung durch Verbände, Berlin 1995b, S. 7-22, S. 18.
[37] *Pappi*, Franz Urban, Policy-Netze: Erscheinungsformen moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz?, in: *Héritier*, Adrienne, Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, PVS-Sonderheft 24/1993, S. 84-95, S. 92.
[38] Vgl. *Waarden*, 1992.

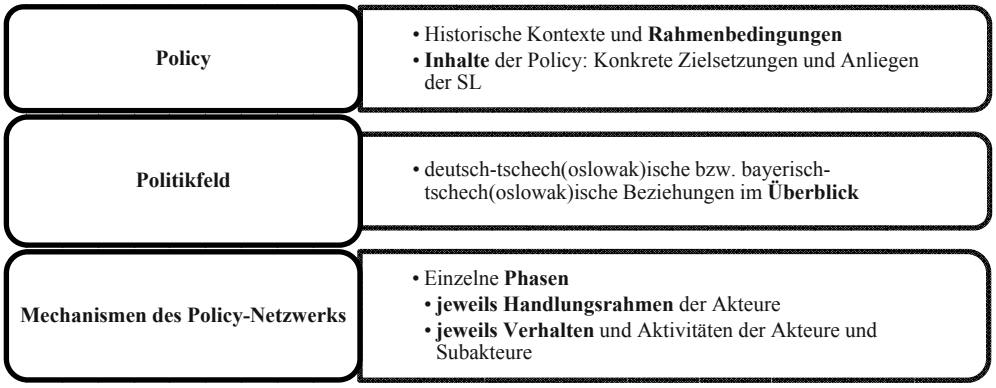
Empirie

Der erste Schritt des empirischen Abschnitts der Studie stellt die Fragestellung in den Mittelpunkt, ob und in welcher Form sich die Bedeutung und die Zusammensetzung der sozialen Gruppe der Vertriebenen bzw. der Sudetendeutschen verändert haben. Hier ist zu prüfen, ob sich der allgemeine Schwund der Volksgruppe faktisch nachweisen lässt und wie die Bedeutung der sozialen Gruppe für eine Partei einzuschätzen ist. Komplementär zur Entwicklung der Volksgruppe der Sudetendeutschen werden im Anschluss die grundlegenden Entwicklungslinien der Verbindung zwischen Verband und Partei sowie die Entstehung des Netzwerkes beleuchtet. Im nächsten Analyseschritt werden eine Netzwerkanalyse und die Charakteristika des Netzwerkes erarbeitet. Der Schwerpunkt richtet sich neben den Netzwerkakteuren dabei auf die strukturelle Betrachtung der Verbindungen im diachronen Blickwinkel. In einem dritten Abschnitt werden zusammengefasst betrachtet die weiteren Eigenschaften des Netzwerks erarbeitet.

Im letzten empirischen Abschnitt werden in drei Fallstudien anhand der Interaktionen der Akteure und Subakteure des Netzwerks in vergleichender Perspektive Gemeinsamkeiten, Unterschiede und grundsätzliche Entwicklungen des Policy-Netzwerks „in Aktion" erarbeitet werden. Hier wird eine möglichst breite Auswahl an Beispielen getroffen. So wird in einer ersten Fallstudie das Verhalten der Netzwerkakteure bei der Vorbereitung und Umsetzung der Ostverträge durch die Sozialliberale Koalition in den 1960er und 1970er Jahren herangezogen, da in dieser Phase die enge Bindung der Vertriebenenverbände an die Union im Allgemeinen und der Sudetendeutschen Landsmannschaft an die CSU im Besonderen erfolgte. Im zweiten Fallbeispiel wird anhand einer Untersuchung der Vorbereitung und Umsetzung des Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages das Verhalten der Netzwerkakteure zu einem späteren Zeitpunkt und veränderten Rahmenbedingungen wie der Regierungsbeteiligung der CSU analysiert. In einem dritten Fallbeispiel wird die Beitrittsphase der Tschechischen Republik zur Europäischen Union zwischen 1998 und 2004 behandelt. Diese Aufteilung gewährleistet, dass ein diachroner Vergleich des Verhaltens der CSU in einem früheren Stadium des Netzwerkes sowie in einer späteren Phase sowohl als Regierungspartei als auch als Oppositionspartei möglich wird.

Um eine optimale Vergleichbarkeit der unterschiedlichen Fälle zu gewährleisten, kommt bei jeder Einzelstudie ein ähnlicher Analyserahmen zur Anwendung, wobei jeweils in folgenden Schritten vorgegangen wird: Vor der Durchführung der Studie werden zunächst der Inhalt der Policy (das jeweilige Anliegen der Sudetendeutschen Landsmannschaft) im historischen Kontext und deren jeweils aktuelle Bedeutung im Detail vorgestellt. Daran schließt sich eine Analyse des Politikfeldes der deutsch-tschech(oslowak)ischen bzw. bayerisch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen an. In der Fallstudie selbst wird nach einer Unterteilung in einzelne Phasen eine Verhaltensanalyse von CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft im Policy-Netzwerk vorgenommen. Grundlage dafür bildet jeweils eine Darstellung des jeweiligen Handlungsrahmens, innerhalb dessen die Aktivitäten der CSU bzw. von christsozialen Unterakteuren sowie der Sudetendeutschen Landsmannschaft bzw. deren Aufgliederungen detailliert aufgearbeitet und analysiert werden (Vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2: Analyserahmen für Fallstudien



Methodik

Für den theoretischen Abschnitt der Studie wird primär die Methode der Sekundäranalyse angewandt. Im Bereich der Verbände- und Parteienforschung kann sowohl zu sozialstrukturellen Theorien als auch zur Netzwerktheorie auf ein umfangreiches Angebot an Sekundärliteratur zurückgegriffen werden. In einem ersten Schritt werden die Standardwerke der Cleavage-Theorien herangezogen. Im Anschluss daran wird intensiv auf die weiterführende Forschung vor allem in Bezug auf die Entwicklung des deutschen Parteiensystems eingegangen. Der zweite Schritt besteht darin, die weit gefächerte Literatur des relativ neuen Theorieansatzes der Netzwerkanalyse zu bearbeiten. Ausgehend von den grundlegenden Überlegungen werden die verschiedenen Forschungsströmungen ausgewertet und verarbeitet. Daran anschließend werden verschiedene Modelle der Netzwerkanalyse untersucht. Ein wichtiger weiterer Schritt besteht darin, die Begrifflichkeit „Klientelismus“ sowie dessen Wirkung als Eigenschaft eines Netzwerkes zu klären.[39] Darauf aufbauend werden Ansätze für eine Zusammenführung oder eine Weiterentwicklung der theoretischen Modelle erarbeitet.

Im ersten empirischen Bereich werden hinsichtlich einer verlässlichen Datenerhebung zur Entwicklung der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen neben Sekundärliteratur und Bevölkerungszahlen Ergebnisse von Befragungen herangezogen. Im zweiten Bereich des Überblicks über die Entwicklung der Verbindung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft sowie die Entstehung des Netzwerkes wird sowohl Sekundär- als auch Primärliteratur verwendet. Publizierte Quellen wie Parlamentsdrucksachen, Protokolle, Pressemitteilungen, Reden und Regierungserklärungen werden ergänzend verarbeitet. Im dritten Empirieabschnitt, der konkreten Netzwerkanalyse, kommt der Verwendung von Quellen und Primärliteratur besondere Bedeutung zu. Zum einen werden publizierte Quellen wie Parlamentsdrucksachen, Protokolle, Pressemitteilungen, Reden und Regierungserklärungen eruiert. Zum anderen tragen Hintergrundgespräche sowie Informationen in Form von persönlichen mündlichen und schriftlichen Mitteilungen zu

[39] z.B. *Weber Pazmiño*, 1991.

einer umfassenden strukturellen Netzwerkanalyse bei. Besonderer Bedeutung hat dabei, mit den Personen an den Schnittstellen von parlamentarischen, innerfraktionellen, partei- sowie verbandsinternen Gremien in Kontakt zu treten. Auf Wunsch der Gesprächspartner werden Zitate und Verweise in Fußnoten anonymisiert verwendet. Eine Übersicht aller geführten Hintergrundgespräche findet sich im Anhang. Bei der Erstellung der Fallbeispiele im vierten empirischen Abschnitt werden alle relevanten überregionalen deutschen Tageszeitungen einer Inhaltsanalyse zu unterzogen. Zusätzlich werden regionale bayerische Zeitungen sowie fakultativ tschechische Tageszeitungen ausgewertet, da diese eine umfassende Erfassung der Aktivitäten der doch zu einem gewissen Teil auf die bayerisch-tschechische Region beschränkten Akteure des Netzwerkes ermöglichen. Die empirischen Datenerhebungen beginnen in der Nachkriegszeit und erstrecken sich über mehr als sechs Jahrzehnte bis Ende 2009.

Abschließend werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung in Bezugnahme auf die Annahmen und das Variablenset des Theorieteils zusammengefasst und interpretiert. Zielsetzung ist, ausgehend von den Erkenntnissen der empirischen Überprüfung anhand des Beispiels des Einflusses der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf die Tschechienpolitik der CSU neue theoretische Schlussfolgerungen zu erhalten.

1.4 Einschränkungen und Wertungen

Im Mittelpunkt der vorliegenden politikwissenschaftlichen Studie steht die prozessuale Entwicklung der Beziehungen zwischen Parteien und Verbänden. Eine Beurteilung der historischen Problemstellungen im Rahmen des konkreten Untersuchungsgegenstands und der Fallbeispiele ist dahingegen nicht Gegenstand der Dissertation. Von Wertungen oder Einschätzungen der komplexen geschichtlichen Fragestellungen zu Recht und Unrecht der Vertreibung, dem Recht auf Heimat oder der sudetendeutschen Frage wird daher ausdrücklich abgesehen. Auch der Themenbereich der Aussiedler als neueres Feld der Vertriebenenpolitik bleibt angesichts der Konzentration auf die Sudetendeutschen außen vor.

2 Sozialstrukturelle Theorien

2.1 Grundaussagen des Theoriestranges zu Parteien-Verbände-Beziehungen

2.1.1 Cleavage-Theorie

Als „basic theory“[40] des Zusammenhangs und des Beziehungsmusters zwischen Wählerschaft und Parteiensystem wird die vergleichend angelegte Studie von *Seymour M. Lipset* und *Stein Rokkan* eingeordnet. Deren Zielsetzung ist, sowohl die Entstehung selbst als auch die Bedingungen für die Stabilität der westeuropäischen Parteiensysteme sowie deren strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten.[41] Dabei untersuchen *Lipset* und *Rokkan* den Prozess der Demokratisierung und Staatsbildung vornehmlich in Westeuropa vor einer makrosoziologischen und „historical dimension“.[42] In ihrem theoretischen Ansatz führen sie die Entstehung der westeuropäischen Parteiensysteme auf die Transformation von sozialen Gegensätzen in politische Stellungen zurück, sodass Parteien als „Ausdruck sozialstruktureller Konfliktlagen“[43] in der Gesellschaft begriffen werden. Zentrale These ist, dass sich gesellschaftliche, sozialstrukturell bedingte Interessengegensätze im Parteiensystem widerspiegeln, wobei Parteien als „alliances in conflicts over policies and value commitments within the larger body politic“[44] begriffen werden. Als besonders erhellend erweist sich die Auseinandersetzung mit der Entstehung und dem Erhalt von Bindungen zwischen Wählern bzw. deren Vertretern und politischen Parteien. *Lipset* und *Rokkan* messen den „current alignments of voters behind each of the parties“[45] zentrale Bedeutung zu, da sie Parteien als Reflexe auf soziale Konfliktkonstellationen verstehen: Interessenlagen von bestimmten sozialen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft werden unterhalb der gesamtstaatlichen Ebene von Gruppierungen wie beispielsweise Vereinigungen oder Verbänden aufgenommen und organisiert. An den aggregierten Interessen

---

[40] *Ersson*, Svante und *Lane*, Jan-Erik, Electoral Instability and Party System Change in Western Europe, in: *Pennings*, Paul und *Lane*, Jan-Erik (Hrsg.), Comparing Party System Change, London 1998, S. 23-39, S. 23.

[41] *Lipset*, Seymour Martin und *Rokkan*, Stein, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction, in: Dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967, S. 1-64; zur Studie von *Lipset* und *Rokkan* siehe u.a.: *Bürklin*, Wilhelm, Wählerverhalten und Wählerwandel, Opladen 1988; *Falter*, Jürgen W. et al., Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, in: APuZ, 40. Jg., B 37-38, S. 3-13; *Klingemann*, Hans-Dieter und *Steinwede*, Jacob, Traditionelle Kerngruppenbindung der Wähler in der Bundesrepublik. Stabilität oder Veränderung in den achtziger Jahren, in: *Klingemann*, Hans-Dieter und *Luthardt,* Wolfgang (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse, Opladen 1993, S. 49-65; *Wildenmann*, Rudolf, Wahlforschung, Mannheim 1992.

[42] *Lipset* und *Rokkan*, 1967, S. 2.

[43] *Alemann*, Ulrich von, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003, S. 100.

[44] *Lipset* und *Rokkan*, 1967, S. 5.

[45] Ebd., S. 2.

orientieren sich dann wiederum die Parteien, sodass Koalitionen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien entstehen.[46]

In theoretischer Ableitung des sogenannten AGIL-Schemas gesellschaftlicher Subsysteme nach *Talcot Parsons* unterscheiden *Lipset* und *Rokkan* mittels eines zweiachsigen Koordinatensystems in eine territoriale sowie eine funktionale Dimension von Konflikten innerhalb einer Gesellschaft.[47] Um die vorherrschenden Konfliktlinien zu ermitteln, verbinden sie systemtheoretische Betrachtungsweisen mit den historischen Prozessen der Staatsbildung, Demokratisierung sowie Industrialisierung in Westeuropa. Dadurch können vier zentrale Konflikte (Zentrum-Peripherie, Staat-Kirche, Stadt-Land, Kapital-Arbeit) identifiziert werden, welche in allen westeuropäischen Nationalstaaten – zwar nicht überall gleichermaßen stark, aber jeweils klar ersichtlich – prägend waren.[48] Die Partei- und Koalitionsbildung erfolgt entlang dieser vier Konfliktlinien. Voraussetzung dafür ist generell, dass Teile der politischen Elite den in der Gesellschaft vorhandenen Konflikt aufnehmen und in konkrete parteipolitische Organisationen umwandeln. Im Zug der Mobilisierung gesellschaftlicher (Teil-)Gruppen und deren Interessenvertretung durch die Parteien entstehen langfristige Koalitionen – „alliances" – zwischen den politischen Eliten und den Bevölkerungsteilen. Diese Institutionalisierung des Konfliktes im Parteiensystem wird als „Cleavage" eingeordnet.[49] Die Ausprägung und Wirkung der verschiedenen Cleavages sowie die jeweiligen Konstellationen in den verschiedenen Staaten machen *Lipset* und *Rokkan* von zwei Aspekten abhängig: zum einen von der jeweilig vorhandenen Sozialstruktur in den Ländern, die auf „differences in the timing and character"[50] der Revolutionen zurückzuführen sind. Zum anderen weisen die Autoren auf die unterschiedlichen „conditions for the expression of protest and the representation of interests"[51] und damit auf die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen hin. Auf dem Weg zur Etablierung eines Cleavages in Form von Koalitionen zwischen Parteien und organisierten gesellschaftlichen Gruppen müssen vier Hürden überwunden werden: legitimation, incorporation, representation, majority power.[52] Erst am Ende dieses Prozesses kann nach *Lipset* und *Rokkan* von Cleavages gesprochen werden, die nach ihrer Etablierung dann jedoch ihrerseits wiederum über lange Zeit stabilisierend auf das Parteiensystem wirken. Dessen Beständigkeit sehen *Lipset* und *Rokkan* anhand eines Vergleiches der Parteiensysteme der 1960er Jahre mit dem Zustand in den 1920er Jahren als erwiesen an, sodass sie im Rückblick ein Einfrieren der Parteiensysteme konstatieren: „[T]he party systems of the 1960´s reflect, with few but significant exceptions, the cleavage structures of the 1920´s."[53]

Aufgrund der Betonung des engen Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Parteiensystem wird der Cleavage-Theorie im Bereich der Parteien-Verbände-Beziehungen

---

[46] Vgl. *Gluchowski*, Peter et al., Sozialstruktur und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Gabriel*, Oscar W. et al, Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 372, Bonn 2001, S. 181-203, S. 182.
[47] Zum AGIL-Schema siehe: *Parsons*, Talcot, The Social System, Illinois 1951; zur Einführung siehe: *Weihe*, Ulrich, AGIL-Schema, in: *Nohlen*, Dieter (Hrsg.), Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1, Abhängigkeit – Multiple Regression, München 1992, S. 11 f.
[48] Ebd., S. 14 ff.
[49] Vgl. *Merz*, Stefan, Parteien zwischen Milieuverankerung und Abkopplung, Freiburg i.Br. 2001, S. 26 f.
[50] *Lipset* und *Rokkan*, 1967, S. 34.
[51] Ebd. S. 27.
[52] Ebd. S. 27 ff.
[53] Ebd. S. 50.

in der Rezeption ein Hang zu soziologischem Determinismus zugeschrieben, der auf eine simple Reduktion auf die Transformation von Sozialstruktur auf die politische Ebene hinauslaufe.[54] Neben den strukturellen Voraussetzungen messen die beiden Sozialwissenschaftler jedoch der Akteursebene und damit dem Handeln der Eliten durchaus Bedeutung zu, da sie hervorheben, dass „cleavages do not translate themselves into party oppositions as a matter of course".[55] Darauf wies schon früh unter anderem *Giovanni Sartori* hin, der die Theorie deswegen als „landmark"[56] bezeichnete, weil sie das Zusammenspiel von gesellschaftlichen Konfliktlagen und Elitenhandeln thematisiere. Das Handeln der Eliten als Reaktion auf die vorhandene Sozialstruktur sowie die Übersetzung der Struktur in das Parteiensystem müsse hervorgehoben werden: „Politics is no longer a mere projection, and the problem becomes translation."[57] So stellt beispielsweise *Gordon Smith* klar, dass Parteien(systeme) zwar die Konfliktlagen innerhalb der Gesellschaft widerspiegeln, aber ihrerseits führende und entscheidende Akteure sind, welche die politische Bedeutung der Cleavages bestimmen und mildernd oder verschärfend auf Konflikte wirken können.[58] Ein wichtiger Aspekt, den es in der Auseinandersetzung mit dem *Lipset/Rokkanschen* Ansatz zu beachten gilt, ist die Feststellung, dass eine dauerhafte gegenseitige Bindung von Parteien und gesellschaftlichen Gruppen erst durch fortwährende politische Artikulation durch die Parteieliten erfolgt.[59]

Insgesamt ist festzuhalten, dass der Cleavage-Ansatz zwar eine historische Perspektive einnimmt und kein geschlossenes Theoriegebilde zu den Parteien-Verbände-Beziehungen darstellt.[60] Dennoch erweist sie sich als leistungsfähig, um grundlegend Entstehung und Entwicklung von engen Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppierungen und Parteien im Zusammenhang zu erklären.

2.1.2 Milieu-Theorie nach Lepsius

Den Grundgedanken der Cleavage-Theorie, welche Parteiensysteme als Ausdruck politischer Grundorientierungen, die durch soziale Strukturzusammenhänge vorgeprägt sind, versteht, greift auch *Rainer Lepsius* in seiner Theorie der sozialen Milieus auf und

---

[54] Vgl. u.a. *Mielke*, Gerd, Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von *Lipset* und *Rokkan*, in: *Eith*, Ulrich und *Mielke*, Gerd (Hrsg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Wiesbaden 2001, S. 77-95, S. 87.
[55] Ebd. S. 72.
[56] *Sartori*, Giovanni, The Sociology of Parties. A Critical Review, in: *Stammer*, Otto (Hrsg.), Parteiensysteme, Parteiorganisationen und die neuen politischen Bewegungen, Beiträge zur 3. Internationalen Konferenz über Vergleichende Politische Soziologie, Berlin, 15.-20. Januar 1968, Berlin 1968, S. 1-25, S. 18.
[57] *Sartori*, 1968, S. 20; neben *Sartori* heben auch *Rainer Lepsius*, *Franz* Urban *Pappi* oder *Gordon Smith* die Bedeutung des Handelns der Eliten in Reaktion auf die vorhandene Sozialstruktur in der Cleavage-Theorie hervor; vgl. *Lepsius*, Rainer, Stein *Rokkans* Beitrag zur vergleichenden Strukturforschung Westeuropas, in: ZfS, 9. Jg. 1980, S. 115-117; *Pappi*, Franz Urban, Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: PVS, 14.Jg., S. 191-213, S. 193; *Smith*, Gordon, Europäische Parteiensysteme – Stationen einer Entwicklung?, in: *Falter*, Jürgen et al. (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984, S. 14-22, S. 20.
[58] Vgl. *Smith*, 1984, S. 20.
[59] Vgl. *Gluchowski*, 2001, S. 182.
[60] Vgl. *Rae*, Douglas W. and *Taylor*, Michael, The analysis of political cleavages, New Haven 1970, S. 13.

spezifiziert diesen für das deutsche Parteiensystem.[61] In noch stärkerem Maß als der Cleavage-Ansatz hebt er den strukturellen Bezugsrahmen hervor. So ordnet *Lepsius* es sogar als „Gefahr" ein, „im Verhalten der Parteien selbst die entscheidende Variable zu sehen".[62] Untersuchungsgegenstand ist das deutsche Parteiensystem des Kaiserreichs und der Weimarer Republik zwischen 1871 und 1928, sodass auch er einen historischen Blickwinkel einnimmt. Die „bemerkenswerte Stabilität"[63] des Parteiensystems führt *Lepsius* auf die sozialen Strukturbedingungen zurück:

> „Das Parteiensystem ist in seiner jeweiligen Entstehung und Erhaltung jedoch Ausdruck bestimmter vorpolitischer sozialer Konstellationen […]. Es ist Ausdruck und Träger bestimmter politischer Grundorientierungen, die durch soziale Strukturzusammenhänge vorgeprägt sind und konstitutive soziale Konflikte innerhalb einer Gesellschaft reflektieren."[64]

Auch bei *Lepsius* gehen soziale Gruppierungen und Parteien Koalitionen ein, die er als Mobilisierung politischer Gesinnungsgemeinschaften einordnet. Diese Verbindung von Parteien mit bestimmten Wählergruppen bleibt kontinuierlich bestehen, da die Parteien auf die einmal mobilisierten Gesinnungsgemeinschaften fixiert bleiben sowie die Konflikte ritualisiert und fortgeschrieben werden. Den Grundgedanken entwickelt er weiter, indem er die Stabilität des deutschen Parteiensystems auf seine „unmittelbare[ ] Verbindung mit je relativ geschlossenen Sozialmilieus" zurückführt. Der Begriff der „sozialmoralischen Milieus" stellt eine Konkretisierung von „Sozialstruktur" und „Gesinnungsgemeinschaften" dar. In Anlehnung an *Carl Amery* wählt *Lepsius* diesen Ausdruck, um die Enge des klassentheoretischen Ansatzes zu überwinden und den Bezugsrahmen weiter stecken zu können.[65] Als „Milieu" wird eine soziale Einheit,

> „die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen, gebildet"[66]

wird, bezeichnet.[67] Für sein Untersuchungsobjekt Deutschland identifiziert *Lepsius* mit dem katholischen, liberalen, konservativen und sozialistischen insgesamt vier Milieus, die sich in entsprechenden Parteienkonstellationen niedergeschlagen haben.[68] Trotz der offensichtlichen konzeptionellen Nähe zum Cleavage-Modell sind bestimmte Abweichungen und Differenzierungen festzustellen. So geht *Lepsius* im Unterschied zum Cleavage-Ansatz

---

[61] Vgl. *Engel*, Andreas, Regionale politische Traditionen und die Entwicklung der CDU/CSU, in: *Oberndörfer*, Dieter, und *Schmitt*, Karl (Hrsg.), Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 89-124, S. 92.

[62] *Lepsius*, Rainer M., Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: *Abel*, Wilhelm et al, Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich *Lütge*, Stuttgart 1966, S. 371-391, S. 376.

[63] Ebd., S. 377.

[64] Ebd., S. 376.

[65] Vgl. ebd. S. 382 f; *Amery*, Carl, Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute, Reinbeck 1963.

[66] Ebd. S. 383.

[67] Der Begriff „Milieu" ist damit weiter gesteckt als „Klasse", als Ergänzung wird „politisch-soziales Milieu" vorgeschlagen, vgl. *Oertzen*, Peter von, Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlich-politischen Handelns, in: *Bremer*, Helmut und *Lange-Vester,* Andrea (Hrsg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur, Wiesbaden 2006, S. 37-72, S. 52; zur Begriffsklärung von „Milieu", „Lager" und „Cleavage" siehe *Rohe*, Karl, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt a.M. 1992, S. 19-29.

[68] Ausführlich zum Zusammenspiel Milieu-Partei in den Einzelfällen siehe *Lepsius*, 1966, S. 383-391.

intensiver auf die Bedeutung intermediärer Organisationen zwischen der Gesellschaft und den Parteien ein: Verbände oder Vereinigungen sind es, die sicherstellen, dass sozialmoralische Milieus zu Gesinnungsgemeinschaften werden. Parteien treten ihrerseits als politische Aktionsausschüsse der Milieus auf, die dessen Erhaltung anstreben und in ihrer politischen Aktivität in der Komplexität der Interessen ihres jeweiligen Milieus verfangen bleiben. Durch diese enge Verbindung zwischen den sogenannten Milieu-Parteien und bestimmten gesellschaftlichen Gruppen lässt sich ebenso Stabilität wie auch Niedergang des Parteiensystems erklären. So kann das Zerfallen des Parteiensystems in der Weimarer Republik auf die Persistenz der Parteien-Milieu-Verbindungen zurückgeführt werden, da Parteien trotz schrumpfenden, stagnierenden oder sich in Auflösung befindlichen Milieus weiterhin auf diese fixiert blieben.[69]

Als aufschlussreich für die Fragestellung der vorliegenden Studie erweisen sich zwei Punkte: zum einen die Feststellung, dass das deutsche Parteiensystem nicht nur enge Verbindungen zu sozio-kulturellen Milieus unterhält, sondern diese Bindungen und Koalitionen zwischen Parteien und bestimmten sozialen Gruppen trotz Veränderungen innerhalb der Milieus fixiert blieben.[70] Zum anderen weist *Lepsius* in diesem Zusammenhang auf die Gefahren einer zu starken Konzentration einer Partei auf ein entsprechendes Sozialmilieu hin: Dies habe zur Folge, dass die Partei mehr der Aufrechterhaltung der Autonomie des Milieus als dessen Integration in die Gesellschaft diene, sich der Aktionsbereich der politischen Führung der Partei durch die Verengung auf das Milieu verringere und sich so Milieu und Partei gleichermaßen zunehmend isolieren würden.[71] Ebenso wie der Cleavage-Ansatz thematisiert die Milieu-Theorie somit den Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Parteiensystem. Darüber hinaus arbeitet sie in stärkerem Maß als *Lipset* und *Rokkan* die Bedeutung von intermediären Organisationen als Mittler zwischen Milieu und Partei heraus. Eine umfassende theoretische Konzeption zur Erklärung der Entstehung, Entwicklung und Persistenz von Koalitionen zwischen bestimmten sozialen Gruppen und Parteien gerade bei Veränderungen innerhalb der Sozialstruktur liefert *Lepsius* jedoch ebenso wie der Cleavage-Ansatz nicht.

2.1.3 Zusammenfassung und Schlussfolgerung für die Fragestellung

Beim Versuch, sowohl das Cleavage- als auch das Milieu-Konzept zur Beantwortung einer Fragestellung der modernen Parteien-Verbände-Beziehungen nutzbar zu machen, ist zu beachten, dass beide Ansätze den historischen Kontext der politischen Entwicklung Westeuropas im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert berücksichtigen und daher eher als „systematisierte Entwicklungsgeschichte[n]“[72] denn als umfassende Theorien zu sehen sind. Dies zeigt auch ein Überblick über das theoretische Werk Stein *Rokkans*, bei dem deutlich

[69] Vgl. ebd., S. 383 f.
[70] Ebd. S. 391.
[71] Vgl. ebd., S. 383 ff.
[72] *Elff*, Martin, Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten. Die Bedeutung politischer Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Demokratien, Baden-Baden 2006, S. 38.

wird, dass er sich „nur auf die Entwicklungsphase der europäischen Massendemokratie“[73] bezieht und folglich Fragestellungen hinsichtlich Beziehungsmustern von Gesellschaft und Parteien bei voll etablierten Parteiensystemen vernachlässigt. Wie in den voranstehenden Abschnitten bereits herausgearbeitet wurde, stehen bei diesen sozialstrukturellen Theorieansätzen gesellschaftliche Spaltungsstrukturen und deren Umsetzung in Parteiensysteme im Vordergrund.[74]

Diese Spaltungs- oder Konfliktstrukturen stellen als „Cleavages“ den Schlüsselbegriff zur Entstehung von Parteiensystemen sowie zum Verhältnis von Parteien und sozialen Gruppen dar. Da keine allgemeingültige Definition eines „Cleavages“ existiert,[75] bedürfen sie einer Abgrenzung: Allgemeiner verstanden stellen sie dauerhafte politische Konflikte dar, die in der Sozialstruktur verankert sind und im Parteiensystem Ausdruck gefunden haben.[76] Konkreter formuliert sind sie dauerhafte Koalitionen von politischen Eliten mit den Vertretungen von sozialen Gruppen, d.h. von Parteieliten mit den Führungen von Interessenverbänden, die ihrerseits soziale Gruppen vertreten.[77]

Tabelle 1: Definition von Cleavage

Allgemein	Konkret
• dauerhafte politische Konflikte • in der Sozialstruktur verankert • Ausdruck im Parteiensystem	• dauerhafte Koalitionen von politischen Eliten mit den Vertretungen von sozialen Gruppen • d.h. von Parteieliten mit den Führungen von Interessenverbänden, die ihrerseits soziale Gruppen vertreten.

Eine detaillierte theoretische Erklärung, nach welchen Mechanismen die Koalitionsbildung zwischen politischen Eliten und gesellschaftlichen Gruppen in Reaktion auf Spaltungsstrukturen abläuft, leisten die vorliegenden Theorieansätze nicht. Vielmehr wird eine bestehende Wechselwirkung zwischen Parteien und intermediären Organisationen als Zwischenschaltungen zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppierungen festgestellt, wobei das Bild der genauen Ausgestaltung der Koalition ebenso wie der Entstehungsprozesse unscharf bleibt. Auch wenn Sozialwissenschaftler wie *Arthur Stinchcombe* oder *Giovanni Sartori* herausarbeiten, dass die Cleavage-Theorie nicht nur die Strukturvoraussetzungen, sondern auch die Aktivität der Eliten bei der Bildung von Koalitionen zwischen Parteien

[73] *Rokkan*, Stein, Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie *Stein Rokkans*, aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von *Peter Flora*, übersetzt von *Elisabeth Fix*, Frankfurt a.M. 2000, S. 71.
[74] Vgl. ebd., S. 31 ff.
[75] Zur Problematik der Definition von „Cleavage“ siehe *Elff*, 2006.
[76] Vgl. *Best*, Heinrich, Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur: theoretische Aspekte historisch und interkulturell vergleichender Analysen, in: *Best*, Heinrich (Hrsg.), Politik und Milieu, Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, 1999, S. 3-18, S. 8.
[77] Vgl. u.a. *Stinchcombe*, Arthur L., Social Structure and Politics, in: *Greenstein*, Fred I. und *Polsby*, Nelson W. (Hrsg.), Macropolitical Theory, Reading Massachusetts 1975, S. 557-622, S. 574; *Weßels*, Bernhard, Gruppenbindung und Wahlverhalten: 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Klein*, Markus et al.(Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 129-158, S. 132; *Müller*, Wolfgang, Sozialstrukturelle Cleavages bei Bundestagswahlen in Theorie und Empirie. Persistenz, Realignment oder Dealignment?, Frankfurt a.M. 1999, S. 82.

und gesellschaftlichen Gruppierungen thematisiert, bemängeln sie doch die Übervereinfachung des Zusammenhangs zwischen Sozialstruktur und Parteiensystemen sowie das Ausbleiben von Aussagen zu den nötigen Bedingungen zur Stabilität von Koalitionen zwischen sozialen Gruppen und Parteien. Daher regen sie eine Anreicherung um elitentheoretische Konzeptionen an.[78]

2.2 Weiterentwicklung und Abstrahierung in der deutschen Forschungslandschaft

2.2.1 Enthistorisierung und Abstrahierung: Politisierte Sozialstruktur nach Pappi

Im Hinblick auf eine vergleichende makrosoziologische Analyse der Entstehung vor allem des westeuropäischen Parteiensystems kann dem Cleavage-Modell trotz aller Kritikpunkte erhebliche konzeptionelle Vorarbeit zugeschrieben werden. Dessen Erklärungsreichweite zeigt sich im Beitrag von *Juan Linz*, der die deutsche Parteienlandschaft in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland nachvollziehbar anhand des Konzeptes von *Lipset* und *Rokkan* analysiert.[79] Zur Untersuchung von neueren Entwicklungstendenzen der Parteiensysteme in Europa im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen wird in der Forschung jedoch vorgeschlagen, das Konfliktlinien-Modell „allgemeiner und abstrakter"[80] zu formulieren und somit eine Enthistorisierung vorzunehmen. Gleichzeitig weist unter anderem *Gerd Mielke* darauf hin, die sozialstrukturellen Erklärungsansätze um deutsche Besonderheiten und „Eigentümlichkeiten", wie u.a. von *Rainer Lepsius* herausgearbeitet, anzureichern.[81]

Der Schwerpunkt der deutschen Forschung zum Zusammenhang zwischen Sozialstruktur und Parteiensystem liegt auf der Erklärung des Wahlverhaltens. Dabei stehen mit der sozio-ökonomischen und der religiös-konfessionellen in Deutschland zwei Konfliktlinien im Vordergrund, deren Prägekraft untersucht wird.[82] Vor dem Hintergrund eines diagnostizierten Wertewandels in der Gesellschaft sowie neuer Konfliktlinien[83] wird eine „abnehmende[ ] Prägekraft der Sozialstruktur für das Wahlverhalten"[84] festgestellt. Im Mittelpunkt der Forschungsansätze stehen die Veränderung des Wahlverhaltens und die durchaus kontroverse Diskussion der These einer Abnahme affektiver Parteibindungen an die politischen Parteien.[85] Diese Konzentration auf die Entwicklung des Wahlverhaltens

[78] Vgl. *Stinchcombe*, 1975, S. 575 ff; *Sartori*, 1968, S. 23.
[79] Vgl. *Linz*, Juan J., Cleavage and Consensus in West German Politics: The Early Fifties, in: *Lipset* und *Rokkan*, 1967, S. 283-321.
[80] *Mielke*, 2001, S. 79.
[81] Ebd. S. 81.
[82] U.a. *Müller*, Walter, Klassenstruktur und Parteiensystem. Zum Wandel der Klassenspaltung im Wahlverhalten, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50, 1998, S. 3-46, S. 39.
[83] Vgl. *Inglehart*, Ronald, Wertwandel und politisches Verhalten, in: *Matthes*, Joachim (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa, Frankfurt a.M. 1979, S. 505-533; Ders., The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977; Ders., The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society, in: *Dalton*, Russel; *Flanagan*, Scott C. und *Beck*, Paul A. (Hrsg.), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment? Princeton 1984, S. 25-69.
[84] *Bürklin*, Wilhelm und *Klein*, Markus (Hrsg.), Wahlen und Wählerverhalten, 1998, S. 81.
[85] Vgl. u.a. *Gluchowski*, Peter und *Plasser*, Fritz, Zerfall affektiver Parteibindungen in Deutschland und Österreich, in: *Plasser*, Fritz et al. (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich,

schränkt den möglichen Anwendungsbereich der Cleavage-Theorie bzw. seiner Weiterentwicklungen aber unnötig ein. Daher wird eine theoretische Neuorientierung vorgeschlagen, durch die nicht nur Veränderungen in den sozialstrukturellen Kategorien, sondern auch auf der Ebene der Parteieliten und deren Strategien untersucht werden sollen. Diesen Perspektivwechsel von einem vornehmlich soziologischen Blickwinkel, der Parteiensysteme als Resultat von sozialstrukturellen Konfliktlagen begreift, hin zu einem politologischen Ansatz mit stärkerer Betonung der Rolle der politischen Elite regte unter anderem *Karl Rohe* an.[86] In eine ähnliche Richtung weist *Heinrich Best*: Die im Cleavage-Modell bereits herausgearbeitete Ergänzung einer „Bottom-up"-Sichtweise durch eine „Top-down"-Perspektive mittels einer ergänzenden Elitentheorie solle größere Beachtung erfahren.[87]

Wegweisende Vorarbeit bei der begrifflichen Klärung von engen Beziehungen zwischen sozialen Gruppen und Parteien leistete *Franz Urban Pappi*, der den Begriff der „politisierten Sozialstruktur" als Verallgemeinerung der Verbindung zwischen Gesellschaft und Parteiensystem einführte. Eine politisierte Sozialstruktur zeichnet sich nach *Pappi* dadurch aus, dass „wichtige soziale Gruppen dauerhafte Koalitionen mit politischen Parteien geschlossen haben".[88] Grundvoraussetzung für die Entstehung von politisierten Sozialstrukturen ist die Annahme, dass zur Durchsetzung von materiellen sowie ideellen Interessen von Bevölkerungsgruppen feste Koalitionen mit bestimmten Parteien eingegangen werden.[89] Eine wichtige Rolle zur Etablierung der Koalitionen nehmen Verbände ein. Diese stellen als Organisationen „Gelegenheitsstrukturen für Interaktion und Identifikation"[90] bereit, aggregieren die Sonderinteressen ihrer Mitglieder unterhalb der gesamtstaatlichen Ebene und artikulieren die Ziele schließlich im politischen Willensbildungsprozess.[91] Da die Entstehungsphase einer politisierten Sozialstruktur auf Elitenebene stattfindet, kommt den Verbänden als intermediäre Organisationen zwischen Gesellschaft und Politik bzw. den Verbandseliten als Vertreter der sozialen Gruppen eine wichtige Rolle zu.[92] Bereits bestehende soziale Allianzen werden durch sie abgestützt.[93] Im Grundsatz stellen diese Repräsentationskoalitionen zwischen Parteien und sozialen Gruppen bzw. deren Vertretern Bündnisse zur Durchsetzung von Zielen beider Seiten dar. Daher fallen für die Parteien sowie die Verbände unterschiedliche Aufgaben an: Die Parteien übernehmen die

---

Frankfurt a.M. 1999, S. 3-30; *Klingemann*, Hans-Dieter und *Steinwede*, Jacob, Traditionelle Kerngruppenbindung der Wähler, in: *Klingemann*, Hans-Dieter und *Luthardt*, Wolfgang, 1993, S. 49-65; *Brettschneider*, Frank et al., Sozialstruktur und Politik: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: *Brettschneider*, Frank et al. (Hrsg.), Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen 2002, S. 7-24.

[86] *Rohe*, 1992, S. 24; Zum Wechsel hin zu politologischer Sichtweise äußerte sich schon früh *Giovanni Sartori*, vgl. *Sartori*, 1968, S. 20.

[87] *Best*, 1989, S. 3-18; aus internationaler Perspektive siehe: *Evans*, Geoffrey, The Continued Significance of Class Voting, in: Annual Review of Political Science 3, 2000, S. 401-417, S. 413.

[88] *Pappi*, Franz Urban, Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen, in: *Klingemann*, Hans-Dieter und *Kaase*, Max (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozess. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986, S. 369-384, S. 369.

[89] Ders., Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Matthes*, Joachim (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa, Frankfurt a.M. 1979, S. 465-479, S. 465.

[90] *Weßels*, 2000, S. 131.

[91] Vgl. *Bürklin* und *Klein*, 1998, S. 74; Vgl. zu Funktionen von Verbänden siehe: *Sebaldt* und *Straßner*, 2004, S. 22 f.

[92] Vgl. *Pappi*, 2002, S. 32.

[93] Vgl. *Weßels*, 2000, S. 132.

Vertretung der Interessenpositionen, während die Verbände vor allem elektorale Unterstützung zusichern. Die Initiative zur Bildung der Koalition kann gleichermaßen von beiden Seiten ausgehen.[94] Weiter lässt sich generalisieren, dass Koalitionen zwar Bestätigung durch und aktives Handeln vonseiten der beteiligten Akteure benötigen, sie jedoch nicht immer wieder von Neuem ausgehandelt werden, sondern stets auf Basis der bereits bestehenden Koalition. Daraus folgt, dass existierende Repräsentationskoalitionen zwischen Parteien und sozialen Gruppen bzw. ihren Vertretungen den Handlungsspielraum der Eliten sowohl auf Parteien- als auch auf Verbandsebene einschränken.[95]

Als „abgeschwächte Variante des Konfliktlager-Modells“[96] bezeichnet in diesem Zusammenhang *Theo Schiller* das Beziehungsmuster der Interessenkoalition zwischen Parteien und Verbänden. Dieses Kooperationsmodell, bei dem ausschließlich Partei- und Verbandseliten die handelnden Akteure sind, zeichnet sich durch Dauerhaftigkeit, programmatische Nähe, personelle und organisatorische Verflechtung sowie große Interaktionshäufigkeit aus. Dabei stellt die Interessenkoalition nach *Schiller* nur eine von verschiedenen generell möglichen Ausprägungen der Partei-Verbände-Beziehungen dar. Als erklärungsrelevant für deren konkrete Gestalt werden mit gesellschaftlichen Konfliktlinien und der Staatsorganisation zwei makrostrukturelle Dimensionen eingeordnet, sodass der Sozialstruktur zwar große, jedoch nicht umfassende Erklärungskraft für die Ausprägung von Parteiensystemen zugeschrieben wird.[97] Im Mittelpunkt seines Ansatzes steht weniger eine Konzeptualisierung von Entstehungs- und Weiterentwicklungsmechanismen der Koalitionen, sondern vielmehr der Versuch einer Typologisierung der Parteien-Verbände-Kooperationen. So lässt sich mithilfe von Definitionskriterien wie organisatorischer Verflechtung, ideologisch-programmatischer Verwandtschaft, politischer Interessenrepräsentation durch die Partei sowie Wählerunterstützung durch den Verband für die Partei in Typen einer Bandbreite zwischen starker und schwacher Kooperation unterscheiden.[98]

2.2.2 Zweiteiligkeit des Ansatzes: Struktur- und Akteursebene

Zentrale Aufmerksamkeit der vorliegenden Studie gilt dem Verhältnis sowie der Wechselwirkung zwischen Gesellschaft und Parteiensystem sowie dem Zugang von organisierten Interessen zum politischen Wettbewerb. *Ulrich Eith* weist darauf hin, dass sich Ausprägungen ebenso wie Veränderungen des politischen Wettbewerbs in „idealtypischer Zuspitzung“[99] vor zwei theoretischen Horizonten analysieren lassen können. Wird eine strukturelle, makrosoziologische Perspektive – zu der der Cleavage-Ansatz zu rechnen ist – gewählt, sind Parteiensysteme als Ausdruck institutionalisierter Konflikte eines Gemeinwesens zu verstehen. Sozialen Konfliktkonstellationen und Wandlungsprozessen wird

[94] Vgl. *Stinchcombe* 1975, S. 575; *Müller*, 1999, S. 82; *Elff*, 2006, S. 3.
[95] Vgl. *Gluchowski*, 2001, S. 183; *Bürklin* und *Klein*, 1998, S. 74; *Stinchcombe*, S. 578.
[96] *Schiller*, Theo, Parteien und Interessenverbände, in: *Gabriel*, Oscar W. et al (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, S. 447-465, S. 453.
[97] Vgl. ders., Verbände und Parteien, in: *Winter*, Thomas von und *Willems*, Ulrich (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden 2007, S. 439-464, S. 442 f.
[98] Ders., 2001, S. 453.
[99] *Eith*, Ulrich, Zur Ausprägung des politischen Wettbewerbs in entwickelten Demokratien. Zwischen gesellschaftlichen Konflikten und dem Handeln politischer Eliten, in: *Eith*, Ulrich und *Mielke*, Gerd (Hrsg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Wiesbaden 2001a, S. 17-33, S. 17.

damit große Wirkungskraft auf den politischen Wettbewerb sowie die Entwicklung des Parteiensystems zugeschrieben.[100] Einen akteursorientierten Blickwinkel nehmen dahingegen Studien in der Tradition der ökonomischen Theorie der Politik ein, welche die politischen Prozesse als Marktgeschehen interpretieren.[101] Politische Parteien treten dabei als Anbieter von politischen Programmen auf, während die Wählerschaft auf der Nachfrageseite als Käufer eingeordnet wird. Um ihre Hauptziele der Stimmenmaximierung und des Wahlsieges zu erreichen, orientieren sich die Parteieliten an den mehrheitsfähigen Interessen der Wähler.[102] In dieser Perspektive kommt den Parteien als Akteure eine herausragende Rolle zu, da sie mittels ihrer politischen Konzeptionen und Angebote an die Wähler den politischen Wettbewerb strukturieren und selbst Einfluss auf die gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse ausüben können. Der politischen Führung wird daher große Bedeutung beigemessen.[103]

Mit Blick auf das Cleavage-Modell stellen *Eith* und *Merz* in der Forschungsrezeption eine Überzeichnung der Strukturperspektive fest, durch die hinter den theoretischen Stand der Cleavage-Theorie zurückgefallen würde, da diese – wie schon *Giovanni Sartori* betonte – „ganz entscheidend auf das Zusammenspiel von strukturellen und akteursorientierten Momenten abhebt".[104] Auch *Bürklin* und *Klein* verweisen darauf, dass das Cleavage-Modell als Synthese stratifikationstheoretischer und institutioneller Ansätze, die sowohl die sozialen Gegebenheiten als auch das Verhalten der politischen Elite berücksichtigen, zu verstehen ist.[105] Vor allem hinsichtlich der Akteure wird von verschiedener Seite stärkere Berücksichtigung angeregt, die deren führende Rolle bei der Ausgestaltung des Parteiensystems heraushebt.[106] *Ulrich Eith* merkt an, dass das Cleavage-Modell keinen soziologischen Determinismus vertrete und damit das Parteiensystem nicht auf ein reines Epiphänomen der Sozialstruktur reduziert werden könne.[107] Das Verhältnis und die Wechselwirkung von Parteiensystem und Sozialstruktur sind somit nicht als Automatismus zu sehen, sondern laut *Franz Urban Pappi* als „veränderliche Größe",[108] bei der das Handeln der Eliten ein entscheidendes Element ist.

Das Cleavage-Modell ist als Verbindung beider Perspektiven – sowohl Struktur als auch Akteur – zu sehen: Die Ausbildung dauerhafter institutioneller Konfliktlinien erfolgt nur dann, wenn politische Eliten die vorhandenen Konfliktlinien ihrerseits aufgreifen und diese abhängig von den gegebenen Rahmenbedingungen parteipolitisch umsetzen. Beide Blickwinkel können deshalb als „zwei Seiten derselben Medaille"[109] betrachtet werden, da

---

[100] Hier stehen die Wirkungen sozio-ökonomischer Strukturen sowie Modernisierungsprozesse auf die traditionellen gesellschaftlichen Konfliktlinien sowie die Parteiloyalitäten der Bürger im Vordergrund; Beispiele sind u.a. *LaPalombara*, Joseph und *Weiner*, Myron, Political Parties and Political Development, Princeton 1966; *Lepsius*, 1966.

[101] *Downs*, Anthony, Ökonomische Theorie der Demokratie, Mohr, Tübingen 1968; *Schumpeter*, Joseph, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 1993.

[102] Vgl. *Downs*, 1968, S. 25 f.

[103] Vgl. *Eith*, Ulrich und Merz, Stefan, Sozialstruktur und Akteursverhalten, in: *Brettschneider*, Frank et al (Hrsg.), Das Ende der politisierten Sozialstruktur, Opladen 2002, S. 159-186, S. 160-165.

[104] Ebd., S. 159; darauf wurde schon in Kapitel 2.1. hingewiesen.

[105] Vgl. *Bürklin* und *Klein*, 1998, S. 19.

[106] Vgl. u.a. *Klingemann* und *Steinwede*, 1993, S. 51; Smith, 1984, S. 20; *Stammer*, Otto (Hrsg.), Politische Soziologie, München 1972, S. 65; *Stinchcombe*, 1975, S. 558.

[107] *Eith*, 2001b,S. 322; *Eith*, Ulrich, Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt, Berlin 1997, S. 32.

[108] *Pappi*, 1973, S. 193.

[109] *Eith*, 2001a, S. 25.

die Ausprägung von Parteiensystemen ebenso von den institutionellen Rahmenbedingungen und der Struktur des politischen Wettbewerbes wie vom zielgerichteten, strategischen Handeln der politischen Eliten abhängig ist. Die vorhandenen gesellschaftlichen Konfliktlagen und sozialer Wandel, aber auch weitere strukturelle Einflussfaktoren wie die institutionelle Ordnung des politischen Systems, die politische Kultur, gesellschaftliche Stimmungslagen zu bestimmten Themengebieten oder die Charakteristika der Parteiorganisation setzen dem Handeln der politischen Eliten als Dritt- und Hintergrundvariablen Rahmenbedingungen und bringen Handlungsrestriktionen mit sich. Gleichwohl verbleiben den Parteien Freiheiten und ein begrenzter Spielraum. Dessen Bandbreite zeigt sich darin, dass sie einerseits zwar nicht vollständig der Sozialstruktur unterliegen, andererseits ihre politischen Positionen aber auch nicht nach Belieben verändern können. Die Bewegungsfreiheit der Parteien kann zudem in unterschiedlichen Politikfeldern variieren. *Rohe*, *Mielke* oder auch *Schmid* und *Zolleis* weisen in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung des Handelns der Parteieliten als „strategische Akteure am Wählermarkt" hin.[110] So ist es generell ebenso vom strategischen Handeln der Parteieliten abhängig, ob Konfliktlinien parteipolitisch übersetzt werden und in welchem Ausmaß bereits gewachsene Bindungen gepflegt werden.

Der Cleavage-Ansatz kann dabei einen Analyserahmen bieten, um sowohl strukturelle als auch akteursorientierte Gesichtspunkte zu verbinden. *Eith* und *Merz* greifen in diesem Zusammenhang zwei unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten auf: So können zum einen strukturelle Aspekte und die Übersetzung von Konfliktlinien durch Eliten im Vordergrund stehen. Zum anderen besteht die Möglichkeit, das Modell als „heuristisches Instrument zur Analyse von Interaktionen zwischen Akteuren und strukturellen Restriktionen"[111] zu verstehen. Mit dieser Abstrahierung rückt der Analyserahmen konzeptionell in die Nähe des Akteurzentrierten Institutionalismus, den neben *Renate Mayntz* vor allem *Fritz Scharpf* entwickelte und der zur „akteur- und insti-tutionentheoretischen Grundlage für die Analyse sektoraler politischer und gesellschaftlicher Selbstregelung geschaffen"[112] wurde. Als Analysekonzept geht ein derartiges Verständnis des Cleavage-Ansatzes allgemein ebenso wie der Akteurzentrierte Insti-tutionalismus von einer Interdependenz zwischen dem Handeln von Akteuren und dem den Handlungsspielraum der Akteure begrenzenden institutionellen Umfeld aus. Zu Fragen der Wechselwirkung von Parteien und Verbänden bei strukturellen Veränderungen der sozialen Basis erscheint daher die zweite Abstraktionsmöglichkeit als geeigneter.

---

[110] *Mielke*, 2001, S. 86; Rohe, 1992, S. 25; *Schmid*, Josef und *Zolleis*, Udo, Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, in: Dies. (Hrsg.), Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 9-21, S. 10.

[111] *Eith* und *Merz*, 2002, S. 167.

[112] *Pöllmann*, Guido, Kooperativer Staat und Parteiendemokratie, Glienicke 2006, S. 172; zum Ansatz des Akteurzentrierten Institutionalismus siehe S. 172-180; vgl. *Mayntz*, Renate und *Scharpf*, Fritz, Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus, in: Dies. (Hrsg.), Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung, Frankfurt a.M. 1995, S. 39-72; *Scharpf*, Fritz, Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen 2000.

2.2.3 Stabilisierungs- und Destabilisierungsmechanismen von Koalitionen

Die Rahmenbedingungen sowohl für Parteien als auch Verbände in den Jahrzehnten nach der Ende der 1960er Jahre aufgestellten *Lipset/Rokkanschen* These eines „Einfrierens" sind fundamentalen Änderungen unterworfen. Dabei werden seit den 1970er Jahren verschiedene Wandlungsprozesse festgestellt, die nach *Daniel Bell* vor allem auf den Übergang der industrialisierten Gesellschaften zu „Informations- oder Wissensgesellschaft[en]"[113] zurückzuführen sind. Die entstehenden postindustriellen Gesellschaften zeichnen sich durch Tertiärisierung der Wirtschaft, steigendes Bildungsniveau und erhebliche strukturelle Veränderungen im kulturellen, sozialen oder ökonomischen Bereich aus. Die ökonomische Prosperität der Nachkriegsjahrzehnte, welche in der Bundesrepublik Deutschland unerwartet deutlich alle gesellschaftlichen Schichten positiv berührte, führte zu einem Wandel der Werte und der Einstellungen vornehmlich innerhalb der jüngeren Generationen. Mit Zunahme der Beschäftigung im Dienstleistungsbereich und der Herausbildung neuer Betätigungsmöglichkeiten kam es zudem zu einer zahlenmäßigen Veränderung der bestehenden Milieus. Neben diesem Wandel hin zur Dienstleistungsgesellschaft werden die überwiegend parallel ablaufenden Veränderungsprozesse mit den Begriffen der „Risikogesellschaft", der „Freizeitgesellschaft" oder der „Postmaterialistischen Gesellschaft" gekennzeichnet.[114] *Martin Sebaldt,* der den Wandel der Rahmenbedingungen im Zug der Modernisierung mit Blick auf die Verbändelandschaft in die Bereiche sozial, kulturell, ökonomisch, politisch und ökologisch aufgliedert,[115] stellt in einer Gesamtsicht der unterschiedlichen gesellschaftlichen Umbrüche fest:

> „Moderne Gesellschaften sind einem starken Wandel unterworfen und sind gleichzeitig einer Menge von Bedrohungen ausgesetzt, die einen nachhaltigen Einfluss auf das Interessenspektrum dieser Gesellschaften besitzen. Folge davon muss sein, dass sich auch die Konfiguration organisierter Interessen nachhaltig verändert (…)."[116]

Neben einer qualitativen und funktionalen Veränderung der gesellschaftlichen Grundlage ergeben sich durch die fortschreitenden sozialen und demografischen Wandlungsprozesse mehrere Umweltveränderungen für die Parteien ebenso wie für die Verbände: Die sozialstrukturellen Veränderungen zeigen sich je nach Interpretation in einem quantitativen Bedeutungsverlust, dem Wandel oder sogar der Auflösung bestehender traditioneller soziomoralischer Milieus.[117] Zusätzlich zum Schrumpfen traditioneller Unterstützergruppen in

---

[113] *Bell*, Daniel, Die nachindustrielle Gesellschaft, Reinbeck 1979, S. 363 f.
[114] Vgl. u.a. *Beck*, Ulrich, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986; *Vester*, Heinz-Günter, Zeitalter der Freizeit. Eine soziologische Bestandsaufnahme, Darmstadt 1988; *Inglehart*, 1977.
[115] *Sebaldt*, Martin, Die Modernisierung demokratischer Verbändesysteme: Entwicklungslinien in Deutschland und der übrigen westlichen Welt, in: *Sebaldt*, Martin und *Straßner*, Alexander, Verbände in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 277-308.
[116] *Sebaldt*, Martin, Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen, Opladen 1997, S. 45; Hervorhebung i. O.
[117] Zu den unterschiedlichen Positionen vgl. u.a. *Oedegaard*, Ingvill C., Lebensstile, soziale Milieus und Wahlverhalten in Westdeutschland, in: *Klein*, Markus et al (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 212-234, S. 214 ff. *Mielke*, 2001, S. 87, Schiller, 2007, S. 455.

Form eines „numerische[n] Rückgang[s] ihrer Kerngruppe“[118] ist auch eine schwächer werdende Kohäsion innerhalb der Gruppen sowie damit einhergehend der Trend einer schwächeren Bindung an die politischen Parteien zu beobachten. *Weßels* führt ergänzend zum sozialen und demografischen Wandel eine Entideologisierung sowie Individualisierung als Gründe für die Destabilisierung von Gruppenbindungen hinsichtlich der organisatorischen Stärke der Verbände und der Prägung des Wahlverhaltens der Mitglieder von sozialen Gruppen an.[119] Neben der Abschwächung bestehender Cleavages sowie der Lockerung von Parteibindungen in Form eines so genannten „Dealignments“, wird vor allem seit den 1980er Jahren die Erweiterung um eine kulturelle Konfliktlinie angeregt. Diesem Ansatz leistete vor allem *Ronald Inglehart* mit seinen Untersuchungen des Wertewandels in den modernen Industriegesellschaften und der Herausarbeitung von postmaterialistischen Einstellungen Vorschub.[120] Die Neuorientierung im gesellschaftlichen Konflikt- und im Allianzgefüge zwischen Gesellschaft und Parteiensystem wird als „Realignment“ bezeichnet.

Im Grundsatz bringen die erläuterten gesellschaftlichen Veränderungen einen gewissen Anpassungsdruck auf das Parteiensystem,[121] aber auch auf die Verbände als die Vertretungen der jeweiligen sozialen Gruppen mit sich. In der Forschung führten die erkannten Wandlungsprozesse und deren Auswirkungen zu einem Perspektivwechsel von der Erklärung der Stabilität zur Analyse der Instabilität der Parteiensysteme. Eine Stabilisierung oder Destabilisierung der Parteiensysteme wird auf die jeweilige (Un-) fähigkeit der Parteieliten zurückgeführt, auf die neuen Herausforderungen angemessen zu reagieren, sodass im ungünstigsten Fall eine „decomposition of electoral alignments“ die Folge ist.[122] Angesichts der offensichtlichen Dynamik der Gesellschaftsstruktur gewinnt das darauf bezogene Elitenhandeln entscheidende Bedeutung für die Entwicklung von Koalitionen zwischen Parteien und sozialen Gruppen bzw. deren Vertretungen in Form von Verbänden. So stellt *Franz Urban Pappi* allgemeingültig fest:

> In der Vergangenheit geschlossene Bündnisse zwischen sozialen Gruppen und Parteien können auf seiten [sic!] der Gruppen oder auf seiten [sic!] der Parteien stabilisiert oder destabilisiert werden.[123]

Dem gesellschaftlichen Wandel wird zentrale Bedeutung beigemessen, da dieser die soziale Morphologie als Gelegenheitsstruktur für die beteiligten Akteure verändert. Die Begriff-

---

[118] *Mair*, Peter et al., Veränderungen in den Wählermärkten: Herausforderungen für die Parteien und deren Antworten, in: *Mair*, Peter et al, Parteien auf komplexen Wählermärkten, Wien 1999, S. 11-30, S. 13. Als Beispiele für schrumpfende Gruppen werden häufig die Arbeiterschaft oder die Katholiken herangezogen.
[119] *Weßels*, 2000, S. 152.
[120] Vgl. *Inglehart*, 1979; *Inglehart*, 1984; *Inglehart*, Ronald, Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt, Frankfurt a.M. 1989; mit Blick auf die Entwicklung der Grünen siehe: *Veen*, ans-Joachim, Die Grünen als Milieu-Partei, in: *Maier*, Hans et al., Politik, Philosophie, Praxis. Festschrift für *Wilhelm Hennis* zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1988, S. 454-476.
[121] Vgl. *Hennis*, Wilhelm, Parteienstruktur und Regierbarkeit, in: Ders., Regierbarkeit: Studien zu ihrer Problematisierung, Stuttgart 1977, S. 150-195.
[122] *Dalton*, Russel J. et al., Electoral Change in Advanced Industrial Domocracies, in: *Dalton*, Russel; *Flanagan*, Scott C. und *Beck*, Paul A. (Hrsg.), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment? Princeton 1984, S. 3-24, S. 8; *Karl Rohe* führt einen Wandel des Parteiensystems auf einen Wandel in der gesellschaftlichen Basis sowie ein bewusstes oder unbewusstes Versäumnis der Eliten zurück, Koalitionen zu erneuern, vgl. *Rohe*, 1992, S. 25.
[123] *Pappi*, 2002, S. 35.

lichkeiten „Dealignment“, verstanden als Wandel der Sozialstruktur, der Entkopplung des Zusammenhangs von sozialen Merkmalen und Wahlverhalten, der Erosion der Identifikation mit einer sozialen Gruppe und einer Partei sowie einer generellen Distanzierung vom Parteiangebot,[124] und „Realignment“, verstanden als Neuformierung der sozialen Konfliktstruktur und Neustrukturierung des Allianzsystems zwischen Gesellschaft und Politik, stehen in einem dynamischen Zusammenhang.[125]

Abbildung 3: Gegenüberstellung von De- und Realignment

Dealignment	**Realignment**
• Wandel der Sozialstruktur • Entkopplung des Zusammenhangs von sozialen Merkmalen und Wahlverhalten • Erosion der Identifikation mit einer sozialen Gruppe und einer Partei • Generelle Distanzierung vom Parteiangebot	• Neuformierung der sozialen Konfliktstruktur • Neustrukturierung des Allianzsystems zwischen Gesellschaft und Politik

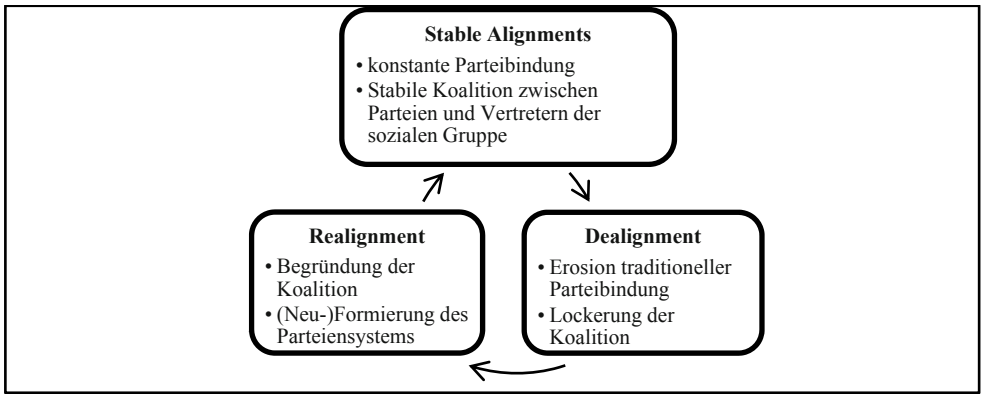
Auf der Grundlage dieser dynamischen Betrachtung der Interaktion zwischen Konfliktstruktur und Elitenverhalten wurde von verschiedener Seite versucht, Entwicklungsphasen von Cleavages bzw. Koalitionen zwischen sozialen Gruppen und Parteien in Form von „Realignment-Zyklen“ zu identifizieren.[126] Als Bezugspunkte sollen die Vorarbeiten von *Dalton*, *Beck* und *Flanagan* herangezogen werden, die zwischen drei Zuständen unterscheiden: Zum einen sind dies „stable alignments“,[127] die sich durch konstante Koalitionen, feste Parteibindungen und – trotz einer gewissen Fluktuation – sichere Wählerschaften auszeichnen, sodass das Parteiensystem als stabil gilt. Bei Realignment ändern sich die Parteikoalitionen sowie deren Zusammensetzung, wie beispielsweise zu Zeiten des New Deal in den Vereinigten Staaten. Dabei wird jedoch eher vom Hinzugewinn neuer Wählerschichten als von Umorientierung der Wähler zu einer anderen Partei ausgegangen. Die Geschwindigkeit und das Ausmaß des Realignments sind von der Art der Konflikte sowie der Antwort der politischen Eliten auf diese abhängig.[128] Unter Dealignment wird eine Periode verstanden, in der die Wählerschaft einer Partei abnimmt und sich traditionelle Koalitionen auflösen. Ursprünglich wurde dies als eine Vorstufe des Realignment verstanden. Dennoch stellen die Autoren fest, dass beide Zustände sowohl als End- als auch Übergangszustand gesehen werden können.[129] Ein allgemeingültiger aufeinander zweifels-

[124] Vgl. *Gluchowski*, 2001, S. 184; *Gluchowski* und *Plasser*, 1999, S. 3 f.
[125] Vgl. *Eith*, 2001b, S. 330.
[126] Vgl. u.a. *Beck*, Paul Allen, A Socialization Theory of Partisan Realignment, in: *Niem*, Richard und *Weisberg*, Herbert (Hrsg.), Controversies in American Voting Behavior, San Francisco 1976, S. 396-411; *Bürklin*, Wilhelm, Grüne Politik, Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem, Opladen 1984; *Crewe*, Ivor, Introduction. Electoral Change in Western Democracies. A Framework für Analysis, in: *Crewe*, Ivor und *Denver*, David (Hrsg.), Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of electoral Volatility, London 1985, S. 1-22.
[127] *Dalton*, Russel J. et al., Electoral Change in Advanced Industrial Democracies, 1984, S. 11.
[128] Vgl. ebd., S. 13.
[129] Vgl. ebd., S. 14.

ohne folgender Ablauf von Alignment, Dealignment und Realignment wird daher nicht ausgemacht.

Ulrich Eith bringt unter der Grundannahme, dass Loyalitäten zwischen Parteien und sozialen Gruppen für einige Jahrzehnte stabil bleiben, deren Intensität dann abnimmt und sich schließlich neue Allianzen herauskristallisieren, die Typen als drei Phasen in eine temporäre und logische Reihenfolge (vgl. Abbildung 5), bei der sich in einer ersten Phase die Formierung des Parteiensystems mit der Begründung der Koalitionen von politischen Eliten zu entsprechenden sozialen Gruppen bzw. deren Vertretern vollzieht.

*Abbildung 4:*Realignment-Zyklus im Überblick nach Dalton/Beck/Flanagan und Eith



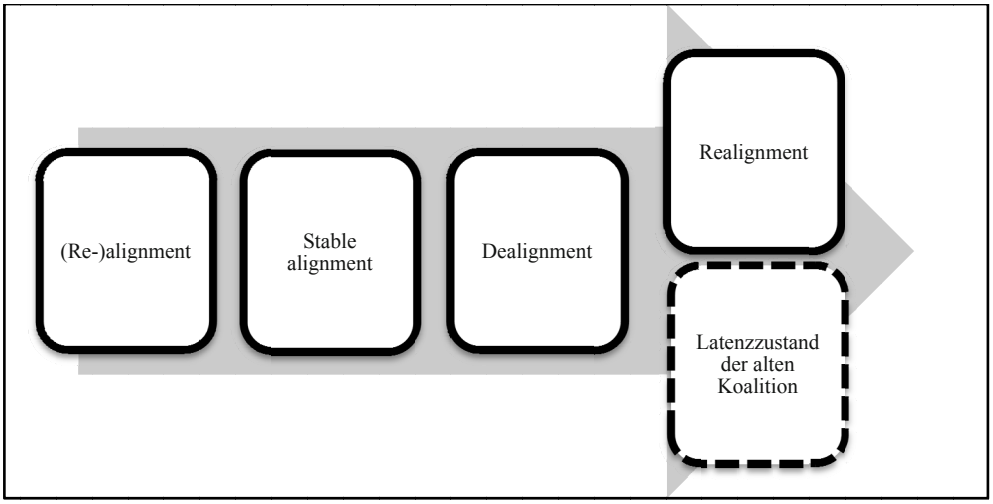
Daran schließt sich eine zweite Phase konstanter und fester Parteibindungen im Elektorat an. Den Abschluss bildet die dritte Phase in Form einer Erosion traditioneller langfristiger Parteibindungen und wachsender Wählerfluktuation sowie Lockerung der Koalitionen.[130]

Ergänzend ist *Heinrich Best* anzuführen, der weniger den Kreislauf der Allianzbildung im sozialstrukturellen Kontext als vielmehr den „Lebenszyklus“[131] eines einzelnen Cleavages im Blick hat. Er unterteilt diesen in fünf Schritte, die vom Bestand von Disparitäten zwischen Sozialkategorien (1.) über das Schließen von Bündnissen zwischen latenten Interessengruppen und spezifischen Teileliten (2.), die Bildung einer politisierten Gemeinschaft und dem Abschluss eines sozialmoralischen Milieus (3.) bis hin zu einem friedlichen oder konfliktiven Ausgang (4.) und einem abschließenden Prozess der Desegmentation der Konfliktstruktur (5.) reichen. Eine Schlussfolgerung von *Best* ist für die Fragestellung der vorliegenden Untersuchung besonders bemerkenswert: So stellt er fest, dass Cleavages – verstanden als Koalitionen zwischen Parteien und sozialen Gruppen – nach Durchlaufen des beschriebenen Lebenszyklus nicht zwangsläufig vollständig verschwinden müssen, sondern durchaus in einen Latenzzustand übergehen können. Stellt man diese Erkenntnis in den umfassenderen Kontext eines Kreislaufes von De- und Realignment wie zuvor *Dalton/Beck/Flanagan*, so lassen sich die De- und Restabilisierungsmechanis-

[130] Vgl. *Eith*, 1997, S. 59 f.
[131] *Best*, 1989, S. 14.

men durch die Möglichkeit einer zumindest latenten Fortführung der alten Koalition trotz veränderter struktureller Rahmenbedingungen ergänzen.

Abbildung 5: Realignment-Zyklus mit Latenzzustand der alten Koalition



2.3 Koalitionskontinuität trotz Veränderung der sozialen Basis

Inwiefern können nun sozialstrukturelle Theorien die Persistenz von Koalitionen zwischen Parteien und Verbänden bei abnehmender Bedeutung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe erklären? Wie schon in der Problem- und Fragestellung der vorliegenden Untersuchung aufgegriffen wurde, geht *Franz Urban Pappi* auf diesen Bereich der Stabilisierungs- und Destabilisierungsmechanismen politisierter Sozialstrukturen ein. So stellt er zwar im Rahmen einer Diskussion, inwieweit alte Koalitionen unter dem Primat der Mehrheitsbeschaffung aufrechterhalten und neue eingegangen werden sollen, heraus:

> „Lassen die sozialstrukturellen und institutionellen Bedingungen aber ein Mehrparteiensystem zu, werden Parteien zumindest ihre alten Bindungen nicht ohne Not aufgeben."[132]

Dennoch konstatiert er, dass sich die Parteiführungen und die Vertreter der jeweiligen sozialen Gruppen

> „(…) die Frage beantworten [müssen], inwieweit es sich lohnt, an dem einmal geschlossenen Bündnis festzuhalten. Insbesondere Parteiführer werden sich an den Chancen der Mehrheitsbeschaffung in demokratischen Wahlen orientieren, die sie nicht durch eine allzu enge Bindung an bestimmte, wenn möglich kleiner werdende Bevölkerungsgruppen geschmälert sehen wollen."[133]

[132] *Pappi*, 2002, S. 31.
[133] Ebd., S. 36.

In der Konsequenz verliere die Interessenvertretung der sozialen Gruppe für die Partei ihren Sinn, wenn die soziale Gruppe weniger homogen wird. Daher würde die Partei die Strategie einer „symbolische[n] Aufrechterhaltung des Bündnisses aus Gründen der Parteiidentität bei gleichzeitiger Vergrößerung des politischen Freiraums“134 verfolgen. Mittel- und längerfristig erwartet Pappi also keine Persistenz, sondern vielmehr eine Schwächung der Koalition. Andere Autoren wie Bürklin und Klein betonen dahingegen die Stabilität der Koalitionen. So sehen sie Cleavages als „dauerhafte Koalitionen […], die von den Parteien nach einer einmaligen Festlegung nur sehr schwer wieder aufgekündigt werden können“,[135] sodass bereits bestehende Repräsentationskoalitionen den Handlungsspielraum der politischen Eliten in Bezug auf die Änderung der Koalitionskonstellationen einschränken.

Mit Blick auf das Wahlverhalten stellen beispielsweise *Klingemann* und *Steinwede* grundsätzlich fest, dass mit sozialem Wandel und einem Schrumpfen der Kerngruppe nicht automatisch zugleich ein Schwund langfristig konzipierter Bündnisse einhergehen muss.[136] Lediglich bedingte Auswirkungen von neuen Konfliktlinien (Werte-Cleavage) auf das Parteiensystem erkennt *Ronald Inglehart* an. Auch wenn er fast ausschließlich die Entwicklung des Wählerverhaltens thematisiert, stellt *Inglehart* doch aufschlussreiche Zusammenhänge her. So führt er die starke Resistenz gegen einen Wandel auf das Zusammenwirken zweier Elemente zurück: zum einen auf lang etablierte Loyalitäten zwischen sozialen Gruppen und Parteien, zum anderen auf eine Verstärkung durch organisatorische und institutionelle Verbindungen.[137]

Tabelle 2: Hypothesen zur Koalitionskontinuität nach Stinchcombe

Hohe Institutionalisierung	• Koalitionen sind beständiger, wenn Institutionen zum kontinuierlichen Neuverhandeln der Kooperationsbedingungen existieren („terms of trade“)
Anreizsystem	• Je mehr Leistungen und Vorteile die Koalition für seine Mitglieder erbringen kann, desto höher die Anreize für die Mitglieder, innerhalb der Koalition und der Partei zu bleiben
Tradition	• Je länger eine Koalition existiert, desto mehr übernehmen Verbände und soziale Gruppen Werte und Zielsetzungen der Partei und desto mehr werden die Mitglieder der Koalition miteinander verbunden
Abhängigkeit und Alternativmöglichkeiten	• Je mehr die Karrieren der Führung der Interessenverbände vom Erfolg der Koalition abhängen, desto stabiler ist diese

[134] Ebd.
[135] *Bürklin* und *Klein*, 1998, S. 75.
[136] So stellen sie in einer Analyse der 1980er Jahre eine Stabilität der Bindung von u.a. Arbeiterschaft an die SPD sowie Katholiken an die Union fest; *Klingemann* und *Steinwede*, 1993, S. 55 ff, S. 64 f.
[137] Vgl. *Inglehart*, 1984, S. 26.

Einen Versuch, mittels einer theoretischen Herangehensweise herauszuarbeiten, unter welchen Bedingungen Koalitionen zwischen sozialen Gruppen und Parteien stabil sind, unternahm *Arthur Stinchcombe*.[138] Unter der Prämisse, dass die Koalitionsbildung auf Elitenebene abläuft und die Allianz als „continuing bargain"[139] zu verstehen ist, kommt *Stinchcombe* zu einer Reihe von Hypothesen für das Zustandekommen von Koalitionskontinuität (Vgl. Tabelle 2).[140] Er legt jedoch ebenso wie das Gros der Forscher den Schwerpunkt seiner Überlegungen auf die Bindung von sozialen Gruppen an Parteien sowie die Prägung für das Wahlverhalten. Auf die Parteibindungen der sozialen Gruppen bzw. der Verbände geht er nochmals detailliert ein. [141] Diese sind kontinuierlich, wenn effektive Strukturen zum (Neu-) Verhandeln der Koalition existieren, die Partei für die soziale Gruppen positive Funktionen erfüllen kann, grundsätzlich Parteienwettbewerb herrscht und die Verbände oder deren Führung politische Ambitionen haben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Sozialstrukturelle Theorien bieten eine gute Grundlage für die Erklärung der Entstehung von Koalitionen zwischen Parteien und Verbänden, die als Interessenvertretungen von sozialen Gruppen verstanden werden. Detaillierte konkrete Aussagen, wie sich Parteien-Verbände-Beziehungen bei wandelnden Umweltbedingungen verändern, werden jedoch nicht getroffen. So finden sich keine einheitlichen und fundierten Erklärungen zur Persistenz von Koalitionen bei Veränderungen innerhalb der Sozialstruktur einer Gesellschaft. Ein Fortbestand von Koalitionen wird u.a. auf entstandene Loyalitäten, eine hohe Institutionalisierung der Beziehungen oder entstandene Abhängigkeitsverhältnisse zurückgeführt, sodass in Anlehnung an u.a. *Paul Pierson* von einer „Pfadabhängigkeit"[142] der Beziehungen gesprochen werden kann.

Mit der bereits in der *Lipset/Rokkanschen* Cleavage-Theorie getroffenen Unterscheidung in eine Struktur- sowie eine Akteursebene bietet sich jedoch ein Analyserahmen an, der sowohl die strukturellen Rahmenbedingungen als auch das Elitenhandeln berücksichtigt. Darüber hinaus liefern die Vorarbeiten zu Prozesszyklen von Re- und Dealignment wertvolle Ansatzpunkte für eine dynamische Betrachtung sowie Strukturierung der Entwicklung von Koalitionen zwischen Parteien und Verbänden, die es für die vorliegende Fragestellung nutzbar zu machen gilt. Zu beachten ist, dass die Forschung sowie die herangezogenen Ansätze vornehmlich das Wahlverhalten in den Vordergrund stellen. Diese Perspektive soll im Rahmen dieser Studie zugunsten einer stärkeren Betrachtung des Handelns der beteiligten korporativen Akteure verschoben werden.

[138] Vgl. *Stinchcombe*, 1975, S. 575 ff.
[139] Ebd., S. 578.
[140] Vgl. ebd., S. 578 ff.
[141] Ebd., S. 581 f.
[142] Vgl. u.a. *Pierson*, Paul, Politics in time – History, Institutions and Social Analysis, Princeton 2004.

3 Methode der Politischen Netzwerkanalyse

Untersuchungsobjekte der vorliegenden Studie zu Koalitionen zwischen Parteien und Verbänden stellen die Beziehungsgeflechte zwischen den beteiligten Akteuren dar, die als politische Netzwerke verstanden werden können. Die Methode der Politiknetzwerkanalyse als Teilbereich der Politikfeldanalyse eröffnet die Möglichkeit, Koalitionen darstell- und messbar zu machen sowie das Verhalten der Akteure und das Ergebnis deren Interaktionen zu erklären.[143]

3.1 Grundaussagen und Anwendungsmöglichkeiten

3.1.1 Die Netzwerkanalyse im Forschungsfeld der Politikfeldanalyse

"Policy Analysis is finding out what governments do, why they do it and what difference it makes"[144]. Derart fasst *Thomas Dye* den generellen Anspruch der Politikfeldanalyse zusammen: die Erklärung von Politikproduktion. In diesem handlungstheoretischen Konzept stehen die politischen Akteure selbst und ihre inhaltlichen Interessen sowie Strategien zur Erreichung ihrer Ziele im Mittelpunkt.[145] Das Politikfeld als zentraler Bezugspunkt der Policy-Forschung wird dabei als zusammenhängender Bereich von Politikinhalten gesehen, die sich in verschiedene Sektoren wie Bildungs-, Sozial-, Außen- oder Europapolitik mehr oder weniger scharf unterteilen lassen.[146] In Anlehnung an die politische Praxis kann es zudem als

> „ein inhaltlich abgegrenzter Bereich von Regelungen und Programmen, also von policies, wie sie normalerweise organisatorisch im Zuständigkeitsbereich von Ministerien oder Parlamentsausschüssen zusammengefasst sind"[147]

---

[143] Zur Einordnung des Netzwerkansatzes als Methode vgl. *Beyme*, Klaus von, Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum, Opladen 1997, S. 41-48; vgl. *Pappi*, Franz Urban et al., Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik, Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze: Ein deutsch-amerikanischer Vergleich, Frankfurt/New York 1995; Der Begriff des „Netzwerkes" kann im hier vorliegenden Fall der Partei-Verband-Beziehungen synonym zur „Koalition" ebenso wie zu „Politisierter Sozialstruktur" verwendet werden, da er vergleichbare Phänomene beschreibt.

[144] *Dye*, Thomas R., Policy Analysis, What Governments Do, Why They Do It, and What Difference It Makes, Alabama 1976, S. 2.

[145] Vgl. *Schubert*, 1995, S. 222; vgl. *Hartwich*, Hans-Hermann, Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1985; *Schubert*, Klaus, Politikfeldanalyse, Opladen 1991.

[146] Vgl. *Pappi* et al., 1995, S. 38.

[147] *Pappi*, Franz Urban und *König*, Thomas, Informationsaustausch in politischen Netzwerken, in: *Jansen* und *Schubert*, 1995, S. 111-131, S. 111.

definiert werden. Dies schließt an die Definition einer Policy Domain von *Paul Burstein* an, der sie als „component of the political system organized around substantive issues“[148] einordnet. Einen weiteren wichtigen Anhaltspunkt zur Abgrenzung eines Politikfelds bietet die empirische Perspektive, in der das Zusammengehörigkeitsgefühl der Akteure als Merkmal identifiziert wird. Ein Politikfeld kann dabei als soziales System verstanden werden, das nach *Talcott Parsons* als Interaktionszusammenhang einer bestimmten Menge von Akteuren erklärt wird, deren Situationsorientierung durch ein kulturell strukturiertes gemeinsames Symbol charakterisiert ist.[149] Nach *Franz U. Pappi* ist dies

> „in Politikfeldern häufig ein bestimmtes für das Politikfeld herausragende Gesetzeswerk wie z. B. das Sozialgesetzbuch für die deutsche Sozialpolitik. Solche Symbolsysteme garantieren Gemeinsamkeiten der Problemsicht, die die Interaktion der Beteiligten erleichtern, ohne dass sie Interessenkonflikte hinsichtlich der konkreten Policies verhindern.“[150]

Für *Edwards O. Laumann* und *David Knoke*, die diesen Begriff des Sozialsystems auf die Einordnung von Politikfeldern anwenden, wird die Mitgliedschaft in einem Politikfeld zudem durch gegenseitige Relevanz deutlich. Ein Politikfeld wird damit durch die Angabe eines Kriteriums

> “of mutual relevance or common orientation among a set of consequential actors concerned with formulating, advocating, and selecting courses of action (that is, policy options) that are intended to resolve the delimited substantive problems in question”[151]

bestimmt. Innerhalb dieses Politikfeldes als „politischer Arena“[152] spielen sich demnach die Aushandlungsprozesse der verschiedenen beteiligten Akteure ab. Gemeinsamer Bezugspunkt aller politikfeld- bzw. policy-analytischen Ansätze ist aber der inhaltliche Fokus. So kann eine Policy allgemein so definiert werden, dass sie „die verbindliche Festlegung bewerteter Handlungsoperationen oder Strategien, um bestimmte Ziele zu erreichen bzw. Probleme zu lösen“,[153] umfasst. In diesem Verständnis werden bei der Produktion von Politik sowohl öffentliche als auch private Akteure mit einbezogen. Politische Entscheidungen und Handlungen von Regierungen bzw. Regierungsparteien werden dabei als Ergebnisse von komplexen politischen Prozessen eingeordnet. Die wichtigsten Instrumente, um Einfluss zu nehmen, sind „materielle und immaterielle Ressourcen und politische Macht“,[154] welche von den verschiedenen Akteuren im politischen Willensbildungs- und Aushandlungsprozess eingesetzt werden. Das reale Zusammenwirken verschiedener Akteure wird in akteur- und strukturzentrierten Ansätzen der Policy-Analyse als entscheidend zur Thematisierung von politischen Problemen und bei der Formulierung sowie

---

[148] *Burstein*, Paul, Policy Domains: Organization, Culture, and Policy Outcomes. Annual Review of Sociology 17, 1991, S. 327-350, S. 328.
[149] Vgl. *Parsons*, Talcott, The Social System, Glencoe, Ill., 1951, S. 5 f.
[150] *Pappi*, 1993, S. 92.
[151] *Knoke*, David und *Laumann*, Edward O., The Social Organization of National Policy Domains: An Exploration of Some Structural Hypothesis, in: *Marsden*, Peter und *Lin*, Nan (Hrsg.), Social Structure and Network Analysis, London 1982, S. 255-270, S. 256.
[152] *Sebaldt* und *Straßner*, 2004, S. 55.
[153] *Schneider*, Volker und *Janning*, Frank, Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik, Wiesbaden 2006, S. 18.
[154] *Schubert*, 1995a, S. 222.

Implementation von politischen Vorgaben bewertet. Im Grunde geht diese theoretische Linie der Politikfeldanalyse davon aus, dass das Policy-Output Ergebnis der Interaktion vieler Akteure ist, die gleichzeitig um möglichst großen Einfluss auf bestimmte Politikoptionen in einem Politikfeld konkurrieren. Wie im Pluralismus bzw. der pluralistischen Gruppentheorie sind politische Entscheidungen damit das Resultat eines Macht- oder Kräftefeldes. In beziehungsstrukturellen Ansätzen wird das Ergebnis der Interaktionen jedoch zudem durch „längerfristige, sozialstrukturell bedingte unterschiedliche Macht- und Tauschpositionen der beteiligten Akteure konditioniert“,[155] wie sie in Parteien-Verbände-Koalitionen anzunehmen sind. So genannte tauschtheoretische Herangehensweisen stellen fest, dass alle Akteure, die Leistungen oder Ressourcen zur Erstellung einer Politik bereitstellen, am Entscheidungsprozess beteiligt werden müssen und daher Zugang zum Entscheidungsprozess erhalten.[156] Die komplexen Austauschprozesse und Beziehungsgeflechte innerhalb von Politikfeldern werden in beziehungsstrukturellen Theorien mittels Netzwerkanalysen gemessen, dargestellt und untersucht. In Netzwerkansätzen wird ein Politikfeld daher als ein Satz von Beziehungsstrukturen aufgefasst, die sich zwischen den Politikfeld-Akteuren aufspannen und dauerhaften Charakter annehmen.[157] Im Allgemeinen werden soziale Netzwerke als durch soziale Beziehungen eines bestimmten Typs verbundene Menge von Akteuren verstanden.[158] *Klaus Schubert* greift diese Begrifflichkeit auf und stellt fest, dass diese bei einem pluralistischen Grundverständnis allgemein als ein

> „Geflecht sozialer, wirtschaftlicher oder politischer Beziehungen, das mehr oder weniger auf Kontinuität angelegt ist, auf Freiwilligkeit und auf Gegenseitigkeit beruht“[159]

bezeichnet werden können. Zur Analyse eines Politikfeldes wird eine Spezifizierung als Politisches Netzwerk vorgenommen: Das Politikfeld als soziales System ist Ort der Interaktionen zwischen seinen Mitgliedern, deren Zahl überschaubar bleibt und die gegenseitig über ihre Interessen informiert sind. Weiterhin ist in Politiknetzwerken eine Abstimmung des Handelns sowie dauerhafte Kooperation möglich.[160] Diese spielt sich im Beziehungsgeflecht von öffentlichen und privaten Akteuren ab, die ein Interesse an und gegenseitige Relevanz in einem Politikfeld haben. Bestehende Verbindungen „[...] serve as channels for communication and for the exchange of information, expertise, trust and other policy resources“.[161] Die Sozialwissenschaftler *Patrick Kenis* und *Volker Schneider* ordnen

---

[155] *Schneider* und *Janning*, 2006, S. 86.

[156] Vgl. *Schneider*, Volker, Akteurkonstellationen und Netzwerke in der Politikentwicklung, in: *Schubert*, Klaus und *Bandelow*, Nils, Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0, München 2009, S. 191-219. S. 199.
Johan P. Olsen ergänzt dazu, dass nicht jeder theoretisch mögliche Akteur beteiligt wird, sondern nur diejenigen, deren Beitrag für eine erfolgreiche Umsetzung der Politik nötig ist; vgl. *Olsen*, 1981, S. 495 f; vgl. zum politischen Tausch: *Coleman*, James Samuel, Individual Interests and Collective Action: Selected Essays (Vol. 1), Cambridge Mass.1986; *Coleman*, James Samuel, Foundations of Social Theory, Cambridge, Mass. 1990; *Knoke*, David und *Laumann*, Edward, The Organizational State: Social Choice in National Policy Domains, Madison 1987; *Jansen*, Dorothea, Einführung in die Netzwerkanalyse, Wiesbaden 2006, S. 167.

[157] Vgl. *Schneider* und *Janning*, 2006, S. 87 f

[158] *Pappi*, 1987, S. 13.

[159] *Schubert*, 1995b, S. 17.

[160] Vgl. *Schneider* und *Janning*, 2006, S. 159.

[161] *Kenis*, Patrick und *Schneider*, Volker, Policy Networks and Policy Analyses: Scrutinizing a New Analytical Toolbox, in: *Marin*, Bernd und *Mayntz*, Renate, Policy Networks: empirical evidence and theoretical considerations, Frankfurt a.M. 1991, S. 25-59, S. 25.

politische Netzwerke als Mechanismus zur Politikproduktion zwischen den beiden Extrempositionen Markt und Hierarchie ein.[162] Somit stellen sie eine dritte Kategorie von Beziehungen dar, bei der Personen oder Organisationen Beziehungen zu anderen Personen bzw. Organisationen anstreben oder unterhalten, um durch Kooperation, gegenseitige Unterstützung und (Ressourcen-)Austausch eigene Ziele zu erreichen.[163] Eine generell anerkannte Definition von Politiknetzwerken existiert jedoch nicht. Am praktikabelsten ist eine relativ allgemein gehaltene Version von *Kenis* und *Schneider*:

> "A policy network is described by its actors, their linkages and by its boundary. It includes a relatively stable set of mainly public and private corporate *actors*. The *linkages* between the actors serve as communication channels and for the exchange of information, expertise, trust and other policy resources. The *boundary* of a given policy network is not primarily determined by formal institutions, but results from a process of mutual recognition dependent on functional relevance and structural embeddedness."[164]

Grundlegend gehen beziehungsstrukturelle Ansätze wie die Netzwerktheorie ja davon aus, dass politische Entscheidungen sowie Policy-Outputs das Ergebnis komplexer Interaktionen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren im Politikfeld sind. Daher erfolgt die Analyse von Politiknetzwerken unter der zentralen Annahme, dass

> „Eigenschaften des Netzwerkes (als unabhängige Variable) maßgeblich zur Erklärung einerseits des Verhaltens der Netzwerkakteure und andererseits des Ergebnisses ihrer Interaktion (als abhängige Variablen) beitragen."[165]

Für den Forschungsbereich der Parteien-Verbände-Beziehungen ist festzustellen, dass der Einfluss eines Interessenverbandes auf eine Partei zwar abhängig von der jeweiligen Situation unterschiedlich stark ausfallen kann,[166] die strukturelle Machtposition des Verbandes beispielsweise innerhalb des Netzwerkes aber als entscheidender Faktor für die grundlegende „political parties´ sympathy towards various social groups"[167] angesehen wird.

3.1.2 Modelle der Netzwerkanalyse

Netzwerkanalysen sind generell sowohl eine Beschreibung der Realität als auch eine sozialwissenschaftliche Methode zur formalen Analyse. Entsprechend haben sich in der Forschung zwei differenzierte Herangehensweisen etabliert, die sich als formal und inhaltlich orientierte Modelle der Netzwerkanalyse voneinander abgrenzen lassen. Überwiegend

---

[162] Vgl. *Kenis* und *Schneider*, 1991, S. 41.
[163] *Renate Mayntz* sieht in Netzwerken eine Neukombination, die durch eine Synthese von Merkmalen beider Ordnungsformen Markt (Vielzahl von autonom Handelnden) sowie Hierarchie (Verfolgung von Zielen durch koordiniertes Handeln) gekennzeichnet sei, vgl. *Mayntz*, Renate, Policy-Netzwerke und die Logik der Verhandlungssysteme, in: Dies., Soziale Dynamik und politische Steuerung, Frankfurt a. M. 1997, S. 239-262, S. 246.
[164] *Kenis* und *Schneider*, 1991, S. 41 f.; Hervorhebung i. O.
[165] *Schubert*, 1995b, S. 18.
[166] Vgl. *Smith*, Martin, The Politics of Agricultural Support in Britain: The Development of the Agricultural Policy Community, Aldershot 1990, S. 35.
[167] Vgl. *Daugbjerg*, Carsten und *Marsh*, David, Explaining policy outcomes, in: *Marsh*, David (Hrsg.), Comparing Policy Networks, Philadelphia 1998, S. 52-74, S. 62.

aus soziologischer Perspektive wird sie als neutrales methodisches Analyseverfahren zur Sozialstrukturanalyse verstanden:[168]

> „Im Unterschied zur normalen Vorgehensweise in der empirischen Sozialforschung steht im Mittelpunkt nicht die Einheit, die mit bestimmten Individualmerkmalen beschrieben wird, sondern die Beziehung zwischen den Einheiten."[169]

Die Beziehungsgeflechte werden dabei in einer räumlichen Darstellung formal beschrieben, wobei die Netzwerke neutral als Menge von Einheiten verstanden werden, die in Verbindung miteinander stehen. So ist die Darstellung dauerhafter Beziehungen und von Sozialstrukturen mit Unterbrechungen möglich. Grundsätzlich sind aus formeller Perspektive alle theoretisch möglichen Beziehungsgeflechte Netzwerke: Diese werden durch einen Rückgriff auf die Graphentheorie durch eine Menge von Punkten bzw. Knoten und Linien bzw. Kanten beschrieben.[170] Als Schwachstelle des formellen Ansatzes wird angeführt, dass dadurch das analytische Potenzial der Netzwerkanalyse verdünnt und das Konzept überdehnt werde.[171] Seine Stärke liegt dahingegen vor allem bei der Analyse nicht dauerhafter bzw. sich im Aufbau befindlicher Strukturen:

> „Die Netzwerkanalyse liefert dort überzeugende Ergebnisse, wo es Einschränkungen in den sozialen Beziehungen gibt oder, positiv ausgedrückt, wo in soziale Beziehungen in dem Sinn investiert wird, dass man eine dauerhaftere Beziehung aufbaut".[172]

Da die Beziehungen selbst das zentrale Element der Analyse bei der formalen Netzwerkanalyse sind, ermöglicht dies die Untersuchung des bestehenden Beziehungsgeflechts zwischen Organisationen. Während die Soziologie mit der formalen Netzwerkanalyse ein Konzept zur allgemeinen Analyse von Beziehungsgeflechten vertritt, widmet sich vor allem die Politikwissenschaft in inhaltlich orientierten Netzwerkansätzen vornehmlich den Beziehungen zwischen Interessenverbänden und staatlichen Akteuren.[173] Dabei können Netzwerke sowohl als Modelle politischer Steuerung (Governance) als auch als Modelle der Interessenvermittlung gesehen werden.[174] Dieser eher metaphorisch zu verstehende Netzwerkansatz greift die Feststellung auf, dass moderne Gesellschaften in zunehmendem Maß von großen Organisationen geprägt werden, sodass Untersuchungsobjekte korporative

---

[168] Vgl. *Staeck*, 1997, S. 67.
[169] *Pappi*, 1993, S. 85.
[170] Vgl. *Pappi*, Franz Urban, Die Netzwerkanalyse aus soziologischer Perspektive, in: Ders., Methoden der Netzwerkanalyse, München 1987, S. 11-37.
[171] Vgl. *Schneider* und *Janning*, 2006, S. 158.
[172] *Pappi*, 1993, S. 86.
[173] Vgl. *Scharpf*, Fritz W., Koordination durch Verhandlungssysteme: Analytische Konzepte und institutionelle Lösungen, in: *Benz*, Arthur, *Scharpf*, Fritz W. und *Zintl*, Reinhard, Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen, Frankfurt a.M. 1992, S. 51-96; vgl. grundsätzlich: *Baumgarten*, Britta und *Lahusen*, Christian, Politiknetzwerke – Vorteile und Grundzüge einer qualitativen Analysestrategie, in: *Hollstein*, Bettina und *Straus*, Florian (Hrsg.), Qualitative Netzwerkanalyse: Konzepte, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2006, S. 177-197.
[174] Vgl. *Knill*, Christoph, Policy-Netzwerke. Analytisches Konzept und Erscheinungsform moderner Politiksteuerung, in: Weyer, Johannes, Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung, München 2000, S. 111-133, S. 113-122.

Akteure bzw. inter-organisatorische Netzwerke sind.[175] Grundlegende Annahme ist, dass die funktionale Differenzierung, das damit einhergehende Verschwimmen der Grenzen von Staat und Gesellschaft und die steigende Aufgabenlast des Staates eine Zunahme von staatlicher Koordination nötig werden lassen. Daher beschafft sich der Staat die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Ressourcen in Austauschprozessen mit gesellschaftlichen Akteuren, Verlagerung seiner Aufgaben auf die Gesellschaft oder durch Arbeitsteilung mit gesellschaftlichen Akteuren.[176] Folglich entsteht „Politik heute in einem Prozess, in den eine Vielzahl von sowohl öffentlichen als auch privaten Organisationen eingebunden ist".[177]. Durch die Verteilung politischer Machtressourcen auf eine Vielzahl von korporativen Akteuren ist ausschließliche zentrale Steuerung nicht mehr möglich und die Bedeutung von Netzwerken nimmt zu.[178] Vor diesem Hintergrund werden politische Netzwerke als neue Formen von Governance verstanden:

> "Policy networks are new forms of political governance which reflect a changed relationship between state and society [...] Policy networks are mechanisms of political resource mobilization in situations where the capacity for decision making, program formulation and implementation is widely distributed or dispersed among private and public actors."[179]

Angriffspunkt dieser Sichtweise, die vor allem in der deutschen Forschung vertreten wird, ist deren einseitige Auffassung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft lediglich unter dem Gesichtspunkt der Steuerung und die Vernachlässigung, dass Politik grundsätzlich Interessen geleitet ist.[180] Daher existieren neben Modellen politischer Steuerung weitere inhaltliche Netzwerkansätze, die aus einem anderen Blickwinkel untersuchen, welchen Einfluss Interessengruppen auf politische Entscheidungen ausüben können, welche Verbände Zugang zu politischen Entscheidungsträgern erhalten und wie ihr Einfluss geltend gemacht wird.[181] Die Grundannahmen von Modellen politischer Interessenvermittlung und Steuerung sind jedoch durchaus vergleichbar: Auch Netzwerkansätze zur Analyse von Interessenvertretung gehen von veränderten gesellschaftlichen Voraussetzungen moderner Staaten aus, die ihren politischen Gestaltungsanspruch nicht mehr ausschließlich zentral oder hierarchisch umsetzen können. Inhaltliche Netzwerkansätze mit dem Schwerpunkt politischer Interessenvermittlung legen die Hypothese zugrunde, dass politische Entscheidungsprozesse durch die Interaktion von „konfligierenden und konsensualen Interessen formuliert und umgesetzt"[182] werden. Dadurch entsteht eine neue Vermittlungs-

---

[175] Vgl. *Mayntz*, Renate, Modernisierung und die Logik von interorganisatorischen Netzwerken, in: Journal für Sozialforschung, 1/1992, S. 19-32, S. 21.
[176] Vgl. *Schneider* und *Janning*, 2006, S. 161.
[177] *Mayntz*, 1992, S. 20.
[178] Vgl. *Börzel*, Tanja, What´s so special about policy networks? An Exploration of the Concept and its Usefulness in Studying European governance, Florenz 1997, S. 15 f.
[179] *Kenis* und *Schneider*, 1991, S. 41; Diesen Aspekt der Einordnung von Netzwerkanalysen als neue Form von Governance zwischen den beiden Formen Markt und Hierarchie thematisiert vor allem die kontinentaleuropäische Netzwerkforschung, während die US-amerikanische und britische Forschung den Netzwerkansätzen im Vergleich weniger umfassende Bedeutung zuweist; zu einem Vergleich der Forschungsstränge siehe: *Marsh*, David, The Development of the Policy Network Approach, in: *Marsh*, David (Hrsg.), Comparing Policy Networks, Philadelphia 1998a, S. 3-20.
[180] Vgl. *Staeck*, 1997, S. 64.
[181] Vgl. *Schubert*, 1995a, S. 228.
[182] Ebd., S. 229.

ebene zwischen Staat bzw. den politischen Entscheidungsträgern und den Individuen, die in einem wechselseitigen Prozess an Bedeutung gewinnt und auf der sich das Politiknetzwerk entfaltet.

Neben der Auseinandersetzung mit politischer Steuerung entwickelten sich netzwerktheoretische Ansätze in der Politikwissenschaft aus der Kritik an den bestehenden Haupttheorien der Interessenvermittlung Pluralismus- und (Neo-) Korporatismus.[183] Zentraler Kritikpunkt ist deren Unfähigkeit, die komplexen Entscheidungs- und Einflussprozesse adäquat zu erfassen. So weist die pluralistische Gruppentheorie dem Staat eine verhältnismäßig schwache Rolle zu, wobei die Interessenverbände um den Zugang zur Regierung und den politischen Entscheidungsgremien konkurrieren. Im Neo-Korporatismus kommt dahingegen einem im Vergleich stärkeren Staat die Rolle des Vermittlers zu, der die gesellschaftlichen Interessen aktiv einbezieht und eine „Inkorporierung"[184] der Verbände betreibt. Während pluralistische Ansätze die häufig stattfindende interaktive Aufgabenerfüllung von Staat und Gesellschaft übersehen, vereinfacht der Neo-Korporatismus die Interessenvielfalt moderner Gesellschaften auf die Beteiligung einiger weniger Organisationen.[185] Die theoretische Weiterentwicklung in Form der Netzwerkanalyse erlaubt es, beide Theorien zu integrieren und eine differenziertere und politikfeldspezifische Betrachtung des Verhältnisses der Beziehungen zwischen Staat und Interessengruppen vorzunehmen. So können

> „durch einen empirisch-analytischen Perspektivwechsel bislang nebeneinander stehende theoretische Ansätze der Interessenvermittlung miteinander in Beziehung gesetzt werden."[186]

Demnach wird der Netzwerkbegriff teilweise sogar als Ablösung von Pluralismus bzw. Neo-Korporatismus gesehen, da die Netzwerkanalyse im Unterschied zu jenen die Meso-Ebene analysieren und so die Vielzahl an Varianten der modernen Staats-Gesellschaftsbeziehungen berücksichtigen kann.[187] Überwiegend wird das Konzept jedoch als Oberbegriff und Ergänzung zu den bestehenden Theorien eingeordnet, das die generalisierten Annahmen von Pluralismus und Neo-Korporatismus integriert:

> „(...) we wish to desert the simple notions of pluralism and corporatism and develop a typology in which *network* is a *generic label* embracing the different type (...)."[188]

Damit verlässt die Netzwerkanalyse im Bereich der Interessenvermittlung den Anspruch, „durch singuläre Erklärungsansätze die empirische Vielfalt einfangen zu können".[189] Hin-

---

[183] Vgl. *Schmitter*, Philippe C., Still the Century of Corporatism?, in: *Schmitter*, Philippe C. und *Lehmbruch*, Gerhard (Hrsg.), Trends toward Corporatist Intermediation, London 1979, S. 7-52; *Schmitter*, Philippe C., Neokorporatismus: Überlegungen zur bisherigen Theorie und zur weiteren Praxis, in: *Alemann*, Ulrich von (Hrsg.), Neokorporatismus, Frankfurt a.M., S. 62-79; *Lehmbruch*, Gerhard, Liberal Corporatism and Party Government, in: *Schmitter*, Philippe C. und *Lehmbruch*, Gerhard (Hrsg.), Trends toward Corporatist Intermediation, Beverly Hills 1979, S. 147-183; *Fraenkel*, Ernst, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1979; *Sebaldt* und *Straßner*, 2004, S. 28 ff.

[184] *Schubert*, 1995a, S. 230.

[185] Vgl. ebd., S. 229 ff.

[186] Vgl. *Schmid*, Josef, Verbände. Interessenvermittlung und Interessenorganisation, München 1998, S. 56.

[187] Beispiele sind: *Atkinson,* Michael und *Coleman*, William, Strong States and Weak States, Sectoral Policy Networks in Advanced Capitalist Economies, in: British Journal of Political Science, 19/1989, S. 47-67.

[188] *Jordan* und *Schubert*, 1992, S. 10; Hervorhebung i. O.; vgl. *Waarden*, 1992, S. 38-50.

[189] *Schubert*, 1995b, S. 20.

sichtlich der Beziehungen zwischen Parteien und Verbänden ist im Grundsatz eine Sozialstruktur- und damit eine formale Netzwerkanalyse sinnvoll. Da jedoch auch dynamische Interaktionsprozesse bei der politischen Entscheidungsfindung sowie der Entwicklung des Netzwerkes berücksichtigt werden müssen, bietet sich eine Kombination von formaler und inhaltlicher Analyse an, die sowohl die strukturelle Einbindung als auch die Dynamik der Interaktion verbindet. Diesen Versuch unternimmt *Franz Urban Pappi*, der die

> „Herausarbeitung neuer Formen der Beziehungen zwischen Interessengruppen und staatlichen und öffentlichen Akteuren (…) [mit] (…) neuen Methoden der Strukturbeschreibung, die die Netzwerkanalyse liefert,[190]

kombiniert. Als Grundlage für die Synthese beider Herangehensweisen führt er eine klare Abgrenzung des Systems mit der Einordnung von Politikfeldern als Subsysteme eines größeren politischen Zusammenhangs an. In Bezug darauf kommen dann

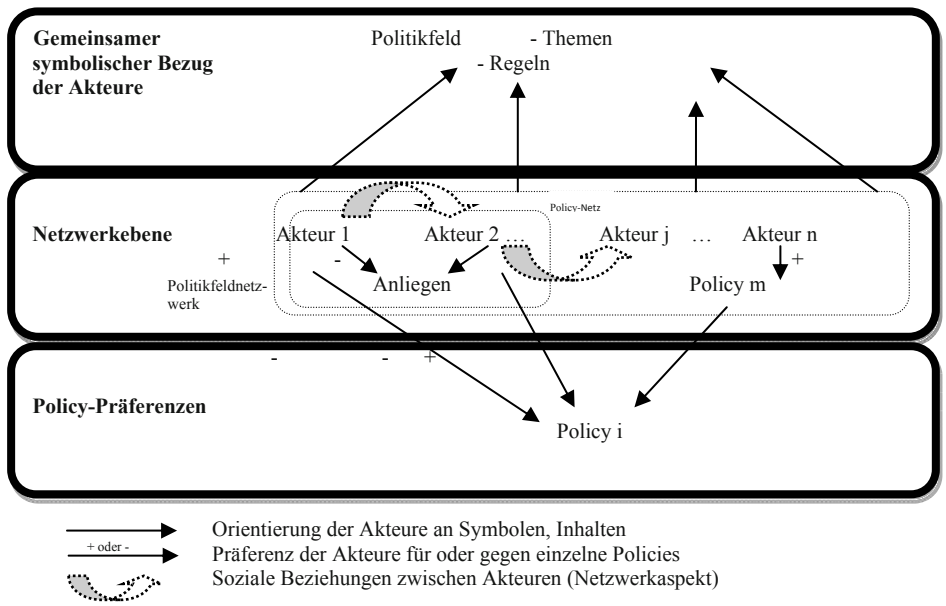
> „Interaktionen zustande, die für das Politikfeld als Ganzes Sinn machen, weil sie z. B. Investitionen in soziale Beziehungen darstellen, die nicht eng auf bestimmte Policies bezogen sind.“[191]

Interessenkonflikte im Politikfeld hinsichtlich konkreter Policies sind nach *Pappi* dahingegen nicht auszuschließen. Hier können „zwei Akteure eine Koalition zur Durchsetzung einer bestimmten Policy eingehen“.[192] Daher differenziert er zwischen zwei unterschiedlichen Netzen: allgemeine Interaktionen innerhalb des Politikfeldes, die ein Politikfeld-Netz aufspannen und „Interaktionen mit Bezug auf eine bestimmte Policy“,[193] die ein Policy-Netz darstellen (siehe Abbildung 6).[194]

Dieses Konzept lässt auf den konkreten Untersuchungsgegenstand der Beziehungen zwischen CSU und Vertriebenen anwenden. So kann das Politikfeld in einer ersten Differenzierung als deutsch-tschech(oslowak)ische Beziehungen eingeordnet werden. Auf der Netzwerkebene finden sich daher eine Vielzahl staatlicher, wirtschaftlicher, kultureller und gesellschaftlicher Akteure, die auf den staatlichen Entscheidungsprozess und das Verhalten der CSU als Akteur des Netzwerks einwirken. Die Koalition zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft manifestiert sich dahingegen im Policy-Netzwerk.

[190] *Pappi*, 1993, S. 93.
[191] Vgl. ebd., S. 92.
[192] Ebd.
[193] Ebd.
[194] Eine ähnliche Unterscheidung nimmt auch *David Marsh* vor, der feststellt, dass Policy-Netzwerke gleichzeitig auf sektoraler und subsektoraler Ebene existieren können, vgl. *Marsh*, 1998a, S. 15.

Abbildung 6: Sinnbezüge von Politikfeld- und Policy-Netzen nach Pappi



Quelle: *Pappi*, 1993, S. 92.

3.1.3 Stabilisierungs- und Destabilisierungsmechanismen von Netzwerken

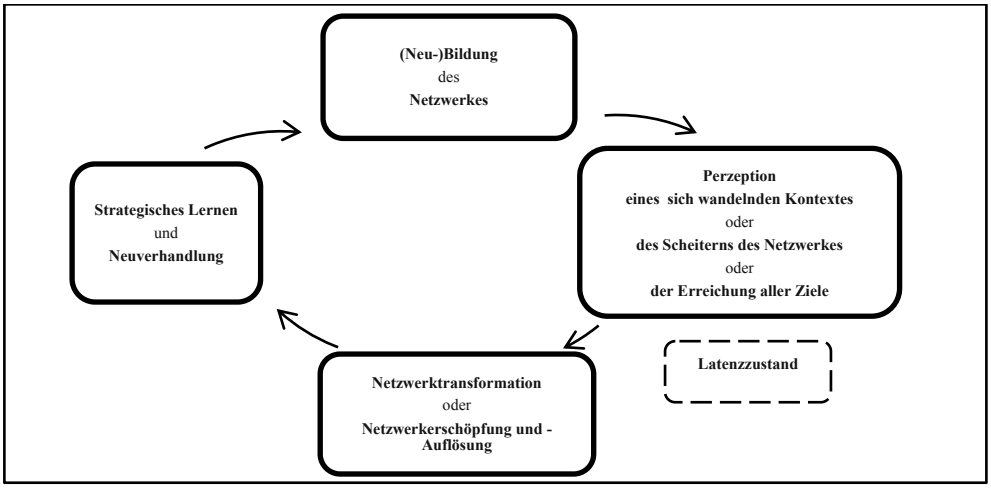
Vergleichbar zu Parteien-Verbände-Koalitionen im Bereich der sozialstrukturellen Theorien lassen sich auch in der Netzwerkforschung Ansätze zur Einordnung von Entwicklungszyklen von Netzwerken in Wechselwirkung mit gesellschaftlichem Wandel finden. Eine Analyse der Entwicklung von Netzwerken kann nach *Colin Hay* in drei Bereiche – „evolution, transformation and ultimately termination“[195] – unterteilt werden. In kritischer Auseinandersetzung mit der Netzwerkforschung, welcher *Hay* eine „methodologically-imposed tendency to treat the network as a static and invariant structure“[196] zuschreibt, müsse der Entwicklungsdynamik von Netzwerken größere Beachtung gewidmet werden, da Politiknetzwerke als soziale Netzwerke keine starren

[195] *Hay*, Colin, The Tangled Webs we Weave: the Discourse, Strategy and Practise of Networking, in: *Marsh*, 1998a, S. 33-51, S. 49; zur Kritik an der Fokussierung von Netzwerkanalysen auf die Strukturen der Akteursbeziehungen siehe auch: *Winter*, Thomas von und *Willems*, Ulrich, Zum Wandel der Interessenvermittlung in Politikfeldern. Zentrale Befunde aus der Verbände- und der Policy-Forschung, in: *Rehder*, Britta et al. (Hrsg.), Interessenvermittlung in Politikfeldern, Wiesbaden 2009, S. 9-29, S. 15f.

[196] Ebd., S. 35, zur Kritik und ähnlichen Ansätzen siehe u.a.: *Mizruchi*, Mark, Social Network Analysis: Recent Achievements and Current Controversies, in: Acta Sociologica 37 (4), 1994, S. 329-343; *Smith*, Martin, Pressure, Power and Policy. State Autonomy and Policy Networks in Britain and the United States, London 1993, S. 76-98.

Konstruktionen und Gebilde darstellen, sondern vielmehr Veränderungen der sozialen, politischen, kulturellen oder ökonomischen Rahmenbedingungen grundsätzlich Wirkung auf die Ausgestaltung des Netzwerkes sowie seine Akteure ausüben würden.

Abbildung 7: Netzwerkdynamik nach Hay im Überblick

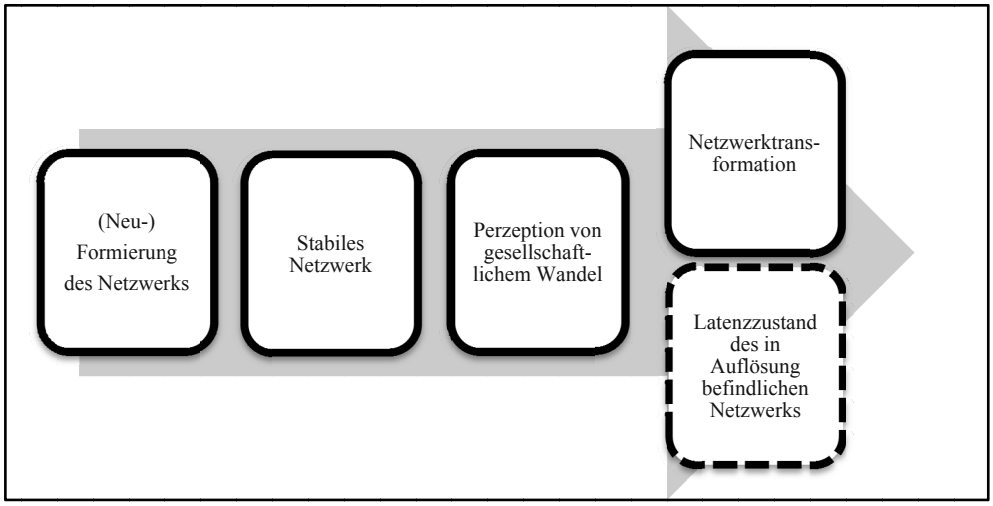


Quelle: *Hay*, 1998, S. 48.

So ist bei gesellschaftlichem Wandel eine ständige „renegotiation of the strategic agenda“[197] des Netzwerkes zu erwarten, weil sich mit den Rahmenbedingungen die Interessen und auch die Strategien der beteiligten Akteure verändern können. Im Vergleich zur Möglichkeit der Auflösung („termination“) des Netzwerkes wird eine Transformation als wahrscheinlichste Reaktion erwartet. Diese kann sich in einer Bandbreite von marginaler Neujustierung bis hin zur Entstehung eines neuen Netzwerkregimes bewegen. Die Auflösung eines Netzwerkes wird – vergleichbar zu den Annahmen zu Dealignment-Prozessen von Cleavages – als langfristiger Prozess gesehen, der einen langsamen Rückzug der Netzwerkakteure bei graduellem Rückgang des Netzwerkeinflusses vorsieht. So kann ein Netzwerk auch nach einem Bedeutungsverlust für die beteiligten Akteure zumindest für einen gewissen Zeitraum in einen Latenzzustand übergehen und fortbestehen.[198]

[197] *Hay*, 1998, S. 49.
[198] Ebd., S. 51.

Abbildung 8: Entwicklungszyklus eines Netzwerkes mit Latenzzustand des alten Netzwerkes



Bei Netzwerken können demnach grundsätzlich Reaktionsmechanismen auf Veränderungen der Rahmenbedingungen und exogenen Wandel festgestellt werden, die von gradueller über tief gehender Neuausrichtung der Netzwerkbeziehungen mit stabilisierender Wirkung bis hin zu einer langfristigen Destabilisierung mit Auflösung des Netzwerkes reichen können.[199] Für Parteien in Politiknetzwerken ist eine Reaktion auf Wandlungstendenzen deshalb besonders wichtig, weil sie von sozialstrukturellen Veränderungen in der Wählerschaft direkt betroffen sind.[200] Die strategische Reaktion von Parteien innerhalb eines Netzwerkes kann jedoch unterschiedlich ausfallen und von einem Festhalten an der traditionellen Ausrichtung bis hin zu einer inhaltlichen und programmatischen Transformation reichen.[201] Dabei ist nach *Angelo Panebianco* zu beachten, dass die Stabilität eines Netzwerkes zwischen einer Partei und einem Verband nicht nur von der elektoralen Machtstellung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe abhängt, sondern die historischen Wurzeln und die formative Phase der Partei deren späteres Verhalten zu einem gewissen Teil weiter konditionieren können.[202] Die ursprünglichen Zielsetzungen des Netzwerkes können daher auch nach dessen Bedeutungsverlust für die Partei in Form eines Latenzzustandes des alten

[199] Vgl. *Sabatier*, Paul und *Jenkins-Smith*, Hand, The Advocacy Coalition Framework: An Assessment, in: *Sabatier*, Paul (Hrsg.), Theories of the Policy Process, Oxford 1999, S. 117-166; *Marsh*, David, The Utility and Future of Policy Network Analysis, in: *Marsh*, David (Hrsg.), Comparing Policy Networks, Philadelphia 1998b, S. 185-197.
[200] Vgl. *Daugbjerg* und *Marsh*, 1998, S. 64.Ebenso wirkt sich sozialer und ökonomischer Wandel auf die relative Macht von sozialen Gruppen aus, so: *Smith*, Martin J., 1993, S. 94.
[201] Vgl. *Lane*, Jan-Erik und *Ersson*, Svante, Politics and Society in Western Europe, Sage, London 1999, S. 132; ähnlich argumentiert auch *Panebianco*, Angelo, Political Parties: Organisation and Power, Cambridge 1988, S. 16.
[202] Vgl. *Panebianco*, 1988, S. 63.

Netzwerkes – vergleichbar zu den Annahmen *Hays* – weiterhin eine gewisse Bedeutung einnehmen.

Welches Ausmaß die Reaktion der Partei innerhalb eines Netzwerkes auf die Schwächung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe annimmt, ist nach *David Marsh* und *Carsten Daugbjerg* in großem Maß von der Außenwahrnehmung abhängig: Ist die Politikproduktion des Netzwerkes auch für Akteure außerhalb der Partei-Verband-Allianz akzeptabel, dann ist eine Stabilität des Netzwerkes eher zu erwarten. Werden die Politikergebnisse des Netzwerkes dahingegen als negativ wahrgenommen und führen zu öffentlichem Widerspruch anderer Akteure, kann es zu erhöhtem Druck bezüglich einer Neuausrichtung oder Destabilisierung des Netzwerkes kommen.[203] Positive Wirkung auf die Stabilität einer Partei-Verband-Beziehung auch bei sich verschlechternden äußeren Umständen kann nach *Smith* ein hoher Grundkonsens beider Akteure ausüben:

> „A policy community can survive a great deal of pressure for change if it contains a very few actors with a strong consensus and has a high degree of control over the implementation process"[204]

Auch wenn anhand dieser Aussagen keine umfassenden Erkenntnisse zu Stabilisierungs- und Destabilisierungsmechanismen von Netzwerken bei abnehmender Bedeutung erarbeitet werden können, ermöglichen diese Annahmen eine Annäherung an das Problem. Folgende Erkenntnisse, die große Übereinstimmung zu Erkenntnissen der sozialstrukturellen Theorielinie aufweisen, lassen sich zusammenfassen:

- Sozialstrukturelle Veränderungen haben Auswirkungen auf die Strategien der Akteure in Parteien-Verbände-Netzwerken.
- Die Ausgestaltung der Strategien sowie deren Wirkung auf die (De-)Stabilität des Netzwerkes können jedoch eine große Bandbreite umfassen.
- Es besteht die Möglichkeit, dass in Auflösung befindliche Netzwerke über einen gewissen Zeitraum in einen Latenzzustand übergehen.
- Die Persistenz des Netzwerkes trotz abnehmender Bedeutung der sozialen Gruppe des Verbandes ist auch vom Gegendruck von Akteuren außerhalb des Netzwerkes abhängig.

3.2 Typen politischer Netzwerke

3.2.1 Dimensionen politischer Netzwerke als Werkzeugkasten zur Analyse

Zur häufig komparativ angelegten Analyse von Netzwerken entwickelt *Frans van Waarden* eine detaillierte Konzeption. Politische Netzwerke sieht er in Anlehnung an *Peter J. Katzenstein*[205] und *Gerhard Lehmbruch*[206] in einem breiteren Sinn als „overarching

[203] *Daugbjerg* und *Marsh*, 1998, S. 64.
[204] *Smith*, 1993, S. 98.
[205] *Katzenstein*, Peter (Hrsg.), Between Power and Plenty. Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States, Madison 1978.

characterization of public-private relations“[207] und institutionalisierten Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft mit verschiedenen Ausprägungen. Die „empirische Vielfalt von Interessenvermittlungskonfigurationen“[208] lässt sich durch Variationen der Charakteristika als Dimensionen eines Netzwerkes einordnen und beschreiben. Diese Dimensionen dienen methodisch dazu, als Eigenschaften des Netzwerkes und damit als unabhängige Variablen zur Erklärung des Verhaltens der Netzwerkakteure bzw. des Ergebnisses ihrer Interaktion als abhängige Variablen beizutragen. *Waarden* unterscheidet in sieben unterschiedliche Dimensionen Akteure, Funktion, Struktur, Institutionalisierung, Verfahrensregeln, Machtverteilung und Strategien. Diese können jedoch nicht als scharf voneinander getrennte Kategorien betrachtet werden, da viele einzelne Indikatoren voneinander abhängen und Überschneidungen möglich sind, sodass eine Beschreibung des Netzwerkes am besten in der Gesamtbetrachtung aller Dimensionen möglich ist. Aus der Kombination der verschiedenen Dimensionen und dem daraus resultierenden Eigenschaftsraum[209] unterscheidet *Waarden* verschiedene Netzwerktypen bzw. Modelle der Interessenvermittlung.[210] Als Werkzeuge einer „Analytical Toolbox“[211] und Kriterien zur Analyse der komplexen Akteursbeziehungen in Netzwerken sollen die Dimensionen im Folgenden kurz charakterisiert werden.

Dimension 1: Akteure
Das Kriterium „Akteure“ teilt sich in zwei Bereiche auf: zum einen in die Anzahl der kooperativen Akteure, die den Umfang des Netzwerkes bestimmen. Da die Interaktionen zwischen den beteiligten Akteuren „[k]onstitutives Element“[212] von Politiknetzwerken sind, kommt deren Eigenschaften besondere Bedeutung zu. Die zweite „subdimension“ ist die Einordnung des Typs der an den Interaktionen beteiligten Akteure. Auch wenn die Akteure im Netzwerk korporativ sind, können dennoch Individuen als Mitglieder und einzelne Akteure innerhalb einer Organisation handeln und in dieser Funktion analysiert werden. Die Eigenschaften der Akteure wie ihre Interessen, Bedürfnisse, Struktur, Fähigkeiten, Ressourcen sowie Professionalisierung, die je nach Akteurs-Typ variieren können, bilden die Grundlage für ihre Interaktionen und liefern damit Erklärungen für die Eigenschaften des Netzwerkes.[213]

Dimension 2: Funktion
Netzwerke entstehen, weil sie als Kommunikationssysteme („channels of communication“[214]) verschiedene Funktionen für die Netzwerkakteure erfüllen. *Waarden* weist darauf hin, dass nur Akteure eigene Ziele haben. Netzwerke selbst bzw. ihre Entstehung sind nach *Arthur Benz* dahingegen Bestandteil der Strategien der Akteure, um deren Ziele

---

[206] *Lehmbruch*, Gerhard, Concertation and the Structure of Corporatist Networks, in: *Goldthorpe*, John H. (Hrsg.), Order and Conflict in Contemporary Capitalism, Oxford 1984, S. 60-80.
[207] *Waarden*, 1992, S. 31.
[208] *Schubert*, 1995b, S. 18.
[209] Unter diesem Begriff ist die Gesamtsicht der Eigenschaften des Netzwerkes zu verstehen.
[210] Vgl. *Schmid*, 1998, S. 58 f.
[211] *Kenis* und *Schneider*, 1991, S. 25.
[212] *Lehmbruch*, 1984, S. 129.
[213] Vgl. Ebd. S. 33.
[214] Ebd.

zu erreichen.[215] Geordnet nach der Steigerung der Intensität der Beziehungen sind Funktionen von Netzwerken Zugang zum politischen Entscheidungsprozess, Austausch von Information und gegenseitige Konsultation, Koordination und Verhandlungen in Form eines Austausches von Ressourcen oder (Gegen-)Leistungen sowie Kooperation bei der Entwicklung, Umsetzung und der Rechtfertigung von Maßnahmen. Beide bekannte Formen der Interessenvermittlung – Lobbying in Form von pluralistischer „pressure group"-Aktivität sowie neo-korporatistische Konzertierung und Kooperation – können auftreten. Während die Zielrichtung bei reinem Lobbying nur eindimensional ist und der Zugang des Verbandes zu den politischen Entscheidungsträgern im Mittelpunkt steht, ist im Fall von Konzertierung und Kooperation nach *Waarden* eine stärkere Symmetrie in der Interdependenz zu erwarten. Eine klare Grenzziehung zwischen beiden Kategorien ist jedoch nur in seltenen Fällen möglich. Vor allem die Eindimensionalität des reinen Lobbyings wird angezweifelt, da auch hier gilt: „contacts may come from the addressee".[216]

Dimension 3: Struktur
Die Struktur des Netzwerks lässt sich aus den regelmäßigen Interaktionen der beteiligten Akteure ableiten und stellt daher das Beziehungsmuster zwischen den Akteuren dar. Die zentralen Variablen wie die Anzahl der Akteure und die Größe des Netzwerkes, die Dichte und Reziprozität der Beziehungen sowie die Bildung von Clustern oder die Ausdifferenzierung in Subnetzwerke sind der formalen Methode der Sozialstrukturanalyse entnommen.[217] Weitere Variablen sind unter anderem die Abgeschlossenheit gegenüber der Umwelt, der Typ der Mitgliedschaft (freiwillig oder unfreiwillig), die Art und Weise der Interaktion (geordnet, kompetitiv, kooperativ, informell oder formell usw.), die Intensität und Dauer der Interaktionen sowie die Stabilität des Netzwerks und die Ausgestaltung der Koordination.[218] Diese Variablen stehen nicht für sich allein, sondern geben in einem Gesamteindruck Auskunft über die Netzwerkstruktur: So erhöht sich beispielsweise die Stabilität eines Netzwerkes bei intensiven, komplexen und symmetrischen Interaktionen, der Präsenz einer zentralen Organisation und einer Zwangsmitgliedschaft.

Dimension 4: Institutionalisierung
Dass die einzelnen Dimensionen nicht eindeutig voneinander zu trennen sind, zeigt sich nicht nur in der Überschneidung der Akteurs- und der Strukturbetrachtung, sondern auch bei der Kategorie „Institutionalisierung", welche – obwohl Teil der Dimension Struktur – gesondert dargestellt werden kann. Das Niveau der Institutionalisierung wird als besonderer Gradmesser für die Formalität und Stabilität des Netzwerkes herangezogen.[219] Stabile Netzwerke zeichnen sich durch regelmäßige Kontakte und ähnliche Regeln bei der Interaktion aus. Dabei wird angenommen, dass formelle und institutionelle Regelungen im gegenseitigen Umgang eine größere Stabilität des Netzwerkes nach sich ziehen. Anhand

[215] Vgl. *Benz*, Arthur et al., (Hrsg.), Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen, Frankfurt a. M 1992, S. 177 ff.; *Smith*, Martin J., 1993, S. 1 ff. Zum strategischen Handeln in Bezug auf Netzwerke siehe: *Hay*, Colin, 1998, S. 41-45; *Jessop*, Bob, State Power: A strategic-relational Approach, Polity, Cambridge 2008.
[216] *Waarden*, 1992, S. 34.
[217] Vgl. *Schubert*, 1995b, S. 18.
[218] *Waarden*, 1992, S. 34 f.
[219] Vgl. *Staeck*, 1997, S. 69.

ihrer Institutionalisierung können Netzwerke in einer Bandbreite von „ad hoc temporary informal relationships“ bis hin zu einer „full-fledge formal organization“[220] kategorisiert werden.

Dimension 5: Verfahrensregeln
Die Beziehungen und der Austausch im Netzwerk werden durch Verfahrens- und Verhaltensregeln reglementiert. Diese „rules of the game“[221] entwickeln sich durch das Rollenverständnis, die Einstellungen, Interessen und die sozialen Hintergründe der Interaktionsteilnehmer. Auch der allgemeinen politischen Kultur wird Einfluss auf den Umgang zugeschrieben. Die Verfahrensregeln rationalisieren die alltägliche Praxis im Netzwerk und können kompetitiv, konfligierend, opportunistisch oder auch konsensual sein. Sie regeln, wie Konflikte ausgetragen, Strategien erarbeitet und in welchem Maß rationale oder ideologische Auseinandersetzungen geführt werden. Darüber hinaus geben Verfahrensregeln vor, ob die Orientierung eher am öffentlichen Interesse und der Förderung der allgemeinen Wohlfahrt oder eher an partikularen Interessen stattfindet.[222]

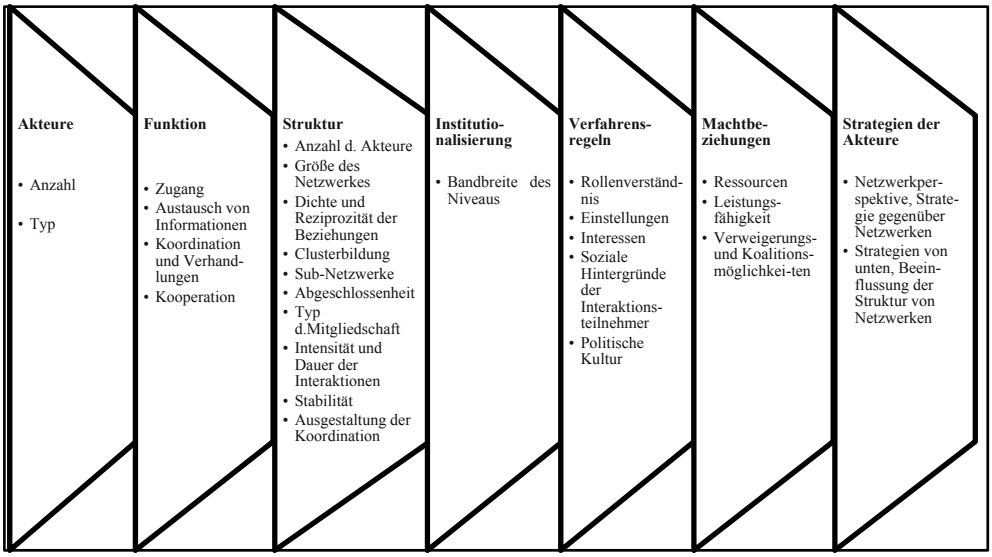
Dimension 6: Machtbeziehungen
Waarden charakterisiert Netzwerke als ein System von Machtbeziehungen. Die Verteilung von Macht innerhalb eines Netzwerkes ist von den Ressourcen, der Leistungsfähigkeit sowie der Verweigerungs- und Koalitionsmöglichkeiten der einzelnen Akteure abhängig. Entscheidende Determinanten sind die Größe der jeweiligen Organisation, deren Grad an Zentralisierung (oder Fragmentierung), ihre Autonomie (oder Abhängigkeit) und ihre Repräsentativität (Repräsentationsmonopol). Dabei wird zwischen vier möglichen Typen der Machtbeziehungen unterschieden: 1) Die Vereinnahmung der Behörden/des Staats, was als Klientelismus bezeichnet wird; 2) die Autonomie des Staates bzw. der öffentlichen Verwaltung gegenüber organisierten Interessen; 3) die Vereinnahmung von Interessengruppen durch den Staat und 4) eine relative Machtbalance zwischen den Beteiligten.[223]

Dimension 7: Strategien der Akteure
Im Mittelpunkt der Handlungen von Netzwerk-Akteuren steht das Erreichen der eigenen Ziele. Die Bildung von Politiknetzwerken ist dabei ein möglicher Bestandteil einer Strategie der jeweiligen Akteure. Neben dieser „Netzwerkperspektive“[224] ergeben sich auch Strategien von unten „within networks themselves“.[225] Die Strategien der Akteure zielen darauf, die Struktur von bereits bestehenden oder sich im Aufbau befindlichen Netzwerken zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Eine Option ist nach *Waarden* daher häufig „structure building“[226] dar oder die Beeinflussung, wer am Netzwerk beteiligt wird, wie die Beziehungen und Verhaltensregeln strukturiert werden oder welche Themen zu welchem Zeitpunkt behandelt werden.

---

[220] *Waarden*, 1992, S. 35.
[221] Ebd., S. 36.
[222] Vgl. *Schubert*, 1995b, S. 19.
[223] Vgl. Ebd. S. 36.
[224] Vgl. Ebd., S. 19.
[225] *Waarden*, 1992, S. 37.
[226] Ebd.

Abbildung 9: Dimensionen Politischer Netzwerke im Überblick



Die erläuterten Dimensionen eröffnen in einer Gesamtsicht die Möglichkeit, anhand ihrer Charakteristika unterschiedliche Typen von Politischen Netzwerken zu unterscheiden. Klare Definitionen sowie allgemeingültige Typologisierungen von Netzwerken existieren jedoch nicht.[227] So geht beispielsweise *LaPalombara* auf Klientelismus- und Parentela-Beziehungen ein, während *Schmitter* zwischen Pluralismus, Staats- und Gesellschaftskorporatismus sowie Monismus unterscheidet. *Cawson* arbeitet die Unterschiede zwischen Meso- und Makro-Korporatismus heraus, die *Lehmbruch* als sektoralen Korporatismus und sektorale Konzertierung einordnet. *Heclo* unterscheidet dahin gehend Iron Triangles und Issue-Networks, während *Peters* legitime, semi-legitime (Parentela- sowie Klientelismus-Beziehungen) und illegitime Beziehungen abgrenzt sowie *Atkinson* und *Coleman* unterschiedliche Ausprägungen von Pluralismus und Korporatismus diskutieren.[228] *Waarden* orientiert sich dahingegen an den bereits bestehenden Modellen und identifiziert mittels einer Charakterisierung durch die Netzwerk-Dimensionen insgesamt elf verschiedenen Netzwerktypen, wobei die Trennlinien zwischen den Typen fließend verlaufen. So unter-

[227] *Jordan* und *Schubert*, 1992, S. 18; *Waarden*, 1992, S. 49; Die Vielzahl an Netzwerktypen ist u.a. auf die unterschiedlichen Forschungsstränge im angelsächsischen und kontinentaleuropäischen Raum zurückzuführen.

[228] Vgl. *LaPalombara*, Joseph, Interest Groups in Italian Politics, Princeton 1964, S. 252-348; *Schmitter* 1979; *Cawson*, Alan, Introduction: Varieties of Corporatism: The Importance of the Meso-level of Interest Intermediation, in *Cawson*, Alan (Hrsg.), Organized Interests and the State: Studies in Meso-Corporatism, London 1985, S. 1-21; *Lehmbruch* 1984, S. 60-80; *Heclo*, Hugh, Issue Networks and the Executive Establishment, in: *King*, Anthony, The New American Political System, Washington D.C. 1978, S. 87-124; *Peters*, Brainard Guy, The Politics of Bureaucracy, London 2001; *Atkinson*, Michael und *Coleman*, William D., Strong States and Weak States: Sectoral Policy Networks in Advanced Capitalist Economies, in: British Journal of Political Science 19/1989, S. 48-67.

scheidet er in Etatismus bzw. Pantouflage, Gefangennahme des Staates, Klientelismus, Pressure-Pluralismus, Parentela-Beziehungen, Sektoralen Korporatismus, Makro-Korporatismus, Staatskorporatismus, Sponsored Pluralismus, Iron Triangles und Issue-Networks.[229] Um die Vielzahl von Typen in eine Ordnung zu bringen, regt *Waarden* an, mit der Anzahl und dem Typ der beteiligten Akteure, der Funktion des Netzwerkes sowie den Machtbeziehungen drei der sieben Dimensionen zur Unterscheidung und Systematisierung der möglichen Netzwerktypen heranzuziehen:

Tabelle 3: Typologie von Politiknetzwerken nach *Waarden*

Anzahl und Typ der Netzwerk-akteure **Funktion und Macht-beziehungen**	**Staatliche Agenturen**	**Eine soziale Großgruppe**	**Zwei gegen-sätzliche soziale Groß-gruppen**	**Auch Parteien und parlamenta-rische Akteure**	**Unlimitierte Anzahl ge-sellschaftlicher Akteure**
Nur Zugang:					
Staats-dominanz	Statism/ Pantouflage	Statism	Pressure Pluralism	Parentela Beziehungen	Issue Networks
Gesellschafts-dominanz	Gefangen-nahme des Staates	Klientelismus/ Gefangen-nahme	Pressure Pluralism	Iron Triangles	Issue Networks
Auch Delegation staatlicher Autorität:					
Staats-dominanz		(Sektoraler) Korporatismus	Staatskorpo-ratismus	Parentela Beziehungen	Sponsored Pluralism
Gesellschafts-dominanz		(Sektoraler) Korporatismus	Corporatist Concertation		

Quelle: *Waarden*, 1992, S. 50.

Tabelle 4: Typologische Übersicht der Politiknetzwerke nach Machtbeziehungen nach *Beyme*

	Staatsdominanz				**Gesellschaftsdominanz**	
Dominanz von	staatlichen Agenturen	Partei-kartellen	einer sozialen Großgruppe	zweier konfligiere nder Groß-gruppen	Gemäßigter Pluralismus von Gruppen	Unbegrenzter Gruppen-pluralismus
	I	**II**	**III**	**IV**	**V**	**VI**
Netzwerk-typen	Pantouflage; Staatsdominanz gegenüber der Wirtschaft; Staats-korporatismus	Parentela-Be-ziehungen	Klientelist-ische Be-ziehungen	Liberaler Korporatis mus	Sponsored pluralism; eiserne Dreiecke; subgov-ernment	Pressure-Pluralismus

Quelle: *Beyme*, 1997, S. 43.

Klaus von Beyme variiert diese Typologisierung und verengt die große Bandbreite von Netzwerktypen anhand einer Aufgliederung nach Machtbeziehungen auf sechs verschiedene Typen bzw. Typengruppen (Vgl. Tabelle 4). Im Hinblick auf die Einordnung der

[229] Vgl. *Schmid*, 1998, S. 59; *Waarden*, 1992, S. 38 ff.

Akteure in den Typologisierungen ist bei Parteien-Verbände-Beziehungen eine Spezifizierung notwendig: Parteien, denen besonders im Bereich der organisierten Interessen in Deutschland eine Sonderstellung als Vermittlungsinstanzen zwischen Staat und Gesellschaft zukommt, werden als gesellschaftliche und staatliche Akteure eingeordnet.[230] Bei den unterschiedlichen Netzwerktypen wird für die vorliegende Untersuchung der Akteur „Staat" daher als „Partei" verstanden. Da Parteien nicht nur als Gesamtorganisationen, sondern vielmehr häufig als Teilakteure in Form von Parlamentsfraktionen, Führungsgremien oder Parteigliederungen auftreten, können sie – wie beispielsweise bei Iron Triangles – zusätzlich zu ihrer Rolle als staatlicher Akteur in diesen genannten Formen im Netzwerk auftreten.[231]

3.2.2 Vorauswahlverfahren von geeigneten Typen zur Persistenz von Netzwerken

Da in der vorliegenden Studie die Persistenz von Koalitionen zwischen einer Partei und einem Verband untersucht wird, steht die Stabilität von Netzwerken zwischen den Akteuren Partei und Verband im Mittelpunkt des Forschungsinteresses, sodass eine Vorauswahl aus den bestehenden Netzwerktypen getroffen werden muss. Zur Selektion von Netzwerktypen, die eine stabile Beziehung zwischen einem Verband und einer Partei darstell- und messbar machen, werden zwei Kriterien herangezogen: zum einen die Begrenzung der Anzahl der beteiligten Netzwerkakteure auf einen Verband und damit einen gesellschaftlichen Akteur zusätzlich zur Partei.[232] Zum anderen die hohe Stabilität des Netzwerkes. Die möglichen Auswahlkriterien der Dominanz eines Akteurs sowie der Funktion des Netzwerkes werden bewusst außen vor gelassen, da sich beides aufgrund der Dynamik von Netzwerkbeziehungen im Zeitverlauf ändern kann. Daher wird die *von Beymesche* Typologisierung nicht berücksichtigt. Zur Durchführung der Vorauswahl bieten dahingegen die Erläuterung sowie die detaillierte tabellarische Gegenüberstellung der Eigenschaften der elf verschiedenen Netzwerktypen nach *Waarden* wertvolle Anhaltspunkte, sodass diese herangezogen wird.[233] In einem zweistufigen Vorauswahlverfahren ergeben sich zunächst durch die Begrenzung der beteiligten Akteure die Typen Statism/Pantouflage, Captured Statism, Klientelismus, Sektoraler Korporatismus, Parentela Beziehungen sowie Iron Triangles. Durch das zweite Kriterium der Stabilität verringern sich die möglichen Netzwerktypen nochmals auf Klientelismus, Iron Triangles sowie Sektoraler Klientelismus, die jeweils eine beständige Beziehung zwischen einem gesellschaftlichen Akteur sowie einer Partei als staatlichem Akteur charakterisieren können.

---

[230] Zur Definition, Rolle und Funktion von Parteien siehe: *Alemann*, Ulrich von, 2003; *Beyme*, Klaus von, Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker, in: Gabriel, Oscar W. et al., 2001, S. 315-339; *Korte*, Karl Rudolf und *Fröhlich*, Manuel, Politik und Regieren in Deutschland, Paderborn 2004, S. 133-137.

[231] Vgl. *Pöllmann*, 2006, S. 192.

[232] *Daugbjerg* und *Marsh* weisen darauf hin, dass Parteien dazu tendieren, gewissen Verbänden Zugang zu einem Policy-Netzwerk zu gewähren und gleichzeitig andere auszuschließen. Darüber hinaus stellen sie fest, dass es für einen Verband nicht zwangsläufig negativ sein muss, nur von wenigen oder nur einer Partei unterstützt zu werden, vgl. *Daugbjerg* und *Marsh*, 1998, S. 63.

[233] Siehe *Waarden*, 1992, S. 39-41.

Tabelle 5: Zweistufiges Vorauswahlverfahren zur Anwendbarkeit von Netzwerktypen für Fragestellung

Netzwerk-typen / Auswahl-Kriterien	Pantouflage	Gefangen-nahme des Staates	Klientelismus	Sektoraler Korporatismus	Parentela Beziehungen	Iron Triangles
1) Anzahl der betr. Interessen-verbände	Sehr begrenzt	Begrenzt	Einer	Zumindest einer	Begrenzt	Einer
2) Stabilität des Netzwerkes	Niedrig	Niedrig	Hoch	Hoch	Niedrig	Hoch
Potentielle Anwendbarkeit	Nein	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja

Quelle: *Waarden*, 1992, S. 39 ff.

Welche für die Fragestellung zur Persistenz von Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden bei abnehmender Bedeutung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe relevanten Eigenschaften weisen die in einem ersten Schritt vorausgewählten Netzwerktypen auf? Anhand dieses Erkenntnisinteresses sollen die drei Typen im Folgenden dahin gehend unter die Lupe genommen werden, inwieweit sie geeignet sind, eine Partei-Verband-Koalition zu charakterisieren, deren Verbindung stabil ist und dem Verband unabhängig von der Entwicklung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe großen Einfluss auf die Partei ermöglicht.

Klientelismus

Diese Form der Partei-Verband-Beziehung entsteht nach *Brainard Guy Peters*

> „(…) when an interest group, for whatever reasons, succeeds in becoming, in the eyes of a given administrative agency, the natural expression and representative of a given social sector (...)."[234]

Als zentrales Merkmal erweist sich, dass der Interessenverband gegenüber der staatlichen Einrichtung bzw. in diesem Fall der Partei ein Repräsentationsmonopol einnimmt und einziger weiterer Akteur im Netzwerk ist. Aus dieser Konstellation entwickelt sich eine starke Vereinnahmung des staatlichen Akteurs durch den Interessenverband. Die Folge ist größere Abhängigkeit des Staats bzw. der Partei vom Interessenverband, da ihm die Möglichkeit fehlt, mehrere Verbände bzw. weitere Netzwerkakteure gegeneinander auszuspielen. Der Verband erfährt im gleichen Moment eine Stärkung, da dieser durch die herausgehobene Position in Bezug auf den staatlichen Akteur bzw. die Partei besser organisiert, größer und mit mehr Ressourcen ausgestattet wird. Durch die fortbestehende enge Verbindung zwischen beiden Akteuren werden auch die sozialen Bindungen sowie die personelle Verflechtung zwischen diesen gestärkt. Die enge Beziehung ermöglicht dem Klienten somit die Aufrechterhaltung seiner Privilegien, Vorteile bei Zuwendungen und schützt ihn vor An-

[234] *Peters*, 2001, S. 196.

griffen gegen seine herausgehobene Stellung.[235] Der Zugang zum Netzwerk ist zudem in hohem Maß institutionalisiert.[236]

Als Folge der dargestellten Machtverteilung und Institutionalisierung in einem Klientelismus-Netzwerk orientiert sich der Staat/ die Partei stärker an den Partikularinteressen des Verbandes als am öffentlichen Interesse bzw. Gemeinwohl.[237] Dabei haben beide Akteure ein Interesse, ihre enge Verbindung nicht öffentlich untersuchen zu lassen und bilden gleichzeitig eine ausgeprägte Präferenz zur Zusammenarbeit und zur Interaktion aus. Es muss aber nicht unbedingt zur Abgabe von Autorität von staatlicher Seite an den Interessenverband kommen, wie in korporatistischen Netzwerken, in denen die Kooperationspartner des Staates/der Partei am Politikformulierungsprozess beteiligt werden.[238] Vielmehr existiert, gestützt auf die institutionellen Kommunikationskanäle, ein gegenseitiges (Aus-)Tauschsystem: Während die Partei/ der Staat die Interessen der Klientelgruppe vertritt, erhält er im Gegenzug vom Verband Unterstützung in Form von Information und politischer Unterstützung (z. B. medial, Wählerstimmen). Weitere Folge ist, dass die Kohärenz des Regierungshandelns vermindert wird, da die Partei/ der Staat zu stark die Belange eines Verbandes berücksichtigt. Dazu weisen *Jordan* und *Schubert* darauf hin, dass diese Konstellation in einem derartigen Netzwerk Verbänden großen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess ermöglicht.[239] Ein Netzwerk klientelistischen Typs erweist sich daher als außerordentlich geeignet, um den bestehenden großen Einfluss eines Verbandes auf eine Partei zu erklären.

Iron Triangles

Als Iron Triangles werden mehrheitlich in der anglo-amerikanischen Forschung geschlossene, stabile Beziehungen zwischen einer eingeschränkten Anzahl von privilegierten Interessenverbänden, einer staatlichen Einrichtung sowie einem Parlamentsausschuss bezeichnet.[240] Bei diesen Verbindungen spielen Parteipolitiker oder führende Mitglieder von parlamentarischen Ausschüssen als Mittler zwischen der staatlichen und der gesellschaftlichen Ebene eine wichtige Rolle. Die Beziehung zwischen den beteiligten Akteuren gestaltet sich positiv, da sie vergleichbare Ziele haben, sich gegenseitig unterstützen und daher aktive Partnerschaften eingehen.[241]

Im Vergleich zu anderen Typen wie beispielsweise Parentela-Beziehungen nimmt die Partei in dieser Form des Netzwerkes jedoch keine dominierende Position ein. Zum Klientelismus weisen Iron Triangles große Übereinstimmungen auf. So teilen beide Ausprägungen eine Vielzahl von Charakteristika wie das Repräsentationsmonopol des Verbandes, die Geschlossenheit der Grenzen, ausgeprägte Stabilität und hohe Komplexität der Beziehungen, die Suche nach Konsens und Kooperation auf der Basis von überein-

[235] Ebd., S. 199.
[236] Vgl. *Waarden*, 1992, S. 43 f.
[237] Ebd., S. 44.
[238] Vgl. Sektoraler Korporatismus im Anschluss.
[239] Vgl. *Jordan* und *Schubert*, 1992, S. 21.
[240] Für die Vereinigten Staaten sind dies konkret einer oder eine sehr eingeschränkte Zahl von Interessenverbänden, eine staatliche Agentur sowie ein US-Kongress-Ausschuss, vgl. *Gais*, Thomas L. et al., Interest Groups, Iron Triangles and Representative Institutions in American National Government, in: British Journal of Political Science, Volume 14, Cambridge University Press, 1984, S. 161-185; *Adam*, Gordon, The Politics of Defense Contracting, The Iron Triangle, New Brunswick N.J. 1982.
[241] Vgl. *Jordan* und *Schubert*, 1992, S. 21.

stimmenden Interessen, den hohen Grad an personeller Verflechtung zwischen den Akteuren sowie die Informalität, Depolitisierung und das Interesse an Geheimhaltung des Netzwerkes. Als Folge ergibt sich eine Dominanz der gesellschaftlichen Interessen über die staatliche Einrichtung, wobei das „Eiserne Dreieck" innerhalb von Politik und Verwaltung autonom ist und eine gewisse Eigendynamik aufweist. Auf den Staat wirkt sich dies in Form von Partikularismus oder Fragmentierung aus. Mit dem Hinzuziehen von konkreten parlamentarischen sowie parteipolitischen (Teil-) Akteuren im Netzwerk stellt der Typ des Iron Triangle eine Erweiterung von Klientelismus um eine konkrete politische Arena dar, sodass diese Netzwerk-Form mehr als Spezifizierung des klientelistischen denn als eigenständiger Typ zu sehen ist.[242] Dennoch bietet dieser Ansatz – unter der Prämisse, dass Parteien als Teilakteure auf staatlicher wie parlamentarischer Ebene gleichermaßen auftreten können und damit zwei Ecken des Iron Triangle ausfüllen können – Anwendungsmöglichkeiten für die Fragestellung der vorliegenden Untersuchung.

Sektoraler Korporatismus

Netzwerke, die als Sektoraler oder auch Meso-Korporatismus eingeordnet werden, unterscheiden sich deutlich von als rein korporatistisch verstandenen Netzwerken, da sie im Gegensatz zu diesen nicht als Mechanismus zur Ausbalancierung verschiedener Interessen, sondern als Verbindung zwischen einer einzelnen Interessengruppe und einem staatlichen Akteur gesehen werden.[243] Zusätzlich zu dieser Eingrenzung auf zwei Akteure wird das Handlungsfeld auf einen bestimmten Sektor zumeist im wirtschaftlichen Bereich verengt. Im Tausch für ihre Kooperation und Hilfe bei der Umsetzung von Politik gesteht der Staat den Verbänden – falls nicht schon vorhanden – Privilegien, Ressourcen, Autorität sowie ein Repräsentationsmonopol zu. So definiert *Gerhard Lehmbruch* „sectoral corporatism" als

> „limited to specific sectors of the economy. Sectoral organizations are centralized and enjoy **representational monopoly**. Moreover, the granting to such organizations of **privileged access** to government may result in **strong institutional linkages** with government."[244]

Aufgrund der stark ausgeprägten Institutionalisierung, der hohen Stabilität sowie der deutlichen Verringerung auf zwei Netzwerkakteure lassen sich nur wenige Unterschiede zu Klientelismus ausmachen. Als Abgrenzung kann angeführt werden, dass in diesem Netzwerktyp Verbände in die Politikimplementation direkt eingebunden werden.245 Außerdem sind symmetrischere Beziehungen zu erwarten, sodass von keiner ausgeprägten Dominanz eines beteiligten Akteurs ausgegangen wird. Damit fällt die Ähnlichkeit zum Typ Klientelismus zwar nicht so deutlich aus wie bei „Iron Triangles", dennoch ist auch dieser Netzwerktyp zu einem gewissen Grad als Variation zu sehen.

In einer Gesamtsicht erweist sich der Netzwerktyp Klientelismus als Grund- und Reinform, als dessen Abwandlungen die beiden anderen Typen zu sehen sind. Zu Charakterisierung eines Netzwerks, das einem einzelnen Verband großen Einfluss auf eine Partei ermöglicht, bietet sich eine Fokussierung darauf an.

---

[242] Vgl. *Waarden*, 1992, S. 46.
[243] Vgl. *Jordan* und *Schubert*, 1992, S. 22.
[244] *Lehmbruch*, 1984, S. 62; Hervorhebung durch den Verfasser.
[245] Vgl. *Waarden*, 1992, S. 47; Vgl. *Atkinson* und *Coleman*, 1989, S. 58.

Tabelle 6: Charakteristika der Netzwerktypen Klientelismus, Iron Triangle und Sektoraler Korporatismus nach *Waarden* im Überblick

Netzwerktypen **Dimensionen**	**Klientelismus**	**Iron Triangle**	**Sektoraler Korporatismus**
Akteure (zusätzlich zu Staat/Partei)			
Anzahl	Einer	Zwei	Mind. Einer
Typ	Interessenverband	Interessenverband, parl. Akteur (z. B. Fraktion)	Mind. 1 größerer Interessenverband
Repräsentationsmonopol	Ja	Ja	Ja
Funktion			
Zugang	Ja	Ja	Ja
Konsultation	Ja	Ja	Ja
Verhandlung	Ja	Ja	Ja
Koordination	Ja	Ja	Ja
Kooperation bei Politikformulierung	Ja	Ja	Ja
Kooperation bei Politikimplementierung und Delegierung von staatl. Autorität	Nein	Normalerweise nicht	Ja
Breite der politischen Themen	Eng	Eng	Mittel
Struktur			
Grenzen	Geschlossen	Geschlossen	Geschlossen
Art der Mitgliedschaft	Freiwillig	Freiwillig	De facto/formal zwingend
Ordnung der Beziehungen	Mittel	Mittel	Hoch
Intensität	Hoch	Hoch	Hoch
Komplexität	Hoch	Hoch	Hoch
Symmetrie	Niedrig	Niedrig	Hoch
Subclustering bzw. Bildung von Sub-Netzwerken	Möglich	Möglich	Wahrscheinlich
Interaktionsmuster	Horizontale Konsultation, Intermobilität und personelle Verflechtung	Horizontale Konsultation, Intermobilität und personelle Verflechtung	Horizontale Konsultation
Zentralität	Mittel	Niedrig	Mittel
Stabilität	Hoch	Hoch	Hoch
Art und Weise der Beziehungen	Kooperativ	Kooperativ	Kooperativ
Institutionalisierung	Hoch	Hoch	Hoch
Verfahrensregeln			
Konfliktiv/konsensorientiert	Beides	Beides	Suche nach Konsens
Gemeinwohlorientiert	Nein	Nein	Nein
Formale oder informale Kontakte	Informal	Informal	Formal
Geheimhaltung	Ja	Ja	Ja
Versuche zur Depolitisierung	Ja	Ja	Ja
Ideologische Auseinandersetzungen	Nein	Nein	Möglich
Machtverteilung			
Unabhängigkeit des Staats/der Partei gegenüber Verband	Niedrig	Niedrig	Hoch
Dominanz des Staats/der Partei	Nein	Nein	Nein
Dominanz der Interessen des Verbandes	Ja	Ja	Nein
Balance, Symbiose	Nein	Nein	Wahrscheinlich
Strategien (der Partei/des Staats)			
Zugang	Ja	Ja	Ja
Anerkennung der Interessengruppe	Ja	Ja	Ja
Aktive Unterstützung der Interessengruppe	Möglich	Möglich	Ja
Schaffen/Verändern der Interessengruppe	Nein	Nein	Ja
Delegation von staatlicher Autorität	Nein	Normalerweise nicht	Ja

Versuche zur Zerstörung von Interessenverbänden	Nur Mitbewerber	Nur Mitbewerber	Möglich

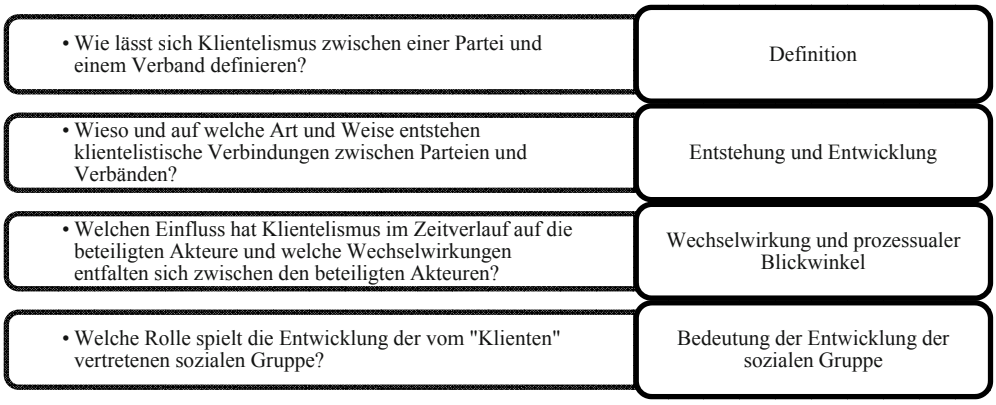
Quelle: *Waarden*, 1992, S. 39 ff.

Für den zweiten Teil der Fragestellung, der sich auf die Auswirkungen einer abnehmenden Bedeutung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe bezieht, weist jedoch keiner der relevanten Typen konkrete Erkenntnisse auf. Im Folgenden sollen daher mittels eines Blicks auf die Klientelismusforschung die Annahmen und Aussagen zu Netzwerken mit klientelistischer Charakterisierung vertieft herausgearbeitet werden.

3.2.3 Klientelismus als Policy-Netzwerktyp

Anhand einer Analyse der Grundaussagen der Klientelismus-Forschung im Allgemeinen sowie des Forschungsstranges von Klientelismus in Bürokratie und Parteien im Speziellen sollen Erkenntnisse zu konkreten Fragestellungen in den Erkenntnisdimensionen Definition, Entstehung und Entwicklung, Wechselwirkung und prozessualer Blickwinkel sowie Bedeutung der Entwicklung der sozialen Gruppe erarbeitet werden:[246]

Abbildung 10: Fragestellungen im Bereich der Klientelismusforschung



In seiner ursprünglichen Form beschreibt Klientelismus die Verteilung von ausgewählten Gütern an Individuen oder klar definierte soziale Gruppen im Austausch für politische Unterstützung.[247] Klientelismus selbst kann dabei als eine Form des persönlichen,

[246] Da Aussagen zu den Eigenschaften eines Klientelismus-Netzwerkes vertieft herausgearbeitet werden, sind einzelne Überschneidungen zum vorigen Kapitel nicht auszuschließen.

[247] Die Begriffe "Klientelismus" und "Patronage" werden trotz bestehender Unterschiede in der vorliegenden Studie als austauschbar eingeordnet, da beide das Phänomen eines Austauschs von Stimmen oder anderer Arten von Unterstützung für eine Partei für politische Entscheidungen oder andere öffentliche Güter von Seiten der Partei für den Unterstützer getauscht werden. Der Begriff des „Klientelismus" wird dabei als umfassender eingeordnet, sodass nach *Piattoni* Klientelismus Patronage impliziert, vgl. *Piattoni*, 2001, S. 4 ff.

dyadischen Austauschs zwischen einem Patron sowie einem oder mehreren Klienten charakterisiert werden, die eine gegenseitige Verpflichtung mit sich bringt. Darüber hinaus ist die Beziehung zwischen Patron und Klient hierarchisch und weist eine von beiden Seiten akzeptierte Aufgabenverteilung sowie bestimmte Verhaltensmuster auf. Des Weiteren ist die hierarchische Klientelismus-Beziehung durch Machtungleichgewicht der Akteure und Dauerhaftigkeit gekennzeichnet.[248] Das traditionelle Klientelismus-Verständnis eines old clientelism, verstanden als interpersonale Beziehung zwischen Patron und Klient, wird durch die Definition eines new clientelism und mit Blick auf die Parteiensysteme als mass party clientelism in modernen Gesellschaften erweitert:[249] Zentrale Eigenschaften der Beziehung, wie der Grundsatz des Austausches von bestimmten exklusiven Gütern innerhalb eines asymmetrischen Machtverhältnisses, bleiben zwar ebenso bestehen, wie auch der instrumentelle Charakter der Beziehung fortwirkt. Mit dem Wandel der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ändern sich jedoch bestimmte Variablen: So füllen organisierte politische Parteien die Rolle des Patrons aus, wodurch korporative Akteure an die Stelle von Personen treten. Die Entwicklung moderner Gesellschaften als Handlungsumfeld für Klientelismus-Beziehungen von Parteien und Verbänden bringt eine Stärkung der Stellung der Klienten wie im vorliegenden Fall der Verbände mit sich, sodass der hierarchische Charakter des Verhältnisses sowie die Abhängigkeit der Klienten und damit die Asymmetrie der Machtstruktur im Netzwerk abnehmen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Zug gesellschaftlicher Prozesse wie Demokratisierung, Ausweitung von Bürgerrechten oder eine zunehmende Bürokratisierung der politischen Abläufe eine Neudefinierung der Machtbalance zwischen Patron und Klient zu konstatieren ist.[250] Daher kann der „typische" Austausch von politischer Unterstützung v.a. in Form von Wählerstimmen vonseiten des Klienten (Verband) für Unterstützung vonseiten des Patrons (Partei) mehr aus marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten eines Zusammenspiels von Angebot und Nachfrage gesehen werden, sodass sich der Klient in Formen des new clientelism nicht mehr in unumstößliche Abhängigkeit eines übermächtigen Patrons begibt. Verbände als Klienten werden darüber hinaus nicht in Klientelismus-Verhältnisse gezwungen, sondern begeben sich freiwillig in diese Abhängigkeit. Grundsätzlich weisen moderne klientelistische Beziehungen mit einer Partei als Patron einen höheren Grad an Bürokratisierung einhergehend mit einer Abnahme der Bedeutung von persönlichen Kontakten auf.[251]

Der erwähnten Freiwilligkeit der Beziehungen muss bei der Betrachtung der Entstehung und Entwicklung von klientelistischen Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Beide Akteure – sowohl die Partei als Patron als auch der Verband als Klient – begeben sich ohne Zwang in ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis. Dass ein Klientelismus-Netzwerk zustande kommt, ist dabei als

[248] Vgl. *Hopkins*, Jonathan, Clientelism and Party Politics, in: *Katz*, Richard S. und *Crotty*, William, Handbook of Party Politics, London 2006, S. 406-412, S. 406; *Eisenstadt*, Shmuel und *Roninger*, Luis, Patrons, Clients and Friends. Interpersonal Relations and the Structure of Trust in Society, Cambridge 1984, S. 48 f.

[249] Dazu auch: *Weber Pazmiño*, 1991, S. 95-98; *Roninger*, Luis und *Günes-Ayata*, Ayse, Preface, in: Dies. (Hrsg.), Democracy, Clientelism and the Civil Society, London und Boldor 1994, S. vii;, *Roninger*, Luis, The Comparative Study of Clientelism and the Changing Nature of Civil Society in the Contemporary World, 1994, in: *Roninger*, Luis und *Günes-Ayata*, Ayse, 1994, S. 1-18, S. 3ff.

[250] Vgl. *Piattoni*, 2001, S. 7.

[251] Der persönliche Kontakt und die personellen Verflechtungen zwischen Patron und Klient haben dennoch hohe, wenn auch im Vergleich mit vormodernen Klientelismusbeziehungen verminderte Bedeutung; Vgl. *Hopkins*, 2006, S. 409.

Bestandteil einer politischen Strategie beider Teilnehmer zu sehen, welche ihnen Vorteile und Leistungen ermöglichen soll, die ohne enge Beziehungen zum jeweiligen Partner schwerer zu erreichen wären.[252]

Tabelle 7: Kategorien von Tauschleistungen in Klientelismusnetzwerken

Patronale Leistung (Partei)	Klientelistische Leistung (Verband)
• **Allgemein**: • Schutz und Sicherheit • Vermittlung und Interessenvertretung • **Konkrete Beispiele**: • Zugang zum politischen Entscheidungsprozzess und politische Entscheidungen • Interessensvertretung gegenüber Dritten • Vermittlung von Mitteln aus Drittquellen • Vermittlung öffentlicher Aufträge und Mittel und sonstiger öffentlicher Dienstleistungen • Vermittlung des Zugangs zu Ämtern und anderen öffentlichen Institutionen • Erstellung von Kontakten zwischen Klienten und Dritten • Unterstützung und Vertretung bei Rechtsstreitigkeiten	• **Allgemein**: • Arbeits- und Dienstleistungen • Gefolgschaft und Loyalität • **Konkrete Beispiele**: • Informationen und politische Unterstützung (Öffentlichkeitsarbeit und Wählerstimmen) • Förderung patronaler Interessen • Politische Agitation für den Patron • Wahlhilfe • Propaganda für den Patron • Zutragung von Informationen • Förderung des Rufes des Patrons • Spitzeldienste • Rekrutierung weiterer Klienten • Einsatz von besonderen Fähigkeiten zugunsten des Patrons

Quelle: *Hüstebeck*, 2004, S. 13.

So erfüllt die Partizipation an einem Klientelismus-Netzwerk für die Partei die Funktion des Machterwerbs, Machterhalts oder der Machtvergrößerung.[253] Das Interesse des Verbandes an der Kooperation ist neben der Gewährleistung von Schutz vor allem auf die Vertretung seiner Interessen durch die Partei zurückzuführen. Der (Aus-)Tausch von bestimmten Leistungen als sozialer Vorgang stellt das zentrale stabilisierende Element der Klientelismus-Kooperation dar. Analog zu den beteiligten Akteuren lassen sich zwei Kategorien von Tauschleistungen unterscheiden, die durch konkrete Beispiele verdeutlicht werden können:[254]

Damit kann Klientelismus zwischen einer Partei und einem Verband als strategische Allianz oder Zweckbündnis zur Durchsetzung von Interessen der beteiligten Akteure verstanden werden.[255] Neben den erläuterten zweckorientierten Gründen der jeweiligen Netzwerkakteure können gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie Tradition und eine gewisse

[252] *Weber Pazmiño*, 1991, S. 149 f.
[253] Vgl. *Piattoni*, 2001, S. 2.
[254] Vgl. U.a. Peters, 2001, S. 197 f; Weber Pazmiño, 1991, 160 ff; s.a. Mason, David, The Breakdown of Clientelism in El Salvador, in: Comparative Political Studies 18, 1986, S. 487-518, S. 489; *Hüstebeck*, Momoyo, Klientelpolitik als kulturübergreifendes Phänomen. Eine Annäherung an Klientelismus-Konzepte. Dynasties and Female Political Leaders in Asia. Project Discussion Paper No. 6/2004, Universität Duisburg-Essen und Universität Erlangen-Nürnberg 2004, S. 13.
[255] Vgl. *Clapham*, Christopher, Clientelism and the State, in: Ders., Private Patronage and Public Power: Political Clientelism in the Modern State, London 1982, S. 1-35, S. 30.

kulturell legitimierte Loyalität begünstigend auf die Entstehung von Klientelismusnetzwerken wirken. Gezielte Kanalisierung von Partikularinteressen in die politische Entscheidungsfindung, als die der strategische Aufbau von Klientelismusnetzwerken eingeordnet werden kann, stellt zumindest im europäischen Kontext keine Ausnahme dar. So ist die Entwicklung von Patron-Klient-Beziehungen zwischen Parteien und Verbänden als Zusatz zu bereits vorhandenen institutionellen Entscheidungswegen zu sehen, die als zumindest legitime Möglichkeit grundsätzlich anerkannt ist.[256]

Einmal etablierte Klientelismus-Netzwerke weisen zwar mittelfristig eine hohe Stabilität und Konstanz in ihrem Machtgefüge sowie beim Ablauf der Interaktionen auf. In langfristiger Perspektive sind jedoch Veränderungen der Netzwerkstruktur durchaus möglich, da Klientelismus-Beziehungen dynamische Entwicklungen nehmen können: So wird dem Phänomen des Klientelismus eine hohe Kapazität zur Anpassung an veränderte äußere Umstände zugeschrieben.[257] Da die beteiligten Akteure strategisch handeln, besteht ihr Ziel darin, die Umstände des Güter- und Leistungsaustauschs im Netzwerk stets zu ihren Gunsten zu verändern:

> "If we interpret clientelism and patronage as strategies we will come to expect that both parties will try to alter the circumstances in which the exchange takes place so as to move the relation to the more favourable end."[258]

Eine zu einem bestimmten Zeitpunkt existierende Machtverteilung muss daher nicht zwangsläufig unverändert fortbestehen, sondern kann einer Neuausrichtung unterworfen werden. Ein asymmetrisches Verhältnis zwischen Partei und Verband kann sich also im Verlauf der Beziehung beider Partner wandeln.[259] Trotz der möglichen Dynamik weist die Beziehung vor allem durch den geregelten Ablauf des Tausches einen hohen Institutionalisierungsgrad auf. Dabei müssen beide Seiten Kompromisse eingehen, um die Zusammenarbeit zu ermöglichen: So verzichtet der Klient bis zu einem gewissen Grad auf seine Eigenständigkeit, während der Patron zugunsten des Klienten handelt. Den Vorteil und die Sicherheit, den Partei und Verband durch die Regularisierung ihrer politischen Umwelt erreichen, erhalten sie in Form gegenseitiger Solidarität und Zugeständnissen.[260]

Wechselwirkungen und eine Entwicklungsdynamik lassen sich jedoch nicht nur zwischen dem Netzwerk als Ganzem und dessen Umwelt, sondern auch zwischen Netzwerk und beteiligten Akteuren feststellen. So entwickelt sich der Verband nach *Peters* für die Partei bzw. eine staatliche Einrichtung zum ausschließlichen Repräsentanten eines bestimmten sozialen Sektors. Damit erhält er ausschließliche Legitimität in bestimmten Themengebieten, sodass sowohl die Bandbreite an Handlungsmöglichkeiten für die anderen Verbände als auch die Partei selbst begrenzt werden. Eine praktische Folge für die Partei ist somit, dass sie Informationen zu bestimmten Policies fast ausschließlich vom Klienten bezieht und andere Ansichten weitgehend ausgeblendet werden. Durch die enge Ver-

---

[256] Vgl. *Günes-Ayata*, Ayse, Clientelism: Premodern, Postmodern, in: *Roninger* und *Günes-Ayata*, 1994, S. 19-28, S. 20; *Landé*, Carl, Introduction: The Dyadic Politics. Notes for a Theory, in: *Schmidt*, Steffen et al. (Hrsg.), Friends, Followers, and Factions. A Reader in Political Clientelism, Los Angeles 1977, S. 506-508.

[257] Hier kann auf die Vergleichbarkeit der Aussagen der Klientelismus-Forschung zur Reaktionsmöglichkeit auf Veränderung der Rahmenbedingung zur Netzwerkforschung verwiesen werden.

[258] *Piattoni*, 2001, S. 13.

[259] Vgl. ebd. S. 2; *Weber Pazmiño*, 1991, S. 32 f.

[260] Vgl. *Roninger*, 1994, S. 4 f; ebenso: *LaPalombara*, 1964, S. 272 ff.

bindung und den Zugang zu Ressourcen und Privilegien steigt im Zeitverlauf der Einfluss des Klientel-Verbandes in zunehmendem Maß, während für andere Verbände der Zugang zum Patron gleichermaßen erschwert wird. Dies hat zur Folge, dass das allgemeine Interesse der Öffentlichkeit sowie das Gemeinwohl für die Partei zugunsten der Zielsetzungen des Klienten in den Hintergrund rücken. Die Vermischung von Partei- und Verbandsinteressen vermindert bei Parteien mit Regierungsbeteiligung die Koordination und Kohärenz des Regierungshandelns. Die Regularisierung der politischen Umwelt und die erläuterte Institutionalisierung der Beziehungen führen im Zeitverlauf dazu, dass die Interaktionen zwischen Patron und Klient symbiotische Eigenschaften annehmen. Insgesamt ermöglicht das Klientelismus-Netzwerk in einer längerfristigen Perspektive dem Klienten Möglichkeiten, die Struktur- und Machtbedingungen zu seinen Gunsten zu verändern und die Einflussnahme auf die Partei zu gewährleisten.[261] Solange der Klient im Austauschsystem eine genügend große Gegenleistung in Form von vor allem politischer Unterstützung und Wählerstimmen bieten kann, ist zu erwarten, dass die Strategie des Patrons gegenüber dem Netzwerk trotz der Verschiebung in der Netzwerkasymmetrie zugunsten des Klienten keine grundsätzlichen Veränderungen erfährt.

Welche Erkenntnisse lassen sich nun aus der Klientelismusforschung für die Entwicklung des Netzwerkes ableiten, wenn die vom Verband vertretene soziale Gruppe eine Schwächung erfährt? Wie im Überblick zum Forschungsstand herausgearbeitet, fanden die Auswirkungen einer abnehmenden Bedeutung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe auf das Verhältnis von Partei und Verband in einer Klientelismus-Beziehung bislang keine tief gehende Zuwendung. Einige Anhaltspunkte ergeben sich jedoch: Die soziale Gruppe, als deren Interessenvertreter der Verband auftritt, stellt dessen Macht- und Gegenleistungspotenzial im Austauschsystem des Klientelismus-Netzwerkes dar, da die Mobilisierungsfähigkeit des Verbandes für die Partei den Anreiz darstellt, den Eingang und Aufbau einer Klientelismus-Beziehung mit dem Verband als Klient überhaupt in Betracht zu ziehen. Da Klientelismus als Phänomen im Allgemeinen und Klientelismus-Netzwerken im Konkreten die Fähigkeit zur Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen – zu denen auch eine Veränderung der Größe oder Homogenität der vom Verband vertretenen Klientelgruppe gezählt werden kann – zugeschrieben wird, ist als Reaktion der Partei als Patron eine Veränderung seiner Strategie bezüglich des Netzwerkes sowie dem Verband als Klienten zu erwarten. Die langfristigen Auswirkungen der Existenz eines Klientelismus-Netzwerkes auf die beteiligten Akteure lassen jedoch auf Einschränkungen von potenziell möglichen Reaktion der Partei schließen. Zwei Entwicklungen müssen hier besonders hervorgehoben werden: zum einen die Akzeptanz eines Repräsentationsmonopols des Verbandes für den von ihm vertretenen sozialen Sektor. Zum anderen die im Zeitverlauf zunehmend symbiotische Verbindung zwischen Partei und Verband. Als natürlicher Repräsentant eines sozialen Sektors oder einer sozialen Gruppe werden nicht nur die Reichweite und Qualität an Informationen für die Partei eingeschränkt, sondern durch die finanzielle, organisatorische und politische Stärkung des Klientelverbandes und die damit einhergehende Schwächung anderer Verbände auch die Alternativmöglichkeiten für die Partei deutlich begrenzt, die enge Verbindung beispielsweise durch Öffnung zu anderen Verbänden zu lockern. Die grundsätzliche Tendenz zur Geheimhaltung sowie die Halb- bzw. Semi-Legalität des Verhältnisses – worauf *Piattoni* hinweist – verstärken sogar die

[261] Vgl. *Peters*, 2001, S. 196 ff.

Verbundenheit und das Vertrauensverhältnis zwischen Partei und Verband.[262] Die Institutionalisierung der Austauschvorgänge über einen längeren Zeitraum begünstigt die Symbiose beider Akteure zusätzlich. Diese enge Verbindung der Beteiligten, einhergehend mit der Stärkung des Verbandes, könnte daher zu einer Abschwächung der normal zu erwartenden Netzwerk- und Akteursreaktion auf Veränderungen der Rahmenbedingungen führen. So werden durch die Klientelismus-Beziehung zwar grundsätzlich die Handlungsmöglichkeiten beider Akteure – sowohl des Patrons als auch des Klienten – eingeschränkt. Bei abnehmender Bedeutung der sozialen Gruppe, die eigentlich mit einer machtstrukturellen Schwächung im Netzwerk einhergehen müsste, ist die Fortführung des Netzwerkes für den Verband aber positiver zu sehen als für die Partei, sodass vonseiten des Verbandes aus Mangel an Alternativen keine Anstrengungen zur Destabilisierung des Netzwerkes zu erwarten sind. Die Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten, welche die Teilnahme an einem Klientelismus-Netzwerk sowohl für den Patron als auch für den Klienten mit sich bringt, kann sich somit für die Beteiligten unterschiedlich positiv darstellen: Während sich der Kosten-Nutzen-Faktor für den Verband im Vergleich von erbrachten Austausch-Leistungen für die dafür erhaltenen Vorteile und Privilegien angesichts eines Schrumpfens seiner sozialen Gruppe erheblich verbessert, nimmt der Nutzen in Form von Wählerstimmen oder wirkungsvoller politischer Unterstützung für die Partei ab. Eine als Folge zu erwartende Lockerung des Verhältnisses vonseiten der Partei wird durch die enge, symbiotische Verbindung in der Klientelismus-Beziehung zumindest stark erschwert.

3.3 Netzwerkpersistenz trotz abnehmender Bedeutung der sozialen Gruppe

Welche Aussagekraft lässt sich nun netzwerktheoretischen Herangehensweisen zur Erklärung der Persistenz von Beziehungen zwischen Parteien und Verbänden trotz abnehmender Bedeutung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe zuschreiben? Betrachtet man die Netzwerkanalyse rein als Methode, dann weist ihre Anwendung auf den vorliegenden Problemfall bestimmte Einschränkungen auf. So lassen sich mit ihr zwar sowohl das Verhalten der an einem Netzwerk beteiligten Akteure als auch das Zustandekommen der Politikergebnisse ableiten. Bei der Erklärung, aus welchen Gründen ein Partei-Verband-Netzwerk fortbesteht, auch wenn sich mit der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe elementare Rahmenbedingungen für das Netzwerk ändern, erreicht der eher statische Blickwinkel seine Grenzen.

Mehrere Gedankenschritte hellen diese Situation auf. So ermöglicht die Unterscheidung in verschiedene Entwicklungszyklen von Netzwerken einen Perspektivwechsel hin zum Gesamtnetzwerk, dem ebenso wie den beteiligten Akteuren Dynamik in Reaktion auf Veränderungen der Rahmenbedingungen zugeschrieben werden kann. Ebenso wie die Aufgliederung in mögliche De- und Realignment-Zyklen, die im sozialstrukturellen Theoriestrang herangezogen wurden, eröffnet diese prozessorientierte Sichtweise eine Bandbreite an Reaktionsmöglichkeiten von Netzwerken auf Veränderungen in der Sozialstruktur, die von nur geringen Veränderungen der Netzwerkkonfiguration bis zur Auflösung reichen können. Von Bedeutung für die vorliegende Fragestellung ist, dass Netzwerke im Fall ihres Niedergangs oder ihrer Auflösung dennoch über einen gewissen Zeit-

[262] Vgl. *Piattoni*, 2001, S. 13.

raum in einen Latenzzustand übergehen und fortbestehen können. Anhand bestimmter Netzwerktypen, die jeweils für sich besondere Phänomene der Parteien-Verbände-Beziehungen beschreiben, lassen sich vor allem Erkenntnisse zu den Gründen des Einflusses des Verbandes auf die Partei gewinnen. So kann ein als Klientelismus eingeordnetes Netzwerk die Auswirkungen der engen Beziehung zwischen Partei und Verband auf die Handlungen beider Akteure sowie auf den Grad der Einflussnahme des Verbandes erklären. Mittels einer ergänzenden Analyse der Klientelismus-Forschung können zwar keine umfassenden Aussagen dazu gewonnen werden, wieso Netzwerke zwischen Parteien und Verbänden bestehen bleiben, auch wenn die „Geschäftsgrundlage" der Beziehung in Form der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe zunehmend heterogener und kleiner wird. Die exklusive enge Verbindung zwischen beiden Akteuren in einem Klientelismus-Netzwerk lässt dennoch darauf schließen, dass eine Persistenz des Netzwerkes über einen bloßen Latenzzustand hinaus angesichts des hohen Grades an Institutionalisierung, gegenseitiger Abhängigkeit sowie der lang andauernden Festlegung, einhergehend mit der Stärkung des Verbandes trotz der Schwächung der sozialen Gruppe, möglich ist. Mit der Methode der Netzwerkanalyse, dem ergänzenden prozessualen Blickwinkel zur Stabilisierung und Destabilisierung von Netzwerken sowie der Einordnung als Netzwerktyp „Klientelismus" bietet der netzwerktheoretische Forschungsstrang eine Grundlage, um die Wechselwirkung zwischen Partei-Verband-Netzwerken und einem Wandel der Sozialstruktur systematisch zu untersuchen. Folgende relevante Hypothesen lassen sich zusammenfassen:

*Tabelle 8:*Hypothesen zur Netzwerkpersistenz:

	Netzwerke zwischen Parteien und Verbänden sind grundsätzlich eher persistent, wenn…
Elektorale Machtstellung	• der Verband ein hohes Wählerpotential vertreten und mobilisieren kann,
Tradition	• die historischen Wurzeln und die Tradition das Verhalten der Partei weiter konditionieren (Latenzzustand) und
Positive Außenwahrnehmung	• sich keine öffentliche Gegenbewegung oder Oppostionsbildung entwickelt.

Tabelle 9: Hypothesen zur Stabilität von Klientelismus-Netzwerken trotz Veränderung der Sozialstruktur

	Stabilität von Klientelismus-Netzwerken ist wahrscheinlich, wenn…
Symbiotische Beziehung	• eine exklusive Beziehung mit ausschließlicher Legitimität, Repräsentationsmonopol des Verbands und eingeschränktem Informationsfluss für die Partei besteht,
Handlungsspielraum	• die gegenseitige Abhängigkeit und Einschränkkung des Handlungsspielraums zu wenig Alternativmöglichkeiten für die Partei und den Verband führt,
Verflechtung	• sich eine hohe personelle und organisatorische Verflechtung zwischen Partei und Verband entwickelt hat,
Institutionalisierung	• die Beziehungen hoch institutionalisiert sind,
Verpflichtung	• ein großes Maß an gegenseitiger Verpflichtung und Verbundenheit existiert und
Stärkung des Verbandes	• der Verband durch die Partizipation am Netzwerk eine finanzielle und organisatorische Stärkung erfahren hat.

Die langfristige Wechselwirkung zwischen Netzwerk sowie den Netzwerkakteuren erweist sich als entscheidende Variable dafür, wie stark die Reaktion der jeweiligen Beteiligten auf Veränderungen der Rahmenbedingungen, insbesondere der soziostrukturellen, ausfällt.

4 Synthese beider Theoriestränge

4.1 Gemeinsamkeiten und Ansatzpunkte

Nach intensiver Auseinandersetzung mit beiden Theoriesträngen ist zu konstatieren, dass sie zur Fragestellung der vorliegenden Studie für sich gesehen zwar jeweils hilfreiche Anhaltspunkte ergeben. Umfassende und schlüssige Aussagen zur Persistenz von Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden trotz Veränderung der Sozialstruktur lassen sich jedoch nicht ableiten. So stößt die Erklärungsreichweite sozialstruktureller Theorien bei der Erklärung, wieso eine Koalition zwischen einer Partei und einem Verband fortbestehen kann, obwohl die Grundlage für die enge Beziehung beider in Form der sozialen Gruppe zunehmend weniger wichtig wird, ebenso an seine Grenzen wie bei netzwerktheoretische Ansätzen. Dies ist nicht die einzige Gemeinsamkeit, die den Theorien bei näherer Betrachtung zugeschrieben werden kann: Zentrale Bedeutung kommt übereinstimmend dem strategischen Handeln der korporativen Akteure (Partei und Verband) zu, welche die Verbindung gezielt eingehen. Ebenfalls vergleichbar ist die Rolle der Sozialstruktur: Diese stellt in beiden Ansätzen die Rahmenbedingungen – wenn auch nicht ausschließlich – für die handelnden Akteure dar. Obwohl die Konfliktlinienmodelle den direkten Zusammenhang zwischen sozialstrukturellen Cleavages und Parteiensystemen in größerem Umfang herausstellen und die Bedeutung der Sozialstruktur stärker betonen, so lässt sich dies vergleichbar auch bei Netzwerkansätzen feststellen, die den Rahmenbedingungen Wirkung auf die Ausgestaltung und Entwicklung von Netzwerken zuschreiben. Festzuhalten ist, dass in beiden Ansätzen Eliten- und Akteursverhalten als Reaktion auf Veränderung der Sozialstruktur stattfindet und somit in Koalitionen oder Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden eine Rückkoppelung zur sozialen Basis erfolgt.

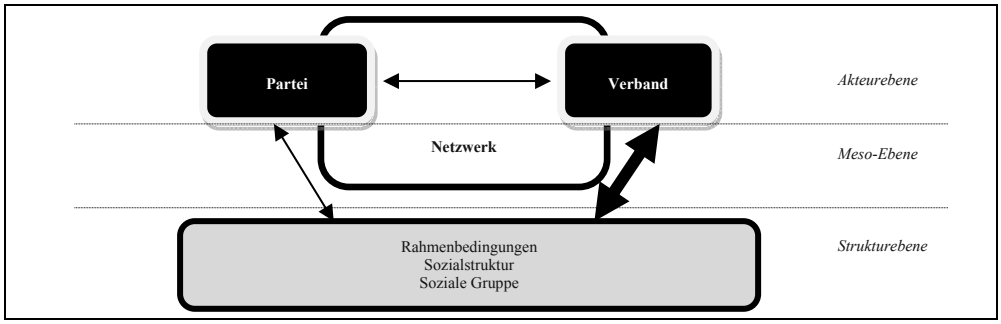
Außerordentlich große Übereinstimmung weisen die Phasenmodelle zur Entwicklung von Koalitionen bzw. Netzwerken auf, die jeweils sowohl einen Kreislauf von der Entstehung über eine stabile Existenz bis hin zur Neuformierung oder Auflösung als auch die Möglichkeit eines Übergangs in einen Latenzzustand beinhalten.[263] Ebenso wie begriffliche Gemeinsamkeiten teilen die Ansätze in diesem Bereich die Schwachpunkte hinsichtlich der Fragestellung der vorliegenden Studie: So bieten sie in Form von möglichen Latenzzuständen, Traditionen, Loyalitäten oder Einschränkungen von Handlungsspielräumen zwar ein diffuses Spektrum an Gründen, wieso Koalitionen oder Netzwerke trotz veränderter Rahmenbedingungen nahezu unverändert erhalten bleiben können. Eindeutige und der Kritik standhaltende Feststellungen treffen sie aber nicht. Anhand einer Synthese beider Theoriestränge soll dies in der vorliegenden Studie versucht werden.

[263] Die Begriffe „(Re-)Alignment"-„(Neu-)Formierung" sowie „Dealignment" – „Auflösung", die in den Phasenmodellen zu (De-)Stabilisierungsmechanismen von Koalitionen sowie Netzwerken verwendet wurden, bestätigen die große Übereinstimmung der Aussagen.

4.2 Analyserahmen und Untersuchungsgegenstand

Die Kombination sozialstruktureller und netzwerktheoretischer Ansätze eröffnet auf Basis der übereinstimmenden Grundaussagen neue Möglichkeiten zur Herangehensweise an die Fragestellung. Als hilfreich erweist sich die perspektivische Zweiteiligkeit der Cleavage-Theorie mit einer Aufgliederung in eine Struktur- sowie eine Akteursebene. Diese ermöglicht sowohl eine makro- als auch mikro-analytische Sichtweise, sodass sie als Analyserahmen für eine Untersuchung der Wechselwirkung zwischen Sozialstruktur, Verband sowie Partei verwendbar ist: Das Netzwerk zwischen Partei und Verband ist dabei Ausdruck der Koalition, die sich auf Grundlage der Sozialstruktur (Strukturebene) entwickelt. Mit dieser Unterteilung lassen sich die Interaktionen der Akteure im Rahmen des Netzwerkes in Zusammenhang mit den strukturellen Rahmenbedingungen bringen. Konkreter Untersuchungsgegenstand der Studie ist das Netzwerk selbst, das auf einer Meso-Ebene zwischen der Struktur und den einzelnen Akteuren angesiedelt ist. Die Zweiteilung des Analyserahmens wird für den vorliegenden Problemfall daher um eine dritte Ebene ergänzt, sodass sich insgesamt ein dreiteiliger Analyserahmen ergibt.[264]

Abbildung 11: Grundmodell eines dreiteiligen Analyserahmens



Anhand der Einordnung als Netzwerktyp „Klientelismus“ auf Basis der Analyse der Klientelismus-Forschung lassen sich detaillierte Annahmen zu den Eigenschaften des Netzwerkes treffen, dem entscheidende Wirkung auf das Verhalten der Netzwerkakteure sowie die (Rück-)Wirkung eines Wandels der Rahmenbedingungen attribuiert wird. Die Überprüfung der Annahmen kann methodisch anhand einer Netzwerkanalyse erfolgen. Das Netzwerk selbst zwischen Partei und Verband wird dabei in Anlehnung an *Franz U. Pappi* als Policy-Netzwerk innerhalb eines Politikfeldnetzwerkes verstanden.

[264] Die Dicke der Pfeile soll die Ausprägung der jeweiligen Bindung aneinander verdeutlichen.

4.3 Vier-Phasen-Modell zur Entwicklung des Klientelismus-Netzwerkes

Während anhand des Analyserahmens mit der Unterscheidung in eine Struktur- sowie eine Akteursebene und der Ergänzung durch die Meso-Ebene des Netzwerkes die Wechselwirkung von Verband, Partei und strukturellen Rahmenbedingungen zu einem bestimmten Zeitpunkt verdeutlicht werden kann, bietet sich für eine dynamisch orientierte Betrachtung die Unterteilung in aufeinander folgende Entwicklungsphasen an, die dann jeweils im dreiteiligen Analysemodell aufgegliedert werden können. Hinsichtlich Entwicklungszyklen von Cleavages sowie Netzwerken wurde eine ausgeprägte Kongruenz festgestellt, sodass sich auf deren Grundlage ein Phasenmodell eines klientelistischen Netzwerkes erarbeiten lässt. Dabei ist zunächst eine Unschärfe in der Vergleichbarkeit beider Theorien zu bereinigen: Während bei sozialstrukturellen Ansätzen nicht eindeutig abgegrenzt wird, ob Parteien Koalitionen mit Verbänden als Vertreter der sozialen Gruppen oder direkt mit sozialen Gruppen eingehen, wird in der Netzwerkanalyse klar die Verbindung von Partei und Verband behandelt, während die soziale Gruppe als Bestandteil der Rahmenbedingungen eingeordnet wird. Diese Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands auf Koalitionen zwischen Parteien und Verbänden, wobei die vom Verband vertretene soziale Gruppe als sozialstrukturelle Rückkoppelung der Beziehung zu verstehen ist, wird in der Untersuchung übernommen.

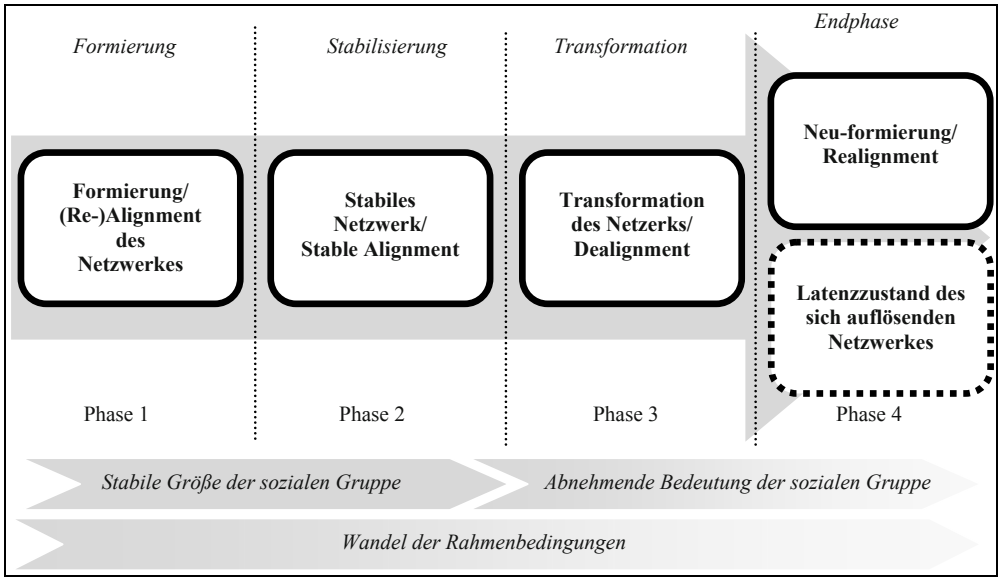
„Idealtyp" eines Netzwerk-Lebenszyklus

Werden die Aussagen zu Re-Alignment-Zyklen von Cleavages sowie zum Entwicklungszyklus eines Netzwerks auf einen gemeinsamen Nenner gebracht, so lassen sich vier idealtypische Phasen der Entwicklung einer Partei-Verband-Koalition in Form eines Netzwerkes unter Berücksichtigung von Veränderung der äußeren Umstände subsumieren. Die Rahmenbedingungen in Form der Ausgestaltung der Sozialstruktur bilden über den gesamten Beobachtungszeitraum den Sockel der Entwicklung der Beziehungen zwischen Partei und Verband. Temporal und logisch geordnet lassen sich im „Lebenszyklus" einer Partei-Verband-Koalition die Phasen einer Formierung und Entstehung, der Stabilisierung, einer Modifikation und Transformation in Reaktion auf Veränderungen der Rahmenbedingungen sowie einer Neuformierung bzw. Auflösung mit der Option eines latenten Fortbestandes der Koalition unterscheiden.

In der *Formierungsphase (Phase 1)* bildet sich das Netzwerk durch strategisches Handeln der Akteure auf Grundlage der zu diesem Zeitpunkt existierenden Sozialstruktur. Eine Partei geht mit einem Verband als bereits anerkanntem Vertreter einer bestimmten sozialen Gruppe eine Allianz mit gegenseitigen (Austausch-)Leistungen und Verpflichtungen ein. In der *Stabilisierungsphase (Phase 2)* etablieren sich Verhaltens- und Austauschmuster der Beziehung und die Institutionalisierung der Beziehungen erreicht seinen höchsten Grad. Bei unveränderter Zusammensetzung der Sozialstruktur bzw. der sozialen Gruppe weist das Netzwerk eine hohe Stabilität mit hoher Akzeptanz bei den beteiligten Akteuren auf. Die Perzeption veränderter Rahmenbedingungen wie eine fortschreitende Heterogenisierung oder Schrumpfung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe führt in der *Transformationsphase (Phase 3)* zu Reaktionen auf der Eliten-/Akteursebene in Form einer Modifikation und Neuausrichtung zunächst der Strategie gegenüber dem Netzwerk sowie im Anschluss einer Umgestaltung des Netzwerkes. Je nach Ausmaß des sozialen Wandels und der Reaktion der Akteure können die Veränderungen

der Transformationsphase in der *Endphase (Phase 4)* zu einer Neuformierung des Netzwerkes als Realignment der Koalition oder zu einer Auflösung mit zumindest zeitweiligem Übergang des Netzwerkes in einen Latenzzustand führen (Im Überblick vgl. Abbildung 12).

Abbildung 12: Vier-Phasen-Modell zur Entwicklung der Partei-Verband-Koalition



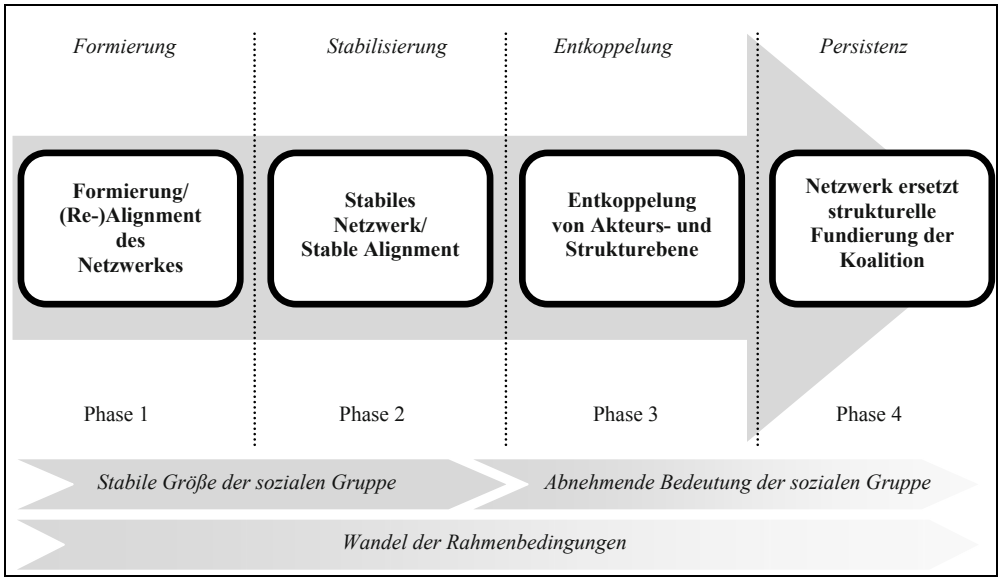
Variation für Klientelismus-Netzwerke

Auf den vorliegenden Problemfall der Persistenz eines Partei-Verband-Netzwerkes trotz verminderter Relevanz der sozialen Gruppe lässt sich diese prozessuale Abfolge nur bedingt anwenden. So soll zwar die Möglichkeit, dass der Fortbestand des Netzwerkes als Latenzzustand eines sich auflösenden Netzwerkes eingeordnet werden könnte, nicht gänzlich außer Acht gelassen werden. Angesichts der fortdauernden Machtposition des Verbandes würde dies aber zu kurz greifen, da bei dieser Lesart der Situation ja eine Auflösung des Netzwerkes konstatiert werden müsste. Obwohl diese Erklärung grundsätzlich in Betracht gezogen wird, erscheint dennoch eine Variation der idealtypischen Entwicklungsphasen für die besondere Form des Netzwerktyps Klientelismus, der als Charakterisierung besonders enger Partei-Verband-Beziehungen eruiert wurde, angebracht.

Das erläuterte Vier-Phasen-Modell lässt sich dabei generell – mit einigen entscheidenden Modifikationen – übernehmen. So bilden auch hier die strukturellen Rahmenbedingungen und die Entwicklung der sozialen Gruppe die Grundlage des Entwicklungsprozesses des Netzwerkes. Die ersten beiden Phasen der Formierung sowie der

Stabilisierung laufen bei Klientelismus-Beziehungen zwischen Parteien und Verbänden ebenfalls vergleichbar zur verallgemeinerten Form ab.

Abbildung 13: Spezifizierung des Vier-Phasen-Modells für Klientelismus-Policy-Netzwerke

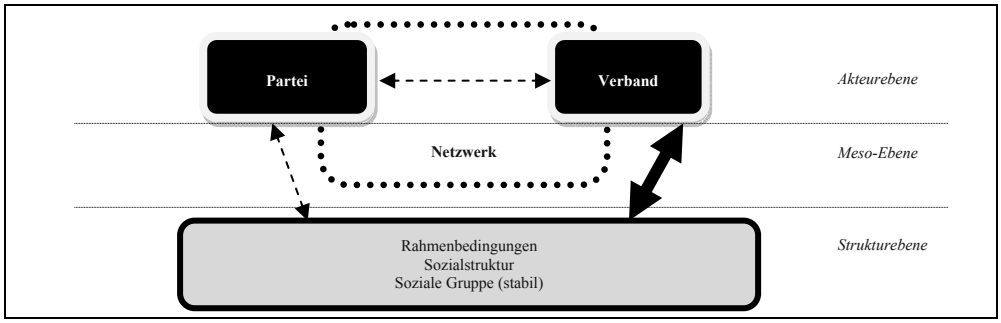


Die Reaktion der Akteure auf den Wandel der Rahmenbedingungen – die abnehmende Bedeutung der sozialen Gruppe – unterscheidet sich ab der dritten Phase jedoch. Hier nimmt die besonders ausgeprägte enge Verbindung zwischen Partei und Verband in einer Klientelismus-Beziehung eine wichtige Rolle ein. Diese begünstigt eine Verringerung der Rückkoppelung der Akteure an die Sozialstruktur, sodass die Partizipation am Netzwerk den Handlungs- und Reaktionsspielraum der Akteure einschränkt. Der damit einsetzende Prozess der *Entkoppelung* von Akteurs- und Strukturebene durch die Mechanismen des Netzwerkes setzt sich im Zeitverlauf fort, bis die Allianz von Partei und Verband in der *Persistenzphase* (Phase 4) die strukturelle Fundierung ersetzt, sodass das Netzwerk trotz abnehmender Bedeutung der sozialen Gruppe fortbesteht. (vgl. Abbildung 15) Anhand des dreiteiligen Analyserasters lassen sich die einzelnen Entwicklungsphasen grafisch mit wenigen Erläuterungen im Detail darstellen.

Grundlage des Handelns der Akteure bildet in der *Formierungsphase* die vorhandene Sozialstruktur in Form einer sozialen Gruppe, als deren Vertreter der Verband auf der Akteursebene auftritt und somit eine enge Beziehung zwischen Verband und sozialer Gruppe existiert. Für den Akteur Partei eröffnet der Aufbau eines Netzwerkes mit dem Verband die Möglichkeit des Zugangs zum Wählerpotenzial der sozialen Gruppe. Da eine

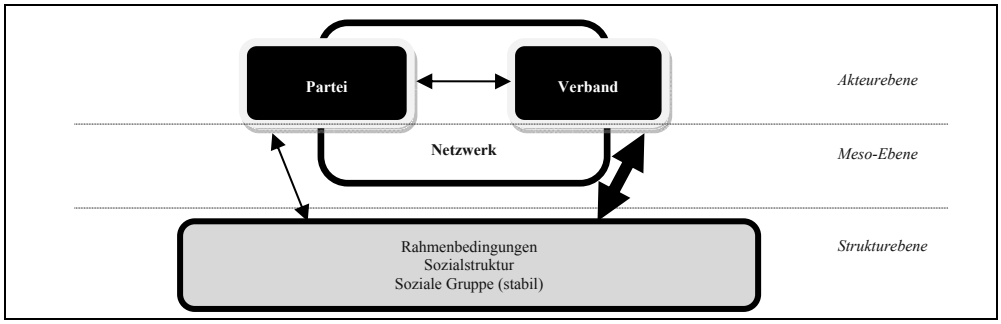
Koalition mit der Partei auch dem Verband Vorteile bietet, entwickelt sich ein noch nicht fest gefügtes Netzwerk aufgrund strategischen Handelns der Akteure (vgl. Abbildung 14).

Abbildung 14: Klientelismus-Policy-Netzwerk in Phase 1 (Formierung)



Zu Beginn der Stabilisierungsphase findet die Netzwerkbildung bei fortbestehender Stärke der sozialen Gruppe ihren Abschluss. Das Netzwerk auf der Meso-Ebene verbindet die beiden Akteure stabil und berechenbar sowie ermöglicht der Partei in der *Stabilisierungsphase* ebenso Zugang zur sozialen Gruppe wie dem Verband zum politischen Entscheidungsprozess der Partei (vgl. Abbildung 15).

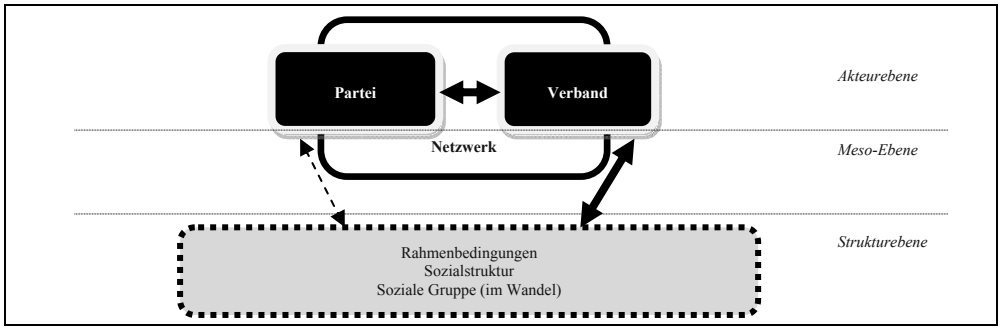
Abbildung 15: Klientelismus-Policy-Netzwerk in Phase 2 (Stabilisierung)



Die ausgeprägte enge Verbindung der Akteure im Klientelismusnetzwerk sowie die hohe Institutionalisierung führt in der *Entkoppelungsphase* dazu, dass Veränderungen in der Sozialstruktur und der vom Verband vertretenen Gruppe nicht zu entsprechenden Reaktionen der Parteieliten und einem Wandel der Strategie führen. Neben der Wirkung auf die Umwelt-Wahrnehmung in Form einer verminderten Rückkoppelung zur Sozialstruktur

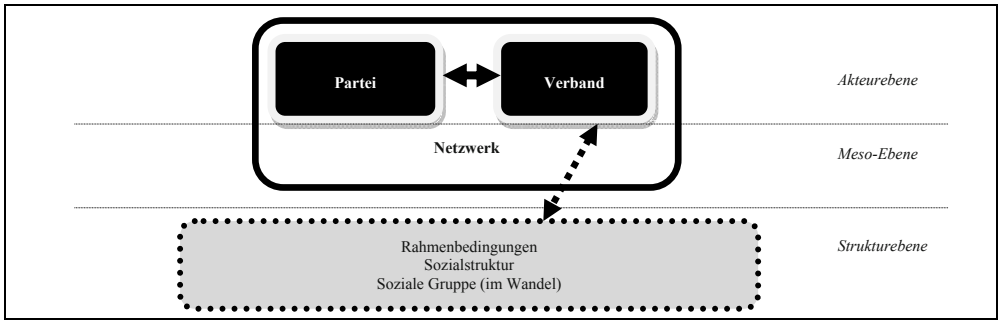
führt die Partizipation am Netzwerk auch auf Seite des Verbandsakteurs bzw. der Verbandseliten zu einer Entfremdung von der sozialen Gruppe (vgl. Abbildung 16).

Abbildung 16: Klientelismus-Policy-Netzwerk in Phase 3 (Entkopplung)



Die Entkopplung von Akteurs- und Strukturebene bei weiter fortschreitendem Bedeutungsverlust der sozialen Gruppe führt in der *Persistenzphase* dazu, dass das Netzwerk von beiden Akteuren ohne (Partei) oder mit vermindertem (Verband) Rückbezug zur Sozialstruktur fortbesteht (vgl. Abbildung 17).

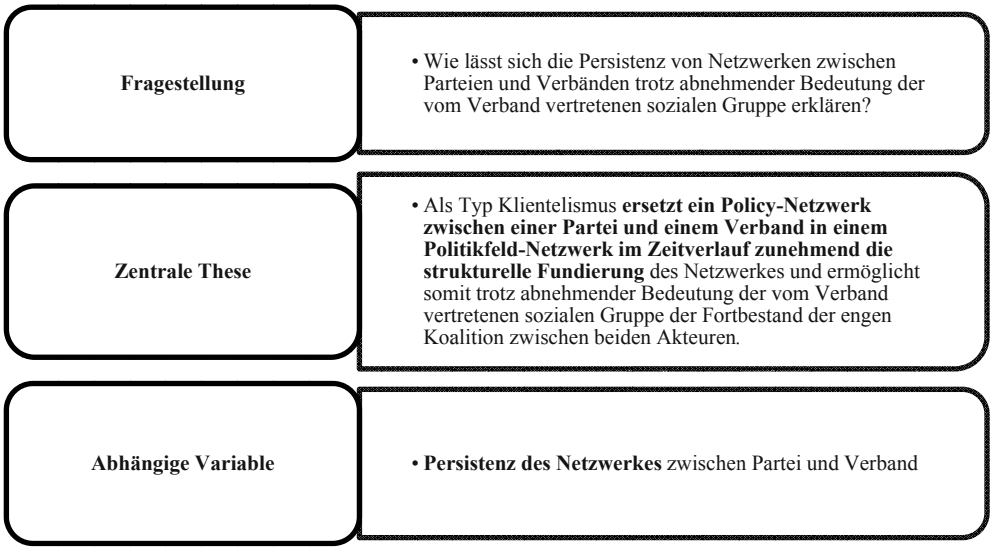
Abbildung 17: Klientelismus-Policy-Netzwerk in Phase 4 (Persistenz)



4.4 Zentrale These und Variablenset

Aufbauend auf dem Analyserahmen sowie dem modifizierten Vier-Phasenmodell zur Entwicklung und Wechselwirkung von klientelistischen Policy-Netzwerken lässt sich eine zentrale These zur Fragestellung der vorliegenden Studie formulieren:

Abbildung 18: Fragestellung, zentrale These und abhängige Variable



In der These wird somit der strukturelle Blickwinkel bezüglich des in sich logischen Zusammenhangs zwischen der Entwicklung der Sozialstruktur und der Partei-Verband-Beziehung mit der prozessualen Betrachtungsweise der Wechselwirkung von über einen längeren Zeitraum bestehenden Klientelismus-Netzwerken in Verbindung gebracht.

Kurz gesagt: Netzwerke zwischen Parteien und Verbänden bestehen auch bei Bedeutungsverlust der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe fort, wenn die Eigendynamik des Netzwerkes selbst eine so starke Wirkung entfaltet, dass die strukturelle Rückkoppelung kaum oder nicht mehr stattfindet. Die Überprüfung der Erklärungsreichweite dieses Lösungsansatzes wird im empirischen Teil der Studie anhand einer Reihe von unabhängigen sowie Hintergrundvariablen und einer Verifizierung von darauf aufbauenden Hypothesen erfolgen.

Abbildung 19: Unabhängige Variablen und Hypothesen zur Netzwerkpersistenz

Die Persistenz von Policy-Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden ist trotz Abnahme der Bedeutung der sozialen Gruppe wahrscheinlich, wenn…

Existenz des Netzwerkes	• eine langfristige **Existenz** des Netzwerkes nachgewiesen werden kann und sich eine **enge Verbindung** zwischen den Akteuren entwickelt hat;
Eigenschaften als Klientelismus-Netzwerk und Verhalten der Akteure	• das Netzwerk die **Eigenschaften eines Klientelismus-Netzwerkes** aufweist und damit u.a. • sich eine hohe **Institionalisierung** zwischen den Akteuren herausgebildet hat; • ein hohes Maß an organisatorischer und personeller **Verflechtung** existiert; • die Beziehung zwischen beiden Akteuren **symbiotisch** wird; • die gegenseitige Abhängigkeit und Einschränkung des **Handlungsspielraums** zu wenig Alternativmöglichkeiten für die Partei führt • ein starkes Gefühl der gegenseitigen **Verpflichtung** vorherrscht;
Prozessuale Entwicklung und Wirkung	• eine **Entkoppelung** zwischen Akteurs- und Strukturebene stattfindet • der Verband im Verlauf des Netzwerkes eine organisatorische, personelle oder finanzielle **Stärkung** erfährt

Abbildung 20: Hintergrundvariablen und Hypothesen zur Netzwerkpersistenz

Die Persistenz von klientelistischen Policy-Netzwerken wird dann begünstigt, wenn…

Außenwahrnehmung	• eine **positive Außenwahrnehmung** des Netzwerkes vorherrscht und keine Oppositionsbildung erfolgt;
Gesellschaftliche Rahmenbedingungen	• die **gesellschaftlichen Rahmenbedingungen** für Klientelismus-Netzwerke günstig sind
Traditionen	• **Traditionen** das Verhalten der Partei weiter konditionieren;
Alternativmöglichkeiten	• die Partei nur geringe **Alternativmöglichkeiten** zur Neukonfiguration des Netzwerkes hat;

Zur Überprüfung der Hypothesen wird im empirischen Teil der Studie das Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft herangezogen. Dabei ist zu beachten, dass nicht jede Variable in gleichem Maß Wirkung entfalten kann. So sollen im Verlauf der empirischen Untersuchung folgende unterstützenden Forschungsfragen beantwortet werden:

- Liegt bei der Verbindung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft ein Klientelismus-Netzwerk vor?
- Kann eine abnehmende Bedeutung der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen festgestellt werden?
- Kann das modifizierte Vier-Phasen-Modell für Klientelismusnetzwerke auf das Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft angewendet werden?
- Welche der unabhängigen und Drittvariablen entfalten besonders große Wirkung bei der Entwicklung des Netzwerkes?

Die theoretische Herangehensweise gibt damit die weitere Gliederung vor. Grundlage jeder empirischen Analyse im vorliegenden Fall stellt der Nachweis einer abnehmenden Bedeutung der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen dar, sodass dies den weiteren Untersuchungen vorangestellt wird. Daran anschließend soll zunächst ein diachroner Überblick über die allgemeine Entwicklung des Netzwerkes zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft sowie ergänzend von Union und Vertriebenenverbänden erarbeitet werden. Der nächste Schritt sieht eine detaillierte Netzwerkanalyse vor, dem drei konkrete Fallbeispiele folgen, anhand derer eine prozessuale Betrachtung der Wechselwirkung zwischen Partei, Verband und Sozialstruktur erfolgen kann.

5 Entwicklung der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen

Soziale Gruppen stellen sowohl für die sie vertretenden Verbände als auch für Parteien zentrale Bezugspunkte dar. So sind die zahlenmäßige Stärke der jeweiligen vom Verband vertretenen Gruppierung sowie deren Mitgliederzahl wichtige Anhaltspunkte für den potenziellen Einfluss und seine Stellung. Besondere Bedeutung für die Parteien nehmen die Verbände aufgrund ihrer intermediären Position zwischen Politik und Gesellschaft ein, durch die sie ihnen Wählerpotenziale potenziell erschließen können.[265]

5.1 Variablenset zur Einordnung der abnehmenden Bedeutung einer sozialen Gruppe

Welche Faktoren sind nun bei der Entwicklung einer sozialen Gruppe für eine Partei relevant und an welchen Eigenschaften kann eine abnehmende Bedeutung aus Sicht der Partei konstatiert werden? Bei diesen Punkten ist ein Blick auf die Zielsetzungen moderner Parteien aufschlussreich: „Der Imperativ der Stimmenmaximierung als Quelle des Machterwerbs ist die entscheidende Determinante für nahezu alle weiteren Fragen der Organisation, Führungsauslese, Programmatik und Strategie.“[266] Da im Mittelpunkt steht, in Wahlen möglichst große Zustimmung von (möglichst großen) Wählergruppen zu erhalten, sind für Parteien im Hinblick auf soziale Gruppen vor allem zwei Faktoren entscheidend: erstens das grundsätzliche Mobilisierungspotenzial an Wählerstimmen sowie zweitens die Prägekraft der Gruppe für die Wahlentscheidung der eigenen Mitglieder und damit deren Mobilisierungsfähigkeit. Dabei gilt: je größer die soziale Gruppe, umso höher die Anzahl an potenziellen Wählerstimmen. Des Weiteren: Je stärker die jeweilige Prägekraft der Gruppe ist, umso deutlicher macht sich die Gruppenzugehörigkeit bei der Wahlentscheidung des Einzelnen bemerkbar. Kann eine Partei (mittels eines Verbandes) eine enge Bindung zu einer sozialen Gruppe mit großem innerem Zusammenhalt aufbauen und aufrechterhalten, so erhöhen sich damit für die Partei die Chancen, von den Gruppenmitgliedern überproportional hohe Zustimmung bei Wahlen zu erlangen. Zum Nachweis ab-

---

[265] Vgl. *Sebaldt* und *Straßner*, 2004, S. 181; *Straßner*, Alexander, Funktionen von Verbänden in der modernen Gesellschaft, in: APuZ 15-16 2006, S. 10-17; zum Zusammenwirken von Parteien und Verbänden siehe ferner: *Kißler*, Leo, Politische Soziologie, Konstanz 2007, S. 144-163.

[266] *Rucht*, Dieter, Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung, in: *Niedermayer*, Oskar und *Stöss*, Richard (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 251-275, S. 266; abschwächend zum Schwerpunkt der Stimmenmaximierung siehe: *Alemann*, Ulrich von, Parteien und Gesellschaft in der Bundesrepublik, in: *Oberreuter*, Heinrich und *Mintzel*, Alf, Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, München 1990, S. 85-125, S. 102; einen guten Überblick über die Forschungsentwicklung zu modernen (Volks-)Parteien bietet: *Hofmann*, Bernd, Annäherung an die Volkspartei, Wiesbaden 2004.

nehmender Bedeutung einer sozialen Gruppe – im vorliegenden Fall der Vertriebenen im Allgemeinen bzw. der Sudetendeutschen im Besonderen – erschließt sich *ex negativo* folgendes Variablenset:

Abbildung 21: Abhängige Variable zur Bedeutung einer sozialen Gruppe

Abhängige Variable	• **Bedeutung** der sozialen Gruppe für eine Partei

Abbildung 22: Unabhängige Variablen und Hypothesen zur abnehmenden Bedeutung einer sozialen Gruppe

Die Bedeutung einer sozialen Gruppe für eine Partei nimmt dann ab, wenn…

Wählerstimmen-mobilisierungspotential	• die **Anzahl ihrer mobiliserbaren Mitglieder** abnimmt.
Prägekraft für Wahlentscheidung	• ihr **innerer Zusammenhalt** und ihre **Kohärenz** abnehmen.

Um die Wirkung der unabhängigen Variablen zu messen, werden Kriterien einer quantitativen sowie einer qualitativen Dimension herangezogen, welche in einer Gesamtsicht die Beurteilung der Entwicklung der sozialen Gruppe ermöglichen sollen. Bei einer quantitativen Betrachtung kann die numerische Entwicklung anhand von Bevölkerungsdaten zugrunde gelegt werden, während der Integrationsgrad der Vertriebenen in die bayerische Gesellschaft Hinweise auf die Kohärenz sowie den Zusammenhalt der Gruppe gibt (qualitative Herangehensweise). Zentrale Annahme ist, dass Zusammenhalt und Prägekraft innerhalb der sozialen Gruppe der Vertriebenen bzw. der Sudetendeutschen in Bayern mit zunehmendem Integrationsgrad in die Gesellschaft abnehmen. Dieser soll in der qualitativen Analyse untersucht werden.

Abbildung 23: Kriterien zur Messung der Wirkung der unabhängigen Variablen

Quantitative Dimension	• **Bevölkerungsdaten** von Vertriebenen und der Sudetendeutschen
Qualitative Dimension	• **Integrationsgrad** von Vertriebenen/Sudetendeutschen in die Gesellschaft

5.2 Quantitative Dimension: Die zahlenmäßige Entwicklung der Sudetendeutschen

Eine exakte Bestimmung der Anzahl der Sudetendeutschen und Vertriebenen sowie der Größe der sudetendeutschen Volksgruppe erweist sich aus mehreren Gründen als schwierig, wie unter anderem *Eva Hahn* betont.[267] Dies ist auf mehrere definitorische Unschärfen zurückzuführen: Zum einen kann die Einordnung als „Volksgruppe" mit jahrhundertelanger Tradition und einer entsprechenden Prägekraft für dessen Mitglieder nicht eindeutig erfolgen, da das Sudetendeutschtum im heutigen Verständnis zum Großteil erst nach der Vertreibung entstanden ist.[268] Entwicklung und Selbsteinschätzung als Volksgruppe sind zum anderen weniger als Automatismus, sondern vielmehr als Ergebnis politischer Handlungen zu sehen, an denen die Sudetendeutsche Landsmannschaft selbst zu einem großen Teil beteiligt war. So wird die Ausprägung eines Volksgruppendenkens als zumindest teilweise „Konstruktion" aufgefasst, die vom Vertriebenenverband selbst maßgeblich mitgestaltet wurde.[269] Bei der Schaffung einer kollektiven Identität und einem Zusammengehörigkeitsgefühl können die Sudetendeutschen größere Erfolge vorweisen als andere Vertriebenengruppen.[270] Wer exakt zur sozialen Gruppe der Sudetendeutschen zu rechnen ist, kann dahingegen nicht eindeutig bestimmt werden, da weder alle aus dem Gebiet der Tschechoslowakei vertriebenen Deutschen automatisch der sudetendeutschen Volksgruppe zuzuordnen sind noch sich alle Mitglieder der deutschen Minderheit auf tschechoslowakischem Gebiet selbst als Sudetendeutsche fühlen.[271] Vertriebene aus der Tschechoslowakei können also nicht ohne Weiteres als Sudetendeutsche aufgefasst werden. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft selbst legt in ihrem Anspruch alleiniger Repräsentant der Sudetendeutschen zu sein, die Kriterien für eine Zugehörigkeit zur sudetendeutschen Volksgruppe zudem relativ offen an, sodass neben Vertriebenen, die aus den böhmischen Ländern stammen und deren Nachkommen, auch Personen, welche die Zielsetzungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft bejahen und ihre Verbundenheit durch die Mitgliedschaft im Verband bekunden, als Sudetendeutsche anerkannt werden.[272]

Einen Anhaltspunkt zur statistischen Auswertung liefert die rechtliche Einordnung von Flüchtlingen und Vertriebenen, die im Rahmen des Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz BVFG) vom 22. Mai 1953 geregelt wurde.[273] Von Relevanz für die Erfassung von Sudetendeutschen ist der Begriff der

---

[267] Vgl. *Hahn*, Eva, Die Sudetendeutsche in der deutschen Gesellschaft, in: *Lemberg*, Hans et al., Im geteilten Europa: Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1949-1989, Essen 1998, S. 111-133, S. 114.

[268] *Böse*, Oskar, Die Sudetendeutschen: Eine Volksgruppe im Herzen Europas, Sudetendeutscher Rat, München 1995, S. 26.

[269] Vgl. zu diesem Themenbereich: *Weger*, Tobias, Die „Volksgruppe im Exil"? Sudetendeutsche Politik nach 1945, in: *Hahn*, Hans Henning (Hrsg.), Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte. Eine völkische Bewegung in drei Staaten, Frankfurt a.M. 2007, S. 277-301; *Hahn*, Eva und *Hahn*, Hans Henning, Die „Geburt" der sudetendeutschen Volksgruppe und die deutsche Minderheit in der ersten Tschechoslowakischen Republik, in: *Salzborn*, Samuel (Hrsg.), Minderheitenkonflikte in Europa, Innsbruck 2005, S. 159-187; *Salzborn*, Samuel, Ein Jahrhundert sudetendeutsche völkische Bewegung, in: *Hahn*, 2007, S. 303-322; *Weger*, Tobias, „Volkstumskampf" ohne Ende?, Frankfurt a.M. 2008. S. 323-412.

[270] Vgl. *Hahn*, 1998.

[271] Vgl. *Hahn* und *Hahn*, 2005, S. 160 ff.

[272] Vgl. Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundesverband e.V., Paragraph 4, Absatz 4; dazu auch: *Hahn*, 1998, S. 129.

[273] Dazu vgl. *Berresheim*, Heinz, Das Bundesvertriebenengesetz. Zielsetzung, Inhalt und Ergebnis nach 40 Jahren, in: *Schlau*, Wilfried (Hrsg.), Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945-1995, Studienbuchreihe der

„Vertriebenen“, während als „Flüchtlinge“ ausschließlich Migranten aus der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR bezeichnet wurden. Neben dem originären Erwerb des Vertriebenenstatus´ werden durch das Bundesvertriebenengesetz auch die Nachkommen von Vertriebenen als Vertriebene erfasst.[274] Dies hat die Auswirkung, dass die Gruppe der Vertriebenen nicht nur über die Generationenabfolge hinweg fortbesteht, sondern auch deren absolute Zahl zunimmt.[275] Daher waren 1974 schon 31,4 Prozent der Vertriebenen nach 1949 geboren und wiesen keine persönlichen, unmittelbaren Vertreibungserfahrungen auf.[276] Erst zum 1. Januar 1993 wurde die uneingeschränkte Vererbbarkeit des Vertriebenenstatus im Kriegsfolgenbereinigungsgesetz aufgehoben.[277] Bedeutung hat diese Änderung jedoch nur für Nachkommen von Personen, die nach dem 31.12.1992 die Vertreibungsgebiete verlassen haben sowie für Kinder von Vertriebenen, die nach diesem Zeitpunkt geboren sind. Die Fortschreibung des Vertriebenenstatus bleibt dahingegen für alle anderen Vertriebenen bzw. ihre Nachkommen unberührt.[278]

Bei statistischen Erhebungen ist zu beachten, dass die Gruppe der Sudetendeutschen nicht explizit erfasst wird, sondern allgemein Vertriebene nach ihren Herkunftsgebieten unterschieden werden, im vorliegenden Fall die Vertriebenen aus der Tschechoslowakei.[279] Weiterhin wurden Statistiken im Zeitverlauf zunehmend ausschließlich für die gesamte Bundesrepublik erhoben und nicht mehr auf die Länderebene herunter gebrochen. Bei der Analyse von Datenmaterial sowie Zahlenangaben von sudetendeutscher und staatlicher

---

Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Bd. 12, München 1996, S. 131-154. Zur begrifflichen Einordnung der Vertriebenen siehe: *Beer*, Mathias, Flüchtlinge – Ausgewiesene – Neubürger – Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet, in: Ders. et.al (Hrsg.), Migration und Integration, Stuttgart 1997, S. 145-167.

[274] Die Registrierung als Vertriebener war mit der Ausstellung eines Vertriebenenausweises verbunden, der nicht nur die Zugehörigkeit zur Gruppe dokumentierte, sondern auch eine Reihe von Vergünstigungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich mit sich brachte, vgl. *Salzborn*, 2008, S. 107; In der Kategorie der Vertriebenen wurde weiter zwischen „Vertriebenen“ aus den ehemaligen Ostgebieten, die am 1.1.1939 ihren Wohnsitz in den ehemals deutschen Ostgebieten hatten (Vertriebenenausweis B) sowie „Heimatvertriebenen“, die ihren Wohnsitz am 1.1.1937 in den Ostgebieten hatten (Vertriebenenausweis A) unterschieden; vgl. *Lüttinger*, Paul, Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 15, Heft 1, Februar 1986, S. 20-36, 21 f.

[275] Welcher Elternteil Vertriebener war, ist dabei seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1973 unerheblich, sodass die Vertriebeneneigenschaft nicht nur vom Vater weitervererbt werden kann; vgl. *Schlau*, Wilfried, Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen, in: Ders. (Hrsg.), Die Ostdeutschen, 1996, S. 161-174, S. 169. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass diese „Erhaltung der Vertriebenen- und Flüchtlingseigenschaft durch Generationen“ bereits in der Diskussion des Gesetzentwurf 1951 als erwünschte Wirkung thematisiert wurde, vgl. Entwurf eines Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz), Begründung, S. 25, Bundestagsdrucksache 2872 vom 26. November 1951, Anlage 1.

[276] Vgl. ebd. S. 22; die beiden Vertriebenenkategorien werden dabei zusammengefasst betrachtet; Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft *Bernd Posselt* wies in einem Hintergrundgespräch auf die positive Wirkung des Vertriebenenstatus mit der Möglichkeit der Weitervererbung auf den Zusammenhalt der Sudetendeutschen hin, aus: Hintergrundgespräch mit Bernd *Posselt*, MdEP, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bundesverband e.V. am 15.07.2008 in München.

[277] Vgl. *Gaa-Unterpaul*, Brigitta, Das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz und die Änderungen für das Vertriebenenrecht, in: Neue Juristische Wochenschrift, 33/1993, S. 2081.

[278] Zum Vertriebenenrecht und den Änderungen siehe: *Schenckendorff*, Max von, Vertriebenen- und Flüchtlingsrecht. Kommentar zum BVFG, Nebenbestimmungen, Rechtsprechung, Karlsfeld b. München 1998.

[279] Dies kann als weiteres Indiz dafür gewertet werden, dass die Sudetendeutschen nicht als Volksgruppe gesehen werden. Zuvor wurde schon darauf hingewiesen, dass Vertriebene aus der Tschechoslowakei nicht automatisch als Sudetendeutsche einzuordnen sind.

Seite bzw. auf Grundlage staatlicher Erhebungen erfolgter Berechnungen sind demnach folgende begriffliche Unterschiede zu beachten:[280]

Abbildung 24: Übersicht über die unterschiedlichen Begrifflichkeiten in statistischen Angaben zur Gruppenstärke

Sudetendeutsche Selbstbezeichnung	Staatliche Bezeichnung
• **Sudetendeutsche** sind alle, die • aus den böhmischen Ländern stammen, • oder deren Nachkommen sind, • oder die Ziele der Sudetendeutschen Landsmannschaft bejahen und Mitglied der SL sind	• **Vertriebene aus der Tschechoslowakei** sind alle, die • am 1.1.1937 bzw. am 1.1.1939 ihren Wohnsitz in den jeweiligen deutschen Ostgebieten hatten, • oder deren Nachkommen

Diese Abweichungen machen sich auch in einer Aufstellung der statistischen Daten zur Entwicklung der Vertriebenen bzw. der Sudetendeutschen in der Bundesrepublik und Bayern bemerkbar. Grundsätzlich ist hervorzuheben, dass die statistische Erfassung sowohl zur absoluten Entwicklung der Vertriebenenzahlen als auch zur Integration bis Anfang der 1970er Jahre – begünstigt vor allem von der Materialbasis durch die Mikrozensus-Zusatzerhebung „Berufliche und soziale Umschichtung der Bevölkerung“ 1971 – zwar ausreichend ist, die Entwicklung seitdem jedoch auf Schätzungen und Fortschreibungen beruhen muss, da die Vertriebeneneigenschaft nicht mehr eigens erhoben wird.[281]

Tabelle 10: Vertriebene Deutsche aus der Tschechoslowakei in der BRD im Sinne des Bundesvertriebenengesetzes[282]

Jahr	Anzahl
1950	1.900.000[1]
1970	2.030.000[2]
1982	2.252.000[1]

Quellen: [1]*Reichling*, Gerhard, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, Teil I, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1986, S. 59; [2]*Gutjahr-Löser*, Peter, Vertriebenenpolitik heute, Schriftenreihe der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 1979, S. 132.[283]

[280] *Erik K. Franzen* weist darauf hin, dass der Terminus „Sudetendeutsche“ grundsätzlich nicht ganz trennscharf bzw. korrekt ist, sondern sich als Sammelbegriff für die Deutschen aus Böhmen und Mähren nach 1919 durchgesetzt hatte. Der als „Sudetengebiet“ bezeichnete Gebirgszug im Nordosten Böhmens umfasste vor der Vertreibung inklusive einiger Sprachinseln in Böhmen und Mähren ein nahezu geschlossenes und etwa 27.000 km² großes deutsches Sprachgebiet mit über 90 Prozent deutschen Einwohnern, vgl. *Franzen*, Erik K., Der Prager Vertrag vom 11. Dezember 1973 im sudetendeutschen Urteil, Köln 1995, S. 3.

[281] Vgl. *Handl*, Johann, Sozialstrukturelle Aspekte der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in Bayern zwischen 1945 und 1971, in: Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, München 1995, S. 35-47, S. 36.

[282] Für Bayern konnten die Zahlen im Sinn des Bundesvertriebenengesetzes nicht ermittelt werden.

[283] Diese Statistiken zur Entwicklung der Vertriebenen werden zwar von Vertriebenen-Institutionen herausgegeben, beruhen jedoch auf offiziellen staatlichen Statistiken.

Bei der Zusammenstellung der statistischen Daten zur Entwicklung der Zahl der Vertriebenen und der Sudetendeutschen fällt auf, dass Veröffentlichungen vor allem seit den 1970er Jahren größtenteils von Einrichtungen der Vertriebenen selbst vorgenommen wurden, wobei diese aber auf der Grundlage offizieller staatlicher Erhebungen erfolgten. Ab den 1970er Jahren werden die Angaben als fortgeschriebene Schätzungen naturgemäß in zunehmendem Maß unschärfer und damit weniger belastbar. Die Zahlen zur Größe der Sudetendeutschen Volksgruppe fallen im Vergleich zu den Vertriebenen aus dem Gebiet der Tschechoslowakei durchgehend höher aus. Dies ist auf die bei Sudetendeutschen im Vergleich zum Begriff „Vertriebene" weiter gefasste Auslegung der Kriterien der Gruppenzugehörigkeit zurückzuführen.

Tabelle 11: Vertriebene Deutsche aus dem Gebiet der Tschechoslowakei nach den Volkszählungen[284]

Jahr	Anzahl in der BRD	Anzahl in Bayern
1946	1.554.000[1]	872.000[1]
1950	1.918.000[1]	1.026.000[1]
1970	2.030.000[1]	924.000[1,2]
1985	2.170.000[285 1]	k.A.

Quellen: [1]*Reichling*, Gerhard, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1989, S. 30-33; [2]*Gutjahr-Löser*, Peter, 1979, S. 133 f.

Tabelle 12: Angaben zur Zahl der Sudetendeutschen in der BRD und in Bayern

Jahr	Anzahl in der BRD	Anzahl in Bayern
1950	1.850.000[2,5]	1.076.000[1]
1956	1.875.200[2]	k.A.
1980	2.700.000[4]	
1990	2.970.000 – 3.385.000[286] (für Gesamtdeutschland mit dem Gebiet der ehemaligen DDR)[5]	
1995	2.700.000[3]	k.A.

Quellen: [1]*Bohmann*, Alfred, Das Sudetendeutschtum in Zahlen, Sudetendeutscher Rat, München 1959, S. 209; [2]*Stickler*, Matthias, Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2004, S. 146. [3]*Böse*, 1995, S. 165; [4]Sudetendeutsche Landsmannschaft Bundesverband e.V., Wer sind die Sudetendeutschen?, München 1980; [5]*Habel,* Fritz Peter, Dokumente zur Sudetenfrage, München 2003, S. 1196.

[284] Erfasst sind bei diesen Volkszählungen alle Personen, die am 1. September 1939 ihren Wohnsitz in den deutschen Ostgebieten hatten, außerdem alle Personen mit deutscher Muttersprache, die bei Kriegsbeginn im Ausland wohnhaft waren. Die angegebenen Zahlen schließen auch die Kinder dieser Personen mit ein, wobei sich die Zuordnung im Normalfall nach dem Wohnsitz des jeweiligen Vaters richtete. Der von diesen Kriterien erfasste Personenkreis ist nicht identisch mit dem Personenkreis im Sinn des Vertriebenengesetzes, zahlenmäßig sind jedoch nach Angaben von *Gerhard Reichling* weitgehende Übereinstimmungen zu verzeichnen. Die größere Abweichung im Vergleich zu Angaben nach dem Bundesvertriebenengesetz für 1970 wird auf eine Untererfassung von Deutschen mit Vorkriegswohnsitz in den Vertreibungsgebieten zurückgeführt.

[285] Die Schätzung wurde aufgrund der Zugänge nach 1970 aus den Gebieten sowie anhand eines angemessenen Geburtenüberschusses errechnet, vgl. *Reichling* 1989, S. 30.

[286] Hier wurde in *Habel*, 2003, S. 1196, eine Schätzung eines Minimums sowie Maximums an Bevölkerungsentwicklung unter Berücksichtigung von Zu- und Abwanderung sowie Geburtenüberschuss vorgenommen. Damit lässt sich die Bandbreite erklären.

Welche Tendenz zur Entwicklung der Bedeutung der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen lässt sich aus der Aufstellung der Daten ablesen? In absoluten Zahlen nimmt die Gruppe – sowohl gesehen als Vertriebene aus der Tschechoslowakei als auch als Sudetendeutsche – zwar zu: Mit zunehmendem temporären Abstand zur Vertreibung steigt die geschätzte Anzahl der Gruppenmitglieder in absoluten Zahlen an. Die *tatsächliche* Gruppengröße lässt sich jedoch immer schwerer feststellen, da die Eigenschaft als „Vertriebener" in offiziellen Erhebungen seit 1971 und von Meinungsforschungsinstituten bereits früher nicht mehr erfasst wird. Auch ergibt sich aus den Statistiken nicht, wer sich selbst als Vertriebener oder Sudetendeutscher einordnet und daher als Gruppenmitglied fühlt. Auf dem Papier hat das Mobilisierungspotenzial der Sudetendeutschen also zugenommen. Daraus kann aber nicht automatisch geschlossen werden, dass sich die Anzahl der wirklich mobilisierbaren Mitglieder der Gruppe entsprechend erhöht hat, da die eigene Wahrnehmung und Einordnung als Vertriebener bzw. Sudetendeutscher dabei nicht berücksichtigt werden. Welche Relevanz die in absoluten Zahlen gewachsene Gruppe *de facto* für eine Partei hat, ist jedoch darüber hinaus entscheidend von der echten Mobilisierungsfähigkeit und damit von der Prägekraft der Gruppenmitgliedschaft für die jeweilige Wahlentscheidung abhängig.

Konkreter und etwas überspitzt formuliert: Eine auch noch so große gesellschaftliche Gruppe ist für eine Partei dann bedeutungslos, wenn das einzelne Mitglied sich nicht selbst als solches fühlt und einordnet sowie die Gruppenpartizipation bzw. die Zurechnung zur Gruppe keinen Einfluss auf die Wahlentscheidung oder Bindung an eine bestimmte Partei mit sich bringt. Aufschluss im Hinblick auf eine realistische Bewertung der Größe und des Stellenwerts der Gruppe der Sudetendeutschen ermöglicht eine ergänzende qualitative Betrachtung.

5.3 Qualitative Dimension: Integration der Sudetendeutschen

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Problembereich der Integration der Vertriebenen sowie der Sudetendeutschen in die (west-)deutsche Gesellschaft lässt sich bei einer längeren Unterbrechung in den 1960er und 1970er Jahren in zwei Phasen unterteilen. In den 1950er Jahren erfreute sich das Themenfeld aufgrund der damaligen Aktualität in verschiedenen Disziplinen großer Aufmerksamkeit, die mit der umfassenden Bestandsaufnahme von *Eugen Lemberg* und *Friedrich Edding* 1959 einen gleichzeitigen Höhe- und Endpunkt erfuhr.[287] Nach einem Abschnitt erlahmenden Interesses der Sozialwissenschaften stieg mit dem Übergang zu jüngeren Forschergenerationen sowie dem Auslaufen von Archiv-Sperrfristen die wissenschaftliche Zuwendung ab den 1980er Jahren vor allem in

[287] Vgl. *Lemberg*, Eugen und *Edding*, Friedrich (Hrsg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, 3 Bde., Kiel 1959; *Krallert-Sattler*, Gertrud, Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz, hrsg. v. Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung in Zusammenarbeit mit dem Sudetendeutschen Archiv und der WAR-Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem, Wien 1989; einen guten Überblick über die Entwicklung der Forschung gibt: *Grosser*, Thomas, Die Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Annäherung an die Situation der Sudetendeutschen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft am Beispiel Bayerns, in: *Lemberg* Hans et al., Im geteilten Europa: Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1949-1989, Essen 1998, S. 41-94, S. 41-47.

Form zeitgeschichtlicher Studien wieder an. Aufgrund der Quellenlage konzentrieren sich diese jedoch vornehmlich auf den Zeitraum zwischen 1945 und 1950.[288] Mehrere vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung anlässlich des Gedenkjahres zu *50 Jahren Flucht und Vertreibung 1945-1995* herausgegebenen Publikationen setzen an, diese Lücke zu schließen und bieten in langfristigerer und umfassenderer Perspektive einen Blick auf die Integration von Vertriebenen in Bayern, wobei sich die Untersuchung vor allem auf die Daten der Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1971 stützen konnte.[289]

Eine einheitliche Begriffsdefinition von „Integration", die häufig mit „Eingliederung" gleichgesetzt wird, findet sich aber auch in der neueren Forschung nicht. Vor allem im Hinblick auf die deutschen Vertriebenen werden die beiden Begriffe häufig synonym verwendet.[290] Integration verläuft, wie *Edgar Pscheidt* und *Thomas Grosser* herausstellen, nicht einheitlich, sondern in verschiedenen Dimensionen. Die Kategorien, welche beide zu deren Abgrenzung anlegen, weisen bestimmte Unterschiede auf: *Grosser* unterscheidet zwischen der grundlegenden systemischen rechtlich-politischen Dimension der Integration zweier Bevölkerungsgruppen, der kognitiven Integration, der sozialen Integration in Form der Ausbildung geregelter Sozialbeziehungen sowie der strukturellen Integration mit gleichberechtigten Zugangsmöglichkeiten zu knappen Gütern.[291] *Pscheidt* listet dahingegen die Bereiche der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie der inneren – verstanden als Bereitschaft der Vertriebenen zur Eingliederung – Integration auf.[292] Auch wenn diese jeweils vier Bereiche nicht vollständig deckungsgleich sind, weisen sie doch erhebliche Übereinstimmungen auf. Verallgemeinert lässt sich festhalten, dass Integration neben der grundlegenden rechtlichen Anerkennung durch ein Zusammenwirken wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Facetten zustande kommt, gleichzeitig aber auch Auswirkungen auf die innere Entwicklung sowohl der sich integrierenden Gruppe als auch auf die Gesamtgesellschaft hat. So ist Eingliederung nicht nur als reine Assimilation,[293] sondern als „Sozialprozess auf Gegenseitigkeit"[294] zu sehen. Bedingt durch die unterschiedlichen

---

[288] Zu nennen sind hier vor allem die Studie „Integration und Neubeginn" von Friedrich *Prinz* von 1984 sowie die Dissertation von *Franz Bauer* zur Flüchtlingspolitik 1945-1950; *Prinz*, Friedrich (Hrsg.), Integration und Neubeginn, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, München 1984; *Bauer*, Franz, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950, Stuttgart 1982.

[289] U.a. *Maier*, Jörg und *Tullio*, Germanio, Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Bayern, München 1996; *Handl*, Johann und *Herrmann*, Christa, Soziale und berufliche Umschichtung der Bevölkerung in Bayern nach 1945: Eine Sekundäranalyse der Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1971, München 1994; Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit, München 1995.

[290] Vgl. *Pscheidt*, Edgar, Zur Integration der Sudetendeutschen in Bayern, in: *Heumos*, Peter (Hrsg.), Heimat und Exil, München 2001, S. 199-222, S. 200; siehe zur Begriffsdefinition von Integration auch: *Krauss*, Marita, Integration und Akkulturation. Eine methodische Annäherung an ein vielschichtiges Problem, in *Beer*, Mathias et.al, 1997, S. 11-26.

[291] Vgl. *Grosser*, 1998, S. 46; Grundlage zur Analyse von migrationsbedingter Integration bietet *Esser*, Hartmut, Aspekte der Wanderungssoziologie, Darmstadt 1980.

[292] *Pscheidt*, S. 20.

[293] Der Begriff der Assimilation ist häufig negativ konnotiert, soll hier aber wertungsfrei verstanden werden.

[294] *Grosser*, 1998, S. 45, vgl. dazu: *Bade*, Klaus, Sozialhistorische Migrationsforschung und Flüchtlingsintegration, in: *Schulze*, Rainer (Hrsg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, Hildesheim 1987, S. 126-162, S. 156; eine Diskussion, welche Form der Eingliederung (Assimilation, Akkulturation, Integration) vorliegt, würde den Rahmen dieses Kapitels sprengen, siehe hierzu u.a.: *Exner*, Peter, Integration oder Assimilation? Vertriebeneneingliederung und ländliche Gesellschaft – eine sozialgeschichtliche

Dimensionen, in welchen die Integration einer Bevölkerungsgruppe in eine bestehende Gesellschaft abläuft, ist der integrative Vorgang weniger statisch, sondern vielmehr als Prozess zu verstehen, der in aufeinander aufbauenden und einander ergänzenden Phasen abläuft. *Maier* und *Tullio* identifizieren vier Phasen von Integrationsprozessen

Abbildung 25: Charakteristika und Messkriterien von Integrationsphasen

	Integrationsphase	**Charakteristikum**	**Messkriterium**
Prozess	**Naturalisierung**	Legale Staatsbürgerschaft	(bereits vorhanden)[295]
	Absorption	Aufnahme einer produktiven ökonomischen Tätigkeit	Arbeitslosigkeit/Erwerbsquote
	Assimilation	Integration in die soziale Struktur	Einkommen/Stellung im Berufsleben
	Akkulturation	Annahme der Gebräuche der Gesellschaft und Aufgabe der unterscheidbaren Verhaltensmuster	Inter-Gruppen-Eheschließungen/ Vereinsmitgliedschaften, Ehrenämter

Quelle: *Maier* und *Tullio*, 1996, S. 35.

Anhand der Messkriterien für die einzelnen Phasen lassen sich die Integrationsgrade von vollständiger Desintegration(1. Grad) über Desintegration (2. Grad) und Integration (3. Grad) bis zur höchsten Stufe, vollständiger Absorption (4. Grad), aufschlüsseln. Dieser Grad kann festgestellt werden, wenn sowohl Absorption als auch Assimilation sowie Akkulturation in hohem Maß fortgeschritten sind, so *Maier* und *Tullio*.

Der Verlauf der Integration der Sudetendeutschen in die bayerische Gesellschaft
Die Bedingungen zur Aufnahme der vertriebenen Sudetendeutschen in Bayern waren in den Nachkriegsjahren des Zweiten Weltkrieges denkbar ungünstig. Sie trafen auf eine „Zusammenbruchs- und Mangelgesellschaft“,[296] welche die Neuankömmlinge als erhebliche, zusätzliche Belastung empfand. Der sozialkonservative Charakter der überwiegend ländlich geprägten Gebiete in Bayern, in denen die Vertriebenen angesiedelt wurden, verstärkte die ablehnende Haltung der Einheimischen.[297] Die Kombination aus wirtschaftlicher Strukturschwäche, Kriegszerstörungen und einer ablehnenden Haltung der Bevölkerung ließ gemeinsam mit der desolaten Lage der Vertriebenen eine geradezu explosive Lage erwarten, in der eine Radikalisierung der Flüchtigen befürchtet werden musste. Wie prekär die Lage der Vertriebenen war, belegen beispielsweise ihre zu Beginn der 1950er Jahre weit über-

Mikrostudie am Beispiel westfälischer Landgemeinden, in: *Hoffmann*, Dierk und *Schwartz*, Michael, Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 57-90.

[295] Da die Vertriebenen bereits deutsche Staatsbürger waren, kann diese Phase übersprungen werden.

[296] *Grosser*, S. 50.

[297] Umfragen aus dem Jahr1949 belegen dies, da in diesem 61 Prozent der einheimischen Bevölkerung die Flüchtlinge und Vertriebenen als unwillkommene Eindringlinge bezeichnen, vgl. *Franzen*, Erik K., Die Vertriebenen, München 2001, S. 224.

durchschnittliche Arbeitslosenquote sowie ihre mangelhafte Unterbringung.[298] Um dem entgegenzuwirken, übten die Besatzungsmächte erheblichen Druck auf die Aufnahmegesellschaft aus, um eine möglichst baldige vollständige systemische Integration zu ermöglichen.[299] Zielsetzung der amerikanischen Militärregierung war eine umfassende Assimilation der Sudetendeutschen in die bayerische Gesellschaft, da sie ein neues Minderheitenproblem in Mitteleuropa verhindern wollte.[300] So sah beispielsweise eine Anordnung der Militärregierung vor, Einheimische und Vertriebene gleichzubehandeln, was per Landesgesetz 1947 als Rechtstitel für eine umfassende Integration und einen gerechten Lastenausgleich zwischen den verschiedenen Gruppen festgeschrieben wurde.[301]

Darüber hinaus war die Ausgangslage zur Integration der Sudetendeutschen aus weiteren Gründen schwierig. Zwar hatten die Sudetendeutschen im Unterschied zu ausländischen Einwanderern die Phase der Naturalisierung übersprungen, da sie bereits die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, darüber hinaus der deutschen Sprache mächtig waren und im kulturellen Bereich zumindest große Übereinstimmungen zur Aufnahmegesellschaft aufwiesen.[302] Dennoch erschwerte vor allem der Umstand, dass sowohl die Sudetendeutschen selbst als auch die bayerische Staatsregierung über längere Zeit Hoffnung auf eine baldige Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimatgebiete hegten, die Integrationsbemühungen von staatlicher sowie Vertriebenenseite.[303] So neigten die Sudetendeutschen im deutschen Vergleich am stärksten zur Rückkehrwilligkeit in ihre Heimat und zeigten die geringste Bereitschaft zur Eingliederung in die bayerische Gesellschaft.[304] Die hohe Konzentration von Sudetendeutschen in Bayern verstärkte diesen Effekt zusätzlich, da sie häufiger als Vertriebene aus anderen Gebieten bei Landsleuten untergebracht wurden und der Kontakt mit Personen aus der Heimat folglich leichter zu herzustellen war.[305] Auch wenn die Einordnung als sudetendeutsche Volksgruppe sowie die Selbsteinschätzung als Sudetendeutscher – wie im vorherigen Kapitel dargelegt – nicht eindeutig und für jeden einzelnen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei erfolgen kann, so ist die Prägekraft und

[298] So waren bundesweit 1951 mehr als 30 Prozent aller Arbeitslosen Vertriebene und lebten Mitte der 1950er Jahre über 30 Prozent der Vertriebenen in Notwohnungen oder Unterkünften außerhalb von Wohnungen, vgl. Statistisches Jahrbuch 1952, S. 30; Statistisches Jahrbuch 1961, S. 55, Angaben nach: *Stickler* 2004, S. 137.

[299] Vgl. *Prinz*, Friedrich, Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern, Haus der Bayerischen Geschichte, München 2000, S. 11.

[300] Zum Assimilationskonzept der US-Militärregierung vgl. *Grosser*, Thomas, Das Assimilationskonzept der amerikanischen Flüchtlingspolitik in der US-Zone nach 1945, in: *Grosser*, Christiane et al., Flüchtlingsfrage – das Zeitproblem. Amerikanische Besatzungspolitik, deutsche Verwaltung und die Flüchtlinge in Württemberg-Baden 1945-1949, Institut für Landeskunde und Regionalforschung der Universität Mannheim, Mannheim 1993, S. 11-54.

[301] Vgl. *Pscheidt*, S. 207; *Schraut*, Sylvia, Die westlichen Besatzungsmächte und die deutschen Flüchtlinge, in: *Hoffmann* und *Schwartz*, 1999, S. 33-46.

[302] Auf die engen kulturellen Verbindungen und Übereinstimmungen zwischen Sudetendeutschen und den Einwohnern der bayerischen Aufnahmegebiete verwies auch Dr. *Walter Rösner-Kraus*, im Bayerischen Sozialministerium federführend für Vertriebenenpolitik zuständig; Hintergrundgespräch mit Dr. Walter *Rösner-Kraus*, Ltd MR, Referat V3, Vertriebenenpolitik, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Abteilung V, Integration, Migration, Vertriebene, Europapolitik, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, in München am 06.04.2009.

[303] Vgl. ebd, S. 202.

[304] Vgl. ebd. S. 216; *Prinz*, 2000, S. 11 f.

[305] Zur Entwicklung der Integration in Bayern siehe ausführlich bei: *Krauss*, Marita, Die Integration Vertriebener am Beispiel Bayerns, in: *Hoffmann* und *Schwarz*, 1999, S. 47-56.

der Zusammenhalt der Gruppe zumindest in den ersten Jahren nach der Vertreibung aufgrund der äußeren Umstände als sehr hoch einzuschätzen.

Trotz dieser ungünstigen Ausgangslage konnte schon im Verlauf der 1950er Jahre eine erhebliche Verbesserung der Situation sowie eine weitgehende wirtschaftliche und kulturelle Integration der Sudetendeutschen konstatiert werden. Eine wichtige Rolle spielte dabei ein ganzes Bündel von integrationspolitischen Maßnahmen, bei dem exemplarisch das Soforthilfegesetz (SHG) und der Lastenausgleich zwischen einheimischer Bevölkerung und Vertriebenen zu nennen sind.[306] Auch wenn ein vollständiger Ausgleich der Verluste und Belastungen weder abschätz- noch realisierbar war, so ist die symbolische und praktische Wirkung vor allem des Lastenausgleichs nicht zu unterschätzen.[307] Dies war jedoch nur im Zusammenhang mit dem in den 1950er Jahren einsetzenden Wirtschaftsboom möglich, der trotz anhaltender regionaler Unterschiede die Erhöhung der Erwerbsquote und den wirtschaftlichen Aufstieg der Vertriebenen begünstigte. Dennoch ist ungeachtet der mittel- und langfristigen Erfolge vor allem innerhalb der ersten Vertriebenengeneration eine anhaltende Deprivation ihrer wirtschaftlichen Chancen und beruflichen Stellung im Vergleich zur Vorkriegszeit feststellbar.[308] Diese schwächte sich in der Generationenfolge aber deutlich ab, da die jüngeren Vertriebenen deutliche Vorteile im Integrationsprozess hatten: Sie waren kognitiv flexibler, mobiler, wiesen eine höhere Anpassungsfähigkeit an die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Umstände in der neuen Umgebung auf und erreichten daher schneller ein soziales sowie identifikatorisch-emotionales Integrationsniveau als ihre Vorgängergeneration. Dies schlug sich auch in einer höheren Akzeptanz bei ihren einheimischen Altersgenossen nieder.[309] Innerhalb der jüngeren Generationen lässt sich eine Umkehrung des zuvor negativen Trends bezüglich der Integration beobachten, sodass zwar bei den älteren Vertriebenen noch keine vollständige Integration erreicht werden konnte, deren Kinder und Kindeskinder aber erfolgreich eingegliedert wurden, so *Paul Lüttinger* in seiner durchaus kritischen Auseinandersetzung mit dem Verlauf der Integration der Vertriebenen auf der Grundlage der Daten der Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1971.[310] Ähnlich argumentiert *Matthias Stickler*, der trotz der deutlichen Deklassierung der Vertriebenen im beruflichen und sozialen Status im Zeitverlauf eine fortschreitende Assimilierung in der bayerischen Gesellschaft feststellt.[311] Auch

[306] Zu den Eingliederungsmaßnahmen wie Wohnungsbaumaßnahmen, Lastenausgleich, Finanzierungshilfen sowie Darlehen siehe: *Maier* und *Tullio* 1996, S. 131-145.
[307] Weiterführend zum Lastenausgleichsgesetz: *Stelzle*, Walter und *Kumpert*, Walter, Das Lastenausgleichsgesetz. Integration und Neubeginn, München 1984, *Schaefer*, Karl Heinz, Lastenausgleich 1949-1996, in: *Schlau*, Wilfried, Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945-1995, München 1996, S. 75-130.
[308] Für die langfristige positive wirtschaftliche Entwicklung Bayerns war der Zustrom der überdurchschnittlich ausgebildeten Sudetendeutschen aus den hochindustrialisierten böhmischen Gebieten ein großer Gewinn und entscheidender Faktor. Darauf wies Dr. *Rösner-Kraus* im Hintergrundgespräch hin.
[309] Vgl. *Grosser*, Thomas und *Grosser*, Christiane, Von der Oral History zur sozialwissenschaftlichen Erhebung, in: *Beer*, Mathias, Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im Südwesten Deutschlands, Sigmaringen 1994, S. 179-210; *Grosser*, 1998, S. 57; Nach den Erkenntnissen von Johann *Handl* wiesen die jugendlichen Vertriebenen keine schlechtere Ausbildung auf, sondern konnten mit einer vergleichbaren Qualifikationsstruktur auf den Arbeitsmarkt treten, vgl. *Handl* und *Herrmann*, 1994, S. 132 f.; Marita *Krauss* verweist ergänzend darauf, dass die älteren Vertriebenen den Statusrückgang häufig dauerhaft nicht ausgleichen konnten und vor allem ehemalige Landwirte oder Selbständige in Ungelerntenpositionen verblieben, vgl. *Krauss*, 1999, S. 56; vgl. zur Generationenfolge auch: *Kotzian*, Ortfried, Die Aussiedler und ihre Kinder, Dillingen 1991, S. 83 ff.
[310] *Lüttinger*, 1986, S. 22 f.
[311] *Stickler*, 2004, S. 138.

Johann Handl bestätigt ebenso wie *Eva Hahn* eine weitgehende Integration der Zuwanderer in die bayerische Bevölkerung in den 1970er Jahren.[312]

Hauptkriterien: Beruf, Heiratsbeziehungen und Rückkehrbereitschaft

Obwohl die Datenlage zur Integration der Vertriebenen vor allem seit den 1970er Jahren nicht optimal ist, lassen sich in einem ersten Schritt Zahlen, Daten und Fakten aus drei Bereichen heranziehen, die gemeinsam ein Urteil über den Integrationsgrad der Sudetendeutschen in die bayerische Gesellschaft ermöglichen sollen. Neben der beruflichen Stellung wird als Indiz für die wirtschaftliche Integration der Konnuptialitätsindex (Heiratsstatistik) als Gradmesser für die soziale und kulturelle Integration sowie als weiteres Merkmal die Rückkehrbereitschaft der Sudetendeutschen in ihre Heimat zur Bewertung für den Stand ihrer inneren Integration verwendet.

Die intergenerationelle Diskrepanz beim Verlauf der Integration in die bayerische Gesellschaft bestätigt sich bei einem Blick auf die Berufsstruktur. Hier ist vorauszuschicken, dass die Vertriebenen in ihren Heimatgebieten vor dem Kriegsbeginn 1939 durchschnittlich einen höheren beruflichen Status als die Bevölkerung in Bayern zum gleichen Zeitpunkt aufwiesen.[313] Dieses Gefälle kehrte sich im Verlauf des Krieges sowie in noch stärkerem Maß in den ersten Jahren nach der Vertreibung um, sodass die Sudetendeutschen bis etwa 1950 starken beruflichen Deklassierungsprozessen ausgesetzt waren. Zwar konnte die Arbeitslosigkeit im Zug des wirtschaftlichen Aufschwungs auch unter den Vertriebenen deutlich reduziert werden, ihre Arbeitsplätze bestanden aber in erheblichem Maß aus Ungelerntentätigkeiten mit einem entsprechend niedrigen Verdienst und sozialen sowie beruflichen Status. Während der Anteil an Einheimischen bei den Ungelerntenpositionen sogar abnahm, wurde die hohe Nachfrage in diesem Bereich überwiegend von Vertriebenen bedient.[314] Während diejenigen, die bei der Vertreibung bereits im Erwachsenenalter waren, nachhaltige Brüche in ihren Karriereverläufen verkraften mussten und zum Großteil dauerhaft unter ihrem vorherigen sowie dem Statusniveau gleichaltriger Einheimischer verblieben, sah die Situation bei den jüngeren Alterskohorten erneut deutlich besser aus. Diese zeichneten sich dabei nicht nur durch schon erwähnte Eigenschaften wie höhere Mobilität und Flexibilität aus, sondern sie profitierten überproportional von der Ausweitung des tertiären Sektors. Die jüngeren Generationen der Vertriebenen schlugen häufig mittlere und höhere Beamten- oder Angestelltenlaufbahnen ein, sodass sie ihren sozio-ökonomischen Status zwischen 1950 und 1970 erheblich verbessern und auf ein vergleichbares Niveau zu den alteingesessenen Berufstätigen heben konnten.[315] Die wirtschaftliche Integration kann somit zwar nicht für die erste, zumindest aber bereits für die Folgegenerationen als erfolgreich eingestuft werden.

Neben der beruflichen Stellung, die als Anhaltspunkt für den Fortschritt der wirtschaftlichen Integration herangezogen wurde, soll eine Analyse der Entwicklung der Heiratsbeziehungen innerhalb der Gruppe der Vertriebenen sowie zwischen Vertriebenen und Einheimischen Aufschluss darüber geben, wie die soziale Eingliederung von Ver-

[312] *Handl* und *Herrmann*, 1994, S. 47; *Hahn*, 1998, S.111.
[313] Vgl. ebd. S. 133 f.
[314] Wie zuvor angedeutet, waren davon Selbständige und Landwirte besonders betroffen. Dies gilt fast ausschließlich für Vertriebene, während Flüchtlinge aus der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR in geringerem Maß Deklassierungsprozessen ausgesetzt waren, vgl. ebd. S. 134.
[315] Vgl. ebd., S. 135 ff.

triebenen zu bewerten ist. Zum Konnubium bzw. der Heiratsstatistik ist die Datenlage nicht nur zumindest bis 1970 verhältnismäßig umfangreich, sie wird auch als „zentrale[r] Topos in der Integrationsliteratur“[316] und bedeutendstes Indiz für die Integrationsbereitschaft von Einheimischen und Zuwanderern eingeordnet.[317] Die tendenziell eher ungünstigen Ausgangsbedingungen zur Integration der Sudetendeutschen schlugen sich in den ersten Jahren nach der Vertreibung auch in ihrem Heiratsverhalten nieder. Einen Gradmesser dafür liefert der sogenannte Konnuptialitätsindex, der bei einem Wert von 100 ein Heiratsverhalten ohne soziale und mentale Barrieren impliziert. Während er bei anderen Vertriebenengruppen in Bayern wie den Schlesiern im Jahr 1948 bei 63 lag, wiesen die Sudetendeutschen zu diesem Zeitpunkt mit 56 einen niedrigeren Wert auf. Hier machte sich unter anderem der Zustand bemerkbar, dass die Sudetendeutschen häufiger bei ihren Landsleuten untergebracht waren. Die Konnuptialität erhöhte sich jedoch schon bis 1951 mit einer Steigerung auf 67 im Vergleich zu 70 bei den anderen Vertriebenengruppen deutlich stärker.[318] Auf Bundesebene stieg der Index aller Vertriebenen zwischen 1950 und 1960 von 66 auf 83, woraus *Thomas Grosser* schließt:

> „Ende der 1950er Jahre hatte die so gemessene soziale Integration beider Bevölkerungsgruppen damit einen Stand erreicht, der leicht über dem der bestintegrierten ausländischen Migrantengruppen Mitte der 1980er Jahre lag.“[319]

Der steigende Konnuptialitätsindex kann als deutlicher Indikator für die zunehmende soziale Integration der Vertriebenen im Allgemein sowie der Sudetendeutschen im Besonderen gewertet werden, sodass angesichts der von Alterskohorte zu Alterskohorte zunehmenden Mischheiraten bereits in den 1970er Jahren von einer „weitgehenden Integration der Zuwanderer in die einheimische bayerische Bevölkerung“[320] gesprochen werden kann. Dies lässt sich auch in absoluten Zahlen belegen: So wurden 1948 noch 8.200 Ehen in Bayern nur zwischen Vertriebenen geschlossen (Intra-Gruppen-Eheschließungen), während knapp 16.000 Mischehen gezählt wurden (Inter-Gruppen-Eheschließungen).[321] Die Dynamik der deutschlandweiten Entwicklung zeigt *Matthias Stickler* auf, der die Annahme bestätigt, dass noch 1950 nur doppelt so viele Mischehen wie Ehen innerhalb der Gruppe der Vertriebenen geschlossen wurden. Schon 1954 konnten dreimal so viele Mischehen gezählt werden. Dieser Trend setzte sich fort, sodass 1960 bereits über 75 Prozent der Ehen in Vertriebenenkreises Mischehen waren und als ein deutliches Signal dafür gewertet werden, dass sich ein spezifisches Vertriebenenmilieu zunehmend auflöste und neben einer wirtschaftlichen Eingliederung eine fortschreitende soziale Integration der Sudetendeutschen in die bayerische Gesellschaft nachgewiesen werden kann.[322]

---

[316] *Lüttinger*, Paul, Integration der Vertriebenen, Frankfurt a.M. 1989, S. 41.
[317] Vgl. *Grosser*, 1998, S. 47; *Pscheidt*, 2001, S.
[318] Vgl. *Grosser*, 1998, S. 73; *Kettl*, Hildegard, Die landsmannschaftliche Herkunft der Eheschließenden, in: Bayern in Zahlen, Jg. 1952, Heft 10, S. 347-349. Nach 1971 können keine Daten mehr ermittelt werden, da seitdem – wie schon erwähnt – die Vertriebeneneigenschaft nicht mehr offiziell erfasst wird.
[319] *Grosser*, 1998, S. 72.
[320] *Handl* und *Herrmann*, 1994, S. 138.
[321] Vgl. *Pscheidt*, 2001, S. 215; Zahlenangaben nach: *Jaenicke*, Wolfgang, Vier Jahre Betreuung der Vertriebenen in Bayern 1945-1949, Bayerisches Staatsministerium des Innern, München 1950, S. 34.
[322] *Stickler*, 2004, S. 138; Zahlen nach den Statistischen Jahrbüchern.

Die eher ungünstigen Ausgangsbedingungen für die Eingliederung der Sudetendeutschen wurden bereits mehrmals aufgegriffen. Dies lässt sich auch am Kriterium der *Rückkehrorientierung* festmachen, die nach *Edgar Pscheidt* korrespondierend zum jeweiligen Grad der Integration zu sehen ist. Er stellt fest, dass die Sudetendeutschen 1950 am geringsten zur Eingliederung neigten und gleichzeitig über die höchste Rückkehrwilligkeit in ihre Heimat verfügten.[323] Eine Bestätigung für den Befund, dass die Rückkehrorientierung vor allem kurz nach der Vertreibung extrem hoch ausgeprägt war, führt *Thomas Grosser* anhand einer Umfrage an. Die „Rückkehr in die Heimat" nahm im Jahr 1949 mit 43,1 Prozent aller Nennungen von gewünschten Maßnahmen vonseiten der Vertriebenen in Bayern mit Abstand den ersten Platz ein. Die Sudetendeutschen lagen dabei mit 47,6 % über dem Durchschnittswert, was ihre höhere Rückkehrbereitschaft unter Beweis stellt.[324] Analog zur fortschreitenden Integration gingen diese Werte aber bereits im Verlauf der 1950er und 1960er Jahre zurück:

Tabelle 13: Rückkehrorientierung der Sudetendeutschen 1957-1964

Auf die Frage „Wenn morgen Ihre Heimat wieder zu Deutschland gehören würde, würden Sie dann zurückgehen, oder käme das nicht für Sie in Frage?" antworteten von 100 Sudetendeutschen:			
	1957	**1959**	**1964**
bestimmt zurückgehen	48	34	23
vielleicht zurückgehen	28	28	32
käme nicht in Frage	17	38	43
keine Angabe	7	-	2

Quelle: *Institut für Demoskopie Allensbach*, Die Neubürger. Ein Bericht über Flüchtlinge und Heimatvertriebene in der Bundesrepublik, Allensbach 1964, Tabelle 54.

Auffallend ist, dass auch in diesem Bereich bei den Sudetendeutschen von einer eingangs besonders negativen Einstellung und Lage zügig ein Wandel einsetzte, sodass die Rückkehrbereitschaft bei den Sudetendeutschen schneller zurückging als bei den aus Schlesien, Pommern oder Ostpreußen stammenden Vertriebenen. Selbst wenn diese Entwicklung zumindest zum Teil auf erschwerte Rahmenbedingungen für eine Rückkehr wie den politisch schwerer umsetzbaren Rückkehranspruch der Sudetendeutschen und die festgefahrene Situation an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze zurückzuführen ist, lässt sich mit *Grosser* festhalten:

> „Mitte der 1980er Jahre zeichnete sich jedoch deutlich ab, dass die geringere Rückkehrorientierung der Sudetendeutschen […] ihrem insgesamt höheren allgemeinen Integrationsgrad entsprach."[325]

Dies bestätigt eine Emnid-Umfrage unter 4.000 deutschen Bürgern – darunter mit 1.000 Personen ein Viertel Vertriebene –, die ergab, dass sich 1985 90 Prozent der Sudetendeutschen als „in jeder Hinsicht voll anerkannte Mitglieder" der Bundesrepublik fühlten,

[323] Vgl. *Pscheidt*, 2001, S. 216.
[324] Vgl. *Grosser*, 1998, S. 75; Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), Die Vertriebenen in Bayern, München 1951, S. 59-65.
[325] *Grosser*, 1998, S. 76.

während der Wert bei Vertriebenen aus den ehemaligen Reichsgebieten östlich von Oder und Neiße bei 80 Prozent sowie bei den restlichen Vertriebenen lediglich bei 64 Prozent lag.[326] Eine weitere Emnid-Umfrage des Jahres 1996 kam zum Ergebnis, dass nur 9,9 % aller Erwachsenen, die angaben, dass sie selbst oder einer ihrer Vorfahren aus dem Sudetenland stammen, wieder in ihre alte Heimat zurückkehren würden.[327] Dies kann als deutliches Zeichen für eine vollständige Absorption und den höchsten Grad der Integration gewertet werden.

Als weitere Indizien für eine zunehmende Integration der Sudetendeutschen in die bayerische Gesellschaft lassen sich die fortschreitende Angleichung der Wohnverhältnisse im Verlauf der 1950er Jahre sowie den rückläufigen Mobilisierungsgrad für die gruppenspezifische Vertretung ihrer Interessen in Form von Vertriebenenparteien anführen.[328] Angesichts der Integrationserfolge in den 1950er und 1960er Jahren kann somit ab den 1970er Jahren ein sehr hoher Integrationsgrad der Sudetendeutschen in der bayerischen Gesellschaft festgestellt werden. Für die Analyse des Folgezeitraums in den 1980er und 1990er Jahren und den aktuellen Blickwinkel der neueren Entwicklung der Integration der Vertriebenen bzw. der Sudetendeutschen lassen sich gerade in prozessualer Hinsicht ergänzend auf aus Befragungen basierende Erkenntnisse zur Selbsteinschätzung (Identität) als Vertriebener, des Vergleichs der Einstellungen und Werthaltungen von Vertriebenen und nicht Vertriebenen sowie der Einstellung zu den Vertriebenenverbänden heranziehen.

Ergänzende Kriterien: Vertriebenenidentität, Wertehaltungen und Einstellungen

Die Selbsteinschätzung und -einordnung der Vertriebenen bzw. der Sudetendeutschen ist in engem Zusammenhang mit dem Prozess der Integration zu sehen, da eine explizite Identität als „Vertriebener" oder „Sudetendeutscher" im Grundsatz auf eine starke Gruppenbindung sowie Kohärenz schließen ließe. Im Gegenzug kann das Fehlen einer eigenen Vertriebenenidentität sowie eine Angleichung von Sichtweisen, Einstellungen oder Wertungen an die Gesamtbevölkerung als Anzeichen einer fortschreitenden Integration und von abnehmendem Zusammenhalt der sozialen Gruppe interpretiert werden. Eine umfassende auf Primärdaten basierende Studie, inwieweit eine spezifische Vertriebenenidentität existiert und wer zu einer sozialen Gruppe der Vertriebenen bzw. der Sudetendeutschen zu rechnen ist, existiert bislang jedoch nicht, obgleich es aufgrund der erkannten Forschungslücke seit Beginn der 1990er Jahre Ansätze gab. So führte das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Kulturstiftung der Vertriebenen zwischen 1990 und 1996 eine Sekundäranalyse auf der Grundlage von Repräsentativbefragungen der Bevölkerung ab 16 Jahren mit insgesamt 2.000 Interviews durch. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt, ob signifikante Unterschiede zwischen Vertriebenenfamilien und nicht Vertriebenen auszumachen sind. Darüber hinaus wurde die diachrone Entwicklung der Einstellungen und Selbsteinordnung als Vertriebene untersucht, sodass entsprechend 16-49jährige sowie 50jährige und ältere

[326] Vgl. EMNID-Institut, Vertriebene in der Bundesrepublik Deutschland – Einstellungen und Zukunftserwartungen. Repräsentativbefragung im Auftrag des ZDF, Bielefeld 1985, aus: *Kuhn*, Ekkehard, Nicht Rache, nicht Vergeltung, München. 1987, S. 287.

[327] EMNID-Umfrage im Auftrag des SPIEGEL 1996; Der SPIEGEL, 21/1996, S. 32 ff; auch bei: *Habel*, 2003, S. 1049.

[328] So wählten bei den Bundestagswahlen 1953 noch 40,7 Prozent der Vertriebenen eine Interessenpartei, 1957 35,7 Prozent sowie 1960 nur noch 21,1 Prozent; vgl. *Grosser*, 1998, S. 74, Tabelle auf S. 89.

getrennt analysiert wurden.[329] Begriff und Zuordnung zu den Vertriebenen wurden in der Befragung bewusst weiter gefasst, indem die Frage gestellt wurde, ob man sich und/oder jemanden aus der Familie zu den Vertriebenen rechnet. Die Befragung ergab, dass diejenigen, die sich subjektiv zu den Vertriebenen bekennen, deutlich älter als der Durchschnitt der Bevölkerung sind. So sind unter den Personen, die sich zu den Vertriebenen zählen, 62 Prozent älter als 50 Jahre, während deren Anteil in der Gesamtbevölkerung lediglich 42 Prozent und damit deutlich weniger ausmachen.

Tabelle 14: Altersaufbau von Vertriebenen im Vergleich zu Bevölkerung und Nicht-Vertriebenen

Befragte / Alter	**Bevölkerung insgesamt in %**		**Vertriebene insgesamt in %**		**Nicht Vertriebene insgesamt in %**	
16-29	21		13		23	
30-39	18	unter 50 insgesamt 58	12	unter 50 insgesamt 38	19	unter 50 insgesamt 62
40-49	19		13		20	
50-59	15		19		14	
60-70	13	über 50 insgesamt 42	18	über 50 insgesamt 62	13	über 50 insgesamt 38
ab 71	14		25		11	

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6027, 1996, aus: Köcher, 1997, S. 5.

Somit ergibt sich eine starke Altersbindung der Vertriebenenidentität, die sich durch eine im Zeitverlauf und in der Generationenfolge abnehmenden Bindung und Zuordnung zur sozialen Gruppe manifestiert: „Die jüngere Generation neigt weitaus weniger dazu als die ältere, sich der Gruppe der Vertriebenen zuzuordnen.“[330] Obwohl eine in absoluten Zahlen steigende Anzahl von Personen und Familien direkt und indirekt von Vertreibung betroffen war, ist im Zeitverlauf ein Schwinden des Bewusstseins als Vertriebener und der Selbstzuordnung zur Gruppe der Vertriebenen zu beobachten. Je jünger die Befragten sind, desto stärker manifestiert sich dieser Trend, wie Tabelle 19 verdeutlicht.

Tabelle 15: Schwindende Identifikation als Vertriebene der verschiedenen Generationen – Umfrage 1996

Auf die Frage „Rechnen Sie sich oder jemand in Ihrer Familie zu den Heimatvertriebenen?“ sagten von 100 Befragten:			
	Unter 30jährige	**30-49jährige**	**Über 50jährige**
Ja	8	10	21
Nein	92	90	79
Gesamt	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6027, März 1996, nach: *Köcher*, 1997, S. 6.

[329] Vgl. *Köcher*, Renate, Vertriebene der Erlebnis- und Nachfolgegeneration. Ergebnisse einer Sekundäranalyse, in: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hrsg.), Deutschland und seine Nachbarn. Forum für Kultur und Politik, Heft 21, Themenheft „Zum Selbstverständnis der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland, Kulturstiftung der Vertriebenen, Bonn 1997, S. 3-67.
[330] *Köcher*, 1997, S. 5.

Eine Umfrage des Allensbacher Instituts aus dem Jahr 2002, bei der über 2.000 Personen aus West- und Ostdeutschland befragt wurden, bestätigt diesen Trend. Auf die Fragestellung „Rechnen Sie sich oder jemand in Ihrer Familie zu den Heimatvertriebenen“ gaben insgesamt gesehen sieben Prozent der Befragten ab 16 Jahren an, selbst Heimatvertriebene zu sein, während 22 Prozent zumindest einen familiären Bezug feststellten, obwohl sie sich nicht selbst als Vertriebene bezeichneten. Bei einer Aufgliederung nach Altersstufen wird erneut eine Abnahme der Identifikation als Vertriebene deutlich, je jünger die Befragten sind. Der Befund, dass sich jüngere Generationen der Vertriebenen im Vergleich zu den Erlebnisgenerationen besser und leichter integrierten, bestätigt sich damit auch für die jüngere Vergangenheit und Gegenwart (Tabelle 19).

Tabelle 16: Identifikation als Vertriebene in den verschiedenen Generationen - Umfrage 2002

Auf die Frage „Rechnen Sie sich oder jemand in Ihrer Familie zu den Heimatvertriebenen?“ sagten von 100 Befragten:					
	16-29jährige	**30-44jährige**	**44-59jährige**	**Über 60jährige**	**Bevölkerung insgesamt**
Ja, mich selbst	0	1	4	18	7
Ja, jemand in der Familie	24	27	26	17	22
Ja gesamt	24	28	30	35	29
Nein	76	72	70	65	70

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7036, Dezember 2002, nach: *Petersen*, Thomas, Flucht und Vertreibung aus Sicht der deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2005, S. 22.

Darüber hinaus erschließt sich in der Auswertung der Befragung eine weitere interessante Erkenntnis: Vertreibung und ihre Folgen auf das Leben von Millionen Menschen als Problemfall ist den jüngeren Generationen trotz erfolgreicher und umfassender Integration durchaus bewusst und diese können sie zumindest indirekt in ihrer familiären Umgebung einordnen. Sich selbst als Vertriebene und damit aktiv Zugehörige zur sozialen Gruppe empfinden jedoch prozentual immer weniger der Befragten. Die Fortschreibung und Übertragung des Vertriebenenstatus über die Generationenfolge hinweg, die auf dem Papier zu einer deutlichen Erhöhung der Zahl der Vertriebenen führte, wird sowohl von Vertriebenen als auch der Gesamtbevölkerung erstaunlich übereinstimmend abgelehnt: So vertreten lediglich sechs Prozent der Bevölkerung und die gleiche Prozentzahl an Vertriebenen die Ansicht, dass Kinder und Enkel der Vertriebenen auch selbst als Vertriebene einzuordnen sind. Ebenso übereinstimmend lehnt dahingegen eine Mehrheit von 85 Prozent sowohl der Vertriebenen als auch der Gesamtbevölkerung dieses Vorgehen ab.[331] Auch hier ist im diachronen Verlauf eine drastische Veränderung sowie ein spürbarer Wandel in der Einstellung sowohl der Gesamtbevölkerung als auch unter den Vertriebenen auszumachen.

Zum Vergleich: Bei einer 1972 durchgeführten Umfrage hatten sich noch 16 Prozent der Bevölkerung und ein Drittel der Vertriebenen dafür ausgesprochen, auch Kinder und

[331] Vgl. *Petersen*, 2005, S. 21.

Enkelkinder von Vertriebenen als solche zu sehen.[332] Dies führt zu einer Reihe von Schlussfolgerungen: Diese Entwicklung ist als weiteres Indiz für eine fortschreitende Integration der Vertriebenen zu sehen. In diesem Zusammenhang kristallisiert sich heraus, dass sich vor allem die Einstellungen der Vertriebenen zu dieser Frage deutlich geändert haben. So waren zum einen schon in den 1970er Jahren die Vertriebenen selbst in der Mehrheit eher skeptisch, die Größe der Gruppe von Vertriebenen durch Vererbung der Vertriebeneneigenschaft zu erhöhen. Zum anderen nahm die Zahl derer, die auch die nachfolgenden Generationen automatisch den Vertriebenen zurechnen wollte, bis in die Gegenwart weiter rapide ab, wobei sich die Haltung der Vertriebenen der Gesamtbevölkerung vollständig anglich. Dieser Prozess innerhalb der Gruppe der Vertriebenen lässt erneut darauf schließen, dass sich ein deutlich geringerer Teil der potenziell als Vertriebene einzuordnender Personen auch als diese sieht, selbst wahrnimmt und dieser Anteil im Zeitverlauf zudem geringer wird. Einen Anhaltspunkt mit konkretem Blick auf die Sudetendeutschen bietet eine im Auftrag des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ 1996 in Auftrag gegebene repräsentative Umfrage in Bayern, bei der 13,1 Prozent der Befragten angaben, selbst oder einer ihrer Vorfahren aus dem Sudetenland abzustammen. Hochgerechnet auf die damalige Einwohnerzahl Bayerns würde sich für diesen Zeitpunkt dadurch eine Anzahl von 1,56 Millionen Personen ergeben. Ob sich diese Personen aber auch als Mitglied der Gruppe der Sudetendeutschen fühlen und als Sudetendeutsche einordnen, geht daraus nicht eindeutig hervor. Dass die reale Zahl bedeutend niedriger liegt, belegt, dass sich nur 28 Prozent durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft vertreten fühlen.[333]

Ein weiteres ergänzendes Kriterium, das Aufschluss über den Verlauf der Integration von sozialen Gruppen in eine Gesellschaft geben kann, ist die Entwicklung der Werthaltungen und Einstellungen der Gruppe im Vergleich zur Gesellschaft. Im Hinblick auf den Sonderfall der sozialen Gruppe der Vertriebenen ist vor allem die Bewertung der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte des Zweiten Weltkrieges aufschlussreich, da sie in direktem Zusammenhang mit der Vertreibung steht. Eine im Auftrag der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen vom Allensbacher Institut für Demoskopie durchgeführte Umfrage kommt zum Ergebnis, dass sich ursprünglich verschiedene Beurteilungen historischer Ereignisse durch Vertriebene und nicht Vertriebene in den folgenden Generationen anglichen.[334] Als Beispiele können die Einstellung zu den deutschen Soldaten, die am Zweiten Weltkrieg teilgenommen hatten, sowie zur Wertung von Kriegsende und Vertreibung allgemein herangezogen werden. Ohne Unterscheidung in Altersgruppen ergibt sich unter den Vertriebenen eine deutlich positivere Einstellung zu den Soldaten als unter den nicht Vertriebenen: Während 62 Prozent der Vertriebenen die Soldaten bewundern, bringen ihnen nur 49 Prozent der nicht Vertriebenen die gleiche Wertschätzung entgegen. Bei einer getrennten Analyse der Altersgruppen wird jedoch deutlich, dass die überdurchschnittlich positive Haltung der Vertriebenen zu den Soldaten eng altersgebunden ist: So stehen die über 50jährigen Vertriebenen den Soldaten in noch stärkerem Maß positiv gegenüber als die gleichaltrigen nicht Vertriebenen (75 gegenüber 66 Prozent). Bei den jüngeren Generationen der unter 50jährigen können dahingegen kaum noch Unterschiede

[332] Umfrage unter Vertriebenen für das ZDF, Allensbacher Archiv, IfD-Bericht Nr. 1833, 1972
[333] Vgl. Emnid-Umfrage im Auftrag des SPIEGEL 1996; Der SPIEGEL, 21/1996, S. 32 ff; auch bei: *Habel*, 2003, S. 1049.
[334] Vgl. *Köcher*, 1997, S. 17 f.

zwischen Vertriebenen und nicht Vertriebenen in ihrer Einstellung zu den Soldaten festgestellt werden, wobei die Vertriebenen mit 39 gegenüber 40 Prozent in ihrer Wertschätzung für Soldaten sogar gegenüber den nicht Vertriebenen leicht zurückfallen.

Tabelle 17: Einstellungen gegenüber den deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg – allgemein und nach Altersgruppen

Auf die Frage „Wie denken Sie über die deutschen Soldaten, die am Zweiten Weltkrieg teilgenommen haben" sagten von 100 Befragten:							
	Bevölkerung insgesamt	**Vertriebene insgesamt**	**Nicht Vertriebene insgesamt**	**16- bis 49jährige**		**Über 50jährige**	
				Vertriebene	**Nicht Vertriebene**	**Vertriebene**	**Nicht Vertriebene**
Mit Bewunderung	52	62	49	39	40	75	66
Gleichgültig	31	23	33	37	39	14	21
Negativ	12	10	13	17	16	7	7
Keine Angabe	5	5	5	7	5	4	6
Gesamt	100	100	100				

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6014, April 1995, nach: Köcher, 1997, S. 19.

Tabelle 18: Wertungen des Kriegsendes – allgemein und nach Altersgruppen

Auf die Frage „Hier unterhalten sich zwei über den 8. Mai 1945, wie man heute den 8. Mai begehen soll, was dabei zum Ausdruck kommen soll. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie empfinden?" sagten von 100 Befragten:							
	Bevölkerung insgesamt	**Vertriebene insgesamt**	**Nicht Vertr. insgesamt**	**16-49jährige**		**Über 50jährige**	
				Vertr.	**Nicht Vertr.**	**Vertr.**	**Nicht Vertr.**
Für mich ist der 8. Mai ein Tag der Freude, ein Grund zum Feiern, denn an diesem Tag wurde der Krieg beendet und Deutschland von der nationalsozialistischen Herrschaft befreit, das war die Hauptsache	55	45	57	60	57	36	57
Für mich ist der 8. Mai auch ein Tag der Trauer, denn es war eine Niederlage für Deutschland, und zum Ende des Krieges wurden Millionen von Ostdeutschen aus Ostpreußen, Pommern und dem Sudetenland vertrieben und verloren ihre Heimat	23	38	20	22	18	47	23
Unentschieden	17	13	18	11	19	14	17
Keine Angabe	5	4	5	7	6	3	3
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6014, April 1995, nach: *Köcher*, 1997, S. 20.

Das gleiche Phänomen tritt auch bei der Bewertung des Kriegsendes 1945 mit dessen Folgen für die gesamte deutsche Bevölkerung auf. Auch in diesem Fall unterscheiden sich die Vertriebenen nur bei einer altersunspezifischen Betrachtung in ihrer Einstellung von den nicht Vertriebenen: Während 38 Prozent der Vertriebenen den 8. Mai 1945 als Anlass, sich mit Trauer an das Schicksal der Vertriebenen zu erinnern, sehen, bewerten dies nur 20 Prozent der nicht vertriebenen Befragten in dieser Form. Eine getrennte Analyse der älteren und jüngeren Generation bringt erneut das Ergebnis, dass sich die 16-49jährigen in ihrer

Einschätzung nicht von der normalen Bevölkerung unterscheiden und nur die Erlebnisgeneration das Kriegsende anders als die Gesamtbevölkerung bewertet.

Zumindest indirekt Aufschluss sowohl über die Integration der Vertriebenen als auch über die Mobilisierungsfähigkeit des Verbandes gibt das Verhältnis zwischen Vertriebenen und ihren Verbänden sowie die Einschätzung der Verbände durch die von ihnen repräsentierten Gruppe. In diesem Untersuchungsfeld liefern Umfragen durchaus überraschende Ergebnisse: So bringen nur 0,7 Prozent in der 2002 durchgeführten repräsentativen Befragung das Stichwort „Vertreibung" direkt mit den Vertriebenenverbänden in Verbindung. Beim Begriff „Flucht und Vertreibung" kommt die Assoziation gar nur bei 0,2 Prozent zustande, während bei „Flüchtlinge" kein einziger der Befragten an die Vertriebenenverbände dachte und nur 2 Prozent bei „Vertriebene" deren Verbände in den Sinn kamen.[335] Die Mehrheit der Bevölkerung – einschließlich der älteren Generation – steht den Vertriebenenverbänden weitgehend neutral gegenüber. Aus Sicht der Vertriebenen ist interessant, dass zwar eine große Mehrheit von 63 Prozent und damit deutlich mehr als die gesamte Bevölkerung (44 Prozent) den Verbänden zuschreibt, wichtig für die Pflege von Traditionen und Brauchtum zu sein. In der Einschätzung des politischen Einflusses unterscheiden sich die Einschätzungen der Vertriebenen dahingegen kaum von der Gesamtbevölkerung: 33 Prozent der Vertriebenen (31 Prozent der Gesamtbevölkerung) sprechen den Vertriebenenverbänden hier zu, kaum noch politischen Einfluss zu haben.[336] In der Auswertung der Studie wird daher der Schluss gezogen, dass

> „die Vertriebenenverbände selbst von denen, die sie vertreten, heute weniger als eine notwendige politische Interessenvertretung angesehen werden, sondern eher als Organisationen, die dazu beitragen, an die alte Heimat zu erinnern und ihre Traditionen zu bewahren."[337]

Diese Tendenz schränkt die potenzielle Mobilisierungsfähigkeit des Verbandes für politische Themen ein. Darüber hinaus werden die Vertriebenenverbände von den Vertriebenen selbst noch mehr als von der Gesamtbevölkerung als überaltert wahrgenommen. So gaben 55 Prozent der Vertriebenen (50 Prozent der Gesamtbevölkerung) an: „Die Mitglieder sind fast alles alte Leute, da gibt es kaum noch jüngere".[338]

Ein weiteres Anzeichen für die Homogenität und Bindung innerhalb der Gruppe der Vertriebenen und insbesondere der Sudetendeutschen ist im Hinblick auf den Alleinvertretungsanspruch, explizit für die jeweilige soziale Gruppe zu sprechen, die Zustimmung der Mitglieder der Gruppe zur Position ihres Verbandes. Bereits 1972 ergaben zwei unabhängig voneinander im Auftrag des ZDF durchgeführte Repräsentativumfragen (Allensbach, Infas), dass die Vertriebenen der Ostpolitik der damaligen Bundesregierung merklich positiver gegenüberstanden als ihre Verbände. So rechneten sie nicht nur zu einem überwiegenden Teil kaum mehr damit, dass ihre Heimat jemals wieder zu einem deutschen Staat gehören werde und die heimatpolitischen Ziele der Vertriebenenverbände umsetzbar seien (Allensbach: 77 Prozent, Infas: 72 Prozent). Weniger als die Hälfte der Vertriebenen

[335] Vgl. *Petersen*, 2005, S. 52.
[336] Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7036, Dezember 2002.
[337] Ebd.
[338] Die Antwort wurde aus einer Listenvorlage zur Frage „Hier ist einmal einiges aufgeschrieben, was uns andere über die Vertriebenenverbände gesagt haben. Was davon würden Sie auch sagen?" mit Abstand am häufigsten ausgewählt, Vgl. *Petersen*, 2005, S. 56.

gab zudem an, dass die Vertriebenenverbände bzw. die Landsmannschaften ihre Interessen vertreten (Allensbach: 44 Prozent, Infas: 46 Prozent). Noch geringer fiel die Zustimmung zu den politischen Aussagen der Sprecher der Vertriebenenverbände aus: Lediglich 39 Prozent (Allensbach) bzw. 36 Prozent (Infas) zeigten sich damit zufrieden, was die Sprecher zu politischen Fragen sagten.[339]

Explizit auf die Sudetendeutschen ausgerichtet brachte die Emnid-Umfrage 1996 unter 400 repräsentativ ausgewählten Sudetendeutschen und ihren Nachkommen in Bayern das Ergebnis, dass sich nur 28 Prozent der Sudetendeutschen von der Sudetendeutschen Landsmannschaft vertreten fühlen, sich 75 Prozent der Befragten von Entschädigungsforderungen distanzieren und 85 Prozent Bereitschaft zeigen, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen.[340] Die 1997 durchgeführte Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie weist in eine vergleichbare Richtung.

Tabelle 19: Verständnis der Sudetendeutschen für die Positionierung der Landsmannschaft

Frage: „Viele Sudetendeutsche fordern ja, dass ihnen der nach 1945 enteignete Besitz wieder zurückgegeben wird. Haben Sie dafür Verständnis oder nicht?"
Falls: „Ja, Verständnis": „Meinen Sie, die Sudetendeutschen sollten aus politischen Gründen trotzdem auf ihre Ansprüche verzichten, oder meinen Sie das nicht?" (Antworten von je 100 Befragten)

	Bevölkerung insgesamt	**Selbst oder in der Familie Sudetendeutscher**	**Kein Sudetendeutscher in der Familie**
Ja, habe Verständnis	44	56	41
Sie sollten			
• **verzichten**	14	18	13
• **nicht verzichten**	22	29	20
• **unentschieden**	8	9	8
Nein, habe kein Verständnis	12	10	13
Unentschieden	13	11	14
Gesamt	100	100	100

Quelle. Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5132/05, April/Mai 1997, nach: *Köcher*, 1997, S. 5.

Sie ergab, dass nur 56 Prozent der Sudetendeutschen für die Forderungen der Landsmannschaft Verständnis aufbringen. Ein noch geringerer Anteil von 29 Prozent der Sudetendeutschen oder von Familienmitgliedern der Sudetendeutschen vertritt darüber hinaus die Auffassung, dass die Ansprüche und Positionen beibehalten werden sollten. In der Gesamtsicht bedeutet dies, dass ein Drittel der Sudetendeutschen keinerlei Verständnis für die Forderungen der Verbandsführung aufbringt, während weitere 18 Prozent zwar zu einem gewissen Maß beipflichten, aber aus politischen Gründen für den Verzicht plädieren. Die geringe Zustimmung zu den Zielsetzungen des Verbandes, die am Beispiel der Entschädigungs- bzw. Rückforderungen verdeutlicht werden konnte, zeigt, dass die Mobilisierungsfähigkeit des Verbandes selbst weit geringer ausfällt, als die absolute Zahl an Gruppenmitgliedern erwarten ließ.

[339] Vgl. Fränkischer Tag, 14.02.1972, S. 2.
[340] Emnid-Umfrage im Auftrag des SPIEGEL 1996; Der SPIEGEL, 21/1996, S. 32 ff.

Die ausgeprägten Unterschiede zwischen den verschiedenen Generationen von Vertriebenen sowohl hinsichtlich ihrer Selbsteinschätzung als auch ihrer Wertvorstellungen und Einstellungen belegen die im Zeitverlauf immer stärker fortschreitende Integration in die Gesellschaft. Die Anzahl derer, die sich selbst als Vertriebene oder Sudetendeutsche einordnen, sich in Zuordnung zur Gruppe auch in ihren Vorstellungen von den nicht Vertriebenen abgrenzen und den Vertriebenenverband bzw. die Sudetendeutsche Landsmannschaft als politische Interessenvertretung wahrnehmen und dessen Zielsetzungen gut heißen, kann daher bei eindeutig abnehmender Tendenz als deutlich geringer als die in Abschnitt 5.2. vorgestellten Zahlen eingeordnet werden.

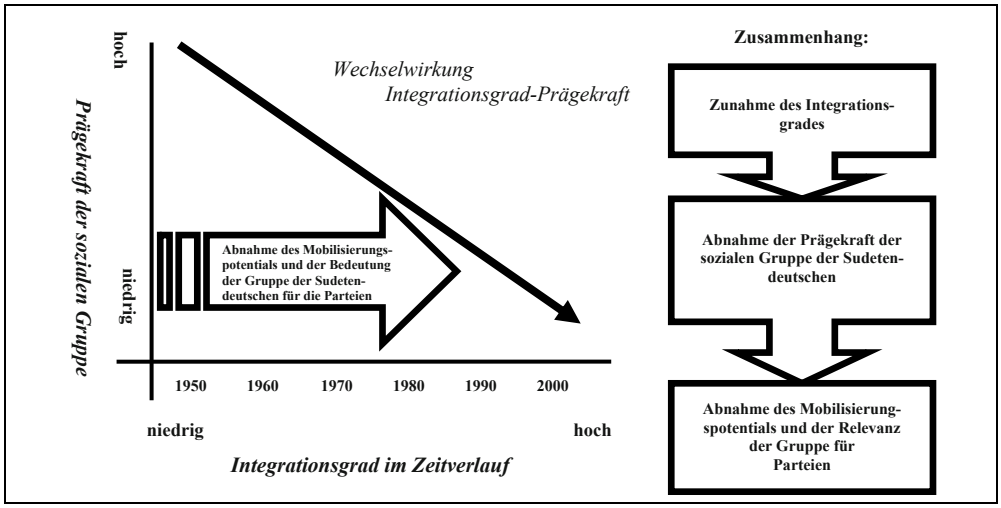
5.4 Zwischenfazit

Die Analyse der qualitativen sowie quantitativen Dimensionen als unabhängige Variablen zur Entwicklung der Bedeutung einer sozialen Gruppe für eine Partei stellt sich in einer abschließenden Betrachtung nur auf den ersten Blick als widersprüchlich dar: Quantitativ betrachtet ergibt sich eine auf dem Papier gestiegene Zahl an Mitgliedern der Gruppe. Mehrere Gründe sprechen jedoch dagegen, daraus eine Persistenz oder gar Bedeutungsgewinn der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen zu schließen. Zum einen konnte festgestellt werden, dass die grundsätzliche Einordnung als „Volksgruppe“ sowie die Zuordnung zur Gruppe nicht eindeutig erfolgen kann und die reale Gruppengröße generell schwer feststellbar ist. Da sowohl der Verband selbst als auch die staatliche Seite ein relativ weit gefasstes Raster dafür anlegen, wer als Vertriebener oder Sudetendeutscher zu bezeichnen ist bzw. das für sich tun darf, bewegen sich alle Angaben von Beginn an am oberen Ende des möglichen Spektrums. Seit den 1970er Jahren werden die Zahlen zunehmend unschärfer und schwerer feststellbar. Die unabhängige Variable des Mobilisierungspotenzials und der tatsächlich mobilisierbaren potenziellen Gruppenmitglieder erscheint damit als im Zeitverlauf immer diffiziler fassbare und detailliert abschätzbare Größe.

Der Stellenwert der sozialen Gruppe für die Partei kann nur im Zusammenhang mit der zweiten unabhängigen Variablen – der Prägekraft der Gruppenmitgliedschaft – eruiert werden. Hier ließ sich bei schwierigen Ausgangsbedingungen für die jüngeren Generationen ein positiver Verlauf der Integration in die bayerische Gesellschaft konstatieren. Konkret kann bereits ab den 1960er und in noch höherem Grad ab den 1970er Jahren von einer weitgehenden Integration der Sudetendeutschen gesprochen werden. Ab den 1980er Jahren wird der Integrationsprozess als vollständig abgeschlossen betrachtet. Dies muss zwar nicht automatisch die vollständige Auflösung oder einen vollkommenden Bedeutungsverlust der sozialen Gruppe der Vertriebenen mit sich bringen. Die Prägekraft der Eigenschaft als „Vertriebener“ bzw. „Sudetendeutscher“ nimmt aber mit zunehmender Integration in all seinen Facetten (Assimilation, Akkulturation) und der nicht zu vernachlässigenden Wirkung des zunehmenden temporären Abstands zu den Vertreibungsereignissen ab. Dies bestätigen auch die Selbsteinschätzung sowie die Einstellungen der Vertriebenen, die weder eine ausgeprägte Vertriebenenidentität aufweisen noch sich in den jüngeren Generationen von der Gesamtbevölkerung unterscheiden. Die echte Anzahl derjenigen, die sich aktiv als Sudetendeutsche und Angehörige der sozialen bzw. Volksgruppe fühlen und damit als potenziell mobilisierbar einzuordnen sind, nimmt im Zeitverlauf zu-

nehmend und äquivalent zur voranschreitenden erfolgreichen Integration beständig ab. Sie liegt daher weit unter der Zahl, die eine Fortschreibung von Zahlen auf der Grundlage weit angelegter Zugehörigkeitskriterien auf den ersten Blick erwarten ließe.

Abbildung 26: Korrelation zwischen Integrationsgrad, Prägekraft der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen und Bedeutung für eine Partei



Der unabhängigen Variablen der Prägekraft bzw. der Mobilisierungsfähigkeit kommt damit im vorliegenden Fall die entscheidende Bedeutung zu. Diese kann im vorliegenden Fall von Migration und Zuwanderung in eine Gesellschaft vergleichbar zum Kriterium des Organisationsgrads als Anhaltspunkt für die Stärke eines Verbandes gesehen werden. Dabei gilt: Je stärker die Integration der Gruppe voranschreitet, desto geringer kann deren Prägekraft eingeschätzt werden.

Auch wenn die Entwicklung der absoluten Zahlen der Gruppe vor allem hinsichtlich ihrer Außenwahrnehmung eine gewisse Rolle spielen, so kann am Grad der Integration die Entwicklung der Bedeutung der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen für eine Partei abgelesen werden, da Integrationsgrad auf der einen und Prägekraft sowie Relevanz der sozialen Gruppe auf der anderen Seite in einem direkten negativen Zusammenhang stehen. Zieht man die erfolgreiche Integration der Sudetendeutschen in Bayern ab den 1960er/1970er Jahren heran, so kann ab diesem Zeitpunkt und noch stärker in den folgenden Jahrzehnten in direkter negativer Korrelation von einer immer geringeren Bedeutung der Sudetendeutschen als Bezugsgruppe für politische Parteien gesprochen werden.

6 Entwicklungslinien der Interessenkoalition zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft

Im folgenden Abschnitt soll das Policy-Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft in einem Überblick aufgearbeitet werden, der neben dem bundespolitischen Kontext und dem breiteren Rahmen der Verbindungen zwischen Union und Vertriebenen die Entstehung sowie die Entwicklungslinien der Koalition im Zusammenhang darstellt, bevor in den nächsten Schritten der empirischen Analyse eine detaillierte Netzwerkanalyse und konkrete Fallstudien erfolgen können. Im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen daher zunächst grundlegende Fragen: Wieso und auf welche Weise hat sich die Verbindung zwischen beiden Organisationen entwickelt? Können bestimmte Entwicklungsphasen identifiziert und voneinander abgegrenzt werden?

6.1 Die Vertriebenenverbände als umworbene Akteure in der Nachkriegszeit

Die Entwicklung der Verbindung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft ist im historischen bundespolitischen Kontext zu sehen. Die erste Bundesregierung sah sich in den 1950er Jahren nicht nur mit der Aufgabe des Wiederaufbaus eines zerstörten und zudem zu diesem Zeitpunkt noch nicht souveränen Staates konfrontiert. Zusätzlich dazu mussten in den drei westlichen Besatzungszonen mehr als elf Millionen Flüchtlinge und Vertriebene überwiegend aus den deutschen Ostgebieten aufgenommen werden, deren Zahl sich in den folgenden Jahren noch weiter erhöhen sollte.[341] Diese Gruppe stellte mit über 16 Prozent der Bevölkerung ein bedeutendes Wählerpotenzial in der sich neu formierenden Parteienlandschaft dar. Deshalb engagierten sich sowohl SPD, FDP und CDU/CSU für die Interessen der Vertriebenen, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Die Gründe dafür sind zum einen im generellen Bewusstsein der Notwendigkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der desolaten Situation der Vertriebenen zu finden. Zum anderen sollte eine Radikalisierung dieser bedeutenden sozialen Gruppe durch aktive parteipolitische Integration vermieden werden; eine Zielsetzung, welche auch die US-amerikanische Militärregierung vorgab. Hauptmotivation waren jedoch mit Blick auf die Größe der Vertriebenengruppen wahltaktische Überlegungen, wie beispielsweise ein unmissverständlicher, warnender Aktenvermerk der CDU-Bundesgeschäftsstelle im Vorfeld der Bundestagswahlen 1953 verdeutlicht:

> „Die Vertriebenen und Flüchtlinge werden in der Führung des Wahlkampfes zu den Bundestagswahlen eine nicht unbeachtliche Stellung einnehmen. Ihre politische Haltung wird von der Förderung und Hilfe abhängen, die ihnen von Seiten der Parteien zuteil geworden ist, die sie glauben erwarten zu dürfen.“[342]

---

[341] *Grosser*, 1998, S. 41; vgl. *Reichling*, 1986; *Reichling* 1989.
[342] Vermerk vom 6. Januar 1953, ACDP 07-004-049/4, zitiert nach: *Stickler*, 2004, S. 209.

Darüber hinaus sollte die Entstehung von eigenständigen Klientel- und Interessenparteien der Vertriebenen verhindert oder bereits bestehende wie der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten/Gesamtdeutscher Bund (BHE/GB) geschwächt werden.[343]

Die Vertriebenen und Flüchtlinge hatten noch vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 begonnen, sich trotz starker Einschränkungen durch die Besatzungsmächte zu organisieren.[344] Die Sudetendeutschen mit ihrer starken Bündelung in Bayern hatten dabei den Vorteil, dass in den amerikanischen und britischen Besatzungszonen vergleichsweise wenig restriktiv vorgegangen wurde, sodass sich bis 1950 eine Vielzahl von Vertriebenenorganisationen bilden konnte.[345] Mit einer Einschränkung mussten die Vertriebenen im Bayern der Nachkriegszeit dennoch zurechtkommen: So hatte die US-Militärregierung im Juni 1946 zunächst die Bildung von expliziten Flüchtlingsparteien verboten und stattdessen eine Orientierung an den bestehenden Parteien empfohlen, um der Radikalisierung vorzubeugen und den Integrationsprozess der Vertriebenen zu beschleunigen.[346] Die Folge war, dass sich die Vertriebenenverbände im politischen Prozess zumindest bis zur Gründung des BHE/GB 1950 auf die bereits existierenden Parteien konzentrieren mussten. Zwei unterschiedliche organisatorische Kräfte erlangten in Vertriebenenkreisen besonderen Einfluss: zum einen der Zentralverband vertriebener Deutscher (ZvD), der sich 1954 in Bund der vertriebenen Deutschen (BvD) umbenannte und sich aus den Verbänden in den einzelnen Bundesländern zusammensetzte. In der Mitte der 1950er Jahre wies er etwa 1,7 Millionen Mitglieder auf.[347]

Als bekannteste Organisationsform kristallisierten sich zum anderen die Landsmannschaften wie die Sudetendeutsche Landsmannschaft heraus, welche sich in ihrer Mitgliederstruktur an den ursprünglichen Heimatgebieten orientieren und neben den Zentralverbänden eine zweite organisatorische Kraft darstellen. Der Verband Ostdeutscher Landsmannschaften bzw. Verband deutscher Landsmannschaften VOL/VdL kam nach eigenen Angaben auf insgesamt etwa 1,3 Millionen Mitglieder.[348] 1957 schlossen sich beide Organisationen zum Zentralverband Bund der Vertriebenen (BdV) zusammen, der die einzelnen Landesverbände und Landsmannschaften bis heute unter einem Dach vereint.[349] Die innenpolitische Bedeutung aller Vertriebenenverbände beruhte zu einem Gutteil darauf, dass ihr Anspruch, für alle Vertriebenen zu sprechen und Repräsentanten der sozialen Gruppe der Vertriebenen zu sein, von der Öffentlichkeit und den politischen Parteien akzeptiert wurde. Vor diesem Hintergrund eröffneten sich den Verbänden aufgrund des enormen wahltaktischen Gewichtes Möglichkeiten, um auf die Politik Einfluss zu nehmen

---

[343] Einen guten Überblick über die Entwicklung der Vertriebenenverbände und die Wechselwirkung mit den Parteien bietet neben *Matthias Stickler*: *Ahonen*, 2003.

[344] Vgl. *Flechtheim*, Ossip, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945: Erster Band, Berlin 1962, S. 108 ff.

[345] Vgl. *Bauer*, 1982, S. 269 ff.

[346] *Martin*, Hans-Werner, „…nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden." Wenzel Jaksch und die Integration der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die SPD nach dem II. Weltkrieg (1945-1949), Frankfurt a.M 1996., S. 14 f.

[347] Aus: *Boehm*, Max Hildebert, Gruppenbildung und Organisationswesen, in: *Lomberg*, Eugen und *Eddings*, Friedrich (Hrsg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland: Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, Kiel 1959, S. 521-605, S. 579 f.

[348] Aus: *Imhof*, Michael, Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland, Marburg 1975, S. 318.

[349] Vgl. *Salzborn*, Samuel, Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin 1999, S. 82 f.

und ihre Forderungen stellvertretend für die Vertriebenen zu artikulieren. Dabei richteten sich die Vertriebenenverbände zu diesem Zeitpunkt an alle Parteien.[350]

Die Zielsetzungen der Vertriebenenorganisationen lassen sich grundlegend in eine innen- und eine außenpolitische Dimension aufteilen. In den ersten Jahren ihres Bestehens dominierten innerverbandliche und innenpolitische Problemstellungen wie die Konsolidierung der eigenen Strukturen sowie die Bewältigung der Integration in die westdeutsche Gesellschaft. Finanzielle und integrationspolitische Forderungen standen daher naturgemäß in dieser Phase im Vordergrund der Vertriebenenpolitik.[351] Diese Vorgaben wurden mit der Durchsetzung gesetzlicher Regelungen wie vor allem dem Bundesvertriebenen- und Lastenausgleichsgesetz, der verbesserten Wohnraumsituation sowie der fortschreitenden sozialen und wirtschaftlichen Integration im Verlauf der 1950er Jahre zum Großteil erreicht, sodass sich der Schwerpunkt folglich stärker auf außenpolitische Zielsetzungen verlagerte.[352] Hier spielen die Landsmannschaften und unter diesen insbesondere die Sudetendeutsche Landsmannschaft eine bedeutende Rolle, da sie als „heimatpolitische“[353] Organisationsformen einen besonderen internationalen Bezug aufweisen: „Das starke Hervortreten der außenpolitischen Problematik ließ die politische Führung der Vertriebenen immer mehr auf die Landsmannschaften übergehen.“[354]

Im Mittelpunkt der außenpolitischen Forderungen der Landsmannschaften stand vor allem die Rückkehr in ihre Heimatgebiete, welche im Recht auf Heimat, das sich gegen die Anerkennung der europäischen Nachkriegsordnung, das Potsdamer Abkommen und damit den Verlust von ehemaligen Gebieten des Deutschen Reiches wandte, formuliert wurde. Diese politischen Willenserklärungen, der sich alle Vertriebenenverbände anschlossen, wurden bereits 1950 in der „Charta der heimatvertriebenen Deutschen“ in Stuttgart verkündet.[355] Seine Verbundenheit und Verantwortung für die Vertriebenen erklärte der Deutsche Bundestag ebenfalls 1950 in der sogenannten Obhutserklärung „gegen die Preisgabe des Heimatrechts der in die Obhut der deutschen Bundesrepublik gegebenen Deutschen aus der Tschechoslowakei“,[356] die alle Parteien bis auf die KPD unterstützten. Bereits im Verlauf des folgenden Jahrzehnts kristallisierte sich die begrenzte Realisierbarkeit der außenpolitischen Forderungen der Vertriebenenverbände und der Landsmannschaften heraus, weil sich nicht nur die Teilung Deutschlands, sondern auch die Blockkonfrontation zwischen den Einflussbereichen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten mit der Entstehung von fest gefügten militärischen Bündnissen (NATO 1949, Warschauer

---

[350] *Ahonen*, 2003, S. 50.
[351] Vgl. *Salzborn*, 2001, S. 54.
[352] Vgl. dazu: *Wiegand*, Lutz, Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1985, Frankfurt a.M. 1992; *Wambach*, Manfred Max, Verbändestaat und Parteioligopol: Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände, Stuttgart 1971, S. 41 ff; *Schillinger*, Reinhold, Der Entscheidungsprozess beim Lastenausgleich 1945-1952, St. Katharinen 1985.
[353] Bund der Vertriebenen (Hrsg.), Handbuch, Bonn 1989.
[354] *Wambach*, 1971, S. 44.
[355] Bund der Vertriebenen (Hrsg.), Charta der deutschen Heimatvertriebenen gegeben zu Stuttgart am 5. August 1950 (Faltschrift), Bonn 1950; vgl. *Kuhr*, Holger, „Geist, Volkstum und Heimatrecht“ – 50 Jahre „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und die eth(n)isch orientierte deutsche Außenpolitik, Hamburg 2000.
[356] Diese wurde in Reaktion auf das im Mai 1950 geschlossene sogenannte Prager Abkommen zwischen der DDR und der Tschechoslowakei abgegeben, in der diese erklärten, keine gegenseitigen Gebietsansprüche zu haben und in der die Vertreibung der Sudetendeutschen als unabänderlich und gerecht bezeichnet wurde. Die Erklärung des Bundestages wandte sich explizit gegen die Vgl. Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 75. Sitzung, 14.7.1950, S. 2688 ff..

Pakt 1955) etabliert hatten und damit im internationalen Kontext eigenständiges Handeln kaum möglich war. Wollten die Vertriebenen außenpolitisch agieren, war daher Zusammenarbeit mit den Parteien unabdingbar.[357]

Für die Union war die Annäherung an die Vertriebenen und die Zusammenarbeit mit ihren Verbänden zusätzlich zum Wahlkalkül auch deshalb opportun, weil ihre außenpolitischen Forderungen weitgehend korrelierten und sie sich daher Unterstützung für die in der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu diesem Zeitpunkt keineswegs unumstrittene Westintegration und -bindung sowie bei der Eindämmung des Kommunismus erhoffen konnten. Indem die Vertriebenenverbände bzw. ihre Vertreter in die Parteien und die Ministerien einbezogen sowie finanziell von staatlicher Seite unterstützt wurden, sollten sie gleichermaßen gemäßigt und kontrolliert werden. Die durchaus erfolgreiche innenpolitische lobbyistische Aktivität der Vertriebenenverbände stellte „indes keine Einbahnstraße“[358] dar. Daher lassen sich mehrere parallel ablaufende Entwicklungen beobachten: Einerseits unterstützte die CDU/CSU Forderungen der Vertriebenen in Bundestagsresolutionen oder in Auftritten bei Vertriebenen-Veranstaltungen wie beispielsweise dem Sudetendeutschen Tag. Andererseits wollten die Parteien eine zu enge Bindung vermeiden und legten – insbesondere Bundeskanzler *Konrad Adenauer* (CDU) – Wert darauf, dass deren Einfluss in höchsten Ebenen nicht zu ausgeprägt wurde, um eine Einschränkung der außenpolitischen Handlungsfreiheit der Regierung durch zu starke Orientierung an den Positionen der Vertriebenen zu verhindern.[359] Dies wird dadurch dokumentiert, dass den Vertriebenenvertretern trotz hohem Repräsentationsgrad im Deutschen Bundestag der Zugang zu den höchsten politischen Führungs- und Machtzirkeln zumeist verwehrt blieb, was diese auch häufig bemängelten. So wurden Vertriebene in den von der Union geführten Bundesregierungen zwar durchgehend bei allen Kabinettsbildungen berücksichtigt. Die Leitung klassischer Ressorts wurde ihnen allerdings nur selten übertragen, während politisch unbedeutendere Häuser wie das Vertriebenen- oder das Gesamtdeutsche Ministerium relativ häufig von ihnen besetzt wurden. Trotzdem konnten die Vertriebenen in den Bundesbehörden und innerhalb dieser besonders stark in der Beamtenschaft eine nach quantitativen Kriterien sogar überproportionale Repräsentation erreichen, welche sich auch im Zeitverlauf nur geringfügig abschwächte.[360]

In bestimmten Teilen des Regierungsapparates – vor allem auf den mittleren Ebenen des Außenministeriums, des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen und des Vertriebenenministeriums entwickelte sich zudem eine ausgeprägte Verflechtung und Institutionalisierung der Beziehungen von Funktionären der Vertriebenenverbände und der Ministerialverwaltung sowie der Regierungsparteien CDU und CSU.[361] Diese von der

---

[357] Vgl. *Salzborn*, Samuel, Geteilte Erinnerung. Die deutsch-tschechischen Beziehungen und die sudetendeutsche Vergangenheit, Frankfurt a.M. 2008, S. 81 f.
[358] *Stickler*, 2004, S. 204.
[359] Vgl. *Kittel*, Manfred, Vertreibung der Vertriebenen?, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 2007, S, S. 77.
[360] Eine aufgrund einer parlamentarischen Anfrage 1950 einmalig vorgenommene Untersuchung offenbarte einen vor allem im Bundesvertriebenen-, aber auch in einem Großteil der anderen Ministerien, weit überdurchschnittlichen Anteil von Vertriebenen, vgl. *Beer*, Mathias, Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa und die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik. Ein Problemaufriß, in: *Schulz*, Günther (Hrsg.), Vertriebene Eliten, Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 199-227.
[361] *Ahonen*, 2003, S. 99.

Union durchaus beabsichtigte personelle Verwebung unterhalb der höchsten Ebenen diente wiederum dazu, die Führungsspitzen der Vertriebenenverbände zu kontrollieren.

Tabelle 20: Prozentualer Anteil von Vertriebenen in den Bundesbehörden 1952 bis 1966

	Beamte	Angestellte	Arbeiter	Durchschnitt
1952	31,25	23,8	10,0	**24,7**
1955	30,6	22,2	13,0	**25,0**
1960	26,6	22,4	24,6	**24,5**
1963	26,5	22,4	22,3	**23,5**
1966	24,0	21,0	21,7	**22,1**

Quelle: *Stickler*, 2004, S. 202; zu den absoluten Zahlen vgl. *Reichling*, 1989, S. 86.

Trotz dieser Nähe sowie personellen Verknüpfung von CDU/CSU und den Vertriebenenverbänden kann in den 1950er Jahren mitnichten von einer ausschließlichen Interessenkoalition zwischen beiden Akteuren bzw. Akteursgruppen gesprochen werden. Auch die anderen bundespolitisch bedeutsamen Parteien FDP und SPD bemühten sich erfolgreich um Wählerstimmen der Vertriebenen. So wiesen beispielsweise bald alle Parteiprogramme die zentralen Forderungen der Vertriebenen wie das Heimatrecht und die Ablehnung der Oder-Neiße-Linie auf, sodass die „vertriebenenpolitischen Unterschiede zwischen CDU/CSU, SPD und FDP […] zumindest bis 1969 eher gradueller Natur“[362] waren. Die Erfolge der Vertriebenenpartei GB/BHE in den 1950er Jahren erhöhten die Aufmerksamkeit in der Union, weil eine dauerhafte Koalition des BHE mit der SPD befürchtet und die Sozialdemokratie zunehmend als „vertriebenenpolitischer Konkurrent“[363] wahrgenommen wurde.[364] Diese Annahme war nicht unbegründet, da zwischen SPD und Vertriebenen bis in die 1960er Jahre eine enge Beziehung gepflegt wurde, wie personelle Verflechtungen veranschaulichen: So kamen beispielsweise die BdV-Vorsitzenden *Wenzel Jaksch* (1964-1966) und *Reinhold Rehs* (1967-1970) aus der SPD.[365] Auf Herausforderungen durch die Sozialdemokratie, die beispielsweise 1959 mit ihrer parteipolitischen Umgestaltung im Godesberger Programm auch die Vertriebenen stärker anzusprechen versuchte, reagierten die Unionsparteien ihrerseits jeweils wieder mit verstärkter Annäherung an die Vertriebenen. Anhand verschiedener Maßnahmen wie dem erwähnten Lastenausgleich, dem Bundesvertriebenengesetz und Zuwendungen für vertriebene Beamte konnte die unionsgeführte Bundesregierung öffentlichkeitswirksam darauf verweisen, den Interessen der Vertriebenen weitgehend entgegengekommen zu sein. Parallel dazu verstärkten sowohl CDU als auch die CSU die Institutionalisierung ihrer Beziehungen zu den Vertriebenen. Mit der Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten, dem Bundesvertriebenenausschuss des CDU-Vorstandes, der Union der Vertriebenen der CSU (vormals Union der Ausgewiesenen), der Etablierung von Vertriebenenreferaten oder des CDU-Landesverbandes Oder-Neiße versuchte die Union schrittweise den Austausch mit den

[362] *Kittel*, 2007, S. 73.
[363] *Stickler*, 2004, S. 222.
[364] Vgl. *Naumann*, Franz, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960. Ein Beispiel zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei, Meisenheim a. Glan 1968.
[365] *Kittel*, 2007, S. 76.

Vertriebenen zu verbessern.[366] Diese „institutionalized forms of interaction“[367] zwischen der Regierung, den Regierungsparteien CDU und CSU sowie den Vertriebenenverbänden blieben auch in den Folgejahren erhalten und bildeten die Grundlage für eine spätere Vertiefung der Beziehungen.

Sondersituation in Bayern

In Bayern trafen zwei Sondersituationen aufeinander. So hatte sich die CSU als Regionalpartei mit bundespolitischem Anspruch innerhalb der Union ihre Eigenständigkeit bewahrt. Zudem war im Freistaat die Mehrzahl der Sudetendeutschen als größter Vertriebenengruppe in Deutschland beheimatet.[368] Über eine Million der insgesamt 1.918 Millionen Sudetendeutsche wurde in Bayern aufgenommen. Die Ausgangslage zur Organisation ihrer Interessen war daher trotz der widrigen Umstände aufgrund ihrer Größe, Homogenität und der vergleichsweise wenig restriktiven Vorgehensweise der US-Militärregierung günstiger als in anderen Bundesländern.[369] Die 1950 gegründete Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) mit Sitz in München konnte mit 350.000 Mitgliedern rasch einen hohen Organisationsgrad aufweisen.[370] Unter allen Vertriebenenverbänden konnte sie die höchste Aktivität entfalten, welche sich zu diesem Zeitpunkt vor allem auf finanziellen Rückhalt durch Spenden zurückführen lässt. So konnte die SL in zahlreichen Publikationen und bei gut besuchten, öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen wie dem Sudetendeutschen Tag ihre Anliegen nachdrücklich vertreten. Damit bewahrte die Sudetendeutsche Landsmannschaft im Unterschied zu anderen Verbänden lange Zeit relativ große Unabhängigkeit gegenüber den Parteien und staatlichen Institutionen. Dies verstärkte die Überzeugung in der CSU, dass auf die Sudetendeutschen verstärkt eingegangen werden müsse,

> „(...)because the expellee and refugee sector was now going to be especially important in the extraordinarily hard electoral campaigns of the future, the Union would have to intensifiy its attention to this voter reservoir in order to remain victorious.“[371]

Dennoch kann bis Mitte der 1960er Jahren noch nicht von einem speziellen Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft ausgegangen werden. Bezeichnend dafür sind die Wahlerfolge der Vertriebenenpartei GB/BHE bei den bayerischen Landtags- und Bundestagswahlen in den 1950er Jahren und die Anfangserfolge der Wirtschaftlichen Aufbau-Vereinigung (WAV). Das Reservoir an Vertriebenenwählern, welches sich zuvor aufgrund des alliierten Koalitionsverbotes den anderen Parteien und auch der Union zuwenden musste, wechselte nach dessen Gründung zügig zum BHE, der ihnen eine

---

[366] Vgl. *Ahonen*, S. 69.
[367] Ebd., S. 132.
[368] Zur Vertreibung und Integration der Sudetendeutschen siehe: *Pscheidt*, Edgar, Zur Integration der Sudetendeutschen in Bayern, in: *Heumos*, Peter (Hrsg.), Heimat und Exil. Emigration und Rückwanderung, Vertreibung und Integration in der Geschichte der Tschechoslowakei, München 2001, S. 199-222.
[369] Vgl. *Reichling*, 1989, S. 30. Auf eine Darstellung der Entwicklung der Gesinnungsgemeinschaften – der christlichen Ackermann-Gemeinde, der sozialdemokratischen Seliger-Gemeinde sowie dem national-konservativen Witikobund wird verzichtet, da diese vor allem für die Binnenentwicklung der Sudetendeutschen Landsmannschaft von Bedeutung waren, in der vorliegenden Studie jedoch die Entwicklung des Verbandes im Zusammenhang mit den weiteren Vertriebenenverbänden sowie der deutschen Parteienlandschaft im Vordergrund stehen soll.
[370] Vgl. *Wambach*, S. 55 f.
[371] *Ahonen*, 2003, S. 66.

wirkungsvollere Interessenvertretung versprach.[372] Selbst in Bayern war es im Parteienspektrum vor allem die SPD, die sich in den Anfangsjahren erfolgreich um die Vertriebenen bemühte. Dabei kamen ihr die Verbindungslinien zur sudetendeutschen Sozialdemokratie ebenso zugute wie ihre sozialpolitische Ausrichtung, wodurch sie die zu diesem Zeitpunkt zumindest in der Tendenz häufig schlechter gestellten Vertriebenen effektiver ansprechen konnte als die Union oder gar die wirtschaftsliberale FDP. So war es noch in den 1950er Jahren die SPD, welche die CSU für Versäumnisse in der Flüchtlingsproblematik kritisierte und die Schirmherrschaft durch den Freistaat Bayern 1954 in die Wege leitete.[373] Während der sogenannten Viererkoalition, welche die CSU in die Oppositionsrolle drängte, wurden die Beziehungen zwischen SPD und Sudetendeutschen nochmals vertieft: Entsprechend führte der von 1954 bis 1957 amtierende sozialdemokratische Ministerpräsident *Wilhelm Hoegner* die Bezeichnung der Sudetendeutschen als „Vierter Stamm" Bayerns ein, die dann allerdings die CSU 1962 urkundlich bekräftigte.[374] Die SPD war es außerdem, die im Januar 1961 als erste Partei eine Erklärung veröffentlichte, in der sie die Vertreibung als Unrecht verurteilte und Unterstützung für die Verwirklichung der Rückkehr formulierte. Die CSU zog einige Monate, CDU und FDP gar erst über drei Jahre später mit vergleichbaren Aussagen nach.[375] Noch zu Beginn der 1960er Jahre war daher auch statistisch eine höhere Zustimmung unter den Sudetendeutschen zur SPD als zur CSU feststellbar, wie eine Umfrage 1962 bestätigt.[376] Auch hinsichtlich ihrer Mitgliederstruktur waren die CDU und noch mehr die CSU, die sich zudem noch in Konkurrenzsituation zur Bayernpartei befand, vornehmlich Parteien der Einheimischen, in denen die Neubürger massiv unterrepräsentiert waren.[377] Bezeichnend ist dabei, dass in Bayern im Gegensatz zum Bund und den restlichen Bundesländern kein eigenes Vertriebenenministerium eingerichtet wurde.

Während die CDU in der ersten Hälfte der 1960er Jahre viel an Sympathie bei den Vertriebenen verspielte, da die Abfolge wahlstrategischer Zuwendung vor Bundestagswahlen und wenig Rücksichtnahme nach den Wahlen zu augenfällig wurde, schaffte es die CSU mittlerweile deutlich besser, ihre „heimatpolitische Zuverlässigkeit" für die Vertriebenen und die Sudetendeutschen unter Beweis zu stellen.[378] So legte sie zunehmend Wert darauf, ihr Verhältnis zur Sudetendeutschen Landsmannschaft zu verbessern und vor

---

[372] Vgl. *Frantzioch-Immenkeppel*, Marion, Die Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Flucht, Vertreibung, Aufnahme und Integration, in: APuZ, B 28/96, S. 3-20, S. 8 f; *Bösch*, Frank, Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei, Stuttgart 2001b, S. 287.

[373] Vgl. *Gelberg*, Karl-Ulrich, Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945-1978), in: *Spindler*, Max et al. (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Vierter Band. Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Erster Teilband. Staat und Politik, München 2003, S. 635-956, S. 753 f.

[374] Vgl. *Ohlbaum*, Rudolf, 1981, S. 45; dies belegt auch der Auftritt von SPD-Ministerpräsident *Wilhelm Hoegner* auf dem 6. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg 1955, vgl. *Hoegner*, Wilhelm, Der schwierige Außenseiter, München 1959, S. 332 f; *Habel*, Fritz Peter, Dokumente zur Sudetenfrage, München 2003, S. 747 ff.

[375] Vgl. *Habel*, 2003, S. 343 ff.

[376] Vgl. *Werner*, Emil, Im Dienst der Demokratie. Die bayerische Sozialdemokratie nach der Wiedergründung 1945, München 1982, S. 158.

[377] Vgl. *Kittel*, 2007, S. 78; *Bösch*, Frank, Die politische Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen und ihre Einbindung in die CDU, in: *Schulze*, Rainer (Hrsg.), Zwischen Heimat und Zuhause: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West)Deutschland 1945-2000, Osnabrück 2001a, S. 107-125; *Mintzel*, 1978, S. 207 ff.

[378] Vgl. *Stickler*, 2004, S. 218 ff.

allem Vertriebenenverbandsfunktionäre in ihre Parteistrukturen zu integrieren.[379] Der Sudetendeutschen Landsmannschaft kam sie mehrmals entgegen, wie ein Treffen zwischen dem Parteivorsitzenden *Franz-Josef Strauß*, weiteren führenden CSU-Funktionären und Vertretern der SL 1961 belegt, in welchem sie sich nicht nur offiziell zu den Zielsetzungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft wie dem Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes bekannten, sondern den Alleinvertretungsanspruch der Landsmannschaft akzeptierten und damit die Stellung des Verbandes stärkten.[380] Ein Auszug aus einer veröffentlichten gemeinsamen Erklärung von CSU und SL verdeutlicht die „Koalitionsaussage" der Christsozialen:

> „Die CSU anerkennt das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen und **sieht in der SL die legitime Vertretung der sudetendeutschen Volksgruppe** in der Vertreibung. Sie tritt für die Erhaltung der sudetendeutschen Volksgruppe als ethnische Gruppe ein und wertet sie als vierten Stamm Bayerns. Sie wird sich in der Bundesregierung für die Rechte der Sudetendeutschen einsetzen, auch bei einer etwaigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Tschechoslowakei. Sie wird sich weiterhin dafür verwenden, dass die Bundesrepublik über das Schicksal der Sudetendeutschen und ihrer Heimat stets nur im Einvernehmen mit ihnen verhandeln wird."[381]

Trotz dieser klaren Ansage wurde der Führungselite der SL weiterhin der Zugang zu allerhöchsten Parteifunktionen versagt. Als Steller der Bayerischen Staatsregierung nach dem Ende der Viererkoalition 1957 sowie in zunehmendem Maß nach dem Sieg bei den Landtagswahlen 1962 kristallisierte sich die CSU immer prägnanter als einzig erfolgversprechender politischer Ansprechpartner für die Sudetendeutschen heraus. Die Entwicklung eines besonderen Verhältnisses zwischen dem Freistaat Bayern und den Neubürgern machte sich vor allem positiv in der Beziehung zwischen Sudetendeutschen und der CSU bemerkbar.[382]

Die Voraussetzungen für die Vertriebenen in Bayern und im Besonderen für die Sudetendeutsche Landsmannschaft, ihren Interessen politisch Nachdruck zu verleihen, waren in der Gesamtschau mithin günstig: Sie stellten mehr als jeden fünften Einwohner in Bayern, waren gut organisiert, erhielten Zuspruch von allen großen Parteien und hatten in den 1950er Jahren mit der Interessenpartei GB/BHE eine weitere Option nicht nur auf Bundesebene, sondern auch im Bayerischen Landtag (Stimmenanteile: 12,3 Prozent (1950), 10,2 Prozent (1954) und 8,6 Prozent (1958).[383] Aufgrund dieser Kombination konnten die Sudetendeutschen bzw. die Sudetendeutsche Landsmannschaft auf die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen im Rahmen der beschränkten Handlungsmöglichkeiten des Ost-West-Konfliktes einwirken. So fanden beispielsweise auch durch den Widerstand

---

[379] Der Union der Vertriebenen UdV kam hier eine Brückenfunktion zwischen Vertriebenen und der CSU zu, vgl. *Blumenwitz*, Dieter, Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, in: *Haneke*, Burkhard, Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 342-361; Vgl. *Stickler*, 2004, S. 229.

[380] Den Alleinvertretungsanspruch vertrat die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Rückgriff auf ihre Satzung : „Die Organisation der sudetendeutschen Volksgruppe in der Vertreibung ist die Sudetendeutsche Landsmannschaft", Vgl. Sudetendeutsche Landsmannschaft (Hrsg.), Wer sind die Sudetendeutschen? (Faltblatt) München 1975.

[381] *Deutscher Ostdienst*, DOD, Jg. 3, Nr. 24 v. 12.06.1961, S. 7; Hervorhebung durch den Verfasser.

[382] Ausführlicher in: *Ohlbaum*, Rudolf, Bayerns vierter Stamm – die Sudetendeutschen. Herkunft. Neubeginn. Persönlichkeiten, München 1981, S. 44 f.

[383] *Neubach*, Helmut, Heimatvertriebene in den politischen Parteien, in: *Dahm*, Christof und *Tebarth*, Hans-Jakob, Die BRD und die Vertriebenen, Kulturstiftung der Vertriebenen, Bonn 2000, S. 37-66, S. 49 f.

der SL bis zum Ende der Ära von Bundeskanzler *Ludwig Erhard* 1966 keine formellen Regierungsbeziehungen mit der ČSSR statt, selbst wenn er mit dem Austausch von Handelsmissionen vorsichtige Versuche einer Annäherung an die mittelosteuropäischen Staaten inklusive der Tschechoslowakei unternahm und sich um eine Verbesserung der Beziehungen bemühte.[384] Aufgrund ihrer organisatorischen und zahlenmäßigen Stärke verstanden es die Vertriebenenverbände, ihre Anliegen wirksam in allen Parteien vorzubringen. Zwar waren CDU und CSU als langjährige Regierungsparteien der Bundesrepublik naturgemäß Ansprechpartner der Vertriebenen zur Verwirklichung von außenpolitischen Forderungen. Dennoch konnte sich die SPD durchaus erfolgreich um die Vertriebenen bemühen bzw. konnten im Umkehrschluss diese auch auf Unterstützung der Sozialdemokratie bauen. Während die CDU zu Beginn der 1960er Jahre zunehmend mit Schwierigkeiten im Verhältnis zu den Vertriebenen zu kämpfen hatte, koppelte sich die CSU in diesem Zeitraum von diesem Trend ab.

6.2 Die Neue Ostpolitik als „Motor" der christsozial-sudetendeutschen Annäherung

Die für die Vertriebenenverbände angenehme Situation, von allen Parteien berücksichtigt und umworben zu werden, änderte sich im Verlauf der 1960er und 1970er Jahre drastisch, da sich CDU/CSU, FDP sowie SPD sowohl in der Ausrichtung ihrer Ostpolitik als auch ihrer Positionierung zu den Vertriebenenverbänden auseinander bewegten und zudem die speziellen Interessenparteien der Vertriebenen wie der BHE an Relevanz verloren. Dessen Bedeutungsverlust steht in direktem Zusammenhang mit der fortschreitenden Integration der Vertriebenen: Je besser die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Eingliederung vorankam, desto weniger sahen die Vertriebenen selbst die unbedingte Notwendigkeit einer eigenständigen Interessenpartei.[385] Ergänzend verfolgte vor allem die CSU in den 1960er Jahren eine erfolgreiche Integrationsstrategie, bei der sie die Vertriebenen sowohl organisatorisch einband als auch Parteigrößen des BHE wie *Walter Becher* und *Herbert Prochazka* auf die Weise für sich gewann, dass sie ihnen sichere Listenplätze bei Bundestagswahlen gewährte. Indem sie einerseits die Interessen der Vertriebenen selbst aufgriff sowie andererseits profilierte Vertriebenenpolitiker abwarb konnte sich die CSU immer glaubwürdiger als das dominierende Sprachrohr der Vertriebenen bzw. vor allem der Sudetendeutschen etablieren und deren tendenziell konservatives Wählerpotenzial einbinden.[386] Während der CDU in der Mitte der 1960er Jahre eine eher nachlässige Mit-

[384] Vgl. *Kittel*, 2007, S. 78; *Lindemann*, Mechthild, Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten, in: *Blasius*, Rainer, Von Adenauer zu Erhard, Studien zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994, S. 45-96.

[385] Vgl. *Cordell*, Karl und *Wolff*, Stefan, Germany´s Foreign Policy towards Poland and the Czech Republic. Ostpolitik revisited, London/New York 2005, S. 86; Zur so genannten Friedensnote von Bundeskanzler *Erhard* an rund 100 ausländische Regierungen mit der Ankündigung, keine territorialen Ansprüche an die Tschechoslowakei zu haben und der Feststellung, dass *Hitler* das Münchner Abkommen 1938 „zerrissen" habe und den kurz darauf erfolgten Erklärungen und Beschwichtigungen an die Sudetendeutsche Landsmannschaft siehe: *Meissner*, Boris, die deutsche Ostpolitik 1961-170, Köln 1970, S. 121; *Böhm*, Franz, Weg und Ziel, München 1974, S. 26; *Habel*, 2003, S. 782 f.

[386] *Bischoff*, Detlef, Franz Josef Strauß, die CSU und die Außenpolitik. Konzeption und Realität am Beispiel der Großen Koalition, Meisenheim am Glan 1973, S. 245 ff.

gliederpflege der Vertriebenen vorgehalten wurde, vollzog dies die CSU mit regelmäßigen Kontakten und symbolhaften Handlungen wie der Bekräftigung der Patenschaft des Freistaats über die Sudetendeutschen 1962 ungleich konsequenter, sodass „keine Zweifel mehr an ihrer Kontaktfreudigkeit mit den Vertriebenen aufkommen" konnten.[387] Hatte sich die SPD bis Mitte der 1960er Jahre ähnlich stark an die Vertriebenenverbände angenähert und damit auch zum Bedeutungsverlust des BHE und zur Abkehr von Vertriebenenwählern von der CDU beigetragen, distanzierte sie sich dahingegen im Verlauf der Großen Koalition auf Bundesebene von den Vertriebenen.

Diese parteipolitische Entwicklung muss vor dem Hintergrund der veränderten internationalen Situation und des gesellschaftlichen Wandels in der BRD gesehen werden. Erste spürbare Erfolge der Europäischen Integration und die Entspannung der Blockkonfrontation innerhalb Europas übten auf die bundesrepublikanische Parteienlandschaft besonderen Druck aus, mit einer Veränderung der bislang starren und dem Primat der Westbindung verhafteten Deutschland- und Ostpolitik einen Teil zur Entspannung beizutragen.[388] Gleichzeitig fanden innerhalb Westdeutschlands gesellschaftliche Veränderungen statt, die eine Ablehnung der bisher verfolgten rigorosen Ostpolitik mit sich brachten.[389] Dies zeigt sich exemplarisch darin, dass die Zustimmung zu einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze und damit des Status Quo in der Bevölkerung im Verlauf der 1960er Jahre deutlich von 26 Prozent 1962 auf 42 Prozent 1969 zunahm.[390] Auch vor der Binnenstruktur der sozialen Gruppe der Vertriebenen und ihrer Verbände machte der gesellschaftliche Wandel nicht Halt: Hatte die Mehrzahl der Vertriebenen in den 1950er Jahren noch eine Rückkehr in ihre Heimatgebiete angestrebt und daher eine revisionistische Politik unterstützt, so änderte sich dies bis Ende der 1960er Jahre. 1969 zeigten etwa 60 Prozent der Vertriebenen kein Interesse an revisionistischen Forderungen ihrer Verbände.[391] Mit dem immer heterogener werdenden Erfahrungshorizont und der fortschreitenden Integration in die bundesrepublikanische Gesellschaft (vgl. Kapitel 5) entwickelten sich folglich auch die Erwartungen der Vertriebenen an ihre Verbände auseinander. Dadurch ist zu erklären, dass die Zustimmung der Mitgliederbasis zu den Forderungen der Verbandsführungen zurückging, was sich besonders drastisch im Rückgang der Mitgliederzahlen und der Überalterung der Organisationen ausdrückte. So ging die Mitgliedschaft nach Angaben des BdV bis 1962 auf 1,25 Millionen zurück, wobei der Anteil von Unter-25-Jährigen verschwindend gering war.[392] Die Aussagekraft der Mitgliederzahlen des BdV ist jedoch be-

[387] *Deutscher Ostdienst* Nr. 16, 1964, S. 5.
[388] Vgl. *Hanrieder*, Wolfram F., Deutschland. Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994, Paderborn 1995, S. 199-221; *Ahonen*, 2003, S. 210 ff.
[389] So erwarteten zum Ende der Großen Koalition 62 Prozent dass sie die deutsche Wiedervereinigung nicht mehr erleben würden und 70 Prozent schätzten die ehemaligen Reichsgebieten östlich der Oder-Neiße-Linie als verloren ein, aus: *Schweigler*, Gebhard, Nationalbewusstsein in der BRD und der DDR, Düsseldorf 1973, S. 116.
[390] Noch deutlicher wird diese Entwicklung in einem breiteren Zeitrahmen: Auf die Frage „Sollen wir uns mit der Oder-Neiße-Linie als Grenze abfinden antworteten 1952 nur 3 von 100 Befragten mit „ja", während diese Zahl bis 1972 auf 61 von 100 anstieg, wie Umfragen des Allensbacher Instituts für Demoskopie belegen, Zusammenstellung in: *Habel*, 2003, S. 802.
[391] Vgl. *Grosser*, 1998, S. 41-94, S. 84 f.
[392] *Zur Mühlen*, Patrik von et al., Vertriebenenverbände und deutsch-polnische Beziehungen nach 1945, in: *Schweitzer*, Carl Christoph und *Feger*, Hubert (Hrsg.), Das deutsch-polnische Konfliktverhältnis seit dem Zweiten Weltkrieg, Boppard am Rhein, 1975, S. 96-161, S. 131 f.

grenzt: Für die 1970er und 1980er Jahre wurden wieder Mitgliederzahlen von wieder über zwei Millionen, in den 1990er Jahren von genau zwei Millionen angegeben.[393]

Vor allem die SPD fühlte sich durch den Eindruck, dass die Vertriebenenführungen immer weniger Unterstützung im eigenen Lager fanden, in ihrer Neuorientierung der Deutschland- und Ostpolitik bestätigt. Auch wenn sie in Konsultationen und Gesprächen den Kontakt mit den Vertriebenen aufrechterhalten und dem Eindruck entgegenwirken wollten, dass sie die Anliegen der Vertriebenen nicht mehr vertreten würden, wurde bald unübersehbar, dass die Sozialdemokraten vor allem bei den Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa und zur DDR neue Wege gehen würden, die mit den Forderungen der Vertriebenen nur schwer vereinbar waren. Unter dem sozialdemokratischen Einfluss setzte bereits in der Großen Koalition ab 1966 eine „Öffnung nach Osten“[394] ein, bei der in vorsichtigen Schritten eine ostpolitische Entspannungspolitik versucht wurde. Dabei kristallisierte sich eine parteipolitische Rollenverteilung heraus: Die CDU/CSU verfolgte im Gegensatz zur SPD sowohl in der Deutschland- als auch der Ostpolitik trotz virulenter innerparteilicher Diskussionen einen konservativen Kurs und vermied es, den Interessen der Vertriebenen fundamental entgegenzutreten, während die Vertretung einer offeneren Ostpolitik für die SPD die Möglichkeit darstellte, sich als kleinerer Partner der Großen Koalition mit ihrem Außenminister und Kanzlerkandidaten Willy Brandt (SPD) zu profilieren und die Stimmungen eines großen Teils der (west-)deutschen Gesellschaft aufzugreifen. Während in der SPD die Anhänger einer neuen ostpolitischen Ausrichtung die Oberhand bekamen, konnte sich die Union nun als einzige relevante Alternative für die Vertriebenen empfehlen.[395] So war es immer öfter an CDU-Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger, die Vertriebenen zu besänftigen und von der weiteren Unterstützung durch die Bundesregierung zu überzeugen.[396] Mehrere Ursachen lassen sich herausarbeiten, weshalb CDU und CSU ihre Positionen zur Ostpolitik im Unterschied zu SPD und FDP nicht grundlegend veränderten: Zum einen das bereits erwähnte wahltaktische Kalkül, zur „politischen Heimat für alle Heimatlosen“[397] zu werden. Zum anderen hatten die Vertriebenenverbände durch über die Jahre entstandene institutionalisierte Begegnungen zwischen Verbandsführungen und Parteifunktionären die Möglichkeit und Kommunikationskanäle, um ihre Anliegen den politischen Verantwortungsträgern vorzubringen. Zwar waren die Vertreter der Vertriebenen weiterhin von höchsten Parteiämtern ausgeschlossen, vor allem auf den mittleren Ebenen und innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erreichten die Vertriebenenvertreter aber durch ihre gute Organisation eine beachtliche Vetospielerposition zur Ausrichtung der Ostpolitik.[398] Neben der Bundestagsfraktion bot der 1967 als Beratungsgremium etablierte CSU-Arbeitskreis für Deutschland- und Ostpolitik eine wirkungsvolle Plattform für die Vertriebenen innerhalb der gesamten Union.[399] Darüber

[393] Siehe Kapitel 5.
[394] Vgl. *Schöllgen*, Gregor, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, München 1999, S. 87.
[395] Vgl. *Stickler*, 2004, S. 230.
[396] Vgl. *Ahonen*, 2003, S. 219 f; Aufschluss gibt auch ein Gespräch von Bundeskanzler *Kiesinger* und Außenminister *Brandt*, in dem *Kiesinger* die Pflicht der Bundesregierung, sich im Sinn der Obhutserklärung die Heimatvertriebenen zu unterstützen, hervorhob, während *Brandt* die Notwendigkeit der neuen außenpolitischen Ansätze vertrat, Vgl. *Sudetendeutsche Zeitung*, Nr. 8, 24.02.1967, S. 1; *Habel*, 2003, S. 787 f.
[397] Aussage der Union, zitiert nach: Der SPIEGEL 24/1984, S. 37, „Wir missionieren bis an die Memel“.
[398] Ebd. S. 236.
[399] Vgl. *Taschler*, Daniela, Vor neuen Herausforderungen: Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition, 1966-1969, Düsseldorf 2001.

hinaus herrschte in beiden Unionsparteien, aufgeschreckt durch Wahlerfolge der NPD, die Befürchtung vor, eine Vernachlässigung der Vertriebenen könnte deren politische Radikalisierung am rechten Rand nach sich ziehen. Aus diesem Grund wurde beispielsweise 1968 nach 1965 ein zweiter bundesweiter Vertriebenenkongress mit führenden Vertretern aus CDU und CSU veranstaltet, der die Unterstützung für die vertriebenenpolitischen Belange dokumentieren sollte.[400] Hatte sich die Skepsis der Vertriebenenverbände wie der Sudetendeutschen Landsmannschaft zuvor noch zum Teil auf die gesamte Regierungskoalition gerichtet, so änderte sich dies im Zug der endgültigen ostpolitischen Neuorientierung der SPD sowie der FDP.

Unstimmigkeiten bei der Nominierung des BdV-Präsidenten *Reinhold Rehs* für ein Bundestagsmandat zur Bundestagswahl 1969, die zu dessen Wechsel von der SPD in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion führten, waren ein deutliches Anzeichen dafür, dass die enge Bindung zwischen SPD und Vertriebenen nur noch wenig zukunftsfähig war. Im Verlauf des Bundestagswahlkampfes beschleunigte sich die Annäherung zwischen Vertriebenenverbänden und CDU/CSU sowie zwischen Sudetendeutscher Landsmannschaft und CSU, welche vor allem im Zug der übernommenen Schirmherrschaft eine besonders enge Beziehung begründete und sich massiv für die Forderung nach Selbstbestimmungs- und Heimatrecht einsetzte.[401] Im Gegenzug bekannten sich der Bund der Vertriebenen und die Sudetendeutsche Landsmannschaft trotz offizieller Unparteilichkeit eindeutig zu CDU und CSU. Eindrucksvoller Beweis ist ein unmissverständlicher Wahlaufruf des BdV-Präsidenten *Rehs* zugunsten der Union:

> „Ihr wißt, wer in unserem Lande Schritt um Schritt vor den maßlosen Forderungen der Sowjetunion, des SED-Regimes und der kommunistischen Regierung in Warschau zurückweicht. (…) Darum verzettelt eure Stimme nicht!“[402]

Mit dem Antritt der sozialliberalen Koalition 1969 wendete sich das Blatt endgültig, wie bereits die Regierungserklärung von Bundeskanzler *Willy Brandt* erwarten ließ, der auch die Tschechoslowakei und damit besonders die Interessen der Sudetendeutschen ansprach:

> „Ebenso unmissverständlich will ich sagen, dass wir gegenüber der uns unmittelbar benachbarten Tschechoslowakei zu den Abmachungen bereit sind, die über die Gegenwart hinausführen.“[403]

Für ihre außenpolitischen Zielsetzungen fanden die Vertriebenenverbände in SPD und FDP nunmehr kaum Fürsprecher, wie sich auch an der Zusammensetzung des Bundeskabinetts mit im Vergleich zu zuvor wenigen Vertriebenenvertretern, der Abschaffung des Vertriebenenministeriums oder der Kürzung von finanziellen Zuwendungen ausmachen lässt.[404] Die neue Bundesregierung wies zudem nicht nur in ihren Fraktionen weniger Vertriebenenvertreter auf, sondern baute bestehende Verflechtungen zwischen Vertriebenenverbänden,

---

[400] Neben dem Bundesvertriebenenminister *von Hassel*, dem CDU-Generalsekretär nahmen auch CSU-Generalsekretär *Max Streibl* sowie der Bundestagsfraktionsvorsitzende *Rainer Barzel* teil, DOD 47-48/1968, S. 2 ff.

[401] Vgl. *Franzen*, Erik K., Von ungeliebten Fremden zum „vierten bayerischen Stamm“, in: *Luft*, Robert und *Eiber*, Ludwig, Bayern und Böhmen. Kontakt, Konflikt, Kultur, München 2007, S. 285-300, S. 295.

[402] DOD, Nr. 37, 1969, S. 1.

[403] Regierungserklärung von Bundeskanzler *Brandt*, Bulletin, Nr. 132 vom 20.10.1969, S. 1125.

[404] Vgl. Ingolstädter Anzeiger, 25.10.1969, „Wer sorgt jetzt für die Vertriebenen?“.

Ministerien sowie Verwaltungen ab und begann mit der Verfolgung einer offeneren Ostpolitik. Die Freien Demokraten, die schon zu Beginn der 1960er Jahre eine Neuausrichtung ihrer Ostpolitik mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze intensiv und parteiintern durchaus konfliktreich diskutiert hatten, konnten am leichtesten zu den Vertriebenen konträre Positionen einnehmen. Hier machte sich bemerkbar, dass die FDP sowohl in den Landsmannschaften vergleichsweise schwach verankert war als auch selbst deren Vertriebenenpolitiker kein großes verbandliches Engagement an den Tag legten.[405] Obwohl sie trotz scharfer öffentlicher Rhetorik nicht in Fundamentalopposition gegen die Ostpolitik trat und insgesamt ein diffuses Bild abgab, konnte sich die Union in diesem Zeitraum als allein verbliebener Koalitionspartner der Vertriebenen und „Hüter des Revisionismus" profilieren und sich von den Regierungsparteien abgrenzen.[406] Noch stärker als die CDU wandte sich die bayerische CSU seit dem Ende der Großen Koalition in der politischen Auseinandersetzung mit der SPD der Klientel der Vertriebenen zu und bezog immer plakativer politische Forderungen.[407] Zudem stellte sie mit *Franz-Josef Strauss* und *Freiherr Theodor von und zu Guttenberg* wortstarke Fürsprecher der Vertriebenen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.[408] Komplementär zur erfolgreichen „Umarmungsstrategie"[409] der Union wurde zwischen SPD und den Vertriebenen zunehmend eine unüberbrückbare inhaltliche und personelle Entfremdung spürbar, die sich nicht nur in einer abnehmenden Verflechtung zwischen Partei und Verband, sondern auch in politischer Symbolik zeigte. So lief das Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1970 ohne offiziellen SPD-Vertreter ab oder kam das Landeswahlprogramm der bayerischen SPD ohne die Erwähnung der Vertriebenen aus.[410] Der Sozialdemokratie, in welche die Vertriebenen noch wenige Jahre zuvor überwiegend ihre Hoffnungen gesetzt hatten, wurde vorgeworfen, eine ambivalente und doppeldeutige Vertriebenenpolitik betrieben zu haben:

> „Von Anfang an spielte die SPD, und hierbei insbesondere Willy Brandt, jedoch ein doppeltes Spiel, in dem Wenzel Jaksch sowie sein Stellvertreter und späterer Nachfolger Reinhold Rehs lediglich Schachfiguren waren: Sie sollten durch Mobilisierung der Vertriebenenklientel für die SPD dieser zur Regierungsbeteiligung verhelfen, während Egon Bahr im Hintergrund bereits die neue Ostpolitik vorbereitete."[411]

Im Verlauf der folgenden Jahre nahm die „Blockbildung" zwischen CDU und vor allem CSU sowie den Sudetendeutschen als „natürlichen Verbündeten der oppositionellen Unionsparteien"[412] gegen die „Brandt-Scheel-Verzichtspartei"[413] Gestalt an, während sich

---

[405] Vgl. *Kittel*, 2007, S. 74; *Stickler*, 2004, S. 295.
[406] *Huber*, Martin, Die Bundestagswahlkämpfe der CDU/CSU als Oppositionsparteien 1972, 1976, 1980, 2002, München 2008, S. 28 f.
[407] Vgl. *Franz,* Corinna und *Gnad*, Oliver, Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. CDU und CSU, Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945 – 1990, Düsseldorf 2005, S. 573.
[408] Vgl. *Bischoff*, 1973, S. 245 ff; *Karl Theodor zu Guttenberg* war zwischen 1967 und 1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt und ist Großvater des gleichnamigen späteren Bundeswirtschafts- und verteidigungsministers.
[409] *Stickler*, 2004, S. 232; die rasante Verbesserung der Beziehungen zeigt sich auch daran, dass 1969 erstmalig ein Gespräch zwischen CSU und BdV stattfand, das große Übereinstimmungen zwischen beiden Akteuren deutlich werden ließ, vgl. DOD 15-16/1969, S. 4.
[410] Zur personellen Verflechtung zwischen BdV und SPD siehe: *Stickler*, 2004, S. 457.
[411] *Stickler*, 2004, S. 432.
[412] Ebd., S. 234.

der Bruch zwischen SPD und Vertriebenen bis 1974 verstetigte. Während CDU und CSU zumindest in ihrer Selbstdarstellung nachdrücklich gegen die Ostpolitik opponierten, hielten SPD und FDP an der Umsetzung der Ostverträge mit der UdSSR, Polen, der ČSSR sowie weiteren mittelosteuropäischen Staaten fest.

Indes die Bundestagsfraktion der FDP eine rapide Abnahme von Vertriebenenpolitikern verzeichnete, hielt sich dies bei der SPD zumindest auf dem Papier in Grenzen. Durch zahlreiche weitere Partei- und Fraktionswechsel von Vertriebenenpolitikern wie des früheren FDP-Vorsitzenden *Erich Mende* im Oktober 1970 oder des Vorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien und SPD-Bundestagsabgeordneten *Herbert Hupka* 1973 befand sich bald die Mehrzahl der führenden Politiker mit Vertreibungshintergrund in den Reihen von CDU und CSU.[414] Eine wirklich umfassende Fundamentalopposition gegen die neue Ostpolitik setzte aber vor allem die CDU nicht um. Obwohl sie öffentlich gegen die Ostverträge mit der UdSSR sowie den mittelosteuropäischen Nachbarstaaten argumentierte und ihre Solidarität mit den Vertriebenen bekundete, stellte die Union insgesamt die Vertriebenen-Forderungen nicht über die gesamte außenpolitische Ausrichtung der BRD. Selbst bei den heimatvertriebenen Bundestagsabgeordneten ist festzustellen, dass „Parteiräson vor Verbandsräson ging".[415] Einer Totalverweigerung stand die zu diesem Zeitpunkt bereits weit fortgeschrittene Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft entgegen. Die Vertriebenenverbände versuchten zwar ihrerseits, eine besonders harte Haltung der Unionsparteien als Gegenleistung für den engen Schulterschluss bei den Bundestagswahlen 1969 zu erzwingen. Durch die ab 1970 immer unübersehbarer werdende Festlegung auf die CDU/CSU wurden die parteipolitischen Alternativen und damit auch die Druckmittel für die Vertriebenenverbände geringer, sodass diese die gemäßigtere Meinungsbildung innerhalb der Partei akzeptieren mussten.[416]

Eine Besonderheit, die sich schon seit Beginn der 1960er Jahre entwickelt hatte und später wiederholt zeigen sollte, kann auch für diesen Zeitpunkt festgehalten werden: Die Koalition zwischen CSU und Sudetendeutschen erwies sich als stärker ausgeprägt als dies bei der CDU und den Vertriebenen im Rest der Bundesrepublik der Fall war. So profilierten sich die Christsozialen in erster Linie durch die CSU-Landesgruppe im Bundestag und die Bayerische Staatsregierung mit Widerstand gegen die neue Ostpolitik der Bundesregierung.[417] Vor allem die deutsch-tschechoslowakischen Gespräche wurden vonseiten der CSU überaus skeptisch begleitet. Der Konfrontationskurs führte so weit, dass der Prager Vertrag 1974 von der gesamten CDU/CSU-Fraktion auf Betreiben der CSU-Landesgruppe abgelehnt wurde.[418] Im Bundesrat stimmte die CSU-geführte Bayerische

---

[413] So eine der Parolen bei einer BdV-Großkundgebung in Bonn im Mai 1970 mit *Franz Josef Strauß* als Hauptredner, nach: *Imhof*, 1975, S. 459.
[414] Vgl. *Neubach*, 2000, S. 44.
[415] *Stickler*, S. 235.
[416] So gab der BdV 1972 erstmals eine ausdrückliche und nicht nur implizite Wahlempfehlung für die CDU/CSU ab.
[417] In seiner Regierungserklärung 1971 betonte beispielsweise der bayerische Ministerpräsident *Alfons Goppel* (CSU) den bundespolitischen Einfluss der CSU im Bundesrat und bekräftigte den Willen, die Anliegen der Vertriebenen als deren Schirmherr nachdrücklich zu vertreten, vgl. *Gelberg*, Karl-Ulrich, Quellen zur politischen Geschichte Bayerns in der Nachkriegszeit, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2005, S. 424.
[418] Zum Einspruch und zur Argumentation sudetendeutscher Abgeordneter gegen den Prager Vertrag 1974 siehe: Sudetendeutscher Rat (Hrsg.), Der Prager Vertrag in den Parlamenten, München 1975, S. 168 ff.

Staatsregierung ebenso gegen den Vertrag und löste damit ähnlich wie in der Verfassungsklage des Freistaats Bayern gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR gegenüber den Vertriebenen ihr Versprechen ein, deren Interessen auf allen Ebenen zu vertreten.[419] Eine Folge dieser Entwicklung war, dass die Unionsparteien für die Vertriebenen nun zum einzig möglichen Ansprechpartner geworden waren, sodass diese in logischer Konsequenz ihre Ressourcen fast ausschließlich auf die CSU sowie mit Abstrichen CDU und ihre Hoffnungen auf einen Regierungswechsel auf Bundesebene richteten.[420]

Nachdem im Verlauf der Großen Koalition die Grundlage für die Verbindung zwischen CDU/CSU sowie den Vertriebenenverbänden gelegt worden war, konstituierte sich im Verlauf der Oppositionszeit der Parteien auf Bundesebene ein ausgeprägtes Netzwerk. Hatte sich die privilegierte Verbindung zwischen Union und Vertriebenen in den 1970er Jahren etabliert, blieb diese im Grundsatz auch nach dem Regierungswechsel 1982 bestehen, wobei die CSU weiterhin noch dezidierter die Interessen der Vertriebenen vertrat. Das Verhältnis zwischen BdV und CDU war dahingegen in den 1980er Jahren nicht immer ungetrübt. Dies zeigte sich sowohl in personeller als auch inhaltlicher Hinsicht: So war es zum Ende der 1980er Jahre in der CDU keine Selbstverständlichkeit mehr, dass führende Vertriebenenfunktionäre wie *Herbert Czaja* auf Vorstandsebene integriert wurden.[421] Auch inhaltlich befürchteten BdV und Sudetendeutsche Landsmannschaft wachsende Distanz der CDU und reagierten entsprechend darauf. Vor allem die Sudetendeutsche Landsmannschaft warnte die CDU vor dem Hintergrund interner Ansätzen der Christdemokraten, ihre Ost- und Deutschlandpolitik zu überdenken, „bei Wahlen Stimmen von Vertriebenen und gesamtdeutsch orientierten Bürgern nicht automatisch für sich [zu] verbuchen".[422] Neben der Drohung eines massiven Stimmenausfalls für die CDU brachte der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft *Franz Neubauer* (CSU) eine Wählerwanderung zu den rechtsradikalen Republikanern ins Spiel. Die von den Vertriebenenverbänden selbst gezielt immer wieder thematisierte wahltaktische Dimension war zwar grundlegend auch in der CDU, in besonderem Maß aber nach wie vor in der CSU präsent: So sollten – ähnlich zur NPD in den 1960er Jahren – Stimmenerfolge der Republikaner am rechten Rand der Wählerschaft verhindert werden. Zudem hatte innerhalb der CSU die Unterrepräsentation der Vertriebenen abgenommen, welche mittlerweile 15 Prozent der Mitglieder stellten und bei den Christsozialen nahezu selbstverständlich als institutionalisierter interner Machtfaktor gesehen wurden.[423] Bei den bayerischen Landtagswahlen 1986 beispielsweise konnte sich die CSU mit Ministerpräsident *Franz Josef Strauß* als der „Partner für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler" präsentieren und in eigens von der Union der Vertriebenen aufbereiteten umfassenden Werbematerialien auf die „CSU-Politik für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler", das „Schutzland Bayern" als Spitzenreiter bei der Unterstützung der Vertriebenen und „Vielbeachtete Leistungen konsequenter CSU-Politik"

[419] Zur Reaktion der CSU auf den Grundvertrag und die Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht siehe: *Blumenwitz*, 1995, S. 342-361; Zum Einspruch Bayerns gegen den Prager Vertrag im Bundesrat siehe: Sudetendeutscher Rat (Hrsg.), 1975, S. 176-178.
[420] *Ahonen*, 2003, S. 255.
[421] Vgl. FAZ, 16.09.1987, „Das Verhältnis verschlechtert sich. Die CDU und die Vertriebenen"; Stuttgarter Zeitung, 23.09.1987, „Czaja doch im Vorstand"; Die WELT, 24.09.1987, „CDU-Schwenk für Czaja".
[422] Die WELT, 20.02.1988, „Stimmen der Vertriebenen nicht automatisch buchen"; vgl. Münchner Merkur, 19.02.1988, „Sudetendeutsche drohen CDU".
[423] Vgl. *Korte*, Karl-Rudolf, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, Stuttgart 1998, S. 243 ff.

verweisen.[424] Auf den Unterschied innerhalb der Union verweist auch der ehemalige Bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende *Edmund Stoiber*:

> Die CSU fühlt sich den Vertriebenen ganz besonders verpflichtet und ist daher erster Ansprechpartner für sie, auch im Vergleich zur CDU. Wir haben auch innerhalb der Koalitionen mit CDU und FDP die Rolle des Fürsprechers der Vertriebenen übernommen. Unsere klare Positionierung für die Vertriebenen war für viele konservative Wähler außerhalb Bayerns daher ein wichtiger Anreiz, die CDU zu wählen.[425]

Trotz dieser Differenzierung zwischen CDU und CSU verbesserte sich die Stellung der Vertriebenen signifikant im Vergleich zur Vorgängerregierung, auf deren Außenpolitik die Vertriebene und im Besonderen die Sudetendeutsche Landsmannschaft vor allem nach Ratifizierung der Ostverträge kaum Einfluss nehmen konnten.[426] Die neue Situation belegt allein die Regierungserklärung *Helmut Kohls*, der den provisorischen Charakter der Ostverträge als „Modus Vivendi" hervorhob und ausdrücklich das „Recht, in seiner Heimat leben zu dürfen" betonte.[427] Dies lässt sich auch in personeller Hinsicht feststellen: In den ersten Kabinetten der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP mit Kanzler *Helmut Kohl* an der Spitze zwischen 1982 und 1990 nahm die Anzahl an Vertriebenen-Vertretern im Vergleich zu den sozialliberalen Kabinetten kontinuierlich zu. Nachdem noch 1982 nur ein Vertriebener ein Ressort führte und zwei Staatssekretäre mit Vertreibungshintergrund berufen worden waren, stellten die Vertriebenen im zweiten Kabinett *Kohls* (1983-1987) neben einem Minister bereits drei Staatssekretäre sowie mit dem Sudetendeutschen *Rainer Barzel* den Parlamentspräsidenten. Nach der Wahl zum 11. Bundestag 1987 erhöhte sich die Zahl nochmals: Mit *Klaus Töpfer* (CDU) sowie dem Sudetendeutschen *Hans Klein* (CSU) waren zwei Vertriebenen-Minister im Kabinett zu finden, während zehn Vertriebene als Staatssekretäre tätig waren.[428] Das Vorgehen der CSU im Vorfeld der Deutschen Wiedervereinigung belegt des Weiteren die starke innerparteiliche Position der Vertriebenen bzw. der Sudetendeutschen. So forderte der CSU-Vorsitzende und zum damaligen Zeitpunkt als Bundesfinanzminister amtierende *Theo Waigel* im Juli 1989, dass die ehemals deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze nicht bei Entscheidungen über eine eventuelle Deutsche Wiedervereinigung ausgeklammert werden dürften.[429] Dabei ist zu beachten, dass vor allem die CSU im Hinblick auf die Wiedervereinigung einen nicht unerheblichen Macht- und Einflussverlust befürchten musste, da ihre Rolle als Regionalpartei in einer größer gewordenen Bundesrepublik naturgemäß beschnitten wurde. Dem befürchteten elektoralen und machtpolitischen Bedeutungsverlust versuchte die CSU, durch noch

---

[424] Zitate aus Überschriften eines Flugblattes der UdV vor der Landtagswahl 1986, in: *Rost*, Sieghard, 50 Jahre Union der Vertriebenen (UdV) in der CSU. Anmerkungen zur Geschichte der ältesten Arbeitsgemeinschaft der CSU, München 1997, erschienen im Rahmen der Dokumentation anlässlich der Jubiläumsveranstaltung „50 Jahre Union der Vertriebenen (UdV) am 6. Dezember 1997, Anhang 2.

[425] Hintergrundgespräch mit Dr. *Edmund Stoiber*, Bayerischer Ministerpräsident zwischen 1993 und 2007 sowie CSU-Parteivorsitzender zwischen 1999 und 2007, in München am 07.12.2009.

[426] Auch eine Petition an die Vereinten Nationen zum Selbstbestimmungsrecht in den 1970er Jahren blieb ohne große Wirkung, vgl. *Novotný*, Lukáš, Vergangenheitsdiskurse zwischen Deutschen und Tschechen, Baden-Baden 2009, S. 126.

[427] *Das Parlament*, Nr. 42, 23.10.1982, S. 3 ff.

[428] Dieser auf den ersten Blick extreme Anstieg muss insgesamt durch die kontinuierliche Erhöhung der Staatssekretär-Positionen insgesamt zu einem gewissen Teil relativiert werden, Vgl. *Neubach*, 2000, S. 44 f.

[429] Vgl. *Bingen*, Dieter, Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991, Nomos, Baden-Baden 1998, S. 245.; vgl. Deutsche Tagespost, 08.11.1988, „Waigel hält an der Linie fest".

stärkere Aufmerksamkeit gegenüber den Vertriebenen zu begegnen.[430] Der Einfluss der Vertriebenenverbände auf den deutschen Einigungsprozess war dennoch begrenzt. Zwar zögerten auch die CDU und Bundeskanzler *Helmut Kohl* zunächst, bei Grenzfragen eine eindeutige Position zu beziehen. Die Gemengelage von Zeitmangel durch die sich überschlagenden Ereignisse, externem Druck sowie dem übergreifenden Ziel der deutschen Einheit führten dazu, dass die Bundesregierung dennoch die Oder-Neiße-Grenze anerkannte, was für die Vertriebenen eine „herbe Enttäuschung" bedeutete.[431]

6.3 Persistenz des Netzwerkes im Kontext von Wiedervereinigung und EU-Osterweiterung

Die Konzentration auf außenpolitische Zielsetzungen brachte den Vertriebenenverbänden in Deutschland generell eine Sonderstellung ein, die nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes wieder an Bedeutung gewann.[432] War außenpolitische Aktivität für die Verbände zuvor noch fast ausschließlich über die jeweiligen Bundesregierungen möglich gewesen, veränderten sich die Rahmenbedingungen in den Wendejahren 1989/90: Die Transformationsprozesse, die mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Zusammenbruch der Sowjetunion einsetzten, erwiesen sich für die Vertriebenenverbände gleichzeitig als Herausforderung und Chance, da sie die Möglichkeit erhielten, direkt an den Veränderungen in den mittelosteuropäischen Staaten mitzuwirken und ohne die Beschränkungen der Blockkonfrontation vor Ort tätig zu werden. Darüber hinaus eröffnete der fortschreitende Prozess der „Europäisierung aller Lebenssachverhalte"[433] die Möglichkeit, in den mittel- und osteuropäischen Staaten aktiv für die Realisierung des eingeforderten Rechts auf Heimat zu arbeiten. Gleichzeitig sahen sie sich jedoch damit konfrontiert, dass die wiedervereinigte Bundesrepublik in einer Reihe von bilateralen Verträgen die bestehende territoriale europäische Ordnung endgültig anerkannte. Mit dem Abschluss der sogenannten Nachbarschaftsverträge zwischen Deutschland und den östlichen Anrainerstaaten und der ab den Jahren 1993/1994 immer konkreter werdenden Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft bzw. Europäischen Union nach Osten mussten die Verbände endgültig „Abschied von territorialen Forderungen"[434] nehmen und legten den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die direkte ökonomisch-kulturelle Einflussnahme in den mittelosteuropäischen Staaten[435] sowie auf entstehendes Druckpotenzial im EU-Osterweiterungsprozess.[436]

Die Aufnahme der mittelosteuropäischen Staaten – allen voran Polen und die Tschechische Republik – in die Europäische Union sollte daher mit der Erfüllung der

[430] Vgl. *Cordell* und *Wolff*, 2005, S. 76.
[431] *Rost*, 1997, S. 21; zu den näheren Umständen der Wiedervereinigung und der 2+4-Verträge siehe: *Weidenfeld*, Werner, Außenpolitik für die deutsche Einheit: Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998.
[432] Vgl. *Wood*, Steve, German Expellee Organisations in the Enlarged EU, German politics 14, Philadelphia 2005, S. 487-497, S. 487; Die innenpolitische Zielsetzung der Fortführung der staatlichen finanziellen Unterstützung bleibt dennoch bestehen.
[433] *Schwarz*, Hans-Peter, Die Zentralmacht Europas auf Kontinuitätskurs, in: Internationale Politik, 11/1999, S. 1-10; S. 1.
[434] *Salzborn*, Samuel, Im Mantel der Menschenrechtler. Die neue Gesellschaftsfähigkeit der Vertriebenenverbände, Blätter für deutsche und internationale Politik, 09/2000, S. 1088-1095, S. 1091.
[435] Vgl. *Salzborn*, Samuel, 2001, S. 87 ff; zum historischen Vergleich siehe: *Stickler*, 2004, S. 347-428.
[436] *Wood*, 2005, S. 488.

Forderungen der Vertriebenenverbände wie der Schaffung von Minderheitenrechten in den Staaten, der Übernahme von Verantwortung und Wiedergutmachung für die Vertreibung sowie im konkreten tschechischen Fall die Aufhebung der Beneš-Dekrete, die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen sowie die direkte Einbeziehung der Verbände in die Verhandlungen auf Regierungsebene verknüpft werden.[437]

Trotz der sozialstrukturellen Veränderungsprozesse und dem damit einhergehenden Bedeutungsverlust der sozialen Gruppe (vgl. Kapitel 5), die nicht nur Sudetendeutsche, sondern Vertriebene generell betreffen, lassen sich indessen die traditionellen Verbindungen zwischen Union und Vertriebenen bzw. CSU und Sudetendeutschen auch in den 1990er Jahren sowie nach dem Jahrtausendwechsel feststellen. Bis zur Abwahl der schwarz-gelben Koalition 1998 überbrachten Bundeskanzler *Helmut Kohl* oder Bundesinnenminister *Wolfgang Schäuble* zumeist persönlich Glückwünsche und traten zahlreiche weitere Mitglieder der Bundesregierung sowie der Ministerialebenen bei Vertriebenenveranstaltungen auf und sicherten ihre Verbundenheit zu. So ließ *Wolfgang Schäuble* regelmäßig Grußworte und –botschaften zu den Großveranstaltungen der Vertriebenenverbände übermitteln.[438] Auch Bundeskanzler *Helmut Kohl* wünschte dem Sudetendeutschen Tag „einen guten und erfolgreichen Verlauf"[439] und ließ seine „besten Grüße"[440] zum Tag der Heimat ausrichten. Bis 1998 traten zahlreiche weitere Mitglieder der Bundesregierung sowie der Ministerialebenen bei Vertriebenenveranstaltungen auf und versicherten ihre Verbundenheit.[441] Dies spiegelte sich auch in öffentlicher Unterstützung wider. So würdigte Bundeskanzler *Helmut Kohl* 1995 in einer Erklärung der Bundesregierung den „Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa"[442] und stellte dabei die Vertreibungsverbrechen an den Deutschen und die positive Rolle der Vertriebenen heraus. Während der Regierungszeit von CDU und CSU wurden zudem eine Reihe von Anträgen nach Vorarbeit der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge" der Unionsfraktion angenommen, welche den Schutz der Volksgruppen- und Minderheitenrechte und das Niederlassungsrecht in den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die Fortsetzung der finanziellen Unterstützung der Vertriebenenverbände forderten, den Beitrag der Vertriebenen zum Wiederaufbau würdigten sowie das Unrecht der Vertreibung thematisierten.[443]

---

[437] Vgl. Bund der Vertriebenen, Aufruf zur Solidarität: Nur Gerechtigkeit schafft Frieden (Dokumentation), in: Deutscher Ostdienst, Nr. 34 vom 22.08.1997, S. 1 f.

[438] *Schäuble*, Wolfgang, Bekenntnis zur Heimat und zur Wahrung der Menschenrechte, Grußwort des Bundesministers des Innern an die Pfingsttreffen der deutschen Vertriebenen, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 47 vom 19.05.1989, S. 423; *Schäuble*, Wolfgang, Zum Tag der Heimat 1990, Grußwort des Bundesministers des Innern, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 107 vom 11.09.1990.

[439] *Kohl*, Helmut, Grußwort des Bundeskanzlers zum Sudetendeutschen Tag in Stuttgart, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 47 von 19.05.1989, S. 424.

[440] *Kohl*, Helmut, Grußwort des Bundeskanzlers an die Teilnehmer des „Tags der Heimat", in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 74 vom 16.09.1993, S. 773 f.

[441] Vgl. *Salzborn*, 2001, S. 179-194.

[442] Erklärung der Bundesregierung: Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 45 vom 02.06.1995, S. 393 ff.

[443] Vgl. Antrag der Abgeordneten *Helmut Rode* (Wietzen), *Wolfgang Ehlers*, *Andreas Schmidt* (Mühlheim), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten *Ulrich Irmer*, *Wolfgang Lüder* und der Fraktion der F.D.P. (Drucksache 12/2311): Einbeziehung der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler

Auch die mittlerweile traditionellen, institutionalisierten Informationsflüsse zwischen Vertriebenenverbänden und der Union blieben nach der Wiedervereinigung bestehen. So fanden nach wie vor regelmäßige Konsultationen der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag sowie der Bundesregierung mit Vertretern der Vertriebenen statt.[444] Der Austausch beschränkte sich jedoch nicht nur auf offizielle Begegnungen, sondern vollzog sich nach wie vor im politischen Alltag und personellen Verknüpfungen. Beispielsweise befanden sich in der 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (1990-1994) mit Umweltminister *Klaus Töpfer* und Innenminister *Manfred Kanther* ab 1993 erneut zwei Vertriebene im Kabinett von Bundeskanzler *Helmut Kohl*, während neun Staatssekretäre Vertriebene waren. Die beiden Staatssekretäre des Innenministeriums, die die CSU stellte, waren zugleich Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft.[445] Auch in der folgenden Wahlperiode wurden mit Innenminister *Manfred Kanther* und Wohnungsbauminister *Klaus Töpfer* zwei Vertriebene als Minister berufen, während sich die Zahl der Staatssekretäre auf vier reduzierte. Der Sudetendeutsche *Eduard Lintner* (CSU) blieb weiterhin Staatssekretär im Innenministerium.[446]

Wie ausgeprägt die Verflechtung zwischen den Unionsparteien und den Vertriebenenverbänden mittlerweile war, zeigt sich darin, dass durchgehend Bundespolitiker von CDU oder CSU die Präsidentschaft des Bundes der Vertriebenen (BdV) ausübten. So übernahm der CSU-Politiker *Fritz Wittmann* 1994 das Amt von *Herbert Czaja* (CDU) und übergab es 1998 an die Bundestagsabgeordnete *Erika Steinbach* (CDU). Zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft wurde die enge Verflechtung beim Führungswechsel des Verbandes im Jahr 2000 ersichtlich: Auf den ehemaligen CSU-Landtagsabgeordneten und Bayerischen Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung *Franz Neubauer* folgten CSU-Europaabgeordneter *Bernd Posselt* als neuer Bundesvorsitzender und der Präsident des Bayerischen Landtages *Johann Böhm* (CSU) als Sprecher.[447] In finanzieller Hinsicht erhöhten sich die Fördermittel für den BdV als Dachverband der Vertriebenenverbände im Zeitraum der Regierungszeit von CDU und CSU von etwa 1,5 Millionen DM in den 1980er Jahren auf regelmäßig über 3 Millionen DM jährlich ab 1991.[448] Neben dieser institutionellen Förderung wurden auch andere Einrichtungen wie die Kulturstiftung der

---

und der in Ostmittel, Ost- und Südosteuropa lebenden deutschen Minderheiten in die Politik der Verständigung und guten Nachbarschaft der Bundesrepublik Deutschland gegenüber ihren östlichen und südöstlichen Nachbarn, BT-Drucksache 12/2311 vom 19.03.1992; Deutscher Bundestag: Stenographischer Bericht/Plenarprotokoll 13/161 vom 28.02.1997, S. 14554 B; Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht/Plenarprotokoll 13/239 vom 29.05.1998, S. 22046 B.

[444] Vgl. exemplarisch: SdZ, 06.11.1992, „BdV-Präsidium und CDU/CSU-Fraktionsführung im Bundestag trafen in Bonn zusammen: Einvernehmlicher Gesprächsverlauf"; DOD, 06.11.1992, „Gespräch des BdV-Präsidiums und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion".

[445] Vgl. *Neubach*, 2000, S. 45 f.

[446] Die hohen Zahlen ergeben sich daraus, dass bei *Neubach* zwischen Parlamentarischen Staatssekretären und verbeamteten Staatssekretären, deren Anteil beständig erhöht worden ist, nicht unterschieden wird. Bei einer übergreifenden tabellarischen Übersicht über die Entwicklung des Anteils von Vertriebenen in Bundeskabinetten im Rahmen der Netzwerkanalyse werden aus Gründen der Vergleichbarkeit nur Bundesminister und Parlamentarische Staatssekretäre erfasst.

[447] Vgl. *Vierling*, 2004, S. 51 f; FAZ, 13.06.2000, S. 6.

[448] Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten *Ulla Jelpke*, *Petra Pau* und der Fraktion der PDS (Drucksache 14/2802), Mittel aus dem Bundeshaushalt für Vertriebenenverbände, BT-Drucksache 14/2869 vom 8. März 2000, S. 6.

Vertriebenen sowie Maßnahmen der grenzüberschreitenden Kulturarbeit mit zweistelligen Millionenbeträgen unterstützt.[449]

Bei der Rollen- und Sympathieverteilung in der Parteienlandschaft mit der Union als einzig verbliebenem Ansprechpartner für die Vertriebenenverbände, die sich zuvor eingespielt hatte, war ebenfalls keine Veränderung festzustellen, wie sich beim Regierungswechsel zu SPD und Grünen im Bund zeigte: 1998 endete die Vertretung von Vertriebenen und Sudetendeutschen in höchstrangigen Regierungsämtern ebenso abrupt wie die Teilnahme von hochrangigen Vertretern der Bundesregierung an Vertriebenen-Veranstaltungen. So besuchte mit der Staatssekretärin *Cornelie Sonntag-Wolgast* (SPD) erst 2001 eine Vertreterin der rot-grünen Bundesregierung ein Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Ihre inhaltlichen Ausführungen zu geplanten Reduzierungen der Fördermittel für die Kulturarbeit der Vertriebenen sowie zur Haltung der Bundesregierung, die EU-Osterweiterung nicht durch historische Problemlagen in Verzug oder Gefahr kommen lassen zu wollen, belegen die fortwährende Distanz der Regierungsparteien zu den Vertriebenenverbänden.[450] Nach dem Verlust der Regierungsbeteiligung 1998 ist zu beobachten, dass sich die Wege von Union und Freidemokraten in der Vertriebenenpolitik trennten.[451] Die Unterstützung der Liberalen fiel mit dem Ausscheiden aus der Regierung und dem Ende des Koalitionsdruckes weg. Hinsichtlich der privilegierten Beziehung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft machte sich bemerkbar, dass ihr Verhältnis mittlerweile auf gewachsenen institutionellen Strukturen aufbaute, die beide eng aneinander binden. Neben der CSU-Landesgruppe im Bundestag konnte sich die Bayerische Staatsregierung, die von 1962 bis 2008 mit alleiniger Mehrheit von der CSU gestellt wurde, als besonderer Fürsprecher der Vertriebenen profilieren. Gleichzeitig wurde die Sudetendeutsche Landsmannschaft von der CSU-geführten Staatsregierung als alleiniger Repräsentant der Sudetendeutschen anerkannt. Die Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe, durch die die Sudetendeutschen als „vierter Stamm“ in Bayern aufgenommen worden waren, spielte dabei eine wichtige Rolle und brachte eine Reihe von Privilegien mit sich:[452] So wurde die Sudetendeutsche Stiftung durch ein Gesetz des Freistaates Bayern 1970 ins Leben gerufen, wobei der jeweilige Bayerische Ministerpräsident stets als Vorsitzender fungiert,[453] und steuerte der Freistaat Bayern zu den Kosten von etwa 25 Millionen DM, die der Bau des „Sudetendeutschen Hauses“ in München erforderte, nahezu die Hälfte bei.[454] Neben der grundsätzlichen Förderung durch den Bund

[449] Die Kulturstiftung der Vertriebenen erhielt jährlich zwischen 1,4 und 1,6 Mio. DM; vgl. ebd. S. 2; von 1990 bis 1997 wurden ca. 68 Millionen DM für Projektmittel zur grenzüberschreitenden Kulturarbeit bewilligt, vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten *Annelie Buntenbach* und der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 13/6431), Vertriebenenverbände als außenpolitische Mittler der Bundesregierung, BT-Drucksache vom 08.01.1997, S. 1 f.

[450] Vgl. *Vierling*, Birgit, (K)eine normale Nachbarschaft? Die deutsch-tschechischen Beziehungen 1998-2002, S. 49 f.

[451] Siehe die detaillierte Anfrage zur Haltung der Bundesregierung zu sudetendeutschen Anliegen: Kleine Anfrage der Abgeordneten *Hartmut Koschyk*, *Klaus Brähmig*, *Klaus Holetschek*, *Georg Janovsky*, *Kurt J. Rossmanith*, *Erika Reinhardt*, *Hans-Peter Repnik*, *Anita Schäfer*, *Heinz Schemken*, *Christian Schmidt*, *Erika Steinbach*, *Wolfgang Zöller* und der Fraktion der CDU/CSU, (Drucksache 14/6612): Haltung der Bundesregierung zu sudetendeutschen Anliegen, BT-Drucksache 14/6612 vom 03.07.2001.

[452] Vgl. Urkunde über die Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe, Faksimile in: Bayerische Staatskanzlei (Hrsg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung – 50 Jahre Eingliederung in Bayern, München 1995.

[453] Vgl. *Ohlbaum*, 1981, S. 44 f.

[454] Vgl. *Salzborn*, 1999, S. 105.

wurden die Vertriebenenverbände im Allgemeinen und die Sudetendeutsche Landsmannschaft im Besonderen ergänzend durch den Freistaat Bayern bei Projekten im In- und Ausland sowie bei ihren Veranstaltungen bezuschusst.[455] Ein weiteres Beispiel für die enge Verschränkung von Sudetendeutschen und CSU sind die Einrichtung eines Sudetendeutschen Zimmers in der Bayerischen Vertretung in Berlin und dem Bayerischen Sozialministerium.[456] Darüber hinaus wurde den Sudetendeutschen politische Unterstützung durch die Bayerische Vertretung in Brüssel zugesagt.[457] Ihre enge Verbindung mit den Vertriebenen im Allgemeinen und den Sudetendeutschen im Besonderen macht das Bayerische Sozialministerium in einer offiziellen Informationsbroschüre, der „Bayerns Auftrag" auf der Grundlage der Schirmherrschaft über die Volksgruppe der Sudetendeutschen als „Eintreten für die Anliegen der Deutschen aus dem Osten in nationaler und internationaler Politik" deutlich.[458]

Die ausgeprägte christsozial-sudetendeutsche Koalition machte sich im Kontext von Wiedervereinigung und EU-Osterweiterung wiederholt im bilateralen Verhältnis zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei bzw. der Tschechischen Republik bemerkbar. Wie sich anhand des Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages von 1992, der Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 sowie der EU-Osterweiterung 2004 dokumentieren lässt. In allen drei Fällen erwiesen sich ungelöste historische Fragestellungen zur Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als zentrales Problem in den deutsch-tschech(oslowak)ischen bzw. bayerisch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen. So entwickelten sich die bilateralen Beziehungen generell sehr positiv und stimmten Bundesrepublik und Tschechoslowakei darin überein, die gewandelten internationalen Rahmenbedingungen nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes 1989 zu Annäherung, Aussöhnung und Partnerschaft zu nutzen. Der Abschluss von Nachbarschaftsverträgen, welche die wirtschaftliche, politische sowie kulturelle Kooperation auf eine neue Ebene bringen sollten, wurde daher von beiden Seiten zügig angestrebt. Dennoch offenbarten sich Diskrepanzen im Umgang mit der Vertreibung der Sudetendeutschen als Stolpersteine: Während die tschech(oslowak)ische Seite einen „Schlußstrich unter die Vergangenheit"[459] ziehen wollte, wurde die Bundesregierung auf der Grundlage der Obhutserklärung des Deutschen Bundestages von den Vertriebenenverbänden in die Pflicht genommen, die Ansprüche der Sudetendeutschen bzw. der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf Entschädigungen, das Recht auf Heimat und der Anerkennung des Unrechts der Vertreibung zu vertreten. Obwohl die CSU innerhalb der Regierungskoalition den grundlegenden Ziel-

[455] Der BdV wurde im Zeitraum von 1994 bis 2003 jährlich mit zwischen 544.000 DM und 291.000 € unterstützt, die Landsmannschaften erhielten z.B. im Haushaltsjahr 2003 für Projekte im Inland insgesamt 227.323 €, davon die Sudetendeutsche Landsmannschaft 147.210 €, vgl. Antwort des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 06.07.2004 auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten *Johanna Werner-Muggendorfer*, SPD, vom 22.04.2004, Bayerischer Landtag 15. Wahlperiode, Drucksache 15/1074, S. 1 f.

[456] Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 5. Mai 2004: Sozialministerin Stewens eröffnet Sudetendeutsches Zimmer in der Bayerischen Vertretung in Berlin – Erinnerung an Schicksal der Heimatvertriebenen. Internet: http://www.stmas.bayern.de/cgi-bin/pm.pl?PM=0405-271.htm [15.02.2007]

[457] *Fischer*, Herbert, Am Ende werden wir uns durchsetzen, in: SZ, 04.06.2004, S. 1.

[458] Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, In der Obhut Bayerns, Die Deutschen aus dem Osten, München 2005, schriftliche Information des Sozialministeriums vom 13.03.2007.

[459] *Handl*, Vladimir, Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik: die tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen seit 1945, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa, Hannover 1995, S. 67-84, S. 81.

setzungen und Prinzipien einer integrativen und versöhnenden Außen- und Europapolitik verpflichtet war, trat sie gerade im deutsch-tschech(oslowak)ischen Verhältnis als „Bremser“[460] oder „Bonner Störfaktor“[461] in Erscheinung und stellte sich gegen vertragliche Vereinbarungen, bei denen sudetendeutsche Forderungen nicht berücksichtigt wurden. Während die CSU in einer begleitenden Entschließung der CDU/CSU-FDP-Bundestagsfraktion, einer Reihe von persönlichen Erklärungen und Wortmeldungen in der Plenardebatte ihren ablehnenden Standpunkt bei gleichzeitiger Zustimmung der Gesamtkoalition zum Vertrag deutlich machte, lehnte der Freistaat Bayern mit Ministerpräsident *Max Streibl* (CSU) im Bundesrat als einziges Bundesland den Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag mit dem Verweis auf offene Fragen im Umgang mit der Vertreibung und die Anliegen der Sudetendeutschen ab: „Wir wollen ein gutes Verhältnis zu unseren Nachbarn, aber nicht zu Lasten unserer sudetendeutschen Landsleute. Daher können wir dem Vertrag nicht zustimmen.“[462]

Die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 als weiterer Anlauf, um offene Fragen zu klären, beinhaltete zwar gegenseitiges Bedauern des zugefügten Unrechts im Zweiten Weltkrieg und wiederholte das Versprechen der deutschen Unterstützung des EU-Beitritt Tschechiens. Bezüglich des Vermögens der Sudetendeutschen und der Legitimierung der Vertreibung fand zwischen Deutschland und Tschechien, die beide ihre unterschiedlichen Rechtspositionen respektierten, erneut keine Annäherung statt. Schlüsselelemente der Vereinbarung wurden in der jeweils eigenen Lesart interpretiert, um die zukünftigen Beziehungen nicht mit Fragen der Vergangenheit zu belasten. Dies stieß bei der CSU auf heftigen Widerstand, die sich nunmehr nahezu ausschließlich kritisch zum Vertrag äußerte und bei der Entscheidung im Deutschen Bundestag ihre Einwände gemeinsam mit einigen CDU-Abgeordneten erneut in einer Resolution deutlich machte.[463]

War die europäische Dimension bereits zuvor angeklungen und hatte die Sudetendeutsche Landsmannschaft im Zug der internationalen Wandlungsprozesse ab 1989 ihre zentralen Forderungen wie die Aufhebung der Beneš-Dekrete und die generelle Verurteilung von Vertreibung in einen breiteren europäischen Kontext gesetzt, so forderte sie im Vorfeld der EU-Osterweiterung, dass diese Fragen noch vor einem Beitritt Tschechiens geklärt werden müssten. Mit der Argumentation, dass die Beneš-Dekrete der europäischen Rechtsordnung widersprächen, konnte die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre Anliegen wirkungsvoll europäisieren. In den laufenden EU-Beitrittsverhandlungen wurde daher die Aufnahme Tschechiens zunehmend mit der Forderung nach Aufhebung der Beneš-Dekrete verknüpft.[464] Während die rot-grüne Bundesregierung ihre Aufgabe als „Anwalt der

[460] *Götze*, Andreas, Verständigungsprobleme auf dem Weg zur Nachbarschaft nach 1989, in: in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa, Hannover 1995a, S. 85-117, S. 93.
[461] Die Zeit, 24.01.1992, „Störfaktor Bayern. Die CSU und der Vertrag mit Prag“.
[462] SZ, 09.06.1992, „Bayern lehnt Vertrag mit ČSFR ab“.
[463] Ein zumindest symbolischer Widerspruch im Deutschen Bundesrat – wie noch 1992 – konnte diesmal nicht erfolgen, da die Deutsch-Tschechische Erklärung kein völkerrechtlicher Vertrag war und daher nicht der Zustimmung des Bundesrates bedurfte; vgl. *Link*, Werner, Tschechien und Deutschland. Ein mühsamer Versöhnungsprozess, in: *Vogel*, Bernhard (Hrsg.), Die politische Meinung, Nr. 404 Juli 2003, Osnabrück 2003, S. 33-39; *Habel*, 2003, 1079 f.
[464] *Bazin-Begley*, Anne, Die Vertreibung der Sudetendeutschen als politisches Thema in der Europäischen Union, in: *Coudenhove-Kalergi*, Barbara und *Rathkolb*, Oliver (Hrsg.), Die Beneš-Dekrete, Wien 2002, S. 152-162, S. 25;

Kandidatenstaaten“ weiterhin erfüllte, übernahmen die CSU sowie an exponierter Position Parteivorsitzender und Ministerpräsident *Edmund Stoiber* die Rolle als „Anwalt der Vertriebenen“ und „Patron der Sudetendeutschen“.[465] Nachdem sich zwischen Deutschland und Tschechien nach wie vor keine Annäherung im Umgang mit den Beneš-Dekreten abzeichnete und den anstehenden Abstimmungen im Europäischen Parlament und Deutschen Bundestag über die EU-Osterweiterung eine scharfe öffentliche Auseinandersetzung vorausgegangen war, stimmte die gesamte CSU-Europagruppe gegen den EU-Beitritt der Tschechischen Republik. Die Aufzählung von Beispielen für den Fortbestand einer engen Verschränkung von CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft im Kontext von Wiedervereinigung und EU-Osterweiterung ließe sich noch weiter fortsetzen. So verweigerte *Edmund Stoiber* bis zu seinem Abtritt einen Besuch in Tschechien stets mit dem Verweis auf den Fortbestand der Beneš-Dekrete oder setzte bei der Benennung des achtköpfigen Verwaltungsrates des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds, der zu gleichen Teilen von Deutschen und Tschechen besetzt wird, auch gegen Widerstände in der CDU die Benennung von zwei Funktionären der Sudetendeutschen Landsmannschaft durch.[466] Als Fürsprecher der Sudetendeutschen trat *Stoiber* vor allem nach seiner Wahl zum CSU-Vorsitzenden häufig auf. In seiner Funktion als Gastredner bei den Sudetendeutschen Tagen unterstützte er regelmäßig die Forderungen der Vertriebenen nach Entschädigungszahlungen sowie der Ächtung der Vertreibungen und vertrat das Junktim zwischen der Abschaffung der Beneš-Dekrete und dem Beitritt der Tschechischen Republik in die Europäische Union. Diese Forderung brachte *Stoiber* nicht nur öffentlich vor, sondern auch im direkten Gespräch mit dem tschechischen Präsidenten *Vaclav Havel* bei dessen Staatsbesuch in Deutschland 2003 zum Ausdruck.[467]

Welche Auswirkungen diese personelle Verschränkung hat, lässt sich auch am Beispiel des Besuchs des tschechischen Premierminister *Zeman* in München 2001 dokumentieren. *Zeman* traf dort mit *Johann Böhm* in dessen Funktion als Präsident des Bayerischen Landtages zusammen. Obwohl wirtschaftliche Themen im Vordergrund stehen sollten, nutzte *Böhm* das Treffen für die Interessen der Vertriebenen und wertete dies als Signal für die Bereitschaft der tschechischen Regierung zu direkten Gesprächen mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft.[468]

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, Deutsche Leadership in der Europäischen Union?, in: Dies. et al., Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Opladen 2002, S. 167-228, S. 187.

[465] Vgl. Bericht zur Wahl *Stoibers* zum CSU-Vorsitzenden in der tschechischen Tageszeitung Slovo: „Patron sudetskych Nemců do cela CSU“, Slovo vom 18.01.1999, S. 1; vgl. SZ, 30.05.2004, S. 1.

[466] Neben *Volkmar Gabert* als Vorsitzender der Seliger-Gemeinde wurde der CSU-Bundespolitiker und bis 1998 Bundesvorsitzender des BdV sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der SL *Fritz Wittmann* berufen, vgl. Der SPIEGEL, 42/1997, S. 18.

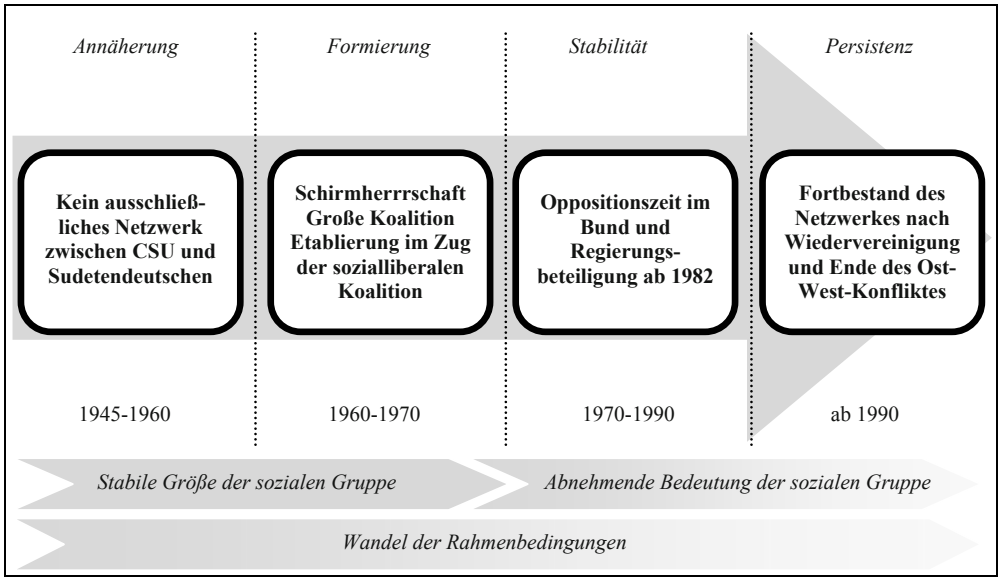
[467] Vgl. *Frank Spengler* und *Petr Blazek*, Deutsch-tschechische Beziehungen, Länderbericht der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag vom 02.06.2003, aus: http://www.kas.de/publikationen/2003/1927_dokument.html [01.03.2007].

[468] Ebd. S. 52 f.

6.4 Zwischenfazit

Die Entwicklung des Netzwerkes zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft konnte im vorstehenden Abschnitt schrittweise nachgezeichnet werden. Die Koalition ist generell als spezielle regionale Variante der übergreifenden Verbindung zwischen den Unionsparteien und den Vertriebenenverbänden zu verstehen. Dabei kristallisiert sich die Tendenz heraus, dass die Beziehungen zwischen CSU und SL intensiver und prägnanter ausfallen als dies auf Bundesebene zwischen CDU/CSU und den Vertriebenenverbänden der Fall ist. Hier fallen zwei Sondersituationen zusammen: zum einen die institutionelle Doppelrolle der CSU als bayerische Regionalpartei mit bundes- und europapolitischem Anspruch. Zum anderen die Bündelung der Sudetendeutschen in Bayern sowie deren schlagkräftige Interessenorganisation. Nachdem in den ersten Nachkriegsjahrzehnten noch nicht von einem ausschließlichen Netzwerk zwischen beiden Akteuren gesprochen werden kann und andere Parteien wie der BHE oder die SPD sogar noch engere Verbindungen zu den Vertriebenen aufwiesen, entwickelte sich die Verbindung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft schritt- und phasenweise weiter:

Abbildung 27: Entwicklungsphasen des Netzwerks CSU-SL



An eine Phase der Annäherung zwischen 1945 und 1960 schloss sich eine Phase der Formierung des Netzwerkes ab Beginn der 1960er Jahre an. Im Verlauf der Großen Koalition auf Bundesebene sowie im Zug der Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition etablierte sich ein besonderes Verhältnis zwischen beiden Akteuren, das zu einem engen Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft führte. Dieses stabi-

lisierte sich in den 1970er Jahren („Stabilitätsphase“) und blieb auch nach der Regierungsübernahme durch Union und FDP 1982 sowie der Wiedervereinigung erhalten („Persistenzphase“). Begünstigend auf die Vertiefung der engen Verbindung und des Netzwerks zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft wirkten sich im Rückblick zwei einander ergänzende Entwicklungen aus: Einerseits forcierte die CSU in Bayern im Zug der Übernahme der Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe und weitere gezielte Aktivitäten die Bindung der Sudetendeutschen an die CSU. Andererseits wurde sie selbst im Zeitverlauf durch ihre anhaltende politische Dominanz in Bayern und die außenpolitische Neuorientierung von SPD und FDP mehr und mehr zum einzig möglichen Ansprechpartner für die Sudetendeutsche Landsmannschaft.

Zieht man die deutsch-tschechischen bzw. zuvor der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen im Gesamten heran, sind CSU und Sudetendeutsche Landsmannschaft trotz ihrer starken Präsenz mitnichten die einzigen Akteure im Politikfeld. Hier lässt sich vielmehr eine Vielzahl von weiteren gesellschaftlichen, kulturellen sowie wirtschaftlichen Interessengruppen und Akteuren finden, die ihrerseits auf die bilateralen Beziehungen und die Tschechienpolitik der CSU Einfluss nehmen. So haben sich beispielsweise die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland bzw. Bayern und Tschechien hervorragend entwickelt. Auch auf den mittleren politischen Ebenen sowie bei Themen ohne vertriebenenpolitischen Hintergrund bestehen außerordentlich gute, ungetrübte Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland, dem Freistaat Bayern und der CSU sowie dem tschechischen Nachbarland. Dennoch belasten Probleme historischen Ursprungs im Zusammenhang mit der Vertreibung mit bzw. nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs regelmäßig die bilateralen Beziehungen, wobei vor allem die CSU hartnäckig als Vertreter der Position der Vertriebenen auftritt.

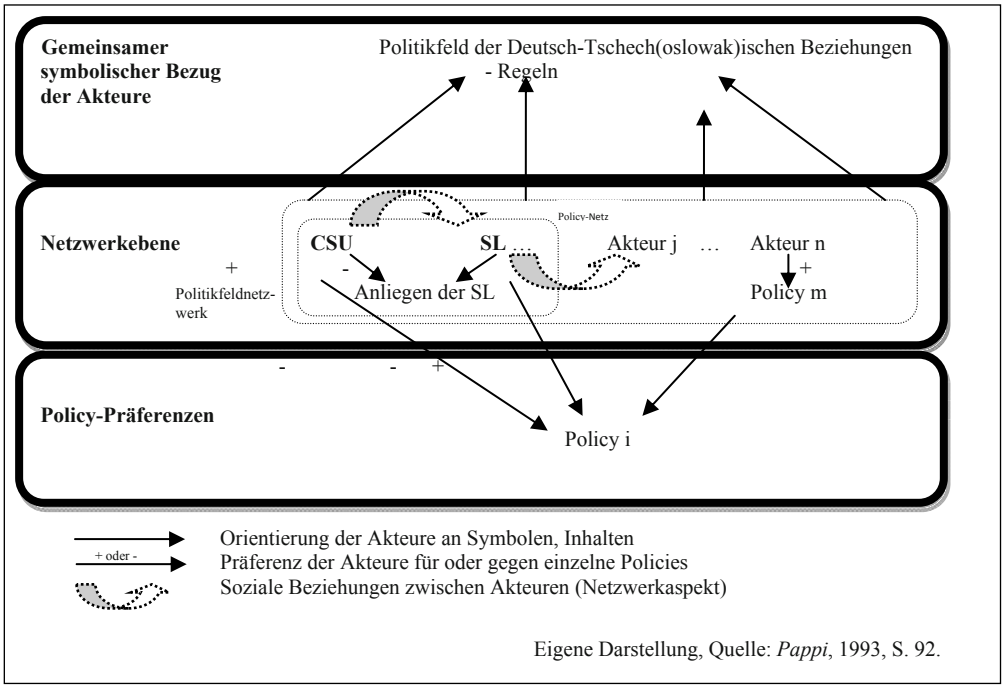
Dies ist dadurch zu erklären, dass die enge Verbindung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft als Policy-Netzwerk innerhalb des Politikfeld-Netzwerkes genau dann seine volle Wirkung entfaltet, wenn spezielle vertriebenenpolitische oder sudetendeutsche Anliegen wie das Recht auf Heimat und Rückkehr, Entschädigungen, die Einbeziehung in den Regierungsdialog oder finanzielle Unterstützung betroffen sind (Vgl. Abbildung 28).

Darüber hinaus lassen sich weitere Schlussfolgerungen zur CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft, ihren *Interaktionen* und deren *Wechselwirkung* sowie zur Bedeutung der *Rahmenbedingungen* ziehen:

- Wahltaktische Überlegungen erhöhten für die CSU den Anreiz, die Verflechtung mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu verstärken. Die Einbindung von konservativen Wählern sowie die Verhinderung von Wählerwanderungen nach rechts spielen dabei für die CSU eine besonders wichtige Rolle.
- Das Netzwerk selbst erfüllte für beide Akteure CSU und Sudetendeutsche Landsmannschaft bestimmte Funktionen: Während für die CSU die Kontrolle und Integration der Sudetendeutschen sowie ihrer Verbandsführung im Vordergrund standen, erfüllte es für die SL den Zweck der Teilhabe an und Einflussnahme auf politische Entscheidungen.
- Trotz des kontinuierlichen Ausbaus der engen Verbindung und des Netzwerkes wurde den Eliten und Spitzenfunktionären der Sudetendeutschen Landsmannschaft ebenso wie anderer Vertriebenenverbände der direkte personelle Zugang zu den höchsten Parteiämtern der CSU ebenso wie der CDU verwehrt.

- Das Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft kompensierte die abnehmende Homogenität, Kohärenz und Prägekraft der sudetendeutschen Volksgruppe sowie die fallenden Mitgliederzahlen der Organisation.
- Im Zug Wandel innerhalb der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen entwickelten sich die Zielsetzungen der Sudetendeutschen und der Verbandsführung auseinander.

Abbildung 28: Das Policy-Netz zwischen CSU und SL im Politikfeldnetzwerk



Eigene Darstellung, Quelle: *Pappi*, 1993, S. 92.

7 Das Policy-Netz zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft

Nach dem diachronen Überblick rückt im folgenden Abschnitt das konkrete Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft in den Fokus.[469] Auf der Grundlage einer dimensionalen Unterteilung sollen die Eigenschaften und Charakteristika des Policy-Netzwerks, anhand dessen die Koalition zwischen CSU und SL darstell- und messbar gemacht werden kann, erarbeitet werden. Die Einzeldimensionen Akteure, Funktion, Struktur und Institutionalisierung, Verfahrensregeln, Machtverteilung und Machtbeziehungen sowie Strategien sollen hierbei als Werkzeuge der „Analytical Toolbox“[470] der Netzwerkanalyse nach Möglichkeit zur Anwendung kommen. Zur übersichtlichen Gestaltung der Analyse wird zunächst auf die Akteure selbst eingegangen, um im Anschluss die Struktur und Institutionalisierung der Verbindung zwischen den Akteuren als „Herzstück“ der Netzwerkanalyse erarbeiten zu können.

Da die weiteren Dimensionen Funktion, Strategien, Verfahrensregeln sowie Machtverteilung große Überschneidungen aufweisen und eine separate Untersuchung viele Dopplungen mit sich bringen würde, werden sie im dritten Abschnitt der Netzwerkanalyse ergänzend im Zusammenhang beleuchtet. Zudem sollen anhand eines auf den gesamten Untersuchungszeitraum erweiterten Blickwinkels die Ungenauigkeiten und Verfälschungen, welche bei punktuellen Erhebungen auftreten können, vermieden und eine Betrachtung der Entwicklung des Netzwerkes ermöglicht werden. Daraus ergibt sich im Hinblick auf die übergreifende Forschungsfrage der vorliegenden Studie folgender Fragenkomplex: Welche Eigenschaften können dem Netzwerk zugeschrieben werden? Entsprechen die einzelnen Charakteristika und das Gesamtbild der Eigenschaften einem klientelistischen Netzwerk? Haben sich die Eigenschaften des Netzwerkes in den einzelnen Dimensionen sowie das Netzwerk als Ganzes im Zeitverlauf verändert, und wenn ja, wie?

7.1 Die Dimension Akteure

Mit CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft lässt sich die Akteursanzahl im Policy-Netzwerk auf zwei übergeordnete korporative Akteure eingrenzen, die sich in nächsten Schritten nochmals in weitere Subakteure unterteilen lassen. Neben der reinen Anzahl der an den Interaktionen Beteiligten ist jedoch die Analyse ihrer Eigenschaften von besonderem Interesse. Um ein möglichst vollständiges Bild des jeweiligen Akteurtyps zu erarbeiten, sollen sowohl die CSU als auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft jeweils hinsichtlich

[469] Vor allem bei personellen Verflechtungen wird der Fokus bei Bedarf dennoch ergänzend um die Vertriebenenverbände bzw. den BdV sowie die CDU erweitert.
[470] *Kenis* und *Schneider*, 1991, S. 25.

ihrer Interessenlage, Struktur und Ressourcen untersucht werden, um den Handlungskorridor, innerhalb dessen sich beide Akteure bewegen, abzustecken. Die Schwerpunkte der Analyse werden dabei unterschiedlich gesetzt: Während bei der CSU die verschiedenen Handlungs- und Machtzentren im Politikfeld der deutsch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen als Ansatzpunkte für die Einflussnahme der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Vordergrund stehen, richtet sich der Fokus bei der SL stärker auf deren Fähigkeiten und Ressourcen zur Einflussnahme auf die Parteienlandschaft im Politikfeld.

7.1.1 Die Christlich-Soziale Union

Die CSU nimmt im deutschen Parteiensystem in mehrerer Hinsicht eine Sonderrolle ein, da sie zwar eine autonome Landespartei ist, die ausschließlich in Bayern zu Wahlen auf allen Ebenen antritt und sich über Jahrzehnte aufgrund ihrer langjährigen absoluten Mehrheit bis 2008 im Bayerischen Landtag den Status einer „Staats- und Hegemonialpartei" erarbeitet hat.[471] In Verbindung mit der CDU, mit der sie 1947 eine Arbeits- und 1949 eine Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag einging, tritt die CSU aber zusätzlich als bundespolitische Kraft auf.[472] Der eigene Anspruch, eine Partei „mit besonderem Bundescharakter"[473] zu sein, wurde im Verlauf der 1960er Jahre mit der Entwicklung eines eigenen außenpolitischen Profils erweitert, sodass die inhaltliche, programmatische und machtpolitische Reichweite der CSU als Regionalpartei sowohl die Bundes- als auch die Außen- und Europapolitik umfasst.[474] Gerade in machtstrategischer Hinsicht ist diese institutionelle Doppelrolle der CSU von großer Bedeutung. So kann sich die CSU gleichzeitig als der Inbegriff der bayerischen Interessenvertretung darstellen und ihren überregionalen Gestaltungsanspruch behalten.[475]

Interessen

Wie die anderen Vertreter der Parteienlandschaft kommt der CSU im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und im Interessenvermittlungsprozess eine herausgehobene strukturelle Bedeutung zu. Von anderen „Vermittlungsagenturen zwischen Staat und Gesellschaft"[476] heben sich Parteien grundlegend dadurch ab, dass sie gleichermaßen als Interessenorganisationen, Beteiligungen von Regierungen und im Elektorat tätig werden können. So tritt die CSU sowohl in Form eines staatlichen als auch eines gesellschaftlichen Akteurs auf. Als „Gruppe gleichgesinnter Personen",[477] wie Parteien ganz allgemein verstanden werden, besteht ihre Zielsetzung darin, sich an der politischen Willensbildung zu

[471] *Mintzel*, 1999, S. 27.
[472] Vgl. Ders., 1978, S. 251 ff.
[473] Ders., 1977, S. 80.
[474] Zur Außen- und Europapolitik der CSU siehe: *Meier-Walser*, Reinhard C., Die Christlich-Soziale Union und die Außenpolitik, in: *Haneke*, Burkhard, Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 367-398.
[475] Vgl. *Kießling*, Andreas, Regieren auf immer? Machterhalt und Machterneuerungsstrategien der CSU, in: *Hirscher*, Gerhard und *Korte*, Karl-Rudolf (Hrsg.), Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosion in westlichen Demokratien, München 2001, S. 216-248. S. 228.
[476] *Korte* und *Fröhlich*, 2004, S. 133.
[477] *Winkler*, Jürgen, Parteien und Parteiensysteme, in: *Lauth*, Hans-Joachim (Hrsg.), Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung, Wiesbaden 2002, S. 213-238, S. 214.

beteiligen, politische Positionen zu besetzen und ihre definierten Ziele durchzusetzen. Von Interessenverbänden unterscheiden sie sich vor allem dadurch, dass sie konkrete politische und personelle Verantwortung für politische Entscheidungen tragen. Als Partei besteht eine der Hauptaufgaben der CSU daher in der Regierungsbildung und der Auswahl des politischen Personals.[478]

In einer Typologisierung kann die CSU seit den 1980er Jahren als Volkspartei oder „Catch-All Party" im Verständnis *Otto Kirchheimer*s eingeordnet werden.[479] Merkmale dieses Parteityps sind nach *Kirchheimer* eine Entideologisierung und die Vorrangigkeit von kurzfristigen wahltaktischen Überlegungen, die Stärkung der Parteieliten sowie ein gleichzeitiger Bedeutungsverlust des einzelnen Parteimitglieds, die Orientierung auf die gesamte Bevölkerung und das aktive Eingehen von Verbindungen mit den verschiedensten Interessenverbänden.[480] Hervorstechendste Charakteristika sind das (Wähler-)Stimmenmaximierungsprinzip sowie der Vorsatz der Regierungsübernahme durch Wahlsiege.[481] *Alf Mintzel* entwickelte das allgemeine Volksparteien-Konzept speziell für den „Fall CSU" weiter, wobei er argumentiert, dass diese nicht alle Volkspartei-Eigenschaften herausgebildet habe. Als „Massen- und Apparatpartei modernen Typs"[482] und Sonderfall einer Volkspartei kommen nach *Mintzel* der Organisation, Bürokratisierung, Mitgliederstärke sowie einem funktionsfähigen Parteiapparat mit weitreichenden Verwaltungsaufgaben und einer vielschichtigen Parteigliederung in der CSU besonders große Bedeutung zu. Eine der zentralen Eigenschaften, welche die CSU auszeichnet, ist die flächendeckende Parteiorganisation mit einer Vielzahl von Untergliederungen. Dies ist als Bestandteil einer gesellschaftspolitischen Integrationsstrategie zu sehen, die den Fortbestand der Wahlerfolge der CSU durch umfassenden Zugriff auf breite Teile der Bevölkerung bzw. von Bevölkerungsgruppen sichern soll.[483]

Aufbau und Struktur

Im Hinblick auf Aufbau und Struktur ist vornehmlich von Interesse, welche Bereiche und Teilakteure der Partei Einfluss auf die Politikformulierung im Politikfeld der deutsch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen ausüben. Hier lässt sich die CSU im Sinne eines Dachverbands in einzelne Subakteure untergliedern, die jeweils am politischen Entscheidungsprozess der Partei maßgeblich beteiligt sind.[484] Drei unterschiedliche Handlungsarenen der CSU können voneinander abgegrenzt werden: erstens als staatlicher Akteur in Form der Bayerischen Staatsregierung; zweitens in Form der parlamentarischen Verantwortungsträger und drittens als Parteiorganisation mit dem Parteivorstand und Partei-

[478] Vgl. *Hirscher*, Gerhard, Die CSU zwischen Kontinuität und Wandel: Herausforderungen an eine staats- und regierungstragende Volkspartei zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: *Hirscher* und *Korte* (Hrsg.), 2001, S. 193-215, S. 200.
[479] Vgl. *Gnad* und *Franz*, 2005, S. 533 f.; *Kirchheimer*, Otto, Der Wandel des Europäischen Parteiensystems, in: PVS 6 (1965), S. 24-41.
[480] Vgl. *Hofmann*, 2004, S. 56. Zu den Merkmalen der Volkspartei siehe eine detaillierte Aufstellung in: *Mintzel*, Alf, Die Volkspartei, Opladen 1983, S. 103 f.
[481] Vgl. *Kirchheimer*, 1965, S. 34.
[482] *Mintzel*, 1978, S. 67; *Mintzel* lehnt den Begriff an die Typologisierung von *Sigmund Neumann* an, vgl. *Neumann*, Sigmund, Die deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932, S. 101 f.
[483] Ebd., S. 76.
[484] Zur Organisationswirklichkeit von Parteien im parlamentarischen System der Bundesrepublik vgl. *Pöllmann*, 2006, S. 194 ff.

präsidium sowie der CSU-Landesleitung als Steuerungszentralen. Aus diesen unterschiedlichen Bereichen werden fünf „Machtzentren“[485] identifiziert: „Bayerische Staatsregierung“, „Europagruppe der CSU im Europäischen Parlament“, „Landesgruppe der CSU im Deutschen Bundestag (mit den Regierungsmitgliedern der CSU im Bund)“, „CSU-Landtagsfraktion“ sowie „Parteivorsitz und CSU-Landesleitung“ (vgl. Abbildung 29).

Abbildung 29: Handlungsarenen und Machtzentren der CSU

Staatliche Arena	Parlamentarische Arena	Arena Parteiorganisation
• Bayerische Staatsregierung	• CSU-Europagruppe • CSU-Landesgruppe im Bundestag • CSU-Landtagsfraktion	• Parteivorstand • Parteipräsidium • CSU-Landesleitung

Nicht die abstrakte Partei „CSU“ als Ganzes, sondern einzelne Teilakteure und Machtzentren – die ihrerseits wiederum Zusammenfassungen von Einzelakteuren darstellen – sind es, die im Politikformulierungsprozess aktiv werden und daher im Policy-Netzwerk die Ansatzpunkte für die Sudetendeutsche Landsmannschaft darstellen, um ihre Anliegen im Entscheidungsprozess der Partei einzubringen. Aufschlussreich für die Gestaltungsmöglichkeiten und die parteiinterne Stellung der einzelnen Subakteure sind dafür die Position des jeweiligen Subakteurs im Machtgefüge der CSU sowie dessen Handlungsressourcen im Politikfeld der deutsch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen.

Die Bayerische Staatsregierung, welche von der CSU zwischen 1962 und 2008 allein gestellt wurde, nimmt im Machtgefüge der CSU eine besondere Rolle ein, da sie wichtige Ressourcen sowie Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet. Nur als Steller der Bayerischen Landesregierung kann die CSU ihren landes-, bundes- und europapolitischen Ansprüchen ausreichend gerecht werden.[486] Der Ministerpräsident nimmt in seiner Doppelfunktion als Regierungschef und Staatsoberhaupt sowie mit seiner Richtlinienkompetenz eine herausragende, politisch gestaltende Stellung in Bayern ein. In der Bayerischen Staatskanzlei, die ihm als Regierungsapparat dient, werden die bundes- und außenpolitischen Kompetenzen gebündelt. So übernimmt entweder der Ministerpräsident oder ein in der Staatskanzlei angesiedelter zuständiger Staatsminister die Vertretung des Landes im Bundesrat.[487] Mit der Vertiefung der Europäischen Union im Zug des Maastrichter Vertrages und einer Neuformulierung des Art. 23 GG wurden die Partizipationsrechte des Bundesrates und damit der Bundesländer gestärkt.[488] Darüber hinaus steht dem Ministerpräsidenten ein Rederecht vor dem Deutschen Bundestag zu und übernimmt die Staatskanzlei den Aufbau sowie die Pflege von Beziehungen zu anderen Staaten bzw. Regi-

[485] Der Begriff wird in Anlehnung an *Kießling*, 2004, S. 97 ff. gebraucht.
[486] Zur Bedeutung des Bayerischen Staatsregierung innerhalb der CSU siehe ausführlich: *Kießling*, 2004, S. 121-134.
[487] Vgl. *Häußer*, Otto, Die Staatskanzleien der Länder, Baden-Baden 1995, S. 37 ff.
[488] Vgl. *Henning*, Klaus, Die deutschen Bundesländer und die Europäische Union, Vierow bei Greifswald 1996, S. 80 ff; *Hübler*, Martin, Bayern in Europa, Determinanten der bayerischen Europapolitik bis zur EU-Osterweiterung, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2003, S. 96-98.

onen.[489] Diese Ressortaufgabe wurde von der CSU beständig ausgebaut. Durch die institutionellen Befugnisse sowie die Ressourcen der Ministerialbürokratie kann die Staatsregierung und in nochmals herausgehobener Stellung der Ministerpräsident Einfluss auf die bundespolitische und europapolitische Positionierung der CSU nehmen.[490] Neben der Thematisierungsfunktion, die der Ministerpräsident mit seiner ausgeprägten Außen- und Öffentlichkeitswirkung besonders gut ausfüllen kann, hat er aufgrund seiner zentralen Stellung sowohl im Politikformulierungs- als auch Politikumsetzungsprozess umfangreiche Kompetenzen.

Im außen- und europapolitischen Kontext ist das Machtpotenzial der CSU-Landtagsfraktion wie des Landtages allgemein im Zug der fortschreitenden europäischen Integration einem Bedeutungsverlust ausgesetzt, auch wenn der europapolitische Anspruch mit der Einrichtung eines Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie eines zuständigen Arbeitskreises der CSU-Fraktion deutlich gemacht werden soll.[491] Im deutschen und europäischen Mehrebenensystem sind die Mitwirkungsmöglichkeiten der Landtage im Vergleich zu den Länderregierungen begrenzt, die über den Bundesrat direkt Einfluss nehmen können.[492] Der Bayerische Landtag zeichnet sich zwar durch zahlreiche außenpolitische Initiativen aus und besitzt einen Informationsanspruch, nimmt jedoch für sich keine institutionalisierten Mitwirkungsrechte gegenüber der Staatsregierung in der Europapolitik in Anspruch. Daher können ihm und der CSU-Landtagsfraktion keine außergewöhnlichen Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungsfindung der Staatsregierung in diesem Politikfeld zugeschrieben werden.[493] Die Mitwirkungsmöglichkeiten im Entscheidungsprozess der CSU zur Tschechienpolitik lassen sich jedoch nicht ausschließlich aus der formal-rechtlichen Stellung ablesen. Vielmehr findet in der politischen Praxis eine enge Kooperation zwischen Staatsregierung und Fraktion statt. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die Staatsregierung auf die Zustimmung und Unterstützung der Landtagsfraktion „als Transmissionsriemen zwischen Bürgern, Parteibasis und Parteispitze der CSU“[494] angewiesen ist. Dem Vorsitzenden der CSU-Fraktion kommt dabei besondere Bedeutung zu. Beispielsweise erfuhr die Fraktion mit *Alois Glück* als Fraktionsvorsitzendem zwischen 1988 bis 2003 eine Stärkung gegenüber den anderen Machtzentren der CSU.[495] Wichtige Ansatzpunkte für die Vertriebenenverbände in der CSU-Landtagsfraktion sind die Vorstandschaft der Fraktion, der Arbeitskreis für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie der gleichnamige Landtagsausschuss und die Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik der CSU-Landtagsfraktion. Vor allem bei der inhaltlichen Vorbereitung von Initiativen der CSU-Fraktion ist die Arbeitsgruppe wichtiger Kommunikationskanal für die Vertriebenen:

---

[489] § 1 I Ziff. 9 StRGVV, zu finden in: http://www.bayern.de/Politik/Staatsregierung/geschaeftsverteilung.html [24.02.2007].
[490] Vgl. *Schmöller*, 2009, S. 21-34 und S. 44-51.
[491] Ausführlicher bei: *Johne*, Roland, Landesparlamentarismus im Zeichen der europäischen Integration, Frankfurt a.M. 1994.
[492] Vgl. *Sturm*, Roland, Föderalismus in Deutschland, Berlin 2001, S. 117 ff.
[493] Vgl. explizit zum Bayerischen Landtag: *Johne*, 2000, S. 215.
[494] *Kießling*, 2004, S. 118.
[495] Vgl. ebd. *Alois Glück* nahm im Vergleich zu seinem Vorgänger, dem Sudetendeutschen *Gerold Tandler* eine unabhängigere Position zur Staatsregierung ein, was seinen Einfluss im Entscheidungsprozess erhöhte; vgl. *Müller*, Kay, Schwierige Machtverhältnisse. Die CSU nach Strauß, Wiesbaden 2004, S. 141 f.

„Die Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik der CSU-Landtagsfraktion hält regelmäßig alle zwei Monate Sitzungen im Bayerischen Landtag ab. Vertriebenenpolitische Fragen und Positionspapiere zur Thematik der Vertriebenenpolitik sowie Aktivitäten in diesem Bereich werden mit der CSU-Landtagsfraktion und mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft eng abgestimmt."[496]

Der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag bzw. in ihrer Fraktionsgemeinschaft in „konkurrierender Kooperation"[497] mit der CDU kommt für die bundes- und europapolitische Stellung der gesamten Partei eine herausragende Bedeutung zu, sodass die Koordination zwischen Parteiführung, Bayerischer Staatsregierung und CSU-Landesgruppe hohe Priorität einnimmt.[498] Bei den Gestaltungsmöglichkeiten muss grundsätzlich zwischen Beteiligung an der Bundesregierung und Opposition unterschieden werden. Als Regierungspartner ergibt sich eine Vielzahl an Mitwirkungsmöglichkeiten, da wesentliche nationale Entscheidungen auf Koalitionsebene (Koalitionsvertrag, Koalitionsausschuss, Kabinett) getroffen werden. Auch auf EU-Ebene eröffnen sich durch Beteiligung an der Bundesregierung Chancen, da viele Beschlüsse im Europäischen Rat vorbereitet werden. Doch als Mitglied der Bundesregierung ist der Einfluss der CSU als Juniorpartner in der Regierungskoalition vor allem in der Außenpolitik begrenzt. Fällt die Verantwortung und der Zwang einer Regierungskoalition in Oppositionszeiten wie von 1998 bis 2005 oder zwischen 1969 und 1982 weg, muss sie jedoch in geringerem Maß Kompromisse eingehen und gewinnt so bei der Thematisierung von bestimmten Anliegen größere Handlungsfreiheit, um sich als Vertreter von bayerischen oder sonstigen Sonderinteressen zu profilieren: Einen Beleg dafür liefert beispielsweise der Vertrag der Bundestagsfraktion von CDU und CSU vom 6. Oktober 1998, der eine Ausnahmeklausel bei Fragen von besonderer Bedeutung vorsieht und so der CSU die Möglichkeit einräumt, von der gemeinsamen Fraktionslinie abzuweichen.[499]

Die Erfolgsaussichten auf Umsetzung von Initiativen sind in der Opposition freilich gering. Die institutionellen Möglichkeiten des Bundestages und damit der CSU-Landesgruppe in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, europapolitisch gestaltend tätig zu werden, sind relativ beschränkt, auch wenn die nationalen Parlamente durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Europäischen Verfassungsvertrag 2009 eine Stärkung erfahren haben.[500] Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Bundesregierung im Fall der Regierungsbeteiligung der CSU bzw. die Parteiführung auf die Zustimmung der Bundestagsfraktion bzw. der Landesgruppe bei Verträgen oder Initiativen angewiesen ist.[501] Mit

[496] Hintergrundgespräch mit *Christa Matschl*, MdL, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Vertriebene und vertriebenenpolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion, in München am 27.05.2009.
[497] Ausführlicher dazu bei: *Oberreuter*, Heinrich, Konkurrierende Kooperation – Die CSU in der Bundesrepublik, in: *Haneke*, 1995, S. 319-332; zur Sondersituation der CSU-Landesgruppe siehe: *Buchstab*, Günther, Ein parlamentarisches Unikum: die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft, in: *Schwarz*, Hans-Peter (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 255-274.
[498] Vgl. *Mintzel*, 1999, S. 92; *Kießling*, 2001, S. 229.
[499] Vgl. SZ, 09.10.1998. S. 2; „CSU kann in Bonn von Unionslinie abweichen"; diese Möglichkeit hält sich die CSU in der gemeinsamen Fraktion aber auch in Zeiten gemeinsamer Regierung offen, vgl. Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vom 29.09.2009; online abgerufen unter: http://www.cducsu.de/Titel__organisation/TabID__19/SubTabID__62/Texte.aspx [17.11.2009].
[500] Vgl. *Sach*, *Annette*, Finale Feinarbeit. Lissabon Vertrag. Bundesverfassungsgericht mahnt mehr Mitsprache für Bundestag an, in: Das Parlament, Nr. 28, 06.07.2009.
[501] Zu den Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundestages am außenpolitischen Entscheidungsprozess siehe: *Jasmut*, Gunter, Die politischen Parteien und die europäische Integration, Frankfurt a.M. 1995, S. 81-104.

dem Maastrichter Vertrag wurden jedoch nicht nur die Partizipationsrechte des Bundesrates ausgebaut, auch die Stellung des Bundestages und der Fraktionen wurde gestärkt.[502] So soll der Bundestag frühzeitig und umfassend zu europäischen Angelegenheiten informiert werden und er hat die Möglichkeit, Stellungnahmen abzugeben. Im erst seit Anfang der 1990er Jahre bestehenden Europaausschuss wurde zudem neben dem öffentlichkeitswirksamen Plenum ein Arbeitsgremium zur Auseinandersetzung mit europäischen Themen eingerichtet. Ungeachtet des generellen Einflusses, den die CSU-Landesgruppe sowie die Mitglieder der CSU in der Bundesregierung aufgrund ihrer außen- und europapolitischen Kompetenzen innerhalb der CSU ausüben können, lässt sich dieser anhand verschiedener Faktoren diversifizieren: So ist ihr Einfluss größer, wenn die Landesgruppe Teil der Regierungsfraktionen ist und sich der Parteivorsitzende aus ihren Reihen rekrutiert.[503] Ansatzpunkt für die Vertriebenenverbände ist – in ihrer Ausgestaltung durchaus vergleichbar zur CSU-Landtagsfraktion – neben den Mitgliedern des zuständigen CSU-Arbeitskreises sowie des Auswärtigen und Europaausschusses vor allem die Arbeitsgruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Fraktion, welche zu den soziologischen Gruppen innerhalb der Fraktion zählt. Ihre innerfraktionelle Bedeutung wird zwar sowohl in machtpolitischer als auch inhaltlicher Hinsicht als relativ gering eingeschätzt.[504] So wird die regelmäßig dienstagmorgens tagende Gruppe kaum wahrgenommen und wenig frequentiert:

> „Bei den Sitzungen der AG Vertriebene, Aussiedler und Flüchtlinge sind regelmäßig mindestens drei bis fünf Abgeordnete anwesend. Es kommt aber durchaus vor, dass mehr als fünf Kolleginnen und Kollegen an AG-Sitzungen teilnehmen.“[505]

Die Wahrnehmung der AG ist stark personalisiert, sodass vor allem ihre Vorsitzenden und Sprecher in Erscheinung treten. Für die Verbindung zwischen Union und Vertriebenen nimmt die Arbeitsgruppe eine wichtige Rolle ein:

> „Die AG Vertriebene stellt die Kontakte zu den Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden her. Von Vorteil im politischen Alltag sind aber auch personelle Überschneidungen zwischen Verbandsführung und Unionsabgeordneten wie bei der BdV-Präsidentin und CDU-Abgeordneten Erika Steinbach. Das erleichtert den Kontakt.“[506]

Die geringere Wahrnehmung und Diskussion vertriebenenpolitischer Themen bedeutet jedoch nicht, dass die Anliegen der Vertriebenen wenig Rückhalt in der CSU-Landesgruppe bzw. der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben. Dies ist vielmehr darauf zurückzuführen,

---

[502] Gesetz vom 12.03.1993, BGB1. I 1993, S. 311; *Ismayr*, *Wolfgang*, Der Deutsche Bundestag seit 1990, in: ApuZ, Nr. 28, 06.07.2009, S. 34-40.

[503] Vgl. *Kießling*, 2004, S. 146; Zur Bedeutung der CSU-Landesgruppe siehe: *Mintzel*, Alf, Rolle der CSU-Landesgruppe, in: Politische Studien, Sonderheft 1, 1989, S. 113-134. Den schwindenden Einfluss der Bundestagsabgeordneten der CSU belegt den Anteil der MdB am CSU-Vorstand und –Präsidium vor und nach dem Regierungswechsel 1998, siehe: *Kießling*, 2004, S. 144.

[504] So die übereinstimmende Einschätzung mehrerer Mitglieder der CSU-Landesgruppe im Bundestag in Hintergrundgesprächen.

[505] Hintergrundgespräch mit *Stephan Mayer*, MdB, Stv. Vorsitzender der UdV und der AG Vertriebene der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Präsidiums des BdV, in Altötting am 12.03.2009 und in Schwandorf am 08.05.2009.

[506] Ebd.

dass die Positionen „klar abgesteckt“[507] sind und die Haltung der Fraktion deswegen wenig Diskussion bedarf.

Die parlamentarische Vertretung der CSU im Europäischen Parlament fiel in der innerparteilichen Bedeutung gegenüber den anderen CSU-Akteursgruppen im Bayerischen Landtag und Deutschen Bundestag über einen langen Zeitraum deutlich zurück. Dies ist auf mehrere Gründe zurückzuführen: Zum einen war das Europäische Parlament, dessen Mitglieder erst seit 1979 direkt gewählt werden, zunächst mit nur wenigen Gestaltungsmöglichkeiten ausgestattet. Daher war die vergleichsweise kleine CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament kaum zur Profilierung attraktiv und wurde eher als „politischer Verschiebebahnhof und eine Versorgungsstation für altgediente Politiker“[508] denn als anzustrebendes politisches Betätigungsfeld mit ernst zu nehmendem Einfluss angesehen.[509] Dies hat sich erst mit den institutionellen Veränderungen der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union in den 1990er Jahren geändert. Im Zug einer fortschreitenden Parlamentarisierung der Europäischen Union ist ein erheblicher Machtzuwachs des Europäischen Parlamentes durch politische Professionalisierung, Kompetenzausweitung sowie Intensivierung kommunikativer Vernetzung und damit vor allem der Europaabgeordneten festzustellen.[510] Die dominierende Rolle bei der Formulierung und konzeptionellen Entwicklung der Außen- und Europapolitik der CSU nehmen nach wie vor die Bayerische Staatsregierung mit dem Ministerpräsidenten sowie der CSU-Parteivorsitzende ein.[511] Dennoch sind die Europaparlamentarier der CSU im politischen Alltag mittlerweile an vielen Abstimmungsprozessen in den Politikfeldern der Europapolitik, Außenpolitik und in diesem Zusammenhang auch der deutsch-tschechischen Beziehungen beteiligt. Durch den Bedeutungsgewinn des Europäischen Parlaments und die kontinuierliche Tätigkeit auf europäischer Ebene haben die Europaabgeordneten für den Willensbildungsprozess innerhalb der Partei wichtige inhaltliche und generell formale Kompetenzen wie beispielsweise die Abstimmung im Europäischen Parlament über den Beitritt der mittel- und südosteuropäischen Staaten zur EU hinzugewonnen. In diesem Zusammenhang haben auch die Möglichkeiten für die CSU-Europagruppe zur Thematisierung von politischen Aussagen auf europäischer Ebene zugenommen.

Der CSU-Landesleitung kommen neben der Organisation und Verwaltung der Parteistrukturen auch die inhaltlich-programmatischen Vorarbeiten sowie die Betreuung der Parteigliederungen zu. Der Parteivorsitzende nimmt durch seine „parteiinterne Richtlinienkompetenz“[512] eine besondere Rolle ein und hat vor allem im Bereich der Außenpolitik große Entscheidungsbefugnis zur Positionierung der Partei. Wichtig sind in diesem Zusammenhang Doppelfunktionen der Parteivorsitzenden, die sich auf das Gewicht ihrer außen- und europapolitischen Vorgaben auswirken. So waren *Theo Waigel* beispielsweise Bundesfinanzminister und sein Nachfolger *Edmund Stoiber* Bayerischer Ministerpräsident.

---

[507] Hintergrundgespräch mit *Maria Eichhorn*, MdB a.D., Mitglied des Deutschen Bundestages zwischen 1990 und 2009, in Regensburg am 08.04.2009; eine Reihe von Mitgliedern der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag äußerten sich dazu ähnlich.
[508] *Jasmut*, 1995, S. 63.
[509] Vgl. SZ, 30.11.1998, S. 6.
[510] Vgl. *Sebaldt*, Martin, Parlamentarismus im Zeitalter der Europäischen Integration. Zur Logik und Dynamik politischer Entscheidungsprozesse im Mehrebenensystem der EU, Opladen 2002.
[511] Vgl. *Meier-Walser*, 1995, S. 367 ff.; *Bischoff*, 1973.
[512] Ebd., S. 101.

Weitere wichtige Aufgaben in der Parteiorganisation übernehmen der Generalsekretär und der Landesgeschäftsführer als politische bzw. organisatorische Verantwortungsträger. Besondere Bedeutung im Entscheidungsprozess der Partei kommen neben dem Führungsanspruch des Vorsitzenden und der Führungsgremien Parteivorstand sowie Parteipräsidium der inhaltlichen Vorarbeit der politikfeldspezifischen Referate der Parteizentrale und den von der CSU-Landesleitung organisatorisch betreuten Arbeitsgemeinschaften zu. Die Vertriebenen besitzen mit der Union der Vertriebenen (UdV) als Landesvereinigung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge von CDU und CSU (OMV) ein Sprachrohr, das zumindest formal den größeren Arbeitsgemeinschaften wie der Jungen Union oder der Frauen Union weitgehend gleichgestellt ist.[513] So sind der UdV-Vorsitzende sowie der in der CSU-Landesleitung beschäftigte hauptamtliche UdV-Landesgeschäftsführer „direkt an den Entscheidungsfindungsprozessen innerhalb der CSU beteiligt" und UdV-Vorsitzende seit 1977 automatisch in den Landes- bzw. Parteivorstand kooptiert.[514] Die vergleichsweise geringe Mitgliederzahl der UdV im Vergleich zu den großen Arbeitsgemeinschaften lässt jedoch auf ein schwächeres Macht- und Mobilisierungspotenzial innerhalb der Partei schließen.[515] Der faktische Einfluss der Arbeitsgemeinschaft vor allem für die ersten Jahrzehnte seines Bestehens wird auch in der eigenen Einschätzung als relativ gering bewertet. So stellt der ehemalige UdV-Landesvorsitzende *Sieghard Rost* fest:

> „Aus den vorhandenen (und nicht vorhandenen) Unterlagen muss man schließen, dass die UdV in den fünfziger und sechziger Jahren ein Schattendasein in der CSU geführt hat. […] Allem Anschein nach sind auch die drei großen Sozialgesetze der Nachkriegszeit ohne entscheidende Mitwirkung der UdV zustandegekommen, nämlich das Soforthilfegesetz (1949), das Lastenausgleichsgesetz (1952) sowie das Bundes-Vertriebenen und –Flüchtlingsgesetz (BVFG) (1953)."[516]

Nach einer Entscheidung zwischen Auflösung oder Reaktivierung wurde die Union der Vertriebenen in der CSU ab 1975 organisatorisch auf Land-, Bezirks- und Kreisebene neu aufgestellt und eine gezielte Unterstützung durch die CSU-Abgeordneten der Landes- und Bundesebene forciert. Der UdV sollte nun explizit die Rolle als „Mittlerin zwischen CSU, den Vertriebenen und ihren Verbänden (BdV und Landsmannschaften)"[517] und als Ansprechpartner für die Vertriebenen zukommen.[518] Seit diesem Neuanfang wird der UdV parteiintern inhaltlich und personell gestiegener Einfluss attestiert, auch wenn sie im politischen Tagesgeschäft weniger eine herausragende Rolle spielt:

---

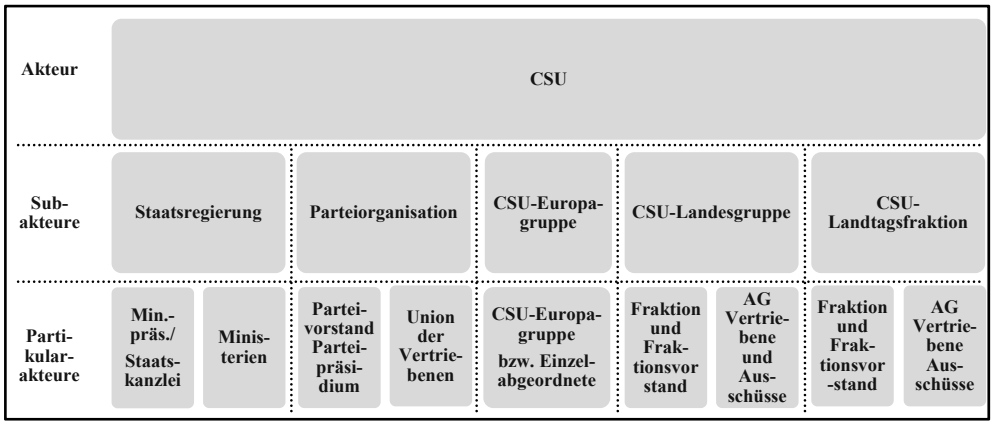
[513] Vgl. *Franz* und *Gnad*, 2005, S. 573.
[514] Mündliche Mitteilung des Landesgeschäftsführers der UdV, *Florian Hahn*, am 04.04.2007; *Rost*, 1997, S. 12.
[515] Die Mitgliederzahlen der UdV nahmen nach einem Anstieg von 1.800 Mitgliedern 1985 auf rund 2.500 Mitgliedern 1999 über 2.266 Mitglieder 2001 bis 1.497 Mitglieder in 2004 dramatisch ab, Informationen aus den Originalprotokollen der Landesversammlungen am 30.10.1999 in Deggendorf, am 27.10.2001 in Bayreuth und am 24.01.2004 in München, Abschrift der Originalprotokolle am 04.04.2007 in der CSU-Landesleitung und Rechenschaftsbericht des CSU-Generalsekretärs *Gerold Tandler*, Abschrift im ACSP am 04.02.2009.
[516] *Rost*, 1997, S. 9.
[517] Ebd. S. 11.
[518] Der Zuspruch der Vertriebenen zur CSU im Vergleich spielte dabei nach wie vor eine bedeutende Rolle, wie folgendes Zitat zur Neuorganisation belegt: „Bei den intensiven Beratungen spielte das Verhältnis der Heimatvertriebenen zu den beiden Volksparteien CSU und SPD eine wichtige Rolle", *Rost*, 1997, S. 11.

„Die Rolle der UdV in der CSU ist in den vergangenen Jahren unverändert geblieben. Sie ist zwar von der Mitgliederzahl die kleinste, aber dennoch eine wichtige Arbeitsgemeinschaft der Partei. Die bestehenden vertriebenenpolitischen Positionen der CSU werden fortgeschrieben und stehen nicht zur Disposition.“[519]

Der personalpolitische Einfluss ist besonders bei Listenaufstellungen für Landes-, Bundes- und Europawahlen wichtig. Hier wird nach wie vor darauf geachtet, dass UdV-Vertreter „nicht zu weit hinten platziert werden“.[520]

In einer dreiteiligen Abstufung können die Subakteure der CSU nochmals in neun Partikularakteure – Ministerpräsident und Ministerien in der staatlichen Arena, Parteivorstand und Parteipräsidium sowie Union der Vertriebenen in der Arena Partei und CSU-Europagruppe bzw. CSU-Europaabgeordnete, CDU/CSU-Bundestagsfraktion und AG Vertriebene sowie CSU-Landtagsfraktion und AG Vertriebene in der parlamentarischen Arena unterteilt werden.[521]

Abbildung 30: Dreistufige Unterteilung des Akteurs CSU im Überblick



Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten

Aufgrund ihrer jahrzehntelangen Regierungstätigkeit sowie flächendeckenden Organisation kann die CSU auf umfassende institutionelle, finanzielle und personelle Ressourcen zurückgreifen. Im Gegensatz zu den anderen großen deutschen Parteien konnte die CSU ihre Mitgliederzahl seit Beginn der 1980er Jahre zwischen 170.000 und 180.000 relativ stabil halten.[522] 2005 betrug die Mitgliederzahl 170.000, 2008 bei leicht negativem Trend

[519] Vgl. Hintergrundgespräch mit *Markus Zorzi*, Landesgeschäftsführer der CSU, in Kloster Banz am 25.07.2009.
[520] Hintergrundgespräch mit *Maria Eichhorn*, MdB a.D., in Regensburg am 08.04.2009; übereinstimmende Aussage mehrerer CSU-Abgeordneter unterschiedlicher Ebenen.
[521] Aufgrund der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU im Deutschen Bundestag ist eine Betrachtung des gesamten Fraktionsvorstandes der CDU/CSU-Fraktion unter besonderer Berücksichtigung der CSU-Landesgruppe notwendig.
[522] Zur Organisation und Entwicklung der Mitgliederzahl der CSU siehe: *Mintzel*, 1999, S. 65 ff.

167.000 (Stand: Juni 2008).[523] Die Gesamteinnahmen der CSU schwankten im Zeitraum zwischen 1994 und 2003 jährlich im Rahmen zwischen mindestens 52,869 Mio. DM (27,03 Mio. Euro) 1995 und höchstens 44,038 Mio. Euro 2003.[524] Bei der Zusammensetzung der Finanzmittel ist ein Wandel zu beobachten: 1994 erhielt die CSU 26,47 Prozent ihres Etats aus Mitgliedsbeiträgen, 26,97 Prozent aus Spenden, 6,35 Prozent aus sonstigen Einnahmen und 40,03 Prozent aus staatlichen Mitteln. Vor allem die Spenden gingen bis zum Jahr 2004 zurück und machten nun nur noch 15,76 Prozent des Etats aus, 33,71 Prozent stammten aus Mitgliedsbeiträgen. Sonstige Einnahmen machten 20,96 Prozent des Etats aus. Während 29,57 Prozent des Gesamtetats von knapp 40 Mio. Euro aus staatlichen Mitteln kamen.[525]

Will man sich an eine Einschätzung des Einflusses der einzelnen Subakteure im außenpolitischen Entscheidungsprozess der CSU annähern, ist hilfreich die Handlungsmöglichkeiten der einzelnen Subakteure und deren innerparteilichen Einfluss abzuwägen: Während der Parteivorsitzende sowie das Führungspersonal an der Spitze der Parteiorganisation die innerparteiliche Positionsbestimmung und programmatische Ausrichtung übernehmen, kann dem Ministerpräsidenten und der Staatsregierung eine starke Rolle in der (außen-)politischen Praxis zugeschrieben werden. Der innerparteiliche Einfluss der Parlamentsfraktionen der CSU ist eng verbunden mit dem konkreten Einfluss im Politikfeld und Personalüberschneidungen mit anderen Subakteuren. Treten der Ministerpräsident und der Parteivorsitzende in Personalunion auf, dann erhöht sich mit der Einheitlichkeit des Auftretens beider Subakteure und der Bündelung der Einflussmöglichkeiten in einer Person dessen Machtpotenzial. Der Einfluss der CSU-Landesgruppe ist von der Regierungsbeteiligung und der Personalsituation abhängig. Insgesamt ist zu konstatieren, dass sich die Handlungsmöglichkeiten und -ressourcen der CSU als Gesamtakteur im Politikfeld nicht an den Chancen einzelner Subakteure oder deren Summe festmachen lassen, sondern sich im Zusammenspiel aller Teilakteure ergeben, sodass jeder Subakteur für sich als Ansatzpunkt zur Einflussnahme für Interessenverbände von Bedeutung ist.

[523] Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung (Bpb), Mitgliederentwicklung der Parteien, Dossier Parteien, online abgerufen unter: http://www.bpb.de/themen/NW8VAW,0,0,Mitgliederentwicklung.html [12.02.2009].

[524] Vgl. *Adams*, Karl-Heinz, Parteienfinanzierung in Deutschland, Marburg 2005, S. 541. Die Mittel setzen sich aus 37 Prozent Spenden, 29 Prozent Mitgliedsbeiträge, 27 Prozent staatlichen Mitteln und 7 Prozent Sonstigem zusammen (1998), aus: Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Bericht über die Rechenschaftsberichte der Jahre 1996, 1997 und 1998 sowie über die Entwicklung der Finanzen der Parteien gemäße Art. 23 Abs. 5 des Parteiengesetzes (PartG), BT-Drucksache 14/4747 vom 21.11.2000, S. 79; Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2004, BT-Drucksache 16/1270 vom 28.04.2006, S. 151.

[525] Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), Parteienfinanzierung, online abgerufen unter: http://www.bpb.de/themen/SWLWF8,0,0,Parteienfinanzierung.html [12.02.2009].

7.1.2 Die Sudetendeutsche Landsmannschaft

Interessen

Wie lassen sich nun die Sudetendeutsche Landsmannschaft, ihre Interessenlagen und Zielsetzungen konkret einordnen? Generell stellt die SL ein organisiertes Interesse dar, verstanden als „ein freiwilliger Zusammenschluss sozialer Einheiten mit bestimmten Zielen", die sich arbeitsteilig organisieren und Führungsstrukturen herausbilden sowie die „Zielsetzung, die individuellen, materiellen oder immateriellen Bedürfnisse ihrer Mitglieder zu befriedigen" aufweisen.[526] Die Anliegen der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Politikfeld der deutsch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen können neben einer innen- und außenpolitischen Unterteilung in Einzelpunkte wie „Recht auf Heimat und Rückkehr in die ehemaligen Heimatgebiete", „Entschädigung", „Aufhebung der Beneš-Dekrete" und „Direkter Dialog der Vertriebenenverbände mit der tschechischen Regierung" sowie ergänzend „Finanzielle Unterstützung"[527] aufgegliedert werden.

Abbildung 31: Innen- und außenpolitische Zielsetzungen der SL

Innenpolitische Zielsetzungen	**Außenpolitische Zielsetzungen**
• Integration • Ausgleichszahlungen • Bewahrung von Tradition, Kultur, Geschichte • Finanzielle Unterstützung	• Recht auf Heimat und Rückkehr in die ehemaligen Heimatgebiete • Entschädigungszahlungen • Aufhebung der Beneš-Dekrete • Direkter Dialog der Verbandsführung mit der Tschechischen Regierung

In einem weiteren Schritt kann sie als formelle Interessengruppe eingeordnet werden, da sie eine feste Struktur und eine effiziente Organisation aufweist. Als Begriff bietet sich nach *Alexander Straßner* „Verband" an, da die SL zudem über einen längeren Zeitraum über einen hierarchischen bürokratischen Apparat verfügt.[528] Da die Sudetendeutsche Landsmannschaft nicht selbst als politischer Akteur am politischen Entscheidungsprozess teilnimmt, muss sie auf gezielte Einflussnahme auf politische Verantwortungsträger zurückgreifen.

Aufbau und Struktur

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) zeichnet sich durch eine vielschichtige, weit ausdifferenzierte organisatorische Untergliederung aus. Höchstes Organ stellt die aus 86 deutschen und österreichischen Mitgliedern bestehende Bundesversammlung dar, die alle 4

[526] *Sebaldt* und *Straßner*, 2004, S. 22.

[527] Der Punkt „Finanzielle Unterstützung" stellt hier einen Sonderfall dar, da er nicht direkt im Politikfeld „Deutsch-tschechische Beziehungen" angesiedelt ist, sondern eine tendenziell eher innenpolitische Zielsetzung darstellt. Er ist aber eine grundlegende Voraussetzung für den Vertriebenenverband Sudetendeutsche Landsmannschaft, um im genannten Politikfeld tätig zu werden. In der Tabelle werden die innenpolitischen Zielsetzungen des Verbandes daher ergänzend aufgeführt.

[528] Ebd., S. 23 f.

Jahre gewählt wird. Der Bundesverband gliedert sich in drei Bereiche: Zum einen existieren 16 Landesgruppen der SL, die sich an den Bundesländern orientieren und die Mitglieder anhand ihrer aktuellen Wohnorte organisieren (Gebietsgliederungen). Die Heimatgliederungen greifen die Herkunftsorte der Vertriebenen auf und repräsentieren in 14 Heimatlandschaften, 81 Heimatkreisen und über 2.000 Heimatgemeinden die verschiedenen Heimatregionen der Sudetendeutschen.[529] Diese Gliederungen dienen unter anderem dazu, das Heimatbewusstsein und Zusammengehörigkeitsgefühl der Vertriebenen zu erhalten.[530] In Bayern organisierte sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft von Beginn an regional und orientierte sich am organisatorischen und geografischen Aufbau des Bundeslandes. Die weiteren Untergliederungen dienen dazu lediglich als Ergänzung.[531] Diese frühe Anpassung an den Freistaat erleichterte die Vertretung der sudetendeutschen Interessen gegenüber der Bayerischen Staatsregierung und der CSU. Auch wenn der Schwerpunkt der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Bayern liegt, verdeutlicht ihre Organisation als Bundesverband ihren über einen regionalen Zusammenschluss in einem Bundesland hinausreichenden Anspruch.

Ergänzend zur äußeren Struktur der sudetendeutschen Verbandsorganisationen mit Vorsitz, Sprecher und Sudetendeutschem Rat (SR) teilt sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft in drei „Gesinnungsgemeinschaften“[532] auf, die sich an religiösen (die katholische Ackermann-Gemeinde, die besonders den Christsozialen nahesteht), politischen (die sozial-demokratische Seliger-Gemeinde) sowie ideologischen (der völkische Witiko-Bund) Haltungen orientieren. Unabhängig von allen Unterschieden in Organisation, Einstellungen und Wertvorstellungen verfolgen alle Untergliederungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft die übergeordneten Ziele.[533] Neben dem Bundesvorsitzenden nimmt der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft eine besondere Rolle ein, da dieser als Vertreter nach außen fungiert. Dass dieser fast selbstverständlich als „oberster Repräsentant der Volksgruppe“[534] und Sprecher der gesamten sudetendeutschen Volksgruppe gilt, dokumentiert den Alleinvertretungsanspruch der Sudetendeutschen Landsmannschaft für alle Sudetendeutschen.[535] Dieses Verständnis wird in der Selbsteinschätzung der SL als „allseits anerkannte Repräsentanz der sudetendeutschen Volksgruppe“ ersichtlich.[536] Dies wurde bereits im Gründungsdokument (Detmolder Erklärung) der SL 1950 formuliert: „Die

[529] Siehe Unterpunkt „Die Gliederungen der SL“ der Internetpräsenz der Sudetendeutschen Landsmannschaft, online abgerufen unter: http://www.sudeten.de/cms/?Die_Sudetendeutsche_Landsmannschaft: Gliederungen_der_SL [12.02.2009].

[530] Vgl. *Nittner*, Ernst (Hrsg.), Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916-1967, Ackermann-Gemeinde, München 1967, S. 352 ff.

[531] Vgl. *Böse*, 1995, S. 166 f.

[532] *Ohlbaum*, 1981, S. 40.

[533] *Salzborn*, 1999, S. 106 f. Ebenso wie im diachronen Überblick über die Entwicklung des Netzwerkes wird auch hier von einer detaillierten Aufarbeitung zu Orientierung, Rolle und Einfluss der Gesinnungsgemeinschaften in der Sudetendeutschen Landsmannschaft abgesehen, da diese vor allem innerhalb des Verbandes von Bedeutung sind und daher für die vorliegende Studie nicht zielführend sind. Einen hervorragenden Überblick über die Rolle der Gesinnungsgemeinschaften bietet: *Franzen*, 1995, S. 10-26.

[534] Siehe: „Die Sudetendeutsche Landsmannschaft“, Unterpunkt der Internetpräsenz der SL, online abgerufen unter: http://www.sudeten.de/cms/?Die_Sudetendeutsche_Landsmannschaft [12.02.2009].

[535] Vgl. *Salzborn*, 1999, S. 105.

[536] *Böse*, 1995, S. 166. In der Internetpräsenz der SL wird sie als „repräsentative Organisation der sudetendeutschen Volksgruppe“ bezeichnet, online abgerufen unter: http://www.sudeten.de/cms/?Die_Sudetendeutsche_Landsmannschaft [12.02.2009].

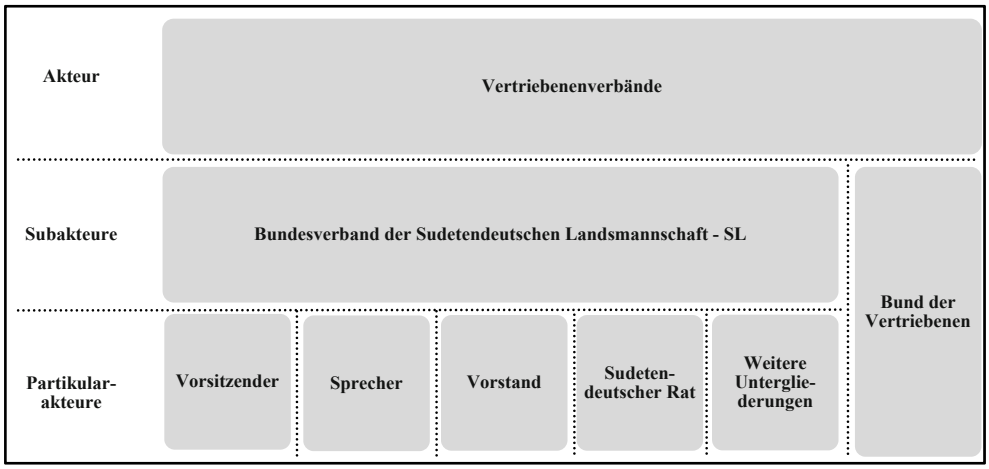
Sudetendeutsche Landsmannschaft betrachtet sich als die außerhalb der Heimat gegebene Gestaltung der sudetendeutschen Volksgruppe und diese als Glied des deutschen Volkes.“[537]

Ergänzend zu den herausgehobenen und dominierenden Positionen des Sprechers und Vorsitzenden ist der Sudetendeutsche Rat mit der Koordinierung zwischen sudetendeutschen Zielen und den Auffassungen der deutschen Parteien betraut. Darüber hinaus kommt ihm die Aufgabe zu, die zentrale Forderung „Recht auf Heimat“ auf Bundes- und auf europäischer Ebene in den politischen Prozess einzubringen.[538] Auch wenn der Sudetendeutsche Rat formal als eigenständiger Akteur auftritt, ist er aufgrund seiner Zusammensetzung eng an die Sudetendeutsche Landsmannschaft geknüpft. So besteht der SR neben dem Präsidium und dem Generalsekretariat aus einem Plenum, das sich wiederum aus drei Kurien mit jeweils zehn Mitgliedern zusammensetzt. Während die erste Kurie von der SL-Bundesversammlung gewählt wird und damit aus SL-Delegierten besteht, setzt sich die zweite aus sudetendeutschen Bundestagsabgeordneten zusammen. Diese werden von den im Bundestag vertretenen Parteien bestimmt. Die dritte Kurie besteht je zur Hälfte aus Vorschlägen der ersten beiden Kurien. Die enge Verbindung zwischen Landsmannschaft und Rat wird darüber hinaus dadurch deutlich, dass der Sprecher der SL automatisch Bestandteil des vierköpfigen SR-Präsidiums ist und alle Mitglieder des Sudetendeutschen Rates der Sudetendeutschen Landsmannschaft angehören müssen.[539] Dies dokumentiert erneut den Alleinvertretungsanspruch der Sudetendeutschen Landsmannschaft.[540]

Wird bei der SL analog zur CSU eine dreistufige Aufteilung vorgenommen, so ist eine Berücksichtigung der Vertriebenenverbände zum besseren Verständnis sinnvoll. Daher wird in der Unterteilung der Ebenen als übergeordneter Akteur der Begriff der „Vertriebenenverbände“ gewählt, der sich wiederum in die Subakteure „Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und stellvertretend für die weiteren Vertriebenenverbände „Bund der Vertriebenen“[541] aufteilt. Der Subakteur „Sudetendeutsche Landsmannschaft“, der im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung steht, wird nochmals in die Partikularakteure und Handlungseinheiten „Vorsitzender“, „Sprecher“, „Vorstand“, „Sudetendeutscher Rat“[542] und „weitere Untergliederungen“[543] aufgeteilt (Vgl. Abbildung 32).

[537] Detmolder Erklärung vom 25. Januar 1950, vgl. *Nittner*, 1967, S. 352 f. Diese Formulierung wurde fast unverändert in die Satzung übernommen.
[538] Vgl. Ebd. So wurde die SR als einzige Einrichtung aller Vertriebenenverbände in der BRD Mitglied der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV).
[539] Zur Entstehung und Arbeitsweise des Sudetendeutschen Rates vgl. *Maier*, Erich, 40 Jahre Sudetendeutscher Rechtskampf. Zur Arbeit des Sudetendeutschen Rates seit 1947, München 1987.
[540] Auf diese besonders starke Institutionalisierung der Verknüpfung zwischen SL und SR sowie die fehlende demokratische Legitimierung der SR weist *Erik Franzen* hin, vgl. *Franzen*, 1995, S. 36 f.
[541] Dieser Akteur wird nicht weiter differenziert, da er als Ergänzung dient, um die Mitglieder anderer Vertriebenenverbände zu erfassen.
[542] Der Sudetendeutsche Rat ist zwar keine Untergliederung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, kann jedoch dem Bundesverband inhaltlich und personell eindeutig zugeordnet werden.
[543] Darin werden Untergliederungen wie die Landesgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Bayern sowie die Sudetendeutsche Stiftung zusammengefasst.

Abbildung 32: Dreistufige Einordnung des Akteurs Sudetendeutsche Landsmannschaft im Überblick



Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten

Da die Sudetendeutsche Landsmannschaft für sich das Repräsentationsmonopol für die sudetendeutschen Vertriebenen in Anspruch nimmt, das auch von der Bayerischen Staatsregierung und der CSU anerkannt wird,[544] sind zwei Faktoren für die Stellung des Verbandes für die Partei und die Einflussmöglichkeiten im politischen Prozess entscheidend: zum einen generell Größe und Prägekraft der Volksgruppe der Sudetendeutschen sowie zum anderen die Mitgliederzahl und damit der Mobilisierungsgrad des Verbandes. Wie in Kapitel 5 ausführlich behandelt, ist auf dem Papier eine deutliche Zunahme der in Deutschland lebenden Sudetendeutschen zu beobachten, die nach sudetendeutschen Angaben bis auf zwischen 2,7 und 3,4 Millionen Personen anstieg.[545] Unabhängig von der realen Entwicklung der Bedeutung der sozialen Gruppe ermöglicht allein die öffentliche und innerparteiliche Wahrnehmung des Verbandes als Repräsentant einer bedeutenden Wählerklientel Druck- und Einflusspotenziale.[546] Die zweite wichtige Ressource von Vertriebenenverbänden wie der Sudetendeutschen Landsmannschaft stellen die Mitgliederzahlen dar, da diese als Beleg des Mobilisierungsgrades des Verbandes gegenüber den Parteien als Anreiz oder Druckmittel eingesetzt werden können. Die Angaben der Sudetendeutschen Landsmannschaft wie des gesamten Bundes der Vertriebenen zur Mitgliederzahl sowie weitere ermittelbare Daten sind jedoch nur spärlich und in Schätzungen vorhanden. Die offiziellen Angaben der Mitgliederzahl belegen ein hohes Mitglieder- und Mobilisierungspotenzial.

[544] Vgl. Urkunde über die Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe, Faksimile in: Bayerische Staatskanzlei, München 1995.
[545] Vgl. *Reichling*, 1989, S. 59; *Böse*, 1995, S. 165.
[546] Innerhalb der CSU werden die Vertriebenen und die Sudetendeutschen nach wie vor als überaus bedeutendes Wählerklientel eingeschätzt, so die übereinstimmende Aussage von CSU-Landes-, Bundes- und Europaabgeordneten in Hintergrundgesprächen.

Nimmt man alle Vertriebenenorganisationen mit dem ZvD/BVD und dem VdL zusammen, so kann zu Beginn der 1950er Jahre bei geschätzten 3,5 Millionen Mitgliedern ein ausgesprochen hoher Organisationsgrad von 42 Prozent festgehalten werden. Eine Berechnung für das Jahr 1956 ergab jedoch mit 2.152.785 Mitgliedern bei ungefähr 9.069.000 Vertriebenen bereits einen deutlich gesunkenen Wert von 23,7 Prozent.[547] Diese Entwicklung ist in direktem Zusammenhang mit der fortschreitenden Integration der Vertriebenen zu sehen. So stellt *Matthias Stickler* prägnant fest, dass

> „(…) nach dem Inkrafttreten von Bundesvertriebenengesetz und Lastenausgleichsgesetz, die den Vertriebenen soziale Besserstellung und dauerhafte Integration in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft in Aussicht stellten, deren überwiegende Mehrheit eine weitere Bindung an die Vertriebenenorganisationen ablehnte oder diese unterließ."[548]

Seit den 1960er Jahren sind sowohl im BdV als auch einzelnen Untergliederungen sowie Landsmannschaften kaum konkrete Mitgliederzahlen eruierbar. Nahezu unverändert wird durchgehend von mindestens 2 Millionen Mitgliedern ausgegangen, auch wenn dies Beobachter wie das Vertriebenenreferat der SPD, das bereits 1969 von etwa 1,8 Millionen organisierten Vertriebenen ausging, anders einschätzten.[549] So stellt sich der BdV mit nach eigenen Angaben 2,4 Millionen Mitgliedern etwa im Jahr 1986 als der zweitgrößte Interessenverband nach den Gewerkschaften dar.[550] Für 2007 wird noch immer eine Mitgliedschaft von etwa 2 Millionen angegeben, auch wenn exakte Zahlen nicht ermittelt werden konnten.[551] Die Sudetendeutsche Landsmannschaft kann nur wenig detailliertere

---

[547] Vgl. *Stickler*, 2004, S. 146 f.
[548] Ebd., S. 147.
[549] Auch verbandsintern finden sich keine detaillierten Akten mit Angaben zu den Mitgliederzahlen, so: *Fisch*, Bernhard, Wir brauchen einen langen Atem. Die deutschen Vertriebenen 1990-1999. Eine Innenansicht, Jena 2001, S. 73 f; *Stickler*, 2004, S. 147.
[550] Vgl. *Herle,* Georg und *Stolze*, Alexa, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Köln 1987, S. 24.
[551] Vgl. *Wood*, 2005, S. 490; Bei der Registrierung in der Lobbyliste des Deutschen Bundestages gab der BdV zwischen von 1974 bis 1997 eine Mitgliederzahl von 2,4 Millionen, seitdem von 2 Millionen an; Auswertung aus: Auswertung aus: Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (im Folgenden Lobbyliste) vom 15.01.1974, Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 16 vom 24.02.1974, lfd. Nr. 3/74, Köln 1974; Lobbyliste vom 12.01.1976, Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 27 vom 10.02.1976, lfd. Nr. 3/76, Köln 1976; Lobbyliste vom 17.02.1977, Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 27 vom 22.03.1977, lfd. Nr. 6/77, Köln 1977; Lobbyliste vom 23.02.1978, ausgegeben am 31.03.1977, Bundesanzeiger Jg. 30, Beilage Nr. 61, Köln 1978; Lobbyliste vom 28.02.1979, ausgegeben am 23.05.1979, Bundesanzeiger Jg. 31, Nr. 96a, lfd. Nr. der Beilage 20/79, Köln 1979; Lobbyliste vom 05.05.1981, ausgegeben am 10.06.1981, Bundesanzeiger Jg. 33, Nr. 105a, lfd. Nr. der Beilage 19/81, Köln 1981; Lobbyliste vom 31.03.1983, ausgegeben am 12.07.1983, Bundesanzeiger Jg. 35, Nr. 126a, lfd. Nr. der Beilage 32/83, Köln 1983; Lobbyliste vom 31.03.1985, ausgegeben am 23.08.1985, Bundesanzeiger Jg. 37, Nr. 156a, Beilage, Köln 1985; Lobbyliste vom 31.03.1987, ausgegeben am 14.08.1987, Bundesanzeiger Jg. 39, Nr. 149a, Beilage, Köln 1987; Lobbyliste vom 31.03.1989, ausgegeben am 22.12.1989, Bundesanzeiger Jg. 41, Nr. 240a, Beilage, Köln 1989; Lobbyliste vom 30.04.1991, ausgegeben am 23.10.1991, Bundesanzeiger Jg. 43, Nr. 203a, Beilage, Köln 1991; Lobbyliste vom 31.03.1993, ausgegeben am 05.08.1993, Bundesanzeiger Jg. 45, Nr. 144a, Beilage, Köln 1993; Lobbyliste vom 31.03.1995, ausgegeben am 26.08.1995, Bundesanzeiger Jg. 47, Nr. 161a, Beilage, Köln 1995; Lobbyliste vom 31.03.1997, ausgegeben am 12.12.1997, Bundesanzeiger Jg. 49, Nr. 148, Beilage, Köln 1997; Lobbyliste vom 31.03.1999, ausgegeben am 10.09.1999, Bundesanzeiger Jg. 51, Nr. 170a, Beilage, Köln 1999; Lobbyliste vom 31.03.2003, ausgegeben am 02.07.2003, Bundesanzeiger Jg. 55, Nr. 119a, Beilage, Köln 2003; Lobbyliste vom 30.04.2005, ausgegeben am 03.08.2005, Bundesanzeiger Jg. 57, Nr. 144a, Beilage, Köln 2005., Lobbyliste vom 01.06.2007, ausgegeben am 20.07.2007, Bundesanzeiger Jg. 59, Nr. 133a, Beilage, Köln 2007.

Zahlen liefern.[552] So lag die Mitgliedschaft für 1950 bei ungefähr 350.000,[553] fünf Jahre später bei 340.000[554] während sie in einer Publikation des Sudetendeutschen Rats für das Jahr 1995 mit 115.000 Mitgliedern in 315 Kreisgruppen, über 2.000 Ortsgruppen und etwa 250.000 Mitgliedern in den Heimatgliederungen angegeben wird.[555] Die Angaben in weiteren Publikationen schwanken zwischen 100.000 und 400.000 Mitgliedern.[556] Der aktuelle Trend ist jedoch nach Angaben der Sudetendeutschen Landsmannschaft rückläufig: Zwischen 2002 und 2007 sank die Mitgliederentwicklung *aller* Gliederungen und Vereinigungen der SL von ca. 245.000 auf ca. 210.000.[557] Neben der negativen Tendenz lässt die dezentrale Mitgliederverwaltung darauf schließen, dass die Verbandsführung selbst nur beschränkten Zugriff auf die einzelnen Mitglieder hat.

Zwischen der faktischen Entwicklung der Zahlen der Bevölkerungsgruppe und der Mitglieder sowie dessen Legitimation für das Handeln der Verbandsführung ergibt sich daher eine Diskrepanz: So kann aufgrund der fortschreitenden Integration der Sudetendeutschen in die deutsche Gesellschaft, die immer geringere Selbsteinschätzung als Sudetendeutsche und dem internen Wandel der Akzeptanz des Verbandes und dessen Zielsetzungen die Aussagekraft der Vertretung der gesamten Volksgruppe angezweifelt werden. Das Auseinanderdriften der Vorstellungen und Zielsetzungen von Funktionärseliten der SL und den Mitgliedern des Verbandes bzw. generell den Sudetendeutschen oder deren Nachkommen tritt im Zeitverlauf immer prägnanter zutage (vgl. Kapitel 5). Die Glaubwürdigkeit und Relevanz der Mitgliederdaten, bei denen in der jüngeren Vergangenheit ein deutlicher Rückgang zu beobachten ist, kann zudem aufgrund der ungenauen Mitgliederführung in Zweifel gezogen werden. Eines ist dennoch hervorzuheben: beide Faktoren – sei es die Größe der Volksgruppe oder des Verbandes – können aufgrund des anerkannten Repräsentationsmonopols der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der innerparteilichen Wahrnehmung als Druckmittel im politischen Prozess eingebracht werden. Hilfreich ist dabei, dass die Sudetendeutschen erfolgreicher als andere Vertriebenengruppen bei der Schaffung und Aufrechterhaltung einer vor allem kulturell ge-

[552] Der Bundesgeschäftsführer der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bundesverband e.V. *Günther Pfrogner* gibt an, dass eine exakte Angabe der Mitgliederzahl aufgrund der dezentralen Mitgliedererfassung in den Orts-, Kreis- und Landesgruppen sowie in den Heimatgliederungen und –vereinigungen nicht möglich ist, Hintergrundgespräch mit *Günther Pfrogner*, Bundesgeschäftsführer des Bundesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft e.V., in München am 15.07.2008.

[553] *Ahonen*, 2003, S. 34.

[554] Vgl. *Stickler*, 2004, S. 146.

[555] Vgl. *Böse*, 1995, S. 166. *Herle* und *Stolze* geben für 1986 111.500 Mitglieder bei der SL und gemeinsam mit den Heimatvereinigungen über 250.000 Mitglieder an, aus: *Herle* und *Stolze*, 1987, S. 24.

[556] So spricht *Fritz Peter Habel* für den Zeitraum nach der Gründung der SL „von bald ca. 100.000 und später bis zu ca. 400.000 Mitgliedern" und der langjährige Sprecher der Landsmannschaft Walter *Becher* von „zeitweise über 300.000 Mitgliedern", während die Sudetendeutsche Zeitung 1969 über 100.000 Mitglieder angibt, ähnlich wie *Georg Herde* und *Alexa Stolze* 1986 mit 111.500 Mitgliedern. In den Lobbylisten des Deutschen Bundestages gibt die SL ab 1978 durchgehend eine Mitgliederzahl von 200.000 an; Vgl. *Habel*, Fritz Peter (Hrsg.), Die Sudetendeutschen, Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, München 1992, S. 111; SdZ vom 25. Juli 1969, S. 2; *Herde* und *Stolze*, 1986, S. 147; *Becher*, Walter, Zeitzeuge. Ein Lebensbericht, München 1990, S. 404; vgl. Auswertung der Lobbylisten zwischen 1974 und 2003.

[557] Schriftliche Mitteilung des Bundesgeschäftsführers der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 15.02.2007. Auf der Internetpräsenz des Verbandes werden 2007 noch immer 250.000 Mitglieder angegeben, siehe: „Ziele der Sudetendeutschen gemäß der Satzung der SL", in Unterpunkt „Die SL", online abgerufen unter: http://www.sudeten.de/bas/index_a.htm [28.02.2007]. 2009 werden dahingegen keine Mitgliederzahlen auf der Homepage angegeben [09.12.2009].

prägten „kollektiven Identität“[558] waren, bei der der politische Aspekt anders als in der öffentlichen Wahrnehmung faktisch nur eine Nebenrolle spielt. So stehen bei den 50.000 bis 100.000 Besuchern der Sudetendeutschen Tage weniger politische Forderungen im Vordergrund als das Gemeinschaftsgefühl und die Traditions- und Nostalgiepflege.[559] Dies ermöglicht der Verbandsführung den Spagat, trotz inhaltlicher Divergenzen zu seinen Mitgliedern als Vertreter der Gruppe anerkannt zu bleiben.[560]

Große Bedeutung bei der finanziellen, organisatorischen und personellen Ausstattung der Sudetendeutschen Landsmannschaft nimmt die 1970 durch ein bayerisches Landesgesetz gegründete Sudetendeutsche Stiftung als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts ein. Ihre Aufgaben liegen in der Unterstützung der Ziele der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der Wahrung des sudetendeutschen Kulturgutes und der Übernahme von Aufgaben, die durch die Schirmherrschaft des Freistaats Bayern entstehen. Dabei übernimmt sie als Stiftung des Vertreters der sudetendeutschen Volksgruppe die Aufgabe einer Sammelstelle für sudetendeutsches Vermögen, da sie

> „Vermögensgegenstände natürlicher Personen sowie sudetendeutscher juristischer Personen des öffentlichen und privaten Rechts aufzunehmen und für die […] genannten Zwecke [sudetendeutsche Kulturgut zu pflegen, es im Bewußtsein der Vertriebenen, der gesamten deutschen Bevölkerung und des Auslands als bleibendes Zeugnis zu erhalten] zu nutzen oder treuhänderisch zu verwalten.“[561]

hat. In dieser Funktion erhielt sie nicht nur eine Grundeinlage des Freistaats Bayern über 200.000 DM sowie weitere Unterstützung in der Anfangszeit in Höhe von 90.000 DM, sondern als Empfängereinrichtung für Mittel aus dem Westvermögen von ehemaligen sudetendeutschen Kreditinstituten von 1974 bis 1995 insgesamt 23,87 Mio. DM. Darüber hinaus wurde 1993 für eine Zustiftung zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aus dem Bayerischen Staatshaushalt ein zweckgebundenes Grundstockvermögen von 4,18 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Nach eigenen Angaben gab die Sudetendeutsche Stiftung seit ihrer Gründung bis 2007 für ihre Tätigkeiten insgesamt 13,1 Mio. Euro aus, wobei der Großteil auf institutionelle Förderungen der Landsmannschaften sowie Einzelmaßnahmen im Inland entfiel.[562] Das Sudetendeutsche Haus, dessen Baukosten aus Mitteln des Freistaats Bayern, der Bayerischen Landesstiftung und des Bundes in erheblichem Maß kofinanziert wurden,[563] dient neben der finanziellen Unterstützung als organisatorische Zentrale für viele Einrichtungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft.[564] Auf der Grundlage dieser

---

[558] *Hahn*, 1998, S. 111-133, S. 116.

[559] Vgl. Der SPIEGEL, 21/1996, S. 33; „1500 Jugendliche werden auf Sudetendeutschem Tag erwartet“, SZ, 21.05.1999, S. 10. Diesen Eindruck vermittelt auch die 2002 durchgeführte Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, Vgl. *Petersen*, 2005.

[560] Die politischen Aussagen der Verbandsführung der Sudetendeutschen Landsmannschaft werden als „politisches Geplänkel“ wahrgenommen, das von dem Großteil der Andersdenkenden akzeptiert wird, solange die Organisation als Ganzes als positiv für den Einzelnen empfunden wird, Hintergrundgespräch mit einem Mitglied des UdV-Landesvorstands und Sudetendeutschem, am 23.04.2007.

[561] Übersicht zur Sudetendeutschen Stiftung von Dr. *Hartmut Singbartl*, Vorsitzender des Stiftungsvorstandes der Sudetendeutschen Stiftung, online abgerufen unter: http://www.sudetendeutsche-stiftung.de/ Errichtung /Die_Sudetendeutsche_Stiftung/die_sudetendeutsche_stiftung.html [26.02.2007].

[562] Vgl. ebd.

[563] Der Freistaat Bayern übernahm 11,2 Mio., die Bayerische Landesstiftung 3 Mio., der Bund 545.000 der Gesamtkosten von 23,8 Mio. DM, Vgl. ebd.

[564] Im Sudetendeutschen Haus haben folgende Organisationen ihren Sitz: Sudetendeutsche Stiftung, Adalbert-Stifter-Verein, Collegium Carolinum, Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste, Sudeten-

organisatorischen Voraussetzungen kann die Sudetendeutsche Landsmannschaft zum einen eigene Medien und Kommunikationsmittel wie die Sudetendeutsche Zeitung, die Sudetendeutsche Rundschau oder das Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft publizieren, zum anderen zahlreiche Veranstaltungen organisieren und eine Vielzahl von Vereinigungen fördern oder Service- und Kulturangebote für ihre Mitglieder bereitstellen. Die größte Medienwirksamkeit entfaltet neben dem „Tag der Heimat" dabei der jährlich stattfindende Sudetendeutsche Tag.

Zusätzlich zur generellen finanziellen Ausstattung auf Bundesebene werden die Vertriebenenverbände vom Freistaat Bayern durch Fördermittel unterstützt. Dabei stellt die Bayerische Staatsregierung bzw. das zuständige Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen heraus, dass der Sudetendeutschen Landsmannschaft bei der Bewilligung von Förderanträgen „besonderes Augenmerk aufgrund der am 05.06.1954 übernommenen Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutsche Volksgruppe"[565] gilt. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft erhielt beispielsweise im Haushaltsjahr 2000 von insgesamt bewilligten Fördermitteln für Projekte im Inland in Höhe von 398.306 DM einen Anteil von 75,8 Prozent bzw. 302.100 DM, für grenzüberschreitende Projekte mit 32.857 DM von insgesamt 86.100 DM 38,2 Prozent sowie für die Heimatpflege mit 92.000 DM von insgesamt bewilligten 117.000 DM 78,6 Prozent. Darüber hinaus bildet die Unterstützung des Sudetendeutschen Tages grundsätzlich einen Schwerpunkt bei der Projektförderung.[566] Für diesen wurden im Haushaltsjahr 2000 nochmals Zuwendungen in Höhe von 255.000 DM bewilligt.[567] Wie stark der Anteil der öffentlichen Finanzierung im Zeitverlauf zugenommen hat, zeigt ein Vergleich zu den Jahren noch vor der Übernahme der Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen. In den Jahren 1949 bis 1951 setzten sich die Einnahmen der Sudetendeutschen Landsmannschaft überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen sowie Volksgruppenabgaben zusammen, während lediglich drei Prozent des Etats aus öffentlichen Finanzmitteln bestanden.[568] In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass ein steigender Staatsanteil an der finanziellen Ausstattung des Verbandes zwar dessen Organisation und Ressourcen stärkt, aber sich für den Staat in Form der Androhung von Mittelkürzungen auch Möglichkeiten zur Kontrolle ergeben.

Zentrale Voraussetzung der starken sudetendeutschen Stellung in Öffentlichkeit und Parteienlandschaft ist die Rezeption als alleiniger Vertreter einer nach wie vor relevanten sozialen Gruppe. Eine der Herausforderungen für die Verbandsführung besteht daher darin,

---

deutsches Archiv, Sudetendeutsche Landsmannschaft, Sudetendeutscher Rat, Sudetendeutsche Jugend, Heimatpflegerin der Sudetendeutschen, Sudetendeutsche Zeitung, Landesgruppe der Sudetendeutschen, Verlagshaus Sudetenland, Bibliotheks- und Archivräume, Sudetendeutsches Sozialwerk, Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Erzieher, vgl. *Böse*, 1995, S. 167.

[565] Antwort des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 14.02.2001 auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten *Gartzke*, SPD, Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5869, S. 2; die Bedeutung der Schirmherrschaft hob auch der ministeriell zuständige Sozialstaatssekretär *Markus Sackmann*, MdL, hervor; Hintergrundgespräch mit *Markus Sackmann*, MdL, Mitglied des Bayerischen Landtages seit 1990 und seit 2008 Bayerischer Staatssekretär für Arbeit und Sozialordnung, in München am 27.05.2009.

[566] Antwort des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 06.07.2004 auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten *Johanna Werner-Muggendorfer*, SPD, vom 22.04.2004, Bayerischer Landtag 15. Wahlperiode, Drucksache 15/1074, S. 1 f.

[567] Antwort des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 14.02.2001, Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5869, S. 2.

[568] Vgl. *Stickler*, 2004, S. 149.

die Anerkennung des Repräsentationsmonopols sowohl innerverbandlich als auch durch die CSU aufrechtzuerhalten. Die gute finanzielle und organisatorische Ausstattung bietet dem Verband Möglichkeiten, öffentlichkeitswirksam tätig zu werden sowie gezielt Themen zu setzen und zu forcieren. Zentraler Bedeutung kommen darüber hinaus personellen Verflechtungen als Kanäle zur direkten Einflussnahme auf die CSU.

7.2 Die Dimension Struktur und personelle Verflechtung

Obwohl die CSU und Sudetendeutsche Landsmannschaft im Mittelpunkt des Interesses stehen, wird in einer Gegenüberstellung der Akteure die Bezeichnung „CSU“ und „Vertriebenenverbände“ gewählt. um auch Mitglieder anderer Vertriebenenverbände zu erfassen. Während die Größe des Netzwerkes mit insgesamt 15 Handlungseinheiten vergleichsweise schnell eingegrenzt werden kann, lassen sich Rückschlüsse auf die Eigenschaften des Netzwerkes aus den regelmäßigen Interaktionen der beteiligten Akteure und dem Beziehungsmuster zwischen den Akteuren bestimmen.

Tabelle 21: Größe des Netzwerkes und Anzahl der Teilakteure im Überblick

Akteure	Subakteure	Partikularakteure
CSU	Bayerische Staatsregierung	**1) Staatskanzlei**
		2) Ministerien
	Parteiorganisation	**3) Parteivorstand und -präsidium**
		4) UdV
	CSU-Europagruppe	**5) CSU-Europagruppe**
	CSU-Landesgruppe	**6) AG Vertriebene/ Ausschüsse**
		7) Fraktion und Vorstand[569]
	CSU-Landtagsfraktion	**8) AG Vertriebene/ Ausschüsse**
		9) Fraktion und Vorstand
Vertriebenenverbände	Bundesverband der Sudetendeutschen Landsmannschaft	**10) Vorsitzender**
		11) Sprecher
		12) Vorstand
		13) Sudetendeutscher Rat
		14) Untergliederungen
	Bund der Vertriebenen	**15) Bund der Vertriebenen**

Da in der vorliegenden Studie von einem klientelistisch geprägten Netzwerk ausgegangen wird, sind hinsichtlich der Interaktionsmuster zwischen den Akteuren Intermobilität und personelle Verflechtung von besonderem Interesse. Daher wird im Schwerpunkt das konkret nachweisbare Beziehungsgeflecht zwischen beiden Akteuren untersucht, das der Sudetendeutsche Landsmannschaft Zugang zu den Subakteuren der CSU im Politikfeld bzw. im Umkehrschluss der CSU Kontrollmöglichkeiten des Verbandes ermöglicht. Besonderer Wert soll – abhängig von der Qualität der vorliegenden und zu erhebenden Daten – weniger auf eine rein punktuelle Betrachtung der Ausgestaltung des Beziehungsgeflechts zwischen Partei und Verband, sondern vielmehr auf die Analyse der prozessualen Entwicklung gelegt werden.

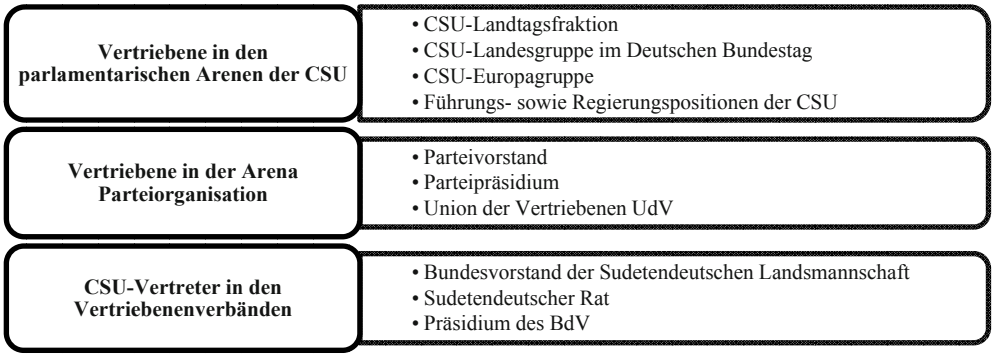
[569] Ergänzend werden zur CSU-Landesgruppe aufgrund der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie weiterhin die Mitglieder von CDU und CSU in den jeweiligen Bundesregierungen herangezogen.

Die Analyse personeller Verflechtungen zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft bzw. den Vertriebenenverbänden erfolgt durch die Identifizierung ihrer Herkunft sowie anhand von Doppelmitgliedschaften in beiden Organisationen.[570] Dabei wird zwischen zwei Kategorien unterschieden: Als Vertriebener (Sudetendeutscher) gilt, wer in einem der deutschen Vertreibungsgebiete (dem Sudetenland bzw. dem Gebiet der Tschechoslowakei) geboren ist. Als Vertriebenenfunktionär (Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft) gilt darüber hinaus, wer selbst die Mitgliedschaft oder eine Funktion in einem Vertriebenenverband angibt. Eine spezielle Gruppe stellen die sogenannten Bekenntnisvertriebenen: Vertriebenenfunktionäre jüngeren Alters, deren Geburtsort nicht in den Vertreibungsgebieten liegt, werden aufgrund ihrer Selbstzuordnung, d.h. ihrem „Bekenntnis", ebenfalls als Vertriebene gewertet. Drei Bereiche werden voneinander abgegrenzt: Zum einen ist die Präsenz von Vertriebenen in den parlamentarischen Vertretungen der CSU von Interesse. Dabei soll jeweils auch der Anteil an Führungspositionen berücksichtigt werden, sodass die Beteiligung an der Bundesregierung bzw. der Bayerischen Staatsregierung mit einbezogen werden kann. Zum anderen wird der Anteil von Personen mit Vertreibungshintergrund innerhalb der Parteiorganisation analysiert. Den dritten Abschnitt der Untersuchung stellt der Anteil von CSU-Funktionären in den zentralen Gremien der Vertriebenenverbände bzw. der Sudetendeutschen Landsmannschaft dar. Gesondert werden der CSU-Parteivorsitz und der Bayerische Ministerpräsident behandelt: Aufgrund der herausgehobenen Stellung beider Ämter wird diese Position einer gesonderten Betrachtung unterzogen.

Um ein möglichst genaues Bild der Entwicklung der personellen Verbindungen zwischen CSU und den Vertriebenenverbänden bzw. der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu erarbeiten, wird nach Möglichkeit zwischen CDU und CSU, Vertriebenen im Allgemeinen und Sudetendeutschen im Besonderen sowie Funktionären der Vertriebenenverbände bzw. der Sudetendeutschen Landsmannschaft unterschieden. Diese Vorgehensweise eröffnet die Chance, sowohl das übergreifende Verhältnis von CDU/CSU und den Vertriebenenverbänden als auch Unterschiede zwischen Vertriebenen und Sudetendeutschen bzw. Vertriebenenverbänden und sudetendeutschen Organisationen zu berücksichtigen.

[570] Da die Untersuchung auf die eigenen biographischen Angaben der Personen, Angaben der Organisationen und öffentliche Informationen angewiesen ist, werden nur eindeutig belegbare Doppelmitgliedschaften und höhere Funktionen gezählt. Fehlerquoten und Nichtberücksichtigungen sind daher möglich. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, werden ausschließlich die offiziellen Handbücher des Bayerischen Landtages sowie des Deutschen Bundestages sowie nach Möglichkeit des Europäischen Parlamentes verwendet. Diese sind zwar bezüglich der Mitgliedschaft in Organisationen auf die freiwilligen Angaben der Abgeordneten angewiesen, bieten aber die Möglichkeit eines anwend- und umsetzbaren diachronen Vergleichs. Zur Kritik an den Selbstauskünften der Abgeordneten vgl. *Dürr*, Hansjörg, Soziale Strukturen des Bayerischen Landtags. Aspekte der Soziologie parlamentarischer Mandatsträger, in: *Bocklet*, Reinhold (Hrsg.), Das Regierungssystem des Freistaates Bayern, Band I, München 1977, S. 211-394, S. 258.

Abbildung 33: Überblick über Analyse der personellen Verflechtung



7.2.1 Vertriebene in den parlamentarischen Arenen der CSU

Bei den parlamentarischen Teilakteuren der CSU bzw. ihren Organisationen als Gruppen oder Fraktionen sind eine Reihe von Einschränkungen notwendig: Die CSU-Europagruppe wird aufgrund ihrer vergleichsweise geringen Mitgliederzahl als Ganzes betrachtet. Bei der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag werden zusätzlich zur Betrachtung der Doppelmitgliedschaften im weiteren Blickwinkel der Gesamtfraktion nach Möglichkeit die Verflechtungen der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der CDU/CSU-Fraktion herangezogen. Dabei werden alle Wahlperioden ab 1949 untersucht. Bei der CSU-Landtagsfraktion werden die Fraktionszusammensetzungen aller Wahlperioden ab 1946 analysiert. Der Vorstand und die Arbeitsgruppe „Vertriebenenpolitik" der CSU-Fraktion können für die Wahlperiode 2003-2008 untersucht werden.[571]

7.2.1.1 Die Landesebene: CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag[572]

Entwicklung im diachronen Überblick
In der ersten Wahlperiode des Bayerischen Landtages ab 1946 lässt sich für die CSU mit *Gerhard Kroll* (Geburtsort Breslau) als Direktkandidat nur ein Abgeordneter mit Vertreibungshintergrund festzustellen. Auch in Führungsfunktionen (Bayerisches Kabinett, CSU-Fraktionsvorstand sowie Ausschüsse)[573] waren vonseiten der CSU keine Vertriebenen

[571] Von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Vertriebenenpolitik" werden keine Materialien und Daten aufbewahrt, mündliche Information des Mitarbeiters der CSU-Landtagsfraktion im Bereich Personal und Organisation *Albert Eicher* vom 13.03.2007.
[572] Zur besseren Lesbarkeit der Überblicke werden jeweils charakteristische und einschneidende Entwicklungen im Verlauf der Legislaturperioden erläutert; Auswertung aus:
[573] Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden dazu jeweils die Mitglieder des Bayerischen Kabinetts sowie die Vorsitzenden und Stellvertreter des Fraktionsvorstandes sowie der Landtagsausschüsse herangezogen.

vertreten.[574] In der darauffolgenden Periode ab 1950, in welcher sich die Größe der CSU-Fraktion von vormals 103 auf 64 Mitglieder spürbar verminderte, finden sich dahingegen bereits zwei Vertriebene, die beide aus dem Sudetenland stammen. Sowohl *Karl Schubert* als auch *Wenzel Weigel* zogen über die Liste ein. Politisch herausragende Positionen nahmen sie jedoch nicht ein.[575] Wie unbeständig sich die politische Landschaft in Bayern zu diesem Zeitpunkt noch darstellte, lässt sich an der folgenden Periode ab 1954 ablesen, in der mit *Franz Gaksch* aus dem Sudetenland über die Liste wiederum ein neues Gesicht aus Vertriebenenkreisen in den Landtag kam, während andere nicht mehr vertreten waren. Der prozentuale Anteil an Vertriebenenvertretern in der CSU-Landtagsfraktion nahm damit wieder ab; auch eine Beteiligung an führenden Positionen kann erneut nicht festgestellt werden.[576] Ab 1958 lässt sich sowohl hinsichtlich der Größe der CSU-Landtagsfraktion als auch seiner Mitglieder mit Vertreibungs- und in besonderem Maße sudetendeutschem Hintergrund eine Konsolidierung feststellen. Mit insgesamt vier Abgeordneten, von denen drei über die Liste in das Landesparlament einzogen, nahm der Anteil an Vertriebenen in der CSU-Fraktion zu, wobei mit *Karl Schubert* und *Franz Gaksch* mittlerweile altbekannte Gesichter dabei waren. [577] Mit *Arnold Friedrich*, *Franz Gaksch*, *Karl Schubert* sowie *Richard Wagner* waren auch in der folgenden Amtszeit (5. Wahlperiode) vier Abgeordnete mit Vertreibungshintergrund unter den insgesamt 108 CSU-Landtagsabgeordneten vertreten. Diese stammten zudem alle aus dem Sudetenland und wurden über die Liste gewählt.[578] Obwohl sich auch in der Periode ab 1966 keine Vertriebenen in herausragenden Positionen der CSU finden lassen, nahm die Anzahl von Vertriebenenabgeordneten und in besonderem Maß von Vertretern der Sudetendeutschen kontinuierlich zu. So finden sich in der 6. Wahlperiode bereits sechs Vertriebenenvertreter unter den 110 CSU-Abgeordneten, darunter fünf Sudetendeutsche. Auffallend ist der nach wie vor hohe Anteil an Politikern, die über die Liste einziehen konnten: Mit *Arnold Friedrich*, *Franz Gaksch*, *Justin Leicht*, *Willi Lucke*, *Richard Wagner* sowie *Paul Wünsche*[579] war keiner über einen Direktwahlkreis gewählt worden.[580] Der „Rückenwind" in Form starker Unterstützung durch die Partei über Berücksichtigung bei den Listenaufstellungen zeigte bereits in der folgenden 7. Wahlperiode ab 1970 deutliche Wirkung. Hier sind bereits neun Abgeordnete mit Vertreibungshintergrund, darunter sieben Sudetendeutsche, zu finden. Neben fünf Listenabgeordneten

[574] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 1. Wahlperiode, Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1948.
[575] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 2. Wahlperiode, Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1951.
[576] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 3. Wahlperiode, Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1955.
[577] *Bruno Sahliger* wurde über die BHE-Liste gewählt und wechselte im Verlauf der Periode zur CSU; Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 4. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1959; Bruno *Sahliger*, Sudetendeutscher und Verbandsfunktionär wechselte vom BHE zur CSU.
[578] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 5. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1962.
[579] *Paul Wünsche* (Schlesier) rückte nach.
[580] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 6. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1966, Paul *Wünsche* (Schlesier) ist nachgerückt.

konnten vier weitere Vertriebenenvertreter Direktmandate erringen, was auf ihre steigende Verankerung sowohl in der Gesellschaft als auch in der CSU verweist.[581]

Aufschlussreich ist im Übergang der sechsten zur siebten Wahlperiode ein Blick auf den Anteil von Sudetendeutschen im gesamten Bayerischen Landtag. Während er in der CSU-Fraktion zunahm, verringerte er sich dort rapide. Wurden zwischen 1966 und 1970 noch 20 Abgeordnete aus dem Sudetenland gezählt, so waren es ab 1970 nur noch 13.[582] Die Zunahme an sudetendeutschen CSU-Abgeordneten gegen den Trend gewinnt dadurch nochmals an Bedeutung. Wie bereits in den Jahren zuvor bestanden nicht nur die Abgeordneten, sondern auch die Funktionäre von Vertriebenenverbänden nahezu ausschließlich aus Sudetendeutschen. Die zunehmende Etablierung der Vertriebenen und vor allem der Sudetendeutschen in der Landtags-CSU zeigt sich auch darin, dass mit *Willi Lucke* und *Richard Wagner* zwei Sudetendeutsche führende Rollen in Ausschüssen einnahmen.[583] Diese Entwicklung setzte sich in der 8. Wahlperiode von 1974 bis 1978 fort, in der 12 Vertriebene und damit neun Prozent der 132 CSU-Landtagsabgeordneten als Vertriebene eingeordnet werden können. Der Anteil an Listenabgeordneten nahm angesichts nunmehr lediglich vier ab. Mit Fra*nz Neubauer* als Staatssekretär im Justizministerium sowie *Paul Wünsche* als Ausschussvorsitzendem sowie *Gerold Tandler* als CSU-Generalsekretär nahmen Vertriebene mittlerweile beständig führende Positionen ein.[584] Ab 1978 ging der Anteil an Listenabgeordneten auf nur noch einen (*Gerold Tandler*) zurück, während die Vertriebenen mit neun von 129 Abgeordneten weiterhin vergleichsweise stark in der CSU-Landtagsfraktion vertreten und etabliert waren. Dies lässt sich auch an der Berücksichtigung bei Führungsaufgaben bestätigen, da mit *Gerold Tandler* als Staatsminister im Innenministerium und *Franz Neubauer* als dessen Staatssekretär sowie *Johann Böhm* und *Paul Wünsche* als Ausschussvorsitzende eine Reihe von – vor allem sudetendeutschen – Landespolitikern eingebunden wurden.[585]

In der 10. Wahlperiode ging der Vertriebenenanteil auf acht Vertreter in der 133 Mitglieder zählenden CSU-Fraktion zurück. Mit *Franz Neubauer* als Arbeits- und Sozialminister, *Gerold Tandler* als Fraktionsvorsitzendem sowie *Paul Wünsche* als Bundes- und Europaausschussvorsitzendem waren sie qualitativ weiterhin stark in Kabinett, Fraktion und Ausschüssen vertreten.[586] Von den 128 Abgeordneten der CSU-Landtagsfraktion in der 11. Wahlperiode von 1986 bis 1990 können sieben als Vertriebene, darunter vier als Sudetendeutsche eingeordnet werden.[587] Dabei gilt nach wie vor, dass sich unter sudetendeutschen Vertriebenenpolitikern ein höherer Anteil an Vertriebenenverbandsfunktionären als unter anderen Vertriebenen findet. Interessanter Aspekt ist, dass mit *Christian Knauer*

---

[581] *Hans Drachsler*, *Justin Leicht, Willi Lucke, Sieghard Rost* sowie *Gerold Tandler* zogen über die Liste ein, *Rudolf Kluger, Franz Neubauer, Richard Wagner* und *Paul Wünsche* über Stimmkreise.
[582] Vgl. *Dürr*, 1977, S. 255 f.
[583] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 7. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1971.
[584] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 8. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1974; *Christel Reich* sowie *Hubert Spiekenheuer* rückten nach.
[585] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 9. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1978.
[586] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 10. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1982, Rudolf *Kluger* verstarb im Verlauf der Legislaturperiode 1984.
[587] Sudetendeutsche: *Johann Böhm*, *Christian Knauer*, *Gustav Matschl* und *Gerold Tandler*; zudem die Schlesier *Hans Kopka* und *Paul Wünsche* sowie *Sieghard Rost* aus Ostpommern.

erstmals ein Mitglied der sogenannten Bekenntnisgeneration der Sudetendeutschen in den Landtag einrückte.[588] Neben *Gerold Tandler*, der als Fraktionschef, Wirtschafts- sowie Finanzminister nacheinander mehrere Führungspersonen einnahm, waren mit *Johann Böhm* und *Paul Wünsche* zwei weitere Vertriebene als Vorsitzende bzw. Stellvertretende Vorsitzende in Ausschüssen tätig.[589] In der 12. Wahlperiode des Bayerischen Landtages von 1990 bis 1994 können sechs der insgesamt 127 Landtagsabgeordneten als Vertriebene, darunter vier als Sudetendeutsche identifiziert werden, wobei jeder über einen Direktwahlkreis einziehen konnte.[590] Mit *Johann Böhm* als Leiter der Staatskanzlei sowie später als Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie *Gustav Matschl* als Bundes- und Europaausschussvorsitzendem waren erneut zwei Sudetendeutsche führend tätig.[591] Der Trend des Rückgangs an Vertriebenen in der CSU-Landtagsfraktion, der sich schrittweise fortgesetzt hatte, kehrte sich in der 13. Wahlperiode ab 1994 wieder um, in der acht von 120 Abgeordneten als Vertriebene festzustellen waren. Der Anteil an Bekenntnisvertriebenen, die sich ohne direkte Vertreibungserfahrung den Vertriebenen bzw. einem Vertriebenenverband zuordnen, nahm weiter zu, da mit Ludwig *Spaenle* sowie *Franz-Josef Pschierer* zusätzlich zu *Christian Knauer* zwei weitere Abgeordnete Verbindungen zu Vertriebenenverbänden aufweisen, ohne in den Vertreibungsgebieten geboren zu sein. *Johann Böhm* als Landtagspräsident sowie *Gustav Matschl* weiterhin als Ausschussvorsitzender nahmen weiterhin politisch herausgehobene Aufgaben war.[592]

In der darauf folgenden, generell auf fünf Jahre verlängerten, Wahlperiode nahm die Anzahl sowohl an Vertriebenenabgeordneten (neun von 123) sowie Bekenntnisvertriebenen (vier) erneut zu.[593] Über die Liste zogen zwei Abgeordnete in das Parlament ein. *Johann Böhm* blieb als Landtagspräsident im Amt, während mit *Christian Knauer* ein weiterer Sudetendeutscher als Stellvertreter in einem Ausschussvorsitz tätig war.[594] Auch in der 15. Wahlperiode ab 2003 blieb der Anteil an Vertriebenenabgeordneten mit acht von 124 nahezu gleich hoch, während der Anteil von Funktionären auf 75 Prozent anstieg. Mit *Josef Zellmeier* kam zudem ein weiterer Abgeordneter als Bekenntnisvertriebener über die Liste hinzu, sodass mit dem Ausscheiden von *Christian Knauer* weiterhin vier Vertriebenenabgeordnete und damit die Hälfte nicht selbst in Vertreibungsgebieten geboren sind. Mit *Franz-Josef Pschierer* im Wirtschafts- sowie *Ludwig Spaenle* im Hochschulausschuss übernahmen zwei den Vertriebenen verbundene Politiker Vorsitze in Landtagsaus-

[588] *Knauer* ist kein gebürtiger Sudetendeutscher, aber Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft.
[589] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 11. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1986.
[590] Sudetendeutsche: Johann *Böhm*, *Christian Knauer*, *Gustav Matschl* und *Gerold Tandler*; weitere: *Klaus Kopka* (Schlesien), *Engelbert Kupka* (Oberschlesien).
[591] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 12. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1994, zu *Christian Knauer* gelten die gleichen Aussagen wie zuvor.
[592] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Handbuch des Bayerischen Landtags, Ausgabe für die 13. Wahlperiode, München 1998, Neben *Christian Knauer* werden auch *Franz-Josef Pschierer* (BdV) und *Ludwig Spaenle* aufgrund ihrer Verbandsmitgliedschaften als Bekenntnisvertriebene und Funktionär eingeordnet.
[593] Neben *Pschierer*, *Spaenle* und *Knauer* war auch *Gerhard Waschler* Vertriebenenfunktionär, ohne selbst direkt Vertriebener zu sein.
[594] Auswertung aus: *Landtagsamt* (Hrsg.), Handbuch des Bayerischen Landtags, Ausgabe für die 14. Wahlperiode, München 2003, Zu *Knauer*, *Pschierer* und *Spaenle* kommt *Gerhard Waschler* als Bekenntnisvertriebener und Funktionär hinzu.

schüssen.[595] In der auf 92 Mitglieder reduzierten Landtagsfraktion nach den Wahlen 2008 blieb der Anteil an Vertriebenen nahezu konstant. Bis auf die Vorsitzende der AG Vertriebene *Christa Matschl* sind alle weiteren den Vertriebenen zugeordneten Abgeordneten der Bekenntnisgeneration zuzurechnen. Alle Abgeordnete waren Mitglieder von Vertriebenenverbänden, wobei mit *Christa Matschl*, *Reinhard Pachner* und *Ludwig Spaenle* drei der Sudetendeutschen Landsmannschaft angehören. Die beiden Ausschussvorsitzenden der vorhergehenden Legislaturperiode *Spaenle* und *Pschierer* übernahmen als Kultusminister sowie Finanzstaatssekretär Positionen im Bayerischen Kabinett.[596]

Tabelle 22: *Die Entwicklung der Vertriebenen in der CSU-Landtagsfraktion im Überblick*

Wahlperiode	**Fraktion gesamt**	**Vertriebene in der Fraktion**			**Sudetendeutsche in der Fraktion**		
		davon: Vertriebene	**davon: Funktionäre**	**Über die Liste**	**davon: Sudetendt.**	**davon: Funktionäre**	**Über die Liste**
1946-1950	103	1 (1 %)	0	0	0 (0 %)	0	0
1950-1954	64	2 (3 %)	1	2	2 (3 %)	1	0
1954-1958	83	1 (1 %)	0	1	1 (1 %)	0	1
1958-1962	101	4 (4 %)	2	3	4 (4 %)	2	3
1962-1966	108	4 (4 %)	2	4	4 (4 %)	2	4
1966-1970	110	6 (5 %)	2	6	5 (5 %)	2	5
1970-1974	124	9 (7 %)	3	5	7 (6 %)	3	4
1974-1978	132	12 (9 %)	3	4	6 (5 %)	2	1
1978-1982	129	9 (7 %)	3	1	5 (4 %)	2	1
1982-1986	133	8 (6 %)	3	3	4 (3 %)	2	2
1986-1990	128	7 (5 %)	2	1	4 (3 %)	2	1
1990-1994	127	6 (5 %)	2	0	4 (3 %)	2	0
1994-1998	120	8 (7 %)	4	1	6 (5 %)	3	1
1998-2003	123	9 (7 %)	6	2	6 (5 %)	4	1
2003-2008	124	8 (6 %)	6	3	4 (3 %)	3	1
2008-2013	92	6 (7 %)	6	0	3 (3 %)	3	0

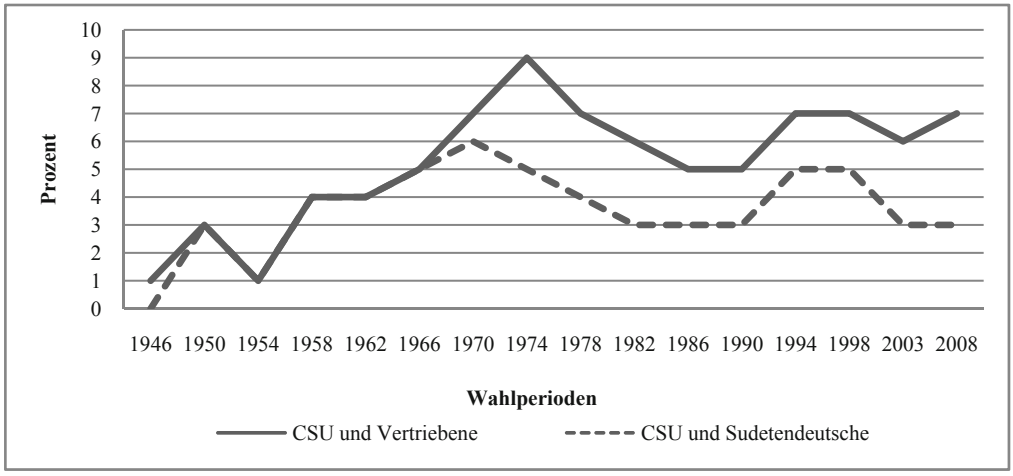
[595] Auswertung aus: *Holzapfel*, Klaus-Jürgen (Hrsg.),Volkshandbuch Bayerischer Landtag 15. Wahlperiode, Darmstadt 2004.
[596] Auswertung aus: *Holzapfel*, Klaus-Jürgen (Hrsg.),Volkshandbuch Bayerischer Landtag 16. Wahlperiode, Darmstadt 2009.

In der alle zwei Monate tagenden Arbeitsgruppe „Vertriebenenpolitik“ der CSU-Landtagsfraktion, waren in der 15. Legislaturperiode vier von zehn Mitgliedern Vertriebenenfunktionäre. In der 16. Periode ab 2008 zählt die Arbeitsgruppe sieben Mitglieder, von denen mit *Andreas Lorenz*, *Reinhard Pachner*, *Josef Zellmeier* und *Christa Matschl* erneut vier Mitglieder von Vertriebenenfunktionären tätig sind. Herausragende sudetendeutsche Vertreterin ist dabei die Vorsitzende Matschl, Mitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft und stellvertretende Landesvorsitzende der UdV sowie stellvertretende Bundesvorsitzende der OMV. [597]

Rückschlüsse auf die prozessuale Entwicklung der Verbindung

Die detaillierte, sich an den Legislaturperioden orientierende, Aufschlüsselung der Entwicklung der Verflechtung zwischen CSU-Landtagsfraktion und Vertriebenen bzw. Sudetendeutschen lässt in einer Gesamtbetrachtung interessante Rückschlüsse über die dynamische und prozessuale Entwicklung der Koalition zu. So zeigt eine grafische Zusammenstellung des Anteils an Vertriebenen in der CSU-Landtagsfraktion anschaulich den Annäherungsprozess zwischen Partei und Verband und die fortschreitende Integration in die bayerische Gesellschaft. Zeigte sich die Verflechtung zwischen CSU und Vertriebenen in den ersten Legislaturperioden noch gering ausgeprägt, so stieg sie im Verlauf der 1960er Jahre kontinuierlich an und erreichte in den 1970er Jahren seinen höchsten Stand.

Abbildung 34: Entwicklung des prozentualen Anteils von Vertriebenen in der CSU-Landtagsfraktion

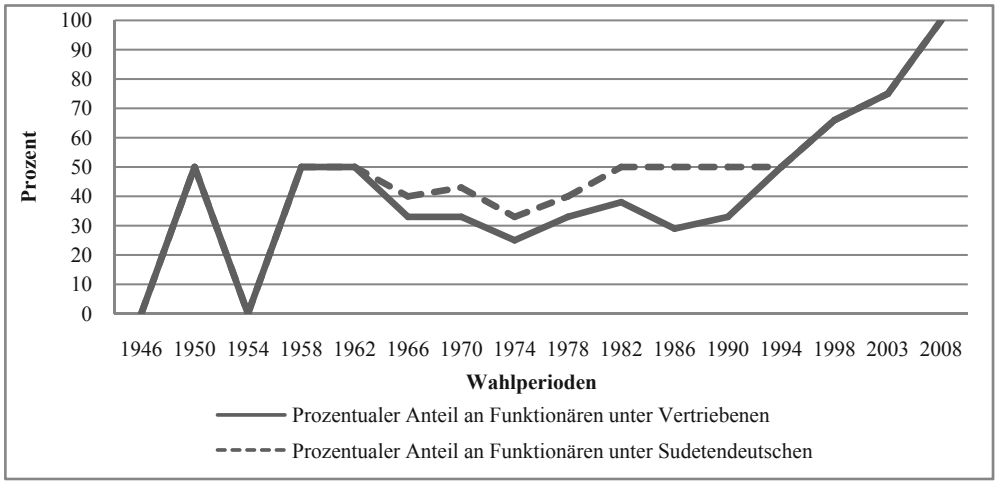


[597] Mündliche Information von Dr. *Mathias Lill*, zuständiger Referent der CSU-Fraktionsgeschäftsstelle für die Arbeitsgruppe „Vertriebenenpolitik“ am 26.02.2007; Hintergrundgespräch mit *Christa Matschl*, MdL, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Vertriebene und vertriebenenpolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion, in München am 27.05.2009; vgl. Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik der CSU-Landtagsfraktion, online abgerufen unter http://www.csu-landtag.de/www/14_310.asp [17.11.2009].

Auch wenn die Verflechtung in seiner Intensität im Anschluss abnahm, verblieb sie auf hohem Niveau. Bemerkenswert ist, dass der Anteil an Vertriebenen in der CSU-Fraktion nach der deutschen Wiedervereinigung, Grenzöffnung nach Osten und dem Ende des Ost-West-Konfliktes wieder anstieg und sich stabilisierte. Weitere Erkenntnis ist, dass die Vertriebenenpolitiker in der CSU-Landtagsfraktion fast immer zum überwiegenden Teil sudetendeutschen Hintergrund aufweisen.

Ebenso wie die Sudetendeutschen unter den Vertriebenenpolitikern der CSU-Landtagsfraktion eine herausgehobene Rolle einnehmen, lässt sich auch für den *Funktionärsanteil* eine Besonderheit festhalten: So ist der Anteil an Funktionären unter Sudetendeutschen in der CSU im Bayerischen Landtag bis 1994 durchweg höher als unter anderen Vertriebenen, während sich die Zahlen seitdem auf sehr hohem Niveau und 2008 bis auf 100 Prozent angleichen (vgl. Abbildung 35).

Abbildung 35: Entwicklung des prozentualen Anteils an Funktionären unter Vertriebenen in der CSU-Landtagsfraktion

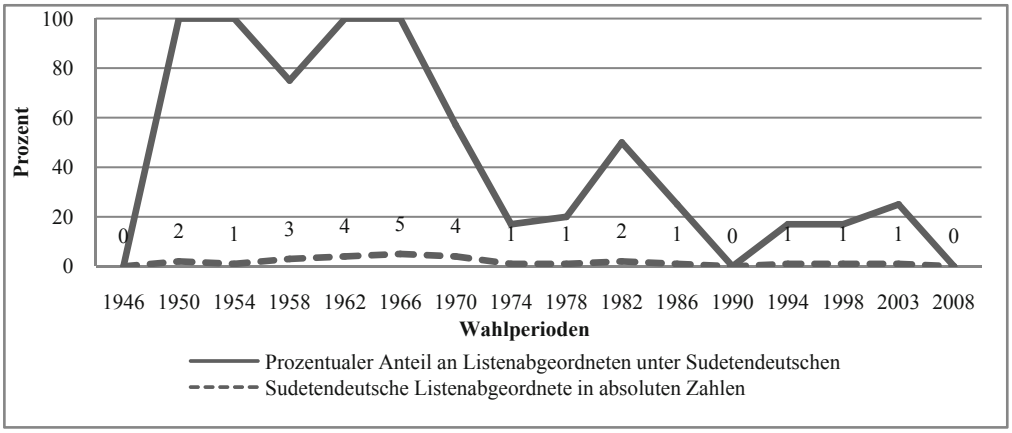


Der Anteil an *Listenabgeordneten* unter CSU-Abgeordneten mit Vertreibungs- oder speziell sudetendeutschem Hintergrund wurde in der Auswertung der einzelnen Legislaturperioden zusätzlich erfasst, da dieser Anhaltspunkte dafür liefert, inwieweit die CSU bestimmte Gruppierungen über Listenplatzierungen beim Einzug in den Landtag fördert. Der hohe prozentuale Anteil von Listenabgeordneten unter Vertriebenen, darunter vor allem Sudetendeutschen, sowie die hohen absoluten Zahlen bis zur 7. Wahlperiode belegen, dass die CSU in diesem Zeitraum die Vertriebenen bzw. Sudetendeutschen gezielt integrieren und an sich binden wollte.[598] Mit zunehmender Stabilisierung des Netzwerkes zwischen

[598] Darauf weist auch *Sieghard Rost*, UdV-Landesvorsitzender hin: „UdV-Kandidaten auf den CSU-Wahllisten wurden besonders unterstützt“, *Rost*, Sieghard, 50 Jahre Union der Vertriebenen (UdV) in der CSU, München

CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft nahm aufgrund der Etablierung der Vertriebenenpolitiker als Direktabgeordnete auch der Anteil an Listenabgeordneten ab.

Abbildung 36: Entwicklung des Anteils von Listenabgeordneten unter Vertriebenen in der CSU-Landtagsfraktion



Führungsfunktionen

Im Hinblick auf die Berücksichtigung bei Führungsämtern auf Landesebene, die in der diachronen Betrachtung der Bayerischen Staatsregierung bei CSU-Beteiligung, dem CSU-Landtagsfraktionsvorstand sowie den Landtagsausschüssen analysiert wurden, zeichnet sich ebenfalls eine eindeutige Tendenz ab. Bis zur siebten Wahlperiode kamen sowohl Vertriebene als auch Sudetendeutsche aus der CSU kaum für herausgehobene Ämter infrage. Ab 1970 finden sich jedoch durchgehend vornehmlich Sudetendeutsche als Vorsitzende bzw. Stellvertretende Vorsitzende in Ausschüssen, im Bayerischen Kabinett und seltener im Fraktionsvorstand.[599] Als thematisch am beliebtesten erwies sich vor allem bei den Ausschüssen die Außen- und Europapolitik. So waren im Europaausschuss besonders häufig Vertriebene tätig (vgl. Abbildung 37).

1997, S. 13. Eigens auf die Vertriebenen zugeschnittene Wahlprospekte, die sowohl die Verdienste der CSU für die Vertriebenen darstellen als auch explizit zur Wahl der Vertriebenen-Listenkandidaten aufrufen, deuten neben einer gezielten Platzierung ebenfalls auf gezielte Unterstützung der Vertriebenen durch die CSU, Vgl. „Die CSU – Partner der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler, Verantwortung für Deutschland“, Anhang: Dokument 2, aus: 50 Jahre Union der Vertriebenen (UdV), Dokumentation anlässlich der Jubiläumsveranstaltung am 6. Dezember 1997, München 1997.

[599] Hervorzuheben ist der Sudetendeutsche *Gerold Tandler*, der in den 1970er und 1980er Jahren als CSU-Generalsekretär, CSU-Landtagsfraktionsvorsitzender und Bayerischer Staatsminister eine Reihe von Spitzenämtern übernahm In der Sudetendeutschen Landsmannschaft hatte er aber keine Spitzenpositionen inne.

Abbildung 37: Vertriebene aus der CSU in Führungsfunktionen in Bayern: Kabinett, CSU-Fraktionsvorstand, Landtagsausschüsse[600]

	Kabinett	Fraktionsvorstand	Ausschüsse
1946-1970	-	-	-
1970-1974	-	-	**2** *Willy Lucke*, Stv. Vs. des Petitionsausschusses *Richard Wagner*, Vs. des Ausschusses für Fragen des Öffentlichen Dienstes
1974-1978	**1** *Franz Neubauer*, Staatssekretär im Justizministerium	-	**1** *Paul Wünsche*, Vs. des Ausschusses zur Information über Bundesangelegenheiten
1978-1982	*Franz Neubauer*, Staatssekretär im Innenministerium; Gerold *Tandler*, Staatsminister im Innenministerium	-	**2** *Johann Böhm*, Vs. des Sozialausschusses *Paul Wünsche*, Vs. des Europaausschusses
1982-1986	**1** *Franz Neubauer*, Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung	**1** Gerold *Tandler*, Fraktionsvorsitzender	**1** Paul *Wünsche*, Vs. des Ausschusses für Information über Bundesangelegenheiten und Europafragen
1986-1990	**1** *Gerold Tandler*, erst Fraktionschef, dann Wirtschafts- und später Finanzminister	-	**2** Paul *Wünsche*, stv. Vs. des Europaausschusses Johann *Böhm*, Vs. des Gesundheitsausschussuses
1990-1994	**1** *Johann Böhm*, Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten	-	**1** Gustav *Matschl*, Vs. des Europaaausschusses
1994-1998	**1** *Johann Böhm* als Landtagspräsident als Kabinettsmitglied gewertet	-	**1** *Gustav Matschl*, Vs. des Europaausschusses
1998-2003	**1** *Johann Böhm* als Landtagspräsident (s.o.)	-	**1** *Christian Knauer*, Stv. Vs. des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport
2003-2008	-	-	**2** *Franz-Josef Pschierer*, Vs. des Wirtschaftsausschusses *Ludwig Spaenle*, Vs. des Hochschulausschusses
ab 2008	**2** *Ludwig Spaenle*, Kultusminister *Franz-Josef Pschierer*, Staatssekretär im Finanzministerium	-	-

7.2.1.2 Die Bundesebene: CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Entwicklung im diachronen Überblick

Bei der Betrachtung der Verbindung zwischen CSU und Vertriebenen bzw. Sudetendeutschen auf Bundesebene eröffnet sich aufgrund der Sondersituation der Fraktionsgemeinschaft der Schwesterparteien CDU und CSU im Deutschen Bundestag ein weiteres Untersuchungsfeld, das Aufschluss auf die Entwicklung des Netzwerkes unter Berücksichtigung des Umfeldes ermöglicht. Daher wird in der Analyse der personellen Verflechtung zusätzlich zu Vertriebenen, Sudetendeutschen und Verbandsfunktionären zwischen der CDU/CSU-Gesamtfraktion, der CSU-Landesgruppe sowie der CDU/CSU-Fraktion bei Ausklammerung der CSU-Landesgruppe unterschieden und dies jeweils in für

[600] Herangezogen wurden aus Gründen der Vergleichbarkeit alle Mitglieder des Bayerischen Kabinetts sowie die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion sowie der Landtagsausschüsse. In den Kabinetten und Ausschüssen der 1950er und 1960er Jahre waren zwar Vertriebene vertreten, diese rekrutierten sich jedoch nicht aus der CSU, sondern überwiegend aus der Vertriebenenpartei BHE.

die einzelnen Legislaturperioden tabellarisch veranschaulicht und im Anschluss in einem Gesamtüberblick zusammengefasst.[601]

Im 1949 gewählten Ersten Deutschen Bundestag wies die 25 Abgeordnete umfassende CSU-Landesgruppe mit *Hans Schütz* sowie *Konrad Wittmann* als Gast zwei sudetendeutsche Vertreter auf, wobei *Wittmann* über die Liste in das Parlament gekommen war. Damit lag der Anteil von Vertriebenenvertretern mit acht Prozent über dem der.

Tabelle 23: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1. Wahlperiode ab 1949[602]

Art der Verbindung		**Mitglieder gesamt**	**davon: Vertriebene**	**davon: Funktionäre**
CDU/CSU-Fraktion und	**Vertriebene**	139 (ohne Berlin)	8 (6 %)	4 (50 %)
	Sudetendeutsche		4 (3 %)	2 (50 %)
Nur CDU in Fraktion und	**Vertriebene**	114 (ohne Berlin)	6 (5 %)	3 (50 %)
	Sudetendeutsche		2 (2 %)	1 (50 %)
CSU-Landesgruppe und	**Vertriebene**	25	2 (8 %)	1 (50 %)
	Sudetendeutsche		2 (8 %)	1 (50 %)

Der Anteil von Vertriebenen erhöhte sich bereits in der zweiten Legislaturperiode sowohl in der CSU-Landesgruppe als auch der CDU/CSU-Fraktion stark. Mit zwölf Prozent Vertriebenenanteil, von denen zwei Drittel als Funktionäre Vertreter von Vertriebenenverbänden waren, lag ihr Anteil in der CSU-Landesgruppe doppelt so hoch wie innerhalb der restlichen Fraktion. Sudetendeutsche waren zwar überproportional vertreten, mit zwei von sechs Vertriebenenabgeordneten innerhalb der Landesgruppe jedoch nicht in der Mehrheit.[603]

Tabelle 24: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2. Wahlperiode ab 1953[604]

Art der Verbindung		**Mitglieder gesamt**	**davon: Vertriebene**	**davon: Funktionäre**
CDU/CSU-Fraktion und	**Vertriebene**	244 (ohne Berlin)	17 (7 %)	10 (59 %)
	Sudetendeutsche		5 (2 %)	4 (80 %)
Nur CDU in Fraktion und	**Vertriebene**	192 (ohne Berlin)	11 (6 %)	6 (55 %)
	Sudetendeutsche		3 (2 %)	2 (66 %)
CSU-Landesgruppe und	**Vertriebene**	52	6 (12 %)	4 (66 %)
	Sudetendeutsche		2 (4 %)	2 (100 %)

In der dritten Wahlperiode ab 1957 sind zwei gegenläufige Entwicklungen festzuhalten: Während in der CDU/CSU-Fraktion der Anteil an Vertriebenen auf acht Prozent bzw. 21

[601] Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird in diesem Analyseabschnitt in der tabellarischen Übersicht je Legislaturperiode auf die Darstellung der Listenabgeordneten verzichtet. Ein Gesamtüberblick mit grafischer Übersicht folgt im Anschluss an die Detailübersichten.

[602] Auswertung aus: *Sänger*, Fritz (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, Stuttgart 1952; Besonderheit: *Konrad Wittmann* wurde als Gast in die CDU/CSU-Fraktion aufgenommen.

[603] *Hans Schütz* und *Edmund Leukert* kamen aus dem Sudetenland.

[604] Auswertung aus: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1953.

von 270 Abgeordneten zunahm, wies die CSU-Landesgruppe nur mehr vier Vertriebenenpolitiker unter den 53 CSU-Bundestagsabgeordneten auf (vgl. Tabelle 25). Auffallend ist: Waren in der vorigen Periode noch vier von sechs CSU-MdB´s über die Liste in den Bundestag gekommen, so war dies 1957 kein einziger mehr.

Tabelle 25: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 3. Wahlperiode ab 1957[605]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	**Vertriebene**	270 (ohne Berlin)	21 (8 %)	11 (52 %)
	Sudetendeutsche		6 (2 %)	4 (66 %)
Nur CDU in Fraktion und	**Vertriebene**	217 (ohne Berlin)	17 (8 %)	9 (53 %)
	Sudetendeutsche		4 (2 %)	2 (50 %)
CSU-Landesgruppe und	**Vertriebene**	53	4 (8 %)	2 (50 %)
	Sudetendeutsche		2 (4 %)	1 (50 %)

Diese Tendenz setzte sich zu Beginn der 1960er Jahre fort, indem in der vierten Wahlperiode unter den CDU-Bundestagsabgeordneten 19 von 192 als Vertriebene identifiziert werden können, darunter sechs Sudetendeutsche. In der CSU dahingegen waren nur drei Vertriebene bzw. mit *Hans Drachsler* und *Hans Schütz* zwei Sudetendeutsche vertreten.

Tabelle 26: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 4. Wahlperiode ab 1961[606]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	**Vertriebene**	242 (ohne Berlin)	23 (10 %)	8 (35 %)
	Sudetendeutsche		6 (2 %)	4 (66 %)
Nur CDU in Fraktion und	**Vertriebene**	192 (ohne Berlin)	19 (10 %)	6 (32 %)
	Sudetendeutsche		6 (3 %)	4 (66 %)
CSU-Landesgruppe und	**Vertriebene**	50	3 (6 %)	1 (33 %)
	Sudetendeutsche		2 (4 %)	1 (50 %)

In der fünften Wahlperiode von 1965 bis 1969 glichen sich die Anteile von Vertriebenen in der CSU-Landesgruppe sowie der CDU innerhalb der Gesamtfraktion an, wobei in der CSU mit nunmehr drei von fünf Abgeordneten die Sudetendeutschen erneut die Mehrzahl der Vertriebenen stellten.[607] Dies ist vor allem auf den Einzug über die Bundestagsliste der CSU zurückzuführen.

[605] Auswertung aus: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1958; 1960 wirkt sich der Austritt von 8 Mitgliedern aus der DP-Fraktion aus. So traten *Hans-Joachim von Merkatz* (Bundesvertriebenenminister ab 1960) sowie *Hans-Christoph Seebohm* (Bundesverkehrsminister ab 1961) der CDU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei.

[606] Auswertung aus: *Kürschner*, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 4. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1961.

[607] Sudetendeutsche waren Herbert *Prochazka*, *Edmund Leukert* und *Walter Becher*, der stellvertretender bzw. ab 1968 Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft war und 1967 in die CSU übertrat.

Tabelle 27: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 5. Wahlperiode ab 1965[608]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	**Vertriebene**	245 (ohne Berlin)	24 (10 %)	10 (43 %)
	Sudetendeutsche		8 (3 %)	4 (50 %)
Nur CDU in Fraktion und	**Vertriebene**	196 (ohne Berlin)	19 (10 %)	8 (42 %)
	Sudetendeutsche		5 (3 %)	3 (60 %)
CSU-Landesgruppe und	**Vertriebene**	49	5 (10 %)	2 (40 %)
	Sudetendeutsche		2 (4 %)	2 (100 %)

Diese Entwicklung wurde mit dem Regierungswechsel 1969 und der Ablösung der Großen durch die Sozialliberale Koalition gebremst. In der gesamten CDU/CSU-Fraktion nahm der Anteil an Vertriebenen ab. In der CSU-Landesgruppe hielten die beiden Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft *Walter Becher* und *Erich Riedl*, die beide über die Liste ins Parlament kamen, die Fahnen der Vertriebenen hoch.

Tabelle 28: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 6. Wahlperiode ab 1969[609]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	**Vertriebene**	242 (ohne Berlin)	17 (7 %)	9 (53 %)
	Sudetendeutsche		4 (2 %)	4 (100 %)
Nur CDU in Fraktion und	**Vertriebene**	191 (ohne Berlin)	15 (8 %)	7 (47 %)
	Sudetendeutsche		2 (1 %)	2 (100 %)
CSU-Landesgruppe und	**Vertriebene**	51	2 (4 %)	2 (100 %)
	Sudetendeutsche		2 (4 %)	2 (100 %)

Die Wahlen zum Deutschen Bundestag 1972 – bei denen die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition sowie die Ratifizierung der Ostverträge thematisch dominierten – erhöhten in CDU und CSU den Anteil an Vertriebenenpolitikern in ihren Reihen. Bei der CSU kamen alle fünf Vertriebenenabgeordneten, darunter mit *Walter Becher*, *Erich Riedl*, *Siegfried Zoglmann* und *Fritz Wittmann* vier Sudetendeutsche, die zugleich auch verbandlich organisiert waren, über die Liste in das Parlament.

[608] Auswertung aus: *Kürschner*, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 5. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1965.
[609] Auswertung aus: *Kürschner*, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 6. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1969; Besonderheit: Clemens *Riedel* gab in der vorhergehenden Legislaturperiode im Gegensatz zu dieser nicht an, Vertriebenenfunktionär zu sein.

Tabelle 29: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 7. Wahlperiode ab 1972[610]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	Vertriebene	225 (ohne Berlin)	23 (10 %)	11 (43 %)
	Sudetendeutsche		7 (3 %)	7 (100 %)
Nur CDU in Fraktion und	Vertriebene	177 (ohne Berlin)	18 (10 %)	7 (39 %)
	Sudetendeutsche		3 (2 %)	3 (100 %)
CSU-Landesgruppe und	Vertriebene	48	5 (10 %)	4 (80 %)
	Sudetendeutsche		4 (8 %)	4 (100 %)

In der achten Wahlperiode kam insgesamt gesehen die gleiche Anzahl von Vertriebenen für CDU und CSU in den Deutschen Bundestag (23), wobei die CSU ihren Anteil auf sechs steigern konnte. Bei der CSU kamen nicht nur erneut drei Vertriebene über die Liste ins Parlament, bis auf *Heinz Starke* waren fünf der sechs Abgeordneten Sudetendeutsche, von denen wiederum jeder als Funktionär eingeordnet werden kann.[611]

Tabelle 30: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 8. Wahlperiode ab 1976[612]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	Vertriebene	243 (ohne Berlin)	23 (9 %)	10 (43 %)
	Sudetendeutsche		7 (3 %)	5 (71 %)
Nur CDU in Fraktion und	Vertriebene	190 (ohne Berlin)	17 (9 %)	5 (29 %)
	Sudetendeutsche		2 (1 %)	0 (0 %)
CSU-Landesgruppe und	Vertriebene	53	6 (11 %)	5 (83 %)
	Sudetendeutsche		5 (9 %)	5 (100 %)

In der neunten Legislaturperiode, welche die Rückkehr der CDU/CSU in die Regierungsverantwortung mit sich bringen sollte, setzten sich die fünf Vertriebenenvertreter der 52köpfigen CSU-Landesgruppe erneut ausschließlich aus Sudetendeutschen zusammen (Vgl. Tabelle 31), wobei der Anteil an Listenabgeordneten mit *Hans Klein* und *Fritz Wittmann* im Vergleich zu den vorherigen Jahren abnahm.[613] Der Funktionärsanteil blieb bedeutend höher als unter den CDU-Vertriebenenpolitikern.

[610] Auswertung aus: *Kürschner*, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 7. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1972.
[611] *Walter Becher*, *Hans Klein*, *Eduard Lintner*, *Erich Riedl*, *Fritz Wittmann*.
[612] Auswertung aus: *Kürschner*, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 8 Wahlperiode, Rheinbreitbach 1976.
[613] Die sudetendeutschen Bundestagsabgeordneten in der CSU-Landesgruppe waren darüber hinaus *Eduard Lintner*, *Erich Riedl* und *Kurt Rossmanith*.

Tabelle 31: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 9. Wahlperiode ab 1980[614]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	Vertriebene	226 (ohne Berlin)	21 (9 %)	7 (33 %)
	Sudetendeutsche		7 (3 %)	5 (71 %)
Nur CDU in Fraktion und	Vertriebene	174 (ohne Berlin)	16 (9 %)	(19 %)
	Sudetendeutsche		2 (1 %)	0 (0 %)
CSU-Landesgruppe und	Vertriebene	52	5 (10 %)	5 (100 %)
	Sudetendeutsche		5 (10 %)	5 (100 %)

In der zehnten Wahlperiode von 1983 bis 1987 änderte sich bei den Vertriebenenvertretern der CSU nichts: Die Sudetendeutschen *Hans Klein*,[615] *Eduard Lintner*, *Erich Riedl*, *Kurt Rossmanith* sowie *Fritz Wittmann* stellten erneut knapp zehn Prozent der 52 Abgeordnete umfassenden CSU-Landesgruppe. Der Funktionärsanteil blieb damit bei 100 Prozent.

Tabelle 32: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 10. Wahlperiode ab 1983[616]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	Vertriebene	242 (ohne Berlin)	19 (8 %)	9 (47 %)
	Sudetendeutsche		7 (3 %)	5 (71 %)
Nur CDU in Fraktion und	Vertriebene	189 (ohne Berlin)	14 (7 %)	4 (29 %)
	Sudetendeutsche		2 (1 %)	0 (0 %)
CSU-Landesgruppe und	Vertriebene	53	5 (9 %)	5 (100 %)
	Sudetendeutsche		5 (9 %)	5 (100 %)

Während die Anzahl der Vertriebenenvertreter unter den CDU-Bundestagsabgeordneten auch in der elften Legislaturperiode von 1987-1990 weiter auf elf von 174 zurückging, blieb die Verflechtung in der CSU-Landesgruppe identisch: Jeder der fünf Vertriebenenabgeordneten war Sudetendeutscher sowie Verbandsfunktionär.

Tabelle 33: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 11. Wahlperiode ab 1987[617]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	Vertriebene	223 (ohne Berlin)	16 (7 %)	9 (56 %)
	Sudetendeutsche		7 (3 %)	6 (86 %)
Nur CDU in Fraktion und	Vertriebene	174 (ohne Berlin)	11 (6 %)	4 (36 %)
	Sudetendeutsche		2 (1 %)	1 (50 %)
CSU-Landesgruppe und	Vertriebene	49	5 (10 %)	5 (100 %)
	Sudetendeutsche		5 (10 %)	5 (100 %)

[614] Auswertung aus: *Kürschner*, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 9. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1981.
[615] Über die Liste zog lediglich *Hans Klein* ein.
[616] Auswertung aus: *Holzapfel*, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 10. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1985.
[617] Auswertung aus: *Holzapfel*, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 11. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1988.

Die deutsche und europäische Wiedervereinigung der Jahre 1989 und 1990 führte – ebenso wie dies in der CSU-Landtagsfraktion zu beobachten war – in der 12. Wahlperiode zu einer deutlichen Zunahme von Vertriebenen sowohl in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als auch in der CSU-Landesgruppe. Die bewährte Gruppe der fünf sudetendeutschen Bundestagsabgeordneten wurde dabei um *Hans Raidel* (Siebenbürgen) und *Hartmut Koschyk*[618] (Oberschlesien) ergänzt. Der Anteil an Funktionären lag bei den CSU-Vertriebenenabgeordneten weiterhin über dem der CDU-Vertriebenenabgeordneten.

Tabelle 34: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 12. Wahlperiode ab 1990[619]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	Vertriebene	319	31 (10 %)	11 (35 %)
	Sudetendeutsche		10 (3 %)	8 (80 %)
Nur CDU in Fraktion und	Vertriebene	267	24 (9 %)	5 (21 %)
	Sudetendeutsche		5 (2 %)	3 (60 %)
CSU-Landesgruppe und	Vertriebene	48	7 (15 %)	6 (86 %)
	Sudetendeutsche		5 (10 %)	5 (100 %)

Der Rückgang von Vertriebenenpolitikern innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 31 auf 25 im Vergleich zur vorhergehenden Periode ist in der 13. Wahlperiode ausschließlich auf eine Abnahme bei den CDU-Bundestagsabgeordneten zurückzuführen. Da *Fritz Wittmann* über die Liste nachrücken konnte, waren in der CSU-Landesgruppe weiterhin sieben Vertriebene, darunter fünf sudetendeutsche Funktionäre vertreten.

Tabelle 35: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 13. Wahlperiode ab 1994[620]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	Vertriebene	294	25 (9 %)	11 (44 %)
	Sudetendeutsche		9 (3 %)	7 (78 %)
Nur CDU in Fraktion und	Vertriebene	244	18 (7 %)	5 (28 %)
	Sudetendeutsche		4 (2 %)	2 (50 %)
CSU-Landesgruppe und	Vertriebene	50	7 (14 %)	6 (86 %)
	Sudetendeutsche		5 (10 %)	5 (100 %)

Die 14. Wahlperiode brachte nicht nur einen Regierungswechsel auf Bundesebene zur rot-grünen Koalition mit sich, sondern eine drastische Abnahme von Vertriebenenvertretern in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die sowohl CDU als auch CSU betraf. Dennoch liegt der Anteil an Vertriebenen, Sudetendeutschen sowie Funktionären in der CSU weiterhin deutlich über der CDU. Mit *Hartmut Koschyk*, *Eduard Lintner*, *Hans Raidel* und *Kurt*

[618] *Hartmut Koschyk* erlebte die Vertreibung nicht selbst, wird daher als Bekenntnisvertriebener eingeordnet.
[619] Auswertung aus: *Holzapfel*, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1992.
[620] Auswertung aus: *Holzapfel*, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1996.

Rossmanith konnten vier von 47 CSU-Bundestagsabgeordneten als Vertriebene identifiziert werden (vgl. Tabelle 36).

Tabelle 36: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 14. Wahlperiode ab 1998[621]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	Vertriebene	245	13 (5 %)	6 (54 %)
	Sudetendeutsche		4 (2 %)	3 (75 %)
Nur CDU in Fraktion und	Vertriebene	198	9 (5 %)	4 (44 %)
	Sudetendeutsche		2 (1 %)	1 (50 %)
CSU-Landesgruppe und	Vertriebene	47	4 (9 %)	3 (75 %)
	Sudetendeutsche		2 (4 %)	2 (100 %)

Während sich diese rückläufige Entwicklung für die CDU in der 15. Wahlperiode von 2002 bis 2005 noch weiter fortsetzte und unter den 190 Abgeordneten nur mehr sechs Vertriebene ausmachen ließen, wies die CSU im Vergleich eine dreimal höhere Quote auf: Mit *Kurt Rossmanith*, *Eduard Lintner*, *Hans Raidel* sowie den Bekenntnisvertriebenen *Hartmut Koschyk* und *Matthias Sehling* besaßen fünf von 58 CSU-Bundestagsabgeordnete Vertriebenenhintergrund, darunter drei sudetendeutschen.[622]

Tabelle 37: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 15. Wahlperiode ab 2002[623]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	Vertriebene	248	11 (4 %)	7 (64 %)
	Sudetendeutsche		4 (2 %)	3 (75 %)
Nur CDU in Fraktion und	Vertriebene	190	6 (3 %)	3 (50 %)
	Sudetendeutsche		1 (1 %)	0 (0 %)
CSU-Landesgruppe und	Vertriebene	58	5 (9 %)	4 (80 %)
	Sudetendeutsche		3 (5 %)	3 (100 %)

Dieser Trend setzte sich in der 16. Wahlperiode nochmals verstärkt fort. Während die CSU weiterhin fünf Vertriebenenabgeordnete in ihren Reihen hatte, wies die CDU lediglich noch vier auf. Der Funktionärsanteil nahm dabei noch weiter zu.

[621] Auswertung aus: *Holzapfel*, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 14. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2000.
[622] *Stephan Mayer*, der 2002 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde und ab 2008 im Präsidium des BdV ist, wird noch nicht zur Gruppe der Vertriebenenabgeordneten gerechnet, da er in dieser Legislaturperiode nicht als Vertriebenenpolitiker auftrat.
[623] Auswertung aus: *Holzapfel*, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 15. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2003.

Tabelle 38: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 16. Wahlperiode ab 2005[624]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	**Vertriebene**	226	9 (4 %)	6 (66 %)
	Sudetendeutsche		2 (1 %)	2 (100 %)
Nur CDU in Fraktion und	**Vertriebene**	180	4 (2 %)	2 (50 %)
	Sudetendeutsche		0 (0 %)	0 (0 %)
CSU-Landesgruppe und	**Vertriebene**	46	5 (11 %)	4 (80 %)
	Sudetendeutsche		2 (4 %)	2 (100 %)

Für die aktuelle Legislaturperiode ab Oktober 2009 ist eine weitere Abnahme von Vertriebenenabgeordneten in der Unionsfraktion festzuhalten. Aus CDU und CSU können jeweils drei Abgeordneten mit konkretem vertriebenenpolitischem Hintergrund ausgemacht werden. Auffallend ist, dass die CSU sowohl ihren im Vergleich deutlich höheren Anteil aufrechterhalten konnte als auch in der CSU die jüngere Bekenntnisgeneration stärker zum Zug kommt.[625]

Tabelle 39: Vertriebene in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 17. Wahlperiode ab ab 2009[626]

Art der Verbindung		Mitglieder gesamt	davon: Vertriebene	davon: Funktionäre
CDU/CSU-Fraktion und	**Vertriebene**	239	6 (3 %)	5 (83 %)
	Sudetendeutsche		2 (1 %)	2 (100 %)
Nur CDU in Fraktion und	**Vertriebene**	194	3 (2 %)	2 (66 %)
	Sudetendeutsche		1 (1 %)	1 (100 %)
CSU-Landesgruppe und	**Vertriebene**	45	3 (7 %)	3 (100 %)
	Sudetendeutsche		1 (2 %)	1 (100 %)

In einer tabellarischen Übersicht wird auf der folgenden Seite die diachrone Entwicklung im Gesamten zusammengefasst.

[624] Auswertung aus: *Holzapfel*, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2008; *Stephan Mayer* ist seit 2008 Mitglied des BdV-Präsidiums.

[625] So sind in den Reihen der CDU mit *Ego Jüttner*, *Bernd Neumann* sowie *Erika Steinbach* Abgeordnete der Erlebnisgeneration vertreten, wohingegen in der CSU mit *Florian Hahn*, *Hartmut Koschyk* sowie *Stephan Mayer* jüngere Politiker ohne unmittelbaren Vertreibungsbezug in Vertriebenenverbänden Mitglied sind.

[626] Auswertung aus: *Holzapfel*, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2010; sowie anhand der Daten in: Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, online abgerufen unter: http://www.cducsu.de/Titel__abgeordnete/TabID__23/SubTabID__24/Abgeordnete.aspx, [11.12.2009].

Tabelle 40: CSU/CSU-Bundestagsfraktion und Vertriebene im Überblick seit 1949

Wahlperiode	CDU/CSU-Fraktion					CDU/CSU-Fraktion (ohne CSU)					CSU-Landesgruppe				
	Mitglieder gesamt	und Vertriebene		und Sudetendt.		Mitglieder gesamt	und Vertriebene		und Sudetendt.		Mitglieder gesamt	und Vertriebene		und Sudetendt.	
		Vertriebene	davon: Funktionäre	Sudetendeutsche	davon Funktionäre		Vertriebene	davon Funktionäre	Sudetendeutsche	davon Funktionäre		Vertriebene	davon Funktionäre	Sudetendeutsche	davon Funktionäre
1949-1953	139	8 (6%)	4 (50 %)	4 (3 %)	2 (50 %)	114	6 (5 %)	3 (50 %)	2 (2 %)	1 (50 %)	25	2 (8 %)	1 (50 %)	2 (8 %)	1 (50 %)
1953-1957	244	17 (7 %)	10 (59 %)	5 (2 %)	4 (80 %)	192	11 (6 %)	6 (55 %)	3 (2 %)	2 (66 %)	52	6 (12 %)	4 (66 %)	2 (4 %)	2 (100 %)
1957-1961	270	21 (8 %)	11 (52 %)	6 (2 %)	4 (66 %)	217	17 (8 %)	9 (53 %)	4 (2 %)	2 (50 %)	53	4 (8 %)	2 (50 %)	2 (4 %)	1 (50 %)
1961-1965	242	23 (10 %)	8 (35 %)	6 (2 %)	4 (66 %)	192	19 (10 %)	6 (32 %)	6 (3 %)	4 (66 %)	50	3 (6 %)	1 (33 %)	2 (4 %)	1 (50 %)
1965-1969	245	24 (10 %)	10 (43 %)	8 (3 %)	4 (50 %)	196	19 (10 %)	8 (42 %)	5 (3 %)	3 (60 %)	49	5 (10 %)	2 (40 %)	2 (4 %)	2 (100 %)
1969-1972	242	17 (7 %)	9 (53 %)	4 (2 %)	4 (100 %)	191	15 (8 %)	7 (47 %)	2 (1 %)	2 (100 %)	51	2 (4 %)	2 (100 %)	2 (4 %)	2 (100 %)
1972-1976	225	23 (10 %)	11 (43 %)	7 (3 %)	7 (100 %)	177	18 (10 %)	7 (39 %)	3 (2 %)	3 (100 %)	48	5 (10 %)	4 (80 %)	4 (8 %)	4 (100 %)
1976-1980	243	23 (9 %)	10 (43 %)	7 (3 %)	5 (71 %)	190	17 (9 %)	5 (29 %)	2 (1 %)	0 (0 %)	53	6 (11 %)	5 (83 %)	5 (9 %)	5 (100 %)
1980-1983	226	21 (9 %)	7 (33 %)	7 (3 %)	5 (71 %)	174	16 (9 %)	3 (19 %)	2 (1 %)	0 (0 %)	52	5 (10 %)	5 (100 %)	5 (10 %)	5 (100 %)
1983-1987	242	19 (8 %)	9 (47 %)	7 (3 %)	5 (71 %)	189	14 (7 %)	4 (29 %)	2 (1 %)	0 (0 %)	53	5 (9 %)	5 (100 %)	5 (9 %)	5 (100 %)
1987-1990	223	16 (7 %)	9 (56 %)	7 (3 %)	6 (86 %)	174	11 (6 %)	4 (36 %)	2 (1 %)	1 (50 %)	49	5 (10 %)	5 (100 %)	5 (10 %)	5 (100 %)
1990-1994	319	31 (10 %)	11 (35 %)	10 (3 %)	8 (80 %)	267	24 (9 %)	5 (21 %)	5 (2 %)	3 (60 %)	48	7 (15 %)	6 (86 %)	5 (10 %)	5 (100 %)
1994-1998	294	25 (9 %)	11 (44 %)	9 (3 %)	7 (78 %)	244	18 (7 %)	5 (28 %)	4 (2 %)	2 (50 %)	50	7 (14 %)	6 (86 %)	5 (10 %)	5 (100 %)
1998-2002	245	13 (5 %)	6 (54 %)	4 (2 %)	3 (75 %)	198	9 (5 %)	4 (44 %)	2 (1 %)	1 (50 %)	47	4 (9 %)	3 (75 %)	2 (4 %)	2 (100 %)
2002-2005	248	11 (4 %)	7 (64 %)	4 (2 %)	3 (75 %)	190	6 (3 %)	3 (50 %)	1 (1 %)	0 (0 %)	58	5 (9 %)	4 (80 %)	3 (5 %)	3 (100 %)
2005-2009	226	9 (4 %)	6 (66 %)	2 (1 %)	2 (100 %)	180	4 (2 %)	2 (50 %)	0 (0 %)	0 (0 %)	46	5 (11 %)	4 (80 %)	2 (4 %)	2 (100 %)
ab 2009	239	6 (3 %)	5 (83 %)	2 (1 %)	2 (100 %)	194	3 (2 %)	2 (66 %)	1 (1 %)	1 (100 %)	45	3 (7 %)	3 (100 %)	1 (2 %)	1 (100 %)

Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die „Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler" zählt zu den soziologischen Gruppen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Obwohl die Mitglieder der Gruppe auf der Grundlage von Protokollen nur für den Zeitraum seit 1994 rekonstruiert werden

können, liefert deren Zusammensetzung dennoch wertvolle Hinweise auf die Stellung von Vertriebenen und Sudetendeutschen in der Fraktion sowie zu Unterschieden zwischen CDU und CSU.

Auffallend ist zunächst das Wachstum der Gruppe zwischen der 13. und der 14. Wahlperiode. Obwohl die Zahl der Vertriebenenpolitiker in der Fraktion mit den Bundestagswahlen 1998 stark abgenommen hatte, vergrößerte sich die Gruppe von 28 auf 47 Mitglieder. 2002 blieb die Gruppengröße konstant bei 47. Während nicht jeder der als Vertriebener eingeordneter Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion an der Gruppe partizipierte, ist eine steigende Anzahl von Nicht-Vertriebenen beigetreten (36 Nicht-Vertriebene im Vergleich zu 14 noch 1994). Die Beweggründe für diese ungewöhnliche Steigerung könnten in einem Gefühl der Solidarität zu den weniger vertretenen Vertriebenen und einem gestiegenen Bewusstsein für Aussiedler- und Flüchtlingsproblematiken liegen. Dies ist jedoch nicht mit erhöhter Bedeutung oder Aktivität der Gruppe gleichzusetzen.[627] Die Sudetendeutschen sind dahingegen vor allem in der CSU besonders stark vertreten. In der Wahlperiode ab 2005 nahmen sowohl die Größe der Arbeitsgruppe als auch der teilnehmenden Vertriebenenabgeordneten ab. Der proportionale Anteil an Nichtvertriebenen nahm dennoch zu.[628]

Tabelle 41: Arbeitsgruppe Vertriebene der CDU/CSU-Bundestagsfraktion[629]

Wahlperiode	Mitglieder	Vertriebene	davon: Funktionäre	Sudetendeutsche	davon: Funktionäre	CSU und Sd	CSU und Sd-Funkt.
1994-1998	28	14 (50 %)	10 (71 %)	7 (25 %)	6 (86 %)	4 von 7 (57 %)	4 (100 %)
1998-2002	47	11 (23 %)	7 (64 %)	3 (6 %)	3 (100 %)	2 von 3 (66 %)	2 (100 %)
2002-2005	47	11 (23 %)	7 (64 %)	4 (9 %)	4 (100 %)	3 von 4 (75 %)	3 (100 %)
2005-2009	35	6 (17 %)	5 (83 %)	2 (6 %)	2 (100 %)	2 von 2 (100 %)	2 (100 %)

[627] So ein Hinweis eines Mitgliedes der CSU-Landesgruppe in einem Hintergrundgespräch.

[628] Die Mitglieder der Arbeitsgruppe in der Wahlperiode ab 2009 standen zum Zeitpunkt des Abschlusses der Studie noch nicht endgültig fest.

[629] Die Bezeichnung der Gruppe wechselt zwischen „Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ oder „Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Mittlerweile wird der Begriff „Gruppe der Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler“ verwendet, vgl.: http://www.cducsu.de/Titel__Gruppe_der_Vertriebenen_Fluechtlinge_und_Aussiedler/TabID__13/SubTabID__16/InhaltID__20/AGID__20/arbeitsgruppen.aspx, [30.03.2009], Auswertungen aus: „Liste der Mitglieder der Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ von 1997, schriftliche Information von Frau *Schumacher*, Büro MdB *Klaus Hofbauer*, CSU am 13.03.2007; Anwesenheitsliste der Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Sitzung am 5. Dezember 2000, schriftliche Information von Frau *Schumacher*, Büro MdB *Klaus Hofbauer*, CSU am 13.03.2007; „Mitglieder der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 15. Wahlperiode, schriftliche Information von Frau Schumacher, Büro MdB Klaus *Hofbauer*, CSU am 13.03.2007 sowie von Frau *Wagner*, Büro MdB *Stephan Mayer*, am 16.02.2009; Mitgliederliste der Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – 16. Wahlperiode (2006), schriftliche Information von Frau *Wagner*, Büro MdB *Stephan Mayer*, am 16.02.2009.

Die bereits angesprochene fragmentarische Partizipation der CDU/CSU-Ver-triebenenabgeordneten an der Gruppe der Vertriebenen liefert bei einem detaillierten Blick mit Unterscheidung zwischen CDU und CSU weitere Erkenntnisse. Während aus der CDU 1994 von 18 Abgeordneten mit Vertreibungshintergrund lediglich acht Mitglieder der Gruppe sind, ist der Anteil bei der CSU mit sechs von sieben signifikant höher. Auch 1998 fällt die Mobilisierung der CSU mit allen vier sudetendeutschen Abgeordneten wesentlich besser aus als bei der CDU, von der sich nur sechs von neun für eine Teilnahme an der Gruppe entscheiden. Dieses Ungleichgewicht blieb auch in der 15. und bei niedrigerem Niveau in der 16. Wahlperiode bestehen. Innerhalb der CSU-Landesgruppe erweist sich daher die Bereitschaft, sich an für Vertriebene relevante Gruppierungen zu beteiligen, im Vergleich zur Schwesterpartei CDU als deutlich stärker ausgeprägt.

Tabelle 42: Mobilisierung der Vertriebenen-Abgeordneten aus CDU und CSU in der Gruppe der Vertriebenen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

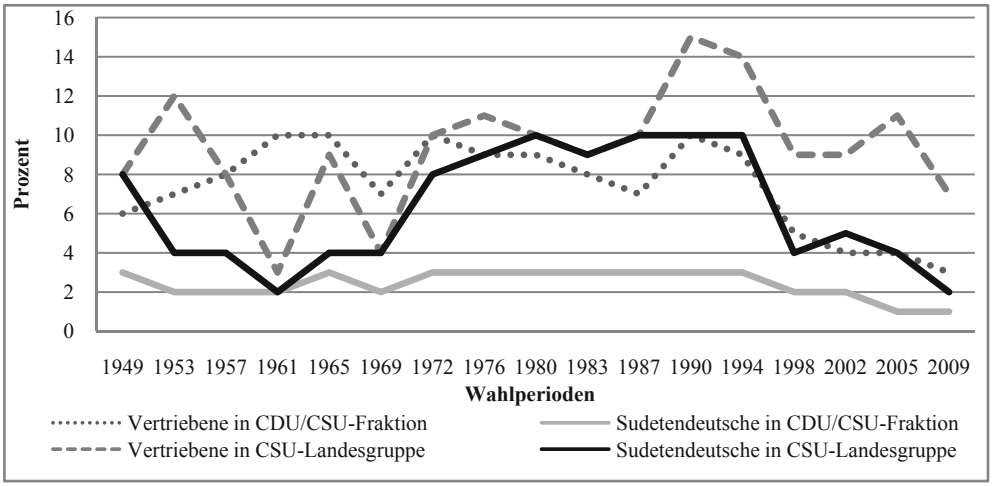
Wahl-periode	CDU-Abgeordnete mit Vertreibungshinter-grund	CSU-Abgeordnete mit Vertreibungs-hintergrund
1994-1998	8 von 18 (44 %)	6 von 7 (86 %)
1998-2002	6 von 9 (66 %)	4 von 4 (100 %)
2002-2005	4 von 6 (66 %)	5 von 5 (100 %)
2005-2009	2 von 4 (50 %)	4 von 5 (80 %)

Rückschlüsse auf die prozessuale Entwicklung der Verbindung auf Bundesebene

Eine diachrone Zusammenstellung der Verflechtungen zwischen Vertriebenen im Allgemeinen und Sudetendeutschen im Besonderen sowie CSU und CDU bringt klare Analogien zur Entwicklung auf Landesebene sowie interessante Erkenntnisse zum Verhältnis von CDU und Vertriebenen im Vergleich mit sich. Während der Anteil an Vertriebenen bei den CDU-Bundestagsabgeordneten in den ersten Legislaturperioden bis Mitte der 1960er Jahre beständig anstieg, war deren Anteil in der CSU großen Schwankungen unterworfen.

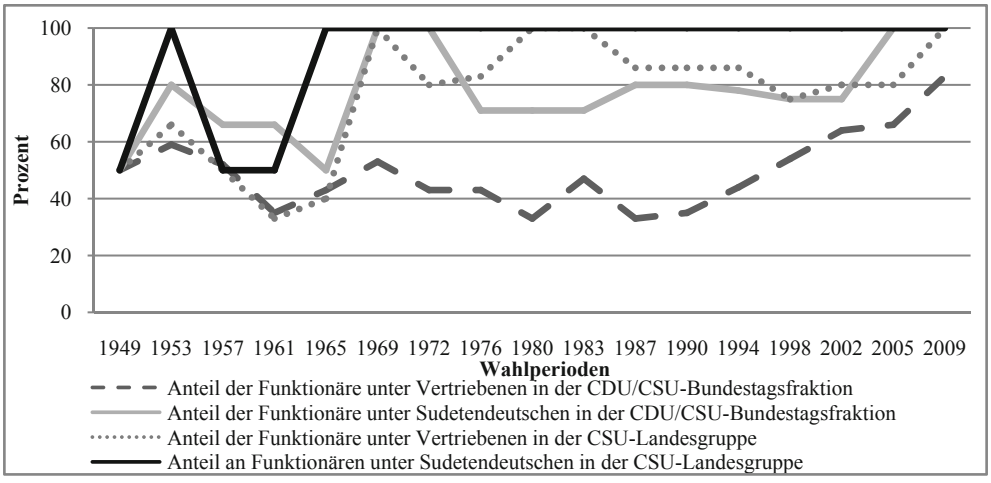
Die Stärke des BHE war für die CSU in den 1950ern und bis hinein in die 1960er Jahre deutlich spürbar. Eine Trendwende setzte zunächst mit den Bundestagswahlen 1969, endgültig mit der drei Jahre darauf folgenden Legislaturperiode ab 1972 ein. Ab diesem Zeitpunkt wies die CSU einen deutlich über dem der CDU/CSU-Fraktion sowie der Fraktion exklusive CSU liegenden Anteil an Vertriebenen auf. Dies ist ausschließlich auf eine Zunahme von sudetendeutschen Bundestagsabgeordneten in der CSU zurückzuführen. Während ihr Anteil beispielsweise in der Gesamtfraktion sowie in der CDU durchgehend fast unverändert blieb, stieg er in der CSU an und verharrte bis Mitte der 1990er Jahre auf hohem Niveau. Seitdem ist bei uneinheitlicher Entwicklung eine abnehmende Tendenz von Vertriebenenabgeordneten in der Unionsfraktion zu verzeichnen, wobei die CSU weiterhin einen deutlich über der CDU liegenden Anteil aufweist (vgl. Abbildung 38).

Abbildung 38: Prozentuale Entwicklung des Anteils der Vertriebenen und Sudetendeutschen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und CSU-Landesgruppe



Greift man den Aspekt der Verbandsfunktionäre heraus, dann lassen sich erneut Unterschiede zwischen CSU und CDU sowie zwischen Vertriebenen und Sudetendeutschen feststellen.

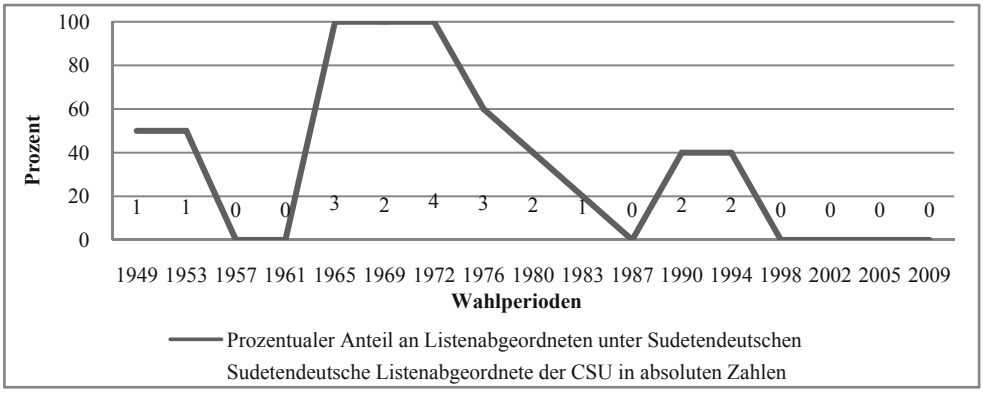
Abbildung 39: Prozentuale Entwicklung des Anteils an Funktionären unter Vertriebenen und Sudetendeutschen in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CSU-Landesgruppe



So liegt der Anteil von Vertriebenenfunktionären innerhalb der CSU-Landesgruppe bereits ab Beginn der 1960er Jahre weit über dem Durchschnitt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU. Für die Sudetendeutschen gilt dabei durchgehend, dass sie einen deutlich höheren Organisationsgrad in der Landsmannschaft aufweisen als andere Vertriebene. Innerhalb der CSU-Landesgruppe ist für die Sudetendeutschen, welche die Mehrzahl der Sudetendeutschen in der Gesamtfraktion ausmachen, sogar festzuhalten, dass sie ab 1965 ausschließlich als Verbandsfunktionäre aktiv waren. Dieser Wert liegt dazu deutlich höher als bei der CSU-Landtagsfraktion. Insgesamt gesehen nimmt der Anteil an Verbandsfunktionären in der Gesamtfraktion zu (vgl. Abbildung 38).

Analogien zur Entwicklung auf Landesebene lassen sich auch bei der Betrachtung der sudetendeutschen Listenabgeordneten feststellen. So schafften bei den Wahlen 1965, 1969 sowie 1972 alle sudetendeutschen Abgeordneten der CSU über die Liste den Sprung in den Bundestag, eine Quote, die im Anschluss beständig abnahm und auch nach der Wiedervereinigung 1990 nicht mehr erreicht wurde. Ähnlich wie bei der CSU-Landtagsfraktion ist also auch bei der CSU-Landesgruppe zwischen 1965 und 1975 eine spürbare Unterstützung zum Einzug von Sudetendeutschen durch die Partei feststellbar.

Abbildung 40: Entwicklung des Anteils von Listenabgeordneten unter sudetendeutschen CSU-Bundestagsabgeordneten



Vertriebene und Sudetendeutsche in Führungspositionen auf Bundesebene

Bei der Betrachtung der Führungspositionen auf Bundesebene in CDU und CSU werden die Bundeskabinette, die Fraktionsvorstände der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie ergänzend der CSU-Landesgruppenvorstand herangezogen. Aus der CDU, welcher aufgrund ihrer stärkeren Gewichtung deutlich mehr Positionen sowohl in den Bundesregierungen als auch den Fraktionsvorständen zustehen, waren ab 1957 stets Vertriebene vertreten, wenn auch nur in Ausnahmefällen in Schlüsselpositionen. Hier ist vor allem die Einnahme des Fraktionsvorsitzes durch den CDU-Politiker und Sudetendeutschen *Rainer Barzel* zu nennen. Auffallend ist, dass die Vertriebenen im Fraktionsvorstand während der

Oppositionszeit der sozialliberalen Koalition besonders stark vertreten waren und die Anzahl der Vertriebenenvertreter in Führungspositionen nach der Wiedervereinigung zunahm.

Abbildung 41: Vertriebene in CDU/CSU-Bundesregierungen und dem Bundestagsfraktionsvorstand[630]

	Vertriebene in Bundesregierung[631]		**Vertriebene im Vorstand**	
	CDU	**CSU**	**CDU/CSU-Fraktion**	**CSU-Landesgruppe**
1949-1953	-	-	**0 von 5**	**0 von 4**
1953-1957	-	-	**0 von 8**	**0 von 3**
1957-1961	**2:** *Hans-Joachim von Merkatz* (Vertriebenenministerium) ab 1960, *Hans-Christoph Seebohm* (Verkehrsministerium) ab 1960 CSU, vorher DP.	-	**0 von 9**	**1 von 4:** *Hans Schütz* (Stv.).
1961-1965	**3:** *Hans-Joachim von Merkatz* (Vertriebenenministerium); *Hans-Christoph Seebohm* (Verkehrsministerium), Rainer *Barzel* (Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen).	-	**1 von 9:** *Rainer Barzel* als stv. und später Vs.	**1 von 4:** *Hans Schütz* (Stv.).
1965-1969	**2:** *Hans-Christoph Seebohm* (Verkehrsministerium) *Heinrich Windelen* ab 1969 (Vertriebenenministerium)	-	**2 von 10:** *Rainer Barzel* als Vorsitzender *Ernst Müller-Hermann* als Stv. Vorsitzender.	**0 von 4**
1969-1972	**Opposition**	**Opposition**	**2 von 13:** *Rainer Barzel* als Vorsitzender *Heinrich Windelen* als stv. Vorsitzender.	**0 von 4**
1972-1976	**Opposition**	**Opposition**	**3 von 12:** *Rainer Barzel* (Vorsitzender) *Burkhard Ritz* (Stv.) *Heinrich Windelen* (Stv.).	**0 von 4**
1976-1980	**Opposition**	**Opposition**	**2 von 13**: Burkhard *Ritz* (Stv.), Heinrich *Windelen* (Stv.).	**0 von 4**
1980-1983	**Opposition**	**Opposition**	**0 von 13**	**0 von 4**
1983-1987	**3:** *Rainer Barzel* bis 1983, Nachfolger *Heinrich Windelen* (Ministerium für innerdeutsche Beziehungen) *Ottfried Hennig* als Staatssekretär im gleichen Ministerium	-	**0 von 12**	**0 von 4**
1987-1990	**2:** *Klaus Töpfer* (Umweltminister) *Ottfried Hennig* als Staatssekretär im Ministerium für Innerdeutsche Fragen	**1:** *Hans Klein* (Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit)	**0 von 14**	**0 von 4**
1990-1994	**4:** *Manfred Kanther* (Innenminister) *Klaus Töpfer* (Umweltminister), als Staatssekretäre *Bernd Neumann*	**2:** Als Staatssekretäre *Eduard Lintner* (Inneres) und *Erich Riedl* (Wirtschaft).	**0 von 14**	**1 von 4:** *Kurt Rossmanith* (Stv.)

[630] Auswertung aus: *Vierhaus*, Rudolf und *Herbst*, Ludolf (Hrsg.) unter Mitarbeit von *Jahn*, Bruno, Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, Bde. 1 und 2, München 2002; für die neuere Entwicklung nach 2002 wurden die Lebensläufe aller Abgeordneten herangezogen.

[631] Dabei werden ausschließlich die Minister sowie die Parlamentarischen Staatssekretäre herangezogen. Die verbeamteten Staatssekretäre bleiben außen vor.

	(Forschung) und *Ottfried Hennig* (Verteidigung			
1994-1998	**5:** *Manfred Kanther* (Inneres), *Klaus Töpfer* (Raumordnung, Bauwesen und Städtebau), als Staatssekretäre *Johannes Nitsch* (Verkehr), *Bernd Neumann* (Bildung) und *Klaus-Jürgen Hedrich* (Wirtschaftliche Zusammenarbeit)	**1:** *Eduard Lintner* als Staatssekretär im Innenministerium	**0 von 14**	**1 von 4:** *Kurt Rossmanith* (Stv.).
1998-2002	**Opposition**	**Opposition**	**0 von 14**	**0 von 4**
2002-2005	**Opposition**	**Opposition**	**-**	**0 von 4**
2005-2009	**1:** *Bernd Neumann*, Staatsminister im Bundeskanzleramt	**-**	**1 von 14** *Hartmut Koschyk*, Parl. Geschäftsführer	**1 von 4** *Hartmut Koschyk*, Parl. Geschäftsführer
2009	**1:** *Bernd Neumann*, Staatsminister im Bundeskanzleramt	**1:** Hartmut Koschyk; Staatssekretär im Finanzministerium	**-**	**-**

Aus der CSU sind bis zur 11. Wahlperiode keine Vertriebenenvertreter in Bundeskabinetten zu finden. Auch die Berücksichtigung im zahlenmäßig sehr kleinen CSU-Landesgruppenvorstand ist punktuell. Hervorzuheben ist, dass alle Vertriebenenvertreter sowohl im CSU-Landesgruppenvorstand als auch in den Bundeskabinetten Sudetendeutsche waren. So waren die Sudetendeutschen Hans *Schütz* und *Kurt Rossmanith* im Landesgruppenvorstand tätig, während die sudetendeutschen CSU-Bundestagsabgeordneten *Eduard Lintner*, *Erich Riedl* und *Hans Klein* Aufgaben in Bundesministerien übernahmen. In der aktuellen Wahlperiode rückte der BdV-Funktionsträger Hartmut Koschyk als Staatssekretär in das Bundesfinanzministerium.

7.2.1.3 Die europäische Ebene: CSU-Europagruppe

Grundlegend stellt die CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament mit einem personellen Umfang zwischen sieben und zehn Abgeordneten eine deutlich kleinere Bezugsgruppe als die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag oder die CSU-Landtagsfraktion dar. Daher werden die Kriterien der Verbindung zwischen CSU und Vertriebenen in diesem Abschnitt etwas weiter angelegt. Aufgrund einer doch deutlich erkennbaren personellen Kontinuität können die ersten drei Wahlperioden zwischen 1979 und 1994 gemeinsam betrachtet werden. Mit *Ingo Friedrich*, dessen Geburtsort im heutigen Polen liegt sowie *Otto von Habsburg* als Ehrenmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft können zwei Europaabgeordnete identifiziert werden, die zwar nicht explizit als Vertriebenenfunktionäre einzuordnen sind, aber denen bis zu einem gewissen Maß Nähe zu Vertreibungsthematik zugeschrieben werden kann. In der 4. Wahlperiode des Europäischen Parlaments von 1994-1999 können zwei von acht Europaabgeordneten der CSU als Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft eingeordnet werden. Neben *Otto von Habsburg*[632] war *Bernd Posselt* als stellvertretender Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Doppelfunktion für die CSU und für die Sudetendeutsche Landsmann-

[632] Ehrenmitglied der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Kreisgruppe München, siehe: www.sudeten-by.de/dokumente_04/pr_041108.pdf [10.03.2007].

schaft tätig. In der folgenden fünften Wahlperiode von 1999-2004 war ebenfalls *Bernd Posselt* als Europaabgeordneter vertreten. Ab 2000 war er gleichzeitig Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, 2008 übernahm er das Amt des Sprechers.[633]

Tabelle 43: Vertriebene in der CSU-Europagruppe ab 1979

Wahlperiode	CSU-MdEP	Affinität zu Vertreibung	Verbandsfunktionäre
1. WP 1979[634]	8	Otto v. Habsburg, Ingo Friedrich	-
2. WP 1984[635]	7	Otto v. Habsburg, Ingo Friedrich	-
3. WP 1989[636]	7	Otto v. Habsburg, Ingo Friedrich	-
4. WP 1994[637]	8	Otto von Habsburg, Ingo Friedrich, Bernd Posselt	Bernd Posselt
5. WP 1999[638]	10	Bernd Posselt, Ingo Friedrich	Bernd Posselt
6. WP 2004[639]	9	Bernd Posselt, Ingo Friedrich	Bernd Posselt
7. WP 2009	8	Bernd Posselt, Martin Kastler	Bernd Posselt, Martin Kastler

Bernd Posselt bezeichnet sich selbst als Vertreter der sudetendeutschen Volksgruppe im Europaparlament.[640] Als dieser wurde er auch von Amtskollegen wahrgenommen:

> „Innerhalb der CSU-Europagruppe waren die Aufgaben klar verteilt. Bernd Posselt war dabei als Vertreter der Sudetendeutschen die Anlaufstelle für vertriebenenpolitische Fragen der CSU, sodass die Vertriebenenkontakte auch fast ausschließlich über ihn liefen.“[641]

Diese Wahrnehmung als Vertreter des als Vierter Stamm in Bayern anerkannter Volksgruppe der Sudetendeutschen spielt insbesondere in der von Regionalproporz geprägten Aufstellung der Europaliste eine wichtige Rolle:

> „Vor allem bei der Aufstellung der CSU-Europaliste zeigt sich nach wie vor die große Bedeutung der Sudetendeutschen. Hier erhält der Vertreter der Sudetendeutschen als Viertem Stamm im Regionalproporz der Bezirksverbände immer einen festen Platz. Bernd Posselt ist unbestritten eine wichtige Figur. Ohne den Status als Sprecher der Sudetendeutschen würde es für ihn auf der Europaliste aber trotzdem sehr schwierig.“[642]

---

[633] Daten aus: Europawahlen in Bayern, www.statistik.bayern.de/wahlen/ew/alpha_abg.htm [10.03.2007].
[634] Vgl. Mitteilungen und Bekanntmachungen des Landeswahlleiters des Freistaats Bayern, Europawahl am 17. Juni 1979, München 1979, S. 67. Auswertung anhand der offiziellen Biographien.
[635] Vgl. Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Wahl zum Europäischen Parlament in Bayern am 17. Juni 1984, Heft 408 der Beiträge zur Statistik Bayerns, München 1985, S. 247. Auswertung anhand der offiziellen Biographien.
[636] Ergebnisse der Europawahl vom 18. Juni 1989, Vgl. *Landtagsamt* (Hrsg.), Bayerischer Landtag 12. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1994.
[637] Ergebnisse der Europawahl vom 12. Juni 1994, Vgl. Landtagsamt (Hrsg.), Handbuch des Bayerischen Landtags, Ausgabe für die 13. Wahlperiode, München 1998.
[638] Daten aus: Europawahlen in Bayern, www.statistik.bayern.de/wahlen/ew/alpha_abg.htm [10.03.2007].
[639] Daten aus: Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 6. Europäischen Parlament, http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_04/ergebnisse/, abgerufen am [17.11.2009].
[640] Homepage von *Bernd Posselt*, Abschnitt „Tätigkeit im Europaparlament“, http://www.bernd-posselt.de/eu01.html [10.04.2007].
[641] Hintergrundgespräch mit *Edgar Schiedermeier*, MdEP a.D., am 11.05.2009 in Cham.
[642] Hintergrundgespräch mit Dr. *Edmund Stoiber*, Bayerischer Ministerpräsident zwischen 1993 und 2007 sowie CSU-Parteivorsitzender zwischen 1999 und 2007, in München am 07.12.2009.

In der siebten Wahlperiode des Europäischen Parlaments ist in der achtköpfigen CSU-Europagruppe neben *Bernd Posselt* mit *Martin Kastler* als Bundesvorstandsmitglied der Ackermann-Gemeinde ein weiterer sudetendeutscher Vertreter zu finden.[643]

7.2.2 Vertriebene und Sudetendeutsche in der Parteiorganisation der CSU

Zur Analyse der Vertretung von sudetendeutschen Funktionären in der Parteiorganisation der CSU werden der CSU-Parteivorstand, das CSU-Parteipräsidium sowie der Landesvorstand der CSU-Arbeitsgemeinschaft Union der Vertriebenen (UdV) herangezogen.

7.2.2.1 CSU-Landesvorstand und CSU-Parteivorstand

Bei der Untersuchung der CSU-Landesvorstände bzw. Parteivorstände bietet sich aufgrund einer umfassenden Satzungsänderung mit Auswirkungen auf Umfang und Zusammensetzung der höchsten Vorstandsebene der CSU eine Zweiteilung an. So wird zunächst der Zeitabschnitt zwischen 1946 und 1968 unter die Lupe genommen. Trotz zum Teil fehlender Datensätze und schwankender Mitgliederzahlen des Vorstandes lässt sich eine klare Tendenz ablesen: Die CSU versuchte schon früh, Vertreter der Vertriebenen in den Vorstand einzubinden, sodass bis 1952 zwei, ab dann ein Vertriebener bzw. Flüchtling in den Landesvorstand hinzugenommen wurde.

Die Anwesenheit zumindest eines Vertriebenenvertreters war also durchgehend garantiert. Gewählte Mitglieder sind dahingegen äußerst selten zu finden. Lediglich die Sudetendeutschen *Hans Schütz* und *Walter Rinke* waren für jeweils kurze Amtszeiten in den Vorstand gewählt. Eine erwähnenswerte Ausnahme bildet *Hans Schütz*, der als Landesvorsitzender der Arbeitnehmervereinigung CSA und nicht aufgrund seines Vertriebenenhintergrundes im Landesvorstand saß. Bei den explizit für Vertriebenen ausgewiesenen Positionen (UdV-Landesobmann) nehmen Sudetendeutsche eine klar dominierende Rolle ein, sodass durchgehend zumindest einer im CSU-Landesvorstand war, wenn auch überwiegend kraft Amtes.

[643] *Martin Kastler* war bereits 2003 kurzzeitig in das Europaparlament nachgerückt; Auswertung aus: Ergebnisse der Europawahlen 2009, online abgerufen unter: http://www.europarl.europa.eu/parliament/archive/ elections 2009/de/germany_de.html, abgerufen am [04.12.2009].

Tabelle 44: Vertriebene im CSU-Landesvorstandschaft 1946-1968

Jahr	Gewählte Vertriebene im Parteivorstand [644]	davon: Sudetendt.	Als UdV-Landesobmann bzw. Vertreter der Flüchtlinge[645]	Sudetdt. gesamt
1946	-	-	Hans Schütz (Sudetendeutscher) Walter Rinke (Oberschlesier)	1
1948	Hans Schütz (Sudetendeutscher)	1	Hans Schütz[646] (Sudetendt.) Walter Rinke (Oberschlesier)	1
1950	-	-	Hans Schütz (Sudetendeutscher) Walter Rinke (Oberschlesier)	1
1952	Walter Rinke (Oberschlesier)	-	Karl Schubert (Sudetendeut.)[647] Alfred Noske	1
1954	Walter Rinke (Oberschlesier)	-	Karl Schubert (Sudetendeut..)	1
1956	-	-	Franz Gaksch (Sudetendeutscher)	1
1958	-	-	Franz Gaksch (Sudetendeutscher)	1
1960	-	-	Franz Gaksch (Sudetendeutscher.)	1
1962	-	-	Franz Gaksch (Sudetendeutscher)	1
1964	*zusätzlich kraft Amtes*: Hans Schütz, Landesobmann CSA	1	Franz Gaksch (Sudetendeutscher)	2
1966	*zusätzlich kraft Amtes*: Hans Schütz, Landesobmann CSA	1	Franz Gaksch (Sudetendeutscher.)	2
1968	*zusätzlich kraft Amtes*: Hans Schütz, Landesobmann CSA	1	Friedrich Arnold (Sudetendeutscher)	2

Die Satzungsreform 1968 brachte eine erhebliche Verkleinerung des zuvor insgesamt zum Teil über 100 Personen umfassenden CSU-Landesvorstandes auf etwa 45 Personen sowie das Ende automatischer Mitgliedschaften der Landesobmänner mit sich. Dies wirkte sich bereits 1970 spürbar aus, da in diesem Jahr kein Vertriebener im Vorstand zu finden war. Die Analyse der im Zweijahresturnus gewählten Parteivorstände der Christlich-Sozialen Union belegt aber schon 1972 einen sprunghaften Anstieg auf mit *Walter Becher*, *Eduard Lintner* sowie Generalsekretär *Gerold Tandler* drei gewählte Vertriebenenvertreter im Parteigremium, die ausschließlich Sudetendeutsche waren. Bis Anfang der 1990er Jahre waren durchgehend zumindest zwei Sudetendeutsche gewählt im Parteivorstand, wobei sich die Anzahl zeitweise aufgrund der eingeführten automatischen Kooptation des Landesvorsitzenden der Union der Vertriebenen auf drei erhöhte.[648] Auffallend ist zudem, dass stets Vertriebenenfunktionäre und mit *Walter Becher*, *Franz Neubauer*, *Fritz*

[644] Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit späteren CSU-Vorständen werden Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung, der CSU-Landtagsfraktion sowie der CSU-Landesgruppe, die zusätzlich zu den gewählten Mitgliedern im CSU-Landesvorstand waren, nicht berücksichtigt. Vor allem in den Anfangsjahren der CSU stellt sich die Datenlage relativ unklar dar. Herangezogen wird die Aufstellung von *Alf Mintzel*, vgl. *Mintzel* 1978, Anhang „Landesvorstandschaft 1946-1968, S. 686-730.

[645] Bis 1952 waren in der CSU-Landesvorstandschaft zwei Vertreter der Flüchtlinge vertreten, ab 1952 gab es einen Landesobmann UdV in der Landesvorstandschaft, der in einer Reihe mit den Landesobmännern Landwirte, Mittelstand, Beamte oder CSA genannt wurde.

[646] *Hans Schütz* taucht doppelt auf.

[647] *Karl Schubert* wird als Landesobmann UdV sowie als Vertreter der Flüchtlinge aufgeführt. Nach 1952 gibt es lediglich einen Landesobmann UdV anstelle von zwei Vertretern der Flüchtlinge.

[648] Würde man *Edmund Stoiber* aufgrund seiner engen Verbindungen zu den Sudetendeutschen hinzunehmen, würde sich die Anzahl an Sudetendeutschen im Vorstand jeweils erhöhen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird hiervon jedoch abgesehen und die besondere Rolle *Stoibers* eigens im Hinblick auf die CSU-Parteivorsitzenden behandelt.

Wittmann sowie *Bernd Posselt* stets die Sprecher und/oder Vorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft im höchsten Parteigremium der CSU berücksichtigt wurden.

Tabelle 45: Vertriebene im CSU-Parteivorstand ab 1970[649]

Jahr	Vertriebene im Parteivorstand (ohne Kooptationen)[650]	davon: Sudetendeutsche	UdV-Vorsitzender (kooptiert)[651]	Sudetendt. gesamt
1970	-	-	-	-
1972	Walter Becher, Eduard Lintner, Gerold Tandler (Generalsekretär)	alle 3	-	3
1974	Walter Becher, Eduard Lintner, Gerold Tandler (Generalsekretär)	alle 3	-	3
1976	Walter Becher, Eduard Lintner, Gerold Tandler (Generalsekretär)	alle 3	-	3
1979	Walter Becher, Gerold Tandler	alle 2	Sieghard Rost (Pommern)	2
1981	Franz Neubauer, Gerold Tandler, Fritz Wittmann	alle 3	Sieghard Rost	3
1983	Franz Neubauer, Fritz Wittmann, Gerold Tandler (Generalsekretär)	alle 3	Sieghard Rost	3
1985	Franz Neubauer, Gerold Tandler (Generalsekretär)	alle 2	Sieghard Rost	3
1987	Franz Neubauer, Gerold Tandler (geschäftsf. Generalsekretär, Landtagsfraktionsvors.)	alle 2	Eduard Lintner (Sudetendt.)	3
1989	Gerold Tandler (stv. Parteivorsitzender), Franz Neubauer	alle 2	Eduard Lintner	3
1991	Gerold Tandler (stv. Parteivorsitzender, Franz Neubauer	alle 2	Eduard Lintner	3
1993	Gerold Tandler (stv. Parteivorsitzender), Franz Neubauer	alle 2	Hartmut Koschyk (Oberschl.)	2
1995	-	-	Hartmut Koschyk	-
1997	Hermann Regensburger (Sudetendt.)	Ja, 1	Hartmut Koschyk	1
1999	Hermann Regensburger, Hartmut Koschyk	1 von 2 (Hermann Regensburger)	Bernd Posselt (Sudetendt.)	2
2001	Hermann Regensburger, Hartmut Koschyk	1 von 2 (Hermann Regensburger)	Bernd Posselt	2
2003	-	-	Bernd Posselt	1
2005	-	-	Bernd Posselt	1
2007	-	-	Bernd Posselt	1
2009	Stephan Mayer	Ja	Bernd Posselt	2

[649] Angaben zu den Mitgliedern des CSU-Parteivorstandes: Parteivorstand der Christlich Sozialen Union, Zeitraum von 1968 bis 2007, schriftliche Mitteilung von *Andreas Bitterhof*, ACSP, am 4. Februar 2009; Ergebnisse der Wahl der Mitglieder des Parteivorstandes am 18. Juli 2009, online abgerufen unter: http://www.csu.de/dateien/partei/dokumente/090718_vorstand_ergebnisse.pdf, [04.12.2009.]; Dem CSU-Parteivorstand gehören neben dem Vorsitzenden vier Stellvertreter (bis 1977 drei), zwei Schatzmeister, zwei Schriftführer, 30 weitere Mitglieder (inklusive 10 Vertreter der CSU-Bezirksverbände) sowie eine Reihe von Mitgliedern kraft Amtes (CSU-Generalsekretär, Landesgeschäftsführer, ab 1983 der Sprecher der CSU-Gruppe im Europaparlament, der CSU-Landesgruppenvorsitzende, der CSU-Landtagsfraktionsvorsitzende, der Vorsitzende der Jungen Union, ab 1993 die Vorsitzende der Frauen Union, der Bayerische Ministerpräsident - sollte dieser von der CSU gestellt werden -, seit 2007 der CSU-Ehrenvorsitzende.

[650] Da die Kooptationen nicht für den gesamten Zeitraum vorliegen, wird aus Gründen der Vergleichbarkeit bis auf den Vertreter der UdV darauf verzichtet.

[651] Seit 1977 wird der Vertreter der UdV automatisch in den Landesvorstand kooptiert, vgl. *Rost*, Sieghard, 50 Jahre Union der Vertriebenen (UdV) in der CSU, in: 50 Jahre Union der Vertriebenen (UdV), Dokumentation anlässlich der Jubiläumsveranstaltung am 6. Dezember 1997, S. 12.

Auch wenn Kooptationen im Gesamtüberblick aufgrund lückenhafter Daten nicht herangezogen werden konnten, lässt eine punktuelle Betrachtung dennoch Rückschlüsse zu: So wiesen beispielsweise 1997 von den 16 zusätzlich kooptierten Personen mit *Johann Böhm*, *Franz Neubauer* und *Ludwig Scholz* drei eine Verbindung zu Vertriebenenverbänden auf, wobei *Böhm* und *Neubauer* Funktionsträger der Sudetendeutschen Landsmannschaft waren. Damit wiesen fünf von einschließlich Kooptationen insgesamt 62 Mitgliedern des Parteivorstandes Verbindungen zu Vertriebenenverbänden auf, wovon die Sudetendeutsche Landsmannschaft insgesamt vier Vertreter stellte.[652] Im CSU-Parteivorstand von 1999 erhöhte sich die Zahl der Vertriebenenvertreter um das gewählte Vorstandsmitglied *Hartmut Koschyk*, der BdV-Funktionär ist. Die Anzahl kooptierter Vorstandsmitglieder mit Verbindung zu Vertriebenenverbänden blieb bestehen, sodass insgesamt sechs von insgesamt 60 Mitgliedern des CSU-Parteivorstandes den Vertriebenenverbänden zugerechnet werden können.[653]

Die gewählten Mitglieder des CSU-Parteivorstandes *Koschyk* und *Regensburger* wurden 2001 im Amt bestätigt, sodass dieser Anteil gleich blieb, während bei den Vorstandswahlen 2003 mit dem UdV-Landesvorsitzenden *Bernd Posselt* lediglich ein gewähltes Mitglied mit Verbindungen zu den Vertriebenenverbänden und der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Parteivorstand identifiziert werden kann.[654] Im diachronen Überblick über die Entwicklung der CSU-Vorstände seit 1946 lässt sich unter Berücksichtigung der veränderten Zusammensetzungen aufgrund der Satzungsreformen sowohl quantitativ als auch qualitativ ab 1972 eine deutliche Stärkung der Vertriebenen im Allgemeinen und der Sudetendeutschen im Besonderen feststellen.

7.2.2.2 Geschäftsführender CSU-Landesvorstand und CSU-Parteipräsidium

Anders als beim Parteivorstand wirkte sich die Satzungsreform von 1968 auf das engere Führungsgremium des bis dahin sogenannten Geschäftsführenden Landesvorstandes nicht hinsichtlich der Größe, sondern nur bei der Bezeichnung aus. So wurde der im Vergleich zum Vorstand hinsichtlich Größe und Zusammensetzung exklusivere Kreis in Parteipräsidium umbenannt. Die Mitgliederzahl blieb mit 18 jedoch bestehen. Im Geschäftsführenden Landesvorstand zwischen 1946 und 1968 war jeweils kein Vertriebener vertreten.[655] Im Parteipräsidium konnte bei den ermittelten Daten mit *Gerold Tandler* zwischen 1971 und 1991 fast durchgehend ein Politiker mit sudetendeutscher Herkunft als Mitglied

[652] Vgl. Parteivorstand der Christlich-Sozialen-Union, gewählt am 22.11.1997, Stand 31.08.1999; schriftliche Mitteilung von *Andreas Bitterhof*, Archiv für Christlich-Soziale Politik, am 03.04.2007; Auswertung anhand der offiziellen Biografien der Personen, soweit vorhanden.

[653] Parteivorstand der Christlich-Sozialen-Union, gewählt am 09.10.1999, Stand 08.11.1999; schriftliche Mitteilung von *Andreas Bitterhof*, Archiv für Christlich-Soziale Politik, am 03.04.2007, Auswertung nach Biografien der Personen, soweit vorhanden.

[654] Für die Wahlen des Parteivorstandes 2001 und 2003 konnten die kooptierten Mitglieder nicht ermittelt werden; Parteivorstand der Christlich-Sozialen-Union, gewählt am 13.10.2001, Stand 04.02.2003; Ergebnisse der Wahl der Mitglieder des CSU-Parteivorstandes vom 18./19.07.2003, schriftliche Mitteilung von *Andreas Bitterhof*, Archiv für Christlich-Soziale Politik, am 03.04.2007; Auswertung anhand der offiziellen Biografien der Personen, soweit vorhanden.

[655] Auswertung aus: *Mintzel* 1978, Anhang „Geschäftsf. Landesvorstandschaft bzw. Präsidium (seit 1968) 1946-1975.

festgestellt werden. Mit *Edmund Stoiber*, der im untersuchten Zeitraum ab 1978 durchgehend Mitglied des Präsidiums war sowie ab 1991 *Ingo Friedrich* wiesen zwei weitere Mitglieder eine Affinität zur Vertriebenenthematik sowie im Fall von *Edmund Stoiber* auch persönliche Nähe zur Sudetendeutschen Landsmannschaft auf. Bei den Wahlen 1997, 1999, 2001 und 2003 kann jeweils mit *Edmund Stoiber* eines von insgesamt 19 Mitgliedern als mit Verbindung zu den Vertriebenenverbänden und der Sudetendeutschen Landsmannschaft eingeordnet werden.

Tabelle 46: Vertriebene im CSU-Parteipräsidium ab 1970[656]

Jahr	Vertriebene	Sudetendeutsche
1970	-	-
1972	Gerold Tandler (als Generalsekretär)	Ja
1974	Gerold Tandler (als Generalsekretär)	Ja
1976	Gerold Tandler (als Generalsekretär)	Ja
1978	-	-
1981	Gerold Tandler (als weiteres Mitglied; Sudetendeutscher)	Ja
1983	Gerold Tandler (Sudetendt.; als weiteres Mitglied und Generalsekretär)	Ja
1985	Gerold Tandler (Generalsekretär)	Ja
1988	Gerold Tandler	Ja
1991	Gerold Tandler (Stv. Vorsitzender)	ja
seit 1993	-	-

7.2.2.3 Union der Vertriebenen UdV

In der Liste der Landesvorsitzenden der Union der Vertriebenen zeigt sich eine klare Dominanz von Sudetendeutschen: Immerhin sieben von neun Vorsitzenden rekrutierten sich aus diesen, während mit *Sieghard Rost* und *Hartmut Koschyk* lediglich zwei weitere Vertriebene für insgesamt 14 von 57 Jahren im Untersuchungszeitraum den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft einnahmen (vgl. Tabelle 47).

[656] Dem CSU-Parteipräsidium gehören nach § 25, Abs. 1 der CSU-Satzung der Parteivorsitzende, vier Stellvertreter, zwei Landesschatzmeister, 2 Landesschriftführer, der Generalsekretär, der Landesgeschäftsführer, der Vorsitzende der Finanzkommission sowie 7 weitere Mitglieder aus dem Parteivorstand an; Auswertung aus: Präsidium der Christlich Sozialen Union, gewählt am 08.12.1997, Präsidium der Christlich Sozialen Union, gewählt am 09.10.1999, Präsidium der Christlich Sozialen Union von 2001, Präsidium der Christlich Sozialen Union von 2003, schriftliche Mitteilung von *Andreas Bitterhof*, ACSP, vom 03.04.2007; Präsidium der CSU, Stand 20.11.1978, Stand 21.09.1981, 18.11.1983, Stand 09.12.1985, Stand 19.10.1988, Stand 24.07.1991 und 16.12.1991, Abschrift aus dem Bestand des ACSP, am 4. Februar 2009; *Mintzel* 1978, Anhang „Geschäftsf. Landesvorstandschaft bzw. Präsidium (seit 1968) 1946-1975. Weiter zurückliegende Daten konnten nicht ermittelt werden.

Tabelle 47: UdV-Landesvorsitzende im Überblick [657]

Jahr	Landesvorsitzender	Sudetendeutscher	Politisches Mandat
1947-1951	Hans Schütz	Ja	MdB, StS, StMin
1951-1955	Karl Schubert	Ja	MdL
1955-1967	Franz Gaksch	Ja	MdL
1967-1969	Friedrich Arnold	Ja	MdL
1970-1977	Willi Lucke	Ja	MdL
1977-1987	Sieghard Rost	Nein	MdL
1987-1993	Eduard Lintner	Ja	MdB, StS
1993-1997	Hartmut Koschyk	Nein	MdB
Seit 1997	Bernd Posselt	Ja	MdEP

Da im Landesvorstand der Union der Vertriebenen nahezu ausschließlich Funktionäre von Vertriebenenverbänden aktiv sind, konzentriert sich die Untersuchung der ermittelbaren Daten auf den Anteil von sudetendeutschen Vertretern. Ein Blick auf den engeren UdV-Landesvorstand (Vorsitzender sowie wechselnde Anzahl an Stellvertretenden Vorsitzenden) ergibt neben der erwähnten Dominanz unter den Vorsitzenden eine durchgehend starke Präsenz auch bei dessen Stellvertretern. So bestand nahezu durchgehend mindestens die Hälfte der Mitglieder aus Sudetendeutschen.

Tabelle 48: Sudetendeutsche im Landesvorstand der UdV (ohne Ehrenvorsitz)[658]

Jahr	Enger Vorstand	Beisitzer	Jahr	Enger Vorstand	Beisitzer
1975-1977	2 von 4	k.A.	1993-1995	3 von 6	k.A.
1985-1987	2 von 4	k.A:	1995-1997	2 von 5	k.A.
1987-1989	3 von 4	k.A.	1997-1999	4 von 6	9 von 20
1989-1991	3 von 4	k.A.	1999-2001	4 von 6	8 von 20
1991-1993	3 von 6	k.A.	2001-2004	4 von 6	9 von 20

Obwohl eine umfassende Analyse des Anteils Sudetendeutscher in der erweiterten Vorstandschaft der UdV aufgrund fehlender Daten nicht umsetzbar ist, bietet eine punktuelle Analyse der Vorstände zwischen 1999 und 2004 Aufschlüsse über dessen Zusammensetzung zumindest in neuerer Perspektive. Dabei kann zusätzlich zum engeren Vorstand mit dem Landesvorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden der erweiterte Vorstand,

[657] Auswertung aus: Liste der UdV-Vorsitzenden von 1947 bis 1997, Anhang: Dokument 8, aus: 50 Jahre Union der Vertriebenen (UdV), Dokumentation anlässlich der Jubiläumsveranstaltung am 6. Dezember 1997, München 1997; zuzüglich eigene Ergänzung der Vorsitzenden ab 1997.

[658] Auswertung aus: UdV-Landesvorstand, Stand am 16.04.1983, 10.07.1987, 14.10.1989, 12.10.1991, 13.11.1993, 1995-1997, Abschrift im ACSP am 04.02.2009; Protokoll der Wahl des Landesvorstands der UdV am 14.06.1975 in München, Auszug aus dem Protokoll der Landesversammlung der Union der Vertriebenen am 04.05.1985 in Würzburg, schriftliche Information von *Andreas Bitterhof*, ACSP, am 04.02.2009, Protokoll der Landesversammlung der Union der Vertriebenen vom 30.10.1999 in Deggendorf, Abschrift des Originalprotokolls in der CSU-Landesleitung am 04.04.2007; Protokoll der Landesversammlung der Union der Vertriebenen vom 27.10.2001 in Bayreuth, Abschrift des Originalprotokolls in der CSU-Landesleitung am 04.04.2007; Weiter zurückliegende Daten konnten nicht ermittelt werden.

der 20 Beisitzer umfasst, analysiert werden.[659] Bei den Wahlen des Landesvorstandes 1999 war die Sudetendeutsche Landsmannschaft im engeren Vorstand mit dem Landesvorsitzenden *Bernd Posselt*, MdEP und den stellvertretenden Landesvorsitzenden *Christine Schmidt*, *Christa Matschl*, MdL und *Hans Slezak* an vier von insgesamt sechs Positionen vertreten. Dazu stellte sie neun von insgesamt 20 Beisitzern, sodass insgesamt 13 von 25 Mitgliedern des UdV-Landesvorstandes Verbindungen zur SL aufwiesen.[660] Die Dominanz von Funktionären der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der engeren Vorstandschaft blieb auch nach den Wahlen 2001 bestehen, da diese Positionen unverändert von *Posselt*, *Matschl*, *Schmidt* und *Slezak* eingenommen wurden. Bei den Beisitzern verringerte sich der Anteil von Personen mit Verbindungen zur SL auf acht und damit auf insgesamt zwölf von 25 Mitgliedern des Landesvorstandes.[661] 2004 erhöhte sich der Anteil von sudetendeutschen Vertretern wieder auf 13 Personen im Vorstand, wobei *Margaretha Michel Christine Schmidt* als stellvertretende Landesvorsitzende ablöste und weiterhin vier von sechs Mitgliedern des engeren Vorstandes von der Sudetendeutschen Landsmannschaft gestellt wurden. Insgesamt ist demnach zu konstatieren, dass die Sudetendeutschen bei Vorsitzenden und Stellvertretenden Vorsitzenden eine klare Vormachtstellung einnehmen, personell im gesamten Vorstand jedoch nicht überrepräsentiert sind.[662]

7.2.2.4 CSU-Parteivorsitzende und Bayerische Ministerpräsidenten

Auch wenn die CSU-Parteivorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten in der vorangegangenen Analyse bereits inbegriffen waren, soll aufgrund der herausragenden Bedeutung der Positionen nochmals gesondert auf sie eingegangen werden. Da beide Positionen bei der Christlich-Sozialen Union im Vergleich zu anderen deutschen Parteien in besonders enger Verbindung stehen und zudem häufig in Personalunion ausgefüllt wurden, werden sie gemeinsam beleuchtet. Ein Blick auf die CSU-Parteivorsitzenden sowie der von der CSU gestellten Bayerischen Ministerpräsidenten, der ergibt, dass beide Ämter seit 1946 während 26 Jahren von einer Person ausgefüllt wurden, untermauert dies. Direkt als Vertriebener oder Sudetendeutscher lässt sich keiner der Vorsitzenden oder Ministerpräsidenten einordnen. Da politische Führung von Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten nicht im luftleeren Raum, sondern innerhalb von strukturellen und aktuellen Handlungsbedingungen sowie –restriktionen stattfindet, sind sowohl Rahmenbedingungen als auch gleichermaßen die jeweiligen Persönlichkeitsmerkmale und Charakteristika zu berücksichtigen.[663] Die grundlegende Entwicklung und die Vorgaben, welche

[659] Schriftführer und Schatzmeister wurden nur 2004 gewählt, 2001 und 1999 blieben diese Positionen vakant, so dass darauf in der Analyse verzichtet wird.
[660] Vgl. Protokoll der Landesversammlung der Union der Vertriebenen vom 30.10.1999 in Deggendorf, Abschrift des Originalprotokolls in der CSU-Landesleitung am 04.04.2007, Auswertung nach Biografien der Personen.
[661] Protokoll der Landesversammlung der Union der Vertriebenen vom 27.10.2001 in Bayreuth, Abschrift des Originalprotokolls in der CSU-Landesleitung am 04.04.2007, Auswertung nach Biografien der Personen.
[662] Hier ist der große Anteil an Sudetendeutschen unter den Vertriebenen in Bayern zu berücksichtigen.
[663] *Helms*, Ludger, „Politische Führung" als politikwissenschaftliches Problem, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 41, H. 3, S. 411-434; *Blondel*, Jean, Political Leadership, Towards a General Analysis, London 1987; *Gast*, Henrik, Politische Führung als Gegenstand interdisziplinärer Theorieforschung: Erträge und Defizite, in: *Sebaldt*, Martin und *Gast*, Henrik (Hrsg.), Politische Führung in westlichen Regierungssystemen, Wiesbaden 2010, S. 34-68.

das Aufgabenspektrum als Ministerpräsident oder Parteivorsitzender mit sich bringen, sind daher für das Verhältnis zu den Vertriebenen bzw. Sudetendeutschen ebenso zu beachten wie persönliche Affinitäten, Bindungen und Einstellungen der Amtsinhaber.

Tabelle 49: CSU-Parteivorsitzende und Bayerische Ministerpräsidenten[664]

CSU-Parteivorsitzende	**CSU-Ministerpräsidenten**
Josef Müller (1946-1949)	Fritz Schäffer (1945)
Hans Ehard (1949-1955)	Hans Ehard (1946-1954; 1960-1962)
Hanns Seidel (1955-1961)	Hanns Seidel (1957-1960)
Franz Josef Strauß (1961-1988)	Alfons Goppel (1962-1978)
	Franz Josef Strauß (1978-1988)
Theo Waigel (1988-1999)	Max Streibl (1988-1993)
Edmund Stoiber (1999-2007)	Edmund Stoiber (1993-2007)
Erwin Huber (2007-200)	Günther Beckstein (2007-2008)
Horst Seehofer (ab 2008)	Horst Seehofer (ab 2008)

Ansatzpunkte zum strukturellen Handlungsrahmen, innerhalb dessen sich die CSU-Parteivorsitzenden im Hinblick auf die Vertriebenen bewegen, bieten die jeweiligen Grundsatzprogramme als theoretische, weltanschauliche und prinzipielle Standortbestimmung der Partei.[665] Eine inhaltlich-qualitative Auswertung der programmatischen Berücksichtigung der Vertriebenen-Thematik ergibt bis in die 1970er Jahre eine Unbeständigkeit in den grundlegenden vertriebenenpolitischen Aussagen der CSU.[666] Während ihre Situation im Grundsatzprogramm 1946 nicht vorkommt und im ergänzend zu sehenden 30-Punkte-Programm desselben Jahres vor allem im Hinblick auf ihre Eingliederung und einen Lastenausgleich angesprochen wird, erkennt das Grundsatzprogramm 1957 bereits „das unabdingbare Recht der Vertriebenen und Flüchtlinge auf ihre Heimat“[667] an. In der Neuauflage des Grundsatzprogramms elf Jahre später werden die Vertriebenen und ihre innen- oder außenpolitischen Forderungen jedoch nicht mehr ausdrücklich erwähnt. Dies ändert sich nachhaltig mit den Programmen ab 1976. Diese gehen jeweils nicht nur auf die Verdienste der Vertriebenen bei der Entwicklung Bayerns ein, sondern formulieren explizit das „Selbstbestimmungs- und Heimatrecht“ (1976), das „Recht auf Heimat“ (1993) sowie die „berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen“ (2007). Weisen die unterschiedlichen Ausrichtungen und Zusagen der 1950er und 1960er Jahre auf ein noch

[664] Lediglich zwischen 1945 und 1946 sowie von 1954-1957 war mit *Wilhelm Hoegner* (SPD) ein Politiker einer anderen Partei Bayerischer Ministerpräsident.

[665] *Vgl. Nassmacher*, Hiltrud: Parteiorganisation, Parteiprogramme und Strukturen innerparteilicher Willensbildung, in: *Gabriel*, Oscar W. und *Brettschneider*, Frank (Hrsg.), Die EU-Staaten im Vergleich, Strukturen, Prozesse, Politikinhalte, Opladen 1994; *Hergt*, Siegfried (Hrsg.), Parteiprogramme, Leverkusen 1977.

[666] Auswertung aus: Grundsatzprogramm 1946. Das Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern; Die dreißig Punkte der Union. Richtlinien der Christlich-Sozialen Union in Bayern zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes, 1946; Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union in Bayern, beschlossen am 1. Juni 1957 in München; Leitsätze einer Politik für heute und morgen, CSU-Grundsatzprogramm, verabschiedet am 14. Dezember 1968; Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union, verabschiedet im März 1976; Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union in Bayern, beschlossen im Oktober 1993; Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten, alle aus: http://www.hss.de/9634.shtml, [23.04.2009]; Grundsatzprogramm der CSU, beschlossen am 28. September 2007, http://www. csu.de /kommission/grundsatz/aktuelles/grundsatzprogramm/index.htm , [23.04.2009].

[667] CSU-Grundsatzprogramm, 1957, S. 11.

nicht endgültig gefestigtes Verhältnis zwischen CSU und Vertriebenen hin, so ist spätestens mit dem vierten Grundsatzprogramm von einer institutionalisierten und fortgeschriebenen grundlegenden Verpflichtung der Partei und damit auch seines Vorsitzenden zur Vertretung zentraler Anliegen der Vertriebenene auszugehen. Die enge Verbindung ist für CSU-Parteivorsitzende damit sowohl in öffentlichen Auftritten als auch Äußerungen zur Selbstverständlichkeit geworden, wie der frühere CSU-Landesgeschäftsführer *Markus Zorzi* bestätigte: „Die Anliegen der Vertriebenen werden in jede größere Rede des Parteivorsitzenden aufgenommen."[668]

Eine für die staatliche Seite vergleichbare Wirkung kommt der Übernahme der Schirmherrschaft des Freistaates Bayern über die sudetendeutsche Volksgruppe zu. Mit dieser 1962 endgültig festgeschriebenen Verpflichtung übernehmen der Bayerische Ministerpräsident und die Staatsregierung *qua* Amt bestimmte Funktionen und Aufgaben, wie beispielsweise den Vorsitz der Sudetendeutschen Stiftung oder traditionelle Auftritte bei sudetendeutschen Großveranstaltungen. Bemüht man erneut das Bild eines Handlungskorridors, so schränkt dieser spätestens ab den 1970er Jahren die Bewegungsfreiheit der Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten dahin gehend ein, dass die Unterstützung der Vertriebenen und besonders der Sudetendeutschen Bestandteil der Parteiräson der CSU und der Staatsräson des Freistaats Bayern wurden. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sowohl das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten als auch des CSU-Parteivorsitzenden für seine Inhaber traditionell die Vorgabe mit sich bringen, die Anliegen der Vertriebenen im Allgemeinen und der Sudetendeutschen im Besonderen zu berücksichtigen. Innerhalb des Handlungsrahmens und dessen Restriktionen bleibt aber ein Interpretationsspielraum für den jeweiligen Amtsinhaber, sodass die Unterstützung der Vertriebenen durch den Bayerischen Ministerpräsidenten sowie CSU-Parteivorsitzenden zu einem gewissen Maß auch von seiner Persönlichkeit abhängig ist. Als herausragendes Beispiel für besonders nachdrückliche Unterstützung innerhalb dieses Handlungskorridors soll aufgrund seiner Bedeutung und positiven Einflusses im Sinne der Vertriebenen bzw. Sudetendeutschen exemplarisch *Edmund Stoiber* herangezogen werden.

Stoiber nimmt in mehrerer Hinsicht eine besonders herausragende Rolle ein. Sein Auftreten als „Schirm- und Schutzherr der Sudetendeutschen"[669] sowie seine nachdrückliche Unterstützung der sudetendeutschen Anliegen sowohl in der Öffentlichkeit, der Bayerischen Staatsregierung als auch innerhalb der CSU sind auf mehrere im Zusammenhang zu sehende Faktoren zurückzuführen: Generell übernahm er mit dem Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten das Verhaltensmuster der traditionell starken Unterstützung für die sudetendeutsche Volksgruppe bei seinem Amtsantritt 1993 ebenso wie seine Vorgänger.[670] Dies erläuterte *Edmund Stoiber* im Hintergrundgespräch:

---

[668] Hintergrundgespräch mit *Markus Zorzi*, Landesgeschäftsführer der CSU bis 2009 und von Dezember 2009 bis März 2010 als Büroleiter des Bayerischen Ministerpräsidenten tätig, in Kloster Banz am 25.07.2009.

[669] *Hans-Ulrich Stoldt*, „Schlimmes Trauma", in: Der SPIEGEL, 15/2002, S. 70-74, S. 74.

[670] Auf die grundsätzliche Unterstützung der Vertriebenen durch die Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden verweist auch die Bundestagsabgeordnete und langjährige Landesvorsitzende der Frauen Union, *Maria Eichhorn*: „Die Ministerpräsidenten haben sich immer sehr um die Vertriebenen gekümmert, genauso wie die Parteivorsitzenden der CSU", Hintergrundgespräch mit *Maria Eichhorn*, MdB a.D., in Regensburg am 08.04.2009.

> „Zwischen den Sudetendeutschen und dem Bayerischen Ministerpräsidenten hat sich ein ganz besonders enges Verhältnis entwickelt. Diese persönliche Verpflichtung und die Verantwortung für die Sudetendeutschen habe ich als Ministerpräsident übernommen und das gleich zu Beginn und auch danach immer wieder deutlich gemacht."[671]

Stoiber weiter zum engen Verhältnis zwischen Ministerpräsidenten und Sudetendeutschen:

> „Alle Bayerischen Ministerpräsidenten – Franz Josef Strauß, Max Streibl, ich selbst und auch meine Nachfolger – nehmen die Anliegen der Vertriebenen sehr ernst. Der persönliche Hintergrund spielt da sicherlich eine Rolle, wenn auch eine im Vergleich untergeordnete."[672]

Dennoch wurde er im Vergleich zu *Franz-Josef Strauß* und *Max Streibl* in noch größerem Ausmaß als alleiniger Schirmherr der Sudetendeutschen und offensiver Interessenvertreter dieser Gruppe wahrgenommen.[673] Diese Entwicklung kann auf das Zusammenspiel von Wahlkalkül, dem europapolitischen Anspruch und dem persönlichen Hintergrund *Stoibers* zurückgeführt werden. Der Rückgriff auf nationalistisch geprägte Aussagen vor allem im Vorfeld von Wahlen wurde bereits vor ihm mit der Zielsetzung praktiziert, das konservative Wählerspektrum zugunsten der CSU anzusprechen.

> „Die CSU fühlt sich den Vertriebenen ganz besonders verpflichtet und ist daher erster Ansprechpartner für sie, auch im Vergleich zur CDU. Wir haben auch innerhalb der Koalitionen mit CDU und FDP die Rolle des Fürsprechers der Vertriebenen übernommen. Unsere klare Positionierung für die Vertriebenen war für viele konservative Wähler außerhalb Bayerns daher ein wichtiger Anreiz, die CDU zu wählen."[674]

Das nachdrückliche Aufgreifen der außenpolitischen Forderungen der Sudetendeutsche Landsmannschaft durch *Stoiber* muss aber auch im Hinblick auf dessen europapolitischen Anspruch gesehen werden. So machte *Stoiber* als Bayerischer Ministerpräsident schon früh deutlich, dass er neben dem bundes- auch den europapolitischen Anspruch der CSU nachdrücklich vertreten wolle. Das Profil der CSU in diesem Themenfeld schärfte *Stoiber* sowohl in Abgrenzung zu den anderen deutschen Parteien als auch zur CDU, was sich vor allem in der Vorbereitung der Europäischen Währungsunion deutlich zeigte.[675] Auch gegenüber der CSU-Landesgruppe grenzte sich *Stoiber* mehrmals in der Europapolitik ab.[676] Die offensive Vertretung der Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft setzte er im Hinblick auf die europaskeptische Einstellung der deutschen sowie bayerischen Bevölkerung dazu ein, sich in diesem Themenbereich zu profilieren.

Neben wahltaktischen Erwägungen spielt bei *Edmund Stoiber* in Bezug auf die Sudetendeutsche Landsmannschaft zu einem gewissen Maß auch dessen persönlicher Hintergrund eine Rolle, da seine Ehefrau *Karin Stoiber* Sudetendeutsche ist. Diese familiär begründete enge Bindung an die sudetendeutsche Volksgruppe scheint seine Unterstützung der Sudetendeutschen Landsmannschaft zumindest zu begünstigen:

---

[671] Hintergrundgespräch mit Dr. *Edmund Stoiber*, Bayerischer Ministerpräsident zwischen 1993 und 2007 sowie CSU-Parteivorsitzender zwischen 1999 und 2007, in München am 07.12.2009.
[672] Hintergrundgespräch mit Dr. *Edmund Stoiber* am 07.12.2009.
[673] Vgl. *Edmund Stoibers* „Rolle als Tschechienbezwinger", SZ, 01.06.2004, S. 4.
[674] Hintergrundgespräch mit Dr. *Edmund Stoiber*, Bayerischer Ministerpräsident zwischen 1993 und 2007 sowie CSU-Parteivorsitzender zwischen 1999 und 2007, in München am 07.12.2009.
[675] Vgl. SZ, 22.11.1997, S. 1.
[676] Vgl. SZ, 07.03.1998, S. 1.

„Bei mir wurde die sudetendeutsche Herkunft meiner Frau sehr hoch bewertet. Ich habe die Anliegen der Sudetendeutschen aus Überzeugung als Bayerischer Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender vertreten."[677]

In öffentlichen Aussagen und Interviews betonte *Stoiber* häufig die große Bedeutung der Herkunft seiner Frau für sein politisches Handeln im Zusammenhang mit der Thematik „Beneš-Dekrete" sowie dem bayerischen Verhältnis zur Tschechischen Republik.[678] Die auffallend nachdrückliche Betonung der sudetendeutschen Herkunft seiner Frau bei den Sudetendeutschen Tagen lässt die Vermutung offen, dass diese Verbindung von *Edmund Stoiber* gezielt genutzt wurde. Inwieweit persönliche und politische Überzeugung oder wahltaktische Überlegung überwiegen, kann nicht endgültig geklärt werden. Das Zusammenspiel der Faktoren von institutionellen Vorgaben durch das Amt des Ministerpräsidenten, der europapolitischen Profilierung sowie des persönlichen Hintergrunds bedingt in der Gesamtschau eine herausgehobene Stellung von *Edmund Stoiber* in der personellen Verschränkung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft, auch wenn dieser kein direkter Funktionär des Vertriebenenverbandes ist. Welche Bedeutung er den Sudetendeutschen für die CSU beimaß, lässt sich an einer weiteren Aussage ablesen:

„Drei Gruppen hatten ganz besondere Bedeutung für die Entwicklung der CSU als Volkspartei: die katholischen Kirchgängert, die Bauern und die Sudetendeutschen. Um die müssen wir uns auch in Zukunft besonders kümmern, das habe ich dem CSU-Parteivorstand in einer meiner letzten Sitzungen als Vorsitzender mit auf den Weg gegeben."[679]

7.2.3 CSU-Funktionäre in den Vertriebenenverbänden

Bei den sudetendeutschen Organisationen wurden neben dem Sudetendeutschen Rat mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft insgesamt zwei dominierende Akteure mit besonderer Relevanz für das öffentliche Auftreten sowie die Positionierung der Sudetendeutschen ausgemacht. Im Mittelpunkt der Analyse der personellen Verflechtungen steht daher der SL-Bundesvorstand. Dafür wird aus Gründen der Vergleichbarkeit die Zusammensetzung der Bundesvorstandschaften der engeren Vorstandschaft seit 1978 zugrunde gelegt. Die Existenz von Vertretern der CSU aus Landtagsfraktion, CSU-Landesgruppe, CSU-Europagruppe sowie den Parteigliederungen lässt trotz der teilweise nur punktuell möglichen Betrachtung Rückschlüsse auf die Verbindung zwischen beiden Akteuren zu.[680] Zwischen 1978 und 2008 bestand das aus dem Bundesvorsitzenden, dem Sprecher sowie zwei bzw. später drei stellvertretenden Vorsitzenden bestehende Führungsgremium der Sudetendeutschen Landsmannschaft durchgehend zumindest zur Hälfte aus profilierten

[677] Hintergrundgespräch mit Dr. *Edmund Stoiber* am 07.12.2009.
[678] Vgl. „Herkunft zählt viel", Nordbayerischer Kurier, 21.05.2002, S. 7; SZ, 02.11.2004, S. 55; SZ, 21.09.2002, S. 11; Der SPIEGEL, 15/2002, S. 74.
[679] Hintergrundgespräch mit Dr. *Edmund Stoiber* am 07.12.2009.
[680] Die Mitglieder der vor 1996 zurückliegenden Bundesvorstände konnten zum Zeitpunkt der Durchführung der Studie von der Sudetendeutschen Landsmannschaft nicht zur Verfügung gestellt werden; mündliche Mitteilung des Bundesgeschäftsführers der Sudetendeutschen Landsmannschaft *Günther Pfrogner* am 01.04.2009. Da die Sudetendeutsche Landsmannschaft seit 1978 in der Lobbyliste des Deutschen Bundestages registriert ist, wurde die Zusammensetzung der engeren Vorstandschaft mittels Recherche in der Parlamentsbibliothek des Deutschen Bundestages ermittelt.

CSU-Politikern. Die vor allem in der Außenwirkung gegenüber dem Vorsitz dominierende Position des Sprechers – welche häufig in Personalunion mit dem Vorsitz ausgeübt wurde – hatten mit *Walter Becher*, *Franz Neubauer* und schließlich *Bernd Posselt* in diesem Zeitraum ausschließlich CSU-Vertreter inne. Lediglich zwischen 1982 und 1987 war mit dem Ministerialrat im Bayerischen Arbeits- und Sozialministerium *Jörg Kudlich* kein CSU-Bundes- oder Landespolitiker SL-Bundesvorsitzender.

Tabelle 50: Der engere SL-Bundesvorstand ab 1978[681]

Jahr	Sprecher	CSU	Vorsitzender	CSU	Stv. Vorsitzende	CSU	CSU-Anteil[682]
1978	Walter Becher, MdB	ja	Walter Becher, MdB	ja	Oskar Böse Jörg Kudlich Fritz Wittmann, MdB	Nein Nein ja	2 von 4
1979	-	-	Walter Becher, MdB	Ja	Oskar Böse Jörg Kudlich Fritz Wittmann	Nein Nein Ja	2 von 4
1981	Walter Becher	ja	Walter Becher	Ja	Oskar Böse Jörg Kudlich Fritz Wittmann, MdB	Nein Nein ja	2 von 4
1983	Franz Neubauer	ja	Jörg Kudlich	Nein	Oskar Böse Fritz Wittmann, MdB	Nein Ja	2 von 4
1985	Franz Neubauer, StS	Ja	Jörg Kudlich	Nein	Oskar Böse Fritz Wittmann	Nein ja	2 von 4
1987	Franz Neubauer	Ja	-	-	Oskar Böse Fritz Wittmann, MdB	Nein Ja	2 von 3
1989	Franz Neubauer	Ja	Franz Neubauer	Ja	Oskar Böse Fritz Wittmann, MdB	Nein Ja	2 von 3
1991	Franz Neubauer	Ja	Franz Neubauer	Ja	Oskar Böse Fritz Wittmann, MdB	Nein Ja	2 von 3
1993	Franz Neubauer	Ja	Franz Neubauer	Ja	Oskar Böse Fritz Wittmann, MdB	Nein Ja	2 von 3
1995	Franz Neubauer	Ja	Franz Neubauer	Ja	Siegfried Zoglmann Fritz Wittmann, MdB	Ja Ja	3 von 3
1996	Franz Neubauer	Ja	Franz Neubauer	Ja	Fritz Wittmann, MdB Bernd Posselt, MdEP Hans Klein, MdB	Ja Ja Ja	4 von 4
2000	Johann Böhm, MdL	Ja	Bernd Posselt, MdEP	Ja	Herbert Fleißner Matthias Sehling, MdB Reinhard Vogler	Ja Ja	4 von 5
2004	Johann Böhm, MdL	Ja	Bernd Posselt, MdEP	Ja	Franz Pany Matthias Sehling, MdB Reinhard Vogler	 Ja	3 von 5
2007	Johann Böhm, ,MdL	Ja	Bernd Posselt, MdEP	Ja	Herbert Fleissner Matthias Sehling Reinhard Vogler	Ja Ja	4 von 5
2008	Bernd Posselt, MdEP	Ja	Franz Pany		Reinhard Vogler Alfred Herold Gerold Wild		1 von 5

Eine Konstante stellt der CSU-Bundestagsabgeordnete *Fritz Wittmann* dar, der von 1978 bis 2000 durchgehend stellvertretender SL-Bundesvorsitzender sowie in Personalunion von 1994 bis 1999 Präsident des BdV war. In den 1990er Jahren erhöhte sich der Anteil an CSU-Politikern im engsten Führungskreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft. So bestand 1995 die gesamte engere Vorstandschaft mit dem Vorsitzenden und Sprecher *Franz*

[681] Auswertung aus den Lobbylisten des Deutschen Bundestages 1978, 1979, 1981, 1983, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993, 1995, 2003, 2005, 2007; schriftliche Information des Bundesgeschäftsführers der Sudetendeutschen Landsmannschaft *Günther Pfrogner* vom 08.03.2007; online abgerufen unter: http://www.sudeten.de/cms/?Die_Sudetendeutsche_Landsmannschaft, [16.10.2009].
[682] Doppelfunktionen von Personen werden einfach gewertet.

Neubauer sowie den Stellvertretern *Fritz Wittmann* und dem ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten *Siegfried Zoglmann* aus aktuellen oder früheren CSU-Mandatsträgern (vgl. Tabelle 50). Diese Tendenz setzte sich auch zwischen 1996 und 2000 fort. In diesem Zeitraum stellte die CSU alle Mitglieder des engen Vorstandes. Im nächsten Bundesvorstand wurden mit Sprecher, Vorsitzendem, Ehrenvorsitzendem und den drei stellvertretenden Vorsitzenden bis auf eine Person alle Positionen von CSU-Funktionären gestellt. Ab 2004 blieb der Anteil an CSU-Vertretern mit zwei Dritteln weiterhin über dem Durchschnitt des gesamten Vorstandes. In der neueren Bundesvorstandschaft ab 2008, in der *Bernd Posselt* die Funktion des Sprechers übernahm und den Vorsitz an den ehemaligen Bundesgeschäftsführer *Franz Pany* übergab, verringerte sich der quantitative Anteil an CSU-Vertretern weiter. Die zentrale Führungsfigur *Posselt* blieb jedoch erhalten. Über den gesamten Betrachtungszeitraum ergeben sich damit eine hohe Präsenz von CSU-Vertretern im Bundesvorstand der SL sowie eine besonders starke Dominanz im engsten Führungskreis.

Tabelle 51: Anteil an CSU-Vertretern in den Organen des Sudetendeutschen Rates[683]

	Präsidium	**Kurie 1: Plenum, von der SL-Bundesversammlung gewählt**	**Kurie 2: Kurie der Partei**	**Kurie 3: Von den anderen Kurien berufen**		**Anteil an CSU-Vertretern**
				Von Kurie 1	**Von Kurie 2**	
Mitglieder gesamt	**4 bzw. 5**	**10**	**10**	**4 bzw. 5**	**5**	**35**
2004	CSU: 4 von 5	CSU: 4	CSU: 1 CDU: 3	CSU: 2 von 4	CSU: 1 CDU: 1	12
2003	CSU: 4 von 5	CSU: 5	CSU: 1 CDU: 4	CSU: 1 von 4 CDU: 1 von 4	CSU: 1 CDU: 1	12
2001	CSU: 2 von 4 CDU: 1 von 4	CSU: 5	CSU: 0 CDU: 5	CSU: 1 von 4 CDU: 1 von 4	CSU: 1 CDU: 1	9
2000	CSU: 2 von 4 CDU: 1 von 4	CSU: 5	CSU: 0 CDU: 5	CSU: 1 von 5 CDU: 1 von 5	CSU: 1 CDU: 1	9
1999	CSU: 2 von 4 CDU: 1 von 4	CSU: 2	CSU: 0 CDU: 5	CSU: 3 von 5	CSU: 1 CDU: 1	8
1997	CSU: 2 von 4 CDU:1 von 4	CSU: 2	CSU: 2 CDU: 3	CSU: 3 von 5	CSU: 1 CDU: 1	10

Bei der Auswertung der Mitglieder des *Sudetendeutschen Rates* (Tabelle 51) konnte nur der Zeitraum ab 1997 herangezogen werden. Auffallend ist dabei insgesamt ein durchgehend hoher Anteil an CSU-Vertretern, der sich zwischen 1999 und 2004 von acht auf 12 Vertreter erhöhte. Innerhalb des komplexen Aufbaus des Sudetendeutschen Rates, der sich aus einem vier- bzw. fünfköpfigen Präsidium, einem von der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft gewählten Plenum, einer Kurie aus Mitgliedern der im Bundestag vertretenen Parteien sowie einer dritten Kurie, deren Mitglieder je zur Hälfte aus den beiden anderen Kurien berufen werden, besteht, muss eine differenzierte Betrachtung

[683] Auswertung aus: Verzeichnis der Mitglieder in den Organen des Sudetendeutschen Rates e.V., Stand 15.04.1997; Stand 01.04.1999; Stand 15.02.2000; Stand 30.06.2000; Stand 30.06.2001; Stand 30.11.2001; Stand 01.04.2003; Stand 01.04.2004, schriftliche Mitteilung der Geschäftsführerin des Sudetendeutschen Rates *Renate Slawik* vom 17.07.2007.

vorgenommen werden. Auffallend ist, dass in der „Kurie der Partei“ keine oder nur wenige Vertreter der CSU zu finden sind. Im entscheidenden Gremium, dem SR-Präsidium dahingegen, setzt sich das Gros der Mitglieder aus CSU-Funktionären zusammen.

Tabelle 52: CSU-Vertreter im Präsidium des BdV[684]

Jahr	CSU-Vertreter im Präsidium des BdV		Funktion
1974	0 von 8	-	-
1976	0 von 8	-	-
1977	0 von 8	-	-
1979	0 von 8	-	-
1981	1 von 8	Walter Becher	Vizepräsident
1983	1 von 8	Fritz Wittmann, MdB	Vizepräsident
1985	0 von 7		-
1987	0 von 8		-
1989	1 von 8	Hartmut Koschyk, MdB	Generalsekretär
1991	2 von 8	Kurt Rossmanith, MdB Hartmut Koschyk, MdB	Vizepräsident Generalsekretär
1993	1 von 8	Kurt Rossmanith, MdB	Vizepräsident
1995	3 von 8	Fritz Wittmann, MdB Adolf Fetsch Hans Sehling	Präsident Vizepräsident
1997	2 von 8	Fritz Wittmann, MdB Adolf Fetsch Hans Sehling	Präsident Vizepräsident Vizepräsident
1999	3 von 8	Fritz Wittmann, MdB Adolf Fetsch Hans Sehling	Präsident Vizepräsident Vizepräsident
2003	2 von 8	Adolf Fetsch Matthias Sehling	Vizepräsident Vizepräsident
2005	2 von 8	Adolf Fetsch Hans Sehling	Vizepräsident Vizepräsident
2007	2 von 8	Adolf Fetsch Matthias Sehling, MdB	Vizepräsident Vizepräsident
2008	2 von 8	Adolf Fetsch Christian Knauer	Vizepräsident Vizepräsident

Eine ergänzende Betrachtung der übergreifenden Vertriebenen-Organisation BdV liefert interessante Aufschlüsse (Vgl. Tabelle 52). Während Vertreter aus der CSU in den 1970er und 1980er Jahren noch relativ selten waren, so nahm ihre Anzahl ab Ende der 1980er Jahre zu. Waren zuvor entweder nur ein oder kein CSU-Politiker im Präsidium (Präsident, sechs Vizepräsidenten sowie der Generalsekretär) vertreten, so erhöhte sich deren Anzahl in den 1990er Jahren auf bis zu drei. Mit dem CSU-MdB und stellvertretenden SL-Bundesvorsitzenden *Fritz Wittmann* war zwischen 1994 und 1999 sogar ein CSU-Politiker Bundesvorsitzender des BdV. Diese Tendenz setzte sich auch im neuen Jahrtausend fort, in dem durchgehend zwei der Vizepräsidenten der CSU zuzuordnen waren.

Bei allen untersuchten Akteursgruppen sowohl der Sudetendeutschen Landsmannschaft, des Sudetendeutschen Rates als auch ergänzend des Bundes der Vertriebenen konnte eine Verstetigung und Vertiefung der Verflechtung zwischen den Vertriebenenverbänden und der CSU festgestellt werden. Auch wenn der analysierte Zeitraum nicht mit dem Untersuchungszeitraum deckungsgleich ist, kann dennoch eine grundlegende Tendenz konstatiert

[684] Auswertung aus den Lobbylisten des Deutschen Bundestages 1974, 1976, 1977, 1979, 1981, 1983, 1985, 1987, 1989, 1991, 1993, 1995, 1997, 1999, 2003, 2005, 2007.

werden: Die Anzahl von CSU-Vertretern in den Führungsgremien von SL, SR und BdV hat im untersuchten Zeitraum zugenommen. Der CSU-Anteil ist dabei im Bundesvorstand der SL vergleichsweise am höchsten, wohingegen der Sudetendeutsche Rat und der Bund der Vertriebenen etwas zurückgefallen ist. In den beiden engsten sudetendeutschen Führungsgremien – dem engeren Bundesvorstand der SL sowie dem Präsidium des SR – hat sich eine klare Dominanz von CSU-Vertretern entwickelt.

7.3 Weitere Dimensionen: Funktion, Strategien, Verhaltensregeln und Machtverteilung

Neben dem Blick auf die beteiligten Akteure und die Struktur der Verflechtung eröffnen Eigenschaften wie die Strategien der Akteure, die Funktion der Koalition, Verfahrensregeln und Machtverteilung innerhalb des Netzwerks sowie die Institutionalisierung der Beziehungen weitere Aufschlüsse über Eigenschaften und Ausprägung des Netzwerks sowie dessen Entwicklung. Ursprünglich entstand die Koalition zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft als Austauschsystem, das von beiden Seiten aus strategischen Gesichtspunkten gezielt eingegangen wurde und von dem jeder der Partner profitierte. Das Netzwerk erfüllt sowohl für die CSU als auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft also bestimmte Bedingungen und Funktionen. Ein Blick auf die Entwicklungslinien des Netzwerkes zwischen CSU und Vertriebenenverbänden bzw. Sudetendeutscher Landsmannschaft (Kapitel 6) zeigt eine Veränderung im diachronen Verlauf. So führt die dynamische Entwicklung der Partei-Verband-Beziehung zu einer Abfolge unterschiedlicher Phasen (vgl. Entwicklungsphasen des Netzwerkes, Kap. 6.4.), in denen im Zug des Wandels der Rahmenbedingungen auch dessen Funktionalität variiert. Während des Annäherungsprozesses zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft existierten noch keine fest gefügten, institutionalisierten Beziehungen. Funktionen, die das Netzwerk erst in späteren Phasen vollständig erfüllte, lassen sich im Ansatz aber bereits zu diesem Zeitpunkt feststellen: So ermöglichte der Sudetendeutschen Landsmannschaft der Aufbau von Beziehungen und Kontakten zur CSU Zugang zum politischen Entscheidungsprozess. Für die CSU im Gegenzug waren enge Beziehungen aufgrund des Wählerpotenzials der Vertriebenen im Allgemeinen und der Sudetendeutschen im Speziellen attraktiv. Beginnend mit Informationsaustausch, regelmäßigen Konsultationen und in einem nächsten Schritt Koordinierungen von Aktivitäten übernahm das Netzwerk zunehmend Funktionen bis hin zu einem ausgeprägten Ressourcenaustausch. In diesem Austauschsystem, in welchem die CSU als Partei politische Unterstützung und als staatlicher Akteur finanzielle sowie organisatorische Hilfe bot, konnte sie den Vertriebenenverband kontrollieren und erhielt im Gegenzug öffentliche sowie elektorale Unterstützung.

Auch in der Phase der Formierung des Netzwerkes zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft ist die Motivationslage beider Akteure klar: Für die CSU blieb wichtig, die Sudetendeutsche Landsmannschaft zu kontrollieren und sich ihrer Kooperation zu vergewissern. Daher stand der Austausch von politischer und finanzieller Unterstützung gegen Wählerstimmen und öffentliche Unterstützung weiter im Vordergrund. Für die SL dahingegen eröffnete die Vertiefung der Verflechtungen im Netzwerk Möglichkeiten, ihre Anliegen mit Nachdruck im politischen Prozess einzubringen und sich im Austauschsystem

politische, organisatorische und finanzielle Unterstützung zu sichern. Begünstigend wirkte sich bei der Formierung der privilegierten Partnerschaft die gemeinsame Opposition gegen die Bundesregierung aus. Je länger das Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft fortbestand, umso stärker ist eine Modifizierung des Nutzens sowie der Bedeutung der Funktionen für die Beteiligten festzustellen. Da im Verlauf der Fortdauer des Netzwerks Einbindung und Integration der Vertriebenen bzw. Sudetendeutschen erfolgreich waren und die Bedeutung der Vertriebenenverbände als Mobilisatoren von Millionen Wählerstimmen durch die zunehmende Heterogenisierung der sozialen Gruppe für die CSU faktisch abgenommen hatte, wurde die Kontrollfunktion des Netzwerkes weniger wichtig. Auch andere Aufgaben wie Konsultationen oder Kooperation, die das Netzwerk erfüllte, nahmen für die CSU entsprechend der Entwicklung der vom Verband vertretenen Wählerklientel an Bedeutung relativ ab. Für die Sudetendeutsche Landsmannschaft ändert sich die Funktionalität des Netzwerks dahingegen kaum: Für sie eröffnete das Netzwerk weiterhin Zugang zu den Entscheidungsprozessen und ermöglichte den Informations- und Ressourcenaustausch sowie gegenseitige Konsultationen. Während die Koalition für die CSU also vereinfacht formuliert an Bedeutung verloren hat, blieb sie für die SL gleichermaßen relevant. Daher ist hinsichtlich der Form der Interessenvermittlung eine Verschiebung zugunsten eines pluralistischen Verständnisses zu beobachten. War das Netzwerk in seiner Entstehungsphase noch von Konzertierung und Einbindung geprägt, so kam der Einflussnahme des Interessenverbandes Sudetendeutsche Landsmannschaft zunehmend größere Bedeutung zu. Die Umsetzung der politischen Entscheidungen im Anschluss an den innerparteilichen Willensbildungsprozess blieb auch im Zeitverlauf unverändert der CSU als Partei und staatlichem Akteur vorbehalten. Auch eine Delegation staatlicher Autorität oder Übertragung von quasi-staatlichen Aufgaben fand innerhalb der Koalition zwischen den Akteuren nicht statt. Zudem blieb die thematische Begrenzung des Policy-Netzwerks auf die konkreten Anliegen der Sudetendeutschen Landsmannschaft erhalten.

In engem Zusammenhang mit der Netzwerkfunktion steht die strategische Ausrichtung der Akteure sowohl innerhalb des Netzwerks als auch in Bezug auf das Netzwerk als Ganzes. Die Zielsetzung der CSU bestand darin, den Verband an die Partei zu binden und sich dadurch der Unterstützung durch den Verband und die Volksgruppe zu versichern. Des Weiteren diente der christsozial-sudetendeutsche Schulterschluss dazu, die Attraktivität der Partei für das rechtskonservative Wählerspektrum zu erhöhen und trug zur eigenständigen europapolitischen Profilierung bei. Neben symbolischen Auftritten auf sudetendeutschen Großveranstaltungen und öffentlichen Äußerungen spielte die gezielte Förderung der interpersonellen Verflechtung zwischen Partei und Verband von christsozialer Seite eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Netzwerkes. So wurden Verbandsfunktionäre gezielt integriert und organisatorisch institutionalisierte Verbindungen zwischen Sudetendeutschen und den Parteigliederungen geschaffen. Im Zeitverlauf führte die enge Verquickung zwischen Verbandsfunktion und parteiinterner Berücksichtigung u.a. bei Listenaufstellungen dazu, dass auch Bekenntnisvertriebene und CSU-Mandatsträger gezielt Funktionen in Vertriebenenverbänden übernahmen und sich daher die Verflechtung zwischen CSU- und Vertriebenenfunktionären gegenseitig verstärkte, da auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft zunehmendes Interesse an der Integration von CSU-

Mandatsträgern im Verband an den Tag legte, um ihre parteiinterne Stellung zu erhalten.[685] Die positive Resonanz der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf die Bildung der Netzwerkstrukturen erfolgte ebenfalls aus strategischen Erwägungen, da sie Teilhabe an den Entscheidungsprozessen der CSU als Partei- und Staatsakteur und im gleichen Zusammenhang Einfluss auf die Ausgestaltung von für den Verband wichtigen Politikinhalten ermöglichte. Gerade vor dem Hintergrund schwindender Alternativen nahm das Aufrechterhalten der Koalition für den Verband zunehmend elementare Bedeutung ein, um die CSU und damit den Freistaat Bayern als Fürsprecher und politischem Vertreter der sudetendeutschen Interessen zu erhalten. Die bayerische Sondersituation spielt im Verhältnis zwischen beiden Akteuren zudem eine Rolle, da die CSU als Regionalpartei mit einem bundes- und europapolitischen Anspruch und der dafür nötigen alleinigen Regierungsmehrheit in Bayern auf eine zumindest in der Selbstdarstellung und Wahrnehmung durch die CSU große und vergleichsweise homogene Gruppe der Sudetendeutschen traf.

Aufgrund der langfristigen Wechselwirkungen im Netzwerk über die Jahrzehnte hinweg wurden die Verfahrensregeln im Umgang zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft zunehmend von Konsensualität geprägt. Dabei spielt die Schirmherrschaft des Freistaats Bayern und die damit einhergehende Anerkennung des Repräsentationsmonopols der Sudetendeutschen Landsmannschaft als Vertreter der gesamten sudetendeutschen Volksgruppe eine herausragende Rolle. Für die CSU in ihrem Selbstverständnis als bayerische Staatspartei ergibt sich daraus eine generelle Verpflichtung gegenüber der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihren Anliegen. Für die Landsmannschaft entwickelte sich dahingegen die CSU aus Mangel an Alternativen im Gegenzug zum einzigen Ansprechpartner, um ihre Anliegen wirkungsvoll in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Eine öffentliche konfliktive Auseinandersetzung zwischen beiden Akteuren findet daher nur in Ausnahmefällen statt, während die Praxis der alltäglichen Zusammenarbeit durch regelmäßige Konsultationen und Kontakte sowie gegenseitigem Zuspruch geprägt wurde. Dabei wirken sich die ausgeprägten organisatorischen und personellen Verflechtungen zwischen beiden Akteuren stabilisierend aus. So ist nicht nur die SL mit ihren Vertretern in allen Subakteuren und Gliederungen der CSU eingebunden, sondern sind christsoziale Vertreter fest in der Verbandsorganisation verankert und daher aufgrund ihrer Verflechtung direkt in der Pflicht, auch als Verbandsfunktionär zu agieren. Die Verschränkung der Partei- und Verbandsfunktionen ergibt daher für beide Seiten die Verpflichtung, im Sinne der jeweils anderen Organisation zu handeln bzw. deren Standpunkt zumindest zu berücksichtigen. Entscheidend für den Fortbestand des Netzwerks ist dabei, dass die etablierten Verhaltensregeln unverändert blieben und auch parteiintern kaum diskutiert werden. So ist die Wahrnehmung der Vertriebenen bzw. Sudetendeutschen hinsichtlich ihres Wählerpotenzials in der CSU keinen Veränderungen unterworfen. Dies gilt auch für die parteiprogrammatische und inhaltliche Ausrichtung, da vertriebenenpolitische Aussagen und Positionen auf allen Ebenen fortgeschrieben werden. So finden in den Parteigremien, aber auch in der CSU-Landesgruppe oder der CSU-Landtagsfraktion keine grundsätzlichen Diskussionen über die vertriebenenpolitische Positionierung der CSU statt:

[685] So ist die Zugehörigkeit zur UdV nach wie vor von großer Bedeutung bei parteiinternen Wahlen sowie bei Listenaufstellungen der CSU; übereinstimmende Aussage in einer Reihe von Hintergrundgesprächen mit CSU-Bundes-, Landes- und Europapolitikern.

„Die Sudetendeutschen stehen der CSU sehr nahe. Dies gilt nach wie vor auch umgekehrt. Für die Bayerische Staatsregierung und die CSU ist es eine Selbstverständlichkeit und Verpflichtung, an der Seite der Sudetendeutschen als Vierter Stamm Bayerns zu stehen."[686]

Der frühere Bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende *Edmund Stoiber* ergänzt zur Verpflichtung gegenüber den Vertriebenen:

„Das Schicksal der deutschen Vertriebenen verdiente und verdient nach wie vor besondere Beachtung. Man kann sagen: Je weiter östlich die Deutschen lebten, umso höher war ihre Last, die sie für den Zweiten Weltkrieg zu tragen hatten."[687]

Große Bedeutung kommt hierbei den jährlich stattfindenden Sudetendeutschen Tagen zu, deren mediale Wirkung innerhalb der CSU als Bestätigung für die fortwährende Bedeutung der Sudetendeutschen als Wählergruppe wahrgenommen wird. Ein Mitglied der CSU-Landesgruppe fasst dies zusammen:

„Die Sudetendeutschen werden quasi selbstverständlich als bedeutende Wählergruppe wahrgenommen. Infrage wird dies nicht gestellt: Es ist einfach so und die Diskussion läuft dabei äußerst konstruktiv. Dies ist zu einem Großteil auf die in der CSU wahrgenommene Stärke der Vertriebenen zurückzuführen, die diese immer wieder erfolgreich bei den Sudetendeutschen Tagen kommunizieren."[688]

Durch die hohe Institutionalisierung, dem fortwährenden konsensualen Umgang und die Fortschreibung der Verfahrensregeln zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft verliert die Entwicklung der sozialen Gruppe hinsichtlich ihrer realen Bedeutung als Wählerpotenzial an Bedeutung für die Positionierung der Partei. Während die Verhaltens- und Verfahrensregeln persistent bleiben, sind hinsichtlich der Machtbeziehungen und der Machtverteilung im Netzwerk strukturelle Verschiebungen festzustellen. Auch wenn die zunehmend exklusive Partnerschaft zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft die Alternativen sowie die Handlungsfreiheiten beider Akteure einschränkte, wurde vor allem die Sudetendeutsche Landsmannschaft in langfristiger Perspektive innerhalb des Netzwerkes in finanzieller und organisatorischer Hinsicht sowie in seiner Außenwirkung gestärkt. So konnte die Sudetendeutsche Landsmannschaft nicht nur als Vertreter seiner Mitglieder, sondern auch als Repräsentant der gesamten sudetendeutschen Volksgruppe auftreten, was ihre Stellung sowohl innerverbandlich als auch gegenüber der CSU festigte.[689] Die gute finanzielle und organisatorische Basis ermöglicht dem Verband zudem durch Veranstaltungen, eigene Veröffentlichungen und eine gut organisierte Außendarstellung mit großer Medienwirkung zu erzielen. Das jährlich stattfindende Pfingsttreffen

[686] Hintergrundgespräch mit *Emilia Müller*, zwischen 2005 und 2007 sowie seit 2008 Bayerische Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten in Regensburg am 04.06.2009. Übereinstimmende Aussage von Mitgliedern der CSU-Landesgruppe, der CSU-Landtagsfraktion und der Bayerischen Staatsregierung.
[687] Hintergrundgespräch mit Dr. *Edmund Stoiber*, Bayerischer Ministerpräsident zwischen 1993 und 2007 sowie CSU-Parteivorsitzender zwischen 1999 und 2007, in München am 07.12.2009.
[688] Hintergrundgespräch mit Dr. *Andreas Scheuer* (CSU), MdB, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2002, in Regensburg am 22.07.2009.
[689] Damit kann der Verband als Lock- und gleichzeitig Drohmittel die Anzahl der Verbandsmitglieder und der sozialen Gruppe der Vertriebenen als Wählerpotential einsetzen. Die reale Mobilisierungsfähigkeit des Verbandes und Größe der sozialen Gruppe/der Mitglieder bleiben dabei außen vor.

spielt für die Wirkung innerhalb CSU eine große Rolle, um die Bedeutung der Vertriebenen zu verdeutlichen und ins Bewusstsein zu rufen.[690]

Das spezielle Binnenverhältnis im Netzwerk mit einer Vielzahl von personellen Verknüpfungen und Verpflichtungen, welches den Vertriebenen in Form der direkten Beteiligung auf die Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse der Partei direkten Einfluss ermöglicht, wirkte sich begünstigend auf den Fortbestand der starken Stellung des Verbandes aus. Auch die herausgehobene, patronale Stellung der CSU blieb im Netzwerk auf den ersten Blick bestehen. So wurde sie mit ihrem gut ausgestatteten Parteiapparat, ihren Machtressourcen als Regierungspartei im Bundesland Bayern, zumindest zeitweiliger Regierungsbeteiligung auf Bundesebene sowie ihrer parlamentarische Vertretung neben dem Bayerischen Landtag sowohl im Deutschen Bundestag als auch im Europäischen Parlament zügig zum einzigen Ansprechpartner für die Vertriebenen. Die Aufteilung in unterschiedliche Subakteure der CSU bringt aber auch Fragmentierungen des Akteurs mit sich, welche der SL mit der Aufteilung in mehrere Einheiten verschiedene Ansatzpunkte bietet, um auf die Politikformulierung und -gestaltung Einfluss zu nehmen. Ebenso wie bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft engt das Netzwerk bzw. die Partizipation am Netzwerk die Handlungsmöglichkeiten der CSU ein. Der hohe Grad an Institutionalisierung der Beziehungen mit enger personeller Verschränkung, Fortschreibung der inhaltlich-programmatischen Ausrichtung sowie festen Verhaltensregeln schränkt die Reaktionsfähigkeit auf Veränderungen der Rahmenbedingungen wie eine abnehmende soziale Basis der Koalition ein. Auch bei einem Blick auf den speziellen Themenbereich, für den das Policy-Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft identifiziert wurde, lassen sich weitgehende Übereinstimmungen zur Charakterisierung der Machtbeziehungen als Klientelismus nach *Waarden* festhalten: Die CSU agiert dort als Partei bzw. staatlicher Akteur nicht unabhängig vom Interessenverband. Dabei kann eine Dominanz und ein überaus starker Einfluss der Sudetendeutschen Landsmannschaft bezüglich des Verhaltens der CSU hinsichtlich der sudetendeutschen Frage im Politikfeld der deutsch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen konstatiert werden. Es handelt sich aber um keine grundsätzliche und umfassende Vereinnahmung der CSU durch den Interessenverband, sondern dies tritt nur bei der Durchsetzung der definierten Politikinhalte unter dem Oberbegriff der Interessen der Vertriebenen bzw. der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf.

Ein bereits in der Hinführung zur Fragestellung angeschnittenes empirisches Beispiel, das im Anschluss noch weiter ausgeführt werden soll, weist darauf hin, dass die Machtverteilung im Policy-Netzwerk zumindest in dessen neuerer Ausprägung klientelistische Züge annimmt: So nahm im christsozialen Europawahlprogramm 1999 die Aufnahme der Mittelosteuropäischen Länder und damit der Tschechischen Republik in die Europäische Union einen hohen Stellenwert ein.[691] Dies stellt eine Fortschreibung des Europakonzeptes der CSU dar, die sich schon in der Entwicklungsphase ihrer Europapolitik in den 1960er Jahren eine Europäische Einigung mit Beteiligung „aller Völker Mittel- und Osteuropas“[692] zum Ziel ausgab. Indem die CSU die Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft nach

[690] So auch *Maria Eichhorn*, MdB, im Hintergrundgespräch am 08.04.2009 in Regensburg..
[691] Siehe: „20 Leitsätze zur Europapolitik“, CSU-Wahlprogramm von 1999, Punkt 13, beschlossen vom CSU-Parteivorstand am 12.04.1999, Bayernkurier, 17.04.1999, S. 3.
[692] *Strauß*, Franz Josef, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 26, zitiert nach: *Meier-Walser*, Reinhard C., 1995, S. 382.

einer Verbindung der Abschaffung der Beneš-Dekrete und dem Beitritt der Tschechischen Republik in die Europäische Union in ihre politische Position aufnahm, wich sie von grundlegenden programmatischen Vorgaben ab. In der parteiinternen Wahrnehmung wurde das Vorgehen aber weniger unter diesen Gesichtspunkten gesehen, sondern als Kontinuität der Verbindung mit den Sudetendeutschen eingeordnet, bei der kein großer Druck auf die Partei ausgeübt wurde, ihre Leitlinien zu verlassen. Exemplarisch verdeutlicht dies ein Einschätzung eines Mitglieds der CSU-Landesgruppe:

> „Im Vorfeld der Abstimmungen zur EU-Osterweiterung war nach meiner Wahrnehmung kein ausgeprägtes Lobbying der Vertriebenenverbände zu verzeichnen. Auch für die Sudetendeutsche Landsmannschaft bestand keine Notwendigkeit, besonders nachdrücklich aufzutreten, da ihre Anliegen in CSU und CDU hinlänglich bekannt waren und vertreten wurden.“[693]

7.4 Zwischenfazit

Während im diachronen Überblick über die Entwicklungslinien der Verbindung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft die Entstehung einer engen Koalition grundlegend herausgearbeitet werden konnte, eröffnete die Netzwerkanalyse einen tieferen Blick auf den Eigenschaftsraum und die Charakteristika der christsozial-sudetendeutschen Allianz im Zeitverlauf. So entwickelte das Netzwerk schrittweise nahezu alle Eigenschaften einer klientelistischen Beziehung mit einem ausgeprägten Tauschsystem, einem hohen Grad an Institutionalisierung, konsensorientierten Verfahrensregeln sowie einer hohen Stabilität. Am anschaulichsten lässt sich die Entwicklung anhand der fortschreitenden strukturellen Vertiefung der personellen Verflechtungen zwischen beiden Akteuren ablesen: Auf allen parlamentarischen Ebenen ging die Netzwerkbildung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft mit einer starken Zunahme von sudetendeutschen Mandatsträgern in den Reihen der CSU einher, sodass sich die Vertiefung der Beziehungen direkt an der Zunahme des Anteils sudetendeutscher CSU-Abgeordneter ablesen lässt. Der Aufbau der Verflechtung verlief in der CSU-Landtagsfraktion und der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag nach vergleichbarem Muster: Nach Schwankungen in den 1950er und 1960er Jahren stieg der Anteil an Vertriebenen- und insbesondere sudetendeutschen Abgeordneten ab den 1970er Jahren, zunächst durch gezielte Förderung über die Listen und im Anschluss immer stärker durch Direktmandate, an. Auch in Führungspositionen wurden Sudetendeutsche in einem nächsten Schritt verstärkt berücksichtigt. Der im Vergleich zur CDU deutlich höhere Anteil von Vertriebenen- und sudetendeutschen Abgeordneten in der CSU, einhergehend mit einem ebenfalls überproportionalen Vertriebenenfunktionärsanteil, verdeutlicht zudem die besonders enge Verflechtung zwischen Partei und Verband.

---

[693] Hintergrundgespräch mit *Stephan Mayer*, MdB, Stv. Vorsitzender der UdV und der AG Vertriebene der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Präsidiums des BdV, in Schwandorf am 08.05.2009; übereinstimmende Aussage weiterer Mitglieder der CSU-Landesgruppe. Ein Mitglied der Bayerischen Staatsregierung, bestätigte, dass „[a]ufgrund der Historie zwischen Bayern und Sudetendeutschen […]kein größerer Druck der Vertriebenen auf die CSU notwendig“ war; Hintergrundgespräch mit *Emilia Müller*, zwischen 2005 und 2007 sowie seit 2008 Bayerische Staatsministerin für Europa- und Bundesangelegenheiten, in Regensburg am 04.06.2009.

Tabelle 53: Entwicklung der Eigenschaften des Netzwerkes

Phasen / Dimensionen	1945-1960	1960-1975	1975-1990	ab 1990
Struktur und Institutional-isierung	Keine gefestigte Struktur; Niedriger Grad an Institutionali-sierung; Personelle Ver-flechtungen sind Schwankungen unter-worfen; Grenzen des Netzwerks sind offen	Strukturen festigen sich; Institutionalisierung und Austausch erhöhen sich; Personelle Ver-flechtung nimmt stark zu; Grenzen des Netzwerks schließen sich; Privilegierte Beziehung entwickelt sich	Strukturen vertiefen sich; Vernetzung von Sub-netzwerken etabliert sich; Personelle Verflechtung zwischen allen Sub-akteuren verstetigt sich; Privilegierte Beziehung besteht Ressourcenaustauschsyst em hat sich etabliert	Hoher Grad an Institutionalisierung; Verflechtung besteht fort; Geschlossene Strukturen; Austauschsystem und –mechanismen bleiben bestehen
Funktion	Informationsaustausch und Konsultation	Austauschsystem mit Konsultation, Koordination und Informationsaustausch		
	Für CSU: Kontrolle und Einbindung		Bedeutung der Kontrolle nimmt ab	Faktisch geringe Bedeutung der Einbindung
	Für SL: Zugang zum politischen Entscheidungsprozess und Sicherstellung des Einflusses			
Strategien	Keine ausgeprägte strategische Orientierung beider Seiten	CSU versucht, den Verband an sich zu binden und sich Unter-stützung zu sichern Symbolische Hand-lungen und gezielte Integration von Partei-seite Verband reagiert positiv	CSU vertieft Verbindung SL ist zunehmend an Erhalt der Bindung interessiert, pocht auf Einhalten der Ver-pflichtung	CSU setzt Unter-stützung fort; SL fordert Unter-stützung ein
Verfahrens-regeln	Konsensual/konfliktiv	Zunehmend konsensual; CSU ist SL zunehmend verbunden und ver-pflichtet, erkennt das Repräsentations-monopol des Ver-bandes an; Personelle Ver-flechtungen wirken sich aus	Konsensual; Enge Übereinstimmung zwischen beiden Akteuren	Konsensualer Um-gang; SL fordert Unter-stützung ein; Umgang und Ver-fahrensregeln werden fortgeschrieben
Machtver-teilung	Offen, noch keine Verteilung; SL mit mehreren Alternativen	CSU als Patron; SL erhält Unter-stützung, bietet dafür elektorale Unter-stützung; Verhältnis ist sym-metrisch	Handlungs- und Alter-nativmöglichkeiten beider Akteure werden eingeschränkt; Verband erfährt Stärkung trotz einsetzender Schwächung der Klientelgruppe	Persistenz der starken Stellung des Ver-bandes; Alternativmöglich-keiten weiter für beide eingeschränkt SL behält starke Stellung

Die zunehmende personelle Verschränkung setzte sich ab den 1970er Jahren in den Parteigremien der CSU fort, in denen zumindest im Parteivorstand fast durchgehend Vertriebene und dabei fast ausschließlich Sudetendeutsche vertreten waren, während im Gegenzug in der Führungsspitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft die CSU eindeutig dominierte. Auch im Bund der Vertriebenen nahmen CSU-Politiker schließlich Schlüsselpositionen ein, sodass sich die Verbindung zwischen CSU und Vertriebenenverbänden in den 1990er Jahren sogar noch erweiterte. Neben der Verflechtung aller Subakteure des Gesamtnetz-

werkes sind zudem die Anerkennung des Repräsentationsmonopols der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die zunehmend symbiotische Verbindung beider übergreifender Akteure sowie die Stärkung des Verbandes im Zeitverlauf als zentrale Merkmale sowohl einer klientelistischen Beziehung als auch als Begründung für den Fortbestand des Netzwerkes selbst festzuhalten: Die damit einhergehenden Beharrungskräfte führen entkoppelt von der realen Entwicklung der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen zu einer strukturellen Kräfteverschiebung innerhalb des Netzwerkes. Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang die netzwerk- und parteiintern unveränderte Wahrnehmung des Verbandes als Vertreter einer in wahltaktischer Hinsicht bedeutenden Gruppe. Tabelle 53 veranschaulicht im Überblick die phasenweise Entwicklung der Beziehung zwischen CSU und SL über die Stationen der Annäherung der Akteure, der Formierung des Netzwerkes sowie der Stabilität und der Persistenz der Koalition.

Darüber hinaus lassen sich weitere Schlussfolgerungen zu den Netzwerkeigenschaften ziehen:

- Die Einflussmöglichkeiten der Sudetendeutschen Landsmannschaft entkoppeln sich innerhalb des Netzwerks von der Entwicklung der Mitgliederzahlen sowie der Volksgruppe.
- Die Diskrepanz der Zielsetzungen der Verbandsführung der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der Verbandsmitglieder sowie der Mitglieder der Volksgruppe erhöhte sich vor allem durch die fortschreitende Integration der Sudetendeutschen in die deutsche bzw. bayerische Gesellschaft. Dennoch blieben sowohl das Repräsentationsmonopol der Sudetendeutschen Landsmannschaft als auch die Verbandsführung unangefochten. Dies ist zum einen auf die Institutionalisierung der Anerkennung des Repräsentationsmonopols durch die Öffentlichkeit und zum anderen auf die Entkoppelung der politischen Zielsetzungen der Verbandsführung von den Mitgliedern des Verbandes bzw. der Volksgruppe zurückzuführen.
- Auf allen Ebenen und zwischen allen Subakteuren von CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft entwickelte sich eine ausgeprägte Verflechtung. Dadurch erreichte der Verband auf allen für die Policy bedeutsamen und für die CSU erreichbaren Ebenen Zugang zum politischen Entscheidungsprozess sowohl innerhalb der CSU als auch der verantwortlichen Gremien und Institutionen (Europäisches Parlament, Deutscher Bundestag, Bayerischer Landtag, Bayerische Staatsregierung, Parteivorsitz und Parteiorganisation der CSU).
- Die personelle Verflechtung wirkte selbstverstärkend, da sowohl für CSU- als auch SL-Funktionäre Mitgliedschaften in der jeweils anderen Organisation Vorteile versprechen.
- Der überproportional hohe Funktionärsanteil bei sudetendeutschen CSU-Mandatsträgern belegt die große Bedeutung der Verbandsmitgliedschaft. Der Anteil an Funktionären liegt auf Bundes- höher als auf Landesebene.
- Die Verflechtung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft entwickelte stärkere Ausprägungen als zwischen CDU und den Vertriebenen.
- Nach 2002/2003 deutet sich bei uneinheitlicher Tendenz eine Verringerung des Verflechtungsgrads in absoluten Zahlen an, was auf den endgültigen Übergang der Erlebnis- zu Bekenntnisgenerationen zurückzuführen ist. Auch hier kann bei der

CSU ein weiter vorangeschrittener Prozess als bei der CDU konstatiert werden, auch wenn eindeutige Aussagen noch nicht möglich sind.

- Die Oppositionsrolle der CSU hatte verstärkende Wirkung im Formierungsprozess des Netzwerks.
- Die Fortschreibung der programmatischen Vorgaben sowie der Verpflichtungen im Rahmen der Schirmherrschaft strukturieren den Handlungsrahmen der CSU-Parteivorsitzenden sowie der Bayerischen Ministerpräsidenten vor.

8 Der Prager Vertrag im Kontext der Ostverträge

Wie sich das Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft bzw. im weiteren Rahmen zwischen Union und den Vertriebenenverbänden fortentwickelt hat, lässt sich nicht nur anhand der vorwiegend strukturell orientierten Betrachtung in der Netzwerkanalyse eruieren, sondern auch in einer Analyse des Verhaltens der unterschiedlichen Akteure im Zug der drei konkreten Fallstudien, die sich über einen Zeitraum von fast vier Jahrzehnten erstrecken. Das Vorgehen im Analyseraster, das zunächst eine Aufarbeitung der Inhalte der Policy im historischen Kontext und im Anschluss eine Analyse des Politikfeldes vorsieht, bevor in einzelnen Phasen die Mechanismen des Netzwerks herausgearbeitet werden sollen, kommt jeweils zur Anwendung (vgl. Abbildung 2 in Kapitel 1). In der ersten Fallstudie zur Entstehung und Umsetzung des Prager Vertrages im Kontext der Ost-West-Konfrontation mit der CSU in der Oppositionsrolle auf Bundesebene kann das Netzwerk in einer frühen Phase beleuchtet werden.

Als Grundlage bei der Erarbeitung des ersten Beispiels, aber ebenso bei den weiteren Fallstudien zum Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag und den EU-Beitritt Tschechiens, ist eine Reihe von Fragestellungen hilfreich. Diese werden zunächst innerhalb der einzelnen Studien beantwortet und sollen im Anschluss Aufschlüsse hinsichtlich der prozessualen Entwicklung des Gesamtnetzwerkes geben: Wie treten die unterschiedlichen (Sub-)Akteure der Partei und des Verbandes auf? Welche Zielsetzungen verfolgen sie bzw. welche Übereinstimmungen lassen sich feststellen? Wie eng ist die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren und wie wirken sich personelle Verflechtung und Kooperation über längere Zeiträume aus? Welche Wechselwirkungen im Verhalten von Partei und Verband lassen sich feststellen? Weist das Verhalten der Akteure klientelistische Charakteristika auf? Welcher Entwicklungsphase eines (Klientelismus-) Netzwerkes können die Interaktionen zugeordnet werden? Und schließlich: Welche Rolle spielen äußere Rahmen- und Handlungsbedingungen?

8.1 Der Problemfall der „Nichtigkeit des Münchner Abkommens“ und der Prager Vertrag

8.1.1 Historischer Kontext: Der Prager Vertrag als Bestandteil der Ostpolitik

Der „Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik“,[694] wie der Prager Vertrag in

[694] Wortlaut des Vertrages vgl. Auswärtiges Amt, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949-1994, Köln 1995, S. 398 f.

vollem Wortlaut zu bezeichnen ist, kann als so genannter „Schlußstein“[695] der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition nur im Kontext der Ostverträge als „ein einheitliches Ganzes“[696] verstanden und eingeordnet werden. Auf der Basis einer grundlegenden Neuorientierung der deutschen Außenpolitik, die auf Entspannung und Normalisierung der Beziehungen mit den Staaten des Warschauer Paktes und insbesondere der Sowjetunion abzielte, nahm die 1969 gebildete Regierungskoalition aus FDP und SPD unmittelbar nach ihrem Amtsantritt Verhandlungen mit der Sowjetunion, Polen und schließlich der Tschechoslowakei auf. In engem politischem Zusammenhang sind dazu die deutsch-deutschen Verhandlungen mit der DDR bezüglich eines Transitabkommens sowie eines Grundlagenvertrages und das Berlin-Abkommen der vier Besatzungsmächte unter Beteiligung der BRD und der DDR zu sehen.[697]

Hintergrund und Voraussetzung für die Aufnahme der Vertragsverhandlungen war das Zusammenfallen von veränderten internationalen Rahmenbedingungen, eines gesellschaftlichen Wandels und politischen Umdenkens sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch bei den mittel- und osteuropäischen Verhandlungs- und späteren Vertragspartnern.[698] Für ihre Normalisierungsbemühungen musste die sozialliberale Koalition jedoch nicht vollständig bei Null beginnen, sondern konnte an eine Reihe von Initiativen der Vorgängerregierungen mit Beteiligung von CDU und CSU anknüpfen.[699] So nahm beispielsweise bereits Bundeskanzler *Konrad Adenauer* im Rahmen seines Besuchs in Moskau bereits 1955 diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion auf und wurden in Polen, Bulgarien, Rumänien sowie Ungarn unter CDU-Außenminister *Gerhard Schröder* Handelsmissionen eröffnet. Trotz einer Reihe von Bemühungen im Verlauf der Großen Koalition zwischen 1966 und 1969 scheiterten weiter gehende Annäherungsversuche sowohl an der starren deutschlandpolitischen Positionierung der Bundesregierung wie dem Alleinvertretungsanspruch und der strikten Nichtanerkennung der DDR als auch an der ablehnenden Haltung

---

[695] *Lemke*, Michael, CDU, CSU und Vertragspolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1969-1975: Kontinuität und Wandel christdemokratischer Ost- und Deutschlandpolitik, Saarbrücken-Scheidt 1992, S. 155; *Dietz*, Hans, Der Prager Vertrag und die Sudetendeutschen, Stuttgart 1974, S. 4.

[696] Ziffer 5 des deutsch-sowjetischen Meinungsaustausches (Bahr-Papier) vom Mai 1970, in: *Münch*, Ingo (Hrsg.), Ostverträge I. Deutsch-sowjetische Verträge, Berlin 1971, S. 133.

[697] Siehe zu Hintergrund, Vorbereitung und Ausgestaltung der Ostpolitik und Ostverträge u.a. *Hanrieder*, 1995, S. 199-221; *Bender*, Peter, Die „Neue Ostpolitik“. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995; *Link*, Werner, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969-1974, in: *Bracher*, Karl Dietrich et al., Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 5, Stuttgart 1986, S. 163-284.

[698] Vgl. *Link*, Werner, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1988, S. 168 ff;vgl. *Ivaničková*, Edita, 1973: Die Ostpolitik der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei, in: *Brandes*, Detlef et al. (Hrsg.), Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848-1989, Essen 2007, S. 287-298, S. 288; Dabei ist hervorzuheben, dass Deutschland trotz einer bereits in ihrer ersten Regierungserklärung postulierten „Politik des Gewaltverzichts“ gegenüber Osteuropa zwar langfristige Ziele wie das nationale Selbstbestimmungsrecht und die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht aufgab, aber dennoch vor dem Hintergrund der internationalen Entspannungstendenzen zwischen den USA und der UdSSR Handlungsspielräume sowie deutschland- und ostpolitische Initiativmöglichkeiten zurückgewinnen konnte, vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 132 vom 29. Oktober 1969, S. 1128.

[699] Vgl. *Link*, Werner, Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik, in: *Schwarz*, Hans-Peter (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 115-140.

der Ostblockstaaten.[700] Die internationale Annäherung in neuer Qualität ab 1969 ist darauf zurückzuführen, dass beide Lager aufeinander zugingen. Entscheidende Aktivitäten vonseiten der Bundesregierung stellten dabei die Bestätigung des Status Quo in Europa sowie die faktische Anerkennung der Existenz eines zweiten deutschen Staates („Zwei-Staaten-Theorie") dar, die bereits in der ersten Regierungserklärung von Bundeskanzler *Willy Brandt* anklang: „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland."[701] Der stärkere Impuls zur Neuorientierung der Ostpolitik innerhalb der deutschen Parteienlandschaft kam bereits in Zeiten der Großen Koalition aus der SPD, in der neben *Willy Brandt Egon Bahr* Akzente setzte.[702] Der Moskauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, dessen Verhandlungen auf der Grundlage des sogenannten *Bahr*-Papiers bereits im Dezember 1969 begannen, bildete Voraussetzung und Vorlage für die weiteren Verträge mit Polen, der DDR und schließlich der Tschechoslowakei, die somit einen gemeinsamen „Vertragskomplex"[703] bilden sollten. Im Mittelpunkt der Vereinbarungen, die sich aus dem Moskauer Vertrag, einem Brief zur deutschen Einheit sowie einem Notenwechsel der Bundesregierung mit den Westmächten zusammensetzten, standen der beiderseitige Gewaltverzicht (Artikel 2) sowie die Unverletzlichkeit der Grenzen (Artikel 3). Die Zielsetzung der Wiedervereinigung Deutschlands konnte aufgrund der Weigerung Moskaus zwar nicht im Vertrag selbst aufgenommen werden, durch die Annahme des „Briefs zur deutschen Einheit" wurde diese langfristige Vorgabe aber trotzdem deutlich gemacht. Der bereits im Dezember 1970 abgeschlossene Warschauer Vertrag zu den deutsch-polnischen Beziehungen stellte ebenso wie der erst 1973 paraphierte und 1974 ratifizierte Prager Vertrag zwischen der BRD und der ČSSR im Prinzip eine Ergänzung und Folgevereinbarung des Moskauer Vertrags mit Anwendung auf Polen bzw. die Tschechoslowakei dar. Bereits im Moskauer Vertrag klang die schwierige Situation zwischen Westdeutschland und dessen tschechoslowakischen Nachbarn an, als festgehalten wurde,

> „dass die mit der Ungültigkeit des Münchener Abkommens verbundenen Fragen in Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in einer für beide Seiten annehmbaren Form geregelt werden sollen."[704]

In engem Zusammenhang damit standen die folgenden Verhandlungen um ein Vier-Mächte-Abkommen zu Berlin sowie zum Grundlagenvertrag mit der DDR, der eine Normalisierung der Beziehungen im Gegenzug für menschliche Erleichterungen der Situation in der DDR und der Aussicht auf einen weiteren Ausbau der innerdeutschen Beziehungen vorsah. CDU und CSU, die sich nach zwei Jahrzehnten als Regierungsparteien

---

[700] Vgl. dazu die hervorragende Aufarbeitung unter besonderer Berücksichtigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: *Taschler*, Daniela, Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966-1969), Düsseldorf 2001.
[701] Regierungserklärung des Bundeskanzlers *Willy Brandt* vor dem Deutschen Bundestag am 28. Oktober 1969. Auszüge zur Außenpolitik, in: Auswärtiges Amt, 1995, S. 329-333, S. 330.
[702] Vgl. *Tiggemann*, Anselm, CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969-1972. Zur „Innenpolitik der Außenpolitik" der ersten Regierung Brandt/Scheel, Frankfurt a. M. 1998, S. 14.
[703] *Břach*, Radko, Die Bedeutung des Prager Vertrages für die deutsche Ostpolitik, in: *Lemberg,* Hans et al. (Hrsg.), Im geteilten Europa: Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1949-1989, Essen 1998, S. 169-191, S. 170.
[704] *Münch*, 1971, S. 133 f.

erstmals in der Oppositionsrolle wiederfanden, begleiteten die „Neue Ostpolitik“ von Beginn an kritisch und bemängelten eine übereilte Aufgabe von deutschen Verhandlungspositionen, da sie befürchteten, dass die Verhandlungsposition der BRD durch Vorleistungen geschwächt werde, das Gewaltverzichtsabkommen einer Kapitulation vor den sowjetischen Zielen gleichkomme und daher ein zunehmender Einfluss auf die westdeutsche Gesellschaft zu erwarten sei.[705]

Gerade im Hinblick auf die Verhandlungen mit Polen und der Tschechoslowakei waren zudem naturgemäß elementare Interessen der Vertriebenen betroffen, wie auch die sozialliberale Bundesregierung mit Verweis auf ihre Obhutspflicht gegenüber den Vertriebenen anerkannte. Im Verlauf der Verhandlungen zu den Ostverträgen profilierten sich CDU wie CSU jedoch zunehmend als „natürliche Verbündete“ der Vertriebenen und schärfste Kritiker der sozialliberalen Ostpolitik.[706] Die Vertriebenen meldeten beispielsweise bei den deutsch-polnischen Verhandlungen schwere Bedenken gegen eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze an und machten dies in zahlreichen Gutachten, Entschließungen und Protestschreiben deutlich. Dies griffen CDU und CSU öffentlich in Bundestagsdebatten, bei Veranstaltungen und Äußerungen in zunehmendem Maß auf, sodass sich Union und Vertriebene zunehmend gemeinsam gegen die Ostpolitik wandten.

8.1.2 Strittige Punkte und Forderungen der Sudetendeutschen im Hinblick auf das Münchner Abkommen

Im Vergleich zu den anderen Verträgen nahm der Prager Vertrag, zu dem erste offizielle Kontakte bereits im Januar 1967 und Sondierungsgespräche Mitte Oktober 1970 aufgenommen wurden, eine ungewöhnlich lange Vorlaufzeit bis zu seiner endgültigen Ratifizierung im Juli 1974 in Anspruch. Dies erscheint zunächst umso erstaunlicher als einerseits inhaltlich zu den vorher bereits abgeschlossenen Verträgen mit Polen und der UdSSR ähnliche Vereinbarungen getroffen wurden und andererseits keine vergleichbaren Probleme territorialer Art wie im Fall der Oder-Neiße-Grenze im Warschauer Vertrag zu klären waren. So hatte sich nämlich bereits die Große Koalition eindeutig von Territorialforderungen und dem Münchner Abkommen von 1938 distanziert.[707] Dies belegt eine Stellungnahme von Bundeskanzler *Ludwig Erhard* aus dem Jahr 1964:

> „Das Münchener Abkommen vom Jahre 1938 ist von Hitler zerrissen worden. Die Bundesregierung erhebt gegenüber der Tschechoslowakei keinerlei territoriale Forderungen und distanziert sich ausdrücklich von Erklärungen, die zu einer anderen Deutung geführt haben.“[708]

Die Dauer der Verhandlungen kann generell damit begründet werden, dass der Prager Vertrag in Aufmerksamkeit und Prioritätensetzung der deutschen Bundesregierung im Vergleich zu den deutsch-deutschen Beziehungen, der West-Berlin-Frage oder den deutsch-

[705] Vgl. *Tiggemann*, 1998, S. 50.
[706] Vgl. *Grau*, Andreas, Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969-1973, Düsseldorf 2005, S. 524.
[707] Vgl. *Tiggemann*, 1998, S. 30. Die grundsätzliche Ungültigkeit wurde bereits 1966 von *Ludwig Erhard* und 1967 von Kurt-*Georg Kiesinger* und damit von CDU- und Regierungsseite gleichermaßen festgestellt.
[708] *Siegler*, Heinrich von, Archiv der Gegenwart (AdG), Jg. 1964, Königswinter 1964, Auszug vom 11. Juni 1964, S. 11263.

sowjetischen Beziehungen als weit geringer einzustufen ist, wie selbst Bundeskanzler *Willy Brandt* deutlich machte.[709] Auch die tschechoslowakische Seite schätzte die Dringlichkeit einer bilateralen Vereinbarung als vergleichsweise gering ein.[710] Ausgangspunkt, Vorlage und Impuls zu den Verhandlungen lieferten vielmehr die deutsch-sowjetischen Vertragsverhandlungen, welche die Verträge mit den anderen osteuropäischen Staaten als Zielsetzung vorgaben.[711] Darüber hinaus kristallisierte sich mit der Beurteilung des Münchener Abkommens von 1938 und der Bewertung des Zeitpunktes seiner Nichtigkeit sowie der daraus resultierenden rechtlichen und politischen Konsequenzen ein zentraler Streitpunkt heraus, der die Verhandlungen erschweren und zu erheblichen Verzögerungen führen sollte.

Die Sudetendeutschen waren davon in besonderem Maß betroffen: Das Münchner Abkommen stellte 1938 den Abschluss der sogenannten Sudetenkrise dar und war das Ergebnis der Münchner Konferenz, in der das Deutsche Reich, Italien, Frankreich und England ohne Beteiligung der Tschechoslowakischen Republik tagten. [712] Ergebnis war eine Aufforderung an die ČSR, das Sudetenland an das Deutsche Reich abzutreten.[713] England, Frankreich sowie Italien distanzierten sich bereits im Verlauf des Zweiten Weltkrieges vom Abkommen.[714] Für die tschechoslowakische Seite, die das Münchener Abkommen als „Schlüsselrolle“[715] in seiner Geschichte bewertet, stand im Vordergrund, die Kontinuität ihrer Staatlichkeit seit 1918 sicherzustellen und daher dem Abkommen seine Gültigkeit von Beginn an („ex tunc“) abzusprechen.[716] Für die Sudetendeutschen, die aufgrund der Eingliederung der Sudetengebiete in das Deutsche Reich die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen, hätte diese Regelung Rechtsunsicherheit für den gesamten Zeitraum ab 1938 mit sich gebracht.[717] Alle während dieser Zeit vollzogenen Rechts- und Amtsakte hätten mög-

---

[709] „Ich muss in aller Öffentlichkeit sagen, dass wir – nach dem Paket: Moskau, Warschau, Berlin – uns nicht auf Prag, sondern auf das Grundverhältnis zur DDR konzentriert haben. Es hatte aufgrund unserer Interessenlage höhere Priorität“, aus: *Brandt*, Willy, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976, S. 543; vgl. zur Interessenlage der Bundesrepublik auch: *Novák*, Miloslav, Historical Foundations and Developments in German Relations with the Countries of Eastern and Central Europe, in: *Pick*, Otto et al. (Hrsg.), Germany and the East Central Europe since 1990, Prag 1999, S. 33-63, S. 47.

[710] Zum Auftreten der ČSSR während den Verhandlungen siehe: Břach, S. 172-184; *Kučera*, Jaroslav, Den Klassenfeind zum Nachbar: Die tschechoslowakische Außenpolitik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland während des Kalten Krieges, in: *Weigl*, Michael (Hrsg.), Folgenlose Nachbarschaft? Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen, Hamburg 2006, S. 29-46.

[711] *Břach*, S. 170 f. Dennoch ist zu beachten, dass Abkommen mit den Ostblockstaaten Ungarn und Bulgarien erst nach Abschluss der Verhandlungen mit der ČSSR möglich waren.

[712] Vgl. *Franzen*, Erik, Verpasste Chancen?, in: Bohemia, Bd. 38, München 1997, S. 85-111, S. 87.

[713] Eine übersichtliche Zusammenstellung der Vorgeschichte und der Folgewirkungen des Münchner Abkommens bei: *Kipke*, Rüdiger, Die politischen Systeme Tschechiens und der Slowakei, Wiesbaden 2002, S. 14 ff; ausführlicher bei: Lemberg, Hans, „München 1938“ und die langfristigen Folgen für das Verhältnis von Tschechen und Deutschen, in: *Seibt*, Ferdinand et al. (Hrsg.), Mit unbestechlichem Blick… Studien von Hans Lemberg zur Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei. Festgabe zu seinem 65. Geburtstag, München 1998, S. 325-342; *Novotný* 2009, S. 61-77.

[714] Vgl. *Zündorf*, Benno, Die Ostverträge, München 1979 S. 98 f.

[715] *Handl*, 1995, S. 67-84, S. 68.

[716] Zur Erklärung der Vehemenz und Hartnäckigkeit, mit der die tschechoslowakischen Regierungen an der Annullierung des Münchner Abkommens festhalten, muss neben den juristischen und politischen Faktoren auch die traumatische Erfahrung, dass mit England und Frankreich beide Schutzmächte der Tschechoslowakei maßgeblich beteiligt waren, mit einbezogen werden.

[717] Vgl. *Witte*, Michaela, Entfremdung – Sprachlosigkeit – Aussöhnung?, Norderstedt 2002, S. 39.

licherweise ihre Gültigkeit verloren, was für sie und die Bundesrepublik erheblich rechtliche Folgen bedeutet hätte.[718] Die Bundesregierung, die über die Problematik für die vertriebenen Sudetendeutschen im Bilde war, trat in den Verhandlungen daher für eine Nichtigkeit des Münchner Abkommens ab jetzt („ex nunc") ein.

Mit der Anerkennung des territorialen Status Quo, die im Einklang mit den Leitlinien der bundesrepublikanischen Ostpolitik stand, war zuvor bereits die Große Koalition und noch stärker die sozialliberale Koalition der Tschechoslowakei zwar entgegengekommen.[719] Die Diskrepanzen bezüglich des Umgangs mit dem Münchener Abkommen zwischen beiden Ländern blieben aber trotz aller Annäherung bestehen. Rechtliche Vorbehalte teilten im Grundsatz sowohl Bundesregierung, Opposition als auch die Vertreter der sudetendeutschen Organisationen. Weitere Forderungen, obwohl die Frage der Gültigkeit des Münchener Abkommens an oberster Stelle stand,welche die Sudetendeutsche Landsmannschaft sowie der Sudetendeutsche Rat im Hinblick auf die deutsch-tschechoslowakischen sowie grundsätzlich den ostpolitischen Verhandlungen vertraten, waren eine Würdigung und Erwähnung der Sudetendeutschen sowie des Unrechts der Vertreibung. Neben Fragen zur Rechtssicherheit bei Vermögen, Eigentum sowie Staatsangehörigkeit spielte daher die historische Einordnung der Vertreibung eine wichtige Rolle.

8.2 Annäherung und Entspannung im Zeichen des Ost-West-Konfliktes: das Politikfeld der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen

Betrachtet man die bayerisch- bzw. deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen[720] im Vorfeld sowie während der Verhandlungen der Ostverträge und des Prager Vertrags, dann ist die besondere Ausgangslage im Verhältnis beider Staaten sowohl in historischer, sicherheitspolitischer als auch kultureller Hinsicht zu berücksichtigen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und dem tschechoslowakischen Nachbarland befanden sich 1945 auf „Punkt Null":[721] Die deutsche Besetzung zwischen 1938 und 1945, der Zweite Weltkrieg und die Vertreibung der Sudetendeutschen, die kommunistische Machtübernahme sowie die sich bis zu Beginn der 1950er Jahre immer stärker manifestierende deutsche sowie gesamteuropäische Teilung stellten als Gemengelage eine enorme Belastung für das deutsch-

[718] Dies bezieht sich nicht nur auf vollzogene Rechtsakte, sondern auch darauf, dass die Sudetendeutschen bei einer Nichtigkeit des Münchener Abkommens *ab initio* als tschechoslowakische Staatsbürger angesehen werden müssten und sich durch die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich wie dem Dienst in der deutschen Armee des Hochverrats schuldig gemacht hätten, vgl. dazu: *Břach*, 1992, S. 177; *Blumenwitz*, Dieter, Der Prager Vertrag, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1985; *Brandt*, Willy, Erinnerungen, Frankfurt a.M. 1989, S. 243.

[719] Noch unter *Konrad Adenauer* hatte die Bundesregierung die Forderungen der ČSSR nach Ungültigkeit des Münchener Abkommens lediglich zur Kenntnis genommen und auf die das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen und die Obhutspflicht der Bundesregierung verwiesen. Sowohl in der Äußerung Erhards als auch in der Friedensnote der Bundesregierung 1966 als auch dem Regierungsprogramm *Kiesingers* 1966 wurde das Münchener Abkommen als „nicht mehr gültig" bezeichnet; Vgl. SZ vom 19.04.1959, S. 7. *Meissner*, Boris, Die deutsche Ostpolitik 1961-1970, Köln 1970, S. 162.

[720] Aufgrund der besonderen Situation nach dem Zweiten Weltkrieg und den schwierigen Beziehungen können für den Zeitraum bis in die 1970er Jahre nur wenige Informationen für explizit bayerisch-tschechoslowakische Beziehungen herangezogen werden, sodass der größere Rahmen der deutsch-tschechoslowakischen Verbindungen notwendig ist.

[721] *Rouček*, Libor, Die Tschechoslowakei und die Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1989. Bestimmungsfaktoren, Entwicklungen und Probleme ihrer Beziehungen, München 1990, S. 14.

tschechoslowakische und in dessen Rahmen auch das bayerisch-tschechoslowakische Verhältnis dar. Aufgrund der spezifischen Erfahrungen auf beiden Seiten war die Sichtweise des Nachbarn von Misstrauen und Ängsten geprägt. So überwog in der Tschechoslowakei stets die Furcht vor deutscher Aggression, Revisionsansprüchen auf das Sudetenland bzw. Ansprüchen auf Entschädigungszahlungen. Während die ČSSR enge Bindung an die DDR suchte und im Zug des sich formierenden Blocks der Warschauer Pakt-Staaten unter zunehmendem Einfluss der Sowjetunion stand, dominierte in der Bundesrepublik mit dem *Primat der Westbindung* die Orientierung an Westeuropa und die USA.

Die politische, sicherheitspolitische, wirtschaftliche und ideologische Integration in jeweils gegeneinander gerichtete Bündnissysteme im Verlauf der sich zu Beginn der 1950er Jahre verschärfenden Ost-West-Konfrontation wirkte sich zusätzlich belastend auf das Verhältnis beider Staaten an der Nahtstelle des Konfliktes aus.[722] Selbst die Aufnahme von Verhandlungen und diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion 1955 änderte wenig an der gespannten Situation, sodass auf politischer Ebene kaum Kontakte zwischen der BRD und der ČSSR zustande kamen. Zusätzlich erschwert wurde dies dadurch, dass nahezu alle wichtigen Kommunikations- und Verkehrswege unterbrochen waren. Dass in den 1950er Jahren noch keine Vertretungen im jeweils anderen Land eingerichtet waren, dokumentiert dies anschaulich.[723]

Entspannungstendenzen innerhalb der Tschechoslowakei nach dem Tod *Josef Stalins* 1953 sowie einige zaghafte Versuche zur Aufnahme von Beziehungen mit der Bundesrepublik blieben ohne Ergebnis, da *Konrad Adenauer* trotz wachsendem internationalen Druck an der strikten Westorientierung festhielt und die tschechoslowakische Seite für die BRD unerfüllbare Vorbedingungen stellte.[724] Während sich also im grundsätzlichen politischen Verhältnis zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei bis zu Beginn der 1960er Jahre trotz gewisser Entspannungsbemühungen von tschechoslowakischer Seite wenig geändert hatte und die Frontstellungen weitgehend bestehen geblieben waren, entwickelte sich unterhalb der obersten politischen Ebenen sowie in anderen Bereichen eine Reihe von Kontakten sowie Anknüpfungspunkten. So folgte beispielsweise eine Reihe von deutschen Bundestagsabgeordneten Einladungen nach Prag, schloss das Rote Kreuz aus beiden Ländern ein Kooperationsabkommen, wurden Grenzübergänge erneuert und an traditionelle sportliche, touristische und kulturelle Begegnungen angeknüpft. Selbst im Medienbereich wurden Kontakte vorsichtig wieder aufgenommen, wie ein Vertrag zwischen den Presseagenturen dpa aus Deutschland und ČTK aus der Tschechoslowakei im Jahr 1957 verdeutlicht.[725] Auch zwischen Gewerkschafts- und Studentenorganisationen beider Länder kam es zu Beginn der 1960er Jahre zu Begegnungen.[726] Der ersichtlichste, messbare Indikator für eine Verbesserung der Beziehungen ist jedoch der wirtschaftliche Austausch, der sich zwischen 1954 und 1961 verfünffachte. Obwohl die Außenhandels-

[722] Vgl. *Witte*, 2002, S. 37.
[723] Vgl. *Handl*, 1995, S. 71.
[724] Dies waren vor allem: die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches der BRD, die Anerkennung der DDR, ein Abkommen von der Zugehörigkeitstheorie Westberlins zur BRD und die Erklärung der Ungültigkeit des Münchener Abkommens „von Anfang an mit allen daraus resultierenden Folgen", vgl. Rede des damaligen Staatspräsidenten der ČSSR Novotny am 24. April 1967, in: Archiv der Gegenwart (AdG), 27. April 1967, S. 13137. Im Detail siehe Kapitel 8.3.
[725] Vgl. SZ vom 24.06.1957, S. 6.
[726] Vgl. Münchner Merkur vom 13.11.1960, S. 4; Die Welt vom 27.12.1962, S. 9.

aktivitäten eingeschränkt waren, kam es bereits 1950 zum Abschluss eines Handelsabkommens sowie zur Eröffnung von „nichtoffiziellen" Handelsvertretungen, die gerade in wirtschaftlicher Hinsicht das bestehende Vakuum zumindest zu einem gewissen Teil kompensierten.[727] Insgesamt nahmen die Kontakte zwischen Einzelpersonen und Organisationen zwar deutlich zu und rückten das Verhältnis zur ČSSR für die Bundesrepublik stärker in den Blickpunkt. Dennoch kann von Normalität angesichts des Ost-West-Konfliktes und der Teilung Europas auch in den 1960er Jahren nicht gesprochen werden.

Neben der grundsätzlichen Ost-West-Problematik und der Haltung der BRD gegenüber Osteuropa und der DDR spielte die spezielle deutsch-tschechoslowakische Situation im Hinblick auf die Vertreibung der Sudetendeutschen und den Umgang mit dem Münchner Abkommen durchgehend eine wichtige Rolle, die in politischer Hinsicht die Zusammenarbeit erschwerte. So ist im Zug der Dynamisierung der Ost-West-Beziehungen in der Mitte der 1960er Jahre mit einer Öffnung der deutschen Ostpolitik in der Großen Koalition und Entspannungsbemühungen auf beiden Seiten eine Wende im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis zu beobachten. Dies zeigt sich beispielsweise in der Eröffnung von neuen Grenzübergängen, Erleichterungen bei der Visa-Praxis und vertieften kulturellen Begegnungen zwischen Deutschen und Tschechen. Auch der Handelsaustausch entwickelte sich trotz des Fehlens eines offiziellen Handelsvertrages weiterhin positiv. In politischer Hinsicht stellte sich die Situation jedoch anders dar, was an der bis 1967 aufrechterhaltenen Weigerung der ČSSR, offizielle Handelsmissionen auszutauschen oder der Nichtanerkennung der Friedensnote von Bundeskanzler *Kiesinger* abzulesen ist.[728] Hierbei ist erneut die sudetendeutsche Problematik heranzuziehen, da die ČSSR großen Wert auf eine Feststellung der Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Beginn an legte.[729] Kompromissangebote und eine Reihe von Erklärungen der bundesrepublikanischen Regierung zwischen 1964 und 1967 gingen der Tschechoslowakei nicht weit genug. Dazu weigerte sich die BRD weiterhin, die DDR und die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Im Hinblick auf die innenpolitischen Veränderungen in der ČSSR im Prager Frühling 1968, die schließlich zur sowjetischen Invasion führten, legten sowohl Bundesregierung als auch die zuvor lautstark auftretenden Vertriebenenverbände eher zurückhaltendes Verhalten an den Tag.[730]

Bei dem nach wie vor strittigen Münchener Abkommen trat die Bereitschaft zur Kompromissfindung unter dem Einfluss der SPD zudem stärker zutage, wie ein Zitat von Willy *Brandt* exemplifiziert:

---

[727] Vgl. *Kreile*, M., Osthandel und Ostpolitik, Baden-Baden, 1978; *Paul-Cam*, Hanna, Ostpolitik und Wirtschaftsinteressen in der Ära Adenauer, Frankfurt a.M. 1981.

[728] *Libor Rouček* weist auf die enorm positive Bedeutung der Wirtschaft auf die Beziehungen und die starke Politisierung sowie die Verbindung von Osthandel und Ostpolitik hin, vgl. *Rouček* S. 118.

[729] Zur Argumentation der tschechoslowakischen Seite und zum Abbruch der deutsch-tschechoslowakischen Gespräche zur Errichtung von offiziellen Handelsmissionen siehe exemplarisch die Forderung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten *Antonín Novotný*: „[…] die ČSSR verlange eine vollständige Liquidierung des Münchner Abkommens von 1939 (sic!) mit allen sich daraus für die BRD ergebenden Konsequenzen.", in: AdG, 10.April 1965, S. 11794.

[730] Vgl. *Handl*, 1995, S. 76.

„Das Münchner Abkommen, zu dessen Ungültigkeit wir uns längst geäußert haben, braucht einer vertrauensvollen Nachbarschaft nicht im Wege zu stehen, wenn andere Fragen ihre Antwort gefunden haben werden, und wir sind bereit, sie finden zu helfen.“[731]

Ökonomisch entwickelten sich die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen nach dem Einschnitt durch den Prager Frühling 1968 aufgrund der Öffnung der Sowjetunion positiv, sodass von nun an Wirtschaftsverhandlungen problemlos abgehandelt sowie langfristige Abkommen geschlossen werden konnten.[732] Obwohl der prozentuale Anteil am Außenhandelsvolumen beider Länder mit 0,7 Prozent auf westdeutscher und 3,5 Prozent auf tschechoslowakischer Seite (1969) in gesamtwirtschaftlicher Hinsicht keine herausragende Schlüsselrolle spielte, entwickelten sich die Wirtschaftsbeziehungen auch in mittel- und längerfristiger Perspektive zu einem Motor der Annäherung zwischen Bonn und Prag.[733] So stieg der Handelsaustausch weiter an, wobei sich Bayern zum wichtigsten westdeutschen Partner für die Tschechoslowakei entwickelte.[734] Auch im kulturellen Bereich – wie das Kulturabkommen des Jahres 1977 belegt – oder zu Fragen des Verkehrs, Umweltschutzes, der Wissenschaft oder der Bildung entwickelten sich eine Reihe von offiziellen sowie persönlichen Kontakten.[735] Das politische Verhältnis blieb jedoch nach wie vor im Hinblick auf Vertreibung und sudetendeutsche Fragestellungen angespannt.

Fazit: Das Politikfeld der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen weist für alle beteiligten Akteure aufgrund der besonderen Situation in der Nachkriegszeit bzw. des Ost-West-Konfliktes und der spezifischen Geschichte beider Länder Begrenzungen des Handlungsrahmens auf, die zu berücksichtigen sind. Die Beziehungen im übergreifenden Politikfeld können daher als ambivalent bezeichnet werden: Während sich in einer Vielzahl von Bereichen die bilateralen Kontakte deutlich verbesserten, wirkte der Umgang mit historischen Problemstellungen, insbesondere mit dem Münchner Abkommen und der Vertreibung im Politikfeld belastend auf die politischen Beziehungen.

[731] Vortrag von *Willy Brandt* vor der österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik, Text des Vortrages von Herrn Vizekanzler und Bundesminister des Auswärtigen der BRD *Willy Brandt*, gehalten am 10. Juni 1968, „Verständigung mit Osteuropa“, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik Nr. 4/ 1968, Wien 1968, S. 260-264; S. 262.

[732] Vgl. *Boyer*, Christoph, Die deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen seit 1918. Alte Verbindungen – Neue Ängste, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa, Hannover 1995, S. 154-167; *Rouček,* S. 115-125; zur wirtschaftlichen Entwicklung und Integration der Tschechoslowakei im Ostblock siehe: *Herbst*, Ludolf, Die wirtschaftliche Integration des Ostblocks und der RGW, in: *Lemberg*, Hans et al. (Hrsg.), Im geteilten Europa: Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1949-1989, Essen 1998, S. 135-151.

[733] Vgl. *Rummel*, Alois, Deutschland und die Tschechoslowakei. Zwei Nachbarvölker auf dem Weg zur Verständigung, Bonn-aktuell, Bonn 1972, S. 174.

[734] Vgl. *Haberl*, Othmar und *Hecker*, Hans (Hrsg.), Unfertige Nachbarschaften: Die Staaten Osteuropas und die Bundesrepublik Deutschland, Essen 1989, S. 196 f. Zwischen 1960 und 1969 nahmen die Ausfuhren in die Tschechoslowakei von 274 Mio. DM auf 823 Mio. DM zu, vgl. *Rummel*, S. 174.

[735] Vgl. *Witte*, 2002, S. 56 f.

8.3 Mechanismen des Policy-Netzwerkes

8.3.1 Vorlauf: von der Aufnahme erster Kontakte 1967 bis zum Beginn der Sondierungsgespräche zwischen Bonn und Prag 1970

Die Große Koalition von 1966 bis 1969 kann sowohl in innen- als auch ostpolitischer Hinsicht als Übergangsphase zur weiteren Entwicklung nach dem Regierungswechsel 1969 eingeordnet werden.[736] Die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen kamen im Januar 1967 erstmals in Bewegung, nachdem die deutsche Bundesregierung *Kiesinger*/ *Brandt* im Grundsatz die Ungültigkeit des Münchener Abkommens festgestellt hatte und damit zumindest einen Schritt auf die Tschechoslowakei zugegangen war. Im Januar 1967 fanden erste Gespräche in Prag statt, die zunächst einen erfreulichen weiteren Verlauf erwarten ließen. Im Anschluss sollte sich jedoch zeigen, dass die Positionen beider Seiten zu weit auseinanderlagen und die ostpolitischen Initiativen der Großen Koalition keine große Wirkung und Verbesserungen im Verhältnis mit sich brachten. So kamen trotz einer Reihe von kleineren Vereinbarungen über Regelungen des Waren- und Zahlungsverkehrs sowie von Handelsvertretungen, keine offiziellen diplomatische Beziehungen oder gar eine Einigung über die Fragen zum Münchener Abkommen zustande. Im Zug der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 durch sowjetische Truppen wurden zudem die mühsam geknüpften Bande wieder unterbrochen.

Die Neuorientierung der bundesrepublikanischen Ostpolitik durch den Regierungswechsel 1969, der sich auch auf die Position zu den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen und den Umgang mit dem Münchener Abkommen auswirkte, fand auf der Grundlage innerparteilicher Meinungsbildung vor allem in der SPD statt. Im Verlauf der Neupositionierung der SPD zur gesamten Ostpolitik wurde auch die Stellung zur Gültigkeit des Münchener Abkommens überprüft. Endgültig greifbar wurde die Neuausrichtung nach dem Nürnberger Parteitag 1968,[737] bei dem der Wille zur Anerkennung der bestehenden Grenzen bekräftigt wurde, sowie auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag im April 1969: Obwohl die SPD ausdrücklich weiterhin die Obhutspflicht der Bundesregierung gegenüber den Sudetendeutschen anerkannte, wurde die Problematik des Münchener Abkommens ausgeklammert:

> „Die SPD setzt sich in Bundesregierung und Bundestag dafür ein, dass […] das unter Androhung von Gewalt zustande gekommene Münchener Abkommen, das von Anfang an ungerecht war und ungültig ist, ausgelöscht wird durch vertragliche Regelungen, die ein für allemal jede auf die Zerstörung des tschechoslowakischen Staatsverbandes gerichtete Politik unmöglich machen.“[738]

Bereits dieser Parteitagsbeschluss führte zu einer unmittelbar am darauf folgenden Tag gefassten Entschließung des Bundesvorstandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der ihn als „unannehmbar“[739] bezeichnete. Die Tonlage zwischen Vertriebenenverbänden,

[736] Vgl. dazu Kapitel 6.2.
[737] Vgl. *Kossert*, Andreas, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen nach 1945, München 2008, S. 176.
[738] *Habel*, 2003, S. 798 f.
[739] Entschließung des Bundesvorstandes der SL: SPD-Parteitagsbeschluss vom 18.4.1969 „unannehmbar“; vgl. SdZ vom 15.04.1969, S. 1.

der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie der SPD sollte sich vor den Bundestagswahlen und im Zug der unmittelbar danach angekündigten *Neuen Ostpolitik* von SPD und FDP nochmals verschärfen. Bereits während der Großen Koalition war die schrittweise Öffnung der bundesrepublikanischen Außenpolitik nach Osten von der SL kritisiert worden, die von einer Aufhebung des Münchener Abkommens abriet. Die Skepsis, die zuvor der gesamten Bundesregierung entgegengebracht worden war, fokussierte sich im Vorfeld der Bundestagswahlen vor allem auf die SPD, deren spätere ostpolitische Zielrichtung klarer zutage trat.[740] Die Union erschien nun im Vergleich zu SPD und FDP als der verlässlichere Partner für die Vertriebenenverbände. Obwohl der Generationswechsel in der CDU und der CSU neue außenpolitische Akzente mit sich brachte und auch die CSU gerade im Hinblick auf die Europapolitik neue Ansätze diskutierte, blieben die ostpolitischen Grundpositionen der Union weiterhin gültig. Da die Vertriebenenverbände ihre Forderungen nach Heimat- und Selbstbestimmungsrecht von SPD und FDP fundamental infrage gestellt sahen, erhielt die Union bereits im Vorfeld der Bundestagswahlen 1969 eine – dem Grundsatz der Überparteilichkeit widersprechende – Unterstützung in Form von Wahlempfehlungen:

> „Wir wissen aber, dass Ihr, liebe Landsleute, das richtige Empfinden dafür habt, wer sich für die Belange unserer Volksgruppe […] einsetzt. Ihnen gehört Eure Stimme am 28. September. Aber keine Stimme den Verzichtspolitikern!“[741]

Nach der Regierungsübernahme im Oktober 1969 begann Bundeskanzler *Brandt* umgehend mit der Umsetzung der Ostpolitik und Vertragsverhandlungen mit der UdSSR sowie Polen. Auch innenpolitisch war für die Vertriebenen ein Klimawandel zu ihren Ungunsten spürbar, was konkret an der Zusammensetzung des Bundeskabinetts, der Abschaffung des Vertriebenenministeriums, der Kürzung von finanziellen Zuwendungen und einem Abflauen der Verbindungen zwischen Vertriebenen und Ministerien vonseiten der neuen Bundesregierung festzumachen war.[742] Diese Entwicklungen bedeuteten aber nicht, dass sich Vertriebenenverbände und die Regierungsparteien schlagartig vollständig voneinander entfernten. So fanden nach dem Regierungswechsel Konsultationen und Gespräche zwischen ihnen statt; diese wurden jedoch seltener und zunehmend konfrontativer.[743] Hinsichtlich der Verhandlungen der BRD mit der Tschechoslowakei stellte sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft darauf ein, dass die Thematik des Münchener Abkommens in den Mittelpunkt der Diskussion rücken werde und positionierte sich daher gezielt in Entschließungen. In diesen lehnten sie eine Annullierung des Abkommens ab und forderten die Obhutspflicht der Bundesregierung ein.[744] Beim ersten Sudetendeutschen Tag nach der Bundestagswahl im Mai 1970 waren die Regierungsparteien in München Adressaten scharfer Kritik an

---

[740] Vgl., NZZ, 28.05.1969, „Wachsende Distanz zur SPD“, vgl. Kapitel 6.2.

[741] SdZ vom 26. September 1969, S. 1. Förmlich gab der BdV die parteipolitische Neutralität nie auf, vgl. *Kossert*, S. 176. Bundesvertriebenenminister *Heinrich Windelen* erwartete beispielsweise im Vorfeld der Bundestagswahlen, dass die Vertriebenen die Haltung der SPD mit einem „verstärkten Votum für die Unionsparteien honorieren“ würde; Kieler Nachrichten, 10.06.1969, „Windelen: Die Vertriebenen stehen im Herbst vor einer einfachen Entscheidung“.

[742] Vgl. „Wer sorgt jetzt für die Vertriebenen“, Ingolstädter Anzeiger, 25.10.1969; vgl. Kapitel 6.

[743] Vgl. *Ahonen*, 2003, S. 242 f.

[744] U.a. Entschließung der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, vgl. SdZ vom 5. Dezember 1969, S. 2.

deren Ostpolitik, worauf vor allem die SPD reagierte und auf die Notwendigkeit eines Dialogs mit der Tschechoslowakei hinwies.[745] Mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten *Herbert Czaja*, der in Personalunion als BdV-Präsidenten fungierte, sowie dem CSU-Vorsitzenden *Franz Josef Strauß* traten zwei Unionspolitiker als Wortführer bei einer nur kurz darauf stattfindenden Großkundgebung des Bundes der Vertriebenen auf.[746] Bei einem der rarer werdenden direkten Aufeinandertreffen mit Vertretern der Bundesregierung übergaben die Sudetendeutsche Landsmannschaft und der Sudetendeutsche Rat, deren Haltung zum Münchener Abkommen große Übereinstimmungen aufwies, ein Memorandum an Bundeskanzler *Willy Brandt*, in welchem sie ihre Standpunkte zu den unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen mit der Tschechoslowakei zum Ausdruck brachten. Als „Vertretung der sudetendeutschen Volksgruppe“[747] forderten sie die Berücksichtigung ihrer Stellungnahmen sowie eine Einbeziehung in die Verhandlungen. Trotz dieser Konsultations- und Koordinationsversuche waren die Forderungen der Vertriebenenverbände und der Regierungskoalition nicht zu vereinbaren, wie die Verhandlungen zum Moskauer und Warschauer Vertrag zeigten.

CDU und CSU lagen dahingegen immer klarer auf Linie der Vertriebenenverbände und einem Konfrontationskurs zur Ostpolitik. Die Gründe dafür sind vielschichtig: So sah die Union in der Gegenposition die Chance, ihr öffentliches Profil als Oppositionspartei zu schärfen, das eigene konservative Klientel zu erreichen und gleichzeitig Zuspruch unter den Vertriebenen und zusätzlich den NPD-Wählern hinzuzugewinnen. Neben diesen innenpolitischen und wahltaktischen Erwägungen spielte ebenso die grundlegende Überzeugung eine Rolle: So war die *Neue Ostpolitik* nicht nur „der große gemeinsame Nenner der neuen Koalitionspartner“,[748] sondern auch die Bruchlinie, die CDU/CSU und Sozialliberale voneinander trennte. Die gemeinsame Kritik an der Ostpolitik war also die Übereinstimmung, die Vertriebenenverbände und CDU/CSU aneinander band. In den Monaten vor Beginn der Verhandlungen zwischen Bonn und Prag profilierte sich die Union mit Angriffen auf die Ostpolitik der Bundesregierung und versuchte ergänzend dazu die Vertriebenen mit öffentlicher Unterstützung und persönlichen Begegnungen zu gewinnen sowie von ihrer Loyalität im Vergleich zur sozialliberalen Koalition zu überzeugen.[749] Die äußeren Rahmenbedingungen und die parteipolitische Konstellation wirkten sich begünstigend auf eine enge Kooperation von CDU, CSU auf der einen sowie den Vertriebenenverbänden und im Hinblick auf die CSU die Sudetendeutsche Landsmannschaft auf der anderen Seite aus. Das Spektrum an Koalitionsmöglichkeiten engte sich dabei für die Vertriebenenverbände aufgrund ihrer Entfremdung von den linksliberalen sowie einer Distanzierung von rechtsradikalen Kräften spürbar auf die konservativen Parteien ein (vgl. Kapitel 6.2.).

---

[745] Vgl. FAZ, 19.05.1970, S.1; SZ, 19.05.1970, S.1.

[746] Zum Verständnis der Schärfe der Angriffe siehe die Überschriften: Die WELT, 01.06.1970, „Strauß und Czaja fordern Widerstand gegen die Ostpolitik“; Westdeutsche Zeitung, 01.06.1970, „Attacke beim Klang der Glocken von Danzig. Strauß und Czaja griffen in Bonn vor den Vertriebenen Brandts Ostpolitik scharf an“; Rheinische Post, 01.06.1970, „Vertriebene sagen Kampf gegen Ostpolitik an. Scharfe Angriffe von Strauß und Czaja“.

[747] Memorandum der SL für Bundeskanzler Brandt, aus: Sudetendeutsche Landsmannschaft, Bundesverband (Hrsg.), Sudetendeutsche Rundschau, Jg. 10, Nr. 2, München 1970, S. 2.

[748] *Garton-Ash*, Timothy, Im Namen Europas, Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993, S. 106.

[749] Vgl. *Ahonen*, 2003, S. 248, siehe u.a. Ingolstädter Anzeiger, 06.08.1970, „CDU will Vertriebenen Polen-Reisen ermöglichen“; NN, 22.01.1970 „Vertriebene mit CDU einig“.

8.3.2 Erste Phase: von der Aufnahme von Sondierungsgesprächen 1970 bis zu deren vorläufigem Abbruch im Juni 1972[750]

Handlungsrahmen

Noch vor Aufnahme der Sondierungsgespräche mit der ČSSR im Oktober 1970 hatte die Bundesregierung die Verhandlungen mit der Sowjetunion und Polen weitestgehend abschließen können. Die Unterzeichnung des Vertrages mit der UdSSR erfolgte daraufhin bereits im August 1970 in Moskau, während das Abkommen mit Polen im Dezember in Warschau unterschrieben wurde.[751] Aus den Reihen der Union und der Vertriebenenverbände regte sich sowohl während der Verhandlungen, die der Staatssekretär im Bundeskanzleramt *Egon Bahr* als Unterhändler führte, als auch nach deren Abschluss heftige Kritik an der Bundesregierung. Grundsätzlich wurde die Informationspolitik zum Verhandlungsverlauf als zu restriktiv bemängelt und ein zu bedingungsloses Entgegenkommen gegenüber der UdSSR befürchtet. Im Hinblick auf den deutsch-polnischen Vertrag spielte zusätzlich die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze eine zentrale Rolle. Vor allem die Vertriebenenpolitiker innerhalb der Union befürchteten eine voreilige Festschreibung der bestehenden Ostgrenzen Deutschlands.[752] Die endgültige Ratifizierung der Verträge erfolgte erst im Mai 1972 nach heftigem öffentlichem Widerstand der Opposition und einer harten Bewährungsprobe für die Bundesregierung: Aufgrund der Übertritte von SPD- und FDP-Vertriebenenpolitikern in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatten sich die ohnehin knappen Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag im April 1972 zu einem Patt entwickelt. Ein konstruktives Misstrauensvotum der Opposition mit dem Ziel, Bundeskanzler *Willy Brandt* durch den CDU-Vorsitzenden und CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden *Rainer Barzel* zu ersetzen, scheiterte jedoch überraschend.[753] Dies bedeutete für die Union, dass auch die zeitnah anstehenden Abstimmungen über den Mos-kauer und Warschauer Vertrag schwer kalkulierbar geworden waren. Ebenso wie die Bundesregierung mussten CDU und CSU die internationale Situation, die einen großen Erfolgsdruck zum Abschluss der Verträge mit sich brachte, berücksichtigen. Zu beachten ist, dass innerhalb der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag trotz ihres geäußerten Widerspruchs keineswegs Einstimmigkeit zu einer Ablehnung der Ostverträge vorherrschte, auch wenn die Gegner der Ostpolitik durch die neu hinzugekommenen Bundestagsabgeordneten in personeller Hinsicht gestärkt worden waren. Die sozialliberale Koalition sah sich gleichzeitig steigender gesellschaftlicher Zustimmung zu ihrer Ostpolitik gegenüber. So beurteilten im Frühjahr 1972 weniger als 20 Prozent der Bundesbürger die beiden Ostverträge

[750] Der Subakteur „CSU-Europagruppe“ wird aufgrund der erst ab 1979 stattfindenden Wahl zum Europäischen Parlament und der im Anschluss gewachsenen Kompetenzen des Europaparlaments nicht einbezogen. Aufgrund der engen Verquickung der Ostverträge und der in dieser Phase dominierenden Aufmerksamkeit für den Moskauer und Warschauer Vertrag werden diese bei der Analyse berücksichtigt.

[751] Zum Ablauf der Verhandlungen, vgl.u.a. *Zündorf*, 1979.

[752] Zu den Argumentationen und Diskussionen im Deutschen Bundestag zu den Ostverträgen vgl. Presse- und Informationsamt des Deutschen Bundestages (Hrsg.), Deutschland-Ost-Europapolitik (II), Zur Sache 4/72, Bonn 1972.

[753] Zum Rückblick auf die Ereignisse vgl. *Barzel*, Rainer, Die Tür blieb offen. Mein persönlicher Bericht über Ostverträge, Mißtrauensvotum, Kanzlersturz., Bonn 1998; *Baring*, Arnulf, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Berlin 1998.

negativ.[754] Trotz öffentlicher Kritik vor allem vonseiten der CSU blockierte die Union die Verträge nicht im Bundesrat und akzeptierte eine ergänzende Gemeinsame Erklärung aller Parteien im Deutschen Bundestag zu den Ostverträgen sowie Enthaltungen bei der Abstimmung über die Verträge im Bundestag, sodass diese im Mai 1972 mit den Stimmen von SPD und FDP ratifiziert werden konnten.[755]

Die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen erfuhren in diesem Zeitraum sowohl in der Öffentlichkeit als auch vonseiten der Bundesregierung im Vergleich geringere Aufmerksamkeit, da die Vertragsabschlüsse mit der UdSSR und Polen Priorität genossen. Nach der Aufnahme der Gespräche im Oktober 1970 mittels eines nach Prag entsandten Beamten verging fast ein weiteres halbes Jahr, bis in einer ersten offiziellen Gesprächsrunde am 31. März in Prag Verhandlungen unter Leitung des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt *Paul Frank* beginnen konnten. In einer Reihe von wechselseitig in der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik stattfindenden Verhandlungsrunden blieben die bekannten Verhandlungspositionen nahezu unverändert. Zentrales Problem war dabei nach wie vor das Münchener Abkommen: Während die tschechoslowakische Seite auf der Ungültigkeit von Anfang an beharrte, machten die deutschen Verhandlungsführer klar, dass sie diesem unter Berücksichtigung der möglichen Folgen für die Sudetendeutschen nicht zustimmen konnten. Nachdem weitere Treffen im Mai 1971 in Bonn, im September 1971 in Prag sowie im November 1971 in Rothenburg ob der Tauber erfolglos geblieben waren, setzte eine mehrmonatige Verhandlungspause bis Juni 1972 ein. Bei der fünften Verhandlungsrunde, die nach Ratifizierung der anderen Ostverträge stattfand, hatten sich zwar die Grundpositionen nicht verändert, die Suche nach einem Kompromiss stand dennoch stärker im Vordergrund. Dieser konnte darin liegen, zur Gültigkeit des Münchener Abkommens eine Formulierung auszuarbeiten, welche die noch offene Fragestellung ausklammerte oder zeitlich zumindest nicht definierte, so „dass beide Seiten angesichts der entgegengesetzten Ausgangspositionen das Gesicht wahren“[756] konnten. Hoffnung auf eine Annäherung beider Seiten gab ein konzilianteres Auftreten der Tschechoslowakei sowie die Übereinstimmung in der grundlegenden politisch-moralischen Bewertung des Münchener Abkommens. Trotzdem konnte keine für beide Seiten annehmbare Formulierung hinsichtlich des Zeitpunkts der Ungültigkeit ausgehandelt werden, weil die ČSSR weiterhin auf einer „ex tunc“-Regelung bestand und die BRD dies aus rechtlichen Erwägungen nicht akzeptierte. Der deutsche Unterhändler *Frank* erläuterte, dass die Tschechoslowakei zudem zwei Vorschläge der BRD abgelehnt hatte, welche den Problemfall des Münchener Abkommens ausgeklammert und die Anerkennung der Grenzverläufe garantiert hätten. Unter

[754] Vgl. *Noelle*, Elisabeth und *Neumann*, Erich Peter (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968-1973, Allensbach 1974, S. 573; *Jansen*, Silke, Meinungsbilder zur deutschen Frage, Frankfurt 1990, S. 148-155.

[755] Trotz der Vorgabe der Stimmenthaltung stimmten zehn Abgeordnete der Union gegen den Moskauer sowie 17 Abgeordnete gegen den Warschauer Vertrag. Für eine Reihe von Unionsabgeordneten mit Vertreibungshintergrund ging dennoch „Parteiräson vor Verbandsräson“, sodass sie nicht gegen die Verträge stimmten, vgl. *Stickler*, S. 235; Kapitel 6.2.; Der Bundesrat nahm die Verträge am 19. Mai 1972 bei Enthaltung der Unionsparteien und bei nur vier Neinstimmen an, vgl. *Zorn*, Wolfgang, Bayerns Geschichte seit 1960, Regensburg 2007, S. 48 ff. Am 3. Juni 1972, zeitgleich mit den Warschauer und Moskauer Verträgen, trat das Vier-Mächte-Abkommen in Kraft, in dem ein Kompromiss zum Umgang mit West-Berlin ausgehandelt worden war. Berlin wurde zwar nicht als vollwertiges Bundesland und selbständige politische Einheit betrachtet, aber blieb unter alliierter Oberhoheit und erhielt ihre besonders enge Bindung an die BRD.

[756] *Nacken*, Angela, „Die deutschen Wahlen werfen Schatten auf Prag“, in: FAZ, 29.06.1972; vgl. *Franzen* 1995, S. 69.

diesen Umständen wurden eine „Denkpause“[757] empfohlen und die Gesprächsrunden bis zu deren Wiederaufnahme 1973 ergebnislos abgebrochen.

Aktivitäten der Netzwerkakteure
Exponierte politische Arena mit dem Schwerpunkt der Debatten zu den Ostverträgen war der Deutsche Bundestag. Innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und dem durchaus kontroversen, differenzierten Diskussionsprozess in der Positionierung zur Ostpolitik der Bundesregierung, bei dem bis 1972 vor allem die Verträge mit der UdSSR und Polen dominierten, nahm die CSU-Landesgruppe von Beginn an eine nahezu geschlossene konträre Position ein.[758] Die bewusst harte Haltung der CSU sollte die Richtung der vom christsozialen Parteivorsitzenden *Franz Josef Strauß* als „zu schlapp und zu links“ empfundenen CDU korrigieren.[759] In der CDU und in noch stärkerem Maß in der CSU wirkte sich die Präsenz von Vertriebenenpolitikern, welche durch die Übertritte von FDP und SPD erhöht worden war, in qualitativer Hinsicht auf die Positionierung der Landesgruppe und der Gesamtfraktion aus. So war in den vorbereitenden Fraktionssitzungen eine rege Beteiligung der Vertriebenenabgeordneten aus CDU und CSU festzustellen.[760] Dabei spielte hinsichtlich Themensetzung und Wahrnehmung der Vertriebenenthematik eine Rolle, dass sich nicht nur der CSU-Parteivorsitzende *Strauß*, der ehemalige Bundeskanzler *Kiesinger* und der Fraktionsvorsitzende *Barzel*[761] intensiv mit den Anliegen der Vertriebenen auseinandersetzten, sondern mit unter anderem *Herbert Czaja* (CDU, Präsident des BdV) oder *Walter Becher* (CSU, Sprecher der SL) Spitzenfunktionäre der Vertriebenenverbände in der Fraktion das Wort ergreifen konnten. Des Weiteren lud der Schlesier *Heinrich Windelen*, stellvertretender CDU/CSU-Bundestags-fraktionsvorsitzender, eine Reihe von Experten, darunter den Historiker *Karl Bosl* sowie den Völkerrechtler *Otto Kimminich* in eine Unterkommission der Ostkommission der Fraktion ein, die sich mit den ostpolitischen Fragen beschäftigte und inhaltlichen Einfluss auf das Auftreten der Fraktion zu den Ostverträgen ausüben konnte. In der Vorbereitung der anstehenden deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen in dieser Kommission „Münchener Abkommen“ wurde der Sudetendeutsche *Walter Becher* beauftragt, einen Entwurf eines Positionspapiers zu erarbeiten, das den Standpunkt der Fraktion darlegen und festhalten sollte. Neben *Windelen* waren mit *Walter Becher* und *Herbert Czaja* vehemente Gegner der sozialliberalen Ostpolitik in die Arbeit eingebunden. In den Beratungen des Papiers wurden die Bedenken innerhalb der Fraktion, auch wenn kein grundlegender Konsens gefunden und das Papier nicht endgültig abgestimmt wurde, virulent: Im deutsch-tschechoslowakischen Vertrag dürfe kein Rechtsverzicht festgehalten oder eine *ex-tunc*-Regelung der Ungültigkeit des Münchener Abkommens formuliert werden. Darüber hinaus müssten die territoriale Integrität und das Heimatrecht der Sudetendeutschen verankert werden. Das Dokument gab, obwohl es nicht

[757] Neue Zürcher Zeitung, 03.07.1972, „Denkpause zwischen Bonn und Prag“; FAZ, 01.07.1972, „Bonn und Prag vereinbaren eine Denkpause“; vgl. AdG, 30.06.1972, S. 17190.
[758] Vgl. *Mintzel*, Alf, Der Fraktionszusammenschluss nach Kreuth: Ende einer Entwicklung, in ZParl. 8, 1977, Nr. 1, S. 58-76, S. 72.
[759] SZ, 22./23.11.1969, zit. nach: *Tiggemann*, 1998, S. 158.
[760] Vgl. *Grau*, 2005, S. 525.
[761] *Barzel* wurde zwar in Ostpreußen geboren, ist aber aufgrund seiner Biographie und frühen Umsiedlung nach Berlin nicht in erster Linie als Vertriebener einzuordnen.

offiziell verabschiedet wurde, die spätere Argumentation der Fraktion vor.[762] *Windelen* war außerdem für die Koordinierung zwischen Bundestag und Bundesrat und damit für die Abstimmung der verschiedenen Ebenen zu den Ostverträgen zuständig.

In den Ausschussberatungen des Deutschen Bundestages lehnten alle Vertreter von CDU und CSU die Ostverträge ab.[763] Die innerfraktionelle Aktivität der Vertriebenen führte aber nicht nur zu einer differenzierten Diskussion, sondern auch zu einer Reihe von symbolischen Handlungen und Beschlüssen, die die Verbundenheit zu den Vertriebenen verdeutlichen sollten: Im April 1970 konfrontierte die CDU/CSU-Fraktion die Bundesregierung mit einer Großen Anfrage zur Deutschland-, Ost- und Europapolitik und erzwang so zwei Debatten im Mai und Juni.[764] Ihre Verbundenheit zu den Vertriebenen stellten CDU und CSU im Rahmen einer Fraktionssitzung im November 1970, in der der deutsch-polnische Vertrag diskutiert wurde, heraus und grenzten sich von den anderen Parteien im Bundestag ab, indem sie betonten, dass die Interessen der Vertriebenen in den Vertragsverhandlungen berücksichtigt werden müssten und die Regierungsparteien „staatspolitisch unverantwortlich" handelten.[765] In einem einen Monat später im Deutschen Bundestag zu den deutsch-polnischen Beziehungen eingebrachten Entschließungsantrag betonte die CDU/CSU-Fraktion explizit die Verdienste der Vertriebenen und verwies auf das Unrecht der Vertreibung.[766] Die Haltung der Gesamtfraktion zur anstehenden Ratifikation der Ostverträge war aber nicht unumstritten, da vor allem in der CDU eine relevante Gruppe von Abgeordneten die Verträge befürwortete.[767] Während beispielsweise der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende *Rainer Barzel* beschwichtigend wirken und in der Abstimmung zu den Verträgen im Bundestag ein „Nein" verhindern wollte, waren es vor allem die CSU und ihr Vorsitzender *Strauß* sowie die Vertriebenenpolitiker der Union, die eine Ablehnung vertraten. Diese übten innerhalb der Unionsfraktion Druck aus, wie eine Forderung des CDU-Abgeordneten und Präsidenten der Schlesischen Landesversammlung *Clemens Riedel* zeigt, der einen Beschluss zur Einleitung zu einer Verfassungsklage gegen die Bundesregierung und ein Handeln der Opposition einforderte.[768] Durch eine gemeinsame Erklärung, in der sie der Bundesregierung das Recht absprachen, bei den Vertragsverhandlungen mit Polen über eine Preisgabe der Ostgebiete verhandeln zu dürfen, verliehen die Vertriebenenabgeordneten der Union ihrem Widerspruch öffentlich und fraktionsintern Ausdruck. Obwohl in der Fraktion keine Einstimmigkeit zum Umgang mit der Ostpolitik vorherrschte, wurde die Erklärung der Vertriebenenabgeordneten als im Einklang mit vorigen Fraktionsbeschlüssen bezeichnet und folglich öffentlich auch so wahrgenommen.[769]

---

[762] Vgl. *Tiggemann*, 1998, S. 150.
[763] Vgl. *Zorn*, 2007, S. 46.
[764] Vgl. *Haftendorn*, Helga, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955-1982, Baden-Baden 1982, S. 332 f.
[765] Vgl. CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Pressereferat, Prüfung des deutsch-polnischen Vertrages, Erklärung vom 26.11.1970; vgl. *Tiggemann*, 1998, S. 77.
[766] Vgl. Antrag der Fraktion der CDU/CSU betr. Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, Deutscher Bundestag Drs. 6/1523; *Tiggemann*, 1998, S. 78; *Grau*, 2005, S. 525.
[767] Unter anderem vertraten christliche Gruppierungen, die Junge Union und eine Reihe von CDU-Spitzenpolitikern eine flexiblere ostpolitische Linie.
[768] „Die Opposition muss handeln!", Schreiben von *Clemens Riedel* an *Rainer Barzel* vom 13.11.1970, zit. nach: *Tiggemann*, 1998, S. 73.
[769] Vgl. CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Pressereferat, Erklärung der Abgeordneten aus Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und Oberschlesien vom 05.11.1970.

Vor den ersten Gesprächen, die der deutsche Verhandlungsführer *Frank* in der Tschechoslowakei führte, griff Fraktionschef *Barzel* öffentlich bereits zwei zentrale Kritikpunkte heraus: So warnte er vor „schwerwiegende[n] Rechtsfolgen im Falle einer Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Anfang an“ [770] und monierte in einer von CDU und CSU gemeinsam veröffentlichten Erklärung die mangelnde Information durch die Bundesregierung.

Die CSU mit ihrem Vorsitzenden *Franz Josef Strauß* war durchgehend skeptischer und ablehnender gegenüber der Ostpolitik als die CDU.[771] So äußerte sich der außenpolitische Arbeitskreis der CSU kritisch hinsichtlich einer gemeinsamen Entschließung aller Bundestagsparteien zu den beiden Ostverträgen (Moskauer und Warschauer Vertrag), in der sich die Unionsvertreter in nahezu allen Punkten durchsetzen und ihre kritischen Punkte festhalten konnten, sodass sie schließlich selbst *Franz Josef Strauß* als „optimal“ bezeichnete.[772] Aus der CSU kam dennoch neben *Strauß* von Vertriebenen- bzw. Außenpolitikern wie *Walter Becher* oder *Werner Marx* Widerstand gegen eine Zustimmung der Unionsfraktion zu den Verträgen – trotz der Gemeinsamen Entschließung. So hatte die CSU-Landesgruppe im Herbst 1971 eine Resolution verabschiedet, in der die Ostpolitik als „illusionär, dilettantisch und gefährlich“[773] bezeichnet wurde. Aus der CDU/CSU-Fraktion wurde die CSU daher von den Vertriebenen als der verlässlichere Partner wahrgenommen. Dies zeigt sich anschaulich in der harten Kritik des UdV-Bundesvorsitzenden und CDU-MdB *Hermann Götz* im Vorfeld der Abstimmungen, der die CDU-Bundestagsabgeordneten in einem Schreiben dazu aufforderte, alles zu unterlassen, was deren „Prinzipientreue“ infrage stellen würde, während er bei der CSU von klarer Ablehnung oder zumindest Enthaltung in diesen Fragen ausging.[774] Diese Differenzierung zwischen CDU und CSU sollte sich auch kurz vor der Abstimmung im Deutschen Bundestag zeigen: Zur Überraschung des Fraktionsvorsitzenden *Barzel* verkündete *Strauß* einen Tag vor der Abstimmung über die Ostverträge am 16. Mai 1972, dass die CSU zwar der Gemeinsamen Entschließung zustimmen, aber dennoch beide Verträge ablehnen wolle. Diese Haltung wird auf Druck durch die Vertriebenenverbände zurückgeführt.[775] Trotz des Kompromisses der Stimmenthaltung bei der Ratifikation im Bundestag stimmten mit *Richard Jäger*, *Karl Theodor zu Guttenberg* sowie den Sudetendeutschen *Walter Becher*, *Fritz Wittmann* und *Siegfried Zoglmann* jeweils fünf CSU-Abgeordnete gegen die Verträge und machten somit den auch innerhalb der Unionsfraktion überproportional starken Widerstand der CSU deutlich.[776]

Die Ostverträge mit der UdSSR und Polen stellten den ersten außenpolitischen Themenbereich dar, mit dem sich der Bayerische Landtag in Debatten intensiv auseinandersetzte. Dabei spielte erneut der CSU-Parteivorsitzende *Strauß* eine wichtige Rolle, da er von der CSU-Landtagsfraktion die Initiierung einer parlamentarischen Debatte ein-

[770] Die WELT, 18.03.1971, „Barzel vermißt Konsultation vor Verhandlung mit Prag“; vgl. Neue Zürcher Zeitung, 20.03.1971, „Vorbereitungen für Gespräche zwischen Bonn und Prag“.
[771] Vgl. Münchner Merkur, 20.09.1971, „Schwierigkeiten nicht ausgeräumt. Scharfe Kritik der CSU-Landesgruppe an der Ost- und Deutschlandpolitik Bonns“.
[772] Vgl. *Roth*, Reinhold, Außenpolitische Innovation und Herrschaftssicherung, Studien zum politischen System der Bundesrepublik; Bd. 14, Meisenheim 1976, S. 205; *Baring*, 1998, S. 512-526; *Tiggemann*, 1998, S. 108 ff.
[773] FAZ, 20.09.1971, „CSU nennt Ostpolitik illusionär und dilettantisch“.
[774] Vgl. *Tiggemann*, 1998, S. 156.
[775] Vgl. *Finger*, Stefan, Franz Josef Strauß. Ein politisches Leben, München 2005, S. 344 f; *Baring*, 531.
[776] Vgl. *Zorn*, 2007, S. 48.

forderte und damit diesen „einmaligen Vorgang in der Nachkriegszeit“[777] auf den Weg brachte. Diese sollte zum Ziel haben, die klare Ablehnung der Verträge und den im Vergleich zur CDU härteren ostpolitischen Kurs der Christsozialen offensichtlich zu machen.[778] Ausgangspunkt für eine insgesamt sechzehn Stunden andauernde Debatte im Landtag stellte eine Interpellation des CSU-Fraktionsvorsitzenden *Ludwig Huber* dar, der die Beurteilung der Verträge durch die Bayerische Staatsregierung sowie ihre Erwägung einer Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit anfragte.[779] In der im Januar 1972 geführten Plenardebatte machten sowohl die Bayerische Staatsregierung mit Ministerpräsident *Alfons Goppel* und dem für die Vertriebenenpolitik zuständigen Arbeitsminister *Fritz Pirkl* die Ablehnung der Ostverträge und die Unterstützung Bayerns für die Heimatvertriebenen deutlich.[780] Damit spielte die CSU-Landtagsfraktion der Bayerischen Staatsregierung gezielt den Ball zu, ihre Ablehnung der Ostverträge offenkundig zu machen und die Möglichkeit einer Verfassungsklage zu erwägen. Kritik an der sozialliberalen Bundesregierung wurde dabei ebenfalls geäußert. Diese Möglichkeit eröffnete auch eine mündliche Anfrage des CSU-Gene-ralsekretärs und Sudetendeutschen *Gerold Tandler* im März 1972, in der die Staatsregierung dazu befragt wurde, ob sie, vergleichbar zur Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung für die Ostverträge, ihre Bedenken gegen die Ostverträge ebenfalls publik machen wolle.[781] Damit übernahm die Landtagsfraktion in dieser Phase vorwiegend die Aufgabe der Thematisierung, während ihre konkreten Möglichkeiten, auf die Ostpolitik Einfluss zu nehmen, begrenzt waren.

Das Auftreten und Handeln der Bayerischen Staatsregierung lässt sich in unterschiedliche Arenen aufgliedern: In der Auseinandersetzung um die Ostverträge beschloss das Kabinett bereits am 21. Dezember 1971, dass diese als grundgesetzwidrig einzustufen seien. Auf dieser Grundlage und parteiinternem Druck vor allem von *Franz Josef Strauß* kündigte Ministerpräsident *Alfons Goppel* Widerstand gegen die Ostverträge an, gleichwohl er eine Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zunächst offen ließ.[782] Im Bundesrat und den Beratungen zu den Ostverträgen machte Ministerpräsident *Goppel* den Widerstand der CSU und Bayerns wiederholt deutlich. Gemeinsam mit den anderen unionsregierten Bundesländern setzte sich der Freistaat für eine Ablehnung der Verträge ein. In einer Entschließung der CDU/CSU-Ministerpräsidenten, die mit 21 zu 20 Stimmen durchgesetzt wurde, hielt der Bundesrat die Bedenken fest.[783] Ein weiterer Antrag Bayerns zur Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes war in diesem Fall letztlich nicht erfolgreich, da sich ihm kein anderes Bundesland anschloss.[784]

---

[777] *Gelberg*, Karl-Ulrich und *Latzin*, Ellen, Quellen zur politischen Geschichte Bayerns in der Nachkriegszeit, Bd. II 1957-1978, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2005, S. 475.
[778] Vgl. *Kock*, Peter Jakob, Der Bayerische Landtag. Eine Chronik, Bayerischer Landtag, Landtagsamt, München 2006, S. 193; *Zorn*, S. 46.
[779] Interpellation Dr. *Ludwig Huber* und der CSU-Landtagsfraktion betreff: Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR und Polen; Bayerischer Landtag, 19.01.1972, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1858.
[780] Bayerischer Landtag, Stenographischer Bericht 7/30 vom 25.01.1972, S. 1451 ff. und Stenographischer Bericht 7/31 vom 26.01.1972, S. 1521 ff.
[781] Vgl. Bayerischer Landtag, Stenographischer Bericht 7/38 vom 22.03.1972, S. 1952 ff.
[782] Vgl. *Kock*, 2006, S. 193; Zum Verhältnis von *Franz Josef Strauß* und *Alfons Goppel* und der Unterscheidung in den konfrontativen Stil *Strauß´* und der Rolle als „Landesvater“ von *Goppel* siehe: *Krieger*, Wolfgang, Franz Josef Strauß und die zweite Epoche in der Geschichte der CSU, in: *Haneke*, Burkhard, Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 163-193, S. 182-188.
[783] Vgl. *Tiggemann*, 1998, S. 92.
[784] Vgl. *Zorn*, 2007, S. 45 ff.

Neben dem Auftreten im Bundesrat nutzte die Staatsregierung die Vorlagen durch die CSU-Landtagsfraktion, um in Plenardebatten im Bayerischen Landtag nach Anfragen und Interpellationen den Standpunkt der CSU zu verdeutlichen. Eine wichtige Rolle spielte die Übernahme der Schirmherrschaft des Freistaats Bayerns über die Sudetendeutschen. In seiner Funktion als Ministerpräsident trat *Alfons Goppel* bei Sudetendeutschen Tagen als Schirmherr auf, nutzte dies zu scharfer Kritik an der Bundesregierung und warf ihr vor, „Bundestag und Bundesrat bei den Ostverträgen in eine fatale Lage" gebracht zu haben.[785] Neben *Goppel* war auch der für die Vertriebenenangelegenheiten zuständige Arbeitsminister *Fritz Pirkl* regelmäßig zu Gast bei den Sudetendeutschen Tagen und sagte den Sudetendeutschen zu, dass sie „das Schirmland Bayern nicht im Stich"[786] lassen werde. Auch der bayerische Minister für Bundesangelegenheiten *Franz Heubl* nahm als Vertreter der Bayerischen Staatsregierung an Vertriebenenkundgebungen teil.[787] Neben der öffentlichen Unterstützung intensivierte sich auch intern der Austausch zwischen Staatsregierung und Vertriebenenverbänden bzw. der Sudetendeutschen Landsmannschaft. So versicherte Ministerpräsident *Goppel* bei der konstituierenden Sitzung des Bundesvorstands der SL im Januar 1972 Unterstützung im Kampf gegen die Ostpolitik der Bundesregierung, woraufhin der Sprecher der SL und CSU-Bundestagsabgeordnete *Walter Becher* unter dem Motto „Gemeinsam gegen die Ostverträge" die übereinstimmende Haltung von Staatsregierung und Sudetendeutscher Landsmannschaft betonte.[788] Greifbar wurde der „organische Zusammenhang" zwischen Sudetendeutschen und dem Freistaat in der Gründung der Sudetendeutschen Stiftung im Sommer 1970, an der sich der Freistaat nicht nur finanziell beteiligte, sondern institutionell als Mitglied des Vorstandes und Stiftungsrates mit dem Ministerpräsidenten und weiteren Kabinettsmitgliedern der Bayerischen Staatsregierung vertreten ist.[789]

In der CSU-Parteiorganisation lassen sich zwei unterschiedliche Akteure bzw. Akteursgruppen voneinander abgrenzen: der Parteivorsitzende *Franz Josef Strauß* sowie die Union der Vertriebenen. Dominante Figur war dabei eindeutig *Strauß*, der sowohl in München als auch Bonn die Ausrichtung der CSU-Linie bestimmte, sodass der Subakteur CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und die Aktivität von *Strauß* als Parteichef nicht trennscharf zu unterscheiden sind. *Strauß*, der sich und die CSU als „Speerspitze der Opposition" verstand, trat in Bundestagsdebatten, im Bayerischen Landtag ebenso wie bei Sudetendeutschen Tagen und BdV-Kundgebungen bewusst hart gegen die Bundesregierung und für die Vertriebenen auf. Neben ihm zeigten aber auch weitere hochrangige Vertreter der CSU-Landesleitung ihre Verbindung zu den Vertriebenen. So ermunterte CSU-Generalsekretär *Max Streibl* die Vertriebenenverbände im September 1970, mit „ihrem Widerstand gegen eine verhängnisvolle Politik fortzufahren" und sagte ihnen die „Solidarität der CSU" zu.[790] Eine im Juli 1970 auf einem CSU-Parteitag verabschiedete Resolution unterstrich

[785] Vgl. PNP, 23.05.1972, „Die Vertriebenen üben scharfe Kritik an Bonn".
[786] SZ, 27.05.1969, S. 1.
[787] Vgl. FR, 07.09.1970; „Tag der Heimat ruhig verlaufen".
[788] Vgl. Pressemitteilung der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 30. 01.1972; vgl. *Franzen* 1995, S. 61 f.
[789] Vgl. http://www.sudetendeutsche-stiftung.de/Errichtung/Die_Sudetendeutsche_Stiftung/hauptteil_die_sudeten deutsche_stiftung.html, [16.06.2009].
[790] FR, 07.09.1970, „Tag der Heimat ruhig verlaufen".

zusätzlich die einhellige Ablehnung der Verträge, insbesondere des Moskauer Vertrags, durch die Parteiorganisation.[791]

Die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge UdV war naturgemäß die am unmittelbarsten betroffene Arbeitsgemeinschaft in der CSU und der CDU, meldete sich daher regelmäßig zu Wort und übte Druck zur Einnahme einer harten Haltung der Union aus. Vor allem parteiintern konfrontierte die UdV in Wortmeldungen, Entschließungen sowie Aufforderungen die jeweiligen Parlaments- und Parteigremien mit den Anliegen der Vertriebenen. So forderten ihre Vertreter, die sich zu einem Großteil aus Vertriebenenverbandsfunktionären zusammensetzten, wiederholt die Ablehnung der Ostverträge.[792] Gegenüber der Gemeinsamen Entschließung der Bundestagsparteien äußerte sich die UdV ebenfalls äußerst skeptisch und hielt sich auch mit scharfer interner Kritik an der Union im Vorfeld der Abstimmungen im Bundestag nicht zurück. Die CSU war dabei aber in viel geringerem Ausmaß als die CDU Zielscheibe von Kritik, wie die Ausnahme von Vorwürfen durch den UdV-Landesvorsitzenden *Hermann Götz* vor der Abstimmung zeigte.[793] Neben *Strauß* übernahm die UdV daher sowohl innerhalb von CSU und CDU die Aufgabe, die Anliegen der Vertriebenen zu thematisieren und die Union zur Umsetzung der Forderungen zu bewegen.[794]

Die Position der Vertriebenenverbände mit dem Dachverband BdV zur Ostpolitik der Bundesregierung wurde im Verlauf der Verhandlungen mit der UdSSR und Polen immer konfrontativer. Waren sie in den ersten Monaten nach dem Regierungswechsel noch zurückhaltender, so wurden ihre Angriffe ab 1970 immer schärfer und zugleich ein persönlicher Austausch mit der Bundesregierung seltener.[795] In öffentlichen Kundgebungen und Veranstaltungen richtete der BdV seine Kritik direkt gegen die Verträge und die Bundesregierung. Dabei traten neben dem BdV-Präsidenten und CDU-Bundestagsabgeordneten *Herbert Czaja* und dessen Stellvertreter *Herbert Hupka*, der später von der SPD zur CDU wechseln sollte, immer präsenter auch weitere Unionspolitiker wie der CSU-Vorsitzende *Strauß*, der hessische CDU-Landesvorsitzende und spätere CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzende *Alfred Dregger* oder der CSU-Außenpolitiker zu *Guttenberg* auf.[796] Der flächendeckend in der Bundesrepublik veranstaltete „Tag der Heimat" bot zudem die Möglichkeit, gemeinsam öffentlichkeitswirksam gegen die Ostpolitik in Erscheinung zu

[791] Vgl. Landesleitung der CSU (Hrsg.), Erfolgreich in die Welt von morgen, Parteitag der Christlich-Sozialen Union, 3.-4.7.1970 in Nürnberg, München 1970.

[792] Vgl. *Tiggemann*, 1998, S. 74; Im Bundesvorstand der UdV waren beispielsweise die Vertriebenenpolitiker *Herbert Czaja* als Präsident des BdV, *Otto Freiherr von Fircks* (Landesgeschäftsführer des BdV in Niedersachsen), *Hans-Edgar Jahn* (Vizepräsident des BdV), *Philipp von Bismarck* (Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft), *Edelhard Rock* (BdV-Kreisvorsitzende) oder *Jürgen Wohlrabe* (Präsident des Bundes der Mitteldeutschen).

[793] *Tiggemann*, 1998, S. 156.

[794] Zwischen 1969 und 1972 verzeichnete die UdV in der CDU/CSU mit einem Plus von 57,8 Prozent einen überproportionalen Mitgliederzuwachs, vgl. *Schönbohm*, Wulf, Die CDU wird moderne Volkspartei: Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat, Stuttgart 1985, S. 225 ff.

[795] Vgl. SdZ, 23.10.1970, „Versöhnung nur auf der Basis des Rechts. Sudetendeutsches Gespräch mit der Bundesregierung"; Beispielsweise forderte die Bundesversammlung der SL Bundeskanzler *Willy Brandt* in einem Telegramm auf, gegen die Diffamierung der sudetendeutschen Volksgruppe zu protestieren; vgl. FAZ, 28.06.1971, „Sudetendeutsche fordern von Brandt Protest in Prag"; Die WELT, 02.08.1972, „Sudetendeutsche gegen Gespräch mit Prag".

[796] Vgl. u.a. die Berichterstattung zu Vertriebenen-Kundgebungen in: Die WELT, 01.06.1970; „Vertriebene gegen Moskauer Vertrag", SZ, 05.10.1970; PNP, 05.10.1970; FR, 01.03.1971, „Erregte Vertriebenen-Kundgebung".

treten. Hier waren neben *Hupka* mittlerweile fast ausschließlich Unionsvertreter präsent und machten ihren Widerstand gegen die Verträge mit Moskau, Warschau und der Tschechoslowakei deutlich.[797] Die Entfremdung zwischen Vertriebenen und SPD bei gleichzeitiger Annäherung zu den Unionsparteien wurde immer stärker spürbar und führte sogar so weit, dass einzelne Landesverbände wie der Landesverband der Landsmannschaft der Schlesier ihre Mitglieder in einem Beschluss direkt zum Austritt aus der SPD und der FDP aufforderten.[798]

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft und der Sudetendeutsche Rat begannen bereits frühzeitig, ihre Positionen zu einem Vertrag mit der Tschechoslowakei fest und öf-fentlich zu machen.[799] Beide Organisationen traten dabei einheitlich auf und gingen koordiniert vor, wie eine gemeinsame Veröffentlichung von SL und SR zu den deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen im Februar 1972 zeigt, die dem Memorandum entsprach, das bereits 1970 der Bundesregierung vor Aufnahme der Verhandlungen mit der ČSSR, übergeben worden war.[800] Auch bei der Forderung, an den Verhandlungen der Bundesregierung mit Prag direkt beteiligt zu werden, äußerten sich SL-Bundesvorstand und SR-Präsidium gemeinsam.[801] Der Bundesvorstand der SL richtete im Rahmen einer Tagung im Februar 1971 eine Warnung an die Bundesregierung vor Zugeständnissen gegenüber der tschechoslowakischen Seite und kündigte Widerstand gegen jede Beeinträchtigung von sudetendeutschen Rechtspositionen an. Dabei lehnte die Landsmannschaft zu diesem Zeitpunkt generell Gespräche auf Regierungsebene ab:

> „Gespräche mit einer Regierung, die nicht den freien Volkswillen repräsentiert, können die Verständigung von Volk zu Volk auf die Dauer nur erschweren, aber nicht erleichtern.“[802]

Auf öffentlichen Veranstaltungen wie dem Tag der Heimat richteten die SL sowie ihr Sprecher, der CSU-Bundestagsabgeordnete *Walter Becher*, scharfe Kampfansagen an die SPD und die Bundesregierung, der er vorwarf, leichtfertig deutsche Positionen aufzugeben.[803] Der 22. Sudetendeutsche Tag im Mai 1971 ist bezeichnend für die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Vertriebenenverband und den Parteien. Während erstmals kein Vertreter der Bundesregierung anwesend war, sprachen neben dem Bundesvorsitzenden *Franz Böhm* (CDU) mit *Walter Becher,* dem Bundesreferenten für rechtliche Grundsatzfragen und späteren CSU-MdB *Fritz Wittmann* profilierte Vertreter vor allem der CSU in offiziellen Verbandsfunktionen zum Motto „Der Freiheit, dem Frieden und dem

[797] Vgl. Tagesspiegel Berlin, 15.09.1970, „Vertriebene begingen Tag der Heimat. Kritik an der Ostpolitik der Bundesregierung“.
[798] Vgl. SZ, 15.10.1970; „Schlesier sollen SPD und FDP verlassen“.
[799] *Becher* wies beispielsweise bei der ersten Bundesversammlung der SL nach der Bundestagswahl 1969 darauf hin, dass die Aussöhnung „nicht über die Köpfe der Sudetendeutschen hinweg erfolgen“ dürfe und dass nur eine gesamtdeutsche Regierung die sudetendeutsche Frage regeln dürfe, vgl. SZ, 01.12.1969, „Die Wünsche der Sudetendeutschen“; vgl. SZ, 15.12.1970, „Sudetendeutscher Rat über Vertragsverhandlungen mit Prag“.
[800] Vgl. *Franzen*, S. 65, zum Memorandum vgl. SdZ, 23.10.1970, S. 1.
[801] Vgl. Die WELT, 05.09.1970, „Mitsprache gefordert“; Unterstützung erhielten SL und SR von der Sudetendeutschen Jugend, die ebenfalls Mitbestimmung bei den Verhandlungen einforderten; vgl. SZ, 01.12.1971, „Sudetendeutsche: Mitbestimmung bei Verhandlungen mit Prag“.
[802] SdZ, 19.02.1971, S. 1.
[803] MZ, 14.09.1970, „Vertriebene bekämpfen Bahr-Entwurf“.

Recht verpflichtet".[804] Auf dem Sudetendeutschen Tag 1972, der kurz nach Ratifikation der Moskauer und Warschauer Verträge stattfand, rückten die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei erstmals vollständig in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. *Becher*, der in seiner Funktion als Sprecher weitaus präsenter als der Bundesvorsitzende *Böhm* war, forderte die Bundesregierung dabei auf, „die Selbstbestimmungsrechte zu achten und kein Abkommen auf Kosten der Vertriebenen zu schließen". Darüber hinaus verwies er darauf, dass kein zwingender Grund bestehe, die Forderung nach einer Ungültigkeit des Münchener Abkommens *ex tunc* zu erfüllen.[805] Der Bayerische Ministerpräsident *Alfons Goppel*, der erneut anwesend war, nutzte seinen Auftritt ebenfalls für heftige Vorwürfe an die Bundesregierung.

8.3.3 Zweite Phase: von der Denkpause bis zur Unterzeichnung des Prager Vertrags im Dezember 1973

Handlungsrahmen

Die erfolgreiche Ratifikation der Moskauer und Warschauer Verträge wirkte sich zunächst positiv auf die innerdeutschen Vertragsverhandlungen zwischen der BRD und der DDR aus, welche die Bundesregierung im Rahmen ihrer Ostpolitik führte.[806] Zu einem ersten Ergebnis der bereits seit 1970 laufenden Gespräche führte ein Verkehrsvertrag, der menschliche Erleichterungen in der DDR sowie im innerdeutschen Verkehr ermöglichte. Bevor ein grundlegender Vertrag zur Normalisierung der Beziehungen mit der DDR geschlossen wurde, sollte ein Transitabkommen Verbesserungen im innerdeutschen Verkehr sowie der menschlichen Situation in der DDR ermöglichen.[807] Obwohl die Union einer vertraglichen Einigung und der damit einhergehenden Anerkennung der DDR skeptisch gegenüberstand, konnte sie sich bei der Ratifizierung des Verkehrsvertrages im September 1972 nicht verweigern und stimmte bei lediglich neun Enthaltungen zu. Sie machte in Erklärungen aber den besonderen Charakter der deutsch-deutschen Beziehungen deutlich und verwies darauf, dass mit dem Vertrag keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR verbunden sei.[808] Innenpolitisch kontroverser gestaltete sich der im Anschluss daran verhandelte sogenannte Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR, der nach Beginn der Gespräche im Juni 1972 im November des gleichen Jahres – wenige Wochen vor der Bundestagswahl – paraphiert, im Dezember unterzeichnet wurde und im Juni 1973 in Kraft trat.[809] Während in einer Präambel die unterschiedlichen Standpunkte der DDR und der BRD zur nationalen Frage festgehalten und die Entgegennahme eines Briefs zur Deutschen Einheit bestätigt wurden, gab die BRD den Alleinvertretungsanspruch und damit die sogenannte Hallstein-Doktrin von der BRD auf. Mit dem Grundlagenvertrag, in dem sich beide Staaten unter Berücksichtigung ihrer besonderen Beziehungen gegenseitig anerkannten, wurde eine

[804] Sudetendeutsche Landsmannschaft (Hrsg.), Festprogramm zum XXII. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg, München 1971.
[805] PNP, 23.05.1972, „Die Vertriebenen üben scharfe Kritik an Bonn".
[806] Zur Vorgeschichte und Struktur der deutsch-deutschen Abkommen und Verhandlungen siehe: *Zündorf*, 1979, S. 176 ff.
[807] Vgl. *Zündorf*, 1979, S. 202-210.
[808] *Tiggemann*, 1998, S. 140.
[809] Vgl. *Baring*, 1998, S. 565-597.

Normalisierung des Verhältnisses erreicht und „die Regierung der DDR […] anerkannt, obwohl sie demokratisch nicht legitimiert war“.[810] Eine große Mehrheit der Unionsfraktion lehnte den Grundlagenvertrag bei dessen Ratifizierung im Mai 1973 ab. Die CSU reichte mit dem Freistaat Bayern sogar eine Klage beim Bundesverfassungsgericht ein. CDU und CSU kritisierten vor allem, dass die Bundesregierung gegenüber der DDR Vorleistungen erbracht und Rechtspositionen aufgegeben habe, ohne konkrete Gegenleistungen erhalten und die Teilung Deutschlands hingenommen zu haben.[811]

Ungeachtet des Gegenwindes von der Oppositionsbank machte sich die wachsende gesellschaftliche Zustimmung zur Ostpolitik, welche nicht nur in der allgemeinen Bevölkerung „weithin unumstritten“[812] war, sondern auch von einem großen Teil der Unionsanhänger befürwortet wurde, auch bei den Bundestagswahlen im November 1972 positiv für die sozialliberale Koalition bemerkbar. Die Opposition gab dahingegen in der Öffentlichkeit ein „diffuses Bild“ ab, da sie sich den Ostverträgen mit Moskau und Warschau zwar nicht entgegenstellten, aber zentrale Punkte wie die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie oder die Herstellung von besonderen Beziehungen zur DDR ablehnten.[813] Die Regierungsparteien gingen bei dem als Plebiszit über die *Neue Ostpolitik* der sozialliberalen Koalition bezeichneten Wahlgang klar als Sieger hervor: Die SPD wurde nicht nur erstmals zur stärksten Partei, sondern konnte gemeinsam mit der FDP auch auf eine stabile Mehrheit von 46 Sitzen (ohne Berlin) zurückgreifen.[814] Im Bundesrat behielten CDU und CSU aber ihre Mehrheit. Auf den Handlungsspielraum und die politischen Optionen der Vertriebenenverbände hatte der Ausgang der Bundestagswahlen erhebliche Auswirkungen: Im eindeutigen Wahlergebnis sahen SPD und FDP eine Bestätigung ihrer bisherigen Ostpolitik, setzten diese fort und mussten nun aufgrund der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse weniger Rücksicht auf die Oppositionsparteien nehmen.[815] Für die Vertriebenenverbände bedeutete die Ratifizierung der Ostverträge einen herben Rückschlag, wobei sich auch Enttäuschung über die mehrheitliche Enthaltung der Unionsparteien bei den Abstimmungen im Deutschen Bundestag einstellte. Nichtsdestotrotz war die Union mittlerweile zur einzig möglichen Option für die Vertriebenen geworden, da von ihr im Vergleich zu SPD und FDP der deutlich größere Rückhalt zu erwarten war. Dies galt in besonderem Maß für die CSU, die sich nahezu ohne Abstriche für die Vertriebenen eingesetzt hatte.[816]

Im Hinblick auf die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen hatte sich die Situation der Bundesregierung in der Denkpause sowohl innen- als auch außenpolitisch entspannt. Vor allem der Abschluss der Verträge mit der UdSSR und Polen nahmen einen Großteil des Erfolgsdrucks, der von internationaler Seite auf der Regierungskoalition gelastet hatte, sodass der Stillstand in den Verhandlungen keine großen außenpolitischen Verwerfungen mit sich brachte. Innenpolitisch war die Koalition zudem durch den Ausgang der Bundestagswahlen in ihrer Position gestärkt. Grundsätzlich war Bonn weiterhin zu

[810] *Bender*, 1995, S. 193.
[811] Zur Argumentation und parteiinternen Diskussion der CSU zum Grundlagenvertrag vgl. *Blumenwitz*, Dieter, Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, in: *Haneke*, Burkhard, Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 333-366, S. 341-351.
[812] *Baring*, 1998, S. 604.
[813] Vgl. *Huber*, 2008, S. 28 f.
[814] Vgl. *Haftendorn*, 1982, S. 389; *Baring*, 1998, S. 604 f.
[815] Vgl. *Link*, 2009, S. 133.
[816] Vgl. *Ahonen*, S. 253 f.

Gesprächen mit der Tschechoslowakei bereit, falls die Prager Verhandlungsführer ihre starre Haltung aufgeben würden. Auf Druck der Sowjetunion, der daran gelegen war, das gesamte ostpolitische Vertragswerk zu einem Abschluss und den KSZE-Prozess als nächsten Schritt in Gang zu bringen, bewegte sich die Tschechoslowakei und sandte Signale einer flexibleren Sichtweise zur Ungültigkeit des Münchener Abkommens an die deutschen Verhandlungspartner.[817] Nachdem der tschechoslowakische Außenminister *Chňoupek* bei einem Besuch in Rumänien im Dezember 1972 erstmals eine Ungültigkeit des Münchener Abkommens ohne Zeitangabe angesprochen und der Generalsekretär der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei *Husák* im Februar 1973 Kompromissbereitschaft in Aussicht gestellt sowie auf deutscher Seite Bundeskanzler *Brandt* wiederholt seine Hoffnung auf eine gemeinsame Formulierung geäußert hatte, kam die verfahrene Situation wieder in Gang.[818] Bereits im März 1973 bot *Chňoupek* offizielle Verhandlungen an und machte deutlich, dass eine Einigung auf eine Feststellung der Ungültigkeit und Rechtswidrigkeit des Münchener Abkommens ohne einen genauen Zeitpunkt möglich wäre. Obwohl beim im April folgenden insgesamt sechsten Sondierungsgespräch noch keine konkreten Formulierungen über den zentralen Verhandlungspunkt des Zeitpunktes der Nichtigkeit des Münchener Abkommens gefunden werden konnte, wurde die Aufnahme von offiziellen Verhandlungen zwischen beiden Regierungen beschlossen. In den offiziellen Gesprächsrunden im Mai 1973 in Bonn und Prag wurde eine Kompromisslösung vereinbart, welche die Problemstellung ausklammerte, ob das Münchener Abkommen *ex tunc* oder *ex nunc* nichtig sei: In Artikel 1 des Vertrages wurde eine Nichtigkeit „nach Maßgabe dieses Vertrages“ festgehalten und damit beiden Seiten die Möglichkeit gegeben, ihre jeweilige Sichtweise beizubehalten. Außenminister *Walter Scheel* fasste dazu zusammen:

> „Beide Seiten betrachten das sogenannte Münchener Abkommen vom 29. September 1938 im Hinblick auf ihre gegenseitigen Beziehungen nach Maßgabe dieses Vertrages als nichtig und erkennen an, dass es der Tschechoslowakei durch das nationalsozialistische Regime unter Androhung von Gewalt aufgezwungen wurde. Zugleich wurde jedoch sichergestellt, dass daraus niemandem persönliche Nachteile entstehen können.“[819]

Die ursprünglich bereits für September 1973 geplante Unterzeichnung sollte sich jedoch aufgrund einer vom Münchener Abkommen unabhängigen Detailfrage zur Außenvertretung Westberlins durch die BRD nochmals verzögern. Nachdem in einem Notenwechsel der bundesrepublikanischen und tschechoslowakischen Außenministerien eine Lösung gefunden worden war, wurden der Vertrag am 11. Dezember 1973 in Prag unterzeichnet und die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen vereinbart. Welch bedeutende Rolle das Münchener Abkommen in den Verhandlungen gespielt hatte, spiegelte sich auch im Vertrag selbst wider: Im Anschluss an eine Präambel, die auf die Zielsetzung der Friedenssicherung hinwies, befassten sich Artikel I mit der Nichtigkeit und Artikel II mit Aus-

---

[817] Vgl. *Möller*, Dietrich, Die Verständigung zwischen Bonn und Prag, in: Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen, 24. Jg., Heft 3U/1973, S. 333-346; *Mertes*, Alois, Der Prager Vertrag – Teilstück der sowjetischen Westpolitik, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), Politische Studien, Sonderheft 1/1974. Bundesrepublik Deutschland – ČSSR. Beiträge und Dokumente zum Vertrag vom 11. Dezember 1973, S. 39-46.

[818] Vgl. AdG, 16.12.1972, S. 17539; AdG, 21.02.1973, 17688; AdG, 16.02.1973, S. 17667; vgl. Auch: Regierungserklärung von Bundeskanzler *Brandt* (SPD): Münchener Abkommen soll aufhören, das Verhältnis zur ČSSR zu belasten, 18.01.1973; in: *Habel*, 2003, S. 810.

[819] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 76 vom 21. Juni 1973, S. 761.

nahmen von der Nichtigkeit des Münchener Abkommens, bevor in den folgenden Abschnitten der Gewaltverzicht sowie die Unverletzlichkeit der Grenzen festgehalten wurden.[820] Die weiteren Artikel, die fast wörtlich aus den Vertragswerken mit Moskau und Polen übernommen wurden, bereiteten keine Schwierigkeiten.[821]

Aktivitäten der Netzwerkakteure

Das typische Verhaltensmuster im Auftreten von CDU und CSU gegenüber den Vertriebenen im Allgemeinen und den Sudetendeutschen im Besonderen kann auch in dieser Phase konstatiert werden: Sowohl CDU als auch CSU gingen ihrerseits auf die Vertriebenen zu und verdeutlichten ihre enge Bindung in Einladungen zu Gesprächen, Konsultationen sowie öffentlichem Zuspruch.[822] In ihrer Unterstützung setzte sich die CSU erneut von der Schwesterpartei ab. Dies lässt sich zunächst am Verhalten der einzelnen Akteure zum Grundlagenvertrag mit der DDR ablesen. Während der Grundlagenvertrag in der Abstimmung im Deutschen Bundestag noch von der gesamten CDU/CSU-Bundestagsfraktion mehrheitlich abgelehnt wurde, gestalteten sich die Verhältnisse bezüglich einer Verfassungsklage gegen den Vertrag anders.[823] Hier entschied eine knappe Mehrheit der CDU dagegen, während sich die CSU-Landesgruppe klar mit 45:3 Stimmen dafür aussprach.[824] Eine herausragende Rolle – sowohl auf Bundes- als auch Landesebene – spielte einmal mehr der CSU-Parteivorsitzende *Franz Josef Strauß*, der sich vehement für eine Normenkontrollklage aussprach und diese zuletzt mit Erfolg durchsetzte.[825]

Die Auseinandersetzung um den Prager Vertrag ruhte während der Verhandlungspause zwischen der BRD und der ČSSR auch in den parlamentarischen Arenen sowie der Öffentlichkeit weitgehend, rückte aber im Zug der Wiederaufnahme der Gespräche wieder stärker in den Vordergrund. So konfrontierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf Initiative der Vertriebenenabgeordneten die Bundesregierung mittels einer Kleinen Anfrage im Deutschen Bundestag erneut mit den Forderungen der Vertriebenen.[826] Die entscheidenden Verhandlungsrunden ab Mai 1973 begleitete die Fraktion kritisch und warnte vor Doppeldeutigkeiten. So stellte der außenpolitische Sprecher *Werner Marx* klar, dass bei einer Einigung auf Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Beginn an „mit keiner Unterstützung der Opposition“[827] zu rechnen sei. In den folgenden Monaten verknüpfte die

[820] Vgl. *Zündorf*, 1979, S. 102-110; eine ausführliche Analyse der Ausgangslage und der Ausgestaltung des Prager Vertrages unter besonderer Berücksichtigung der Nichtigkeit des Münchener Abkommens bei: *Blumenwitz*, Dieter, Der Prager Vertrag, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1985.
[821] *Rouček*, 1990, S. 72.
[822] Vgl. *Ahonen*, 2003, S. 254 f.
[823] Vgl. *Mundzeck*, Lisa, Auf Vertrauensuche – Die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, Hamburg 2008, S. 135-149.
[824] Vgl. *Tiggemann*, 1998, S. 143; *Blumenwitz*, Dieter, Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, 1995, S. 343.
[825] Vgl. *Grau*, 2005, S. 492-500; *Zorn*, 2007, S. 51; Finger, 2005, S. 355 ff.
[826] Vgl. *Kunštát*, Miroslav, Czech-German Relations after the Fall of the Iron Curtain, in: Czech Sociological Review, Bd. 6, 1998, S. 149-172, S. 151 f.
[827] Die WELT, 25.03.1973, „Marx: Vertrag mit Prag darf nicht doppeldeutig sein“.

Union eine mögliche Zustimmung zu weiteren Verhandlungsfortschritten vor allem damit, dass humanitäre Fragen sowie die Stellung Berlins eindeutig geklärt werden müssten.[828]

In diesem Zusammenhang fällt eine gewisse Diskrepanz im Verhalten von CDU und CSU auf. So hatten eine Reihe führender Außenpolitiker der Union bei der Paraphierung des deutsch-tschechoslowakischen Abkommens noch die geduldige Verhandlungsführung gelobt.[829] Selbst *Strauß* hatte festgestellt, dass mit „mehr diplomatischem Geschick" als bei den vorherigen Verträgen vorgegangen worden war.[830] Dennoch wurde moniert, dass er den Grundfehler der ganzen ostpolitischen Konstruktionen enthalte, wie die Ausklammerung des Unrechts der Vertreibung. Vor diesem Hintergrund fiel die Reaktion auf die Unterzeichnung des Vertrages im Dezember 1973 vonseiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ungewöhnlich scharf aus, wobei die enge Abstimmung mit den Vertriebenenverbänden bzw. im Speziellen der Sudetendeutschen Landsmannschaft offensichtlich eine Rolle spielte: Nur wenige Tage, bevor die deutschen und tschechoslowakischen Regierungschefs und Außenminister ihre Unterschrift unter den Vertrag setzten, trafen sich die Spitzen der CDU/CSU-Fraktion und der Sudetendeutschen Landsmannschaft, um ihre Positionen sowie die weitere Vorgehensweise zu besprechen.[831] Dabei kam vor allem aus der CSU scharfe Kritik an einer unbefriedigenden Regelung der konsularischen Vertretung der Gerichte und Behörden Berlins im Prager Vertrag, der die Tschechoslowakei „auf diese Weise zu nichts verpflichtet"[832] habe, so CSU-MdB *Fritz Wittmann*. Kurz nach der Absprache und eine knappe Woche vor der Unterzeichnung des Vertrages schloss sich Unionsfraktionschef *Karl Carstens* der Kritik an und forderte von der Bundesregierung, in der Berlin-Problematik erneut mit der ČSSR zu verhandeln.[833] Unmittelbar am Tag der Unterzeichnung meldete sich die CDU/CSU-Fraktionsspitze mit *Carstens* zu Wort und kritisierte in einer konzertierten Aktion nahezu zeitgleich mit den Vertriebenenverbänden, der CSU-Landesleitung sowie der Bayerischen Staatskanzlei „schwere Mängel" des Vertragswerkes und kündigte die Einsetzung einer Arbeitsgruppe an, die eine Stellungnahme der Fraktion zum Vertrag erarbeiten sollte.[834] In einem bereits vorhandenen Entwurf einer Resolution des außenpolitischen Arbeitskreises der Fraktion unter Leitung von MdB *Werner Marx* wurde zudem festgestellt, dass die Regierung auf die volle konsularische Vertretungsbefugnis verzichtet und die juristischen Fundamente Berlins geschwächt habe.[835] Das Abstimmungsverhalten der Unionsfraktion werde auf der Grundlage des Votums der eingesetzten Kommission erfolgen, so *Carstens* in seinem Bericht vor der Fraktion. Obwohl er öffentlich darauf Wert legte, dass seine ablehnende Stellungnahme unmittelbar nach Unterzeichnung

[828] Vgl. SZ, 13.08.1973, „Bonn erwartet Einigung mit Prag"; WELT am Sonntag, 26.08.1973, „Dregger warnt vor Prag-Reise"; SZ, 27.08.1973, „Verhandlungen mit Prag gehen weiter"; Münchner Merkur, 31.08.1973, „Carstens warnt Brandt. Vertrag nicht unterzeichnen".
[829] Vgl. *Rouček*, 1990, S. 75; *Werner Marx*, der Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion wurde beispielsweise in der Tagesschau zitiert, „der Vertrag sei zäher, beharrlicher und auch sorgfältiger ausgehandelt worden als die anderen Ostverträge."; Tagesschau am 20.06.1973, 20.00 Uhr, in: Kommentarübersicht, Pressedokumentation des Deutschen Bundestages, 22.06.1973; vgl. *Tiggemann*, 1998, S. 148.
[830] Stuttgarter Zeitung, 26.06.1973, S. 7.
[831] Vgl. SZ, 05.12.1973; „Letzter Textvergleich in Prag. CSU-Kritik am Abkommen".
[832] Ebd.
[833] Vgl. SZ, 07.12.1973, „Carstens: Die Bundesregierung soll erneut mit Prag verhandeln".
[834] Vgl. Die WELT, 12.12.1973, „Opposition sieht schwere Mängel im Prager Abkommen"; AAZ, 12.12.1973, „Opposition übt scharfe Kritik. Auch Vertriebenen-Verbände halten Prager Vertrag für völlig unzureichend".
[835] Vgl. SZ, 12.12.1973, „Scharfe Kritik der CDU/CSU".

des Vertrages keine „Vorwegnahme der endgültigen Entscheidung der Opposition“ bei der Abstimmung im Bundestag sei, war dies doch ein klarer Fingerzeig.[836]

Die CSU-Landtagsfraktion trat in dieser Phase zur ostpolitischen Positionierung der CSU in Plenardiskussionen sowie mit einer Entschließung in Erscheinung. Bei der Diskussion im Plenum des Bayerischen Landtages um die Verfassungsklage gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR zeichnete sich vor allem der Fraktionsvorsitzende *Alfred Seidl* durch nachhaltige Unterstützung der Klage aus.[837] Diese verdeutlichte die Fraktion zusätzlich in Form einer Resolution, die das Vorgehen der Staatsregierung befürwortete. 30 Enthaltungen und einige Neinstimmen belegen aber dennoch, dass in der CSU-Landtagsfraktion einige Vorbehalte gegen das Vorgehen der Staatsregierung existierten. Im Juni 1973 war die Verfassungsklage zudem Mittelpunkt einer weiteren Diskussion im Landtagsplenum.[838] In Bezug auf die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen wurde die Landtagsfraktion der CSU dahingegen nicht öffentlich tätig.

Im Vergleich zu den parlamentarischen Akteuren der CSU auf Bundes- und Landesebene zeigte sich das Bayerische Kabinett, wie schon zuvor bei den anderen Ostverträgen, zurückhaltender gegenüber einer Verfassungsklage gegen den Grundlagenvertrag. In der Sache, dass der Vertrag abzulehnen sei, waren sich alle Beteiligten zwar einig. Nachdem für eine Anrufung des Vermittlungsausschusses im Bundesrat aber keine Mehrheit und Unterstützung durch die CDU-geführten Bundesländer erreicht werden konnte, stellte sich das Meinungsbild im Kabinett zu einer Klage des Freistaats Bayern im Alleingang nicht eindeutig dar: Während Ministerpräsident *Alfons Goppel* nach wie vor zurückhaltend war, musste *Strauß* sein „ganzes Gewicht als Parteivorsitzender“[839] zur Geltung bringen, um sein Ziel, die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts, durch das Kabinett zu erreichen. Im Kabinett selbst war neben *Strauß*, der an der Sitzung als Gast teilnahm, vor allem Arbeitsminister *Fritz Pirkl* für die Klageerhebung und verwies dabei auf die Erwartungshaltung der Vertriebenen.[840] Ungeachtet der teilweise hitzigen internen Diskussionen im Kabinett ebenso wie in den anderen CSU-Führungsgremien trat die Staatsregierung in der öffentlichen Wahrnehmung als vehementer Gegner des deutsch-deutschen Vertrages auf, stimmte bei der zweiten Vertragslesung im Bundesrat als einziges Bundesland mit Nein und rief im Mai 1973 das Bundesverfassungsgericht an, um zu erreichen, dass

> „Gegenzeichnung, Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes über den Grundvertrag unterbleiben, bis über den Antrag der Staatsregierung entschieden ist, nämlich den Antrag auf die Feststellung, dass das Vertragsgesetz mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und deshalb nichtig ist,“[841]

wie *Goppel* vor dem Landtagsplenum betonte. Die Normenkontrollklage, die das erste Verfahren dieser Art in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland darstellte, wurde in einem Grundsatzurteil Ende Juli 1973 zwar zurückgewiesen, konnte von der CSU aufgrund des klaren Verweises auf die Zielsetzung der Wiederherstellung der Deutschen Einheit und

---

[836] General-Anzeiger, 12.12.1973, „Union: Mängel im Vertrag mit CSSR“.
[837] Vgl. *Blumenwitz*, 1995, S. 343; *Klock*, S. 204.
[838] Vgl. *Kock*, 2006, S. 203 f.
[839] *Strauß*, Franz Josef, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 451.
[840] Vgl. *Blumenwitz*, 1995, S. 344 ff; *Zorn*, 51 ff.
[841] Bayerischer Landtag, Stenographischer Bericht 7/65 vom 23.05.1973, S. 3434; *Goppel* musste zum Vorgehen der Staatsregierung auf Antrag der SPD Auskunft geben, vgl. *Kock*, 2006, S. 203.

des Wiedervereinigungsanspruchs trotzdem als Erfolg verbucht werden. Zusätzlich zur deutschland- und ostpolitischen Aktivität trug die Schirmherrschaft, die der Freistaat Bayern über die sudetendeutsche Volksgruppe übernommen hatte, in erheblichem Maß zu einer weiteren Vertiefung der Beziehung vor allem zwischen Sudetendeutscher Landsmannschaft und Bayerischer Staatsregierung bzw. der Regierungspartei CSU bei. Neben Ministerpräsident *Alfons Goppel* als *qua Amtes* offiziellem Schirmherrn der Sudetendeutschen trat der in seinem Ressort zuständige Arbeits- und Sozialminister *Fritz Pirkl* häufig bei sudetendeutschen Veranstaltungen auf. Dabei waren Ostpolitik sowie die deutsch-tschechoslowakischen Gespräche durchgehend die dominierenden Themen. So betonte *Pirkl* bei einer Tagung des Verbandes der Heimatvertriebenen und Mitteldeutschen Wirtschaft in Nürnberg, dass die Ostverträge nicht geeignet seien, „die Aussöhnung der Völker und den Abbau der Spannungen zwischen Ost und West herbeizuführen".[842] Beim bereits am folgenden Tag stattfindenden Tag der Heimat kritisierte er weiterhin, dass die Verträge von Moskau und Warschau die Rechte „unseres Volkes schmälerten und die sowjetische Hegemonie stärkten".[843] Während Vertreter von SPD und FDP auf den Tagen der Heimat sowie dem Sudetendeutschen Tag immer seltener auftraten, entwickelte sich die Präsenz des Bayerischen Ministerpräsidenten und weiterer Mitglieder seines Kabinetts immer mehr zur Normalität. Auf dem Sudetendeutschen Tag im Juni 1973 – nach Wiederaufnahme und Abschluss der deutsch-tschechoslowakischen Vertragsverhandlungen – traten erneut *Goppel* und *Pirkl* auf und wurden von den Sudetendeutschen „stürmisch begrüßt".[844] Bei den Veranstaltungen kann eine gewisse Rollenverteilung festgestellt werden: Während *Fritz Pirkl* auf die geglückte Integration der Sudetendeutschen als Vierter Stamm Bayerns verwies und darstellte, dass sie aus Bayern „nicht mehr wegzudenken" seien, schlug Ministerpräsident *Goppel* durchaus differenzierte Töne an. So versicherte er den Sudetendeutschen wie den Vertriebenen im Allgemeinen die Unterstützung ihrer Anliegen und kritisierte, dass das Unrecht der Vertreibung in den Verträgen erwähnt hätte werden müssen. Zum Prager Vertrag selbst hielt *Goppel* sich jedoch im Detail zurück. Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft und CSU-Bundestagsabgeordnete *Walter Becher* äußerte sich dahingegen deutlich schärfer gegen den Prager Vertrag.[845] Grundtenor der Vertreter der Staatsregierung wie *Goppel* und *Pirkl* bei Veranstaltungen zum Tag der Heimat sowie Arbeitsstaatssekretär *Wilhelm Vorndran* bei der Schlesischen Landesversammlung war, in ihren Auftritten und Grußworten ihre Verbundenheit zu den Vertriebenen zum Ausdruck zu bringen.[846] Dies zeigte sich beispielsweise bei einem Festakt anlässlich des 25jährigen Bestehens der Landsmannschaft Schlesien, dessen Schirmherrschaft Ministerpräsident *Goppel* übernahm. Im Rahmen seines Grußwortes kritisierte Arbeitsminister *Pirkl* die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, die „zu einem gefährlichen Wandel" geführt habe und durch die beispielsweise im Abkommen mit Polen vieles

[842] NZ, 14./15.10.1972, „Pirkl: Die Wirtschaftslage ist sehr gefährlich".
[843] NZ, 16.10.1972, „Für gerechten Ausgleich".
[844] FAZ, 12.06.1973, „Schirmherr Goppel von den Sudetendeutschen stürmisch begrüßt"; FAZ, 12.06.1973, „Vertriebene: Ostverträge bieten Chancen"; vgl. Münchener Merkur, 12.06.1973; „Demonstration für das Heimatrecht".
[845] Vgl. NZ, 12.06.1973, „Im Zwiespalt der Verträge"; NZ, 12.06.1973, „Sudetendeutsche sprechen noch mit"; FAZ, 12.06.1973; „Vertriebene: Ostverträge bieten Chancen".
[846] Vgl. MZ, 18.09.1973, „Pirkl: Tag der Heimat Nationalfeiertag"; Volksbote, 19.10.1973, „Nicht der Weisheit letzter Schluß".

preisgegeben worden war.[847] Die öffentliche Unterstützung für die Anliegen der Vertriebenen zeigte sich auch am Tag der Unterzeichnung des Prager Vertrages im Dezember 1973, als *Alfons Goppel* in seiner Funktion als Bayerischer Ministerpräsident bemängelte, dass erneut verbindliche Regelungen von humanitären Fragen ausgeklammert wurden.[848]

Zusätzlich zur öffentlichen Rhetorik unterstützte die Bayerische Staatsregierung die Vertriebenenverbände und die Sudetendeutsche Landsmannschaft weiterhin finanziell. So bewilligte die Staatsregierung im Vorfeld des Sudetendeutschen Tages, nachdem der Münchener Stadtrat aufgrund der Weigerung von SPD und FDP eine Subventionierung abgelehnt hatte, einen Zuschuss von 60.000 Mark. Den Vertriebenenverbänden, deren staatliche Finanzhilfen zunehmend in der Kritik standen, sagte Arbeitsminister *Pirkl* nach einem Treffen mit dem Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen und der Sudetendeutschen Landsmannschaft, dem CSU-Bundestagsabgeordneten *Fritz Wittmann* sowie weiteren Vorstandsmitgliedern des Vertriebenenverbandes eine Fortführung der Unterstützung zu.[849] Die Vorbereitungen und der Ablauf des Sudetendeutschen Tages im Mai 1973 in München verdeutlichen anschaulich die nunmehr etablierte Rollenverteilung im Verhältnis zwischen Sudetendeutscher Landsmannschaft, CSU und den anderen Parteien. Nachdem der Münchener Oberbürgermeister *Kronawitter* (SPD) einer Aufforderung einer Reihe von Intellektuellen nachkam, das SL-Pfingsttreffen aufgrund deren nationalistischer Grundtöne nicht zu unterstützen und seine Teilnahme abzusagen, stellte sich die CSU umgehend an die Seite der Sudetendeutschen und verteidigte diese.[850] Neben nationalistischen wurden entspannungsfeindliche Äußerung sowie „Angriffe gegen [die] Verständigungspolitik“ befürchtet. Die Vollversammlung der Stadt München beschloss auf dieser Grundlage mit den Stimmen der SPD, dass kein offizieller Vertreter der Stadt teilnehmen sollte und kein Zuschuss für das Pfingsttreffen gewährt wurde.[851] Die CSU bezeichnete die Begründung ihrerseits als „an den Haaren herbeigezogen“.

Mit dem Parteivorsitzenden *Strauß* hatten die Vertriebenen in der CSU zumal einen exponierten Befürworter, der auch im CSU-Parteivorstand nach mehrmonatigen Diskussionen einen Beschluss für eine Verfassungsklage gegen den Grundlagenvertrag mit der DDR erreichte.[852] Ebenso wie die anderen Subakteure äußerten sich neben dem Parteichef weitere Führungskräfte im Vorfeld sowie am Tag der Unterzeichnung des Prager Vertrags kritisch wegen der Mehrdeutigkeit der Übereinkunft und bemängelten, dass erneut der Weg des geringsten Widerstands gegangen worden sei und deutsche Anliegen zu den Akten gelegt worden waren.[853]

---

[847] Münchener Merkur, 22.10.1973; „25 Jahre Landsmannschaft Schlesien“.
[848] AAZ, 12.12.1973, „Opposition übt scharfe Kritik“.
[849] Donaukurier, 21.12.1973, „Solange es in Bayern eine Regierung Goppel gibt, wird sich an der freundschaftlichen Verbundenheit zwischen der Staatsregierung und den Heimatvertriebenen nichts ändern“.
[850] Vgl. SZ, 18.04.1973; „CSU: Beispiel der Intoleranz“; Donaukurier, 19./20.04.1973; „Sudetentag ohne offiziellen Gruß. Landsmannschaft kontert mit Einladung an Gegner Streit zwischen „Demokratischer Aktion“ und CSU“.
[851] Münchner Merkur, 17.05.1973, „Kein Vertreter der Stadt beim Sudetentreffen“; Vgl. Straubinger Tagblatt, 17.05.1973, „Kein SPD-Gruß für Sudetendeutsche“; tz, 17.05.1973, „Kein Geld für Vertriebene“.
[852] Ähnlich wie im Bayerischen Kabinett war die Stimmungslage nicht eindeutig und lediglich Arbeitsminister *Pirkl* unterstützte *Strauß* mit Verweis auf die Vertriebenen, vgl. ausführlich bei: *Blumenwitz*, 1995, S. 342-346.
[853] So meldete beispielsweise der stellvertretende CSU-Vorsitzende *Werner Dollinger* im Juni 1973 starke Bedenken an, da die Nichtigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Prag als „von Anfang an null und

Ähnlich wie bei den anderen Subakteuren fiel auch bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft und dem Sudetendeutschen Rat die Beschäftigung mit den Verhandlungsthemen während der „Denkpause" der Vertragsverhandlungen vergleichsweise spärlich aus. Im Mittelpunkt ihrer Aktivität standen bis 1973 daher zum einen das Bekräftigen ihrer grundsätzlichen Positionen und zum anderen die Auseinandersetzung mit der Ostpolitik im Hinblick auf die Bundestagwahlen im November 1972, bei denen sie ihre Hoffnungen auf einen Wahlsieg der Union setzten.[854] Neben den bekannten sudetendeutschen Forderungen wurde aber immer wieder die Menschenrechtssituation in der Tschechoslowakei thematisiert: So forderte SL-Sprecher *Walter Becher* noch vor der heißen Wahlkampfhase in einem offenen Brief an Bundesaußenminister *Walter Scheel*, die Verhandlungen mit der Tschechoslowakei so lange auszusetzen, bis die „Verfolgung freiheitsbewusster Menschen in der Tschechoslowakei eingestellt beziehungsweise rückgängig gemacht" werden.[855] Der Bundestagswahlkampf und die Auseinandersetzung mit der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition waren bei allen Vertriebenenveranstaltungen im letzten Quartal 1972 präsent. Von früherer Überparteilichkeit der Vertriebenenverbände war dabei nichts mehr zu spüren. So nutzte *Walter Becher* in seiner Doppelfunktion als Sprecher der SL und CSU-Bundestagsabgeordneter den Tag der Heimat in Würzburg im September 1972 zu scharfen Angriffen gegen die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesregierung, um „ein wenig abzurechnen mit denen, die über uns entschieden haben".[856] Neben ihm waren zahlreiche CSU-Vertreter als Ehrengäste anwesend. Zusätzlich dazu organisierten die Vertriebenenverbände Wahlkampfveranstaltungen, Diskussionsrunden oder Politische Frühschoppen, in denen sich CSU-Politiker der Bundes- und Landesebene vorstellen und referieren konnten.[857] In einem offiziellen Wahlaufruf machte der Bundesvorstand der SL – vergleichbar zu den Wahlen drei Jahre zuvor – seine Präferenz trotz überparteilicher Rhetorik deutlich:

> „Die kommenden Bundestagswahlen werden weitreichende Entscheidungen für die Innen –und Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland herbeiführen. Sie bieten desgleichen die legitime Möglichkeit, ein Votum für oder gegen die Deutschland- und Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel abzugeben. […] Vom überparteilichen Standpunkt der Sudetendeutschen Landsmannschaft aus wollen wir sie zudem nach der Einstellung bewerten, die sie zu dem Prager Verlangen der Annullierung des Münchner Abkommens ´von Anfang an´ einnehmen. Wahltag ist Zahltag!"[858]

Nach den Bundestagswahlen bestand die Strategie der Sudetendeutschen Landsmannschaft gegenüber der im Amt bestätigten Bundesregierung darin, auf deren parteiunabhängige Obhutspflicht zu verweisen und Gehör und Mitsprache in den Verhandlungen mit der ČSSR einzufordern.[859] Bereits bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen zum Prager Vertrag warnte die Sudetendeutsche Landsmannschaft vor einer Abschwächung der deutschen Position. Bei einer Konsultation im Auswärtigen Amt im April 1973 hatten Ver-

---

nichtig" und von der Bundesregierung als „jetzt nichtig" ausgelegt werden könne; SZ, 04.06.1973; „CSU: Bedenken gegen Vertrag mit Prag"; Vgl. AAZ, 12.12.1973, „Scharfe Kritik der Opposition".

[854] Vgl. *Franzen*, 1995, S. 71.

[855] Die WELT, 29.07.1972, „Mit Verhandlungen warten"; Die WELT, 02.08.1972, „Sudetendeutsche gegen Gespräch mit Prag".

[856] Main Post, 18.09.1972, „Bonn soll von Prag 100 Millionen verlangen".

[857] Vgl. MZ, 13.11.1972, „Herbert Wehner hat uns alle getäuscht".

[858] SdZ, 10.11.1972, S. 1.

[859] Vgl. Entschließung der Bundesversammlung der SL vom 03.12.1972, aus: SdZ, Folge 49, 08.12.1972, S. 1.

treter von SL und SR – darunter die CSU-Bundestagsabgeordneten *Walter Becher* und *Fritz Wittmann* – Gelegenheit, ihre Standpunkte vorzutragen.[860] Die mangelnde Beteiligung an den Verhandlungen blieb aber auch nach der Konsultation eine der Hauptkritikpunkte der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die sie im Vorfeld der Paraphierung des Prager Vertrages im Juni 1973 noch intensivierte. So erklärte CSU-MdB und SL-Bundesvorstandsmitglied *Fritz Wittmann* Anfang Juni in einer von der Sudetendeutschen Landsmannschaft veröffentlichten Mitteilung, dass der Prager Vertrag aufgrund der Rechtsunsicherheit für die Sudetendeutschen gegen das Grundgesetz verstoße und äußerte starke Bedenken.[861] Auf dem Sudetendeutschen Tag in München verlas SL-Sprecher *Walter Becher* einen Appell der SL-Bundesversammlung, indem sie die Bundesregierung aufforderte, noch vor der Paraphierung des Vertrages gehört zu werden und den Termin der Paraphierung zu verschieben.[862] Das Pfingsttreffen selbst, das zeitgleich mit weiteren BdV-Kundgebungen in Deutschland stattfand, war fast symbolisch für die mittlerweile erreichte Einigkeit zwischen CSU und SL bzw. der Union und den Vertriebenen im bundesdeutschen Rahmen geworden:

> „Was an Abgesandten der Koalitionsparteien fehlte, machte die CSU durch demonstrativ vermehrte Anwesenheit mehr als wett. Gefeierter Mittelpunkt war Alfons Goppel, bayerischer Ministerpräsident, Schirmherr und getreuer Ekkehard.“[863]

Der Zuspruch für die Vertreter der CSU ebenso wie der CDU bei anderen Kundgebungen in Köln und Essen fiel überaus begeistert aus, auch wenn Ministerpräsident *Goppel* und Arbeitsminister *Pirkl* differenziert argumentierten und die Verdienste der Bundesregierungen trotz Kritik an der grundlegenden Vorgehensweise erwähnten. Auch *Becher* lobte zwar die größere Geduld bei der Verhandlungsführung, übernahm aber erneut die Rolle des scharfen Kritikers der Regierungsparteien SPD und FDP und erhob „lauten und offenen Protest“ gegen die Vorgehensweise der Bundesregierung.[864] In einer gemeinsamen Erklärung verdeutlichten die Landsmannschaften der Schlesier, Sudetendeutschen und Ostpreußen ihre Haltung zu den Ostverträgen, verwiesen auf ihre Leistungen beim Aufbau der Bundesrepublik und kündigten das Festhalten am Heimatrecht an.[865] Nach Bekanntwerden der Formulierung des Prager Vertrages wandte sich *Becher* in einem offenen Brief im Namen der SL an Bundeskanzler *Brandt*, in welchem er Einspruch erhob.[866] Als Leiter des Rechtsreferats der SL kam CSU-MdB *Fritz Wittmann* in einer Analyse des Vertrages ebenfalls zu einem ablehnenden Urteil, das am 8. Juli 1973 zu einem Memorandum und dem Beschluss, Rechtsverwahrung gegen den Vertrag einzulegen, führte.[867] Auf der Grundlage des Memorandums gaben die SL-Bundesversammlung sowie der Sudetendeutsche Rat

---

[860] Vgl. Volksbote, 04.05.1973, S. 3.
[861] FAZ, 05.06.1973, „Bedenken der Sudetendeutschen gegen Vertrag mit Prag“.
[862] Vgl. MZ, 12.06.1973, „Gemeinsame Proteste gegen Bonner Ostpolitik“.
[863] FR, 12.06.1973, „Beifall wuchs zum Sturm, als der getreue Ekkehard die sudetendeutsche Fahne schwenkte“, FAZ, 12.06.1973, „Schirmherr Goppel von Sudetendeutschen stürmisch begrüßt“.
[864] FAZ, 12.06.1973, „Vertriebene: Ostverträge bieten Chancen“; vgl. MM; 12.06.1973, „Scharfer Protest der Vertriebenen“; NZ, 12.06.1973, „Im Zwiespalt der Verträge“.
[865] FR, 12.06.1973; FAZ, 12.06.1973, „Vertriebene: Ostverträge bieten Chancen“.
[866] Vgl. Die WELT, 19.06.1973, „Sudetendeutsche wollen zum Vertrag gehört werden“; SdZ, Folge 25, 22.06.1973, S. 1.
[867] Vgl. *Franzen*, 1995, S. 84; DOD, 10.07.1973, „Kein Ausgleich – Kein neuer Anfang“.

am 14. Juli abgestimmte Erklärungen zum am 20. Juni paraphierten deutsch-tschechoslowakischen Vertrag ab. Die SL-Bundesversammlung kritisierte darin, dass er ohne ihre Mitbestimmung entstanden war, Doppeldeutigkeiten und historische Falschdarstellungen enthalte und daher sowohl für die sudetendeutsche Volksgruppe als auch das Tschechische Volk weder verpflichtend noch berechtigend sei.[868]

Bei der Erklärung des Sudetendeutschen Rates setzten sich die Vertreter von CDU und CSU mit ihren Formulierungen durch, während ein Gegenentwurf der SPD-Mitglieder nicht angenommen wurde. In der endgültigen Abstimmung über die Erklärung, in der auf die Obhutspflicht der Bundesregierung gegenüber den Heimatvertriebenen verwiesen, Rechtsverwahrung gegen den Vertrag eingelegt und die Bundesregierung zu Klarstellungen zur Vertreibung sowie zur Beantwortung des Memorandum zum Vertrag aufgefordert wurde, enthielten sich die Vertreter von FDP und SPD schließlich.[869] Im August übergab das Präsidium des Sudetendeutschen Rates mit dem Vorsitzenden, dem CDU-Bundestagsabgeordneten und UdV-Vorsitzenden *Hermann Götz*, Bundeskanzler *Willy Brandt* vor dessen Reise nach Prag einen Brief an die tschechoslowakische Regierung, in dem er sich gegen die Legitimierung von Vertreibung im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Vertrages wandte.[870] Auch SL-Sprecher und CSU-MdB *Becher* versuchte nach der Paraphierung in einem Briefwechsel mit dem deutschen Verhandlungsführer *Frank* die Ablehnung der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu bekräftigen.[871] Bei Vertriebenenveranstaltungen forderte *Becher* weiterhin Bundeskanzler *Brandt* auf, die Verhandlungen mit Prag erst nach tief gehenden Veränderungen in der Tschechoslowakei fortzusetzen.[872] Ihren Widerstand und ihre strikte Ablehnung äußerten der BdV und die Sudetendeutsche Landsmannschaft ebenso wie die anderen Subakteure des Netzwerkes in scharfer Form am Tag der Unterzeichnung des Vertrages, wobei SL-Sprecher *Becher* dem Vertrag das „Kainsmal der Unaufrichtigkeit“ attestierte.[873]

8.3.4 Dritte Phase: Ratifizierung des Prager Vertrages

Handlungsrahmen

Nach dem erfolgreichen Abschluss der Vertragsverhandlungen, der Paraphierung im Juni und der offiziellen Unterzeichnung des Vertrages im Dezember 1973 standen sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch der Tschechoslowakei die parlamentarischen Ratifikationsprozesse an. In der ČSSR wurde diese Hürde nach einem Antrag der Staatsregierung im März 1974 von der Bundesversammlung am 15. Juli 1974 ohne Gegenstimme

[868] Vgl. *Zündorf*, 1979, S. 97; Sudetendeutscher Rat e.V. (Hrsg.), Der Prager Vertrag in den Parlamenten, 1975, S. 251.
[869] Vgl. ebd., S. 249 f; zum Entwurf der SPD-Delegation des Sudetendeutschen Rates vgl. ebd., S. 252; vgl. SZ, 16.07.1973, „Stimmenthaltung bei Sudetendeutschen“; Die WELT, 16.07.1973, „Becher nennt den Vertrag zwischen Bonn und Prag unehrlich“; FAZ, 16.07.1973, „Sudetendeutsche appellieren an Bonn“.
[870] Die WELT, 03.08.1973, „Sudetenduetscher Rat: Keine Legitimierung der Vertreibung“.
[871] Der Briefwechsel zusammengestellt bei: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), Politische Studien, Sonderheft 1/1974. Bundesrepublik Deutschland – ČSSR. Beiträge und Dokumente zum Vertrag vom 11. Dezember 1973; Dokument Nr. 14, S. 79-84.
[872] Vgl. Volksbote, 14.09.1973, „Verhandlungen erst nach Prager Lossage von Unterdrückung fortsetzen“.
[873] AAZ, 12.12.1973, „Scharfe Kritik der Opposition“.

angenommen.[874] In der Bundesrepublik rückten nach dem Grundlagenvertrag mit der DDR, dem in der Öffentlichkeit höchste Aufmerksamkeit zuteilgeworden war, wirtschaftliche, soziale und innenpolitische Fragen im Vergleich zum Prager Vertrag stärker in den Vordergrund. Nachdem an der Spitze der CDU bereits 1973 mit dem Rücktritt von Rainer Barzel ein Wechsel zu Karl Carstens als Oppositionsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Helmut Kohl als CDU-Parteivorsitzender stattgefunden hatte, folgte im Mai 1975 Helmut Schmidt als Bundeskanzler auf Willy Brandt, der im Zug der Guillome-Affäre zurücktreten musste.[875]

Die Macht- und Mehrheitsverhältnisse in den beiden zentralen parlamentarischen Arenen, in welchen über die Ratifikation des Prager Vertrages abgestimmt wurde, stellten sich nach wie vor eindeutig dar, im Bundestag sogar bedeutend klarer als bei Moskauer und Warschauer Vertrag, über die vor der Bundestagswahl 1972 abgestimmt worden war: Während mit SPD und FDP die Regierungskoalition im Bundestag dominierte, hielten die CDU/CSU-geführten Bundesländer die Mehrheit im Bundesrat inne. Aufgrund dieser Konstellation konnte die Union daher von einer erfolgreichen Ratifikation des Vertrages ungeachtet ihres Abstimmungsverhaltens im Bundestag und Bundesrat ausgehen. Obwohl sich die Unionspolitiker über den Entwurf des Prager Vertrages bei dessen Unterzeichnung zuvor noch grundlegend deutlich positiver als zu dessen Vorgänger geäußert hatten, schöpfte die Union unter Federführung der CSU im Ratifikationsprozess alle ihr zustehenden Einspruchsmöglichkeiten aus, die aufgrund des engen Zusammenhangs und Ablaufs zunächst kurz dargestellt werden sollen: Nachdem der Bundesrat den Prager Vertrag am 8. März 1974 mit den Stimmen der CDU/CSU-regierten Länder abgelehnt hatte, nahm der Bundestag ihn mit der Mehrheit von SPD und FDP gegen 190 Stimmen der Opposition an. Im Anschluss daran rief der Bundesrat den Vermittlungsausschuss an, in dem SPD/FDP am 27. Juni 1974 den Einspruch der Union zurückwiesen. Eine erneute Zurückweisung des Bundesrates am 01. Juli 1974 überstimmte der Bundestag letztendlich am 10. Juli, wodurch der Vertrag ratifiziert wurde und am 19. Juli 1974 schließlich mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten konnte.[876] Das zentrale Problem, das die Vertragsverhandlungen dominiert hatte, sorgte wenige Tage vor der endgültigen Ratifikation erneut für Aufregung: So hatte eine bekannt gewordene Interpretation des Vertrages von tschechoslowakischer Seite zu Irritationen geführt. Diese stellte fest, dass aus der Formulierung der Präambel eine Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an herauszulesen sei. Das Auswärtige Amt reagierte und berichtigte, dass im Vertrag aus deutscher Sicht nur eine Nichtigkeit für die Zukunft gelte.[877] Zuvor war jedoch aufgrund der Klage einer Reihe von Sudetendeutschen erneut eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts notwendig.[878] Dieses gab dem Antrag auf einstweilige Anordnung der

[874] Vgl. SZ, 16.07.1974, „CSSR verabschiedet Prager Vertrag".
[875] Vgl. *Baring*, 1998, S. 867 ff; *Brandt,* 1989.
[876] Vgl. FAZ, 11.07.1974, „Der Bundestag stimmt dem Vertrag mit Prag zu"; FAZ, 20.07.1974, „Der Vertrag mit Prag ist in Kraft"; SZ, 19.07.1974, „Genscher und Chnoupek setzen Prager Vertrag in Kraft"; *Lemke*, S. 159; Sudetendeutscher Rat e.V. (Hrsg.), Der Prager Vertrag in den Parlamenten, 1975.
[877] Vgl. Die WELT, 17.07.1974, „Bonn weist Interpretationen Prags zurück".
[878] Vgl. FAZ, 13.07.1974, „Verfassungsgericht verwirft Antrag gegen Prager Vertrag".

Aussetzung der Unterzeichnung der Ratifikationsurkunden oder deren Austauschs in einem Urteil am 11. Juli aber nicht statt.[879]

Aktivitäten der Subakteure des Netzwerks

Fraktionsintern setzten sich CDU und CSU bereits im Januar 1974 intensiv mit dem Abstimmungsverhalten im Ratifikationsprozess des Prager Vertrages auseinander. Sowohl die Arbeitsgruppe Außenpolitik des Arbeitskreises V der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als auch die vom Fraktionschef eingesetzte Arbeitsgruppe zum deutsch-tschechoslowakischen Vertrag empfahlen eine Ablehnung des Vertrages.[880] Bis Mitte März 1974 war trotzdem noch immer nicht endgültig klar, welches Abstimmungsverhalten CDU und CSU im Bundestag genau an den Tag legen würden, auch wenn eine Ablehnung des Vertrages weniger umstritten war, als beim Moskauer und Warschauer Vertrag zuvor, wie die internen Diskussionen in Arbeitskreis und Arbeitsgruppe belegten.[881] Bereits in der ersten Lesung am 27. März 1974 wurde der Gegensatz in der Positionierung zwischen SPD/FDP und CDU/CSU sowie die Ablehnung der Union offen sichtbar. Aus der Unionsfraktion meldeten sich mit dem Sprecher der SL *Walter Becher* als Redner sowie *Herbert Czaja* und *Fritz Wittmann* vor allem Vertreter der Vertriebenen zu Wort, machten ihre ablehnende Haltung zum Vertrag deutlich und warfen SPD und FDP vor, durch die Akzeptanz eines einseitigen Geschichtsverständnisses der Tschechoslowakei sudetendeutsche Interessen leichtfertig aufgegeben zu haben.[882] Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Vertriebenenpolitiker *Heinrich Windelen* erklärte im Anschluss an die Beratungen öffentlich, dass die Ankündigung einer Ablehnung durch CDU und CSU aufgrund der Mehrdeutigkeit des Vertragsentwurfes notwendig geworden war.[883] Die folgenden Beratungen im Außen- und Rechtsausschuss des Bundestages versuchte die Union zu verzögern und weitere Lesungen im Bundestag hinauszuschieben. So stellte sie in beiden Ausschüssen Anträge, nicht in die Sachberatungen einzutreten und weigerte sich zunächst, Sondersitzungen im Bundestag einzuberufen. Daher war noch im Mai 1974 unklar, ob die Ratifizierung noch vor der Sommerpause vollzogen werden konnte.[884] Auch wenn sich an der Haltung der Unionsfraktion ebenso wenig änderte wie bei den Mitgliedern der Regierungskoalition, war offen, wie die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag abstimmen würde.[885] Da sich diese

[879] Vgl. ebd; vgl. *Blumenwitz*, 1985, S. 141-143. Insgesamt strengten fünf Sudetendeutsche eine Verfassungsklage an. Zum Verlauf der Klage sowie zu weiteren Klagen gegen den Prager Vertrag nach 1974 siehe: Benrather Kreis (Hrsg.), Der Prager Vertrag vor dem Bundesverfassungsgericht, Heft 2 der Schriftenreihe des Benrather Kreises, Düsseldorf 1977.

[880] Vgl. *Tiggemann*, 1998, S. 149.

[881] Ebd.; so berichtete der Volksbote: „in Bonn heißt es, dass die Bundestagsfraktion der CDU/CSU noch keine endgültige Entscheidung über ihre Haltung zu dem Abkommen getroffen hat“, Volksbote, 15.03.1974, „Sudetendeutsche Bedenken geteilt“.

[882] Vgl. *Lummer*, Heinrich, Die Positionen des Deutschen Bundestages zur sudetendeutschen Frage, in: *Eibicht*, Rolf-Josef, 50 Jahre Vertreibung, Tübingen 1995, S. 226-234; S. 230; FAZ, 28.03.1974, „Die Union legt ihre Bedenken gegen das Abkommen mit Prag im Bundestag ein“; SZ, 29.03.1974, „Union: Prager Vertrag ist mehrdeutig“.

[883] Original-Pressemitteilung des stellvertretenden CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden *Heinrich Windelen*, Pressestelle der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, 04.04.1974.

[884] Vgl. Parl.-Polit.-Pressedienst, Nr. 7, 17.05.1974, „CDU/CSU wollte Prag-Vertrag-Beratung stoppen“; vgl. FR, 20.05.1974, „Ratifizierung verzögert sich“.

[885] So vermutete der stv. Rechtsausschussvorsitzende *Kurt Mattik* „dass sich die Mehrheit der CDU/CSU-Mitglieder inzwischen mit diesem Vertrag abgefunden haben könnte, auch wenn es keine Zustimmung der

Situation nach den sich an die Erste Lesung anschließenden Ausschussberatungen nicht geändert hatte, war es erneut am Vertriebenenpolitiker *Windelen*, kurz vor der Abstimmung anzukündigen, dass die Fraktion „bei ihrer ablehnenden Haltung bleiben“[886] würde. Entsprechend fiel das Votum der Unionsfraktion, anders als bei den Abkommen mit der Sowjetunion und Polen, bei der zweiten und dritten Lesung am 19./20. Juni 1974 geschlossen gegen den Ostvertrag mit der Tschechoslowakei aus. Als Gründe führte die Union im Bundestag ebenso wie im Bundesrat übereinstimmend die Ungleichgewichtigkeit der Aussagen über die Vergangenheit in der Präambel des Vertrags, die unklare Regelung in der Frage des Münchener Abkommens, der Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen sowie der Geltung der Rechtsordnung zwischen 1938 und 1945 in den sudetendeutschen Gebieten, eine mangelhafte Regelung der humanitären Fragen und eine ungenügende Einbeziehung Berlins im Vertragsabschluss in die konsularischen Beziehungen beider Staaten an.[887]

Die Ablehnung durch 190 Fraktionsmitglieder wurde von einer Erklärung neun sudetendeutscher Bundestagsabgeordneter, die der UdV-Vorsitzende *Hermann Götz* anlässlich der Abstimmung zur Ratifikation des Vertrages übergab, flankiert.[888] Mit *Walter Becher*, *Erich Riedl*, *Fritz Wittmann* und *Siegfried Zoglmann* waren vier CSU-Abgeordnete unter den Unterzeichnern der Erklärung, in der sie öffentlichkeitswirksam gegen den Vertrag Einspruch erhoben, weil er „unserer Meinung nach weder der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, noch der Verständigung mit dem tschechischen und slowakischen Volk dient“.[889] Darüber hinaus schlossen sich die Bundestagsabgeordneten den im Juli 1973 eingelegten Rechtsverwahrungen des Sudetendeutschen Rates und der Sudetendeutschen Landsmannschaft an.[890] Endgültig ratifiziert wurde der Vertrag nach erfolglosem Durchlaufen des Vermittlungsausschusses, einem erneuten Einspruch des Bundesrates und weiteren Verzögerungsversuchen durch die CDU/CSU-Fraktion schließlich in einer Sondersitzung des Bundestages am 10. Juli, in der die CDU und CSU wiederum mit Nein stimmten und *Werner Marx* als Sprecher für die Opposition die Bedenken wiederholte. Er erläuterte, dass eine Reihe von Punkten „nicht geregelt, schlecht geregelt oder ungenügend formuliert“ sei und daher zwar grundsätzlich Ja zu Aussöhnung

---

Opposition geben dürfte“; Parl.-Polit.-Pressedienst, 21.05.1974, „Ausschussberatungen für ČSSR-Vertrag Anfang Juni beendet“; vgl. SZ, 18.06.1974, „Der Vertrag mit der CSSR“.

[886] Stuttgarter Zeitung, 20.06.1974, „Union lehnt Vertrag mit der CSSR ab“.

[887] Vgl. SZ, 20.06.1974, „Schlußdebatte über den Vertrag mit Prag“; Die WELT, 20.06.1974, „CDU/CSU stimmt Vertrag mit Prag nicht zu“; vgl. *Wittmann*, Fritz, Auslegungsprobleme um den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag vom 11. Dezember 1973, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), Politische Studien, Sonderheft 1/1974, S. 30-38, S. 31.

[888] Erklärung nach § 59 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, Abgeordnete *Baier*, Dr. *Becher* (Pullach), Dr. *Götz*, Dr. *Klepsch*, *Kunz* (Berlin), Dr. *Riedl* (München), *Werner*, Dr. *Wittmann* (München), Zoglmann zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, Drs. 7/1832, Quelle: Sudetendeutscher Rat e.V. (Hrsg.), Der Prager Vertrag in den Parlamenten, 1975, S. 166 ff; Vgl. Volksbote, 21.06.1974; vgl. *Habel*, 2003, S. 822 ff. Die Erklärung selbst wurde bereits am 12.12.1973 vorbereitet, vgl. *Blumenwitz* 1985, S. 132 ff.

[889] Volksbote, 21.06.1974; „Erklärung neun sudetendeutscher Bundestagsabgeordneter anlässlich der Abstimmung über das Ratifizierungsgesetz zum deutsch-tschechoslowakischen Vertrag“.

[890] Ebd.

und Verständigung, aber Nein zum Vertrag gesagt werden müsse.[891] Den Austausch der Ratifikationsurkunden bezeichnete *Marx* eine Woche darauf vor dem Hintergrund der Unstimmigkeiten über unterschiedliche Interpretationen des Präambel- und Vertragstextes als „zynischen Akt“[892] und stellte eine zukünftige positive Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei infrage.

Bereits am 8. März 1974 und damit vor dem Deutschen Bundestag hatte sich der Bundesrat mit dem Gesetzentwurf zum Prager Vertrag auseinandergesetzt. Dies geschah auf Initiative des Freistaats Bayern in einem gemeinsamen Antrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein, der die Ablehnung des Vertrages und Gesetzentwurfes beinhaltete. Zunächst hatte nur Bayern die Ablehnung des Vertrages aufgrund „mehrdeutiger Regelungen“[893] angekündigt, während das Abstimmungsverhalten der anderen von der Union regierten Bundesländer unklar war. Das Vorgehen des Freistaates sowie seiner Vertreter im Bundesrat wurde zuvor in einer offiziellen Beratung in der Bayerischen Staatskanzlei mit den „Spitzenkörperschaften der Sudetendeutschen“ abgesprochen.[894] Kurzfristig verständigten sich die CDU/CSU-Länder auf eine Ablehnung und setzten damit gerade im Hinblick auf die später anstehenden Bundestagsberatungen ein klares Zeichen gegen den Vertrag.[895] Dadurch erreichten CDU und CSU, dass noch vor den Vertragslesungen im Deutschen Bundestag in der zweiten Arena Bundesrat der Vertrag abgelehnt und der Widerspruch öffentlich wurde.[896] In ihrer Begründung verwiesen die CDU/CSU-geführten Länder auf die bekannten Argumentationen wie die Mehrdeutigkeit bezüglich der Nichtigkeit des Münchener Abkommens, die unvollständige Darstellung des historischen Sachverhalts, die Legitimierung der Vertreibung der Sudetendeutschen oder zu kulanten Umgang mit der Tschechoslowakei ohne entsprechende Gegenleistungen.[897] Der bayerische Arbeitsminister *Fritz Pirkl* trat dabei als Berichterstatter auf und begründete in einer Rede im Bundesrat die Antragstellung. Vom Lob für die Verhandlungsführung der Bundesregierung, die noch wenige Monate zuvor geäußert worden war, nahm er in seinem Redebeitrag Abstand und kritisierte die Unausgewogenheit, Doppeldeutigkeit und Unverbindlichkeit der Aussagen im Vertrag. Dazu nahm *Pirkl* zum Abschluss seiner Rede in einigen Bemerkungen „speziell aus bayerischer Sicht“ explizit Bezug auf die Sudetendeutschen und verwies auf die enge Verbindung im Zug der Schirmherrschaft des Freistaates sowie die gemeinsame Geschichte des bayerisch-böhmischen Raumes. Mit Blick auf die Vertreibung der Sudetendeutschen sei Bayern daher an einem Ausgleich gelegen, der „eine ehrliche Grundlage für die Begegnung

[891] Vgl. SZ, 11.07.1974, „Vertrag mit Prag endgültig gebilligt“; vgl. Die WELT, 22.06.1974; „Vermittlungsausschuß zum Vertrag mit Prag angerufen“; vgl. FAZ, 02.07.1974, „Prager Vertrag noch nicht wieder vor Bundestag“.
[892] Die WELT, 19.07.1974, „Marx: Der Austausch ist ein zynischer Akt“.
[893] Münchner Merkur, 06.03.1974, „Bayern lehnt CSSR-Vertrag ab“.
[894] *Becher*, Walter, Zeitzeuge. Ein Lebensbericht, Langen Müller, München 1990, S. 385.
[895] Vgl. Die WELT, 09.03.1974, „Bundesrat: Nein zum Vertrag mit Prag – Ja zum Sperrvertrag“.
[896] Vgl. „Sudetendeutsche Bedenken geteilt. Nein der Bundesratsmehrheit zum Vertrag mit Prag“, Volksbote, 15.03.1974.
[897] Vgl. Protokoll der 402. Sitzung des Bundesrates am 7. Und 8. März 1974, Punkt 3; in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), Politische Studien, Sonderheft 1/1974. Dokument Nr. 16, S. 88-92; Zum Wortlaut des Bundesratsbeschlusses vgl. Die WELT, 09.03.1974, „Bundesratsvorum zu Prag im Wortlaut“; vgl. Stuttgarter Zeitung, 07.03.1974, „Bedenken der CDU/CSU-Länder gegen Prager Vertrag“. FAZ, 07.03.1974, „Baden-Württemberg lehnt Vertrag mit Prag ab“.

und Versöhnung schafft und nicht einfach bestehende Probleme dadurch zu lösen versucht, dass man sie nicht zur Kenntnis nimmt“.[898] Wie eng die Entscheidungsfindung der Bayerischen Staatsregierung zum Prager Vertrag mit den sudetendeutschen Organisationen schließlich SL und SR verknüpft war, stellte *Pirkl* im Anschluss ganz offen dar:

> „Die *Bayerische Staatsregierung* hat daher vor ihrer Entscheidung über diesen Vertrag den legitimierten Vertretern der Sudetendeutschen Gelegenheit zur Meinungsäußerung gegeben. Diese Meinungsäußerung hat in den auch der Bundesregierung zuleiteten Stellungnahmen des *Sudetendeutschen Rates* und der *Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft* vom 14. Juli 1973 sowie in dem von sudetendeutscher Seite am 8. Juli 1973 vorgelegten Memorandum über die Rechtsfragen des Vertrages ihren schriftlichen Niederschlag gefunden. **Kernpunkte dieser Stellungnahmen finden weitgehende Berücksichtigung auch in diesem unserem dem Hohen Hause vorliegenden Antrag**.“[899]

Die Positionen von SL und SR, die bereits im Juli 1973 – und damit vor der Unterzeichnung und den in diesem Zusammenhang noch deutlich zurückhaltenderen Äußerungen von Vertretern der Staatsregierung – veröffentlicht waren, wurden von der Bayerischen Staatsregierung also übernommen und gemeinsam mit den CDU-Bundesländern als Argumentation gegen den Prager Vertrag verwendet. In einer Gegenäußerung zur Stellungnahme des Bundesrates bekräftigte die Bundesregierung, dass sie im Unterschied zu den CDU/CSU-Landesregierungen überzeugt sei, dass der Prager Vertrag keine einseitigen deutschen Zugeständnisse enthalte, sondern der Entwicklung „dauerhafter gutnachbarlicher Beziehungen mit der ČSSR“ förderlich sei.[900]

Die nunmehr einhellige Ablehnung des Prager Vertrages durch die Bayerische Staatsregierung artikulierte auch Ministerpräsident *Alfons Goppel* bei einer Vertriebenenveranstaltung in seiner Eigenschaft als Schirmherr der Sudetendeutschen öffentlich und bezeichnete den Vertrag aufgrund der mehrdeutigen Formulierungen, dem Verschweigen des Unrechts der Vertreibung und einer verbindlichen Klarstellung der Rechte der Vertriebenen als „nicht akzeptierbar“. Daher habe die Bayerische Staatsregierung die Ablehnung durch die CDU/CSU-Bundesratsmehrheit veranlasst.[901] Nachdem der Bundesrat erwartungsgemäß von der Bundestagsmehrheit der Regierungskoalition überstimmt worden war, legten CDU und CSU erneut unter Federführung des Freistaats Bayern Einspruch gegen den Vertrag ein und riefen den Vermittlungsausschuss an. In diesem Fall ergriff Ministerpräsident *Goppel* das Wort im Bundesratsplenum und erneuerte sowohl die Bedenken als auch die Ablehnung des Vertrages.[902] Durch die notwendig gewordene Abstimmung im Vermittlungsausschuss sowie im Deutschen Bundestag wurde erreicht, dass die endgültige Ratifizierung

---

[898] Ebd., S. 92.
[899] Ebd; Hervorhebung durch den Verfasser.
[900] FR, 26.03.1974, „Abkommen nicht mehrdeutig“; SZ, 25.03.1974, „Bonn: Keine einseitigen Zugeständnisse an die CSSR“; vgl. *Blumenwitz*, 1985, S. 138.
[901] Vgl. NZ, 18.03.1974, „Goppel gegen den Vertrag“; MZ, 18.03.1974, „Mit den Verträgen soll Vertriebenen das Recht auf ihre Heimat aus der Hand geschlagen werden“.
[902] Vgl. SZ, 02.07.1974, „Erneut Einspruch gegen Prager Vertrag“; FAZ, 22.06.1974, „Bundesrat: Vertrag mit Prag in den Vermittlungsausschuss“; FR, 22.06.1974„CDU stoppt Vertrag mit Prag“; Vgl. „Einspruch des Freistaats Bayern im Deutschen Bundesrat gegen den 1. Prager Vertrag“, 21. Juni 1974, in: *Habel*, 2003, S. 824-826. *Goppel* sprach neben Bayern zugleich für die Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein.

„nach einem wahren Hindernislauf“[903] trotz der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse nochmals verzögert wurde.

Die Sudetendeutschen verfielen nach der Unterzeichnung des Prager Vertrages nicht in Lethargie, sondern setzten im Vorfeld der Beratungen und Abstimmungen in Bundesrat und Bundestag weiterhin auf öffentlichen Protest gegen den Vertrag, wobei sich ihre Kritik im Kontext der gesamten Ostpolitik massiv gegen die Bundesregierung und die Regierungsparteien richtete. Im Rahmen der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Senatssaal des Bayerischen Landtages warf CSU-MdB und SL-Sprecher *Walter Becher* der Bundesregierung vor, mit der Ostpolitik die Teilung Deutschlands perfekt gemacht zu haben und erneuerte seine Ablehnung gegen den Prager Vertrag. Dabei warf *Becher* der Bundesregierung „Verrat“ an der den Sudetendeutschen versprochenen Solidarität vor und dankte im Gegenzug ausdrücklich der Bayerischen Staatsregierung für ihren Widerstand gegen den Vertrag.[904] Der Bayerische Ministerpräsident *Goppel* bedauerte, dass die Argumente der Sudetendeutschen nicht berücksichtigt worden waren. Deshalb fehle dem Vertrag „das innere Gleichgewicht, weswegen wir ihn nicht für akzeptierbar halten“, stellte er die Position Bayerns nochmals heraus und kündigte eine baldige Kabinettsentscheidung über die Einrichtung eines Sudetendeutschen Zentrums an, das „ein neues Zeichen […] für die Verbundenheit und Solidarität mit unseren sudetendeutschen Bürgern“ setze.[905] Mit einem Beschluss, der den Bundesvorstand beauftragte, „alle verfassungsrechtlichen Möglichkeiten gegen das Abkommen zu prüfen und auszuschöpfen“,[906] unterstrich die SL-Bundesversammlung nochmals ihre Entschlossenheit zum Widerstand gegen den Vertrag. Bei einer am gleichen Wochenende in München stattfindenden Solidaritätskundgebung von Schlesiern und Sudetendeutschen unterstrichen sie ihre Ablehnung *aller* Ostverträge. Dabei kamen ausschließlich Politiker von CDU und CSU zu Wort. So betonte der CDU-Bundestagsabgeordnete und Sprecher der Landsmannschaft Schlesien *Herbert Hupka*, dass mit den Verträgen von Warschau und Prag den Vertriebenen „das Recht auf die Heimat aus der Hand geschlagen“[907] werde. Mit Blick auf die Debatte im Zug der Ersten Lesung des Prager Vertrages im Deutschen Bundestag kritisierte CSU-Bundestagsabgeordneter und Leiter des Rechtsreferats der SL, *Fritz Wittmann* bei der SL-Landesversammlung in Nordrhein-Westfalen das Geschichtsverständnis vieler Bundestagskollegen und empfahl diesen „Nachhilfeunterricht über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen zu nehmen“.[908] Mit einer politischen Entschließung der Delegierten der Landesversammlung erneuerte die SL zudem öffentlich ihre Ablehnung gegen den Vertrag.[909]

Bei den deutschlandweiten Pfingsttreffen der Vertriebenenverbände und dem Sudetendeutschen Tag 1974 wenige Tage vor der Abstimmung im Deutschen Bundestag über den Prager Vertrag lassen sich zwei Tendenzen konstatieren. Zum einen waren die Ver-

[903] *Zündorf*, 1979, S. 97.
[904] Vgl. Münchner Merkur, 18.03.1974, „Striktes Nein zum Vertrag“; FAZ, 18.03.1974, „Sudetendeutsche wiederholen ihr Nein“.
[905] Vgl. SZ, 18.03.1974, „Scharfe Kritik am Vertrag mit Prag“.
[906] Münchner Merkur, 18.03.1974, „Striktes Nein zum Prager Vertrag“.
[907] MZ, 18.03.1974, „Mit den Verträgen soll Vertriebenen das Recht auf ihre Heimat aus der Hand geschlagen werden“.
[908] SdZ, 05.04.1974.
[909] Vgl. ebd.

anstaltungen von scharfen Attacken gegen die Ostpolitik, die sozialliberale Koalition und den Prager Vertrag gekennzeichnet. So forderte SL-Sprecher *Walter Becher*, den Vertrag bei der Ratifizierungsdebatte „nicht einfach über die Bühne [zu] jagen" und appellierte an den Bundestag und alle Parteien, den Vertrag nicht zu billigen und den Hintergrund der Verträge zu prüfen.[910] Vorwürfe der SPD, die die Angriffe der Vertriebenenfunktionäre als nationalistisch kritisierte, wiesen CDU und CSU wiederum zurück. Beispielsweise erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Eduard Ackermann*, dass es bekannte Methode der SPD sei, Angriffe auf ihre Ostpolitik als friedensstörend zu bezeichnen.[911] Zum anderen stellte die Sudetendeutsche Landsmannschaft auf ihrem 25. Pfingsttreffen mit dem Motto „Dank an Bayern!" ihre gewachsene enge Bindung an den Freistaat Bayern heraus und würdigte die Verdienste bei der Aufnahme der Vertriebenen sowie um die Vertretung derer Anliegen. Auch wenn der Dank an den Freistaat Bayern gerichtet war und neben dem ehemaligen Ministerpräsidenten *Hanns Seidel* auch dessen SPD-Amtsvorgänger *Wilhelm Hoegner* für dessen Verdienste mit dem Europäischen Karlspreis geehrt wurde, zeigte sich die gewachsene enge Bindung der SL an die CSU.[912] Welche Intensität der Verbindung sich innerhalb der Koalition für beide Partner, sowohl Sudetendeutsche Landsmannschaft als auch Bayerische Staatsregierung bzw. CSU in den zurückliegenden Jahren entwickelte hatte, lässt sich mit einem Ausschnitt aus einem Bericht der katholischen Tageszeitung *Deutsche Tagespost* zusammenfassen:

> „Dieser aufrichtige Dank an Bayern bezieht sich nicht nur auf die vorbildlichen sozialen Leistungen des Freistaates Bayern, deren gerade die Sudetendeutschen in so reichem Maße teilhaftig wurden. **Er bezieht sich gerade jetzt auf die politische Haltung der Bayerischen Staatsregierung und der CSU. Und er gilt deren Kampf gegen das Prager Abkommen**, das die Forderungen der Sudetendeutschen nach Wiedergutmachung negierte und die barbarische Austreibung überhaupt nicht erwähnt. **Hatten bis 1972 alle politischen Parteien der Bundesrebpulik (sic!) die Sudetendeutschen umworben und sich als Verteidiger des Selbstbestimmungsrechts angepriesen, so ist seit Brandts Ostwendung offenkundig geworden, daß nur noch die Unionsparteien auch heute noch zu ihrem Versprechen stehen**, während die sozialistisch-liberale Regierungsfront vergessen hat, was sie vor dem Machtwechsel erklärte."[913]

8.4 Zwischenfazit

Der Politikwissenschaftler *Christian Hacke* konstatierte in einer Analyse der Ost- und Deutschlandpolitik von CDU und CSU, dass sich beide Oppositionsparteien mit ihrem geschlossenen Nein gegen den Prager Vertrag sowie den nachdrücklichen Widerspruch auf allen möglichen Ebenen im Ratifikationsprozess „keinen guten Dienst erwiesen"[914] hätten.

---

[910] Vgl. NZ, 31.05.1974, „Sudetendeutsche danken Bayern", „Der Karlspreis für Seidel und Hoegner"; MZ, 04.06.1974, „Dr. Becher: Vertrag nicht einfach über Bühne jagen"; Stuttgarter Zeitung, 04.06.1974, „Neue Proteste von Vertriebenenverbänden gegen die Ostpolitik der Bundesregierung"; Die WELT, 04.06.1974, „Vertrag mit CSSR nicht ratifizieren"; SZ, 04.06.1974, „Vertriebene gegen Bonner Ostpolitik".

[911] Deutsche Tagespost, 04./05.06.1974, „Proteste gegen Bonner Ostpolitik"; MZ, 04.06.1974, „Dr. Becher: Vertrag nicht einfach über die Bühne jagen".

[912] NZ, 31.05.1974, „Sudetendeutsche danken Bayern"; FAZ, 04.06.1974, „Schärfere Töne bei den Sudetendeutschen".

[913] Deutsche Tagespost, 11.06.1974, „Vierter bayerischer Stamm"; Stuttgarter Zeitung, 04.06.1974, „Neue Proteste von Vertriebenenverbänden gegen die Ostpolitik der Bundesregierung"; Hervorhebung durch den Verfasser.

[914] *Hacke*, Christian, Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Gütersloh 1975, S. 106.

Sie hätten es versäumt, die außenpolitische Glaubwürdigkeit der Union sowie die innenpolitische Überzeugungskraft für eine christlich-demokratische Friedenspolitik zu stärken. Als Gründe für diese erstaunlich hartnäckig ablehnende Haltung der Union bei den Abstimmungen in Bundestag und Bundesrat findet sich eine Gemengelage von innerparteilichen sowie äußeren Bedingungen. So kann eine grundsätzliche außenpolitisch relevante Rechtsentwicklung der Union selbst bei gleichzeitiger Schwächung der flexibleren Gruppierungen im konservativen Lager angeführt werden, die jeweils ihre Kräfte auf anstehende innere Reformen zur Weiterentwicklung vor allem innerhalb der CDU konzentrieren mussten. Dazu kann die vergleichsweise geringe Erfahrung des neuen CDU-Vorsitzenden *Helmut Kohl* eine Rolle gespielt haben, ebenso wie die im Vergleich zu den vorigen Ostverträgen geringe Aufmerksamkeit für den Prager Vertrag in der bundesdeutschen Öffentlichkeit.[915] Zudem könnte die einhellige, geschlossene Ablehnung bei gleichzeitiger Gewissheit, dass der Vertrag letztendlich aufgrund der Regierungsmehrheit im Bundestag doch ratifiziert würde, als Zugeständnis an die Gegner in der CDU/CSU-Fraktion, Einheitsdemonstration in der Öffentlichkeit und Beweis der „Gesinnungsstärke“[916] gerade gegenüber den Vertriebenenverbänden eingeordnet werden.[917] Neben dieser Auflistung an Einzelfaktoren, die das Verhalten von CDU und CSU beeinflusst haben könnten, bietet die systematische und nach Phasen geordnete Aufschlüsselung der Aktivitäten von CSU (und CDU) sowie der Sudetendeutschen Landsmannschaft (sowie den Vertriebenenverbänden) weitergehende Möglichkeiten, das Akteurshandeln sowie die Entwicklung des Netzwerkes zu analysieren.

Auf der Grundlage der systematischen Darstellung der Aktivitäten der Netzwerkakteure lassen sich eine Reihe von Rückschlüssen bezüglich der Bedeutung von *Rahmenbedingungen*, der Aktivität der *Netzwerkakteure* sowie der *Wechselwirkung* ihrer Interaktionen im Netzwerk auf die Akteure selbst sowie das Gesamtnetzwerk ziehen. Generell lassen sich in der Verbindung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft sowie im weiteren Rahmen zwischen CDU/CSU und den Vertriebenenverbänden im Verlauf des Fallbeispiels substanzielle Veränderungen feststellen, die aufgrund eines Zusammenwirkens von grundlegenden Ausgangsbedingungen, begünstigenden Rahmenbedingungen sowie strategischen Entscheidungen beider Akteure zustande kamen. So wirkte der gleichzeitige Eintritt der CSU (wie der CDU) in die Opposition und die Umsetzung der Neuen Ostpolitik durch die sozialliberale Koalition gleichsam als „Katalysator“ für die Bindung beider Akteure, da sie in ihrer konträren Position zu den Regierungsparteien gleichsam durch externen Druck geeint wurden. Auf dieser Grundlage wurden strategische Entscheidungen zur jeweiligen Vertiefung der Beziehungen getroffen: Während für die CSU ebenso wie die CDU die Schärfung des eigenen Profils sowie die Erschließung neuer Wählerpotenziale ausschlaggebend waren, entwickelten sich die Unionsparteien für die Vertriebenenverbände aufgrund der inhaltlichen Neuausrichtung von SPD und FDP zunehmend zum einzigen Ansprechpartner für ihre Forderungen und Anliegen. Während die Kontakte, Konsultationen sowie personellen Verflechtungen zwischen

[915] Vgl. *Lemke*, 1992, S. 160.
[916] Vgl. *Bender*, 1995, S. 197.
[917] Am deutlichsten zeigt sich dies nach *Franzen* bei der Bayerischen Staatsregierung, die mit ihrer Unterstützung der Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft kein politisches Risiko einging, da dies im Kontext des Kalten Krieges ohne direkte Folgen für das Bundesland Bayern blieb. Für die CSU habe es zudem einen Versuch bedeutet, das programmatische Profil und Gewicht der Partei zu erhöhen, vgl. *Franzen*, 2007, S. 295.

Vertriebenenverbänden und den Parteien der Sozialliberalen Koalition immer schwächer wurden, nahmen sie in gleichem Maß mit der CDU und CSU zu, sodass sich ein ausgeprägtes Austauschsystem im Sinne einer Patron-Klient-Beziehung zwischen CDU/CSU und den Vertriebenenverbänden bzw. der CSU und der Sudetendeutschen Landsmannschaft entwickelte. Dies ist als ständig voranschreitender Prozess zu sehen, wobei sich die enge Beziehung zwischen beiden Akteuren bzw. Akteursgruppen immer stärker institutionalisierte und die Union die Verbandsforderungen im Gegenzug für Wahlkampfunterstützung vertrat. In prozessualer Hinsicht kann das vorliegende Beispiel in die Phase der Formierung des Netzwerks eingeordnet werden.

Mit Blick auf die einzelnen Subakteure im Netzwerk lässt sich eine gewisse Aufgaben- und Rollenverteilung konstatieren. In der CSU-Landesgruppe innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die aufgrund der Zuständigkeit bei den Vertragsratifizierungen am stärksten im Blickpunkt stand, machte sich die steigende personelle Verflechtung von Funktionsträgern der Sudetendeutschen Landsmannschaft bemerkbar. Im Hinblick auf die Policy „Münchener Abkommen“ übernahm die CSU-Landesgruppe die Thematisierung der Anliegen der Vertriebenen und nutzte die öffentliche Aufmerksamkeit sowie ihre Möglichkeiten in Abstimmungen. In geringerem Maß galt dies für die CSU-Landtagsfraktion, da sie selbst kaum Einflussmöglichkeiten hatte und daher vor allem die Thematisierung übernahm. Anhand der differenzierten Haltung der Bayerischen Staatsregierung im Verlauf der Vertragsverhandlungen der BRD mit der ČSSR wird deutlich, dass der Einfluss der Sudetendeutschen Landsmannschaft durchaus begrenzt war. Die Schirmherrschaft des Freistaats Bayern gewann aber an Bedeutung und begünstigte die Annäherung von CSU und SL. Aktiv tätig wurde die Bayerische Staatsregierung neben finanzieller Unterstützung und öffentlichen Äußerungen vor allem im Zug der Ratifizierung des Prager Vertrages, indem sie im Bundesrat eine Schlüsselrolle im Einspruch gegen den Vertrag einnahm. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft zeichnete sich ihrerseits nicht nur durch einhellige Unterstützung der CSU ebenso wie der CDU aus, sondern bot deren Vertretern auch eine Plattform. Ergänzend lassen sich weitere Erkenntnisse und Besonderheiten festhalten:

- Der Handlungsrahmen im Politikfeld der „deutsch-tschechoslowakischen bzw. der bayerisch-tschechoslowakischen Beziehungen“ war aufgrund der internationalen Lage eingeschränkt.
- Dennoch erwiesen sich die bilateralen Beziehungen im Politikfeld als besser als im Hinblick auf die Policy.
- Die Stellung der Vertriebenen in CDU wie CSU wurde ab 1969 schrittweise stärker, sie konnten sich aber nicht vollständig und durchgehend durchsetzen (Moskauer Vertrag, Warschauer Vertrag).
- Die CSU etablierte bereits frühzeitig ein im Vergleich zur CDU engeres Bündnis mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft.
- Die parteipolitischen Alternativen der Vertriebenenverbände nahmen im Zug ihrer starken Positionierung und Unterstützung für die Unionsparteien in den Bundestagswahlkämpfen 1969 und 1972 auf der einen und der Positionierung von SPD und FDP auf der anderen Seite deutlich ab.
- Die Kombination von zunehmenden Konsultationen, personellen Verflechtungen sowie gegenseitiger Unterstützung von CSU und Sudetendeutscher Landsmann-

schaft bei gleichzeitig wachsender Distanz zwischen Vertriebenenverband und SPD/FDP beförderte die Koalitionsbildung zwischen den Akteuren.

- Für die Unionsparteien als Volksparteien erwies sich die eindeutige Positionierung zu den Vertriebenen sowie gegen die Ostpolitik als nicht förderlich, da die Mehrheit der Bevölkerung der Ostpolitik der Bundesregierung zustimmte.
- Die personelle Vertretung der Vertriebenen in der CSU sowie in der CDU machte sich positiv für die parteiinterne Resonanz ihrer Anliegen bemerkbar.

9 Die sudetendeutsche Frage und der Deutsch-Tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag 1992

Während im Rahmen der vorigen Fallstudie die Entwicklung und Formierung des Netzwerkes zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft im breiteren Kontext der Ostverträge nachgezeichnet und analysiert werden konnten, bietet das zweite Fallbeispiel die Möglichkeit, andere Schwerpunkte zu setzen: Im Rahmen der Vorgeschichte, Vorbereitung und Umsetzung des Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages von 1992, unter besonderer Berücksichtigung der sudetendeutschen Problematik, können die Mechanismen des Netzwerkes bei Beteiligung von CSU (und CDU) an der Bundesregierung erarbeitet werden. Das Netzwerk findet in dieser Phase grundlegend andere Rahmenbedingungen als in der Phase der Ostpolitik der 1970er Jahre vor. Als Untersuchungszeitraum wurde sich auf die Phase zwischen 1989 als Umbruchjahr in Deutschland, der Tschechoslowakei und Osteuropa sowie dem Abschluss des Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages 1992 fokussiert.

9.1 Der Problemfall der Forderung des „Rechts auf Heimat" der Sudetendeutschen und der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag

9.1.1 Historischer Kontext: Ungelöste Fragen im Zusammenhang mit der Vertreibung und die Deutsch-Tschechoslowakische Annäherung nach 1989

Im Zug der nahezu gleichzeitig ablaufenden und ineinandergreifenden internationalen, europäischen sowie innerstaatlichen Veränderungsprozesse waren die Rahmenbedingungen der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen ab 1989 einem grundlegenden Wandel unterworfen. Indem sich die zuvor über Jahrzehnte bestehende starre Aufteilung in unterschiedliche ideologische Systeme sowie die jeweiligen Blockzugehörigkeiten auflösten, konnte nun eine Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen Deutschlands zu den mittel- und osteuropäischen Staaten in einem gesamteuropäischen Kontext einsetzen.[918] Dies brachte jedoch auch zwischenstaatliche Problemfelder wie die Behandlung von historischen Fragestellungen auf die Tagesordnung, die zuvor weitgehend ausgeklammert worden waren.[919] So kristallisierte sich bald eine ambivalente Situation heraus: Während auf

[918] Vgl. *Handl*, Vladimír, The Multilateral Policy of Germany vis-á-vis the Central European Countries, in: *Pick*, Otto et al., 1999, S. 67-77; *Handl*, Vladimír, Tschechisch-deutsche Beziehungen zwischen Vergangenheit und Europäisierung, in: *Weigl*, Michael (Hrsg.), Folgenlose Nachbarschaft? Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen, Hamburg 2006, S. 47-64, S. 48 f; vgl. FR; 05.02.1990, „Zeichen für ein neues Klima. Deutsche und Tschechoslowaken wollen Normalisierung auf entspannte Art".
[919] Vgl. *Hilf*, Rudolf, Deutsche und Tschechen, Opladen 1995, S. 155.

der einen Seite Versöhnung, Annäherung sowie ein Dialog zwischen Deutschland und dem tschechoslowakischen Nachbarn, der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (ČSFR) als dem Nachfolgestaat der ČSSR, auf allen Ebenen wieder möglich geworden waren, erwies sich die „unbewältigte Vergangenheit“[920] vor allem im Zusammenhang mit der Vertreibung der Sudetendeutschen erneut als Problem im zwischenstaatlichen Verhältnis. Vor 1990 wurde die Vertreibung, deren Ursachen, Wirkung und Folgen sowohl innerhalb der tschechoslowakischen Gesellschaft als auch zwischen den Staaten kaum diskutiert, sodass eine echte Aufarbeitung der Vergangenheit nicht stattfinden konnte.[921] Auch der Prager Vertrag hatte diesen Themenblock bis auf die intensive Diskussion über die Gültigkeit des Münchener Abkommens noch weitgehend außen vor gelassen. Eine herausragende Rolle spielten die historischen Problemstellungen bis dahin daher weder in der Tschechoslowakei noch in der Bundesrepublik.

In Deutschland waren die Rollen nach dem Abschluss der Ostverträge in den 1970er Jahren klar verteilt: Während die CDU und CSU als Oppositionsparteien ihre engen Verbindungen zu den Vertriebenenverbänden bekräftigten, erhielten ihre Anliegen von der sozialliberalen Bundesregierung wenig Aufmerksamkeit und Unterstützung. Die spezielle sudetendeutsche Problematik fand lediglich im Umfeld der Sudetendeutschen Tage oder bei aktuellen Anlässen größere öffentliche Beachtung. Diese vergleichsweise geringe Wahrnehmung änderte sich nach dem Regierungswechsel zur CDU/CSU-FDP-Koalition nach 1982 zunächst nur ansatzweise, auch wenn Rhetorik und vertriebenenpolitische Einstellung der Bundesregierung nun deutlich positiver als bei ihren Vorgängerinnen ausfielen. Im Verlauf der Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa fand die Thematik jedoch sowohl in der Bundesrepublik als auch in den betroffenen östlichen Nachbarstaaten spürbar größere Aufmerksamkeit.[922]

Grundsätzlich hatten sowohl die deutsche als auch die tschechoslowakische Seite Interesse an einer positiven Entwicklung ihrer Beziehungen. Die christlich-liberale deutsche Bundesregierung mit Bundeskanzler *Helmut Kohl* betonte nach dem Fall der Berliner Mauer und im Rahmen der Vorbereitungen zur deutschen Wiedervereinigung die Kontinuität der integrativen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik und stellte die deutsche Einheit in den Kontext der Überwindung der europäischen Teilung.[923] So war der Bundesrepublik Deutschland sowohl im Wiedervereinigungsprozess als auch darüber hinaus an einer Stabilisierung seines Umfeldes gelegen. Deshalb begann die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP zügig damit, ihre politischen, kulturellen sowie wirtschaftlichen Beziehungen zu den ehemaligen Ostblockstaaten durch Nachbarschaftsverträge den neuen

[920] *Lazar*, Boris, Der deutsch-tschechische Nachbarschaftsvertrag und die Erklärung über Aussöhnung, in: *Schweisfurth*, Theodor et al. (Hrsg.), Deutschland Polen Tschechien – auf dem Weg zur guten Nachbarschaft, Berlin 1999, S. 39-44, S. 39.
[921] Vgl. *Gamp*, Ina, Die deutsch-tschechischen Beziehungen im Strudel der Vergangenheit, in: *Hofmann*, Dirk und *Lämmer*, Thomas, Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union, Göttingen 2002, S. 27-42, S. 28.
[922] Vgl. *Witte*, 2002, S. 41, S. 82.
[923] *Helmut Kohl* in seinem 10-Punkte-Programm zur Deutschen Einheit im November 1989; vgl. *Piepenschneider*, Melanie, Die Europapolitik Helmut Kohls 1982-1989, in: *Rinsche*, Günther (Hrsg.), Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien, Köln 1997, S. 77-88; *Schmalz*, Uwe, Deutsche Europapolitik nach 1989/90: Die Frage von Kontinuität und Wandel, in: *Schneider*, Heinrich (Hrsg.), Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen, Bonn 2002, S. 15-68, S. 55 ff.

Gegebenheiten anzupassen.[924] Diese sind als ideelle Weiterentwicklung der Ostverträge aus den 1970er Jahren zu sehen, wie auch der vergleichbare chronologische Ablauf der Verhandlungen zunächst mit der Sowjetunion und schließlich mit den weiteren mittel- und osteuropäischen Staaten belegt. Hinsichtlich Inhalt, Thematik und Aufbau glichen sich die Verträge, in denen zum einen Grenzregelungen und friedliche Zusammenarbeit bekräftigt und zum anderen umfassende Vereinbarungen zur Kooperation in einer Vielzahl von Politikfeldern getroffen wurden. Unterschiede in den bilateralen Beziehungen wurden jeweils vor allem in Präambeln behandelt und verdeutlicht.[925]

9.1.2 Das „Recht auf Heimat" als Oberbegriff der sudetendeutschen Forderungen in den Vertragsverhandlungen

Die Sudetendeutschen waren nach wie vor diejenige gesellschaftliche Gruppe in Deutschland, welche sowohl von Entwicklungen in der Tschechoslowakei als auch dem Umgang mit historischen Fragestellungen im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis in besonderem Maß betroffen waren. Daher meldeten sie sich frühzeitig zu Wort und formulierten Forderungen nach Aufarbeitung der Nachkriegsgeschehnisse, Entschädigungen, Rückkehrrechten in die Heimat sowie Selbstbestimmung. Das „Recht auf Heimat" als Oberbegriff für eine Reihe von sudetendeutschen Anliegen machten sie zur Bedingung für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und dem tschech(oslowak)ischen Nachbarn sowie dessen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft. Für die deutsche Seite, die nach wie vor das Potsdamer Abkommen nicht als Legitimierung für die Vertreibung der Sudetendeutschen anerkannte, war die Forderung des Heimatrechts der Vertriebenen daher ein Kriterium, das berücksichtigt werden musste. Hatte sich die Diskussion um den Prager Vertrag noch auf die Frage des Zeitpunktes der Nichtigkeit des Münchener Abkommens konzentriert, so ist im Hinblick auf die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen bezüglich einer neuen vertraglichen Grundlage der Beziehungen ein ganzer Fragen- und Forderungskomplex historischen Ursprungs festzuhalten, den die Sudetendeutsche Landsmannschaft formulierte.[926] Anhand des Oberbegriffs des Rechts auf Heimat lassen sich aber vornehmlich die sudetendeutschen Forderungen auf Entschädigungen für die verlorenen Besitztümer sowie Recht auf Rückkehr subsumieren. Darüber hinaus stellte die Landsmannschaft dies in den Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungs- und Volksgruppenrecht, woraus sie Restitutions- und Entschädigungsansprüche ableitete.[927] Des Weiteren forderte sie eine Anerkennung der Rechte der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei ein.[928] Grundlage dafür sollte eine umfassende historische und moralische Aufarbeitung der Vergangenheit und damit eine Anerkennung des Unrechts der Vertreibung darstellen. Die Auseinandersetzung mit der Vertreibung sowie der Notwendigkeit von Entschädigungsleistungen sollte im Nachbarschafts-

[924] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 92.
[925] Vgl. *Weidenfeld*, Werner und *Korte*, Karl-Rudolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999, S. 603 f.
[926] Vgl. *Witte*, 2002, S. 101 ff.
[927] *Götze*, Andreas, Der schwierige Weg zur Verständigung. Zur sudetendeutschen Frage in den deutsch-tschechischen Beziehungen nach 1989, in: Osteuropa 45, Heft 11, Stuttgart 1995b, S. 1034-1047, S. 1037 f.
[928] Vgl. Die WELT, 05.11.1990, „Sudetendeutsche schrecken Prag auf".

vertrag festgeschrieben werden. Um dies zu gewährleisten, wollte die Sudetendeutsche Landsmannschaft zudem eine direkte Beteiligung an den Verhandlungen erreichen. Mit CDU und CSU, die gemeinsam mit der FDP seit 1982 die Regierungskoalition in Deutschland stellten, konnten die Vertriebenen grundsätzlich auf Unterstützung durch die Bundesregierung hoffen. Dies machte Bundeskanzler *Helmut Kohl* (CDU) bereits in seiner Regierungserklärung vom Oktober 1982 deutlich, in der er das Recht auf Heimat explizit ansprach und die von der Vorgängerregierung geschlossenen Verträge als lediglichen „Modus vivendi“[929] bezeichnete. So bekannte sich *Kohl* zwar im Vorfeld von Verhandlungen mit der Tschechoslowakei zum Ziel, die „offenen Fragen der gemeinsamen Geschichte abzuschließen“.[930] Die traditionelle (west-)deutsche Rechtsauffassung, die Vermögens- und Eigentumsansprüche der Vertriebenen anzuerkennen und gegenüber den mittelosteuropäischen Staaten zu vertreten, blieb jedoch bestehen.[931]

Für die ČSFR stand dahingegen im Mittelpunkt, die bestehenden Fragen „aus der Themenliste der deutsch-tschechischen Beziehungen zu streichen“ und eine abschließende Regelung der historischen Agenda festzuschreiben.[932] Neben der Bestätigung der bestehenden Grenzen wurde erneut ein Versuch unternommen, die Nichtigkeit des Münchener Abkommens *ex tunc* und damit die Kontinuität der Existenz ihrer Staatlichkeit seit 1918 festzuhalten sowie Entschädigungen für die Opfer der nationalsozialistischen Besetzung und im Grundsatz eine Nulllösung bei offenen Vermögensfragen zu vereinbaren. Grundlegender Dissens zur deutschen Position bestand darin, dass die tschechoslowakische Seite die Vertreibung nach wie vor als völkerrechtlich legal einordnete.[933] Ein echter, nachhaltiger „Schlußstrich“[934] unter die Vergangenheit und eine unbelastete Beziehung zu Deutschland waren für die Tschechoslowakei aber auch deswegen von Bedeutung, weil sie deutsche Unterstützung bei ihren geplanten Beitritten zu europäischen und internationalen Organisationen (EG/EU, NATO) benötigte.

Die bilateralen Beziehungen, welche sich bereits bei den vorhergehenden Abkommen wie dem bereits behandelten Prager Vertrag von 1973/74, aber auch bei Folgeverträgen wie einem Kulturabkommen 1978 als im Vergleich zu anderen Staaten wie beispielsweise Polen schwieriger erwiesen hatten, stellten sich im Hinblick auf einen deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag vor allem aufgrund Problemstellungen historischen Ursprungs im Zusammenhang mit der Vertreibung der Sudetendeutschen als belastet heraus. Die sudetendeutsche Problematik mit dem Oberbegriff des Rechts auf Heimat kristallisierte sich dabei zu einem zentralen Konfliktpunkt, der die Vertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei verzögerte und die innenpolitischen Auseinandersetzungen im Vorfeld sowie bei der Umsetzung und Ratifizierung des Vertrages dominierte.

---

[929] Regierungserklärung von Bundeskanzler *Helmut Kohl* (CDU): Ostverträge: Modus vivendi; 23.10.1982; in: *Habel*, 2003, S. 854.
[930] *Götze*, 1995a, S. 92.
[931] Vgl. *Allstadt*, Markus, Die offene Völkerrechtslage im deutsch-tschechischen Verhältnis und ihre Bedeutung für die Osterweiterung der Europäischen Union, Lang, Frankfurt a.M. 2000, S. 141.
[932] *Hilf*, 1995, S. 158; vgl. *Link*, Werner, Tschechien und Deutschland. Ein mühsamer Versöhnungsprozess, in: *Vogel*, Bernhard (Hrsg.), Die politische Meinung, Nr. 404 Juli 2003, Osnabrück 2003, S. 33-39, S. 36.
[933] Vgl. *Hauner*, Milan, Tschechen und Deutsche in Mitteleuropa, in: *Kick*, Karl G. et al. (Hrsg.), Wandel durch Beständigkeit. Studien zur deutschen und internationalen Politik, Berlin 1998, S. 301-346, S. 341-346.
[934] *Handl*, 1995, S. 81.

9.2 Die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen zwischen Nachholbedarf, Anfangseuphorie und europäischer Wiedervereinigung

Die Ambivalenz im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis, welche bereits im Rahmen der ersten Fallstudie festgestellt worden war, blieb auch im Verlauf der folgenden Jahrzehnte virulent: Während die politischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem tschechoslowakischen Nachbarland auch nach dem Abschluss des Prager Vertrages nicht das Niveau erreichten, welches mit anderen sozialistischen Staaten des Ostblocks wie Polen oder Ungarn möglich war, entwickelte sich das Verhältnis in den weiteren Bereichen des Politikfeldes positiv.[935] Der wirtschaftliche Sektor übernahm nach wie vor die Aufgabe eines „Motors" der Annäherung zwischen beiden Staaten. So wurde die Verflechtung bereits 1975 mit einem Abkommen über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen, technischen und industriellen Zusammenarbeit vertieft, auch wenn die tschechoslowakische Seite immer wieder Zurückhaltung im Hinblick auf den Austausch von Wissen im Bereich der Hochtechnologie an den Tag legte.[936] Auf die zwischenstaatlichen Kontakte wirkte sich die Wirtschaft daher stabilisierend aus und half, „die Gesamtbilanz der Beziehungen zu verbessern".[937] Ähnlich lässt sich die Entwicklung in weiteren Bereichen wie Verkehr, Kultur, Tourismus und Bildung charakterisieren, in denen mit Vereinbarungen wie beispielsweise einem Kulturabkommen 1986 positive Akzente in der Zusammenarbeit gesetzt wurden.[938]

Eine Besonderheit ist festzuhalten: Diese Felder zeichneten sich durch weitgehende Entpolitisierung und praxisorientierte Ausrichtung aus. Historische Problemstellungen blieben dabei weitgehend außen vor, sodass die grundsätzlich nach wie vor existente Anspannung des politischen Verhältnisses gerade im Hinblick auf die ungelösten Fragen hinsichtlich der Bewertung der Vertreibung erhalten blieben, aber gleichwohl in anderen Bereichen eine Verbesserung möglich war. Während sich die Beziehungen im Zug der gesellschaftlichen Veränderungen des gesamten Ostblocks, beispielsweise durch einen Ausbau der Kontakte auf der Länderebene, vertieften, blieb die Entpolitisierung der Beziehungen bestehen. Daran veränderten auch gegenseitige Besuche wie des tschechoslowakischen Staatspräsidenten *Gustav Husák* 1978 sowie von Bundeskanzler *Helmut Kohl* 1988 wenig und ein „grundlegender Durchbruch"[939] oder gar eine Lösung der Differenzen blieb aus. Trotz der Ausklammerung der historischen Differenzen sowie der Entpolitisierung des Verhältnisses sorgten Äußerungen von Politikern auf den Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft wiederholt für politische Verstimmungen zwischen den Regierungen.[940] Seit dem Wechsel von der sozialliberalen zur christlich-liberalen Bundesregierung 1982 nahmen vor allem Unionspolitiker und Vertreter der Bundesregierung wieder verstärkt die Gelegenheit wahr, ihre Verbundenheit zu den Vertriebenen-

[935] Vgl. *Cordell* und *Wolff*, 2005 S. 57; *Handl*, 1995, S. 78.
[936] Vgl. dazu: *Altmann*, Franz-Lothar., Bilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland, in: Osteuropa 38, Heft 7/8, Stuttgart 1988, S. 726-736.
[937] *Handl*, 1995, S. 78.
[938] Vgl. *Witte*, 2002, S. 56 f.
[939] *Götze*, 1995a, S. 87.
[940] Vgl. *Witte*, 2002, S. 56 ff.

verbänden zum Ausdruck zu bringen. Dies führte regelmäßig zu empörten Reaktionen in der Tschechoslowakei sowie Revanchismusvorwürfen gegen Deutschland.[941]

Obwohl in politischer Hinsicht ein eher kühles Verhältnis konstatiert werden muss, das mit den Worten des deutschen Außenministers *Hans-Dietrich Genscher* noch erheblichen „Nachholbedarf"[942] aufwies, so zeigten sich mit der Vertiefung der Beziehungen in den weiteren Bereichen des Politikfeldes insgesamt Fortschritte in den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen. Komplementär setzten nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings" zwar nur ansatzweise geführte innergesellschaftliche Diskussionen der Nachkriegsereignisse in der Tschechoslowakei und eine Ernüchterung ihrer Sichtweise der DDR und der Sowjetunion ein.[943] Dies führte trotz der ungelösten historischen Fragen zu einer gewandelten Wahrnehmung (West-)Deutschlands.[944] Ausgehend von dieser positiveren Grundhaltung konnten die deutsch-tschechoslowakischen und in diesem Kontext die bayerisch-tschechoslowakischen Beziehungen in der Umbruchphase ab 1989 rasch Dynamik entwickeln. Bereits beim ersten Aufeinandertreffen der neuen politischen Führung der sich im Transformationsprozess befindenden Tschechoslowakei mit der Bundesregierung wurden Vereinbarungen und Absprachen zur Intensivierung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur und Umweltschutz getroffen.[945] Auch Gespräche über den Abriss der Grenzzäune und der Schaffung neuer Grenzübergänge, Beendigung der Visa-Pflicht im gegenseitigen Reiseverkehr wurden aufgenommen. Ergänzend zu Treffen auf Ministerebene wurden eine Vielzahl von Expertengremien sowie ein regelmäßiger Austausch eingerichtet. So einigte man sich bereits im Februar 1990 auf die Neueröffnung von insgesamt zehn neuen Grenzübergängen an der bayerisch-böhmischen Grenze.[946] Neben einem Investitionsschutzabkommen zwischen beiden Ländern unterzeichneten die Außenminister ein Abkommen über die Einrichtung von Kultur- sowie Informationszentren und einigten sich auf ein Protokoll über gegenseitige Konsultationen. Ebenso wurde ein Abkommen über die Einrichtung von Konsulaten in Bratislava und München vereinbart. Mit der Einberufung einer deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission wurde zudem ein erster Schritt zur Untersuchung der gemeinsamen Geschichte unternommen, die später noch

---

[941] Vgl. ebd., S. 82; vgl. exemplarisch zur Reaktion des tschechoslowakischen Außenministeriums auf den Sudetendeutschen Tag 1987, auf dem Vertreter der Bundesregierung wie der Sudetendeutsche Hans Klein (CSU), Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit , Prag zu einem Bedauern der Vertreibung aufgefordert hatte. Die ČSSR warf darauf hin der Bundesregierung vor, „Aktivitäten revanchistischer Kräfte" zu fördern und stellte die zwischenstaatlichen Beziehungen in Frage, vgl. taz, 09.06.1987, „Klein: CSSR soll zumindest bedauern", Sudetendeutsche Zeitung, 12.06.1987, „Faire Partnerschaft bedingt Respektierung auch unseres Rechts"; Prager Volkszeitung, 19.06.1987, „Gefährdung gutnachbarschaftlicher Beziehungen".

[942] So der Außenminister der BRD *Hans-Dietrich Genscher* 1987, vgl. FAZ, 02.03.1987; vgl. *Rouček*, 1990, S. 110.

[943] Vgl. *Pauer*, Jan, 1968: Der „Prager Frühling" und die Deutschen, in: *Brandes*, Detlef et al. (Hrsg.), Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848-1989, Essen 2007, S. 263-285, S. 278.

[944] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 87.

[945] Vgl. FAZ, 27.12.1989, „Genscher und Dienstbier öffnen den Zaun"; WELT am Sonntag, 24.12.1989, „Genscher durchschnitt den Stacheldraht an der CSSR-Grenze"; SZ, 27.12.1989, „Genscher: Relikt des Kalten Krieges beseitigt".

[946] Vgl. *Collegium Carolinum* (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 1. Quartal 1991, CC, München 1991, S. 16 ff; vgl. SZ, 03.02.1990, „Deutsch-tschechoslowakische Vereinbarungen. Reiseverkehr wird erleichtert".

vertieft werden sollte.[947] Der Freistaat Bayern nutzte die neu gewonnene Handlungsfreiheit im Verhältnis zu den mittelosteuropäischen Nachbarländern als erstes Bundesland, um Kooperationen aufzubauen und organisierte bereits im Januar 1990 eine grenzüberschreitende Konferenz, entsandte Delegationen und brachte Wirtschafts- sowie Verkehrsinfrastrukturprojekte auf den Weg. Auch die Ministerpräsidenten und jeweils zuständige Fachminister trafen sich mehrmals. Neben wirtschaftspolitischen Kooperationen intensivierte sich ferner die Zusammenarbeit bei Sicherheit und Bildung. Sogar grenzüberschreitende Euro-Regionen wurden geplant.[948]

Die positive Grundstimmung zwischen Deutschland und dem östlichen Nachbarn machte sich auch in der Vorbereitung der Deutschen Wiedervereinigung bemerkbar, bei der die Tschechoslowakei im Unterschied zu Polen, das auf eine Sicherung seiner Westgrenzen bestand, auf Forderungen verzichtete und die „2 plus 4"-Gespräche der beiden deutschen Staaten mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges erleichterte.[949] Dabei ging die tschechoslowakische Seite davon aus, dass die offenen Fragen in bilateralen Verhandlungen im Anschluss am besten geklärt werden könnten.[950] Diese Hoffnung machte sie in einer Erklärung zur deutschen Wiedervereinigung deutlich:

> „Die Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik begrüßt die Vereinigung Deutschlands und erwartet, dass es in absehbarer Zeit gelingt, alle Fragen der tschechoslowakisch-deutschen Zusammenarbeit zufriedenstellend zu lösen."[951]

Die Wiedervereinigung und die sich wandelnde Situation in ganz Mittel- und Osteuropa machten zudem eine Vielzahl an vertraglichen Vereinbarungen und Regelungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Nachbarstaaten notwendig. So wurden zwischen November 1989 und Oktober 1997 insgesamt 51 bilaterale Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei bzw. ab 1993 der Tschechischen Republik abgeschlossen, die darüber hinaus noch durch eine Reihe von Verträgen auf Länderebene ergänzt wurden.[952] Der angestrebte Deutsch-Tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag (in vollem Wortlaut *Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 27. Februar 1992*)[953] nahm dabei eine zentrale Bedeutung ein. Bei den Vertragsverhandlungen, die sich bis 1992 mehrmals verzögerten, kam jedoch der ambivalente Charakter der(sudeten)deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen erneut deutlich sichtbar zum Vorschein, wobei sich die histo-

---

[947] Als Vorsitzende wurden mit Prof. *Rudolf Vierhaus* und Dr. *Jan Křen* jeweils ein Vertreter aus beiden Ländern berufen, vgl. ebd., S. 88; vgl. *Kunštát*, 1998, S. 154. Auf die Vor- und Entstehungsgeschichte wird im Verlauf der Fallstudie nochmals kurz eingegangen.

[948] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 110 f.

[949] Vgl. *Bingen*, Dieter, Der lange Weg der „Normalisierung". Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1949-1990, in: *Eberwein*, Wolf-Dieter und *Kerski*, Basil (Hsrg.), Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, Opladen 2001, S. 35-60, S. 56 ff; vgl. *Novotný*, 2009, S. 135..

[950] Vgl. *Břach*, Radko, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei zur Zeit der „Regierung der nationalen Verständigung", Baden-Baden 1992, S. 71.

[951] Zit. nach: *Götze*, 1995a, S. 90 f.

[952] Vgl. ebd. S. 161.

[953] Europa-Archiv 47, 1992, Folge 10, D, S. 385-394.

rischen Belastungen im Zusammenhang mit der Vertreibung der Sudetendeutschen wiederum negativ auf das deutsch-tschechoslowakische Verhältnis auswirkten.[954]

9.3 Die Mechanismen des Policy-Netzwerks

9.3.1 Vorlauf: Annäherungen und Zeichen der Versöhnung im Kontext von Wende und Wiedervereinigung 1989-1990

Im Herbst 1989 entwickelten sich die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen sowohl generell als auch hinsichtlich der speziellen, historisch bedingten Fragestellungen positiv. So war die Stimmung in der von Dissidenten dominierten politischen Führung der Tschechoslowakei zu diesem Zeitpunkt durch Aufbruchsstimmung, Optimismus und einer im Vergleich zu anderen mittelosteuropäischen Staaten besonders vorbehaltlos befürwortenden Einstellung zur deutschen Wiedervereinigung geprägt.[955] Auch in der Bewertung der gemeinsamen Vergangenheit sendete die tschechoslowakische Seite versöhnliche Signale aus: Der spätere Staatspräsident der ČSFR *Václav Havel* äußerte bereits im November 1989 in einem Brief an den deutschen Bundespräsidenten *Richard von Weizsäcker* sein Bedauern über die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg:

> „Ich persönlich (…) verurteile die Vertreibung der Deutschen nach dem Krieg. Ich erachtete sie stets als eine zutiefst unmoralische Tat, die nicht nur Deutschen, sondern vielleicht in noch größerem Maße Tschechen allein sowohl moralische wie auch materielle Schäden zufügte. Wenn auf eine Böswilligkeit mit einer anderen Böswilligkeit geantwortet wird, bedeutet das, dass die Böswilligkeit nicht verdrängt wird, sondern sich ausdehnt."[956]

In einem Fernsehinterview im Dezember wiederholte *Havel* schließlich seine Überzeugung, dass „wir verpflichtet sind, uns gegenüber den Deutschen, die nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschoben wurden, zu entschuldigen".[957] Der designierte tschechoslowakische Außenminister *Jiří Dienstbier* griff die Thematik ebenfalls auf und regte neben der Einrichtung der länderübergreifenden Historikerkommission einen offenen Umgang mit der Vergangenheit sowie aufgrund der „moralische[n] Pflicht, uns dazu zu äußern was im Jahre 1945 gegenüber unschuldigen deutschen Frauen und Kindern in der Umgebung von Znaim, südlich von Brünn und in manchen anderen Gegenden geschah" ein Bekenntnis zu eigenen Vergehen im Zusammenhang mit der Vertreibung der Sudetendeutschen an.[958] Die Reaktion

---

[954] Vgl. *Kimminich*, Otto, Völkerrecht und Geschichte im Disput über die Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn, in: APuZ, B28/96, S. 28-38, S. 35.

[955] Vgl. *Břach*, 1992, S. 57 f; *Götze*, 1995a, S. 88; vgl. Interview mit dem tschechoslowakischen Außenminister *Dienstbier*, in: Nürnberger Nachrichten, 03.02.1990, „Keine Angst vor der Einheit".

[956] Zit. nach: *Beushausen*, Reiner, Die Diskussion über die Vertreibung der Deutschen in der ČSFR, Dokumentation Ostmitteleuropa, Marburg 1991, S. 10; vgl. Der Tagesspiegel, 28.01.1990, „Nicht nur Deutsche sind vertrieben worden"; vgl. *Habel*, 2003, S. 874.

[957] Äußerung des tschechoslowakischen Politikers *Václav Havel* im Fernsehen der ČSFR: Keine Rückkehr der Sudetendeutschen, aber Entschuldigungsverpflichtung, 23.12.1989, in: *Habel*, 2003, S. 877.

[958] Rede des ČSFR-Außenministers *Jiří Dienstbier* im ČSFR –Parlament: „Historikerkommission vereinbart/vorgesehen, Entschuldigung für Vertreibung", 19.12.1989, in: *Habel*, 2003, S. 875 f; vgl. General-Anzeiger,

des Bundespräsidenten auf die tschechoslowakischen Bestrebungen, in den zwischenstaatlichen Beziehungen eine neue Qualität zu erreichen, fiel dementsprechend positiv aus, sodass er die Annäherungsversuche sogar in seiner Weihnachtsansprache 1989 aufgriff.[959] Bezeichnend für die Bedeutung, die die tschechoslowakische Regierung dem Verhältnis zu Deutschland beimaß, ist zudem, dass ihre erste Auslandsreise im Januar 1990 nach Ost-Berlin und München führte. Vor allem der Besuch in der bayerischen Landeshauptstadt, welche dem Münchner Abkommen von 1938 den Namen verlieh, war aufgrund der symbolischen Wirkung von herausragender Bedeutung und ließ auf eine nachhaltige Neuordnung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen und Aufarbeitung der Vergangenheit hoffen. Neben Bundespräsident *von Weizsäcker* traf die tschechoslowakische Delegation mit Bundeskanzler *Kohl*, Außenminister *Genscher*, bayerischen Politikern sowie Vertretern der Oppositionsparteien aufeinander. In diesem „Geiste guter Nachbarschaft",[960] in dem sich die Spitzenrepräsentanten beider Staaten begegneten, fanden im Anschluss zahlreiche weitere Treffen auf höchster politischer Ebene statt, wobei sich besonders zwischen den beiden Präsidenten *von Weizsäcker* und *Havel* sowie den Außenministern *Genscher* und *Dienstbier* ein herzliches Verhältnis entwickelte.[961] Obwohl seine Äußerungen zur Vertreibung bereits im Herbst 1989 vor allem in der Kommunistischen Partei sowie Teilen der Gesellschaft heftige Reaktionen und Kritik an seiner als Blanko-Scheck interpretierten Geste gegenüber den Deutschen hervorgerufen hatten, wiederholte *Havel* im Rahmen der Gespräche in München – ebenso wie *Dienstbier* – seinen Standpunkt zur Verurteilung der Vertreibung.[962] Gleichzeitig stellte Außenminister *Dienstbier* aber klar, dass diese Äußerungen nicht bedeuteten, dass Verhandlungen über Entschädigungen für die sudetendeutschen Vertriebenen möglich seien. Einer Verknüpfung von Versöhnungsgesten mit etwaigen Entschädigungsleistungen erteilte er eine klare Absage:

> „[E]ine Verhandlung über irgendeine Entschädigung für den Transfer der deutschen Bevölkerung oder seine Abwicklung kommt nicht in Frage. Wenn wir nämlich die Schäden aufrechnen, die wir uns gegenseitig seit dem Jahre 1938 zugefügt haben, so müssen wir bedenken, dass alles, was wir während der letzten fünfzig Jahre durchlebt haben, auch dadurch verursacht wurde, dass Hitler und der deutsche Faschismus die europäische Ordnung zerstörten, dass sie den Krieg provozierten und dass dies durch einen bedeutenden Teil der sudetendeutschen Kräfte unterstützt wurde. […] Erst heute können wir wieder dort anknüpfen, wo wir im Jahr 1938 aufhörten."[963]

27.12.1989, „CSSR-Außenminister und Genscher für Historiker-Gruppe"; *Raue*, Maria Cornelia, Doppelpunkt hinter der Geschichte: Die Prager Deutschlandpolitik 1990 – 1997, Diss., Humboldt Universität, Berlin 2001, einsehbar im Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek, http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=966512650 [16.07.2009], S. 90 f. *Dienstbier* griff hinsichtlich der Historikerkommission einen Vorschlag der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf, den Sprecher *Franz Neubauer* bereits 1988 im Zug einer Pressemitteilung veröffentlicht hatte, vgl. Presseerklärung des Sprechers der SL Staatsminister a.D. *Franz Neubauer*, „Wir Sudetendeutschen bieten dem tschechischen Volk das Gespräch an", 16.09.1988, in: Habel, 2003, S. 870.

[959] Ebd.; vgl. *Witte*, 2002, S. 87.

[960] *Götze*, 1995a, S. 85.

[961] Ebd., S. 86; vgl. *Dienstbier*, Jiří, Deutsche und Tschechen – ein Neubeginn, in: *Koschmal*, Walter et al. (Hrsg.), Deutsche und Tschechen, München 2003, S. 420-432, S. 433 f; vgl. Nürnberger Nachrichten, 04.01.1990, „Die Minister treffen sich in Nürnberg".

[962] Vgl. *Kunštat*, Miroslav, Germany and the Czech Republic, in: *Pick,* Otto et al. (Hrsg.), Germany and East Central Europe since 1990, Prag 1999, S. 236.

[963] *Dienstbier*, Jíři, Das Vermächtnis der Charta 77 und Deutschland, in: *Liebermann*, Doris et al. (Hrsg.), Dissidenten, Präsidenten und Gemüsehändler, Essen 1998, S. 206-210, S. 209.

Erneut stießen der Besuch in München und die Äußerungen bezüglich der Vertreibung innenpolitisch ebenso auf Skepsis wie die vorbehaltlose Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung, bei der die tschechoslowakische Regierung auf eine bilaterale Lösung der Differenzen nach erfolgreichem Einigungsprozess baute.[964] Die Kritiker befürchteten, dass Zugeständnisse ohne konkrete Gegenforderungen zu immer neuen Forderungen der Sudetendeutschen und der deutschen Regierung führen würden.

Ungeachtet der negativen Begleittöne war die Stimmung zwischen Deutschen und Tschechen in der ersten Hälfte des Jahres 1990 von einer „Atmosphäre des Vertrauens und des Aufbruchs“[965] geprägt, die auch auf das Verhältnis zu den Sudetendeutschen positive Auswirkungen hatte. So wurden nicht nur zahlreiche Abkommen und Vereinbarungen geschlossen sowie kulturelle Begegnungen und Austausche organisiert, sondern auch die historische Auseinandersetzung mit der Einsetzung und dem Arbeitsbeginn der deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission vorangetrieben. Den Höhepunkt der Annäherung zwischen Deutschland und dem tschechoslowakischen Nachbarland stellte der Gegenbesuch des Bundespräsidenten *von Weizsäcker* in Prag am 15. März 1990, dem 51, Jahrestag des Einmarsches deutscher Truppen in der Tschechoslowakei, dar, in dessen Rahmen er auf *Havels* Versöhnungsgesten Bezug nahm und sowohl das schwere Unrecht, das der tschechoslowakischen Bevölkerung von Deutschen zugefügt worden war als auch die unzähligen deutschen Opfer ansprach.[966] Auch zwischen den Sudetendeutschen, ihrer verbandlichen Interessenvertretung sowie der tschechoslowakischen Regierung schien sich eine Entspannung anzubahnen. So nahm im Juni 1990 mit dem tschechoslowakischen Botschafter *Milan Kadnár* erstmals ein Repräsentant der tschechoslowakischen Regierung an einem Sudetendeutschen Tag teil. Darüber hinaus räumte der Botschafter im Rahmen der Veranstaltung ein, dass im Zusammenhang mit der Vertreibung auch viele Unschuldige betroffen waren.[967]

Die Vielzahl an Versöhnungsgesten und deutsch-tschechoslowakischen Annäherungen in diesem Zeitraum müssen bei einem genauen Blick auf die deutsche Seite jedoch differenziert betrachtet werden. Während sich vor allem die Spitzenrepräsentanten *von Weizsäcker* und *Havel* sowie die Außenminister beider Länder besonders nahe standen, verhielten sich Bundeskanzler *Helmut Kohl* und die CDU deutlich zurückhaltender hinsichtlich konkreter Zugeständnisse an die tschechoslowakische Seite, welche den sudetendeutschen Anliegen zuwiderlaufen könnten. Die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung mit Ministerpräsident *Max Streibl* hatte dahingegen zeitnah auf die ersten Versöhnungsgesten *Havels* reagiert und bereits vier Tage nach dem Amtsantritt der neuen tschechoslowakischen Regierung in einer Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag eine

[964] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 90; zur innenpolitischen Diskussion siehe ausführlich: *Beushausen*, 1991.
[965] *Raue*, 2001, S. 93; So wurden regelmäßige diplomatische Konsultationen und ein Austausch vereinbart, vgl. SZ, 31.01.1990, „Bonn und Prag verabreden regelmäßige Konsultationen“; General-Anzeiger, 01.02.1990, „Verstärkte bilaterale Kontakte mit den Reformländern“,
[966] Vgl. SZ, 10.03.1990, „Weizsäcker: Besuch in Prag ein Schritt des Friedens“; Prager Volkszeitung, 16.03.1990, „Neues Fundament der Verständigung geschaffen“; FAZ, 16.03.1990, „Havel: Die Deutschen müssen ihren Nachbarn dir Furcht vor der Einheit nehmen“; FR, 16.03.1990, „Aufruf zur Versöhnung bei Weizsäckers Prag-Besuch“; die Rede des Bundespräsidenten *Richard von Weizsäcker* ist abgedruckt in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 36 vom 17. März 1990.
[967] Vgl. *Raue*, 2001, S. 93.

Entschuldigung und ein „offenes Wort des Bedauerns“[968] für die Vertreibung sowie die aktive Einbindung der Sudetendeutschen in die deutsch-tschechoslowakische Verständigung eingefordert.[969]

Zu einem partnerschaftlichen Verhältnis gehört allerdings auch, dass sich die Tschechoslowakei zu den dunklen Punkten in der Geschichte von Deutschen und Tschechen bekennt. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn sie ein offenes Wort des Bedauerns zur Vertreibung der Sudetendeutschen fände, so wie wir uns zum nationalsozialistischen Unrecht bekennen. Hilfreich wäre es auch, wenn die tschechoslowakische Führung die Sudetendeutschen als Gesprächspartner und Mittler in die Entwicklung der Beziehungen einbinden würde.[970]

Auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit ihrem Bundesvorsitzenden und Sprecher, dem ehemaligen CSU-Landtagsabgeordneten und früheren Bayerischen Arbeits- und Sozialminister *Franz Neubauer* (CSU) betonte frühzeitig ihre besonderen Ansprüche hinsichtlich der Ausgestaltung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen. Dabei thematisierte *Neubauer* bereits 1988 neben den konkreten Forderungen auf Entschädigungen sowie Rückkehr, wie notwendig eine direkte Beteiligung an Gesprächen sei.[971] Dies wiederholte er im Dezember 1989, wobei er erneut die Forderung auf Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen mit einer direkten sudetendeutschen Beteiligung an den Regierungsgesprächen verband.[972] Die Verknüpfung grundlegender Ausgleichsbereitschaft vonseiten der Sudetendeutschen mit einem echten Anerkennen des Unrechts und dem „Willen zur Wiedergutmachung“[973] von tschechischer Seite bekräftigte *Neubauer* im Rahmen des 40. Sudetendeutschen Tages in Stuttgart im Mai 1989 nochmals. Nichtsdestotrotz blieb die Tonlage zwischen Sudetendeutschen und Tschechoslowaken in dieser Phase gemäßigt. Dies zeigte sich beispielsweise in der positiven Reaktion der SL auf die Äußerungen des tschechoslowakischen Außenministers *Dienstbier* zu dessen Gesprächsbereitschaft oder der vom Bundesvorstand der SL abgesegneten Aussage in der Sudetendeutschen Zeitung, dass die Grenzfrage zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei aus Sicht der Sudetendeutschen für einen „Neuanfang aus einem neuen Geist“[974] erledigt sei.[975] Weiterhin veröffentlichte der Sudetendeutsche Rat eine positiv formulierte Erklärung, welche die „zukunftsweisenden Worte des Staatspräsidenten *Václav Havels*“ als „Grundlage für eine gute Nachbarschaft der Völker und Volksgruppen in der Mitte

[968] Zit. nach FAZ, 14.12.1989, „Streibl erwartet von Prag Bedauern“, SdZ, 22.12.1989, „Franz Neubauer: Wir sind ein Volk“.
[969] Diese Forderung vom 13.12.1989 hatte *Streibl* zuvor bereits bei der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 11. November 1989 im Sudetendeutschen Haus in München formuliert, vgl. *Witte*, S. 105, Götze, 1995b, S. 1036; vgl. zum Wortlaut der Regierungserklärung: *Habel*, 2003, S. 876.
[970] Zit. nach SdZ, 22.12.1989, „Franz Neubauer: Wir sind ein Volk“.
[971] Vgl. Presseerklärung des Sprechers der SL Staatsminister a.D. *Franz Neubauer*: „Wir Sudetendeutschen bieten dem tschechischen Volk das Gespräch an“,26.09.1988, in: Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Jg. 1989, Nr. 9, S. 167 f; vgl. Habel, 2003, S. 870.
[972] SdZ, 08.12.1989, „Veränderungen in der ČSSR erst am Anfang“.
[973] Rede des Sprechers der SL, Staatsminister a.D. *Franz Neubauer*: „Ausgleichsbereitschaft und Ausgleichserfordernisse“, 14.05.1989, in: Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Jg. 1989, Nr. 9, s. 169; vgl. *Habel*, 2003, S. 873.
[974] Stuttgarter Zeitung, 26.01.1990, „Sudetendeutsche: Die Grenzfrage ist erledigt“, vgl. Münchner Merkur, 26.01.1990, „Sudetendeutsche: Grenzfrage ist für uns erledigt“.
[975] Vgl. Presseerklärung der SL: „Dienstbiers Äußerungen begrüßt, Bereitschaft zu Mitarbeit und Gesprächen“, 21.12.1989, in: *Habel*, 2003, S. 876;vgl. SdZ, 26.01.1990, „Zwischen Deutschen und Tschechen: Ein Neuanfang“;

Europas“ bezeichnete und betonte, dass im zukünftigen Verhältnis von Tschechen und Sudetendeutschen eine einvernehmliche Lösung gefunden werden solle.[976] Entsprechend fand im Zug der übergreifenden deutsch-tschechoslowakischen Annäherung eine Reihe von Gesprächen zwischen beiden Seiten statt.[977] Von ihren grundlegenden, bereits in den 1980er Jahren durchgehend thematisierten Forderungen wich die SL dabei aber nicht ab, sondern versuchte sie mittels ihrer engen Beziehungen zu den Regierungsparteien CDU und CSU in den politischen Prozess einzubringen, ihre Verbindungen zu nutzen und Unterstützung einzufordern. So stellten SL und SR in einer gemeinsamen Entschließung im Februar 1990 klar, dass „eine zukünftige Lösung der sudetendeutschen Frage […] auf dem Recht auf die Heimat und dem Selbstbestimmungsrecht“[978] gründe und begrüßten die Versprechen sowohl der deutschen Bundesregierung als auch der Bayerischen Staatsregierung, dass die Obhutserklärung gegenüber den Sudetendeutschen weiterhin Gültigkeit besitze. Des Weiteren wandten sie sich mit der Forderung nach Unterstützung in ihrem Bemühen um Wiedergutmachung für das Unrecht der Vertreibung mit friedlichen Mitteln direkt an Bundes- und Staatsregierung. Vonseiten der CSU wurde die Sudetendeutsche Landsmannschaft frühzeitig eingebunden.

Neben der Unterstützung vor allem durch CSU-Ministerpräsident *Max Streibl*, auf die *Franz Neubauer* verweisen konnte, erhielt der gesamte Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Vorfeld des Besuchs des Bundespräsidenten *von Weizsäcker* in Prag im März 1990 die Gelegenheit, seine Sicht der Sachlage und Positionierung zu erörtern.[979] Dabei stellte die Führungsspitze der SL erneut klar, dass die Aussage *Havels* zwar „mit Genugtuung aufgenommen worden sei“, die Sudetendeutschen aber trotz ihrer Versöhnungsbereitschaft die „Forderung nach der Verwirklichung des Selbstbestimmungs- und Heimatrechts selbstverständlich aufrechterhalten“ würden.[980] Die Ansprüche auf Entschädigungen von tschechoslowakischer Seite bekräftigten zudem der CSU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende SL-Bundesvorsitzende *Fritz Wittmann* sowie der ehemalige Sprecher der Landsmannschaft und CSU-MdB *Walter Becher*.[981] Im April 1990 stellte die SL nach einem internen Diskussionsprozess einen umfassenden Forderungskatalog auf, der von moralischer Aufarbeitung der Nachkriegsgeschehnisse über symbolische Gesten bis hin zu Restitutionen, Rückkehrrechte der Volksgruppe sowie ihre Selbstbestimmung reichte und sowohl auf die deutsche Bundesregierung als auch die tschechoslowakische Regierung zielte.[982]

Bis zum Sommer des Jahres 1990 spielte der Umgang mit der sudetendeutschen Frage trotz immer schärfer formulierter Positionierung der SL keine überaus belastende Rolle in

[976] Erklärung des Sudetendeutschen Rates: „Diejenige Lösung die beste, der beide Völker frei zustimmen können“, 26.01.1990, in: Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft, 1990, Nr. 1, S. 16; vgl. Habel, 2003, S. 885.
[977] So beispielsweise eine offene Diskussion zwischen Politikern und Intellektuellen der ČSFR und Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Prag im Januar 1990; vgl. *Witte*, 2002, S. 90; vgl. Bayernkurier, 05.05.1990, „Tschechen und Deutsche. Genutzte Chancen“.
[978] Feststellungen des Bundesvorstandes der SL und des Präsidiums des SR: „Gespräch mit fortschrittlichen und reformerischen Tschechen angestrebt“, 23.02.1990, in: *Habel*, 2003, S. 886.
[979] Vgl. SdZ, 16.03.1990, „Den Standpunkt der Volksgruppe erläutert“; SZ, 10.03.1990, „Weizsäcker: Besuch in Prag ein Schritt des Friedens“.
[980] Ebd.
[981] Vgl. SdZ, 16.03.1990, „In Europa werden die Karten neu gemischt“; SdZ, 16.03.1990, „Nie wieder Potsdam“.
[982] Vgl. *Handl*, 2006, S. 51.

den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen. Während der wirtschaftliche Austausch aber weiterhin anstieg, nahmen die Kontakte auf politischer Ebene nun spürbar ab, da die Aufmerksamkeit der Bundesregierung nahezu vollständig von der Vorbereitung der Wiedervereinigung absorbiert war. Die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen rückten daher in der deutschen Priorität nach hinten.[983] Der Politikwissenschaftler und frühere Regierungsberater *Miroslav Kunštat* fasst die unterschiedliche Interessenlage beider Staaten griffig zusammen:

> „To sum up, Czechoslovak foreign policy in this period developed *sub specie revelationis,* i.e. from the angle of raising the Iron Curtain, while German policy towards "Czechoslovakia was rather *sub specie unificationis*, i.e. from the point of view of the need to reunite Germany as rapidly and effectively as possible."[984]

9.3.2 Erste Phase: Vorbereitung des Nachbarschaftsvertrages im Zeichen einer Abkühlung des Verhältnisses von Juni bis Dezember 1990

Handlungsrahmen

Während innerhalb Deutschlands im Verlauf des Jahres 1990 der Fokus auf die Wiedervereinigung und die im Dezember 1990 anstehenden Bundestagswahlen gerichtet war, traten im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis mehr rechtliche als moralisch-historischen Fragestellungen in den Vordergrund.[985] Für die Tschechoslowakei war es bedeutsam, noch vor der anstehenden Privatisierung des Staatseigentums eine abschließende Regelung hinsichtlich eventueller Vermögens- und Eigentumsansprüche von Sudetendeutschen zu erreichen. So hatten das tschechoslowakische Außen- sowie das Finanzministerium bereits zu Anfang des Jahres eine Verhandlungsgrundlage zur Problematik erarbeitet, auf deren Basis das Außenministerium im Juni 1990 eine Anfrage über die Aufnahme von Expertengesprächen zur Lösung der eigentumsrechtlichen Fragen an die deutsche Bundesregierung stellte.[986] Eine Reaktion der deutschen Bundesregierung ließ jedoch bis in den Herbst – nach Vollzug der deutschen Einheit – auf sich warten. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit ihrem Vorsitzenden und Sprecher *Franz Neubauer* forderte gleichzeitig öffentlich und in mehreren Schreiben an unter anderem den tschechoslowakischen Staatspräsidenten *Václav Havel* eindringlich Entschädigungen, Rückgabe von Eigentum, ein spezielles Rückkehrrecht für die Sudetendeutschen und einen ausgeweiteten Minderheitenschutz für die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen, sodass in dieser Frage kein Fortschritt in den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen erzielt werden konnte. Dessen ungeachtet hielt die Tschechoslowakei ihre Unterstützung der Wiedervereinigung aufrecht und betonte in der Erklärung zur Deutschen Einheit ihren Willen zum Aufbau guter Beziehungen zu Deutschland und ihre Hoffnung auf eine baldige Lösung der offenen Fragen.[987]

Die Verhandlung der vermögensrechtlichen Fragen, die im Zusammenhang mit der Vertreibung entstanden waren, blieb nach wie vor auf der politischen Agenda der Tschechoslowakei, bei der nach den Wahlen Anfang Juni 1990 *Marián Čalfa* in das Amt

---

[983] Vgl. *Raue*, 2001, S. 94.
[984] *Kunštat*, 1999, S. 236; Hervorhebung i.O.
[985] Vgl. *Götze*, 1995at, S. 88; vgl. *Kunštat*, 1999, S. 236.
[986] Vgl. *Beushausen*, 1991, S. 123 f; vgl. *Raue*, 2001, S. 94 f; vgl. *Witte*, 2002, S. 107 f.
[987] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 90.

des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten rückte, während im tschechischen Landesteil *Petr Pithart* sowie im slowakischen Teilstaat *Vladimír Mečiar* als Ministerpräsidenten die Regierungsgeschäfte übernahmen. Die Notwendigkeit einer zwischenstaatlichen Regelung fiel mit dem von der Bundesregierung ohnehin geplanten Abschluss eines neuen Nachbarschaftsvertrages mit der Tschechoslowakei, der den Prager Vertrag ablösen sollte, zusammen. Im Rahmen eines Besuchs des deutschen Außenministers *Hans-Dietrich Genscher* in Prag im November wurde das Vorhaben öffentlich angekündigt und der Verhandlungsbeginn für den Anfang des folgenden Jahres festgelegt.[988] Dies bekräftigten Bundeskanzler *Helmut Kohl* und der tschechoslowakische Staatspräsident *Václav Havel* bei einem Aufeinandertreffen am Rande des KSZE-Gipfels in Paris Ende November 1990, wobei beide sogar einen zügigen Abschluss der Verhandlungen bis Ostern 1991 in Aussicht stellten. Darüber hinaus veröffentlichten sie, dass die Ansprüche der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Rahmen der Verhandlungen des angestrebten deutsch-tschechoslowakischen Abkommens erörtert werden sollten und gemeinsame Zielsetzung sei, „die Vergangenheit ein für allemal [zu] überwinden".[989] Konkrete inhaltliche Fragen wurden dabei noch nicht thematisiert, auch wenn Bundeskanzler *Kohl* das Bedürfnis nach einer „Geste gegenüber den Vertriebenen" ansprach.[990]

Bei einem Besuch des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten *Marián Čalfa* im November 1990 in Bonn zur Vorbereitung der Vertragsverhandlungen wurde die schwierige Ausgangslage deutlich: *Čalfa* erläuterte im Vorfeld der Begegnung mit *Kohl*, dass im Nachbarschaftsvertrag alle offenen Fragen der gemeinsamen Geschichte diskutiert und abgeschlossen werden sollten, wobei die tschechoslowakische Regierung über alle Fragen mit der deutschen Bundesregierung – und damit nicht direkt mit den Sudetendeutschen bzw. ihren Vertretern – verhandeln würde. Ziel der Verhandlungen sei im Übrigen, Hindernisse für eine Zusammenarbeit in allen weiteren Politikfeldern zu beseitigen sowie die deutsche Unterstützung für die Zusammenarbeit der ČSFR mit den europäischen Staaten und Organisationen festzuschreiben.[991] Die Reaktion der deutschen Bundesregierung fiel zwiespältig aus. Einerseits zeigte sich Bundeskanzler *Helmut Kohl* gegenüber einem von der Tschechoslowakei erbetenen Milliardenkredit als finanzielle Kompensation für wirtschaftliche Probleme der ČSFR aufgrund des Zusammenbruchs des ostdeutschen Absatzmarktes zurückhaltend und deutete an, dass über die Forderungen der Sudetendeutschen kaum für beide Seiten zufriedenstellend verhandelt werden könne.[992] Andererseits bestätigte er in seiner späteren Regierungserklärung im Januar 1991 nach der

---

[988] Vgl. *Collegium Carolinum*, Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 1. Quartal 1991, S. 16 f.

[989] FAZ, 23.11.1990, S. 9, „Prag und Bonn verhandeln über Ansprüche der Sudetendeutschen".

[990] Zit. nach: *Raue*, 2001, S. 95.

[991] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 92; *Raue*, S. 95 f; Dabei stand die tschechoslowakische Regierung auch von parlamentarischer Seite unter Druck. So hatten Parlamentsabgeordnete einen Katalog von Reparationsforderungen als Entschädigung für die Schäden des Zweiten Weltkrieges als Voraussetzung für die Aufnahme von Verhandlungen mit Deutschland gefordert; vgl. SZ, 02.11.1990, „Bonn bereitet Vertrag mit Prag vor".

[992] Vgl. *Raue*, 2001, S. 95; mittelfristig wurde der ČSFR dennoch ein Kredit über eine Milliarde DM gewährt. Ebenso sagte *Kohl* Unterstützung für eine Arbeitserlaubnis von bis zu 20.000 tschechoslowakischen Staatsbürgern und beim Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der EG/EU zu; vgl. *Witte*, 2002, S. 133; vgl. *Collegium Carolinum*, Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 1. Quartal 1991, S. 17; vgl. Die WELT, 30.11.1990, „Tschechoslowakei wünscht Kredit von einer Milliarde Mark"; vgl. FR, 01.12.1990, „Bonn dämpft Prags Erwartung".

für ihn erfolgreichen Bundestagswahl die Aussage *Čalfas*, dass sie nach wie vor in der Absicht übereinstimmten, die bisher offenen Fragen der Vergangenheit abzuschließen:

> „Auch mit der ČSFR erstreben wir noch in diesem Jahr […] eine umfassende vertragliche Grundlage, die einen Schlußstrich unter die leidvolle Vergangenheit zieht und den Weg in eine Zukunft der guten Nachbarschaft weist."[993]

Diese Konstellation von generell vorhandener Verhandlungsbereitschaft bei prinzipieller Unverhandelbarkeit der sudetendeutschen Eigentumsansprüche zeigte sich auch bei einem weiteren Vortreffen zwischen dem tschechoslowakischen Botschafter *Jiří Gruša* und dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt *Dieter Kastrup*. Dieses legte offen, dass sich beide Seiten in fast allen Vertragspunkten schnell einig werden könnten, die sudetendeutsche Frage aber der Knackpunkt sein würde.[994]

Aktivitäten der Netzwerkakteure

Da die Aufmerksamkeit der deutschen Parteien ebenso wie der Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt überwiegend von der Wiedervereinigung und den Bundestagswahlen im Dezember 1990 absorbiert war, stand die Sudetendeutsche Landsmannschaft in dieser Phase vor der Aufgabe, ihre Anliegen sowohl in CDU und CSU als auch der Öffentlichkeit auf die Agenda zu bringen. Dabei können drei unterschiedliche Aktionskreise zusammengefasst werden: Zum einen suchte die SL direkte Gespräche mit Vertretern der Tschechoslowakei und Konsultationen mit ihren politischen Partnern in Deutschland, zum anderen machte sie in offiziellen Beschlüssen und Briefen ihre Positionen und Forderungen gegenüber den deutschen sowie tschechoslowakischen Regierungsvertretern deutlich. Großveranstaltungen mit erfahrungsgemäß großer Öffentlichkeitswirkung wie der Sudetendeutsche Tag wurden supplementär dazu genutzt, die Nachdrücklichkeit der eigenen Forderungen deutlich zu machen und sich der Unterstützung durch die Partner aus CDU und vor allem CSU zu vergewissern. Die grundlegende Positionierung der SL wurde bereits im Rahmen des 41. Sudetendeutschen Tages Ende Mai 1990 in Nürnberg offensichtlich: In Anwesenheit des tschechoslowakischen Botschafters wies der stellvertretende SL-Bundesvorsitzende und CSU-Bundestagsabgeordnete *Fritz Wittmann* zwar auf die „aufgeschlossene Atmosphäre" der Gespräche mit der tschechoslowakischen Seite hin, sprach aber die noch zu klärenden „offenen Fragen" direkt an. Auch SL-Sprecher und CSU-Politiker *Franz Neubauer* gab eine „einvernehmliche Lösung" als Zielsetzung vor. Diese sei jedoch nur bei „Anerkennung des Selbstbestimmungs- und Heimatrechts [sowie] des Rechts auf Eigentum"[995] möglich. Die SL suchte demnach zwar das Gespräch mit der tschechoslowakischen Seite, ihre Forderungen waren für sie aber nicht verhandelbar.

Gerade für den Anspruch der Sudetendeutschen Landsmannschaft, in die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen direkt mit einbezogen zu werden stellte eine Reihe von „vertraulichen Gesprächen zwischen sudetendeutschen und tschechischen Repräsentanten"[996] im Sommer 1990 einen vielversprechenden Ansatz dar. Erster Höhepunkt des Austausches zwischen sudetendeutschen Spitzenfunktionären und der tschecho-

[993] Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 11 vom 31.01.1991, S. 61.
[994] Vgl. *Raue*, 2001, S. 96.
[995] Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft, 1990, Nr. 3-4, S. 51; vgl. *Habel*, 2003, S. 906.
[996] *Götze*, 1995b, S. 1037.

slowakischen Regierung war ein Gespräch im Rahmen des Staatsbesuchs des tschechischen Ministerpräsidenten *Petr Pithart* im Juli in München. Dabei stellte SL-Sprecher *Franz Neubauer* heraus, dass angesichts der vielfältigen Problemlagen entsprechende Rahmenbedingungen für eine neue Partnerschaft geschaffen werden müssten und der Kontakt fortzusetzen sei.[997] Die Gespräche verliefen zu diesem Zeitpunkt derart positiv, dass *Neubauer* noch Anfang September 1990 damit rechnete, die Gesprächsreihe im Herbst mit dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten *Havel* fortsetzen zu können. Nachdem eine SL-Delegation unter Führung des CSU-Bundestagsabgeordneten *Fritz Wittmann* noch im Oktober 1990 zu Gesprächen mit Vertretern des tschechischen Nationalrates nach Prag gereist war, fand der Dialog im Anschluss an ein Treffen zwischen *Neubauer* und dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten *Čalfa* Ende November 1990 einen jähen Abbruch.[998] Im Rahmen der Unterredung, die im Zeichen der bereits laufenden Privatisierung in der Tschechoslowakei stand, tauschten SL und tschechoslowakische Regierung erneut ihre Positionen aus. Während *Čalfa* betonte, dass bei der Privatisierung nur bis 1948 zurückgegangen werde und daher mögliche Ansprüche der Sudetendeutschen nicht berücksichtigt werden könnten, forderte *Neubauer* erneut Entschädigungen bzw. Ersatz für verlorenes Eigentum.[999] Mit Blick auf die von der Tschechoslowakei angestrebte Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft stellte *Neubauer* ein Junktim zwischen den sudetendeutschen Entschädigungsforderungen und einem EG-Beitritt auf, indem er anmahnte, dass die ČSFR auf dem Weg in ein freies Europa zunächst die europäische Menschenrechtskonvention anerkennen und sich zu den darin festgelegten Rechten auf Heimat und Eigentum bekennen sollte.[1000] Eine echte Verhandlungsgrundlage zwischen beiden Seiten war offensichtlich nicht gegeben, sodass eine „gewisse Ernüchterung“[1001] einsetzte und *Čalfa* infolgedessen ankündigte, von nun an nur noch auf Regierungsebene zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei verhandeln zu wollen. Kurz darauf erteilte auch Staatspräsident *Havel* den sudetendeutschen Ansprüchen eine klare Absage:

> „Wir fordern von Deutschland keine Reparationen, lehnen aber auch die sudetendeutschen Forderungen ab. Wir waren uns mit Bundeskanzler Kohl einig, dass die Vergangenheit endgültig abgeschlossen werden muss, um vorwärts zu kommen.“[1002]

Um die doch etwas überraschende Entwicklung zwischen den sudetendeutsch-tschechoslowakischen Begegnungen im Sommer und der Ernüchterung Ende November bzw. Anfang Dezember zu verstehen, muss ein Blick auf die sudetendeutsche Aktivität zwischen diesen Zeitpunkten gerichtet werden: So wandte sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft in mehreren Briefen an die tschechoslowakische und die Bundes- sowie die Bayerische Staatsregierung. Anfang September bat SL-Sprecher *Neubauer* in einem Schreiben den tschechoslowakischen Staatspräsidenten *Havel* um das zuvor in Aussicht gestellte Gespräch zur „Lösung der zwischen Tschechen und Sudetendeutschen be-

[997] Vgl. SdZ, 20.07.1990, „Kontakte sollen fortgeführt und vertieft werden“; vgl. *Witte*, S. 104, vgl. *Habel*, 2003, S. 906.
[998] *Habel*, 2003, S. 906 f: *Witte*, 2002, S. 113.
[999] Vgl. SdZ, 07.12.1990, „Neubauer: Noch keinen Schlußstrich ziehen“.
[1000] Vgl. SdZ, 07.12.1990, „Neubauer: Nie mit Boykott gedroht“; vgl. *Handl*, 2006, S. 50 ff; vgl. *Witte*, S. 113.
[1001] *Götze*, 1995b, S. 1037; vgl. FAZ, 01.12.1990, S. 1.
[1002] FAZ, 04.12.1990, S. 1.

stehenden Probleme“,[1003] das jedoch nicht beantwortet wurde. Darin hatte *Neubauer* mit der Rückgabe des enteigneten Eigentums, einem spezifischen Rückkehrrecht für die Sudetendeutschen und einem Minderheitenschutz für die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen die bekannten Forderungen der SL formuliert, was in der tschechoslowakischen Presselandschaft heftige Kritik auslöste.[1004] Ergänzend schrieb *Franz Neubauer* an Bundeskanzler *Helmut Kohl* und forderte unter Bezugnahme auf die Obhutserklärung des Deutschen Bundestages Unterstützung für die Sudetendeutschen, deren Anliegen weder von den 2-plus-4-Gesprächen noch den weiteren Regelungen zur Wiedervereinigung Deutschlands betroffen seien.[1005] In einem weiteren Schreiben an *Havel*, das in Kopie auch an Bundeskanzler *Kohl*, Außenminister *Genscher* und den bayerischen Ministerpräsidenten *Streibl* gesandt wurde, protestierte *Neubauer* gegen die Privatisierungsgesetzgebung in der ČSFR und wies darauf hin, dass einseitige tschechoslowakische Schritte ohne Berücksichtigung der Sudetendeutschen die Ausgleichs- und Versöhnungsbemühungen einschränken könnten.[1006] Knapp zwei Wochen darauf wiederholte die SL in einem Brief an den deutschen Außenminister *Genscher* und einer Pressemitteilung ihre Position, dass die tschechoslowakische Gesetzgebung zur Privatisierung ihre Entschädigungsforderungen nicht tangiere.[1007] CSU-Bundestagsabgeordneter und stellvertretender SL-Bundesvorsitzender *Fritz Wittmann* wandte sich aus dem gleichen Anlass an den deutschen Botschafter in Prag und verwies darauf, dass bei den Versteigerungen in der Tschechoslowakei „nach zuverlässigen Angaben rund 20 Prozent des sudetendeutschen Eigentums“, das im Zug der Vertreibung konfisziert worden war, betroffen sein würde.[1008]

Auch gegen die Argumentation von tschechoslowakischer Seite, dass nach 1945 beschlagnahmtes Eigentum nicht zurückgegeben werden müsse, da dies bereit im deutschen Lastenausgleich abgegolten worden sei, legte die SL Widerspruch ein.[1009] In einem weiteren Schreiben an den tschechoslowakischen Ministerpräsidenten *Petr Pithart* Anfang Oktober stellte *Neubauer* nochmals die Widerrechtlichkeit der Konfiszierung sudetendeutschen Eigentums im Zusammenhang mit der Vertreibung heraus und behielt sich angesichts der Privatisierung rechtliche Schritte vor.[1010] Damit verschärfte sich die Tonlage merklich. Hatte die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre Argumente zuvor immer pointierter geäußert, so fasste sie ihre Position im Vorfeld des Staatsbesuchs *Petr Pitharts* in einem „Memorandum zur sudetendeutschen Frage“ zusammen. Darin erinnerte sie erneut an die Obhutserklärung, verwies auf die bayerische Schirmherrschaft und das Recht auf Heimat, bestätigte die Sudetendeutsche Landsmannschaft als offiziellen Repräsentant der gesamten sudetendeutschen Volksgruppe und forderte daher eine direkte Einbeziehung in die Ver-

[1003] *Habel*, 2003, S. 906.
[1004] Vgl. zum Inhalt des Briefes: Die WELT, 05.11.1990, „Sudetendeutsche schrecken Prag auf“; vgl. SZ, 03.11.1990, „Forderungen Sudetendeutscher erregen ČSFR“; Münchner Merkur, 03.11.1990, „Kritik an Forderungen der Sudetendeutschen“; CSU-MdB und stellvertretender SL-Vorsitzender *Fritz Wittmann* stellte im Anschluss klar, dass die Sudetendeutschen nicht ihre Häuser zurückforderten, sondern Entschädigungen anstrebten; vgl. SZ, 06.11.1990, „Sudetendeutsche verlangen Häuser nicht zurück“.
[1005] Vgl. SdZ, 14.09.1990, „Sprecher-Brief zur noch offenen sudetendeutschen Frage an den Kanzler“.
[1006] Vgl. *Götze*, 1995b, S. 1035.
[1007] Vgl. *Habel*, 2003, S. 900.
[1008] Zit. nach: *Götze*, 1995a, S. 102.
[1009] Vgl. Augsburger Allgemeine, 18.10.1990, „Sudetendeutsche: Eigentumsfrage offen“.
[1010] Vgl. ebd.

handlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei ein.[1011] Darüber hinaus beharrte sie in der ausführlich formulierten Erklärung auf eine einvernehmliche Lösung „in der Frage des sudetendeutschen Eigentums wie auch des Heimat- und Selbstbestimmungsrechtes der Sudetendeutschen".[1012] Das Memorandum wurde gemeinsam mit einem Mantelbrief kurz vor dem Staatsbesuch *Čalfas* von der Bundesversammlung beschlossen und Bundeskanzler *Kohl* sowie dem bayerischen Ministerpräsidenten *Streibl* übermittelt. Wenige Tage zuvor hatte *Franz Neubauer* im Rahmen eines Treffens zwischen *Kohl* und Präsidiumsmitgliedern des Bundes der Vertriebenen die Gelegenheit genutzt, eine direkte Beteiligung der Sudetendeutschen an den Vertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei zur Sprache zu bringen. Auch wenn *Kohl* die Beteiligung nicht zusagte, wurden der SL zumindest regelmäßige Konsultationen versprochen. Der Druck auf die deutsche Verhandlungsseite konnte so im Zuge der „Oktoberinitiative der Sudetendeutschen Landsmannschaft"[1013] merklich erhöht werden. Gleichzeitig engte sich aber auch der Verhandlungsspielraum für Gespräche zwischen SL und der Tschechoslowakei empfindlich ein, da eine Überbrückung der Gegensätze nur noch schwerlich möglich geworden war.

Die Aktivitäten der Sudetendeutschen Landsmannschaft zur Wiederbelebung sowohl der sudetendeutschen Frage als auch ihrer Anliegen im Vorfeld der bilateralen Vertragsverhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei waren nicht nur dahin gehend erfolgreich, dass die Thematik in der deutschen ebenso wie der tschechoslowakischen Öffentlichkeit präsent wurde. Mit der CSU als Koalitionspartner konnte sie darüber hinaus auch auf einen „aktiven Fürsprecher in der Bonner Regierung"[1014] zurückgreifen, der sich intensiv für einen Dialog und eine direkte Beteiligung der Sudetendeutschen an den Gesprächen einsetzte. Bei ihren ostpolitischen Aktivitäten wurde die Sudetendeutsche Landsmannschaft von der CSU frühzeitig eingebunden. So führte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag *Wolfgang Bötsch* einen zweitägigen Besuch in der Tschechoslowakei gemeinsam mit dem CSU-Generalsekretär *Erwin Huber* und dem CSU-MdB *Fritz Wittmann* als offiziellem Vertreter der SL durch, bei dem zahlreiche Gespräche mit unter anderem Ministerpräsident *Čalfa* geführt wurden.[1015]

Die Verknüpfung zwischen den zentralen sudetendeutschen Forderungen nach Recht auf Heimat und Selbstbestimmung auf der einen sowie Kooperation auf europäischer Ebene bzw. einem Beitritt zur EG/EU auf der anderen Seite griff die CSU bei ihrem Parteitag in Nürnberg im Juli 1990 auf. Zurückgehend auf einen Antrag, welchen die CSU-Vertriebenenpolitiker *Franz Neubauer* und *Fritz Wittmann* federführend ausgearbeitet hatten und den Parteivorsitzender *Theo Waigel* unterstützte, fasste der Parteitag einen einstimmigen Beschluss, der die Achtung von Heimat-, Selbstbestimmungs- und Rückkehrrecht als unabdingbare Voraussetzung für weitere Schritte der europäischen Integration der

[1011] Die SL: „Memorandum zur sudetendeutschen Frage", Bisherige staats- und völkerrechtliche Lage; Ziel: Heimat-, Selbstbestimmungsrecht und Vermögensregelung, in: *Habel*, 2003, S. 901-905.
[1012] Ebd. S. 904.
[1013] *Götze*, 1995a, S. 102.
[1014] Ebd.
[1015] Vgl. Bayernkurier, 02.06.1990, „Gespräche beim Nachbarn"; DOD, 04.06.1990, „Intensivere Kontakte nach Osteuropa".

mittelosteuropäischen Staaten festschrieb.[1016] Damit wurde die inhaltliche Positionierung der CSU auf allen politischen Ebenen nochmals publik gemacht.

Die Bayerische Staatsregierung mit Ministerpräsident *Max Streibl* (CSU) war durchgehend einer der prioritären Ansprechpartner für die Sudetendeutsche Landsmannschaft. So hatte die SL sie häufig in ihre Briefwechsel mit einbezogen, mit dem Verweis auf die Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen deren Unterstützung aber auch energisch eingefordert.[1017] Die enge Verbundenheit mit den Sudetendeutschen hatte sich bereits 1989 gezeigt, als Ministerpräsident *Max Streibl* die tschechoslowakische Regierung nur kurz nach ihrem Amtsantritt zu einer Entschuldigung für das Unrecht der Vertreibung aufgefordert hatte. Im Hinblick auf die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen, bei denen zunächst die (Bundes-)Regierungsebene eine besonders herausgehobene Rolle spielte, wandte sich *Streibl* im Oktober 1990 direkt an Bundeskanzler *Helmut Kohl* und forderte ihn dazu auf, in den Gesprächen mit der ČSFR die im Prager Vertrag von 1973 ungelösten Eigentumsfragen zu thematisieren.[1018] Dies teilte er SL-Sprecher *Franz Neubauer* unverzüglich in einem Schreiben mit, in welchem er die wichtige Rolle der Sudetendeutschen im deutsch-tschechoslowakischen Versöhnungsprozess heraushob und seine Hilfe in vermögens- und eigentumsrechtlichen Fragen betonte:

> „Ich habe (…) Bundeskanzler Kohl gebeten, sich sofort dieser Angelegenheit anzunehmen und Gespräche zwischen der Bundesregierung und der Tschechoslowakischen [sic!] Regierung über die bisher auch im Prager Vertrag von 1973 nicht geregelten vermögensrechtlichen Probleme aufzunehmen.“[1019]

Aufgrund dieses Drucks, den die CSU als Koalitionspartner auf die Schwesterpartei CDU und damit Bundeskanzler *Helmut Kohl* ausübte, wurde die Erörterung der sudetendeutschen Ansprüche bei den anstehenden Verhandlungen eines deutsch-tschecho-slowakischen Vertragswerkes angekündigt.[1020]

9.3.3 Zweite Phase: Verhandlungen zum Nachbarschaftsvertrag bis zur Unterzeichnung im Februar 1992

Handlungsrahmen

Mit welcher Vehemenz die sudetendeutschen Anliegen wirklich von den deutschen Verhandlungsführern vertreten wurden, war bis zum Beginn der Vertragsverhandlungen im

---

[1016] Beschluß des Parteitages der CSU: Achtung von Heimat-, Selbstbestimmungs- und Rückkehrrecht sind Voraussetzung für Kooperation mit EU, 14.07.1990, in: *Habel*, 2003, S. 889 f.

[1017] Wie eng die Verbindung zwischen Bayerischer Staatsregierung, dem Bayerischen Ministerpräsidenten und der Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen geworden war, zeigt sich an einem Artikel, den SL-Sprecher *Neubauer* im Bayernkurier anlässlich des Todestages von *Franz Josef Strauß* veröffentlichte und in dem er die vertriebenenpolitischen Verdienste von *Strauß* und seinem Nachfolger *Streibl* würdigte und sich explizit für die Unterstützung von *Streibl* bei der sudetendeutschen Frage im deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis seit 1989 bedankte, vgl. Bayernkurier, 13.10.1990, „Dank an Max Streibl“.

[1018] Vgl. SdZ, 26.10.1990, S. 1.

[1019] Wiedergabe nach Zitat von SL-Sprecher *Neubauer* in der Sitzungs-Niederschrift der 4. Tagung der 9. Bundesversammlung der SL am 21.10.1990, in: *Habel*, 2003, S. 901.

[1020] FAZ, 23.11.1990, S. 9, „Prag und Bonn verhandeln über Ansprüche der Sudetendeutschen“; Vgl. Handlungsrahmen.

Februar 1991 trotz der Öffentlichkeitsarbeit und des Drucks vonseiten der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie der Unterstützung durch die CSU innerhalb der CDU/CSU-FDP-Koalition noch unklar.[1021] Während Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung im Januar 1991 die Absicht bekräftigt hatte, die Geschichte abzuschließen, engte ein Beschluss der alten und neuen Koalitionspartner CDU, CSU und FDP in ihren Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl den Handlungsspielraum empfindlich ein. So einigten sie sich in der letzten außenpolitischen Koalitionsrunde im Januar 1991 auf die Richtlinie, dass sowohl in den Verträgen mit Polen als auch der Tschechoslowakei Eigentums- und Entschädigungsfragen historischen Ursprungs nicht behandelt werden sollten.[1022]

Bereits beim ersten Aufeinandertreffen der Verhandlungspartner zeigte sich daher eine Diskrepanz in den jeweiligen Erwartungen an den Vertrag: Während die ČSFR mit ihrem Unterhändler *Zdeněk Matějka* neben einer vertraglichen Grundlegung der Zusammenarbeit Entschädigungen für die tschechoslowakischen Opfer und einen Ausschluss von Entschädigungs- und Restitutionsansprüchen durch die Bundesrepublik und die Sudetendeutschen anstrebte, hatte der deutsche Verhandlungsführer *Wilhelm Höynck* kein Mandat, um auf die dafür notwendigen Problemstellungen einzugehen. Auch eine Aufrechnung der gegenseitigen Verluste im Sinne einer „Null-Lösung", wie sie von tschechoslowakischer Seite angedacht war, konnte daher nicht Gegenstand der Verhandlungen sein.[1023] Bald wurde deutlich, dass die Gespräche langwieriger würden und der ursprüngliche, ehrgeizige Zeitplan nicht eingehalten werden konnte. War es in Deutschland die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die sich kontinuierlich kritisch zu Wort meldete, so geriet die tschechoslowakische Regierung ihrerseits innenpolitisch vor allem durch Opfer der NS-Zeit unter Druck, keine Zugeständnisse zu machen. Die bei den Sudetendeutschen umstrittene Privatisierungsgesetzgebung bzw. deren Umsetzung wurde zudem im ersten Halbjahr 1991 fortgesetzt.[1024] Auch wenn die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf beiden Seiten generell weiterhin vorhanden war und die Verhandlungen zum Großteil „in Harmonie"[1025] verliefen, wie die Präsentation der so genannten „Prager Thesen" im April 1991 verdeutlicht, in denen Deutschland und die Tschechoslowakei einen gemeinsamen Standpunkt zum Aufbau gesamteuropäischer Beziehungen formulierten, gingen zwei weitere Gesprächsrunden im April und Mai ohne echte Verbesserung hinsichtlich der sudetendeutschen Frage zu Ende.[1026] Der deutsche Außenminister *Genscher* (FDP), für den die bilaterale Verständigung im Vordergrund stand, klammerte die Forderungen der Sudetendeutschen in den laufenden Verhandlungen aus und stellte noch im April die Unterschriftsreife des Abkommens für den Sommer in Aussicht. Sogar ein Schlussstrich unter die Vergangenheit erschien möglich.[1027]

[1021] Vgl. SZ, 28.02.1991, „Bonn und Prag verhandeln über Nachbarschaftsvertrag".
[1022] Vgl. Die WELT, 01.02.1991, „Frage nach Entschädigung ausklammern"; *Götze*, 1995a, S. 93.
[1023] Vgl. *Raue*, 2001, S. 96.
[1024] Zur Gesetzgebung siehe: *Habel*, 2003, S. 910 ff.
[1025] FR, 12.04.1991, „Bonn und Prag in Harmonie".
[1026] Vgl. *Tampke*, Jürgen, Czech-German Relations and the Politics of Central Europe. From Bohemia to the EU, Basingstoke 2003, S. 144 f; *Witte*, S. 123; *Collegium Carolinum* (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 3. Quartal 1991, München 1991, S. 15; FAZ, 13.04.1991, „Außenminister Genscher und Dienstbier formulieren Prager Thesen zu Europa".
[1027] Vgl. Nürnberger Nachrichten, „Bonn und Prag ziehen Schlußstrich"; SZ, 12.04.1991, „Schlußstrich unter die Vergangenheit". FR, 1204.1991, „Bonn und Prag in Harmonie"; General-Anzeiger, 12.04.1991, „Neuer Vertrag mit Prag bis Sommer unterschriftsreif"; *Genscher* betonte mehrmals, dass die eigentumsrechtlichen Fragen der

Bei den noch offenen Fragen brachte aber auch der Besuch einer Delegation der Bundesversammlung der Tschechoslowakei in München mit Gesprächen aller Landtagsfraktionen sowie dem Bayerischen Ministerpräsidenten *Max Streibl* keine Neuerungen. In einem Treffen mit dem Bundespräsidenten *Richard von Weizsäcker* und der Bundestagspräsidentin *Rita Süssmuth* wies der tschechoslowakische Delegationsführer *Alexander Dubček* darauf hin, dass „die Sudetendeutsche Landsmannschaft trotz gegenteiliger Erklärungen eine einseitige Lösung der deutsch-tschechoslowakischen Problematik im Auge habe“.[1028]

Aufgrund der Verzögerungen rückten die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen in den Fokus der traditionellen Pfingsttreffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit ihrer großen Resonanz in Deutschland ebenso wie in der Tschechoslowakei. In deren Verlauf forderten Vertreter von CDU und CSU eine Einbeziehung der Sudetendeutschen in den Dialog, der mittlerweile ausschließlich auf Regierungsebene geführt wurde.[1029] Die Stimmung zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei verschlechterte sich im Zug der scharfen Rhetorik im Vorfeld sowie auf dem Sudetendeutschen Tag und empörten Reaktionen aus Prag im Jahresverlauf stark spürbar.[1030] Eine vierte Verhandlungsrunde im Juni 1991 in Bonn offenbarte abschließend, dass weder eine „Null-Lösung“ noch ein echter Schlussstrich erreichbar waren, sodass die offiziellen Verhandlungen ausgesetzt wurden. Dank der guten persönlichen Verbindungen vor allem über FDP-Außenminister *Hans-Dietrich Genscher* riss der bilaterale Kontakt zwar nie vollständig ab, weitere Treffen zwischen den Außenministern *Dienstbier* und *Genscher*, Gespräche zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten *Streibl* und seinen Amtskollegen *Čalfa*, *Pithart* sowie *Čarnogoursky* brachten bis September aber trotzdem keine nennenswerten Fortschritte.[1031] Dies lag auch daran, dass Bundeskanzler *Kohl* auf eine vom tschechoslowakischen Staatspräsidenten *Havel* im Rahmen der Verleihung des Karlspreises im Mai 1991 persönlich übermittelte Kompromisslösung weder einging noch er seinen Außenminister oder die Sudetendeutsche Landsmannschaft darüber informierte. Der Vorschlag hatte den Verzicht auf gegenseitige Forderungen, eine verbesserte Formulierung der Ungültigkeit des Münchener Abkommens, die Entschädigung der tschechoslowakischen NS-Opfer, eine finanzielle Kompensation für tschechoslowakische Verluste durch die deutsche Währungsumstellung sowie im Gegenzug die Möglichkeit zur Rückkehr der Sudetendeutschen in ihre Heimat bei doppelter deutscher und tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft vor-

---

Sudetendeutschen nicht Gegenstand der Verhandlungen waren und verwies auf eine von beiden Ländern beauftragte Kommission, die über diese Fragen unabhängig vom Nachbarschaftsvertrag verhandeln sollten, vgl. Genscher in einem Bericht von Radio Prag am 12.04.1991, 18.30 Uhr, in: Fernseh- und Hörfunkspiegel, 12.04.1991.

[1028] *Collegium Carolinum*, Berichte, 3. Quartal 1991, S. 15; FAZ, 19.04.1991, „Dubček beendet seinen Besuch“.

[1029] Vgl. *Witte*, 2002, S. 123 f.; SdZ, 24.05.1991, „Eine machtvolle Demonstration für die Rechte der Sudetendeutschen“.

[1030] Vgl. Münchner Merkur, 21.05.1991, „Sudetendeutsche dürfen mitreden“; SZ, 27.05.1991, „Sudetendeutsche scharf kritisiert. ČSFR-Außenminister Dienstbier: Unhaltbare Forderungen“; vgl. auch: Die WELT, 11.05.1991, „Prag fordert Verzicht der Sudetendeutschen“; vgl auch: Die WELT, 13.04.1991, „Spannung wegen Sudetendeutschen“.

[1031] Vgl. *Collegium Carolinum* (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 4. Quartal 1991, München 1991, S. 19; vgl. Die WELT, 24.05.1991, „Heikle Frage noch offen“; Der SPIEGEL, 08.07.1991, „Tritte vors Schienbein“; General-Anzeiger, 14.07.1991, „Gespräche über den deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag stagnieren“.

gesehen.[1032] Die Vielzahl an Verzögerungen, durch die der zwischenzeitlich angestrebte Vertragsabschluss im Oktober 1991 in weite Ferne gerückt war, riefen heftige Kritik des tschechoslowakischen Botschafters *Jiří Gruša* hervor, der anmahnte, dass die Tschechoslowakei „immer weniger Verständnis für die Dauer der Verhandlungen“[1033] aufbrächte. Unter den deutschen Parteien machte er vor allem die CSU als Bremser aus.[1034] Die unmittelbaren Reaktionen auf deutscher Seite verdeutlichen die gereizte Stimmung zwischen beiden Staaten. So verwies *Helmut Kohl* trocken auf seine Pflicht, die Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu wahren, während der CSU-Vertriebenenpolitiker und BdV-Funktionär *Hartmut Koschyk* die übertriebenen Forderungen Prags dafür verantwortlich machte, dass noch keine Einigung zustande gekommen war.[1035]

Einen Ausweg aus der verfahrenen Situation bot erneut – wie bei den Verhandlungen zum Prager Vertrag in den 1970er Jahren – die Ausklammerung der strittigen Punkte, was im Prinzip bereits durch die Koalitionsvereinbarungen zwischen Union und FDP vorgezeichnet war. Bei einem Spitzengespräch im September, an dem neben den Außenministern beider Staaten auch der Bayerische Ministerpräsident *Max Streibl* sowie dessen Staatskanzleichef *Johann Böhm* teilnahmen, wurde vereinbart, vermögensrechtliche Ansprüche sowie Entschädigungen auf beiden Seiten außen vor zu lassen, um die Verhandlungen wieder aufnehmen zu können.[1036] Die folgenden Gespräche gestalteten sich bis auf die zunehmenden innertschechoslowakischen Dissonanzen, die 1993 in der Aufteilung des Landes in Tschechien und die Slowakei mündeten, sowie offenen Fragen bei der Gewährung von Sonderrechten für die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei vergleichsweise unproblematisch.[1037] Obwohl die deutschen Verhandlungsführer hier keine großzügigen Regelungen erreichen konnten, gab Bundeskanzler *Kohl* nach kurzer Verzögerung durch tschechoslowakische Aussagen, dass im Vertrag die Vertreibung als rechtmäßig anerkannt würde, „grünes Licht“[1038] für die Paraphierung. Diese nahm Bundespräsident *von Weizsäcker* gemeinsam mit Außenminister *Genscher* im Oktober 1991 in Prag vor. Vom ursprünglichen Vertragsziel eines echten Abschlusses der Vergangenheit war man damit abgekommen.[1039] Über die nicht erfüllte Hoffnung auf einen „dicken Strich unter die Vergangenheit“[1040] zeigte sich vor allem die tschechoslowakische Seite enttäuscht, wie unter anderem Ministerpräsident *Čalfa* in einem Gespräch mit Bundespräsident *von*

[1032] Vgl. *Raue*, 2001, S. 97 f; *Habel*, 2003, S. 909. Der SPD-Vertriebenenpolitiker *Peter Glotz* sprach die Thematik im Mai 1992 im Deutschen Bundestag an, vgl. Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Protokoll der 90. Sitzung vom 06.05.1992, S. 7377; vgl. Stuttgarter Zeitung, 01.06.1991, „Prag: Rückkehrangebot für Sudetendeutsche?“.
[1033] FAZ, 06.08.1991, „Prag klagt in Bonn über Nachbarschaftsvertrag“; vgl. Die WELT, 24.06.1991, „Bonn und Prag legen letzte Hand an“.
[1034] Vgl. Der SPIEGEL 36/1991, S. 16, „Blockade aus Bayern“; *Götze*, 1995a, S. 93.
[1035] FAZ, 07.08.1991, „Koschyk: Prager Forderungen an Verzögerungen schuld“.
[1036] Vgl. FAZ, 03.09.1991, „Bonn und Prag über Strittiges im Nachbarschaftsvertrag einig“; Nürnberger Nachrichten, 04.09.1991, „Durchbruch für ein Abkommen mit Prag“.
[1037] Vgl. Die WELT, 19.09.1991, „Vertrag mit ČSFR droht an Slowaken zu scheitern“.
[1038] Die WELT, 05.10.1991, „Kohl billigt ČSFR-Vertrag“; Neue Zürcher Zeitung, 04.10.1991, „Hürden für Bonns Vertrag mit Prag“.
[1039] Vgl. *Link*, 2003, S. 36; zum Wortlaut des Vertrages siehe: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“, 27. Februar 1992, in: *Habel*, 2003, S. 929 ff.
[1040] *Beushausen*, 1991, S. 172.

Weizsäcker anmerkte.[1041] In Deutschland stieß der Vertrag auf einhellige Ablehnung durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die ihren Ausschluss von den Verhandlungen und die unterbliebene Regelung von Rückkehrmöglichkeiten und der Entschädigungen bemängelte. Auch die CSU stimmte in die Kritik ein und verlangte Nachbesserungen am Vertragswerk. Dies führte im Dezember und Januar 1991 zu einem Streit innerhalb der Regierungskoalition, der nur dadurch entschärft werden konnte, dass der CSU bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag eine begleitende Resolution – ähnlich wie zuvor beim Nachbarschaftsvertrag mit Polen – zugesagt wurde, in der sie ihre Haltung darlegen konnte.[1042] Diese Entwicklung brachte eine Verzögerung der Vertragsunterzeichnung bis in das nächste Jahr mit sich und führte zu Befremden in der ČSFR. Nach einem weiteren Treffen zwischen den Außenministern *Dienstbier* und *Genscher* wurde der Vertrag Ende Februar 1992 dennoch von den Regierungschefs beider Länder unterzeichnet.[1043]

Insgesamt betrachtet kam der Deutsch-Tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag, welcher mit 35 Artikeln deutlich umfangreicher als der Prager Vertrag von 1973 war, den deutschen und tschechoslowakischen Erwartungen jeweils halbwegs entgegen, indem er zwar Forderungen beider Seiten wie beispielsweise die Kontinuität der tschechoslowakischen Staatlichkeit seit 1918 erneut bestätigte und das Unrecht der Vertreibung erwähnte, zentrale Fragestellungen aber weiterhin ausklammerte.[1044] Im Sinne eines „Rahmenabkommens“,[1045] als das es der spätere tschechoslowakische Botschafter *Boris Lazar* bezeichnete, wurden aber umfangreiche Vereinbarungen zur Zusammenarbeit in den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft sowie Umweltschutz getroffen und die friedlichen Absichten sowie die Respektierung der nationalen Selbstbestimmung und die Absage an gegenseitige territoriale Ansprüche festgeschrieben. Darüber hinaus sagte die BRD dem tschechoslowakischen Nachbarn Unterstützung bei seinen Anstrengungen bezüglich einer Mitgliedschaft in der EU bzw. EG zu. Fiel der Nachbarschaftsvertrag in Aufbau und Formulierung sehr ähnlich zu anderen Verträgen mit Polen oder Ungarn aus, so hob er sich von diesen durch eine besonders ausführliche Präambel zur gemeinsamen Geschichte und einen begleitenden Briefwechsel ab. Er hielt zum einen fest, dass vermögensrechtliche Fragen nicht behandelt wurden, stellte aber zum anderen die Möglichkeit der Niederlassung deutscher Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines zukünftigen Beitrittes der Tschechoslowakei zur Europäischen Gemeinschaft in Aussicht.[1046]

Aktivitäten der Netzwerkakteure

Ähnlich wie in der vorhergehenden Phase nutzten die Sudetendeutsche Landsmannschaft sowie der Sudetendeutsche Rat eine Kombination aus persönlichen Konsultationen, Erklärungen und Beschlüssen wie auch öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen, um sich

[1041] *Collegium Carolinum* (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 1. Quartal 1992, CC, München 1992, S. 20.
[1042] Zu den deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989, den Verhandlungen eines Nachbarschaftsvertrags und dem Verhalten von CDU/CSU siehe: *Lang*, Kai-Olaf, Germany and Poland, in *Pick*, Otto et al. (Hrsg.), Germany and East Central Europe since 1990, Prag 1999, S. 179-200.
[1043] Vgl. *Tampke*, 2003, S. 145; vgl. *Collegium Carolinum* (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 2. Quartal 1992, München 1992, S. 17 f.
[1044] Vgl. *Handl*, 2006, S. 53; *Kunštát*, 1999, S. 237.
[1045] *Lazar*, 1999, S. 40.
[1046] Zum Wortlaut des Briefwechsels siehe: *Habel*, 2003, S. 933 f.

Gehör zu verschaffen und ihre Anliegen in den politischen Prozess einzubringen. Wenige Tage vor Beginn der ersten deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungsrunden unterstrich SL-Sprecher *Neubauer* bei einer Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München die Forderungen nach Recht auf Heimat. Dabei nahm er die Bundesregierung erneut als „Schutzmacht" in die Pflicht und pochte auf Einbeziehung in die anstehenden Verhandlungen. Darüber hinaus kündigte *Neubauer* ein persönliches Gespräch mit Bundeskanzler *Kohl* an.[1047]

Im Hinblick auf die laufenden Vertragsverhandlungen rückten bei den Vertriebenen das Außenministerium und damit der Koalitionspartner FDP in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit. So kritisierte der kurz zuvor aus dem Bundestag ausgeschiedene Präsident des BdV *Herbert Czaja* (CDU) den Verlauf der Gespräche mit Polen und der Tschechoslowakei und mahnte an, dass die Rechte der deutschen Minderheiten zu wenig berücksichtigt würden.[1048] Auch SL-Sprecher *Neubauer* griff das Vorgehen von Außenminister *Genscher* an, der den Eindruck erwecke, „als solle Vertreibungsunrecht aus den künftigen Beziehungen mit der CSFR ausgeklammert werden."[1049] In einer Erklärung warnte er davor, Entschädigungsforderungen aufzugeben, „mit dem Vertrag vollendete Tatsachen" zu schaffen und regte die Aufnahme einer Klausel an, in der die Einrichtung einer gemeinsamen Kommission, die über die Problematik verhandeln solle, erwähnt werde.[1050] Auch gegen eine Nulllösung wandte sich *Neubauer* scharf und verwies dabei auf die Unterstützung durch die bayerische Landesregierung. Die Vorzeichen sprachen dennoch im Vorfeld des 42. Sudetendeutschen Tages im Mai 1991 in Nürnberg für ein zumindest etwas entspannteres (sudeten-)deutsch-tschechoslowakisches Verhältnis, da trotz der bestehenden Differenzen erstmals eine offizielle Delegation des Tschechischen Nationalrates sowie Abgeordnete der Föderalen Versammlung der Tschechoslowakei teilnahmen und sogar Grüße des Nationalrates sowie des Ministerpräsidenten *Petr Pithart* verlesen wurden.[1051] Der Verlauf des Pfingsttreffens erfüllte die Hoffnung jedoch nicht. Vielmehr wurde neben der klaren Opposition der Sudetendeutschen Landsmannschaft gegen den geplanten Vertrag und Kritik an FDP-Außenminister *Genscher* die enge Verbindung zur CDU und vor allem CSU dokumentiert.[1052] Neben dem CSU-Politiker, ehemaligem Bayerischen Staatsminister und SL-Sprecher *Franz Neubauer* traten mit Innenminister *Wolfgang Schäuble* (CDU), dem CSU-Parteivorsitzenden und Bundesfinanzminister *Theo Waigel*, dem Bayerischen Ministerpräsidenten *Max Streibl* (CSU) sowie dem Bayerischen Sozialminister *Gebhard Glück* (CSU) ausschließlich profilierte Unionspolitiker auf und stellten sich demonstrativ hinter die Sudetendeutsche Landsmannschaft. So überbrachte *Wolfgang Schäuble* nicht nur Grüße von Bundeskanzler *Helmut Kohl*, sondern versprach Unterstützung der Bundesregierung bei den Verhandlungen mit der Tschechoslowakei:

[1047] Vgl. Münchner Merkur, 25.02.1991, „Sudetendeutsche halten an Rückkehr in die CSFR fest".
[1048] Vgl. Münchner Merkur, 03.05.1991, „Geplante Verträge scharf kritisiert".
[1049] Münchner Merkur, 18.05.1991, „Vertriebene üben Kritik am Vertrag".
[1050] Berliner Zeitung, 27.04.1991, „Sudetendeutsche beharren auf Entschädigung", SZ, 27.04.1991, „Prag lehnt Entschädigung ab".
[1051] Vgl. *Witte*, 2002, S. 123 f.
[1052] Vgl. Die WELT, 21.05.1991, „Sudetendeutsche fordern ihr Recht, rüffeln Genscher".

> „Dafür stehen Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Regierung. Dafür stehe auch ich als Minister des Ressorts, das für die deutschen Heimatvertriebenen Verantwortung trägt. (…) Und dies gilt auch für die vertraglichen Beziehungen mit der Tschechoslowakei.“[1053]

Auch eine direkte Einbeziehung in die Vertragsverhandlungen versprach *Schäuble*.[1054] CSU-Chef *Theo Waigel* kündigte ebenfalls Unterstützung für die sudetendeutschen Belange an und verlangte eine Beteiligung der Sudetendeutschen und der CSU als den politischen Vertreter der sudetendeutschen Anliegen an den Verhandlungen. In diesem Zusammenhang verwies *Waigel* auf die Bedeutung der Sudetendeutschen als „vierter Stamm Bayerns“ und die Aufgaben des Freistaats als „Schirmland“ der Volksgruppe.[1055] Dem schloss sich Ministerpräsident *Streibl* an, der ebenfalls den hohen Stellenwert der Schirmherrschaft hervorhob, während Sozialminister *Glück* in die Argumentation mit einstimmte. Kritik an der Bundesregierung, der die CSU als Koalitionspartner angehörte, lenkte *Streibl* auf das von der FDP geführte Auswärtige Amt und beanspruchte nicht nur für die Sudetendeutschen, sondern auch für die CSU direkt einbezogen zu werden. Als Schirmherr der Sudetendeutschen forderte *Streibl* daher die Bundesregierung auf,

> „uns zu beteiligen und nicht nur nachher mitzuteilen, was ausgehandelt worden ist. Wenn die Versöhnung zwischen Deutschen und Tschechen nicht nur ein Thema für Sonntagsreden sein soll, müssen die Sudetendeutschen an diesem Prozess beteiligt werden.“[1056]

Erneut brachte er die von der Tschechoslowakei angestrebte Mitgliedschaft in den europäischen Organisationen mit einer offenen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Verbindung. Den doppelten Anspruch der CSU, mit dem Freistaat Bayern sowohl im Interesse der Sudetendeutschen Volksgruppe zu handeln als auch in die Verhandlungen der Bundesregierung einbezogen zu werden, unterstrich *Streibl* mit der Ankündigung, ein Gutachten „zu allen die Sudetendeutschen betreffenden Fragen“[1057] in Auftrag gegeben zu haben.

Die unisono von Verbands-, Partei- und Regierungsvertretern geäußerten Forderungen nach direkter Beteiligung der Sudetendeutschen führten sowohl in Deutschland als auch in der Tschechoslowakei zu heftigen Reaktionen. So erfasste eine „Welle der Empörung“[1058] die tschechoslowakische Presse und lehnte die Regierung weiterhin einen Dialog mit den Sudetendeutschen strikt ab. Der tschechoslowakische Außenminister *Dienstbier* stellte sogar fest, dass die Landsmannschaft „mit ihren unhaltbaren Forderungen bewusst jeden Weg zu Versöhnung“[1059] verbaute. In diesem Zusammenhang warf die SPD vor allem der

[1053] SdZ, 24.05.1991, „Eine machtvolle Demonstration für die Rechte der Sudetendeutschen“.
[1054] Vgl. FAZ, 21.05.1991, „Bonn will Sudetendeutsche an Vertragsverhandlungen beteiligen“; SZ, 21.05.1991, „Sudetendeutsche fordern Teilnahme an Verhandlungen mit Prag“.
[1055] Vgl. Münchner Merkur, 21.05.1991, „Sudetendeutsche dürfen mitreden“; Die WELT, 21.05.1991, „Waigel will Mitsprache bei Vertrag mit ČSFR. Streibl: Nicht als geheime Kommandosache Genschers“.
[1056] SdZ, 24.05.1991, „Eine machtvolle Demonstration für die Rechte der Sudetendeutschen“.
[1057] Ebd.
[1058] *Witte*, S. 126; vgl. Stuttgarter Zeitung, 27.05.1991, „Prag über Schäuble verstimmt“.
[1059] SZ, 27.05.1991, „Sudetendeutsche scharf kritisiert. ČSFR-Außenminister Dienstbier: Unhaltbare Forderungen“; vgl. SZ, 22.05.1991, „Prag: Verhandlungen nur mit Bonn. Heftige Reaktionen in der ČSFR auf Vertriebenen-Treffen“.

CSU eine Gefährdung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen vor.[1060] Selbst vom Koalitionspartner der Union kam heftige Kritik: Der bayerische FDP-Vorsitzende *Josef Grünbeck*, selbst Sudetendeutscher, hielt *Neubauer* und *Streibl* hinsichtlich ihrer Kritik an mangelnder Information und fehlende Einbindung durch das FDP-geführte Außenministerium miesen Stil vor. Diese hätten beim Sudetendeutschen Tag eine „ganz, ganz üble Rolle“[1061] gespielt. Er selbst lehnte Entschädigungen für Vertriebene ab. Mit dem CSU-Landtagsabgeordneten und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei *Johann Böhm* wies ein herausgehobener Funktionär der Sudetendeutschen Landsmannschaft die Vorwürfe zurück und betonte, dass *Grünbeck* lediglich von den Fehlleistungen seines „Parteifreundes Genscher in der Außenpolitik ablenken“[1062] wolle. Die zunehmenden Dissonanzen in der Regierungskoalition hatten sich bereits wenige Wochen zuvor gezeigt, als die FDP die CSU im Zusammenhang mit der Vorbereitung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages davor gewarnt hatte, „in der Außenpolitik nicht erneut rückfällig“ zu werden, „Hand in Hand mit Vertriebenenpolitikern“ zu agieren und die Vertragsverhandlungen mit den Nachbarländern zu erschweren.[1063]

Nach dem Sudetendeutschen Tag und der darauf folgenden Resonanz im In- und Ausland wiederholte die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit *Franz Neubauer* zunächst ihre Forderungen gemeinsam mit dem Vorschlag einer tschechisch-sudetendeutschen Kommission in einem Brief an den tschechischen Ministerpräsidenten *Petr Pithart*.[1064] Nachdem dies von tschechoslowakischer Seite zurückgewiesen worden war und *Pithart* in seinem Antwortschreiben erneut ankündigte, ausschließlich auf Regierungsebene verhandelt zu wollen, forderte *Neubauer* in einem weiteren Brief im August – noch vor dem entscheidenden Treffen Anfang September, das die Verhandlungen wieder in Gang brachte – Bundeskanzler *Kohl* dazu auf, die vermögensrechtlichen Fragen aus den Vertragsregelungen auszuklammern, die Thematik selbst aber offen zu halten.[1065]

In einer Reihe von Beschlüssen unterstrichen SL und SR darüber hinaus ihre Forderungen: Auf einer Jahresversammlung in München verabschiedete die Sudetendeutsche Landsmannschaft eine Erklärung, in der sie die Rückgabe ihres enteigneten Grundbesitzes in der ČSFR verlangte, und stellte wiederholt ein Junktim zwischen der Aufarbeitung der Vertreibung und dem geplanten tschechoslowakischen EG-Beitritt auf: Den eingeschlagenen Weg nach Europa könne die ČSFR „nicht mit reinen Händen vollenden, ohne die Folgen dieses Aktes der Inhumanität wiedergutzumachen“.[1066] Als Gastredner trat der sudetendeutsche CSU-Bundestagsabgeordnete und Vizepräsident des

---

[1060] Vgl. Parl.-Polit.- Pressedienst, 19.06.1991, „CSU und Sudetendeutsche gefährden deutsch-tschechoslowakischen Vertrag“.

[1061] AZ, 23.05.1991, „Vertriebenenpolitik – Grünbeck wirft Streibl miesen Stil vor“; MM, 23.ß5.1991, „Streibl und Neubauer spielten üble Rolle“. Grünbeck kritisiert Reden vor Sudetendeutschen“; vgl. FAZ, 23.05.1991, „Gegen Entschädigung für Sudetendeutsche“.

[1062] Ebd.

[1063] FR, 11.05.1991, „FDP warnt CSU vor Rückfall“.

[1064] „Brief des Sprechers der SL, Staatsminister a.D. Franz Neubauer, an den Ministerpräsidenten der ČR, Petr Pithart: Aus geschichtlicher Erfahrung abgeleitetes Zukunftskonzept“, 29.05.1991, in: Habel, 2003, S. 921-923.

[1065] Vgl. SdZ, „30.08.1991, „Gegen Versteigerungen sudetendeutschen Eigentums“; Vgl. *Witte*, S. 139; Vgl. *Götze*, 1995b, S. 1039. *Collegium Carolinum* (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 3. Quartal 1991, München 1991, S. 16.

[1066] Die WELT, 01.07.1991, „Rückgabe verlangt“; vgl. Die WELT, 30.06.1991, „Landsmannschaft fordert Rückgabe von enteignetem Besitz in ČSFR“.

Deutschen Bundestages *Hans Klein* auf, der den Rechtsanspruch der Sudetendeutschen betonte, die Landsmannschaft jedoch vor Isolierung durch ihre besonders harte Haltung warnte.[1067] Unterstützung für ihre Forderungen hatte die Sudetendeutsche Landsmannschaft zuvor durch eine „Berliner Erklärung der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen" erfahren, in der die „volle Mitwirkung" der Sudetendeutschen eingefordert und das Fehlen der „Verwirklichung des Rechtes auf Heimat" moniert wurde.[1068] In einer weiteren Erklärung wandte sich die SL-Bundesversammlung gegen die Versteigerung sudetendeutschen Eigentums und wies nachdrücklich darauf hin, dass die „Frage des sudetendeutschen Eigentums nach wie vor offen"[1069] sei. Dabei konnte sich die SL auf das von der Bayerischen Staatsregierung in Auftrag gegebene und seit August 1991 vorliegende Gutachten des Wiener Völkerrechtlers *Felix Ermacora* beziehen, das die Konfiskation sudetendeutschen Eigentums durch den tschechoslowakischen Staat als rechtswidrig einordnete.[1070] Zum Vertragstext der deutsch-tschechoslowakischen Vereinbarung, der nach der Paraphierung im Oktober 1991 veröffentlicht worden war, nahmen SL-Sprecher *Neubauer* sowie BdV-Präsident *Czaja* zeitnah Stellung und erläuterten, dass dem Vertrag in dieser Form nicht zuzustimmen sei.[1071] Im Dezember äußerte sich der Sudetendeutsche Rat: In einer Erklärung erkannte er zwar eine Reihe von Fortschritten wie die offizielle Erwähnung der Vertreibung sowie Rechte für die deutschen Minderheiten an, bedauerte aber, dass zum Recht auf Heimat und zur Regelung der Vermögensfragen – obwohl die Sudetendeutsche Landsmannschaft zuvor noch die Ausklammerung dieser Fragen gefordert hatte – keine Vereinbarungen erreicht werden konnten. Daher forderte er weitere Gespräche unter Einbeziehung der Sudetendeutschen sowie die Einstellung der Versteigerung sudetendeutschen Eigentums im Zug der Privatisierung in der Tschechoslowakei.[1072]

Die Bayerische Staatsregierung mit Ministerpräsident *Max Streibl* profilierte sich – wie bereits im Rahmen des Sudetendeutschen Tages deutlich wurde – als der (neben der CSU-Landesgruppe) politische Vertreter der Sudetendeutschen innerhalb der Regierungskoalition auf Bundesebene und forderte daher auch eine Sonderrolle in den deutsch-tschechoslowakischen Vertragsverhandlungen ein. Eine wichtige Funktion übernahm dabei das erwähnte Rechtsgutachten zur sudetendeutschen Problematik, das die Bayerische Staatskanzlei im Februar 1991 in Auftrag gegeben hatte und im August 1991 vorgestellt wurde.[1073] Mit dieser juristischen Argumentationsgrundlage im Gepäck konnten Minister-

[1067] Vgl. SdZ, 05.07.1991, „Den Rechtsanspruch der Sudetendeutschen betont"; Augsburger Allgemeine, 01.07.1991, „Klein ruft zu Ausgleich auf".
[1068] DOD, 27/91, 05.07.1991, S. 1; Vgl. *Böttcher*, Hans Viktor und *Dahm*, Christof, Materialen zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1991/92. Die deutschen Nachbarschaftsverträge, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1993, S. 263.
[1069] „Die Bundesversammlung der SL: Erklärung zur Versteigerung sudetendeutschen Eigentums", 29.09.1991, in: *Habel*, 2003, S. 927 f; SZ, 30.09.1991, „Sudetendeutsche bleiben bei Nein zum Vertrag mit Prag"; FAZ, 30.09.1991, „Sudetendeutsche lehnen Vertrag mit Prag ab". SdZ, 04.10.1991, „Nachbarschaftsvertrag so nicht annehmbar".
[1070] Vgl. „Rechtsgutachten des Völkerrechtlers Prof. Felix Ermacora: Die sudetendeutschen Fragen", 22.08.1991, in: *Habel*, 2003, S. 923-926.
[1071] Vgl. SdZ, 11.10.1991, „Die sudetendeutsche Frage ist weiterhin offen"; DOD, 11.10.1991, „Der Vertrag mit Prag ist schlecht und fragwürdig".
[1072] Vgl. „Erklärung des Sudetendeutschen Rates zum Vertrag zwischen Deutschland und der ČSFR", 07.12.1991, in: *Habel*, 2003, S. 928 f; SdZ, 13.12.1991, „Erklärung des Sudetendeutschen Rates zum Vertrag mit Prag".
[1073] Vgl. FAZ, 23.08.1991, „Ermacora spricht von Völkermord. Gutachten über die sudetendeutsche Frage".

präsident *Max Streibl* und der Staatskanzleichef *Johann Böhm* beim Spitzentreffen Anfang September 1991 dafür plädieren, dass die sudetendeutschen Ansprüche auf Entschädigungen sowie das Recht auf Heimat weiterhin offenblieben und keine Schlussstrich-Regelung ohne eine Klärung der Fragestellungen möglich wurde.[1074] Noch kurz vor dem vertraulichen Treffen hatte die CSU in einer Koalitionsrunde mit Bundeskanzler *Kohl* ihren Widerstand gegen den Vertrag formuliert und Entschädigungen für die Sudetendeutschen eingefordert.[1075] Im Vergleich zu anderen Subakteuren der CSU wie der CSU-Landesgruppe zeigte sich *Streibl* grundsätzlich aber kompromissbereiter. So hielt er sich mit Kritik im Vorfeld der Paraphierung zurück und bezeichnete den Vertrag im Anschluss daran als „solide Grundlage“,[1076] wies aber auf die bestehenden Probleme hin.

Aus der CSU-Landtagsfraktion wurde die Bayerische Staatsregierung im Oktober 1991, wenige Tage nach der Paraphierung des Nachbarschaftsvertrages vom Vertriebenenpolitiker und CSU-Landtagsabgeordneten *Christian Knauer* mit einer Anfrage im Landtagsplenum nach der Beurteilung des Vertrages sowie den noch offenen sudetendeutsch-tschechoslowakischen Fragen konfrontiert. In ihrer Antwort stellte die Staatsregierung heraus, dass sie sich bereits frühzeitig bei der Bundesregierung für Fortschritte im sudetendeutsch-tschechischen Verhältnis eingesetzt hatte und so Erfolge wie ein Minderheitenschutz für die Deutschen in der Tschechoslowakei sowie eine Erwähnung der Vertreibung in der Präambel des Vertrages erreicht werden konnten. Unter den „vorliegenden Umständen“[1077] kündigte die Staatsregierung mit dem Leiter der Staatskanzlei und Sudetendeutschem Funktionär *Johann Böhm* Zustimmung zum Vertrag an, auch wenn er eine Reihe von Fragen offen lasse und nicht „das letzte Wort“ in den deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen sein könne, so der Wortlaut in der Antwort von *Böhm*. Darüber hinaus betonte die Staatsregierung ihren fortwährenden Einsatz bei der Bundesregierung auch in anderen sudetendeutschen Anliegen wie der Versteigerung von Privateigentum in der Tschechoslowakei.

Auf Bundesebene traten CDU und CSU offensiv als Fürsprecher der Anliegen der Vertriebenen auf. So hatten Vertriebenenpolitiker der Union die geplanten Nachbarschaftsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei massiv kritisiert und daher bereits im Frühjahr und Frühsommer 1991 koalitionsinterne Diskussionen mit der FDP, die das Außenministerium führte und damit die Vertragsverhandlungen federführend leitete, hervorgerufen.[1078] Dabei stimmten sich CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der geschäftsführende Bundesvorstand der SL intensiv ab, wie ein „Meinungs- und Informationsaustausch“ im März 1991 exemplifiziert, an dem der Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Alfred Dregger*, weitere Mitglieder der Fraktion, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Vertriebene und Flüchtlinge *Hartmut Koschyk* (CSU) sowie eine Reihe von Vorstands-

[1074] Vgl. SdZ, 13.09.1991, „Deutsch-tschechoslowakischer Vertrag: Kein Schlussstrich unter sudetendeutsche Frage“; Vgl. *Witte*, 2002, S. 140; *Collegium Carolinum* (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 1. Quartal 1992, München 1992, S. 21.
[1075] Vgl. Der SPIEGEL, 02.09.1991; „Blockade aus Bayern“.
[1076] Bayernkurier, 12.10.1991, „Max Streibl zum Vertrag“.
[1077] Antwort der Bayerischen Staatsregierung auf die mündliche Anfrage des Abgeordneten *Christian Knauer* (CSU), vom 23.10.1991, Bayerischer Landtag 12. Wahlperiode, Plenarprotokoll 12/33 vom 23.10.1991, S. 2094; Vgl. SdZ, 01.11.1991, „Staatssekretär Böhm: Bayern wird zustimmen“.
[1078] Vgl. Münchner Merkur, 03.05.1991, „Geplante Verträge scharf kritisiert“; FR, 11.05.1991, „FDP warnt CSU vor Rückfall“; Münchner Merkur, 18.09.1991, „Vertriebene üben Kritik am Vertrag“.

mitgliedern der SL teilnahmen.[1079] Im Rahmen des Besuchs des tschechoslowakischen Parlamentspräsidenten *Alexander Dubček*, der sich auch zu Gesprächen mit Vertretern der CDU/CSU-Fraktion traf, brachte zunächst Fraktionschef *Dregger* die Anliegen der Sudetendeutschen zur Sprache und „appellierte an die tschechischen und slowakischen Gäste, bei den Verhandlungen (…) die Anliegen der Sudetendeutschen positiv aufzunehmen".[1080] Der CSU-Vorsitzende *Theo Waigel* und CSU-Landesgruppenvorsitzender *Wolfgang Bötsch* sprachen in einem Aufeinandertreffen mit *Dubček* ebenfalls die sudetendeutschen Fragen an, hielten sich bezüglich der konkreten Problempunkte zu diesem Zeitpunkt jedoch noch zurück.[1081] Auch bei weiteren aktuellen Anlässen ergriffen immer wieder vor allem Vertreter der CSU das Wort für die Sudetendeutsche Landsmannschaft. So äußerte sich der außenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe *Christian Schmidt* gegen die Aussage des tschechoslowakischen Staatspräsidenten *Havel*, der die Rückgabe von Grundbesitz an Sudetendeutsche kategorisch ausgeschlossen hatte, und stellte fest dass „Eigentumsfragen Gegenstand von Verhandlungen (…) seien und blieben."[1082] Neben einer Reihe von Begegnungen und Konsultationen trat vor allem der vertriebenenpolitische Sprecher *Hartmut Koschyk* in Erscheinung. So wies er nicht nur Anschuldigungen des tschechoslowakischen Botschafters zu den Verzögerungen in den Vertragsverhandlungen zurück, sondern verwies auf die vorbildliche Wahrnehmung der Schirmherrschaft durch die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung, beispielsweise bei der Vorstellung des sogenannten Ermacora-Gutachtens.[1083] Auch nach der Anfang September erfolgten grundsätzlichen Einigung über die Modalitäten eines Nachbarschaftsvertrages wurde vor allem aus der CSU-Landesgruppe heftige Kritik an den Vertragsinhalten sowie der Information durch Außenminister *Genscher* laut. So warf CSU-Landesgruppenvorsitzender *Wolfgang Bötsch* dem FDP-Außenminister im September 1991 in zwei Briefen vor, ihn nicht über den Stand der Verhandlungen informiert zu haben und kritisierte die Ausklammerung der Entschädigungsforderungen der Sudetendeutschen.[1084] Nachdem die Dissonanzen zwischen FDP und CSU bereits im Sommer angeklungen waren, brachen sie daher im Vorfeld der Paraphierung des Vertrages noch mal deutlich auf. Im Oktober kündigte die CSU mit Parteichef *Waigel* an, ihre Zustimmung im Bundestag verweigern zu wollen, sollten keine Nachbesserungen erreicht werden.[1085] Nach der Paraphierung des Vertrages forderte die CSU abermals Änderungen am Vertragswerk ein, was den schwelenden Koalitionsstreit im Dezember 1991 zwischen CSU und CDU sowie FDP verstärkte.[1086] So verlangte die CSU, dass der ehemals (sudeten-)deutsche Besitz von den Versteigerungen in der Tschechoslowakei aus-

[1079] DOD, 22.03.1991, „Sudetendeutsche bei Dregger"; Original-Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 21.03.1991, „Dregger sprach mit Sudetendeutschen"; SdZ, 29.03.1991, „Dregger würdigt verantwortungsvolle Haltung der Sudetendeutschen"; DOD, 19.04.1991, „Dregger sprach mit Dubcek. Die Anliegen der Sudetendeutschen positiv aufnehmen".

[1080] Original-Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 17.04.1991, „Dregger sprach mit Dubcek".

[1081] Vgl. Original Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, 18.04.1991, Nr. 150/1991.

[1082] Bayernkurier, 06.07.1991, „CSU-MdB Schmidt: gegen Havel-Äußerung".

[1083] Vgl. Bayernkurier, 31.08.1991.

[1084] Vgl. WELT am Sonntag, 15.09.1991, „CSU erhebt schwere Vorwürfe wegen des ČSFR-Vertrags"; SZ, 16.09.1991, „Bötsch attackiert Genscher wegen Gesprächen mit Prag"; Die WELT, 16.09.1991, „Bötsch fühlt sich übergangen".

[1085] Vgl. Stern, 17.10.1991.

[1086] Bayernkurier, 12.10.1991, „CSFR-Vertrag. Positives und Fehlendes"; FR, 12.10.1991.

geschlossen werden solle. Der christsoziale Widerstand, die mehrmals bessere Regelungen im Sinn der Sudetendeutschen forderte, wurde im Dezember und Januar mehrmals formuliert und wiederholt, wobei CSU-Landesgruppenvorsitzender *Bötsch* die Zustimmung bis Ende Januar offenhielt und dadurch Verzögerungen bei der geplanten Vertragsunterzeichnung herbeiführte. Innerparteilich war dabei durchaus Druck von Vertriebenenseite auszumachen: So unterstrich die Union der Vertriebenen bei ihrer Landesversammlung nur wenige Tage nach der Paraphierung des Nachbarschaftsvertrages ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Vertrag und forderte von der CSU eine noch härtere Haltung gegen den Vertrag ein.[1087] In einem 12-Punkte-Programm, das bei der traditionellen Klausurtagung in Wildbad Kreuth verabschiedet wurde, erneuerte die CSU schließlich ihre Forderung nach Nachbesserungen, einem begleitenden Briefwechsel sowie einer Resolution zum Vertrag, welche die Aufrechterhaltung der sudetendeutschen Forderungen nach Entschädigungen und Recht auf Heimat festhalten sollte.[1088] Dadurch kam es zu heftige Differenzen innerhalb der Regierungskoalition mit der FDP, die auf einen schnellen Abschluss des Vertrages pochte.[1089] Da die tschechoslowakische Seite in diesem Punkt keine Verhandlungsbereitschaft erkennen ließ und Änderungen des Vertragstextes nicht durchsetzbar waren, wurde der CSU Ende Januar als Kompromisslösung die Verabschiedung einer begleitenden Resolution bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag zugesagt.[1090] Der scharfe Ton sowohl innerhalb der Regierungskoalition als auch seitens der CSU gegenüber der Tschechoslowakei blieb dennoch bestehen. So protestierte *Bötsch* Anfang Februar – wenige Tage vor der Unterzeichnung des Vertrages in Prag – erneut gegen die fortgesetzte Versteigerung ehemals sudetendeutschen Eigentums im Zug der tschechoslowakischen Privatisierungen.[1091] Der erste Entwurf der zugesagten begleitenden Resolution ging in Fragen der Rückkehr und Entschädigung Sudetendeutscher weit über den Vertrag selbst hinaus, sodass er nach erneutem Koalitionsstreit mit der FDP und Druck der CDU abgeschwächt wurde.[1092]

Wie sich die CSU in den relevanten Arenen Bundestag und Bundesrat bei den entscheidenden Abstimmungen im Zug der anstehenden Ratifikation des Vertragswerks verhalten würde, erwies sich zu diesem Zeitpunkt noch immer als unklar. Mit der Aktivität nahezu aller Subakteure des Netzwerkes erreichten SL und CSU, ihren Einfluss auf die Verhandlungen zu erhöhen, die Thematik sowie ihre Kritikpunkte an den Vertragsver-

[1087] Vgl. Nürnberger Nachrichten, 14.10.1991, „Eher Nein als Jein".
[1088] Vgl. FR, 13.01.1992, „CSU verlangt Druck auf Prag".
[1089] Vgl. Die WELT, 13.01.1992, „Klarstellungen zum Vertrag mit der ČSFR gefordert"; Nürnberger Nachrichten, 13.01.1992, „CSU verlangt vom Kabinett mehr als Floskeln"; Stuttgarter Zeitung, 16.01.1992, „Koalition streite über CSFR-Vertrag"; Augsburger Allgemeine, 21.01.1992„Streit zwischen CSU und FDP um Vertrag mit CSFR spitzt sich zu".
[1090] Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 23.01.1992, „Bonner Einigung über den Vertrag mit Prag"; FAZ, 21.01.1992, „CSU verlangt Entschließung zum Nachbarschaftsvertrag mit Prag"; *Raue*, 2001, S. 99 f.
[1091] Vgl. Die WELT, 05.02.1992, „Bötsch greift die ČSFR erneut an". Unterstützung aus der CDU erhielt *Bötsch* von Prof. Dr. *Egon Jüttner*, der bezüglich der vermögensrechtlichen Ansprüche der Sudetendeutschen sowohl eine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung initiierte als auch kurz vor der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages die Unvereinbarkeit des Verhaltens der tschechoslowakischen Regierung mit dem Geist des Vertrages feststellte und einen künftigen EG/EU-Beitritt unter diesen Voraussetzungen in Frage stellte; vgl. SdZ, 22.11.1991, „Bundesregierung: Vermögensrechtliche Ansprüche der Sudetendeutschen sollen offen gehalten werden"; Deutschland-Union-Dienst, 14.02.1992, „CSFR handelt völkerrechtswidrig".
[1092] Vgl. Die WELT, 07.02.1992, „Weiter Zwist um ČSFR-Resolution"; FR, 07.02.1992, „CSU besteht nicht auf Entwurf".

handlungen in die Öffentlichkeit zu bringen und schließlich die letztendliche Unterzeichnung des Vertrages hinauszuschieben. Das Selbstverständnis der CSU als politische Brücke der Sudetendeutschen dokumentierte sie in einem von CSU-Parteichef *Theo Waigel* initiierten Gespräch mit Außenminister *Hans-Dietrich Genscher*, an dem neben dem Bayerischen Ministerpräsidenten *Max Streibl*, dem CSU-Landesgruppenchef *Wolfgang Bötsch* und den deutschen Verhandlungsführern zum Nachbarschaftsvertrag auch SL-Sprecher *Franz Neubauer* teilnahm und ein Austausch der Positionen stattfand.[1093] In diesem Zusammenhang muss auch das im Juli 1991 in Ansbach vom Parteiausschuss verabschiedete Positionspapier der CSU zum Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag gesehen werden. Im Papier, das sich inhaltlich unübersehbar am zuvor von SL-Sprecher *Neubauer* an den tschechischen Ministerpräsidenten *Pithart* gerichteten Brief orientierte, wurde eine Vielzahl der bekannten sudetendeutschen Forderungen aufgelistet und unterstützt.[1094] Im Zug des Treffens konnte die CSU zumindest indirekt eine Beteiligung der SL an den Vertragsverhandlungen ermöglichen und sich in der kurz vor dem Austausch mit Genscher einstimmig verabschiedeten Resolution „an der Seite der Sudetendeutschen“[1095] präsentieren. Bei der öffentlichkeitswirksamen Verzögerung der Zustimmung der CSU-Landesgruppe zum Vertrag im Deutschen Bundestag stellte sich CSU-Parteichef und Bundesfinanzminister *Waigel* hinter die Argumentation des Landesgruppenvorsitzenden *Bötsch* und sprach auch bei der Kabinettssitzung, die den Vertrag billigte, die Privatisierungsproblematik in der Tschechoslowakei an.[1096]

9.3.4 Dritte Phase: Ratifizierung des Nachbarschaftsvertrages

Handlungsrahmen

In der Tschechoslowakei wirkten sich die Verschleppungen bei der Unterzeichnung des Vertrags erschwerend auf den Ratifikationsprozess aus, weil er dadurch in die Nähe der tschechoslowakischen Parlamentswahlen im Juni 1992 rückte und Gegenstand der Wahlkampfauseinandersetzungen wurde. Die zuvor bereits skeptische Stimmung innerhalb der tschechoslowakischen Gesellschaft gegenüber dem Umgang mit der Vergangenheit, der Anerkennung des Unrechts der Vertreibung und den häufig als zu nachgiebig empfundenen Verhandlungen mit Deutschland verschlechterte sich in dieser Phase nochmals und entlud sich neben der Kritik am Fehlen einer expliziten Ungültigkeitserklärung des Münchner Abkommens von Beginn an vor allem an der Verwendung der Begrifflichkeit „Vertreibung“ in der Präambel des Vertragswerkes.[1097] So musste Außenminister Dienstbier die Benutzung

[1093] Vgl. DOD, 19.07.1991, „Gespräch mit Genscher zum CSFR-Vertrag“; SdZ, 19.07.1991, „Gespräch der CSU-Spitze und des Sprechers der Sudetendeutschen mit Genscher“.
[1094] Vgl. ebd.; Bayerkurier, 20.07.1991; Bayernkurier, 10.08.1991, „Verantwortung wahrgenommen“.
[1095] SdZ, 19.07.1991, „Die CSU an der Seite der Sudetendeutschen“.
[1096] Vgl. FR, 30.01.1992, „Kabinett billigt Verträge“.
[1097] Zum widersprüchlichen Verhältnis der tschechischen Gesellschaft zu Deutschland, die den Nachbarn einerseits als Musterbeispiel einer modernen und sozialen Demokratie sieht, andererseits aber ein tiefes Misstrauen gegenüber der deutschen Politik hegt und die Vertreibung Anfang, Mitte der 1990er Jahre überwiegend als „gerecht“ einordnete, siehe: *Vodička*, Karel, Tschechisch-deutsche Beziehungen und die Versöhnungserklärung, in: Osteuropa 47, Heft 10/11, Stuttgart 1997, S. 975-986, S. 976 ff; vgl. „Tschechen und Sudetendeutsche“, in: Ders., Das politische System Tschechiens, Wiesbaden 2005, S. 109-111; vgl. SZ, 27.07.1993, „Mehrheit der Tschechen dagegen. Umfrage: 49 Prozent halten Vertreibung für richtig“.

dieses Begriffes bereits im November des vorhergehenden Jahres in der tschechoslowakischen Nationalversammlung verteidigen und wurde dort massiv kritisiert.[1098] Nachdem sich im Vorfeld der Beratungen einige Abgeordnete an die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und Unterzeichner des Potsdamer Abkommens – die USA, Frankreich, Großbritannien sowie die ehemalige Sowjetunion – gewandt und deren Standpunkt zur Legalität der Aussiedlung der Deutschen angefragt hatten, wurden der Tagesordnungspunkt am 11. März 1992 in der Föderalversammlung gestrichen und die Beratungen vertagt.[1099] Ein weiteres Beispiel belegt die im Hinblick auf die Beziehungen zu Deutschland bzw. den Sudetendeutschen nervöse Grundstimmung in der Tschechoslowakei: Kurz zuvor, im Februar 1992, hatten konservative Abgeordnete eine Novellierung der Restitutionsgesetzgebung durchgesetzt, welche die Rechte der deutschen und ungarischen Minderheiten zum Anspruch auf Rückgabe des enteigneten Grundbesitzes verbesserte, am Status der vertriebenen Deutschen aber nichts änderte. Dennoch rief dies heftige Reaktionen in der tschechoslowakischen Parteienlandschaft und Gesellschaft hervor.[1100] Um die angespannte Lage zu entschärfen und eine Zustimmung zum Nachbarschaftsvertrag zu ermöglichen, legte die Regierung der ČSFR im März einen Kompromissentwurf vor. Der in Deutschland als Motivbericht titulierte Vorschlag sah eine zeitliche Einschränkung bei der Anwendung des Begriffs Vertreibung vor. So sollte er ausschließlich „Exzesse bei der Realisierung der Aussiedlung, zu denen es besonders in der Phase bis zur Annahme des Potsdamer Abkommens kam“[1101] bezeichnen. Konkret unterschied der Motivenbericht zwischen dem Abschub (odsun), welcher im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 gebilligt worden war, und den Exzessen bei der Realisierung des Abschubs, die als Vertreibung (vyhnání) eingeordnet wurden.[1102] Darüber hinaus wird im Bericht festgestellt, die Ungültigkeit des Münchner Abkommens bedeute, dass „dieses tschechoslowakische Grenzgebiet rechtlich niemals Bestandteil Deutschlands war“.[1103] Im April 1992 sprach sich daraufhin eine Mehrheit der Abgeordneten im tschechoslowakischen Parlament für den Vertrag aus.[1104] Bei den Vertriebenenverbänden und den Unionsparteien rief der Motivenbericht mit den damit einhergehenden Einschränkungen heftige Reaktionen hervor und wurde als Rechtfertigung für eine Ablehnung des Vertrages angeführt.

Vor diesem Hintergrund müssen die Argumentation und die Positionierung der Union im Allgemeinen sowie der CSU im Besonderen im deutschen Ratifizierungsprozess gesehen werden. Nach der Unterzeichnung Ende Februar übergab die Bundesregierung den Gesetzentwurf am 3. April dem Bundesrat sowie am 27. April 1992 dem Bundestag zur

[1098] Vgl. *Raue*, 2001, S. 100 f.
[1099] Vgl. FAZ, 30.11.1991, „Stellungnahme der Siegermächte gefordert“.
[1100] Vgl. *Witte*, 2002, S. 150; Die WELT, 18.04.1992, „Rückgabe deutschen Eigentums“; SZ, 23.04.1992, „Streit wegen des Begriffs Vertreibung“; SZ, 24.04.1992, „Dienstbier zügelt die Ratifizierungsdebatte“.
[1101] FAZ, 21.04.1992, „Gefährdet ein Prager Bericht den Nachbarschaftsvertrag?“.
[1102] Vgl. „Die Regierung der ČSFR: Motivenbericht zum Vertrag zwischen der ČSFR und Deutschland, März 1992, in: *Habel*, 2003, S. 935-938; zur Verwendung der Begriffe *vyhnání* und *odsun* siehe: *Götze*, 1995a, S. 97; vgl. FAZ, 27.03.1992, „Vertreibung als Aussiedlung gewertet“; zu den wilden Vertreibungen und zum geordneten Transfer siehe: *Novotný*, 2009, S. 106-112.
[1103] Ebd. S. 936.
[1104] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 99; Vgl. *Witte*, S. 151; vgl. *Collegium Carolinum* (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 3. Quartal 1992, München 1992, S. 16; vgl. Die WELT, 23.04.1992, „Prag ratifiziert Vertrag mit Bonn“.

Beratung.[1105] In einer dem Gesetzentwurf beigelegten Denkschrift erläuterte die Bundesregierung die Inhalte des Vertrages und stellte vor dem Hintergrund des Motivenberichts der tschechoslowakischen Regierung ihre Interpretation und Positionierung klar. So wandte sie sich gegen eine Abschwächung des Begriffs Vertreibung und verdeutlichte, dass sie eine Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Beginn an zurückgewiesen hatte. Ferner stellte die Bundesregierung in der Denkschrift heraus, dass zentrale vermögens- und eigentumsrechtliche Fragen nach wie vor offenblieben und sie die Vertreibung als völkerrechtswidrig betrachte.[1106] Trotz einer Reihe von kritischen Wortbeiträgen vor allem aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erhielt das Abkommen zwei Wochen nach der Ersten Lesung am 6. Mai 1992 bei der abschließenden Beratung Unterstützung aus allen Fraktionen im Bundestag.[1107] Sowohl in der begleitenden Entschließung, die CDU/CSU und FDP gemeinsam verabschiedeten und die der CSU im Vorfeld für ihre Zustimmung versprochen worden war, als auch in mehreren weiteren überwiegend von Unionsabgeordneten abgegebenen Erklärungen wurden aber die Schwierigkeiten einer gemeinsamen Entscheidungsfindung offenkundig. Hatte vor allem die CSU-Landesgruppe im Bundestag ihr Missfallen in Wortbeiträgen, der begleitenden Resolution und den Erklärungen geäußert, so wurde die Ablehnung der CSU im Bundesrat noch augenfälliger, da der Freistaat Bayern bei der Abstimmung im Juni 1992 als einziges Bundesland gegen den Vertrag stimmte.[1108]

Während der Ratifikationsprozess mit der Zustimmung des Bundesrates im Juni 1992 zu einem Abschluss kam und die deutsch-tschechoslowakische Annäherung im Nachbarschaftsvertrag zumindest auf dem Papier einen Höhepunkt erreichte, führten mehrere Ereignisse in der Folge rasch zu einem Abkühlen der bilateralen Beziehungen. So wurden bei den Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei im Juni 1992 die Mehrzahl der Vertreter eines Kurses der Annäherung und Aussöhnung mit Deutschland abgewählt und traten mit dem nahezu zeitgleichen Ausscheiden der Außenminister *Genscher* und *Dienstbier* zwei herausragende Verfechter des Ausgleichs beider Länder ab.[1109] Zudem nahm die Trennung der tschechischen und slowakischen Teilstaaten zügig Konturen an. Die deutsch-slowakischen Beziehungen waren generell unkomplizierter, sodass Ministerpräsident *Mečiar* im Sommer 1992 sogar einen separaten deutsch-slowakischen Vertrag anbot. Bundeskanzler *Kohl* lehnte jedoch neue Verträge mit den Einzelstaaten ab. Daher kam es im September 1992, da die Teilung der Tschechoslowakei bereits im Januar 1993 anstand, zu einem eiligen Austausch der Ratifikationsurkunden, sodass die beiden eigenständigen Länder Tschechien und Slowakei den Nachbarschaftsvertrag jeweils als Rechtsnachfolger der ČSSR übernehmen konnten.[1110] Auf die bayerisch-tschech(oslowakisch)en Beziehungen hatte der Verlauf der Ratifikation nachhaltige Auswirkungen, die auch in den deutsch-tschechischen Beziehungen ab 1993 zu spüren waren.[1111] „Paradoxerweise“[1112] kam es daher

[1105] Vgl. Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, Gesetzentwurf der Bundesregierung, BT-Drucksache 12/2468 vom 27.04.1992.
[1106] Vgl. Ebd., S. 17-20; *Böttcher* und *Dahm*, 1992, S. 123-128.
[1107] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 98 f; Vgl. *Witte*, S. 147 f.
[1108] Vgl. SdZ, 03.07.1992, „Schirmland Bayern steht zu seinem Wort“.
[1109] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 105.
[1110] Vgl. *Kunštát*, 1999, S. 240.
[1111] Vgl. *Handl*, 2006, S. 54 f; vgl. FAZ, 30.06.1992, „Verstimmung zwischen Prag und Bayern“.

nach Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages zu einer Verschlechterung des Verhältnisses.

Aktivitäten der Netzwerkakteure

Die Veröffentlichung des Motivenberichts führte bei den Vertriebenenverbänden im Allgemeinen und der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Besonderen zu heftigen Reaktionen, die noch über den bereits zuvor bestehenden Widerstand gegen den Nachbarschaftsvertrag hinausgingen. So stellte die SL in einem Anfang April 1992 erarbeiteten Papier fest, dass der Vertrag vor diesem Hintergrund „von vornherein nicht zufriedenstellend und nicht problemlösend" sei, da die Fragestellungen des Rechts auf Heimat sowie des Eigentums der vertriebenen Sudetendeutschen offenblieben, die tschechoslowakische Regierung von einer Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Beginn an ausging und im Motivenbericht zentrale Punkte des Vertrags wie die Anerkennung der Vertreibung als Unrecht bereits vor seiner Ratifizierung unterlaufen würden.[1113] Diese Kritikpunkte griffen SL und SR, unterstützt vom BdV sowie weiteren Vertriebenenverbänden in ihrer grundlegenden Kritik an der Ostpolitik, in den folgenden Wochen in Briefen, Erklärungen und Beschlüssen auf. So wandte sich SL-Sprecher Franz Neubauer bereits Mitte April erneut mit einem Brief an Bundeskanzler Kohl und stellte heraus, dass die tschechoslowakische Regierung „nunmehr in den elementaren […] Fragen eine Auffassung vertritt, die der des deutschen Vertragspartners diametral entgegensteht."[1114] Dabei kritisierte Neubauer die Relativierung der Vertreibung, die Legitimierung der Konfiskation sudetendeutschen Eigentums, die Annahme der Ungültigkeit des Münchner Abkommens ex tunc sowie das Fortlaufen der Privatisierung in der Tschechoslowakei. Auch die Umsetzung des angekündigten Minderheitenschutzes für die in der ČSFR lebenden Deutschen wurde skeptisch beurteilt. Die unterschiedliche Interpretation des Vertrages und vor allem des Begriffs der Vertreibung, die durch den Motivenbericht sichtbar geworden war, kritisierte auch das Präsidium des Sudetendeutschen Rates kurz darauf heftig: Die tschechoslowakische Auslegung stehe „in krassestem Widerspruch zur deutschen Bundesregierung."[1115]

Aus der Dachorganisation BdV wurde der Vertrag ebenfalls bemängelt. So führte der bayerische Landesverband kurz vor der entscheidenden Abstimmung im Deutschen Bundestag unter dem Vorsitz des sudetendeutschen CSU-Bundestagsabgeordneten und SL-Funktionär *Fritz Wittmann* eine Entschließung herbei, die beinhaltete, dass die Vertriebenen das deutsch-tschechoslowakische Abkommen nicht mittragen könnten. Im Beschluss wurden zwar die Fortschritte begrüßt, eindringlich aber auf die Problemstellungen des nicht verwirklichten Rechts auf Heimat sowie des Versuchs, die Vertreibung zu legitimieren, verwiesen.[1116] BdV-Präsident *Herbert Czaja* (CDU) erneuerte zum Zeitpunkt

[1112] *Novotný* 2009, S. 137.
[1113] Vgl. „Die SL: Argumentations-Papier zum Deutsch-ČSFR-Nachbarschaftsvertrag", 06.04.1992, in: *Habel*, 2003, S. 941 f.
[1114] Schreiben des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft Staatsministers a.D. Franz Neubauer an Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vom 14.04.1992 zum „Motivenbericht" der Regierung der ČSFR, in: *Böttcher* und *Dahm*, S. 259-262, S. 259.
[1115] Vgl. *Böttcher* und *Dahm*, 1992, S. 262; DOD 16/92, 24.04.1992, S. 1 f.
[1116] Vgl. „Entschließung des BdV Bayern zu den Verträgen mit den östlichen Nachbarn am 15. Mai 1992: Für echte Aussöhnung auf der Basis des Rechts", in: *Böttcher* und *Dahm*, 1992, S. 266-270; vgl. DOD 20/92, 22.05.1992, S. 3 f.

der Entscheidung des Bundestages seinen Widerspruch gegen den Vertrag, der „keine befriedigende Lösung“[1117] bot. Ende Juni wiederholte die Bundesversammlung des BdV in Bezugnahme auf ihren Beschluss in ihrer Berliner Erklärung ein Jahr zuvor ihre Unzufriedenheit mit den Vertragsverhandlungen und verwies auf die durchgehend kritische Begleitung der Verträge mit den mittelosteuropäischen Staaten vonseiten der Vertriebenen.[1118]

Medialer Höhepunkt des Widerstandes gegen den Nachbarschaftsvertrag von sudetendeutscher Seite war einmal mehr das Pfingsttreffen, das Anfang Juni in München nur wenige Tage vor der Abstimmung des Bundesrates stattfand. Angesichts der bundesweiten Aufmerksamkeit konnte der Sudetendeutsche Tag dazu genutzt werden, auf die sudetendeutschen Belange hinzuweisen und aus Sicht der CSU die Verbundenheit der CSU zu den Sudetendeutschen in der Ablehnung des Vertrages zum Ausdruck zu bringen.[1119] Erneut standen der Motivenbericht und dessen Folgen für die Glaubwürdigkeit des bilateralen Vertragswerkes im Mittelpunkt. SL-Sprecher *Franz Neubauer* bediente sich einer besonders scharfen Wortwahl und sprach sich gegen den Vertrag aus:

> „Auf unerhörte Weise werde versucht, die völkerrechtswidrige Vertreibung der sudetendeutschen Volksgruppe und den ‚Raub unseres in Jahrhunderten hart erarbeiteten Vermögens‘ als legitim darzustellen.“[1120]

Er fuhr in seiner Kritik fort, dass die Rechtfertigung von Vertreibungen in der Vergangenheit neues Vertreibungsunrecht begünstige. Um diesem in Zukunft entgegenzuwirken, solle in einer gemeinsamen Regierungskommission eine einvernehmliche Lösung erarbeitet werden.[1121] Die CSU, welche mit Parteichef und Bundesfinanzminister *Theo Waigel*, dem Bayerischen Ministerpräsidenten *Max Streibl* und dem Sozialminister *Gebhard Glück* nahezu gänzlich die politischen Vertreter auf der Veranstaltung stellte, positionierte sich – wenn auch in zurückhaltenderer Rhetorik – auf einer Linie mit den Forderungen *Franz Neubauers*. Als offizieller Teilnehmer der Bundesregierung drückte *Waigel* seine Enttäuschung über den Motivenbericht und den Versuch aus, „das Unrecht der Vertreibung wahrheitswidrig zu relativieren“.[1122] Die mehrheitliche Zustimmung der Unionsfraktion im Bundestag verteidigte er, da „nur so die von der CSU initiierte Entschließung zu dem Papier durchgesetzt werden konnte“.[1123] Für diese Aussage erhielt er Zustimmung aus der CSU-Landesgruppe, die dies später bestätigte.[1124] Auch Sozialminister *Gebhard Glück* übte grundsätzliche Kritik an der Entwicklung der Vertragsverhandlungen und des bilateralen Verhältnisses und stellte die „Form überstürzter Versteigerungen, mit denen ausstehende

[1117] „Dr. Herbert Czaja, Präsident des BdV: Keine historische Lösung. Zum Vertrag mit Prag“, in: *Böttcher* und *Dahm*, 1992, S. 262-263, S. 263.
[1118] „Entschließung der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen am 21.06.1992 in Berlin“, in: DOD 25/92, 26.06.1992, S. 3 f.
[1119] Vgl. *Witte*, 2002, S. 151.
[1120] Die WELT, 06.06.1992, „Zu viele Rechtspositionen offen“.
[1121] Vgl. *Witte*, 2002, S. 153 f.
[1122] Bayernkurier, 13.06.1992, „Versöhnung durch Gerechtigkeit“; vgl. Witte, S. 152 f.
[1123] Die WELT, 09.06.1992, „Bayern lehnt Nachbarschaftsvertrag ab“; vgl. FR, 09.06.1992, „Bayern zeigt Prag kalte Schulter“.
[1124] FR, 10.06.1992, „CSU in Bonn versteht Bayern“.

Regelungen unterlaufen würden“,[1125] infrage. Eine klare Ansage im Sinne der Sudetendeutschen konnte Ministerpräsident *Streibl* machen: Er kündigte mit Blick auf den Motivenbericht und der Begründung, dass zu viele Rechtspositionen offengeblieben seien, Konsequenzen für das bayerische Stimmverhalten im Bundesrat an, das sogar von der ursprünglichen Zielsetzung abweichen werde:

> „Wir wollen ein gutes Verhältnis zu unseren Nachbarn, aber nicht zu Lasten unserer sudetendeutschen Landsleute. Daher können wir dem Vertrag nicht zustimmen. Sonst würden wir so tun, als ob mit dem Vertragsschluss alles in Ordnung wäre.“[1126]

Des Weiteren lehnte *Streibl* die Einschränkung des Vertreibungsbegriffes auf die Exzesse nach der Kapitulation des Deutschen Reiches ab und verwies auf die Nicht-Regelung des Rechtes auf Heimat:

> „Wenn Europa Heimatrecht für Kurden, Palästinenser und viele andere, wenn es Heimatrecht für die Menschen in Kroatien, im Kosovo, in Bosnien-Herzegowina fordere, dann müsse es auch den Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges Heimatrecht einräumen (…).“[1127]

Zentrale Arenen der politischen Auseinandersetzungen um den Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag und daher im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit waren erneut der Deutsche Bundestag sowie der Bundesrat, in denen die Abstimmungen anstanden. Knapp zwei Wochen nach der Veröffentlichung des Motivenberichts der tschechoslowakischen Regierung verabschiedete der Deutsche Bundestag einen Antrag der CDU/CSU- sowie FDP-Bundestagsfraktionen, der die Bedeutung der Vertriebenen sowie der deutschen Minderheiten in der Ostpolitik herausstellte und forderte, sie in die Nachbarschaftspolitik einzubeziehen. Die Initiative zum Beschluss, der auch die Verdienste der Vertriebenen am Wiederaufbau Deutschlands sowie in der europäischen Aussöhnung heraushob und sie als „Brücke zwischen uns und unseren Nachbarn“ und „Botschafter der Verständigung und Aussöhnung“[1128] hervorhob, ging von der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ihrem Vorsitzenden *Hartmut Koschyk* (CSU) aus.[1129] Darüber hinaus forderte der Antrag den Schutz der Volksgruppen- und Minderheitenrechte und das Niederlassungsrecht in den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie die Fortsetzung der finanziellen Unterstützung der Vertriebenenverbände. Auch wenn die historische Bedeutung der Gemeinsamkeiten zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn, insbesondere in den Vertreibungsgebieten,

---

[1125] Die WELT, 06.06.1992, „Zu viele Rechtspositionen offen“; SZ, 09.06.1992, „Bayern lehnt Vertrag mit ČSFR ab“.
[1126] Ebd.; vgl. SdZ, 09.06.1992, „Vehemente Rufe nach dem Recht auf Heimat“; vgl. SdZ, 12.06.1992, „Schirmland Bayern lehnt Vertrag mit Prag im Bundesrat ab“.
[1127] Bayernkurier, 13.06.1992, „Versöhnung durch Gerechtigkeit“.
[1128] Antrag der Abgeordneten *Helmut Rode* (Wietzen), *Wolfgang Ehlers*, *Andreas Schmidt* (Mühlheim), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten *Ulrich Irmer*, *Wolfgang Lüder* und der Fraktion der F.D.P. (Drucksache 12/2311): Einbeziehung der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und der in Ostmittel, Ost- und Südosteuropa lebenden deutschen Minderheiten in die Politik der Verständigung und guten Nachbarschaft der Bundesrepublik Deutschland gegenüber ihren östlichen und südöstlichen Nachbarn, BT-Drucksache 12/2311 vom 19.03.1992.
[1129] Vgl. *Böttcher* und *Dahm*, 1992, S. 178.

betont wurde, ging der Antrag nicht explizit auf das Recht auf Heimat ein, selbst der Deutsch-tschechoslowakische Vertrag wurde nicht thematisiert.

Die Einstellung sowohl der CDU/CSU-Bundestagsfraktion als auch der CSU-Landesgruppe zum Nachbarschaftsvertrag schien sich zu diesem Zeitpunkt entspannt und von der harten Haltung der Vertriebenenverbände entfernt zu haben. So begrüßte Vertriebenenpolitiker *Hartmut Koschyk* (CSU) die Ratifizierung des Vertrages durch das tschechoslowakische Bundesparlament und stand für den außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion *Karl Lamers* „außer Frage, dass der Vertrag mit einer eindrucksvollen Mehrheit ratifiziert" würde.[1130] Kurz vor der Ersten Lesung im Deutschen Bundestag Anfang Mai dämpfte der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag *Alois Glück* aber die positive Grundstimmung und stellte mit Blick auf den Motivenbericht und die Auslegung des Begriffes der Vertreibung die Zustimmung der CSU insgesamt wieder infrage. Ob die CSU im Bundesrat und Bundestag zustimmen oder ablehnen werde, war nach Aussage *Glücks* wieder vollkommen offen und von der Ausgestaltung der ergänzenden Erklärungen und Resolutionen abhängig. Als „letzte Möglichkeit"[1131] sei eine Ablehnung denkbar. Bei der Lesung im Deutschen Bundestag, die erst nach der bereits im April erfolgten Zustimmung des tschechoslowakischen Parlaments aufgenommen wurde, rückten damit die Auslegung der ČSFR und die Einwände gegen den Vertrag in den Mittelpunkt der Diskussion, auch wenn sich an der grundsätzlichen Zustimmung aller Parlamentsfraktionen (außer der CSU) zu den Nachbarschaftsverträgen mit den mittelosteuropäischen Staaten nichts geändert hatte.[1132] Der ergänzende Entschließungsantrag der CSU hatte vor diesem Hintergrund sowohl höhere Bedeutung und Aufmerksamkeit als auch größere Zustimmung erlangt, da er nun zur Klarstellung der deutschen Position genutzt werden konnte.[1133] Während sich die SPD-Bundestagsfraktion trotz Kritik des Sudetendeutschen *Peter Glotz* an der Formulierung des Motivenberichts für eine Zustimmung zum Vertrag sogar ohne eine begleitende Entschließung aussprach, mehrten sich aus den Reihen der Unionsfraktion Stimmen gegen das Abkommen. Der spätere Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses *Karl-Heinz Kornhues* (CDU) stellte seine Zweifel aufgrund des Motivenberichts heraus und kritisierte, dass Vertreibung nicht nachträglich legitimiert werden dürfe. Der begleitende Entschließungsantrag, welcher die Position der Bundesregierung sowie die Anliegen der Vertriebenen wiederhole, sei daher notwendig, da der Motivenbericht nicht das letzte Wort sein könne.[1134] Der sudetendeutsche CDU-Bundestagsabgeordnete und Bundesvorsitzende der Ackermanngemeinde *Herbert Werner* ging neben einer Erläuterung der geschichtlichen Hintergründe im (sudeten-)deutsch-tschechoslowakischen Verhältnis ebenfalls auf den Motivenbericht ein und dankte dem Außen-

[1130] Pressemitteilung des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, *Hartmut Koschyk*, CDU/CSU-Fraktion – Pressedienst, 23.04.1992; Pressemitteilung des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, *Karl Lamers*, CDU/CSU-Fraktion – Pressedienst, 23.04.1992.

[1131] Bayernkurier, 09.05.1992, „CSU und CSFR-Vertrag: Ablehnung möglich"; vgl. Münchner Merkur, 06.05.1992, „CSFR-Vertrag: Zustimmung der CSU ist fraglich".

[1132] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 99. Zugleich wurde auch der Vertrag mit Ungarn diskutiert, welcher jedoch weit weniger Streitpunkte aufwies.

[1133] Vgl. Pressemitteilung des außenpolitischen Sprechers der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, *Christian Schmidt*, CSU Presse-Mitteilungen, 14.05.1992.

[1134] Vgl. ebd.

minister *Genscher* für Klarstellungen der deutschen Position, erwähnte den Entschließungsantrag jedoch nicht.[1135] Konkreter im Hinblick auf die Sudetendeutschen und eine begleitende Entschließung wurde der CSU-Bundestagsabgeordnete *Jürgen Warnke*, der im Namen der CSU den Versuch der Verwässerung des Prager Vertrages durch den Motivenbericht bedauerte und dies als Anlass anführte, „in einer Entschließung den eindeutigen Vertragstext zu bekräftigen". Dabei sprach er direkt die Verantwortung der CSU gegenüber den Heimatvertriebenen an:

> „Wir schulden dies auch den sudetendeutschen Heimatvertriebenen, die seit mehr als vier Jahrzehnten auf der Grundlage der Charta der Vertriebenen von 1950 für Versöhnung und Ausgleich eingetreten sind."[1136]

In seiner neuen Wahrnehmung als Ergänzung und Klarstellung zum Motivenbericht erhielt die Resolution trotz heftiger Widerstände auch Zustimmung aus der FDP-Fraktion.[1137] Was sich bei der ersten Beratung im Bundestag erst angedeutet hatte – dezenter Widerspruch aus der CDU und deutlichere Kritik aus der CSU – wurde bei der 2. Lesung und abschließenden Beratung am 20. Mai angesichts zahlreicher Wortmeldungen aus der CDU/CSU-Fraktion offensichtlicher. So verwies *Herbert Werner*, der die Position der Gesamtfraktion erläuterte, zwar auf einmütige Beratungen im Auswärtigen Ausschuss, stellte aber klar, dass der Vertrag „in beiden Signatarstaaten besonders kritisch hinterfragt und teilweise abgelehnt wird" und zählte die Kritikpunkte und Forderungen der Union auf:

> „Die CDU/CSU-Fraktion legt großen Wert darauf, dass die deutsche und die tschechoslowakische Regierung die Vermögensfrage, die offengehalten wurde, nicht einfach als erledigt zur Seite legen. Es müssen doch Gespräche zwischen den vertriebenen Sudetendeutschen und den Regierungen der Tschechei [sic!] und der Slowakei (…) in die Wege geleitet werden (…)."[1138]

Darüber hinaus wiederholte er die Forderung, dass „Prag den Sudetendeutschen gegenüber schon vor dem EG-Beitritt das Recht auf Heimat anerkennt".[1139] Für CDU und CSU kündigte er Zustimmung zum Vertrag an, dies jedoch nur in Verbindung mit der Resolution, welche die Ausgangsposition und Eckpunkte des deutsch-tschechoslowakischen Verhältnisses festschrieb und die der CSU als Gegenleistung für ihre Zustimmung zum Vertrag versprochen worden war. Neben dem CDU-Abgeordneten *Volkmar Köhler*, der die Notwendigkeit Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie abschließender Worte zum „Ärgernis des Motivenberichts"[1140] hervorhob, waren es erneut Vertreter der CSU, die sich besonders kritisch zum Vertrag selbst äußerten und die begleitende Entschließung rechtfertigten. MdB *Christian Schmidt* (CSU) wies die im Motivenbericht enthaltenen Darstellungen zur Rechtmäßigkeit von Vertreibung und Enteignungen „in aller Deutlichkeit zurück".[1141] CSU-MdB *Fritz Wittmann*, stellvertretender Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, verwies auf die Schwierigkeiten, dem Vertrag angesichts der vielen Probleme zustimmen zu können und forderte auf der Grundlage der Obhutspflicht des

[1135] *Böttcher* und *Dahm*, 1992, S. 151 ff.
[1136] Ebd. S. 150.
[1137] FAZ, 20.05.1992, „Für Entschließung zum ČSFR-Vertrag".
[1138] *Böttcher* und *Dahm*, 1992,. S. 154.
[1139] Ebd.
[1140] Ebd. S. 163.
[1141] Ebd. S. 161.

Bundestages gegenüber den Vertriebenen von der Bundesregierung, weiterhin die Rechte der Sudetendeutschen zu vertreten.[1142]

Die von der CSU federführend „in zähen Verhandlungen mit den Koalitionspartnern, insbesondere der FDP“[1143] forcierte gemeinsame Entschließung der Unionsfraktion sowie der FDP-Fraktion griff schließlich in weiten Teilen die Positionierung der Bundesregierung in ihrer Denkschrift zum Vertrag auf und erneuerte den Verweis auf die Anliegen der vertriebenen Sudetendeutschen und der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei. So wurde die Einordnung von Vertreibung als Unrecht durch den tschechoslowakischen Staatspräsidenten *Havel* gewürdigt und in den Eigentumsfragen Hoffnung auf Fortschritte im Zug der Integration der ČSFR in die Europäische Gemeinschaft ausgedrückt. Hier stellt die Resolution fest: „Es sollte alles unterlassen werden, was dem entgegensteht.“[1144] Auch die Niederlassungsfreiheit und damit die Möglichkeit zur Rückkehr der Sudetendeutschen in die Tschechoslowakei wurden in der Resolution thematisiert.[1145] Zusätzlich zur begleitenden Entschließung wurden eine ganze Reihe von Erklärungen von Abgeordneten der Regierungskoalition abgegeben, die einerseits den Widerstand von CDU und vor allem CSU gegen den Vertrag öffentlich verdeutlichten sollten und andererseits die Widersprüche innerhalb der Regierungskoalition zwischen Union und FDP im Hinblick auf die Vertriebenenpolitik offenbarten. So erläuterten die beiden schlesischen CDU-Bundestagsabgeordneten und Vertriebenenfunktionäre *Helmut Sauer* sowie *Bernhard Jagoda*, dass die Opfer von Flucht und Vertreibung vom Vertragswerk „zu Recht bitter enttäuscht“ waren und kritisierten die Nichtaufhebung der Vertreibungsdekrete, die Umdeutung der Vertreibung als Aussiedlung sowie mehrere Doppeldeutigkeiten zur Gültigkeit des Münchner Abkommens und bei Eigentums- und Entschädigungsfragen. Daher kündigten beide an, dem Vertrag nicht zustimmen zu wollen.[1146] Eine weitere Erklärung gab der CDU-MdB *Claus Jäger* ab, der darlegte, einem derart umfassend angelegten Vertrag, welcher nicht auch die Vermögensfragen der Vertriebenen regele, nicht zustimmen zu können.[1147] Vonseiten der CSU erklärten der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium *Erich Riedl* sowie *Kurt Rossmanith*, welche beide in der Sudetendeutschen Landsmannschaft aktiv waren, ihre „Nein“-Stimme bei der Abstimmung und führten mehrere Gründe wie das Fehlen des Rechts auf Heimat sowie die Verwischung des Begriffs der Vertreibung an.[1148] In einer weiteren Erklärung schloss sich aus der Unionsfraktion eine

---

[1142] Ebd. S. 166 f; *Wittmann* erläuterte zum Vertrag: „Der Vertrag ist in der Tat ein Dokument, zu dem die einen sagen können, ‚ja, aber‘, die anderen aber sagen müssen ‚nein, aber‘.“

[1143] *Schmidt*, Christian, Das deutsch-tschechische Verhältnis seit der Wende 1989/90, in: Politische Studien, Sonderheft 2/98, 49. Jg., Dezember 1998, S. 82-89, S. 85; Schmidt (CSU) ist seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages.

[1144] Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksachen 12/2468, 12/2612, 12/2621 – Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, BT-Drucksache 12/2624 vom 19.05.1992.

[1145] Vgl. DOD, 22.05.1992, „Bundestag für Verträge mit CSFR und Ungarn“; Bayernkurier, 30.05.1992, „Der Weg zur Aussöhnung“.

[1146] Vgl. „Erklärung gemäß § 31 GO der Abgeordneten *Helmut Sauter* (Salzgitter) und *Bernhard Jagoda* (beide CDU/CSU)“, in: *Böttcher* und *Dahm*, 1992, S. 173-175.

[1147] Vgl. „Erklärung gemäß § 31 GO des Abgeordneten *Claus Jäger* (CDU/CSU)“, in: *Böttcher* und *Dahm*, 1992, S. 177.

[1148] Vgl. „Erklärung gemäß § 31 GO der Abgeordneten Dr. *Erich Riedl* und *Kurt J. Rossmanith* (beide CDU/CSU)“, in: *Böttcher* und *Dahm*, 1992, S. 175-177.

Gruppe, die überwiegend aus Vertriebenenpolitikern bestand, inhaltlich der Erklärung von *Riedl* und *Rossmanith* an.[1149] Von den 19 Unterzeichnern dieser Erklärung kamen immerhin zehn aus der CSU. Auch bei der Gesamtbetrachtung der ergänzenden Erklärungen zeigt sich mit elf unterzeichnenden CSU- sowie 13 CDU-Abgeordneten ein überproportionaler Anteil von christsozialen Vertretern. Lediglich Vertreter einer weiteren Fraktion gaben ihrerseits eine Erklärung ab: Fünf FDP-Bundestagsabgeordnete distanzierten sich entschieden von der begleitenden Entschließung der eigenen Regierungskoalition und bewerteten den Vertrag als „ausgewogen, verständlich und zukunftsweisend" sowie die Resolution als „überflüssig".[1150] Daher kündigten sie ihre Zustimmung zum Vertrag sowie ihre Neinstimme bei der Resolution der CDU/CSU- sowie FDP-Fraktionen an.

War der Handlungsspielraum der CSU innerhalb der Regierungskoalition auf Bundesebene relativ eingeschränkt, so konnte sie im Bundesrat aufgrund ihrer absoluten Mehrheit im Bayerischen Landtag sowie als alleinige Stellerin der Bayerischen Staatsregierung ihren Widerstand gegen den Nachbarschaftsvertrag pointierter unter Beweis stellen. Hatte Staatssekretär *Paul Wilhelm* als Vertreter Bayerns in der ersten Aussprache im Bundesrat im Mai zu Protokoll gegeben, dass im Vertrag nicht alle Chancen zur Realisierung von akzeptablen Regelungen des Heimatrechts oder der Entschädigung der Sudetendeutschen genutzt worden waren und sich der Freistaat daher eine endgültige Entscheidung über das Abstimmungsverhalten offenhalte, stimmte Bayern als einziges Bundesland – wie auf dem Sudetendeutschen Tag angekündigt – in der entscheidenden Abstimmung Ende Juni 1992 gegen den Vertrag.[1151] Argumentative Grundlage der Staatsregierung waren wie bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft das „Ermacora-Gutachtens" sowie der „Motivenbericht" der tschechoslowakischen Regierung.[1152] In seiner Rede im Bundesrat erläuterte Ministerpräsident *Max Streibl* die Gründe für das bayerische „Nein" und verwies wie beim Sudetendeutschen Tag zuvor trotz des Anerkennens von gewissen Fortschritten und der schwierigen Gesamtfrage darauf, dass „zu viele Rechtspositionen offengelassen"[1153] worden waren, und verwies auf den Motivenbericht, der zeige, dass zu vieles unklar geblieben war, was zur Verständigung und Versöhnung zwischen Tschechen und Sudetendeutschen nötig gewesen wäre. Darüber hinaus führte er eine ganze Reihe bereits bekannter Einwände von CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft an. So solle die Tschechoslowakei vor ihrer gewünschten Annäherung an die europäischen Institutionen die „europäische Hausordnung (…) anerkennen",[1154] dürfe der Begriff der Vertreibung nicht wegdiskutiert werden und sei der Dissens über das Münchner Abkommen zwischen

[1149] Vgl. „Erklärung gemäß § 31 GO der Abgeordneten *Renate Blank*, *Wolfgang Ehlers*, *Horst Gibtner*, Dr. *Wolfgang Götzer*, *Josef Hollerith*, *Georg Janovsky*, Dr. *Egon Jüttner*, *Hartmut Koschyk*, *Eduard Lintner*, *Rudolf Meinl*, Dr. *Günther Müller*, Dr. *Gerhard Päselt*, *Angelika Pfeiffer*, Dr. *Peter Ramsauer*, *Christian Schmidt* (Fürth), Dr. *Harald Schreiber*, *Karl-Heinz Spilker*, *Erika Steinbach-Hermann*, *Herbert Werner*, Dr. *Fritz Wittmann* (alle CDU/CSU)", in: *Böttcher* und *Dahm*, 1992, S. 177.

[1150] „Erklärung gemäß § 31 GO der Abgeordneten *Wolfgang Lüder*, *Cornelia Schmalz-Jacobsen*, *Gerhart Rudolf Baum*, Dr. *Burkhard Hirsch* und Dr. *Jürgen Starnick* (alle F.D.P.)", in: *Böttcher* und *Dahm*, 1992, S. 177 f.

[1151] Vgl. Bayernkurier, 23.05.1992, „In Verantwortung für das Ganze"; SdZ, 03.07.1992, „Schirmland Bayern steht zu seinem Wort".

[1152] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 97.

[1153] „Rede des Ministerpräsidenten Bayerns, Max Streibl (CSU) im Deutschen Bundesrat zum (2.) Prager Vertrag", 26.06.1992, in: *Habel*, 2003, S. 946-948, S. 946; vgl. Deutscher Bundesrat, Stenografischer Bericht der 644. Sitzung, 26.06.1992, S. 320 f.

[1154] *Habel*, 2003, S. 947; vgl. SZ, 27.06.1992, „Verträge mit Prag und Budapest perfekt. Bayern lehnt Abkommen mit der Tschechoslowakei ab".

Deutschland und der Tschechoslowakei weiterhin vorhanden. Des Weiteren bemängelte er, dass das „Problem des Heimatrechts der sudetendeutschen Volksgruppe nicht angepackt“[1155] wurde und wandte sich dagegen, dass trotz der Ausklammerung von Vermögensfragen die Privatisierung in der ČSFR weiter laufe, somit „vollendete Tatsachen“[1156] geschaffen würden und eine für beide Seiten tragbare Lösung erschwert würde. Auch wenn *Streibl* die Verbesserung der Minderheitenrechte für die in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen ausdrücklich anerkannte, mahnte er „ermunternde Gesten“[1157] von der tschechoslowakischen Regierung sowie „endlich die Umsetzung der vertraglich festgelegten Minderheitenrechte in staatliches Recht“[1158] an. Mit Blick auf den Motivenbericht wolle man ein Zeichen setzen, da dieser der (sudeten-)deutsch-tschechoslowakischen Versöhnung entgegenstehe.

Mit nahezu dem gleichen Wortlaut wie kurz zuvor auf dem Sudetendeutschen Tag kündigte *Streibl* daher die Ablehnung des Vertrages aus Rücksicht auf die Sudetendeutschen an:

> „Wir wollen ein gutes Verhältnis zu unserem Nachbarland. Wir wollen es aber nicht zu Lasten unserer sudetendeutschen Landsleute. Daher können wir diesem Vertrag so nicht zustimmen.“[1159]

Der Bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten *Thomas Goppel* betonte im Anschluss an die Abstimmung ebenfalls den Symbolcharakter des Widerstandes im Bundesrat, der angesichts der klaren Mehrheitsverhältnisse keine Folgen für die Ratifikation des Vertrages hatte.[1160]

9.4 Zwischenfazit

Zieht man einen Vergleich der Ostpolitik der 1970er Jahre und der Ost- und Nachbarschaftspolitik nach der Wiedervereinigung in den 1990er Jahren, so erscheint zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung, dass die CSU die Oppositionsrolle nun fast gänzlich alleine übernommen hatte. So sind es die Christsozialen, die als „Bremser“ bei den Nachbarschaftsverträgen bezeichnet werden, und ist es der „Störfaktor Bayern“, der den Annäherungsprozess zwischen Deutschland und seinen mittelosteuropäischen Nachbarländern, allen voran die Tschechoslowakei, beeinträchtigt.[1161] Dies erscheint auf den ersten Blick umso erstaunlicher, da die CSU im Unterschied zur Ostpolitik der sozialliberalen Koalition nun auf der Regierungsbank saß und daher in die Verantwortung der Nachbarschaftspolitik eingebunden war. Erneut griffen die Mechanismen eines speziellen Policy-Netzwerks zwischen SL und CSU, die das Verhalten der Christsozialen erklären können. Der „zweite“, intensive Blick auf die Mechanismen des Netzwerkes zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft im vorstehenden Fallbeispiel bot dahingegen interessante Erkenntnisse. Erneut bietet die systematische Analyse des *Verhaltens* der Netzwerkakteure innerhalb der

[1155] Ebd.
[1156] Ebd.
[1157] Ebd.
[1158] Ebd.
[1159] Ebd., S. 948.
[1160] Vgl. *Götze*, 1995a, S. 97.
[1161] Die Zeit, 04.01.1992, „Störfaktor Bayern. Die CSU und der Vertrag mit Prag“.

gegebenen *Rahmenbedingungen* sowie der *Wechselwirkungen* ihrer Interaktivität Aufschlüsse auch im Hinblick auf die prozessuale Entwicklung des Netzwerkes im Vergleich zu den 1970er Jahren.

Waren die Netzwerkstrukturen bei der Ostpolitik in den 1970er Jahren noch im Aufbau und daher auch gewissen Wandlungsprozessen unterworfen, so hatten sie sich im Verlauf der 1980er Jahre stabilisiert. Die grundlegenden Entwicklungslinien und Tendenzen im Verhältnis von Vertriebenenverbänden und Parteienspektrum setzten sich fort. Dies bedeutete auf der einen Seite, dass die engen Verbindungen zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft in zunehmendem Maße vertieft, institutionalisiert und fortgeschrieben wurden. Auf der anderen Seite blieb außerdem die Distanz der Vertriebenenverbände zu den anderen Parteien erhalten. Auch die im Vergleich zur CSU geringere Ausprägung der Verbindung zur CDU war weiterhin erkennbar. Die Alternativen für die Vertriebenenverbände und die Sudetendeutsche Landsmannschaft waren dadurch nach wie vor beschränkt, sodass sie sich und ihre Kräfte ganz auf die Union im Allgemeinen und die CSU im Besonderen konzentrierten. Ein Unterschied zur Fallstudie zur Ostpolitik kristallisiert sich vor diesem Hintergrund heraus: Während in den 1970er Jahren die Verbände selbst noch stärker von den Unionsparteien umworben wurden, so mussten sie in den 1990er Jahren offensiver selbst Unterstützung einfordern, die bestehenden Kommunikationskanäle nutzen und an die eingegangenen Verpflichtungen, wie die Obhutserklärung des Bundestages oder die Schirmherrschaft des Freistaats Bayern erinnern. Auf die veränderten Handlungs- und Rahmenbedingungen durch die Beteiligung an der Bundesregierung reagierten die Unionsparteien auf unterschiedliche Art und Weise, die ihrerseits wiederum die unterschiedlichen Ausprägungen des Netzwerkes dokumentieren. Generell hielten sich CDU und CSU auf Bundesebene als Regierungsparteien im Vergleich zu ihren Oppositionszeiten in Sprache und Auftreten über einen langen Zeitraum zurück, da ihr Handlungsspielraum beschränkt war und übergeordnete staatliche Ziele wie die deutsche Einigung über parteipolitische Programmatik gestellt werden mussten. Dies zeigte sich beispielsweise bei der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Im weiteren Verlauf des Wiedervereinigungsprozesses und der Verhandlungen zu den Nachbarschaftsverträgen offenbarten sich gleichwohl klare Unterschiede im Verhalten von CDU und CSU: Während sich die CDU vergleichsweise zurückhaltend zeigte, profilierten sich die Christsozialen in zunehmendem Maß als Sprachrohr der Vertriebenen innerhalb der Regierungskoalition. In vertriebenenpolitischen Fragen nahmen sie sogar die Rolle als Opposition innerhalb der Regierung ein und stellten sich gegen das FDP-geführte Außenministerium.

Auch wenn die CSU trotz lautstarker Rhetorik den Nachbarschaftsvertrag im Bundestag dann doch nicht ablehnte geschweige denn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hinter sich brachte, erreichte sie in der Öffentlichkeit eine Wahrnehmung als Vertreter der Interessen der Vertriebenen sowie die Schärfung eines eigenständigen außenpolitischen Profils. Zwischen den einzelnen Subakteuren lässt sich erneut eine gewisse Aufgabenverteilung festhalten. Die schwierigste Rolle musste die CSU-Landesgruppe ausfüllen, die den Spagat zwischen Regierungsverantwortung und den widerstreitenden Interessen der Sudetendeutschen Landsmannschaft meistern musste. Hierbei wirkte sich erleichternd aus, dass die CSU nicht direkt in ministerieller Verantwortung mit den Vertragsverhandlungen betraut war und daher Kritik üben konnte, ohne selbst federführend beteiligt zu sein. Mit der Abgabe der begleitenden Entschließung sowie der Freistellung für einzelne Abgeordnete, gegen den Deutsch-Tschechoslowakischen Vertrag zu stimmen, wurde ein

Kompromiss gefunden, um den Widerspruch der CSU öffentlich zu dokumentieren und dennoch die grundsätzliche Regierungslinie nicht zu gefährden. Größere Handlungsfreiheiten wiesen die anderen CSU-Subakteure, allen voran die Bayerische Staatsregierung auf. Im Bewusstsein des „Symbolcharakters“ eines Widerspruchs im Bundesrat, da die Zustimmung des Gremiums trotzdem gesichert war, stimmte die Staatsregierung öffentlichkeitswirksam mit Nein, während die CSU-Landtagsfraktion unterstützend wirkte und die Vertriebenen sowohl in den Verbänden als auch den innerparteilichen Gremien Druck auf den Koalitionspartner ausübten. Im innerparteilichen Meinungsfindungsprozess spielten die sozialstrukturellen Veränderungen keine tief gehende Rolle. In prozessualer Hinsicht kann das Fallbeispiel der Stabilitäts-, Entkopplungs- sowie der Persistenzphase zugeordnet werden, wobei eine trennscharfe Abgrenzung nicht möglich ist, da sich die einzelnen Phasen überschneiden.

Ergänzend lassen sich weitere Besonderheiten und Erkenntnisse festhalten:

- Kritik wurde auf die FDP und das Außenministerium gelenkt, sodass sich die CSU als Opposition in der Regierung profilieren konnte, auch wenn sie keine Fundamentalopposition gegen den Nachbarschaftsvertrag umsetzte;
- Die CSU dokumentierte ihren Widerstand (begleitende Erklärung);
- Die Sudetendeutschen Tage nahmen für die Außenwirkung der Stärke des Verbandes sowohl für die Öffentlichkeit als auch die CSU große Bedeutung ein und etablierten sich als Orte der gegenseitigen Versicherung der Koalition.

10 Die Beneš-Dekrete und der EU-Beitritt der Tschechischen Republik

In der dritten Fallstudie steht das Verhalten der Netzwerkakteure zur Abschaffung der Beneš-Dekrete im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Tschechiens im Mittelpunkt des Forschungsinteresses: Vor dem Hintergrund der jeweiligen Handlungsbedingungen sollen die Aktivitäten von CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft sowie deren Wechselwirkung im Zeitraum zwischen 1998 und 2004 analysiert werden. Sowohl das Beispiel als auch der Untersuchungszeitraum bieten sich aus mehreren Gründen an: Zum einen findet die CSU gleich bleibende politische Rahmenbedingungen als Oppositionspartei auf Bundesebene war. Zum anderen ermöglichte der Beginn der konkreten Beitrittsverhandlungen der Tschechischen Republik mit der Europäischen Union ab 1998 der Sudetendeutschen Landsmannschaft bis zur Umsetzung der EU-Osterweiterung 2003/2004 eine verstärkte Europäisierung ihrer Forderungen zur Abschaffung der Beneš-Dekrete. Infolgedessen ist nach der Betrachtung der Mechanismen des Netzwerkes im Kontext der Ostpolitik der 1970er Jahre und bei der Vorbereitung und Umsetzung des Nachbarschaftsvertrages 1992 eine Analyse des Netzwerkes aus stärker europäischem Blickwinkel möglich.[1162]

10.1 Der Problemfall der „Beneš-Dekrete und der EU-Beitritt Tschechiens

10.1.1 Historischer Kontext: deutsch-tschechische Problemlagen im Osterweiterungsprozess der EU

Die Nachbarschaftsverträge, welche die Bundesrepublik in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung neben der Tschechoslowakei mit einer Reihe weiterer mittelosteuropäischer Staaten abschloss, stellten einen ersten Schritt dar, um die ehemaligen Ostblockstaaten an die europäischen Institutionen heranzuführen. Für die vereinigte Bundesrepublik, die ihre Verankerung nach wie vor in der Europäischen Gemeinschaft bzw. der Europäischen Union sah, stand die politische und wirtschaftliche Stabilisierung des gesamten mittelosteuropäischen Raumes weiterhin im Vordergrund. Aus diesen Gründen und im Bewusstsein der historischen Verantwortung gegenüber den osteuropäischen Staaten trat Deutschland mit Bundeskanzler *Helmut Kohl* als erster Fürsprecher und Unterstützer einer Erweiterung der

[1162] Um Redundanzen zu verhindern, werden bei dieser Fallstudie im Unterschied zu den vorstehenden die Aktivitäten der Vertriebenenverbände in einem Abschnitt zusammengefasst, da sich das Verhalten der Verbände im Untersuchungszeitraum wenig veränderte.

Europäischen Union nach Osten auf.[1163] Von den Transformationsprozessen in Mittelosteuropa war die Bundesrepublik sowohl in positiver als auch negativer Hinsicht unmittelbar betroffen: So bot die wirtschaftliche Öffnung aufgrund der ausgeprägten deutschen Exportorientierung herausragende Perspektiven, wohingegen Instabilität vor allem in den Nachbarländern Polen und Tschechien unkalkulierbare Gefahren bedeuteten. Vor diesem Hintergrund ist die bereits in den Nachbarschaftsverträgen formulierte Perspektive der „Option eines späteren EU-Beitritts"[1164] und zügige Einbettung der zwischenstaatlichen Beziehungen in einen größeren europäischen Kontext sowie die Zusicherung deutscher Unterstützung zu verstehen. Während es in den alten Mitgliedsstaaten der EG bzw. EU wie Frankreich oder den südlichen Ländern durchaus große Bedenken gegen eine EU-Osterweiterung gab, waren für die mittelosteuropäischen Länder der Umsturz, die Transformation und die „Rückkehr nach Europa" bald unmittelbar mit der Aussicht auf spätere Einbindung in die europäischen Institutionen verbunden.[1165] Zwischen 1991 und 1996 abgeschlossene Assoziierungsabkommen, welche aufgrund ihrer Symbolwirkung als Europaabkommen bezeichnet und zunächst mit Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn vereinbart wurden, beinhalteten bereits vage Beitrittsperspektiven. Diese sahen jedoch keine konkreten Versprechen vor, sondern brachten die Klärung von wirtschaftlichen und politischen Fragen und einen ständigen Dialog zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den zukünftigen Beitrittskandidaten auf den Weg.[1166] Nach der Festlegung von Beitrittshürden in den Kopenhagener Kriterien 1993 erhielten Estland, Polen, Slowenien, Tschechien, Ungarn sowie Zypern vier Jahre darauf den Status als Beitrittskandidaten und ab dem Frühjahr 1998 wurden offizielle Verhandlungen aufgenommen. Im Verhandlungsprozess zur EU-Osterweiterung, der auf Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, die Slowakei und Rumänien ausgedehnt wurde, nahm Deutschland auch nach dem Regierungswechsel 1998 zu einer rot-grünen Koalition mit Bundeskanzler *Gerhard Schröder* (SPD) und Außenminister *Joschka Fischer* (Grüne) eine konstruktive Rolle ein, sodass Kontinuität in der Europapolitik der Bundesrepublik als „Anwalt der Kandidatenstaaten"[1167] gewährleistet war.

Trotz der prinzipiellen Unterstützung der EU-Osterweiterung durch die Bundesregierung und der Zusicherung des deutschen Beistandes gegenüber Tschechien, welche sowohl im Nachbarschaftsvertrag festgehalten worden waren als auch bei bilateralen Treffen wiederholt von deutscher Seite bekräftigt wurde, kristallisierten sich einige übergreifende Problemlagen und Konflikte heraus, die das deutsch-tschechische Verhältnis betrafen. So wurde in Tschechien zwar erfreut zur Kenntnis genommen, dass der deutsche

---

[1163] *Müller-Brandeck-Bocquet*,Gisela, Deutsche Leadership in der Europäischen Union?, in: *Müller-Brandeck-Bocquet*, Gisela et al., Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Opladen 2002, S. 167-228, S. 186; vgl. *Fiala*, Petr, Deutsche und Tschechen im vereinten Europa, in: *Koschmal*, Walter et al. (Hrsg.), Deutsche und Tschechen, München 2003, S. 496-505, S. 499.

[1164] *Helmut Kohl* in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag im Januar 1991, zitiert nach: *Lippert*, Barbara, Die EU-Erweiterungspolitik nach 1989 – Konzeptionen und Praxis der Regierungen Kohl und Schröder, in: *Schneider*, Heinrich (Hrsg.), Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen, Bonn 2002, S. 349-392, S. 355.

[1165] Vgl. *Lippert*, 2002, S. 357.

[1166] Vgl. *Große-Hüttmann*, Martin, Die Osterweiterung der Europäischen Union, in: *Chardon*, Matthias et al. (Hrsg.), EU-Osterweiterung. Chancen und Perspektiven, Schwalbach 2005, S. 9-36, S. 22 f.

[1167] *Müller-Brandeck-Bocquet*, 2003, S. 187; vgl. zur Heranführung der Kandidaten an die EU: *Lippert*, Barbara, Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union – Stabilitätsexport mit Risiken, in: Dies. (Hrsg.), Osterweiterung der Europäischen Union – die doppelte Reifeprüfung, Bonn 2000, S. 105-164, S. 140-148.

Außenminister von allen EU-Beitrittskandidaten zuerst die Tschechische Republik besuchte und dort seinem tschechischen Amtskollegen *Jan Kavan* deutsche Unterstützung zusicherte. Diese Zusagen wiederholten Vertreter der Bundesregierung in den folgenden Jahren mehrmals.[1168] Trotzdem reagierte die tschechische Öffentlichkeit und Politik schnell nervös und mit Zweifeln an der deutschen Überzeugung als Anwalt der mittelosteuropäischen Beitrittsländer, sobald von deutscher Seite Einwände oder Forderungen zur Sprache kamen, die den EU-Osterweiterungsprozess potenziell verzögern könnten.[1169] So führten die Bemühungen von Bundeskanzler *Gerhard Schröder*, die deutschen Nettozahlungen an die EU zu verringern ebenso zu Befürchtungen auf tschechischer Seite wie die Weigerung, ein konkretes Datum zur Umsetzung der Erweiterung festzulegen. Im Grunde stellten diese aber keine spezifisch deutsch-tschechischen Konflikte dar. Ebenso galt dies für die deutsche Forderung nach Übergangsfristen für die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus den Beitrittsländern, auch wenn diese Tschechien neben Polen als unmittelbare Nachbarländer im Vergleich zu anderen Beitrittskandidaten in besonderem Maß betrafen. Wirklich tief greifende Belastungen für die deutsch-tschechischen Beziehungen stellten diese Interessenkollisionen, welche im Vorfeld der EU-Osterweiterung geklärt werden konnten, jedoch nicht dar.[1170]

Nachhaltige Verstimmungen des bilateralen Verhältnisses im Rahmen des EU-Osterweiterungsprozesses entwickelten sich zwischen Deutschland und Tschechien vielmehr erneut aufgrund historischer Fragestellungen. So wurden die fortschreitende europäische Integration und die Beitrittsverhandlungen der mittelosteuropäischen Staaten mit der Europäischen Union von den Vertriebenenverbänden im Allgemeinen als Chance erkannt, ihren Einfluss und ihre Mitspracherechte zu vergrößern. Bereits im Zug der internationalen Wandlungsprozesse ab 1989 hatte die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre zentralen Forderungen wie die Aufhebung der Beneš-Dekrete als rechtliche Grundlage für die Vertreibung der Sudetendeutschen ebenso wie der Minderheiten- und Menschenrechte sowie der allgemeinen Verurteilung von Vertreibung in einen breiteren europäischen Kontext gesetzt. Die zentrale Forderung der Landsmannschaft bestand darin, diese Fragen vor einem Beitritt der Tschechoslowakei bzw. Tschechiens in europäische Institutionen zu klären. Mit der Argumentation, dass die Beneš-Dekrete der europäischen Rechtsordnung widersprechen, konnte die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre Anliegen wirkungsvoll europäisieren.[1171] In den laufenden EU-Beitrittsverhandlungen wurden daher der Beitritt Tschechiens und die Zustimmung Deutschlands zunehmend mit der Forderung nach Aufhebung der Beneš-Dekrete verknüpft.[1172]

[1168] Vgl. *Vierling*, 2004, S. 22; SZ, 07.01.1999, S. 4; FAZ, 04.03.2000, S. 2; FAZ, 11.05.2001, S. 1.
[1169] Vgl. *Vierling*, 2004, S. 23.
[1170] Zu den Verhandlungen zwischen Tschechien und der Europäischen Union siehe: *Timmermann*, Heiner, Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, der Beitrittsvertrag der Tschechischen Republik zur EU und die Beneš-Dekrete, in: *Ders.* et al. (Hrsg.), Die Beneš-Dekrete. Nachkriegsordnung oder ethnische Säuberung: Kann Europa eine Antwort geben?, Münster 2005, S. 542-565.
[1171] Vgl. *Salzborn*, 2001, S. 57 ff.
[1172] Vgl. *Bazin-Begley*, Anne, Die Vertreibung der Sudetendeutschen als politisches Thema in der Europäischen Union, in: *Coudenhove-Kalergi* und *Rathkolb* (Hrsg.), 2002, S. 152-162, S. 153 f.

10.1.2 Die Beneš-Dekrete als rechtliche Grundlage für die Vertreibung

Als Beneš-Dekrete werden insgesamt 143 im Zeitraum von 1940 bis 1945 erlassene sogenannte Präsidialdekrete bezeichnet, deren Benennung auf den tschechoslowakischen Präsidenten *Edvard Beneš* zurückgeht, der den Vorsitz der Exilregierung während des Zweiten Weltkrieges in London einnahm und nach seiner Rückkehr tschechoslowakischer Präsident wurde. Von den 143 Dekreten wurden 44 von Oktober 1940 bis April 1945 in London erlassen, während die anderen im Anschluss an die Rückkehr nach Prag bis zur Ernennung der vorläufigen Nationalversammlung der Tschechoslowakei im Oktober 1945 verabschiedet wurden. Alle Dekrete wurden am 28. März 1946 nachträglich von der in der Zwischenzeit gewählten so genannten Provisorischen Nationalversammlung der Tschechoslowakei bestätigt.[1173] Überwiegend beziehen sich die Beneš-Dekrete auf die Neuorganisation sowie die Wiederherstellung der Ordnung des Landes sowie der Funktionsfähigkeit von Regierung und Verwaltung.

Von Bedeutung für die Vertreibung der Sudetendeutschen sind insgesamt acht Dekrete, die zwischen Mai und Oktober 1945 verabschiedet wurden und durch die Personen deutscher sowie ungarischer Volksangehörigkeit ihre tschechoslowakische Staatsbürgerschaft, ihr landwirtschaftliches Vermögen und sonstiges Eigentum verloren sowie Verbrechen im Zusammenhang mit der Vertreibung straffrei gestellt wurden.[1174] Die Dekrete stellten die Voraussetzung für die Enteignung und Vertreibung der der Tschechoslowakei lebenden Deutschen dar, da diese als Landesverräter eingeordnet wurden.[1175] Die so genannten „wilden Vertreibungen", welche noch vor der Verabschiedung der Beneš-Dekrete stattfanden, waren zudem rückwirkend durch den Tschechischen Nationalrat straffrei gestellt worden. Während aus tschechischer bzw. tschechoslowakischer Sicht das Potsdamer Abkommen die Maßnahmen der Beneš-Dekrete gerechtfertigt hatte,[1176] erkannten weder die Vertriebenenverbände noch alle Regierungen der Bundesrepublik deren Legitimität an.[1177]

Die zentrale Problematik im Hinblick auf die Beneš-Dekrete besteht aus Sicht der Vertriebenenverbände und der Sudetendeutschen Landsmannschaft darin, dass sie noch immer Bestandteile des tschechischen Rechtssystems sind, gleichwohl sie im Zusammenhang mit der Aufnahme eines Grundrechtekatalogs in die tschechische Verfassung 1991 faktisch an Gültigkeit und Wirkung verloren haben. Deren rückwirkende Aufhebung als eine der Hauptforderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft an die tschechoslowakischen

---

[1173] Vgl. *Perzi*, Niklas, Die Beneš-Dekrete. Eine europäische Tragödie, Wien 2003, S. 187 ff; *Blumenwitz*, Dieter, Mit den Beneš-Dekreten nach Europa?, in: Politische Studien 385, 2002, S. 71-81, S. 72 ff; *Novotný* 2009, S. 95-112; *Beer*, Mathias, Die Vertreibung der Deutschen. Ursachen. Ablauf. Folgen, in: *Surminsk*, Arno et al. (Hrsg.), Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948, Hamburg 2004, S. 24-65.

[1174] Vgl. SZ, 03.06.1998, S. 2.

[1175] Zur Vertreibung siehe: *Brandes*, Detlef, Vertreibung und Aussiedlung aus der Tschechoslowakei 1945-1947, in: Bohemia 39, 1998, S. 156-159; *Benz*, Wolfgang, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a.M. 1995.

[1176] Im Potsdamer Abkommen zwischen den USA, der UdSSR und Großbritannien wurde in der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 die Behandlung des besiegten Deutschlands geregelt, Artikel XIII sieht eine Überführung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn nach Deutschland „in ordnungsgemäßer und humaner Weise" vor, Zitat nach: *Coudenhove-Kalerg*, Barbara und *Rathkolb*, Oliver (Hrsg.), Die Beneš-Dekrete, Wien 2002, S. 213.

[1177] Vgl. *Handl*, Vladimir, Die tschechisch-deutsche Erklärung von 1997: Politisches Ende eines schwierigen historischen Kapitels?, in: WeltTrends 19, Tschechen und Deutsche, 1998, S. 9-26, S. 12 f.

bzw. tschechischen Regierungen blieb bislang aus.[1178] Für den tschechischen Staat und die tschechische Gesellschaft gestalten sich das Aufheben der Dekrete oder auch nur eine nachdrückliche Distanzierung von den Beneš-Dekreten aus mehreren Gründen als schwierig: Zum einen kommt den Dekrete deshalb besondere Bedeutung zu, weil sie in tschechischer Interpretation eine Verbindung der Ersten Tschechoslowakischen Republik zwischen 1918 und 1938 zur Nachkriegsrepublik darstellen und daher sowohl die Zeit der nationalsozialistischen Besetzung überbrücken als auch die Basis für das Bestehen des tschechoslowakischen Staates in seiner Anfangszeit nach 1945 schufen.[1179] Der „symbolische Wert" der Beneš-Dekrete als zweitem Gründungsakt der Tschechoslowakei nach dem Münchner Abkommen 1938 und der darauf folgenden deutschen Besetzung geht jedoch über die Bedeutung als Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung hinaus.[1180] In diesem Zusammenhang muss die hartnäckige Weigerung zur Aufhebung der Dekrete gesehen werden, die noch dadurch verstärkt wird, dass diese vom demokratisch gewählten tschechoslowakischen Parlament verabschiedet wurden und von tschechischer Seite deshalb als legal bewertet werden, weil die Autorität des Nachkriegsparlaments nicht angezweifelt werden soll.[1181] Ein Zitat des von 2002 bis 2004 amtierenden tschechischen Ministerpräsidenten *Vladimir Špidla* verdeutlicht den Stellenwert der Dekrete für die tschechische Politik: „Die Beneš-Dekrete sind konstitutiv für die Tschechische Republik. Ohne sie kann die Republik im rechtlichen Sinne nicht existieren."[1182] Zum anderen besteht die Befürchtung, dass eine Aufhebung der Dekrete Eigentums- und Rechtsansprüche der Sudetendeutschen bzw. der aus der Tschechoslowakei Vertriebenen nach sich ziehen könnte.[1183]

10.2 Kooperation statt Konfrontation: Die Tschechienpolitik der CSU im Politikfeldnetzwerk der „deutsch-tschechischen Beziehungen"

Die Ambivalenz in den deutsch-tschechischen bzw. bayerisch-tschechischen Beziehungen, welche im vorstehenden Fallbeispiel zum Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag für den Zeitraum zu Beginn der 1990er Jahre ausgemacht werden konnte, trat auch im EU-Osterweiterungsprozess zutage. Während sich Deutschland generell und Bayern im Besonderen in wirtschaftlicher, kultureller sowie gesellschaftlicher Hinsicht an den tschechischen Nachbarn annäherte und sich die bilateralen Kontakte weiter intensivierten, blieben die politischen Beziehungen vor allem aufgrund ungelöster historischer Problemlagen nach gleichem Muster belastet. Die Zwiespältigkeit im deutsch- bzw. bayerisch-tschechischen Verhältnis zeigt sich auch bei einem gesonderten Fokus auf die CSU als parteipolitischem und staatlichem Akteur als Bestandteil des Policy-Netzes mit der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Politikfeldnetzwerk. Innerhalb der deutsch-tschechischen Beziehungen findet sich eine Vielzahl von Akteuren aus den Bereichen Wirt-

[1178] Vgl. *Coudenhove-Kalergi* und *Rathkolb*, 2002, S. 206 f.
[1179] Vgl. *Handl,* 1995, S. 79 ff.
[1180] Vgl. *Schwarz*, Karl-Peter, „Mit der Vertreibung vollendet", in: FAZ, 01.06.2001, S. 8.
[1181] Vgl. *Pauer*, Jan, Moralisch-politischer Dissens in den deutsch-tschechischen Beziehungen, in: WeltTrends 19, Tschechen und Deutsche, 1998, S. 67-82, S. 75.
[1182] Zitat nach: *Link*, Werner, Tschechien und Deutschland, 2003, S. 37 f.
[1183] Vgl. *Vierling*, 2004, S. 61.

schaft, Kultur, Politik und Gesellschaft, welche ihrerseits auf die christsoziale Tschechienpolitik einwirken. Dabei ist die CSU grundlegend aufgrund ihrer europapolitischen Ausrichtung und in ihrer Regierungsverantwortung auf Landes- sowie zeitweise Bundesebene an einer kooperativen und stabilen Zusammenarbeit mit der Tschechischen Republik interessiert. So setzte die CSU-geführte Bayerische Staatsregierung bereits frühzeitig bilaterale Kommissionen mit der Tschechoslowakei ein, wurden konkrete Verwaltungsvereinbarungen in den Bereichen der Inneren Sicherheit und der Polizei eingegangen sowie die grenznachbarschaftlichen Beziehungen vor allem im kulturellen Bereich beispielsweise mit Schulpartnerschaften, einem deutsch-tschechischen Jungendaustausch oder einer Begegnungsstätte in Bayerisch Eisenstein gefördert.[1184] Gemeinsame Theateraufführungen, Wanderwege oder Landkarten sind ebenso wie die Deutsch-Tschechische Kulturwoche in Augsburg oder die grenzüberschreitende Landesgartenschau in Marktredwitz Beispiele für die positive Entwicklung der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Bayern und Tschechien.[1185] Die deutsche Koordinierungsstelle des Deutsch-Tschechischen Jugendaustauschs (TANDEM) ist überdies im bayerischen Regensburg angesiedelt.[1186]

Darüber hinaus ist der Freistaat Bayern fortdauernd am Deutsch-Tschechischen Koordinierungsrat des gemeinsamen Zukunftsfonds sowie am Deutsch-Tschechischen Gesprächsforum beteiligt.[1187] Neben dem kulturellen Austausch legen die Bayerische Staatsregierung und die CSU ein grundlegendes Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit Tschechien in der Wirtschaft,[1188] der Verkehrsinfrastruktur,[1189] dem Umweltschutz[1190] sowie der Sicherheit und Verbrechensbekämpfung an den Tag.[1191] Auch bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit beispielsweise in den Euroregionen (Euregio Egrensis, Euregio Bayerwald-Böhmerwald) zeigt sich nach anfänglichen Schwierigkeiten ab Mitte der 1990er Jahre eine positive Entwicklung.[1192] Trotz der konträren Haltung der CSU zur Ostpolitik in den 1970er Jahren sowie in den Verhandlungen zum Nachbarschaftsvertrag mit der Tschechoslowakei zu Beginn der 1990er Jahre war sie sowohl programmatisch proeuropäisch orientiert als auch als Bundespartei mit langjähriger Regierungsbeteiligung dem deutschen Interesse an guten Beziehungen zu den mittelosteuropäischen Staaten und einer Osterweiterung der Europäischen Union verpflichtet. Im übergeordneten Politikfeld ergibt

[1184] Vgl. SZ, 26.03.2003, S. 49; SZ, 28.02.2004, S. 55.
[1185] SZ, 12.04.2001, S. 60; SZ, 08.06.2001, S. 58; SZ, 26.07.2001, S. 51; SZ, 17.09.2001, S. 58; SZ, 08.10.2001, S. 58.
[1186] Vgl. SZ, 14.05.1998, S. 54.
[1187] Vgl. *Pick*, Otto, German-Czech Relations, in: *Overhaus*, Marco et al., German Foreign Policy in Dialogue, Newsletter – Issue 08, Vol. 3 Number 8, Trier 2002, S. 28-32, S. 29.
[1188] Siehe gegenseitige Besuche zum Ausbau der Wirtschaftskooperation, SZ. 14.05.1998, S. 54; SZ, 23.01.2001, S. 7.
[1189] SZ, 29.12.2003, S. 54.
[1190] z.B. Partnerschaftsvereinbarung bei Umweltstandards, SZ, 22.09.1999, S. 10.
[1191] Zur Wirtschaftsentwicklung siehe: *Hasse*, Rolf H. und *Penzold*, Alexander, Der deutsche Außenhandel mit den osteuropäischen Beitrittskandidaten, in: *Paraskewopoulos*, Spiridon, Die Osterweiterung der Europäischen Union, Berlin 2000, S. 111-135; zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Bayern und Tschechien vgl. Bayerischer Industrie- und Handelskammertag BIHK, Exportbericht Tschechien, 2006, S. 11 f; online abgerufen unter: http://www.auwi-bayern.de/awp/base/inhalte/Anhaenge/Exportbericht_Tschechien.pdf [14.03.2007].
[1192] Vgl. *Zöpele*, Christoph, The German-Czech Relations: Prospects for a Future Oriented Approach, in: *Overhaus* et al., 2002, S. 33-37, S. 33 f; SZ, 05.10.2001.

sich damit generell kooperatives Verhalten der CSU gegenüber Tschechien.[1193] Auch dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik stand der Freistaat Bayern grundsätzlich sehr posi tiv gegenüber, was sich sowohl an den Aussagen der Bayerischen Europaminister als auch an den partnerschaftlichen Veranstaltungen beider Länder am Tag des Vollzugs der EU-Osterweiterung zeigte.[1194] Die kooperative Ausrichtung der Tschechienpolitik der CSU auf der Ebene des Politikfeldes lässt sich überdies anhand der direkten Zusammenkünfte auf ministerieller Ebene exemplifizieren: So fanden zwischen 1993 und 2000 mindestens 43 Aufeinandertreffen von Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung mit tschechischen Kollegen bei bilateralen Gesprächen statt. In mindestens 29 Fällen wurden im gleichen Zeitraum Diskussionen von bayerischen Kabinettsmitgliedern mit tschechischen Parlamentariern, Kommunalpolitikern, Schülern und Studenten sowie Vertretern der Wirtschaft durchgeführt.[1195] Wie in den vorstehenden Fallbeispielen ergibt sich daher auch bei einem Blick auf die CSU ein ambivalentes Bild im Politikfeld der deutsch-tschechischen bzw. bayerisch-tschechischen Beziehungen: So führten historische Probleme wie die Vertreibung der Sudetendeutschen und insbesondere die Verknüpfung der Aufhebung der Beneš-Dekrete mit der Zustimmung zum EU-Beitritt Tschechiens trotz der positiven Entwicklung der Beziehungen in einer Vielzahl anderer Teilbereiche des Politikfeldes zu einer erheblichen Verschlechterung des Verhältnisses mit Tschechien.

10.3 Mechanismen des Policy-Netzwerks

10.3.1 Vorlauf: vom Nachbarschaftsvertrag zur Deutsch-Tschechischen Erklärung

Auch wenn die geschichtlichen Konfliktpunkte im Zusammenhang mit der Vertreibung der Sudetendeutschen, dem Recht auf Heimat, Entschädigungsforderungen sowie dem Umgang mit den Beneš-Dekreten in den Anfangsjahren der bilateralen Beziehungen sowie im Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag 1992 überwiegend ausgeklammert worden waren, hatten allein die unterschiedlichen Interpretationen der Vereinbarungen zu den bereits erläuterten heftigen Reaktionen und Dissonanzen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei im Ratifikationsprozess geführt. Trotz der negativen Begleittöne und einer kurzzeitigen Abkühlung der politischen Kontakte nach Umsetzung des Nachbarschaftsvertrages waren Kooperation und Zusammenarbeit für beide Länder gerade im Hin-

[1193] Neben sicherheitspolitischen Interessen und der historisch-moralischen Verantwortung Deutschlands nehmen wirtschaftliche Interessen in den Beziehungen zu den mittelosteuropäischen Staaten eine zentrale Rolle in der deutschen Außenpolitik ein, vgl. *Vogel*, Heinrich, Osteuropa – Ein Schwerpunkt deutscher Außenpolitik, in: *Kaiser,* Karl und *Krause*, Joachim, Deutschlands neue Außenpolitik, Band 3: Interessen und Strategien, München 1996, S. 169-174; *Lamatsch*, Dorothea, Die deutsche Europapolitik der Regierung Schröder 1998-2002, Regensburg 2004, S. 202 ff.

[1194] „Übergreifende Deutsch-tschechische Beziehungen sollen nicht von Einzelfragen belastet werden", Europaminister *Bocklet*, SZ, 26.01.2002, S. 59; „EU-Beitritt Tschechiens ist positiv", Europaminister *Sinner*, SZ, 08.04.2004, S. 49; vgl. SZ, 29.04.2004, S. 45.

[1195] Auswertung der Bayerischen Staatszeitung 1993-2000, nach: *Huber*, Walter, Die Außenpolitik von subnationalen Einheiten. Das Beispiel des Freistaates Bayern unter Ministerpräsident Edmund Stoiber 1993 – 2000, Regensburg 2001, S. 104 f.

blick auf den sich anbahnenden EU-Erweiterungsprozess nach Osten notwendig.[1196] So hatte Deutschland der Tschechoslowakei bzw. dem tschechischen Nachfolgestaat bekanntlich ab 1993 Unterstützung für einen Beitritt zur Europäischen Union zugesichert, wobei sowohl die Sudetendeutsche Landsmannschaft als auch die CSU wiederholt eine Lösung der offenen Fragen als Vorbedingung für einen EU-Beitritt Tschechiens formulierten.[1197] Bezüglich der Beneš-Dekrete wies der Vertrag jedoch keine konkreten Regelungen auf.[1198] Eine echte Annäherung zwischen Deutschland und Tschechien in den historischen Streitfragen gestaltete sich aber auch in den folgenden Jahren als schwierig, da die Bundesregierung vor allem aufgrund der Regierungsbeteiligung der CSU sudetendeutsche Forderungen berücksichtigen musste. Zusätzlich zu den historisch bedingten Belastungen im bilateralen Verhältnis nahmen in beiden Gesellschaften Ängste vor eigenen wirtschaftlichen Nachteilen im Zug der Öffnung gegenüber dem Nachbarn zu. So herrschte in Deutschland die Befürchtung vor, dass Tschechen den Arbeitsmarkt destabilisieren könnten und sich das Lohn-, Steuer- und Fördergefälle negativ auswirken würde, während in der ČSR deutsche Investoren zunehmend skeptisch beäugt wurden. Auch auf höchster politischer Ebene fand eine gewisse Entfremdung zwischen Bundeskanzler *Helmut Kohl* und dem europaskeptischen tschechischen Premierminister *Václav Klaus* statt, sodass zur Mitte der 1990er Jahre ein „Tiefpunkt" in den bilateralen Beziehungen konstatiert werden kann.[1199]

Die Grundkoordinaten sowohl der deutschen Europapolitik als auch dem tschechischen Interesse an Einbindung in europäische Strukturen blieben dessen ungeachtet konstant. Gerade vor dem Hintergrund der immer wieder aufkommenden Verknüpfungen von sudetendeutschen Forderungen nach einer Lösung der historischen Problemstellungen war für die tschechische Seite dennoch wichtig, mit Deutschland noch vor Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen zu einer Klärung des prinzipiellen Umgangs mit der Vergangenheit zu kommen. Bewegung in das deutsch-tschechische Verhältnis brachte zum zweiten Mal nach 1989 der tschechische Präsident *Václav Havel* im Februar 1995 mit einer Rede im Prager Karolinum zum fünfzigjährigen Jubiläum der Beendigung des Zweiten Weltkrieges.[1200] In seinem Beitrag, in welchem er sowohl die tschechische als auch die sudetendeutsche Seite kritisch bedachte, forderte *Havel*, die deutsch-tschechischen Verständigungsprobleme aus dem Weg zu räumen und einen Neuanfang auf den Weg zu bringen.[1201] Daraufhin unterbreitete der tschechische Außenminister *Josef Zieleniec* den Vorschlag, eine gemeinsame Erklärung zu erarbeiten, um so einen Schlussstrich im politischen sowie rechtlichen Sinne unter die Vergangenheit ziehen zu können. Darüber hinaus sollte eine Lösung für die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus in der ČSR gefunden und ein grenzüberschreitendes Dialogforum gegründet werden. Obwohl sich die Bundesregierung zurückhaltend positiv zum Vorschlag einer Vereinbarung äußerte, unterschieden sich die deutsche und die tschechische Seite nach wie vor in ihren Ausgangspositionen hinsichtlich erneuter Verhandlungen. So wollte sich die tschechische Regierung gegenüber Ent-

[1196] Vgl. *Handl*, Vladimir, German-Czech Relations, in: *Overhaus* et al., 2002, S. 21-27, S. 22.
[1197] Vgl. *Handl*, 1995, S. 81.
[1198] Vgl. *Gamp*, 2002, S. 28 ff.
[1199] Vgl. *Handl*, 2006, S. 54.
[1200] Vgl. *Handl*. 1998, S. 10; *Witte*, 2002, S. 179; Zum Wortlaut der Rede siehe: *Habel*, 2003, S. 989-992; vgl. SdZ, 28.04.1995, S. 3 f, SdZ, 05.05.1995, S. 3 f.
[1201] Vgl. *Götze*, 1995b, S. 1042 ff.

schädigungsforderungen der Sudetendeutschen absichern und sah die deutsch-tschechische Verständigung als Voraussetzung für einen erfolgreichen EU-Beitrittsprozess, während die Bundesregierung zwar grundlegend ebenfalls die Beziehungen zu den Nachbarn verbessern wollte und ihrerseits an einer Prävention vor eventuellen Entschädigungsforderungen interessiert war. Dennoch waren die unterschiedlichen Haltungen bezüglich Vertreibung und den Beneš-Dekreten schwer vereinbar, da die Bundesrepublik das Potsdamer Abkommen nicht als Legitimierung der Vertreibung anerkannte und die Forderungen der Vertriebenen vertrat, wohingegen die tschechische Seite die Vertreibung als rechtmäßig betrachtete und wie bei früheren Verhandlungen einen Schlussstrich unter die Vergangenheit anstrebte.[1202]

Die deutsch-tschechischen Verhandlungen gestalteten sich wie beim Nachbarschaftsvertrag zuvor komplizierter und langwieriger als zunächst erwartet, sodass die Zielsetzung, den Vertragsabschluss bis Frühling 1996 und damit noch vor den Parlamentswahlen in der ČSR zu realisieren, nicht erreicht werden konnte. Ursache für die Verzögerungen der Verhandlungen, die fast ausschließlich auf Regierungsebene geführt wurden, war neben der komplexen Thematik und Ausgangslage die besonders harte Haltung der CSU innerhalb der Regierungskoalition und der öffentliche Druck durch die Vertriebenenverbände. Vergleichbar zu den Verhandlungen zum Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag war der Standpunkt der CSU auf Bundes- und Landesebene am konträrsten gegenüber einer Annäherung an die tschechische Seite. So bezeichnete die Bayerische Staatsregierung mit Ministerpräsident *Edmund Stoiber* (CSU) die Rede *Havels* als „enttäuschend und nicht zukunftsgerichtet.“[1203] Des Weiteren brachte er als Bayerischer Ministerpräsident in öffentlichen Debatten ebenso wie im Deutschen Bundestag und auf dem Sudetendeutschen Tag im Juni 1995 die Verantwortung Bayerns und der CSU für die Sudetendeutschen und ihre Forderungen nach Recht auf Heimat sowie Abschaffung der Beneš-Dekrete zur Sprache.[1204] Da die tschechische Verhandlungsseite bei den Fragestellungen zum Recht auf Heimat und zur Aufhebung der Vertreibungsdekrete ihre Position kaum veränderte, ergab sich wenig Spielraum in den Gesprächen. Im Januar 1996 hatte der Dissens zwischen der deutschen und der tschechischen Seite die Verhandlungen sogar in die Nähe eines Abbruchs geführt.[1205] Beim Sudetendeutschen Tag im Mai 1996 stellte sich *Stoiber* trotz der schwierigen Verhandlungssituation nochmals plakativ hinter die sudetendeutsche Position und erläuterte mit der Einbindung der Sudetendeutschen, der Bezeichnung der Vertreibung als Unrecht, der Anerkennung des Heimatrechtes sowie der Abschaffung der Beneš-Dekrete vier zentrale Eckpunkte der Forderungen hinsichtlich einer Deutsch-Tschechischen Erklärung, welche die CSU und Sudetendeutsche Landsmannschaft übereinstimmend vertraten.[1206]

Nachdem eine Wiederaufnahme der Verhandlungen aufgrund des in Tschechien stattfindenden Wahlkampfes erst im Herbst 1996 umgesetzt werden konnte, kristallisierte sich innerhalb der bundesdeutschen Regierungskoalition eine neue Situation zuungunsten der

[1202] Vgl. *Handl*. 1998, S. 12.
[1203] Bayernkurier, 25.02.1995, S. 2.
[1204] Vgl. *Habel*, 2003, S. 1013 ff; Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Jg. 1995, Nr. 6/95, S. 207-219.
[1205] Vgl. *Novotný*, 2009, S. 138 f.
[1206] Vgl. „Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber“, 26.05.1996, in: *Habel*, 2003, S. 1052 f.

Vertriebenen bzw. der Sudetendeutschen Landsmannschaft heraus. Nun plädierte Bundeskanzler *Kohl* für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen plädierte und distanzierte sich von der unverändert scharfen Kritik der SL und des BdV in mehreren Beschlüssen, Erklärungen, Briefwechseln sowie öffentlichen Äußerungen bezüglich Zugeständnissen an Tschechien.[1207] Eine Rolle für das Verhalten des Bundeskanzlers dürfte hier der Druck vonseiten der USA und Frankreichs, die eine Einigung anmahnten, sowie dem allzu aggressiven Verhalten der Vertriebenenverbände liegen.[1208] Nach einer Koalitionsrunde im September 1996, bei der sich die CSU zwar mit einem Großteil des Textentwurfes der Erklärung einverstanden erklärte, aber weiterhin ihre Einwände formulierte, wurde die Erklärung im Rahmen eines Besuchs von Bundesaußenminister *Klaus Kinkel* (FDP) in Prag abgeschlossen und zu Protokoll gegeben. Die CSU band die Sudetendeutsche Landsmannschaft demonstrativ ein und versuchte, den Spagat zwischen ihrer Verantwortung, die Einigung in der Bundesregierungskoalition zu vertreten und der Verpflichtung gegenüber den Sudetendeutschen gerecht zu werden, zu meistern: So lud *Edmund Stoiber* den SL-Sprecher *Franz Neubauer* eigens zu einer Kabinettsberatung ein, die sich mit dem im Dezember 1996 öffentlich gewordenen Entwurf der Deutsch-Tschechischen Erklärung befasste, um die Bedeutung der Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen zu unterstreichen. Bezüglich der Beneš-Dekrete, die stellvertretend für alle historischen Fragestellungen immer stärker in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückten, führte die Deutsch-Tschechische Erklärung zu keiner abschließenden Einigung.[1209] Sie beinhaltete zwar gegenseitiges Bedauern des zugefügten Leids und Unrechts im Zweiten Weltkrieg sowie der Vertreibungen und wiederholte das Versprechen, dass Deutschland den EU-Beitritt Tschechiens ohne Vorbedingungen unterstütze. Dennoch wurden unterschiedliche Rechtsauffassungen beider Seiten festgestellt, die jeweils „respektiert" wurden.[1210] Keiner der Verhandlungspartner änderte damit seine Rechtsposition bezüglich des Vermögens der Sudetendeutschen und der Legitimierung der Vertreibung, sodass erneut Schlüsselelemente der Vereinbarung in der jeweils eigenen Lesart interpretiert werden konnten. Die zukünftigen Beziehungen sollten jedoch nicht mit Fragen der Vergangenheit belastet werden.[1211] Dieser Ansatz, trotz einer unterbliebenen Klärung der Fragen in Bezug auf die

[1207] Vgl. u.a. „Stellungnahme der SL zur Eigentumsfrage", 20.12.1995, in: *Habel*, 2003, S. 2037 f; „Beschluss der Bundesversammlung der SL zur sog. Schlussstricherklärung", 10.02.1996, in: *Habel*, 2003, S. 1041 ff; „Beschluss des Präsidiums des BdV zu den Fragen des Beitritts ostmitteleuropäischer Staaten zu EU und NATO", in: SdZ, 10.05.1996, S. 3; „Brief des MdB Hans Klein (CSU) an Bundeskanzler Kohl zur deutsch-tschechischen Erklärung", in: DOD, Nr. 50, 12.12.1996, S. 2; „Erklärung der SL und des Sudetendeutschen Rates zur veröffentlichten Deutsch-Tschechischen Erklärung", 12.12.1996, in: *Habel*, 2003, S. 1064 f.; „Die SL: Manifestation zur Deutsch-Tschechischen Erklärung. Ablehnung", 08.02.1997, in: *Habel*, 2003, S. 1080 ff.

[1208] So wurde Bundespräsident *Roman Herzog* (CDU) im September 1996 während eines Tages der Heimat des BdV als „Vaterlandsverräter" bezeichnet, vgl. *Novotný*, 2009, S. 139.

[1209] Vgl. *Schuster*, Robert, EU-Beitritt und deutsch-tschechische Misstöne: Eine Belastung für die Zukunft?, in: *Neuss*, Beate et al. (Hrsg.), Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen, Tübingen 2002, S. 158-162, S. 159.

[1210] Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung – einschließlich des dazu ergangenen Briefwechsels, Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode, BT-Drucksache 13/6787, online abgerufen unter: http://www.bundestag.de/geschichte/gastredner/havel/havel2.html [19.03.2007]; Zur Analyse der Erklärung mit besonderer Berücksichtigung der Anliegen der Sudetendeutschen siehe: *Blumenwitz*, Dieter, Interessenausgleich zwischen Deutschland und den Nachbarstaaten. Die deutsch-tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 und die Ansprüche der deutschen Heimatvertriebenen; Köln 1998.

[1211] Vgl. *Link*, 2003, S. 37.

Beneš-Dekrete einen Schlussstrich zu ziehen, stieß bei der CSU auf Kritik. Sie bemängelte die Erklärung, entzog ihr dennoch die parlamentarische Zustimmung nicht vollends.[1212] In seiner Bewertung ordnete Ministerpräsident *Edmund Stoiber* den Entwurf trotz großer Bedenken als „weiteren Schritt im Verständigungsprozess"[1213] ein. Für die Sudetendeutsche Landsmannschaft ergab sich damit eine veränderte Situation im Vergleich zum Abschluss sowie Ratifizierungsprozess des Nachbarschaftsvertrages zu Beginn der 1990er Jahre. So war es nunmehr nahezu ausschließlich die CSU, welche sich in ihrem Sinn äußerte und bei der Entscheidung im Deutschen Bundestag ihre Einwände gemeinsam mit einzelnen CDU-Abgeordneten deutlich machte. Bei der Abstimmung im Bundestag im Januar 1997 sprach sich die überwältigende Mehrheit von 578 der 621 Bundestagsabgeordneten für die Erklärung aus, während sich 23 enthielten und 22 dagegen stimmten. Der überwiegende Teil der Neinstimmen stammte aus der CSU-Landesgruppe im Bundestag.[1214] Um ihre Unzufriedenheit mit der Erklärung publik zu machen, bedienten sich die Unionsabgeordneten erneut einer ergänzenden Resolution, welche zu Protokoll gegeben wurde. In einer von 55 CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten unterzeichneten Erklärung wiesen sie auf Mängel der Vereinbarung hin. Sieben der Unterzeichner erklärten darüber hinaus, mit Nein zu stimmen. In einer weiteren Erklärung, welche 13 MdB´s aus den Reihen vor allem der CDU/CSU-Vertriebenenpolitiker abgaben, kündigten sie ihre Ablehnung an.[1215] Ein zumindest symbolischer Widerspruch im Deutschen Bundesrat – wie noch 1992 – konnte diesmal nicht erfolgen, da die Deutsch-Tschechische Erklärung kein völkerrechtlicher Vertrag war und daher nicht der Zustimmung des Bundesrates bedurfte.

Den Interpretationsspielraum, welchen der Vertrag offen ließ, nutzte die CSU ebenso wie Teile der CDU jedoch dahin gehend, die Erklärung als positiven Schritt hin zur Erfüllung der sudetendeutschen Anliegen wie der Abschaffung der Beneš-Dekrete und des Rechts auf Heimat darzustellen.[1216] So ordneten eine Reihe von Unionsabgeordneten vor allem aus der CSU die Erklärung als Zwischenetappe zur Anerkennung des Rechts auf Heimat ein und forderten, dass die Annäherung der Tschechischen Republik an die Europäische Union zu einer Klärung der offenen Frage genutzt werden müsse.

10.3.2 Erste Phase: Die Beneš-Dekrete kommen auf die europäische Agenda 1998-2001

Handlungsrahmen der Akteure

Die sudetendeutsche Frage und die Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft stießen in der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik 1998 aufgrund

[1212] Der Koalitionszwang in der Bundesregierung wog hier schwerer; Vgl. *Handl*, 1998, S. 16.
[1213] „Die Bayerische Staatsregierung zur Deutsch-Tschechischen Erklärung", 17.12.1996, in: *Habel*, 2003, S. 1067.
[1214] Vgl. *Tampke*, 2003, S. 150.
[1215] Vgl. *Habel*, 2003, S. 1079 f; Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Protokoll der 154. Sitzung, Bonn, 30.01.1997, S. 13810-13844, sowie Anlagen 3 und 4.
[1216] So der damalige CSU-Parteivorsitzende *Theo Waigel*, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Ansprachen aus Anlaß der Deutsch-tschechischen Erklärung vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates am 24. April 1997 in Bonn und den Abgeordneten und Senatoren des Tschechischen Parlaments am 29. April 1997 in Prag, Bonn 1997, S. 90 f; Erklärung von 55 Abgeordneten von CSU und CDU mit ähnlicher Aussage, vgl. ebd., S. 108 f.

nahezu zeitgleich in beiden Ländern ablaufender Wahlkämpfe auf große Resonanz. Eine Äußerung des neu gewählten tschechischen Ministerpräsidenten Miloš Zeman, der die Sudetendeutschen mit den tschechischen Kommunisten sowie den deutschen rechtsextremistischen Republikanern verglichen hatte und daher gegen die Beteiligung von sudetendeutschen Vertretern an dem im Zug der Deutsch-Tschechischen Erklärung etablierten Deutsch-Tschechischen Gesprächsforum Widerspruch einlegte, führte zu heftigen Reaktionen im deutschen Bundestagswahlkampf.[1217] Vor allem seitens der CDU sowie der CSU wurde heftige Kritik geübt, die sogar den Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union infrage stellten.[1218] Mit dem Regierungswechsel in Deutschland im Herbst 1998, der ebenfalls wie in Tschechien eine sozialdemokratische Regierung auf eine konservative folgen ließ, setzte auf der Regierungsebene eine Entspannung der bilateralen Beziehungen ein.[1219] So hoben die tschechischen Sozialdemokraten der ČSSD schon im November 1998, kurz nach den Bundestagswahlen in Deutschland, ihren während des Wahlkampfes aufgenommenen Boykott des Deutsch-Tschechischen Gesprächsforums auf. Selbst in der Frage des Umgangs mit den umstrittenen Beneš-Dekreten zeichnete sich zu Beginn des folgenden Jahres eine Annäherung beider Länder ab. Die argumentative Basis bildete die Deutsch-Tschechische Erklärung: Auf deren Vorgabe, die zukünftigen Beziehungen nicht mit Fragen aus der Vergangenheit zu belasten, beriefen sich beide neu gewählte Regierungschefs, sodass Bundeskanzler Schröder versicherte, keine Forderungen mehr erheben zu wollen. Tschechien erklärte im Gegenzug die Wirksamkeit der Beneš-Dekrete sei für aktuelle Fälle erloschen, auch wenn sie für die Zeit der Vertreibung gültig bleiben sollten.[1220] Für die von SPD und Grünen geführte Bundesregierung war mit dem Schröder-Zemanschen Ausgleich im März 1999 die Frage der Beneš-Dekrete hinreichend geklärt. Im Vordergrund standen nun Entspannung sowie eine positive Entwicklung der Beziehungen zu Tschechien.[1221] Wirklich tief gehende Vergangenheitsbewältigung nahm aber sowohl bei der deutschen als auch der tschechischen Regierung im Anschluss einen geringen Stellenwert ein und rückte zugunsten zukunftsgerichteter Fragen und Problemstellungen im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung in den Hintergrund.[1222] Die rot-grüne Bundesregierung machte dabei mehrmals deutlich, dass für sie die Beneš-Dekrete auch kein Hindernis für die Unterstützung für den EU-Beitritt Tschechiens darstellen würden und sie das deutsch-tschechische Verhältnis „nicht mit der Vergangenheit belasten“ wolle.[1223]

[1217] Vgl. „Zeman gibt Druck aus Deutschland nicht nach“, SZ, 03.08.1998, S. 1; Berliner Zeitung, 07.08.1998, „Zeman setzt auf neue Bundesregierung“; Bonner Rundschau, 06.08.1998, „Beziehung zu Prag wird Wahlkampfthema“.

[1218] Vgl. Die WELT, 06.08.1998, „CSU-Politiker gegen EU-Verhandlungen mit Tschechien“; SZ, 01.08.1998, S. 1; Die Tschechische Republik stellte den Beitrittsantrag zur EU im Januar 1996, die vorläufigen technischen Verhandlungen zum EU-Beitritt – der sog. Screening-Prozess – wurden im März 1998 aufgenommen, die konkreten Verhandlungen auf Ministerialebene im November 1998, vgl. *Larischová*, Kristina, Tschechiens EU-Beitritt, in: *Neuss*, Beate et al. (Hrsg.), Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen, Tübingen 2002, S. 132-142, S. 132.

[1219] Vgl. FAZ, 29.09.1998, „Prag: Wechsel in Bonn erleichtert Zusammenarbeit“.

[1220] SZ, 09.03.1999, „Schröder: Vermögensfragen abgeschlossen“, S. 6; FAZ, 09.03.1999, S. 1; Vgl. *Vierling*, 2004, S. 17, S. 60 ff.

[1221] Vgl. Die WELT, 04.12.1998, „Versöhnliche Töne vor deutsch-tschechischem Treffen“; Siehe auch: *Doležal*, Bohumil, Mehr als eine entgegenkommende Geste, in: Prager Zeitung, 14.09.2000, S. 6.

[1222] Vgl. SZ, 07.01.1999, „Freundliches Klima an der Moldau“; Die WELT, 08.01.1999, „Fischer zerstreut Prager Bedenken“; *Schuster*, 2002, S. 159.

[1223] FAZ, 21.10.1998, „Prag begrüßt Fischers Ankündigung“; vgl. SZ, 01.10.1999, S. 6; FAZ, 11.05.2001, S. 1.

Sowohl von der Sudetendeutschen Landsmannschaft als auch der CSU wurde dieser Umgang mit der sudetendeutschen Frage kritisiert, da beiden die symbolische Geste des tschechischen Ministerpräsidenten *Zeman* nicht weit genug ging und sich am Bestand der Beneš-Dekrete als Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung nichts änderte. Angriffe gegen die Bundesregierung und die Forderung nach Aufhebung der Dekrete vor einem EU-Beitritt Tschechiens vonseiten der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie der unterschiedlichen Subakteure der CSU waren die Folge.

Aktivitäten der Netzwerkakteure

Eine wichtige Rolle nimmt im medial bis relativ unbeachteten CSU-Subakteur CSU-Europagruppe der Münchner Europaabgeordnete Bernd Posselt, ein, der bis 2000 in Doppelfunktion stellvertretender Bundesvorsitzender und seitdem Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft war.[1224] Im Europäischen Parlament war er im Untersuchungszeitraum als Mitglied des Innenausschusses sowie als Sprecher für Innen- und Außenpolitik der CSU-Europagruppe tätig.[1225] In diesen Funktionen erstellte er 1998 als Berichterstatter für den Ausschuss „Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten" den nach ihm benannten „Posselt-Bericht" über die „Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union hinsichtlich der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres".[1226] Im Dokument, welches das Europäische Parlament im April 1998 verabschiedete, werden die Rechtsstaatskriterien, die bei der Aufnahme in die Europäische Union eingehalten werden sollen, herausgearbeitet.[1227] Dabei wird an mehreren Stellen hervorgehoben, dass die Minderheitenrechte zu den wichtigsten Beitrittsvoraussetzungen zu zählen und diskriminierende Bestimmungen daher aufzuheben seien.[1228] Der „Posselt-Bericht" bildete die Grundlage für eine intensivere Auseinandersetzung des Europäischen Parlaments mit der Thematik Menschen- bzw. Minderheitenrechte im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung. Aufbauend auf den Vorgaben des Berichts wurde im speziellen Fall der Beitrittsverhandlungen der Tschechischen Republik mit der Europäischen Union der Themenbereich der Beneš-Dekrete aufgegriffen. So wurde in einer Entschließung des Europäischen Parlaments im April 1999 zu den Fortschritten der Tschechischen Republik auf dem Weg zum EU-Beitritt einerseits die Bedeutung des Schutzes von Minderheiten herausgestellt und andererseits die tschechische Regierung konkret aufgefordert,

> „fortbestehende Gesetze aus den Jahren 1945 und 1946 aufzuheben, soweit sie sich auf die Vertreibung von einzelnen Volksgruppen in der ehemaligen Tschechoslowakei beziehen."[1229]

[1224] SZ, 14.02.2000, „Führungswechsel bei Sudetendeutschen", S. 5; FAZ, 16.02.2000, S. 5; SZ, 13.06.2000, S. 5; FAZ, 13.06.2000, S. 5; Zusätzlich zu diesen Funktionen ist *Posselt* u.a. als Landesvorsitzender der UdV sowie Präsident der PanEuropa-Union tätig.

[1225] SZ, 15.06.1999, S. 1; SZ, 09.06.2004, S. 52.

[1226] Bericht über die Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union hinsichtlich der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres, Ausschuß für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten, Berichterstatter: Bernd *Posselt*, 19.03.1998, DOC_DE\RR\349\349588 PE 225.439/end.

[1227] Vgl. *Coudenhove-Kalergi* und *Rathkolb*, 2002, S. 201.

[1228] Bericht über die Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union hinsichtlich der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres, S. 4 und S. 7.

[1229] Offizielle Position des Europäischen Parlaments, Protokoll vom 15.04.1999, Entschließung zum regelmäßigen Bericht der Kommission über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt

Dieser Appell stellte zwar nur einen unter insgesamt 24 Punkten der Entschließung dar, wurde in der Öffentlichkeit jedoch fast ausschließlich als nachdrückliche Unterstützung der sudetendeutschen Anliegen durch das Europäische Parlament wahrgenommen.[1230] Die parlamentarische Formulierung, welche in den Folgejahren bis 2002 insgesamt zweimal wiederholt wurde,[1231] diente in der Folge sowohl als Argumentationshilfe für die Vertretung der sudetendeutschen Forderung zur Aufhebung der Beneš-Dekrete sowie als Vorlage für spätere Resolutionen und Entschließungsanträge anderer parlamentarischer Gremien.[1232]

Eine Trennung seiner Tätigkeiten als Europaabgeordneter und stellvertretender Bundesvorsitzender bzw. Bundesvorsitzender der SL wird bei *Bernd Posselt* sowohl in seiner Selbstdarstellung als auch in der öffentlichen Wahrnehmung nicht vorgenommen, da beide Funktionen stets im Zusammenhang gesehen und auch von ihm so vermittelt werden.[1233] In dieser Doppelfunktion forderte *Bernd Posselt* den Rücktritt des Bundeskanzlers *Gerhard Schröder* nach dessen Annäherung an Tschechien im März 1999[1234] und nutzte die medienwirksamen Auftritte bei den sudetendeutschen Großveranstaltungen wie dem Sudetendeutschen Tag zu wiederholten Angriffen auf die Europapolitik der Bundesregierung.[1235] Als Europaparlamentarier und stellvertretender Bundesvorsitzender der SL wurde ihm zudem 1999 vom damaligen österreichischen Vizekanzler und Außenminister *Wolfgang Schüssel* Schützenhilfe sowohl bei der Forderung nach Aufhebung der Beneš-Dekrete als auch generell bei den Aktivitäten der Sudetendeutschen Landsmannschaft zugesichert.[1236] Damit leistete die CSU-Europagruppe im Zeitraum zwischen 1998 und 2001 die Voraussetzungen für eine Europäisierung der sudetendeutschen Forderung nach Aufhebung der Beneš-Dekrete und für eine in der öffentlichen Wahrnehmung europaweite Unterstützung.
Auf Bundesebene trat die CSU-Landesgruppe sowohl mit grundsätzlichen Aussagen als auch konkreten Aktionen zum Problemfall Beneš-Dekrete in Erscheinung. Prinzipiell gibt eine Positionsbestimmung der Landesgruppe die Zielvorgabe aus, dass die „berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen zur Sprache gebracht werden“[1237] müssen. Im Hinblick auf die EU-Osterweiterung erklärte die CSU-Landesgruppe in ihrer Argumentation ausgehend vom Unrechtscharakter der „Vertreibungsdekrete und –gesetze,“[1238] dass diese „im Gegensatz zu Geist und Werten der EU und des Völkerrechts“ stehen. Die Arbeitsgruppe „Ver-

(KOM(98)0708 - C4-0111/99), A4-0157/99, S. 2; online abgerufen unter: http://www.europarl.europa.eu/enlargement/positionep/resolutions/a4015799_de.htm?textMode=on, [05.03.2007].

[1230] FAZ, 21.04.1999, S. 8; Die Zustimmung des Europäischen Parlaments zur Aufforderung zur Aufhebung der Dekrete im Entschließungsantrag ist eher auf mangelndes Interesse und fehlende Hintergrundinformationen über die komplexe Situation zurückzuführen als auf aktive Unterstützung der sudetendeutschen Anliegen, vgl. *Bazin-Begley*, 2002, S. 159 f.

[1231] Vgl. FAZ, 28.02.2002, S. 1.

[1232] Vgl. *Bazin-Begley*, 2002, S. 155.

[1233] Vgl. Original-Pressemitteilungen (Kopien von Fax) von *Bernd Posselt* zu sudetendeutschen Themen mit Nennung „Der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft und außenpolitischer Sprecher der CSU im Europaparlament“ und Absender „Pressestelle Bernd Posselt MdEP“ vom u.a. 08.10.2002, 22.10.2002, 16.03.2003.

[1234] „Vertriebene sehen Preisgabe von Ansprüchen“, SZ, 10.03.1999, S. 1.

[1235] „Sudetendeutsche greifen Bundesregierung an“, SZ, 10.06.2000, S. 1.

[1236] Vgl. FAZ, 21.08.1999, S. 1.

[1237] „Leistung und Sicherheit. Zeit für Taten“, Positionsbestimmung und Bericht über die Arbeit der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in der 14. Wahlperiode (1998-2002), online abgerufen unter: www.cducsu.de/upload/csuab9802.pdf [02.03.2007], S. 46.

[1238] Ebd.

triebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ging in ihrer Grundsatzformulierung noch einen Schritt weiter und formulierte: „Die Fortgeltung dieser Unrechtsdekrete ist nicht vereinbar mit dem europäischen Rechts- und Menschenrechtsstandard.“[1239] Auf Basis dieser inhaltlichen Grundkonstanten brachte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1998, noch in der 13. Wahlperiode und damit vor dem Regierungswechsel, gemeinsam mit der FDP erfolgreich einen Antrag ein, der die Vertreibung als Unrecht und völkerrechtswidriges Vorgehen brandmarkte sowie die „Lösung noch offener, bilateraler Fragen“ im Zug des Beitrittsprozesses Polens und der Tschechischen Republik anmahnte.[1240] Gleichwohl die Beneš-Dekrete nicht explizit angesprochen waren, wurde die Entschließung des Bundestages mit der Aufforderung an die Bundesregierung, offene Fragen zu klären, unmittelbar mit der Abschaffung der Dekrete in Verbindung gebracht.[1241]
In Reaktion auf die Einigung zwischen Deutschland und Tschechien zum Umgang mit den Dekreten im Frühjahr 1999 übte der vertriebenenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion *Hartmut Koschyk* scharfe Kritik an der Erklärung des Bundeskanzlers *Gerhard Schröder*, von Forderungen gegen Tschechien Abstand zu nehmen und warf ihm vor, „den deutschen Vertriebenen in den Rücken“[1242] zu fallen. Dem schloss sich auch sein Kollege in der CSU-Landesgruppe *Christian Schmidt* an, der erklärte, dass der Bundeskanzler essenziellen deutschen Interessen schade, wenn er einseitig auf die Vermögensforderungen der Sudetendeutschen verzichte.[1243] Im Rahmen einer Aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag, die auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion zustande kam, wurde das vertriebenenpolitische Vorgehen der Bundesregierung und die „Aufgabe von berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen“ thematisiert.[1244] Auch in der Folgezeit wurde die Europapolitik der rot-grünen Bundesregierung vor allem in Bezug auf historisch bedingte bilaterale Problemlagen mit den EU-Beitrittskandidaten Polen und Tschechien von CDU und CSU kritisiert.[1245] Im Hinblick auf die Abschaffung der Beneš-Dekrete orientierte sich die CSU-Landesgruppe an den Aktivitäten der CSU-Europagruppe. So bezog sie sich in einem Resolutionsentwurf, der an die Bundesregierung appellierte, in der Frage der Beneš-Dekrete tätig zu werden, direkt auf die zuvor erfolgte Entschließung des Europäischen Parlaments.[1246] Der Antrag wurde zwar von der Mehrheit aus SPD und Grünen im Deutschen Bundestag abgelehnt, dennoch blieb die Thematik über Monate hinweg auf der bundes-

[1239] Versöhnung durch Ächtung von Vertreibung – Die Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge, in: *Hans-Peter Repnik* und Dr. *Peter Ramsauer* (Hrsg.), „Alternativen für eine bessere Politik“, Arbeitsbericht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1998-2002, S. 100-101, S. 100.
[1240] Antrag der Fraktion der CDU/CSU und FDP (Drucksache 13/10845): Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten sind eine Brücke zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn. BT-Drucksache vom 27.05.1998, S. 2.
[1241] Vgl. FAZ, 30.05.1999, S. 4.
[1242] Original-Pressemitteilung des Sprechers der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, *Hartmut Koschyk*, Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 09.03.1999, „Koschyk: Bundeskanzler Schröder fällt bei offenen Vermögensfragen den deutschen Vertriebenen in den Rücken“.
[1243] Original-Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Nr. 124/199, 09.03.1999, „Schmidt: Schröder schadet deutschen Interessen“.
[1244] SZ, 18.03.1999, „Union kritisiert Schröders Umgang mit Vertriebenen“, S. 5.
[1245] Vgl. SZ, 02.06.1999, S. 28.
[1246] Vgl. Antrag der Abgeordneten *Hartmut Koschyk*, *Christian Schmidt* (Fürth), *Karl Lamers*, *Peter Hintze* und der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 14/1311): Versöhnung durch Ächtung von Vertreibung, BT-Drucksache 14/1311 vom 29.06.1999.

politischen Ebene präsent.[1247] Des Weiteren trugen Einzelinitiativen von Mitgliedern der CSU-Landesgruppe dazu bei, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Tschechischen Republik in direkten Zusammenhang mit der Abschaffung der Beneš-Dekrete zu bringen. So forderte der CSU-Bundestagsabgeordnete und Sudetendeutsche *Erich Riedl* die Bundesregierung schriftlich zum Stopp der Beitrittsverhandlungen mit der Tschechischen Republik auf, sollte diese die Dekrete aufrechterhalten.[1248] In einer Kleinen Anfrage wurde 2001 nochmals die Unterstützung der Bundesregierung für die sudetendeutschen Anliegen angemahnt.[1249] Entscheidungen des UNO-Menschenrechtsausschusses im Oktober 2001 und Januar 2002, welche die Bedeutung der Menschen- und Minderheitenrechte hervorhoben, wurden von *Hartmut Koschyk* (CSU) als vertriebenenpolitischem Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nochmals zum Anlass genommen, um in einer Anfrage an die Bundesregierung die „verfassungsmäßige Schutzpflicht" der Bundesregierung für die Heimatvertriebenen und einen Einsatz für die Abschaffung der Dekrete einzufordern.[1250]

Das Auftreten und die Aktivitäten der CSU-Landtagsfraktion lassen sich in zwei Bereiche unterteilen. Zum einen nahm der Sudetendeutsche *Johann Böhm* als Präsident des Bayerischen Landtages und ab 2000 in Doppelfunktion als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft eine herausgehobene Stellung ein. Ebenso wie bei *Bernd Posselt* können bei ihm beide Funktionen und Ämter nicht trennscharf voneinander unterschieden werden, da sie sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in ihrer Selbstdarstellung verknüpft werden.[1251] Auch wenn sich *Johann Böhm* als Sprecher der SL zurückhaltender bei der Formulierung von Forderungen verhielt und er insgesamt weniger präsent war als *Bernd Posselt*, machte er schon im Vorfeld seiner Amtsübernahme klar, dass er eine Klage gegen die Bundesregierung wegen der Vernachlässigung der Interessen der Heimatvertriebenen im Zug der deutsch-tschechischen Annäherung 1999 vorantreiben wolle.[1252] Ähnlich wie *Posselt* fand *Böhm* Unterstützung in der österreichischen Bundesregierung, die ebenfalls die Abschaffung der Beneš-Dekrete von der Tschechischen Republik im Vorfeld der EU-Osterweiterung forderte.[1253] Im Rahmen der Sudetendeutschen Tage, bei denen *Böhm* als Sprecher der SL und bayerischer Landtagspräsident als Redner auftrat, thematisierte er die Forderung nach Abschaffung der Dekrete vor dem EU-Beitritt, indem er die tschechischen Nachbarn aufforderte, sich „vom Ballast alten Unrechts zu befreien".[1254]

Ergänzend zu den öffentlichen Aussagen des Landtagspräsidenten thematisierte die CSU-Landtagsfraktion zum anderen die Beneš-Dekrete in parlamentarischen Initiativen, die

[1247] Vgl. SZ, 29.09.1999, S. 5.
[1248] Vgl. SZ, 05.08.1999, S. 9.
[1249] Kleine Anfrage der Abgeordneten *Hartmut Koschyk*, *Klaus Brähmig*, *Klaus Holetschek*, *Georg Janovsky*, *Kurt J. Rossmanith*, *Erika Reinhardt*, *Hans-Peter Repnik*, *Anita Schäfer*, *Heinz Schemken*, *Christian Schmidt*, *Erika Steinbach*, *Wolfgang Zöller* und der Fraktion der CDU/CSU, (Drucksache 14/6612): Haltung der Bundesregierung zu sudetendeutschen Anliegen, BT-Drucksache 14/6612 vom 03.07.2001.
[1250] Versöhnung durch Ächtung von Vertreibung – Die Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge, S. 100; die Antwort der Bundesregierung erfolgte am 07.03.2003.
[1251] Vgl. Original-Pressemitteilung der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 21.03.2001 mit Nennung „der Sprecher der sudetendeutschen Volksgruppe, Landtagspräsident Johann Böhm", Pressemitteilung der Sudetendeutschen Landsmannschaft SL, Pressestelle *Konrad Badenheuer*, 21.03.2001.
[1252] Vgl. FAZ, 13.06.2000, „Der neue Sprecher der Sudetendeutschen schlägt andere Töne an", S. 5.
[1253] Vgl. Die WELT, 14.02.2000, S. 4.
[1254] SZ, 05.06.2001, S. 6.

vor allem auf die Vorarbeit der Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik zurückgehen. Im Vergleich zu den Anträgen im Deutschen Bundestag finden sich in den Landtags-Entschließungen klarere Positionierungen, da aufgrund der absoluten Mehrheit der CSU-Fraktion keine Abstimmungen mit anderen Parteien oder Fraktionen notwendig waren. So reagierte die CSU-Fraktion im März 1999 mit einem Dringlichkeitsantrag unmittelbar auf die deutsch-tschechischen Annäherungsversuche. Dieser lehnte die Erklärung der Bundesregierung, Forderungen der Sudetendeutschen „überhaupt nicht mehr gegenüber der Tschechischen Republik anzusprechen oder geltend zu machen“,[1255] klar ab. Im Antrag stellte der Bayerische Landtag ferner fest, dass

> „im zusammenwachsenden Europa die Benesch-Dekrete [sic!] und das Amnestie-Gesetz, soweit sie die Sudetendeutschen und die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik betreffen, aufzuheben sind.“[1256]

In einem weiteren Dringlichkeitsantrag zur Grundrechte-Charta der EU bedauerte der Bayerische Landtag im Jahr 2000 auf Initiative der Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik, dass zentrale Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, das „Recht auf Heimat und der Schutz vor Vertreibung“[1257] in die Charta nicht berücksichtigt worden waren. Nach der klaren Positionierung gegen den Erhalt der Dekrete lieferte die CSU-Landtagsfraktion so mit dem Rückgriff auf die Grundrechtecharta und die Wertordnung der Europäischen Union eine weitere Argumentation zur Unvereinbarkeit der Beneš-Dekrete mit der Rechtsordnung der EU und damit dem EU-Beitritt Tschechiens.

Da *Edmund Stoiber* zwischen 1998 und 2004 fast ausschließlich das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten und (ab 1999) des Parteivorsitzenden der CSU in einer Person vereinte, ist es wie bei seinem Vorgänger *Franz Josef Strauß* notwendig, die Aktivitäten beider Subakteure der CSU gemeinsam zu analysieren. Daher wird eine Dreiteilung vorgenommen: Zum einen werden die Aussagen *Edmund Stoibers* bei den sudetendeutschen Großveranstaltungen, bei denen er vor allem als Bayerischer Ministerpräsident auftrat, herangezogen. Zum anderen werden seine Tätigkeit als Ministerpräsident und CSU-Parteivorsitzender in Regierungserklärungen, Pressemitteilungen und direkten Begegnungen analysiert. Darüber hinaus sollen ergänzend Aktivitäten und Aussagen von Mitgliedern der Staatsregierung und der CSU-Parteiführung berücksichtigt werden. Unabhängig von speziellen inhaltlichen Aussagen entwickelte sich der Sudetendeutschen Tag sowohl für die Sudetendeutsche Landsmannschaft als auch für die CSU und insbesondere für den CSU-Ministerpräsidenten im Zeitverlauf zu einer Institution, in der sich beide Seiten symbolisch und ritualartig der gegenseitigen Unterstützung versichern. Vor allem in Oppositionszeiten bietet die Veranstaltung für Redner der SL sowie der CSU ideale Voraussetzungen, um das gute Verhältnis zu loben und gleichzeitig politische Gegner wie die Opposition und auch den Koalitionspartner FDP vor 1998 sowie die Bundesregierung

---

[1255] Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten *Glück*, *Knauer*, *Breitschwert*, *Brosch*, *Guckert*, *Hausmann*, *Kobler*, *Lode*, *Matschl*, *Nadler*, *Peterke*, *Pschierer*, Dr. *Spaenle*, *Unterländer*, Dr. *Waschler*, *Winter* und der Fraktion der CSU: „Deutsch-Tschechisches Verhältnis“, 09.03.1999, Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/502, S. 1.

[1256] Ebd.

[1257] Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten *Glück*, *Zeller*, Dr. *Gauweiler*, *Knauer* und der Fraktion der CSU: „Grundrechtecharta der Europäischen Union“, Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/4793, S. 1.

nach 1998 anzugreifen.[1258] Die zentrale Forderung der Abschaffung der Beneš-Dekrete wurde von *Edmund Stoiber* bei jedem seiner Auftritte im Untersuchungszeitraum auf den Sudetendeutschen Tagen thematisiert. Schon 1998 machte er deutlich, dass die Rücknahme der Beneš-Dekrete die Vorbedingung für den EU-Beitritt der Tschechischen Republik sei.[1259] Dabei wurde er vom damals noch amtierenden CSU-Parteivorsitzenden *Theo Waigel* unterstützt.[1260] Auch der CSU-Generalsekretär *Bernd Protzner* verlangte eine „klare Auseinandersetzung Tschechiens mit der eigenen Geschichte", nachdem bereits zuvor im Rahmen des CSU-Parteitages im Bundestagswahlkampf 1998 schärfere Töne gegen die tschechische Regierung angeklungen waren.[1261] Bei den Sudetendeutschen Tagen der beiden folgenden Jahre stand die Kritik an der Annäherung der Bundesregierung an Tschechien im Mittelpunkt der Aussagen *Stoibers*. Dabei forderte er jeweils, „keinen Schlussstrich"[1262] unter die Vergangenheit zu ziehen und nahm Bezug auf die Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Bayerischen Landtags, die Tschechien zur Aufhebung der Dekrete aufforderten. Auf der Grundlage der Feststellung, dass die Dekrete „mit einer rechtsstaatlichen europäischen Ordnung nicht vereinbar"[1263] seien, stellte *Stoiber* wiederholt ein Junktim zwischen der Abschaffung der Dekrete und dem EU-Beitritt Tschechiens auf. Die Aussage „die Beneš-Dekrete passen nicht in die EU" wiederholte er auch auf dem „Tag der Heimat" in 2001,[1264] wobei er wie *Bernd Posselt* und *Johann Böhm* Unterstützung der österreichischen Bundesregierung mit Bundeskanzler *Wolfgang Schüssel* erhielt, der ebenfalls ein Junktim zwischen der Aufhebung der Beneš-Dekrete und dem EU-Beitritt herstellte.[1265] Als Gastredner auf dem Sudetendeutschen Tag 2001 in Augsburg formulierte *Stoiber* seine Forderungen nochmals.[1266] 1998 nutzte er sein Rederecht vor dem Deutschen Bundestag zudem, um im Rahmen einer Bundestagsdebatte Tschechien direkt zum Aufheben der Dekrete aufzufordern und dies als Vorbedingung für einen EU-Beitritt zu formulieren.[1267] Die Anliegen der Sudetendeutschen brachte er bei einem Aufeinandertreffen mit dem tschechischen Staatspräsidenten *Vaclav Havel* im Frühsommer 2000 direkt zur Sprache.[1268] Auch wenn *Stoiber* nach ersten Veröffentlichungen beim Austausch mit *Havel* in Bezug auf die Beneš-Dekrete zurückhaltender war,[1269] so wurde wenig später publik, dass er im Ge-

[1258] Vgl. u.a. SZ, 25.05.1999, „Klage gegen Bundesregierung erwogen", S. 8; SZ, 06.07.1999, „Bundesregierung bekämpft Anliegen der Vertriebenen", S. 5; SZ, 13.06.2000, „Buh-Rufe gegen SPD-Vertreter bei Sudetendeutschem Tag 2001", S. 5; SZ, 05.06.2001, „Frenetische Begrüßung für CDU/CSU-Kanzlerkandidat Edmund Stoiber und Buh-Rufe gegen SPD-Bundesminister Otto Schily beim Sudetendeutschen Tag 2002", S. 6; SZ, 21.05.2002, S. 2.
[1259] Vgl. SZ, 02.06.1998, S. 6.
[1260] Vgl. FAZ, 02.06.1998, S. 4.
[1261] Sächsische Zeitung, 31.08.1998, „Prag soll Unrecht gegen Vertriebene beseitigen".
[1262] SZ, 25.05.1999, „Stoiber: Kein Schlussstrich unter Geschichte", S. 8; FAZ, 25.05.1999, „Stoiber fordert Klarheit von Prag", S. 4; SZ, 13.06.2000, S. 5, FAZ, 13.06.2000, S. 5.
[1263] Manuskriptfassung der Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. *Edmund Stoiber* anlässlich des 51. Sudetendeutschen Tages am Sonntag, 11.Juni 2000 in Nürnberg, www.bayern.de/Presse-Info/Reden/2000/000611.html?showMainSub=6%PHPSESSID=0705d069e54c56e2cd58a6ea03a33fb2, [06.11.2006], S. 4.
[1264] Münchner Merkur, 03.09.2001, S. 4.
[1265] Vgl. Die WELT, 03.09.2001, S. 4.
[1266] SZ, 05.06.2001, „Stoiber verlangt Aufhebung der Beneš-Dekrete", S. 6.
[1267] SZ, 30.05.1998, „Stoiber ruft Prag zum Einlenken auf", S. 5; FAZ, 30.05.1998, S. 4.
[1268] Die WELT, 15.05.2000, S. 3.
[1269] Vgl. SZ, 13.05.2000, S. 63.

spräch mit dem tschechischen Staatspräsidenten die Trennung von „völkerrechtswidrigen Dekreten und Gesetzen“[1270] eingefordert hatte.

Neben dem Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden traten mit der Sozialministerin *Barbara Stamm*, dem Europaminister *Reinhold Bocklet* und dem Innenminister *Günther Beckstein* weitere Mitglieder der Bayerischen Staatsregierung im Hinblick auf die Thematik in Erscheinung. So forderte *Stamm* 1999, die Problematik der Beneš-Dekrete frühzeitig in die EU-Beitrittsverhandlungen mit einzubeziehen. Der Europaminister *Reinhold Bocklet* verschärfte bei einem Staatsbesuch in Prag im Juli 2001 die Tonart, indem er gegenüber der tschechischen Regierung die Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung für die sudetendeutschen Anliegen bekräftigte. So setze man zwar weiterhin auf die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit Tschechien. Dennoch müssten die Beneš-Dekrete vor einem EU-Beitritt aufgehoben werden, da der Weg nach Brüssel direkt über München führe, stellte *Bocklet* klar.[1271] Nur wenige Tage später bekräftigte der damalige Innenminister und spätere Ministerpräsident *Günther Beckstein* im Rahmen eines Treffens der Landsmannschaft der Schlesier die Haltung der Bayerischen Staatsregierung, die ein „Aufheben aller Vertreibungsdekrete“[1272] einfordere.

10.3.3 Zweite Phase: Eskalation im Wahlkampfjahr 2002

Handlungsrahmen der Akteure

Hatte für die deutsche Bundesregierung in den Jahren 1998 bis 2001 noch die Annäherung an die Tschechische Republik Priorität und wurden daher Fragen zur Abschaffung der Dekrete wie andere bilaterale historische Problemlagen bewusst ausgeklammert, so änderte sich dies 2002. Auslöser waren Äußerungen des tschechischen Ministerpräsidenten Miloš Zeman, der im Januar 2002 die Sudetendeutschen als „Verräter“ und Hitlers „fünfte Kolonne“ bezeichnete.[1273] Dies zog scharfe Kritik aus Österreich und Deutschland nach sich. Neben den Oppositionsparteien CDU und CSU reagierte anders als zuvor aber auch die Bundesregierung in heftiger Form. So drohte Bundeskanzler Gerhard Schröder damit, einen geplanten Besuch in Prag abzusagen, falls Zeman die Angriffe gegen die Sudetendeutschen nicht zurücknehme. Kurz vor einem Besuch des deutschen Außenministers *Joschka Fischer* in Tschechien, der zur Klärung des Problems beitragen sollte, verschärfte Zeman die Situation sogar noch, indem er bei einem Staatsbesuch in Israel den Gastgebern die Vertreibung der Palästinenser nach dem Vorbild der Vertreibung der Sudetendeutschen vorschlug.[1274] Außenminister Fischer betonte beim anschließenden Besuch in Prag nichtsdestotrotz überraschend, dass die deutsch-tschechischen Beziehungen von derartigen „Turbulenzen“ nicht ernsthaft gefährdet werden könnten.[1275] Im Hinblick auf die problembehafteten bilateralen Themenbereiche Vertreibung und Beneš-Dekrete vertrat die Bundes-

[1270] FAZ, 15.05.2000, S. 9.
[1271] Die WELT, 02.07.2001, S. 37; Die Verwendung des Wortes „München“ hat in Tschechien aufgrund des Münchner Abkommens von 1938 eine sehr negative Konnotation. Ob der Begriff von *Bocklet* absichtlich gewählt wurde, ist nicht geklärt.
[1272] SZ, 16.07.2001, S. 6.
[1273] FAZ, 18.01.2002, S. 2.
[1274] Vgl. FAZ, 19.02.2002, S. 1.
[1275] Vgl. SZ, 21.02.2002, S. 9; Die WELT, 21.02.2002, S. 5.

regierung zwar die generelle deutsche Haltung, indem sie darauf verwies, dass eine Kollektivschuld-Zuweisung wie von den Vorgängerregierungen auch weiterhin nicht akzeptiert und daher die Vertreibung der Sudetendeutschen von deutscher Seite als Unrecht betrachtet werde. Forderungen nach einer Aufhebung der Dekrete standen für die rot-grüne Regierungskoalition dennoch weder allgemein noch im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt Tschechiens zur Debatte.[1276] Kurzzeitig zeichnete sich eine Entspannung der Beziehungen an, da Ministerpräsident Zeman Entschädigungen für sudetendeutsche Widerstandskämpfer und damit eine Distanzierung von einer Kollektivschuld-Zuweisung an die Sudetendeutschen in Betracht zog. Im Unterschied zu früheren Beispielen wie dem Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag oder der Deutsch-Tschechischen Erklärung trat der tschechische Staatspräsident *Vaclav Havel* aber nicht mehr als Antreiber einer Annäherung beider Länder auf. So griff er die Thematik ebenfalls auf, kritisierte mögliche Zugeständnisse Zemans und forderte, dass in den Beitrittsverträgen mit der Europäischen Union der Bestand der Beneš-Dekrete festgeschrieben werden sollte. Dadurch verschärfte sich der Konflikt erneut und dies führte im Gegenzug dazu, dass der deutsche Bundeskanzler seinen Besuch in Prag bis auf Weiteres absagte und mit *Otto Schily* ein SPD-Bundesminister auf dem Sudetendeutschen Tag auftrat und erstmals die Abschaffung der Dekrete forderte, auch wenn er sich klar und deutlich gegen ein Junktim mit der EU-Osterweiterung aussprach.[1277] Die Reaktionskette mit stärker werdender Symbolik setzte sich fort: So reagierte das tschechische Parlament im April 2002 mit einer Resolution, welche die Beneš-Dekrete ausdrücklich festschrieb.[1278] Auch der damalige Vize-Ministerpräsident und spätere Nachfolger von Milos Zeman, *Vladimir Špidla*, machte sich für den Erhalt der Dekrete stark und bezeichnete sie im Mai 2002 in einem Interview in einer deutschen Zeitung als „Quelle des Friedens."[1279]

Die eklatante Verschlechterung der deutsch-tschechischen Beziehungen im Jahr 2002 muss in engem Zusammenhang mit dem in beiden Ländern erneut zum nahezu gleichen Zeitpunkt stattfindenden Wahlkampf gesehen werden. Die tschechischen Parteien versuchten, sich bei der tschechischen Wählerschaft als Vertreter und Bewahrer nationaler Interessen wie dem Erhalt der Nachkriegsordnung und der Beneš-Dekrete zu profilieren.[1280] In der Bundesrepublik Deutschland erhielt das (sudeten-)deutsch-tschechische Verhältnis zusätzlich dadurch größere Brisanz und Aufmerksamkeit, dass mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Parteivorsitzenden *Edmund Stoiber* ein Kanzlerkandidat von CDU und CSU mit engen Verbindungen zur Sudetendeutschen Landsmannschaft Bundeskanzler *Gerhard Schröder* herausforderte. Damit erhielten die sudetendeutschen Anliegen zum einen durch die Kandidatur *Stoibers* erhöhte Aufmerksamkeit. Zum anderen musste Amtsinhaber *Schröder* „ebenfalls aus wahltaktischen Gründen einen stärker national geprägten Kurs einschlagen, um seinem Gegenkandidaten zuvorzukommen."[1281]

[1276] Vgl. *Vierling*, 2004, S. 65.
[1277] SZ, 21.05.2002, S. 2; FAZ, 21.05.2002, S. 1.
[1278] Neue Zürcher Zeitung, 25.04.2002, S. 1.
[1279] SZ, 18./19./20.05.2002, „Der Abschub war eine Quelle des Friedens", S. 10 f.
[1280] Bedeutung könnte hier haben, dass die tschechischen Parteien eine Patt-Situation wie nach den Wahlen von 1998 vermeiden wollten und daher den Wahlkampf früher und härter als zuvor führten, vgl. *Spengler*, Frank, Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Tschechien, in: KAS-Auslandsinformationen Juli 2002, S. 23-57, S. 25 f.
[1281] *Vierling*, 2004, S. 66.

Aktivitäten der Netzwerkakteure

Im Zug der näher rückenden EU-Osterweiterung führten die Spannungen in den bilateralen deutsch-tschechischen Beziehungen des Jahres 2002 auf europäischer Ebene dazu, dass die Vereinbarkeit der Beneš-Dekrete mit der Rechtsordnung der Europäischen Union immer öfter thematisiert wurde. Dabei spielten die Aktivitäten der CSU-Gruppe im Europaparlament und der EVP-Fraktion sowie in herausgehobener Position Bernd Posselt eine wichtige Rolle. Seit der Entschließung des Europäischen Parlaments 1999 wurde die Tschechische Republik bis 2002 während der EU-Beitrittsverhandlungen insgesamt dreimal zu einer Aufhebung des Beneš-Dekrete aufgefordert.[1282] Die deutsch-tschechischen Kontroversen zu Beginn des Jahres wurden zudem im Auswärtigen Ausschusses aufgegriffen. Obwohl die Europäische Kommission bereits zu diesem Zeitpunkt eindeutig erklärt hatte, dass bei den Beitrittsverhandlungen mit der Tschechischen Republik keine folgenschweren Probleme bei der Vereinbarkeit der Europäischen Rechtsordnung mit einem Fortbestand der Beneš-Dekrete zu erwarten seien, beschloss der Ausschuss auf Initiative des Vorsitzenden Elmar Brok (CDU), das Europäische Parlament zur Erstellung eines Fachgutachtens aufzufordern.[1283] Im März 2002 kam das EU-Parlament dem Antrag nach und gab die Erarbeitung von drei unabhängigen Rechtsgutachten zur Beneš-Dekrete-Problematik in Auftrag.[1284] Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Prüfung, ob die Dekrete dem Rechtsverständnis der EU-Länder widersprechen.[1285] Nur wenige Tage darauf legte der CDU-Europaparlamentarier *Jürgen Schröder* einen Berichtsentwurf über den Stand der Beitrittsverhandlungen im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments vor, der die Beneš-Dekrete ebenfalls direkt thematisierte. Dieser hielt zwar fest, dass die Beneš-Dekrete und deren weitere Existenz kein Bestandteil der EU-Beitrittsverhandlungen seien. Trotzdem wurde erneut die Forderung an die tschechische Regierung formuliert, dass „eventuell noch vorhandene diskriminierende Formulierungen aus der tschechischen Rechtsordnung entfernt werden“ müssten.[1286]

Noch während das offizielle Gutachten im Auftrag des Europäischen Parlaments von den drei Völkerrechtlern *Jochen Frowein*, *Ulf Bernitz* und *Lord Christopher Kingsland* erarbeitet wurde,[1287] formulierten sowohl der Auswärtige Ausschuss als auch im Anschluss daran das Europaparlament Forderungen nach einem Aufheben der Beneš-Dekrete: Auf der Basis eines vorläufigen Gutachtens des juristischen Dienstes des Parlamentes, das die Dekrete zumindest in Teilbereichen als nicht mit dem EU-Recht vereinbar einordnete,[1288] erklärte der Auswärtige Ausschuss im Mai 2002 nach einer Initiative von *Jürgen Schröder* (CDU), dass Tschechien noch vor dem EU-Beitritt die Beneš-Dekrete aufheben müsse, „wenn sie auch heute noch geltendem EU-Recht widersprechen.“[1289] Darüber hinaus wurde in jedem Fall eine politische Geste vonseiten der tschechischen Regierung an die Vertriebenen und speziell an die Sudetendeutschen erwartet. Diesen Vorgaben des Auswärtigen Ausschusses schloss sich das Europaparlament im Juni 2002 an, indem es in einer Ent-

[1282] Vgl. FAZ, 28.02.2002, S. 1.
[1283] Vgl. ebd.
[1284] Vgl. SZ, 06.03.2002, S. 9.
[1285] Vgl. SZ, 22.03.2002, S. 7.
[1286] FAZ, 27.03.2002, S. 6.
[1287] Vgl. FAZ, 15.05.2002, S. 9.
[1288] Vgl. Handelsblatt, 23.05.2002, S. 5.
[1289] SZ, 23.05.2002, S. 4.

schließung zum Bericht über die Erweiterung der EU, den der Ausschussvorsitzende *Elmar Brok* (CDU) verfasste, Zugeständnisse von Tschechien forderte.[1290] Darin werden die Beneš-Dekrete unmittelbar angesprochen:

> „[Das Europäische Parlament] erwartet von der Tschechischen Republik, dass für den Fall, dass die gegenwärtige tschechische Rechtsordnung – z. B. aufgrund der Präsidentendekrete – immer noch diskriminierende Formulierungen enthält, die dem gemeinschaftlichen Besitzstand widersprechen, diese spätestens zum Zeitpunkt des EU-Beitritts beseitigt sind."[1291]

Auch wenn diese Forderungen des Europaparlaments unter dem Vorbehalt der Ergebnisse des Gutachtens aufgestellt wurden und nur den Elften von insgesamt zwölf Punkten in der Entschließung mit Bezug zur Tschechischen Republik darstellten, so erhöhte dies durch die herausgehobene Stellung in der öffentlichen Berichterstattung und Wahrnehmung den Druck auf die tschechische Regierung. Das Ergebnis des Gutachtens lag schließlich im September 2002 vor. Darin kamen alle drei Gutachter übereinstimmend zum Ergebnis, dass die Gültigkeit der Dekrete nach ihrer einmaligen Anwendung nicht mehr besteht, sie daher nicht im Widerspruch zur Rechtsordnung der EU stehen und daher kein Hindernis für einen EU-Beitritt Tschechiens darstellen würden.[1292] Die Tschechische Republik wurde lediglich aufgefordert, die Folgen des Straffreiheitsgesetzes vom 8. Mai 1946 öffentlich zu bedauern, das Unrechtshandlungen im Zusammenhang mit den vorher erfolgten Vertreibungen nachträglich legitimierte.[1293] Ein Gutachten der Europäischen Kommission, welches nur wenige Tage später veröffentlicht wurde, kam erwartungsgemäß zum gleichen Ergebnis und stellte in der Fortdauer der Dekret-Gesetzgebung kein Hindernis für den EU-Beitritt Tschechiens fest.[1294] Das Europäische Parlament orientierte sich in einer Entschließung im November 2002 an den Vorgaben der Gutachten, indem es einerseits in den Beneš-Dekreten kein Hindernis für einen EU-Beitritt der Tschechischen Republik sah und andererseits eine politische Geste von tschechischer Seite anregte.[1295]

Ungeachtet des für die sudetendeutschen Anliegen ungünstigen Ergebnisses der Gutachten auf europäischer Ebene erreichte die Abschaffung der Beneš-Dekrete hochgradige Präsenz auf der europapolitischen Agenda, was neben der erfolgreichen Europäisierung der Thematik und der Unterstützung der CSU-Europagruppe auf die CDU sowie die Gesamtfraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament zurückzuführen ist. So wurde bei einem gemeinsamen Besuch der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament mit der EVP Anfang März 2002 in Prag die Frage der Beneš-Dekrete von der gesamten Fraktion aufgegriffen.[1296] Die EVP-Fraktion setzte sich 2002 intensiv mit der Problematik der Beneš-Dekrete auseinander und einigte sich auf die Vorgabe, dass die formale Abschaffung der Dekrete zwar kein EU-Beitrittshindernis für Tschechien seien, aber diese

[1290] Vgl. SZ, 14.06.2002, S. 1.
[1291] Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Stand der Beitrittsverhandlungen vom 13.06.2002, KOM(2001) 700 – C5-0024/2002 – 2002/2023(COS), S. 4.
[1292] Vgl. SZ, 26.09.2002, S. 6; FAZ, 02.10.2002, S. 2; Gemeinsame Schlussfolgerungen der Verfasser des Gutachtens, in: *Frowein,* Jochen et al, Gutachten zu den Beneš-Dekreten und zum Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union, Luxemburg September/Oktober 2002, PE 323.934, S. 1.
[1293] Vgl. *Salzborn*, 2003, S. 49.
[1294] Vgl. SZ, 19.10.2002, S. 7.
[1295] Vgl. FAZ, 17.03.2003, S. 5.
[1296] Vgl. FAZ, 06.03.2002, S. 5.

einer genauen Untersuchung in Bezug auf ihre Vereinbarkeit mit dem EU-Rechtsstandard unterzogen werden sollen.[1297] Die Drohkulisse eines möglichen aktiven Widerstandes gegen den EU-Beitritt Tschechiens bei den Abstimmungen im Parlament wurde im Zug der Vorbereitungen des Berichts über die Beitrittsverhandlungen schon im März 2002 vom CDU-Europaabgeordneten *Hartmut Nassauer* ins Spiel gebracht. Dieser kündigte an, dass sich „CDU und CSU eine Entscheidung über die Abstimmung zum EU-Beitritt Tschechiens offen lassen"[1298] wollten. Die Abschaffung der Beneš-Dekrete wurde auch bei einem Parlamentariertreffen im Rahmen des gemischtparlamentarischen Ausschusses zwischen EU und Tschechischer Republik direkt von Vertretern aus CDU sowie CSU angesprochen. So wurde die Resolution des tschechischen Parlaments zur Beibehaltung der Dekrete scharf kritisiert. Dabei griff die Auseinandersetzung zwischen CDU/CSU und den tschechischen Parlamentariern auf die gesamte Delegation der EU über, da sich die tschechischen Abgeordneten rigoros weigerten, die Beneš-Dekrete in der üblichen gemeinsamen Abschlusserklärung zu erwähnen.[1299]

Wie schon in der ersten Phase dieser Fallstudie ist *Bernd Posselt* aufgrund seiner Mehrfachfunktionen gesondert zu betrachten. So reagierte er als Erster auf die Aussagen *Zemans* im Januar 2002, indem er als Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Europaabgeordneter ein rasches und entschiedenes Eingreifen der Bundesregierung und des Bundeskanzlers forderte.[1300] Dabei bediente er sich einer drastischen Wortwahl und bezeichnete die Äußerungen *Zemans* als „Geschichtsfälschung" und die Beneš-Dekrete als „Rassismus".[1301] Im Rahmen des Besuchs der EVP-Fraktion in Prag im März 2002, an dem er als Europaabgeordneter teilnahm, wiederholte er seine Vorwürfe gegen die tschechische Regierung.[1302] In einem Interview, das der tschechische TV-Sender ČT Ende März 2002 mit ihm führte, kam *Posselt* den tschechischen Gastgebern anfangs entgegen, indem er die NS-Verbrechen vor und während des Zweiten Weltkrieges öffentlich bedauerte. Im gleichen Atemzug nutzte er jedoch die Gelegenheit, die Beneš-Dekrete erneut als „rassistisch" und „Unrecht" zu thematisieren und die Unverrückbarkeit der sudetendeutschen Forderungen nach einer Abschaffung ebenso deutlich zu machen wie die Ablehnung einer politischen Verzichtserklärung auf eventuelle Vermögensansprüche von Vertriebenen.[1303] Offensichtlich wurde die Doppelfunktion von *Bernd Posselt* im Zusammenhang mit der Erstellung verschiedener Gutachten zur Klärung der Vereinbarkeit der Beneš-Dekrete mit der Rechtsordnung der EU sowie dem EU-Beitritt Tschechiens. Als Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft gab *Bernd Posselt* zusätzlich zu den Untersuchungen der Europäischen Institutionen ein Gutachten in Auftrag, das der Völkerrechtler *Dieter Blumenwitz* verfasste.[1304] Erwartungsgemäß erbrachte die Expertise

[1297] „Reflections on how to deal with the Benes-decrees issue – EPP-Agenda for 2002", schriftliche Mitteilung der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag vom 19.10.2006.
[1298] FAZ, 27.03.2002, S. 6.
[1299] Vgl. FAZ, 24.04.2002, S. 5; *Bernd Posselt* war als Mitglied des gemischtparlamentarischen Ausschusses direkt an den Auseinandersetzungen beteiligt; die Abgeordneten einigten sich – vergleichbar zur Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 – im Schlussdokument auf die Formulierung, dass es unterschiedliche Ansichten gebe und die Dekrete kein Hindernis für den Abschluss der EU-Beitrittsverhandlungen darstellen sollen.
[1300] Vgl. SZ, 22.01.2002, S. 7.
[1301] FAZ, 22.01.2002, S. 6.
[1302] Vgl. FAZ, 06.03.2002, S. 5.
[1303] Die WELT, 26.03.2002, S. 1.
[1304] Vgl. PNP, 02.10.2002, S. 6.

für die Sudetendeutsche Landsmannschaft den „endgültigen Beleg“ für die Unvereinbarkeit der Dekrete mit dem Rechtsstandard der Europäischen Union.[1305] In seiner Doppelfunktion als außenpolitischer Sprecher der CSU-Europagruppe legte *Posselt* das Gutachten im Anschluss dem Europäischen Parlament vor.[1306] Seine Mitgliedschaft im Auswärtigen Ausschuss konnte er darüber hinaus dazu nutzen, im Zusammenhang mit dem Gutachten der Sudetendeutschen Landsmannschaft und in der Zwischenzeit von der Bayerischen Staatsregierung in Auftrag gegebenen weiteren Untersuchungen die Ergebnisse der Gutachten des Europaparlaments und der Europäischen Kommission weniger als Schlusspunkt denn als „Einstieg in eine grundlegende Debatte über die Beneš-Dekrete“ auszulegen.[1307] Mit dem Eindruck mehrerer konkurrierender Gutachten, der in der Öffentlichkeit erweckt wurde, konnte sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft weiterhin auf die Entschließung des Europäischen Parlaments von 1999 mit der Aufforderung zur Aufhebung der Beneš-Dekrete an die Tschechische Republik berufen, da diese Frage in der Darstellung der SL noch nicht abschließend geklärt war. Der Beschluss des Europaparlaments im November 2002, welcher aufgrund der Gutachten des Europäischen Parlaments keine Hindernisse für den EU-Beitritt Tschechiens feststellte, lehnte *Posselt* als einziges Parlamentsmitglied ab und zweifelte deren Rechtmäßigkeit an.[1308] Daher stellten sowohl die Gutachten der Bayerischen Staatskanzlei als auch der SL eine wichtige Voraussetzung sowohl für die Sudetendeutsche Landsmannschaft als auch die CSU dar, sich bei der Forderung nach der Aufhebung der Beneš-Dekrete auf die Unvereinbarkeit mit der Europäischen Rechts- und Werteordnung zu berufen.

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag trat in diesem Zeitraum vorwiegend mit öffentlicher Kritik und gezielten Wortmeldungen des Landesgruppenvorsitzenden sowie der zuständigen Sprecher auf. So bezog die CSU-Landesgruppe im Januar 2002 in scharfen Worten Stellung zu den Äußerungen *Zemans*. Dabei griff sie sowohl den tschechische Ministerpräsident als auch die deutsche Bundesregierung wegen der ihrer Ansicht nach zu schonenden Reaktion an und stellten den tschechischen EU-Beitritt infrage. So forderte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe *Michael Glos* im Deutschen Bundestag eine Aktuelle Stunde zu den *Zeman*-Äußerungen und stellte heraus, dass in diesem Zusammenhang der „EU-Beitritt nicht akzeptabel“ sei.[1309] In der im Januar 2002 stattfindenden Debatte forderte die gesamte CDU/CSU-Fraktion eine Entschuldigung von *Zeman* für seine Aussagen als Voraussetzung, um mit den EU-Beitrittsverhandlungen fortfahren zu können.[1310] Nachdem sich die deutsch-tschechischen Beziehungen nicht entscheidend verbesserten, verlangte wiederum *Glos* Ende Februar 2002 weitere Konsequenzen von Bundeskanzler *Schröder*. Dieser solle den geplanten Besuch in Prag so lange verschieben bis *Zeman* seine Äußerungen zurücknehme und die tschechische Regierung von ihrer Haltung, die Beneš-Dekrete weiter festzuschreiben, abrücke.[1311] Die

[1305] Vgl. FAZ, 09.10.2002, S. 2.
[1306] Vgl. Original-Pressemitteilung der Pressestelle *Bernd Posselt*, MdEP vom 08.10.2002, „Sudetendeutsche legen Europaparlament Blumenwitz-Gutachten zu Benes-Dekreten vor“.
[1307] Original-Pressemitteilung der Pressestelle *Bernd Posselt*, MdEP, vom 22.10.2002, „Posselt: Frowein-Gutachten nur Einstieg in Debatte über Beneš-Dekrete“.
[1308] Vgl. The Prague Post, 02.-08.04.2003, S. 1.
[1309] PNP, 22.01.2002, S. 4.
[1310] Vgl. *Vierling*, 2004, S. 64.
[1311] Vgl. FAZ, 27.02.2002, S. 2.

Verbindung der Abschaffung der Beneš-Dekrete mit dem EU-Beitritt Tschechiens rückte damit weiter in den Vordergrund. Dies unterstützte der BdV-Funktionär, Vorsitzende der AG Vertriebene und vertriebenenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Hartmut Koschyk* (CSU), der die Bundesregierung im März direkt aufforderte, zur Vereinbarkeit der tschechischen Rechtsordnung mit dem EU-Recht verbindliche Aussagen zu treffen und Stellung zu beziehen.[1312] Der UdV-Funktionär und außenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe *Christian Schmidt* (CSU) ergänzte die Forderungen an die deutsche Bundesregierung mit Kritik am Festhalten Prags an den Beneš-Dekreten, das „bedauerlich" und gerade mit Blick auf die EU-Osterweiterung „Zukunftsverweigerung" sei.[1313] Auch die CDU versuchte, den Druck auf die Bundesregierung zu einer Positionierung zu erhöhen, indem sie die Erstellung eines Gutachtens für den Deutschen Bundestag zur Problematik der Beneš-Dekrete forderte.[1314]

Das Verhalten der CSU-Landtagsfraktion lassen sich erneut mit der herausgehobenen Position von *Johann Böhm* sowie den Initiativen der Gesamtfraktion zweigeteilt analysieren. Die AG Vertriebenenpolitik und die CSU-Landtagsfraktion reagierten zeitnah mit einem Dringlichkeitsantrag im Bayerischen Landtag auf die Äußerungen *Zemans*. Im Antrag „Vertreibung der Sudetendeutschen bleibt Unrecht" wies die Fraktion direkt die Aussagen des tschechischen Ministerpräsidenten zurück und versicherte den Sudetendeutschen die Unterstützung des Bayerischen Landtages. Mit Blick auf „ein gutes Miteinander von Deutschen und Tschechen im gemeinsamen Europa" mahnte die Entschließung eine Annäherung auf der Grundlage einer Entschuldigung von *Zeman* an.[1315] Bei einem erneuten Antrag der CSU-Landtagsfraktion auf Initiative der vertriebenenpolitischen Arbeitsgruppe im Juli 2002 in Reaktion auf Aussagen des Bundesministers *Otto Schily* (SPD), der in einer Rede auf dem Sudetendeutschen Tag eine Aufhebung der Beneš-Dekrete grundsätzlich unterstützte, wurden die Forderungen konkreter: So appellierte der Bayerische Landtag an die Bundesregierung, die Abschaffung der Beneš-Dekrete gegenüber der Tschechischen Republik und den anderen EU-Mitgliedsstaaten zu vertreten und ersuchte die Bayerische Staatsregierung, sich im Bundesrat sowie gegenüber der Bundesregierung für die Aufhebung von „Unrechtsdekreten und -gesetzen" einzusetzen.[1316] Wie schon in den Jahren zwischen 1998 und 2001 trat Landtagspräsident *Böhm* als Sprecher der SL im Vergleich zu *Posselt* als Bundesvorsitzender der SL wesentlich dezenter auf. So äußerte er auf dem Sudetendeutschen Tag 2002 in Nürnberg keine direkte Forderung nach einer Annullierung

[1312] Pressemitteilung des Vorsitzenden der AG Vertriebene und Flüchtlinge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Hartmut Koschyk* vom 13.03.2002.
[1313] Münchner Merkur, 25.04.2002, S. 5.
[1314] Vgl. FAZ, 21.03.2002, S. 2.
[1315] Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten *Glück*, *Matschl*, *Knauer*, *Breitschwert*, *Brosch*, *Guckert*, *Hausmann*, *Kobler*, *Lode*, *Nadler*, *Peterke*, *Pschierer*, Dr. *Spaenle*, *Unterländer*, Dr. *Waschler*, *Winter* und der Fraktion der CSU: Vertreibung der Sudetendeutschen bleibt Unrecht, 29.01.2002, Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8551, S. 1.
[1316] Antrag der Abgeordneten *Matschl*, *Kobler*, *Breitschwert*, *Brosch*, *Guckert*, *Hausmann*, *Lode*, *Nadler*, *Pachner*, *Peterke*, *Pschierer*, Dr. *Spaenle*, *Unterländer*, Dr. *Waschler*, *Winter* und der Fraktion der CSU: Europäische Werteordnung und Erweiterung der Europäischen Union, 11.07.2002, Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9994, S. 1; Rückendeckung erhielt die CSU von der CDU-Landtagsfraktion in Sachsen, die im Juni mit ihrer Mehrheit einen Beschluss auf den Weg gebracht hatte, der die Aufhebung der Beneš-Dekrete vor dem EU-Beitritt Tschechiens einforderte, vgl. „Beschluss des Sächsischen Landtages: Beneš-Dekrete vor EU-Beitritt durch ČR-Parlament für von Anfang an ungültig erklären", in: *Habel*, 2003, S. 1428 f.

der Dekrete, sondern betonte allgemeiner, es sei „höchste Zeit, dass die tschechische Regierung Angebote macht."[1317] Dennoch erläuterte er in einem Interview in einer Sonderausgabe der Bayerischen Staatszeitung, dass die Beneš-Dekrete nicht zum Geist von Europa passten, und stellte die Aufforderungen des Europäischen Parlaments und des Bayerischen Landtages an Tschechien zur Aufhebung der Beneš-Dekrete heraus.[1318] Bei einer Diskussionsrunde in München wiederholte *Böhm* die Forderungen auf das Recht auf Rückkehr der Sudetendeutschen in ihre Heimat und die Abschaffung der Dekrete, um die „Opfer der Vertreibung ins Recht zu setzen".[1319]

Die ohnehin herausragende Rolle von *Edmund Stoiber* als CSU-Parteivorsitzender und Bayerischer Ministerpräsident war im Jahr 2002 durch dessen Kanzlerkandidatur für die Union nochmals verstärkt worden. Durch die Kandidatur erreichten seine Aussagen noch größere bundespolitische Präsenz, wodurch auch die Anliegen der Sudetendeutschen Landsmannschaft stärkere Beachtung fanden. Dies zeigte sich schon bei der Formulierung des Gemeinsamen Wahlprogrammes von CDU und CSU im Frühjahr 2002, in welchem auf ausdrücklichen Wunsch von *Edmund Stoiber* ausführlich auf die sudetendeutsche Problematik eingegangen[1320] und den Vertriebenen versichert wurde, dass die Union „im Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Union die berechtigten Anliegen der Heimatvertriebenen zur Sprache bringen"[1321] werde. Zudem wurden der Unrechtscharakter der „Vertreibungsdekrete und -gesetze" und deren Gegensatz zu den europäischen Werten hervorgehoben.[1322] Bezeichnend für die Bedeutung *Stoibers* ist, dass die Beneš-Dekrete erstmals in das gemeinsame Wahlprogramm der Unionsparteien CDU und CSU aufgenommen wurden.[1323] Im Vergleich zur CSU-Europagruppe, CSU-Landesgruppe im Bundestag sowie der CSU-Landtagsfraktion äußerte sich *Stoiber* aber erst spät, im März 2002, ausführlich zu den deutsch-tschechischen Beziehungen im Zusammenhang mit den Äußerungen des Ministerpräsidenten *Zeman*, indem er die Absage des Besuchs von Bundeskanzler *Schröder* in Prag ausdrücklich begrüßte.[1324] In einem Brief wandte er sich nur wenige Wochen später direkt an *Zeman*, wobei er sowohl einen sensiblen Umgang mit der Thematik als auch eine „Ausräumung von Diskriminierungen"[1325] anmahnte. Seine Zurückhaltung gab er jedoch Ende April 2002 im nun beginnenden Bundestagswahlkampf bei einer Regierungserklärung als Ministerpräsident und Kanzlerkandidat auf und griff tschechische Politiker, die die Beneš-Dekrete verteidigten, scharf an. Deren Verhalten widerspreche den Werten der Europäischen Union und die Dekrete dürften „in Europa keinen Bestand" haben, stellte *Stoiber* heraus.[1326] Auf dem Sudetendeutschen Tag im Mai formulierte er ein direktes Junktim zwischen der Aufhebung der Beneš-Dekrete und dem EU-Beitritt Tschechiens, da in die EU nur aufgenommen werden könne, wer die Menschen-

[1317] FAZ, 21.05.2002, S. 2.
[1318] Vgl. *Johann Böhm* im Interview in: Der Staatsbürger, Ausgabe 8, in: Bayerische Staatszeitung, 01.08.2002.
[1319] FAZ, 12.10.2002, S. 2; SZ, 12.10.2002, S. 6.
[1320] Vgl. SZ, 26.04.2002, S. 6; FAZ, 26.04.2002, S. 4.
[1321] „Leistung und Sicherheit – Zeit für Taten – Regierungsprogramm 2002/2006", Gemeinsames Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich Sozialen Union (CSU) für die Bundestagswahl 2002, Mai 2002, S. 48.
[1322] Ebd.
[1323] Vgl. SZ, 18./19./20.05.2002, S. 11.
[1324] Vgl. FAZ, 01.03.2002, S. 1.
[1325] Damit sind direkt die Beneš-Dekrete gemeint; PNP, 27.03.2002, S. 1.
[1326] FAZ, 20.04.2002, S. 1, S. 4.

rechte achte.[1327] Trotz Kritik durch Außenminister *Fischer*, dass das Junktim den deutsch-tschechischen Beziehungen schade, wiederholte er die Forderung nach der Aufhebung aller Vertreibungsdekrete vor dem EU-Beitritt der Kandidatenländer Polen und Tschechien als Kanzlerkandidat beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Leipzig.[1328]

In der „Gutachtenschlacht“[1329] um die Vereinbarkeit der Beneš-Dekrete mit der Europäischen Rechtsordnung gab die Bayerische Staatsregierung mit der Staatskanzlei zwei Gutachten von *Martin Nettesheim* sowie von *Rudolf Dolzer* in Auftrag, welche die Dekrete als konkretes EU-Beitrittshindernis für die Tschechische Republik identifizierten. In Reaktion auf deren Veröffentlichung eine Woche nach der Vorstellung des Gutachtens des Europaparlaments wandte sich *Stoiber* direkt mit der Aufforderung an die deutsche Bundesregierung und die Europäische Kommission, die Unvereinbarkeit der Dekrete mit dem EU-Recht anzuerkennen und die Aufhebung der Dekrete zu verlangen.[1330]

Auch nach der Niederlage in der Bundestagswahl setzte *Stoiber* als CSU-Parteivorsitzender den Einsatz für eine Abschaffung der Beneš-Dekrete fort. Auf dem CSU-Parteitag Ende November forderte er von Prag „Klarheit in der Beneš-Frage“, brandmarkte die Vertreibung als Unrecht und wiederholte die Aussage, dass die Dekrete nicht mit der Europäischen Union vereinbar seien.[1331] Unterstützung erhielt *Stoiber* hier aus der Parteiorganisation und den Parteigremien. So wurde auf dem Parteitag ein europapolitischer Leitantrag des CSU-Parteivorstandes verabschiedet, der die Weitergeltung der Beneš-Dekrete als „nicht akzeptabel“ bezeichnete.[1332] Schon im Rahmen des Münchner CSU-Bezirksparteitages im Juli 2002 hatte sich der Bezirksvorsitzende *Johannes Singhammer* für die Abschaffung der Dekrete ausgesprochen, wobei er vom österreichischen Bundeskanzler *Wolfgang Schüssel* als Gastredner unterstützt wurde.[1333]

Aus der Staatsregierung traten Vertreter des Innenministeriums, der Staatskanzlei sowie des Sozialministeriums in Erscheinung. Der Staatssekretär im Innenministerium *Georg Schmid* verurteilte bei der Bundesversammlung der Sudetendeutschen im Februar 2002 in München die Aussagen *Zemans* und forderte deutlich die Aufhebung der Beneš-Dekrete.[1334] Dieser Forderung schloss sich der Staatskanzleichef und spätere CSU-Vorsitzende *Erwin Huber* beim so genannten „Kleinen Donaugipfel gegen die Beneš-Dekrete“[1335] im März 2002 an. Bei diesem Aufeinandertreffen des Freistaates Bayern, Baden-Württembergs, Österreichs und Ungarns sprachen sich Vertreter aller vier Länder gemeinsam dafür aus, den EU-Beitritt Tschechiens von der Aufhebung der Dekrete abhängig zu machen. *Huber* stellte im Verlauf der Begegnung klar, dass „Elemente der Vergangenheit, die Vertreibung rechtfertigen, (…) keinen Platz in der EU-Wertegemeinschaft haben“[1336] dürfen. Gleichzeitig versprachen Bayern und Baden-Württemberg Ungarn die

[1327] Vgl. Handelsblatt, 21.05.2002, S. 1; SZ, 21.05.2002, S. 1.
[1328] Die WELT, „Wunden jetzt heilen“, 24.06.2002, S. 5.
[1329] *Salzborn*, 2003, S. 47; Neben den Gutachten des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission wurden zwei Gutachten von der Bayerischen Staatskanzlei und jeweils ein Gutachten von der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der tschechischen Regierung in Auftrag gegeben.
[1330] Vgl. FAZ, 11.10.2002, „EU muss Aufhebung der Benes-Dekrete verlangen“, S. 2; SZ, 11.10.2002, S. 6.
[1331] Vgl. FAZ, 23.11.2002, S. 2.
[1332] FAZ, 23.11.2002, S. 2; vgl. *Habel*, *2003*, S. 1452.
[1333] Vgl. SZ, 09.07.2002, S. 37.
[1334] Vgl. Münchner Merkur, 18.02.2002, S. 2.
[1335] FAZ, 12.03.2002, S. 2.
[1336] Ebd.

volle Unterstützung für sein EU-Beitrittsgesuch. Heftige Kritik äußerte die Bayerische Sozialministerin *Christa Stewens* im April 2002 an der Resolution des tschechischen Parlaments zur Beibehaltung der Beneš-Dekrete. Diese müssten als Unrecht anerkannt und noch vor einem EU-Beitritt aufgehoben werden, so die Forderung von *Stewens* an die tschechische Regierung.[1337] Diesen offiziellen Standpunkt der Bayerischen Staatsregierung bestätigte Staatskanzleichef *Huber* im Anschluss daran nochmals.[1338]

10.3.4 Dritte Phase: Abstimmungen über den EU-Beitritt Tschechiens

Handlungsrahmen der Akteure

Das Ende der Wahlkämpfe im Sommer 2002 in Tschechien und im Herbst 2002 in Deutschland wirkte sich generell beruhigend auf die deutsch-tschechischen Beziehungen aus, da nun auf beiden Seiten sowohl Anreiz als auch Druck wegfielen, sich im Wettstreit um Wählerstimmen polarisierender Aussagen zu bedienen. Auch das öffentliche Interesse an den bilateralen Konfliktlinien nahm nach den Wahlen in beiden Ländern ab. Zusätzlich entspannend vor allem aus tschechischer Sicht wirkte der erneute Wahlsieg von SPD und Grünen in Deutschland, der mit Gerhard Schröder an der Spitze eine im Vergleich zur CDU/CSU und Edmund Stoiber gegenüber Tschechien deutlich wohler gesonnene Regierung erwarten ließ.[1339] An der grundsätzlichen Haltung der deutschen sowie der tschechischen Regierung und der CSU sowie der Sudetendeutschen Landsmannschaft zur Abschaffung der Beneš-Dekrete“ kann jedoch keine entscheidende Veränderung festgestellt werden. So kam die tschechische Regierung der Aufforderung nach einer politischen Geste zu den Vertriebenen nicht nach, die das Europäische Parlament im November 2002 im Zusammenhang mit der Entschließung zur Vereinbarkeit der Beneš-Dekrete mit der Europäischen Rechtsordnung, angeregt hatte.[1340] Damit blieben die Fronten in dieser Frage zwischen beiden Ländern unverändert. 2003, als sowohl im Europäischen Parlament, dem Deutschen Bundestag als auch im tschechischen Parlament Abstimmungen über die EU-Osterweiterung anstanden, zeichneten sich dennoch Annäherungsversuche vor allem von tschechischer Seite ab. So benannte der neue tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus bei einer Feierlichkeit zum Gedenken an den Jahrestag der NS-Besetzung der Tschecho-

[1337] Vgl. FAZ, 26.04.2002, S. 4.
[1338] Vgl. FAZ, 22.05.2002, S. 4.
[1339] Welche Bedeutung der Ausgang der Bundestagswahlen auf die Positionierung der tschechischen Regierung hatte, lässt sich am Wandel ihrer Einstellung zu den Dekreten ablesen. So berichtete *Bernd Posselt*, dass im Rahmen eines nicht öffentlichen Abstimmungstreffens sudetendeutscher, deutscher und bayerischer Spitzenpolitiker im August 2002 das weitere Vorgehen zur Thematik im Fall eines Wahlsieges *Edmund Stoibers* abgeklärt wurde und dabei berichtet wurde, dass die tschechische Seite bei einem Bundeskanzler *Stoiber* dazu bereit war, sich in der Frage der Beneš-Dekrete zu bewegen. Dies stand nach dem für die Union unglücklichen Ausgang der Bundestagswahl nicht mehr zur Debatte. *Edmund Stoiber* bestätigte dies im Hintergrundgespräch: „Wenn die Wahl 2002 zugunsten der Union ausgegangen und ich Bundeskanzler geworden wäre, wäre möglicherweise mehr Bewegung in die Frage der Aufhebung der Beneš-Dekrete gekommen.“, Hintergrundgespräch mit Dr. *Edmund Stoiber*, Bayerischer Ministerpräsident zwischen 1993 und 2007 sowie CSU-Parteivorsitzender zwischen 1999 und 2007, in München am 07.12.2009; vgl. Hintergrundgespräch mit *Bernd Posselt*, MdEP, CSU-Europaabgeordneter und Sprecher des Bundesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft e.V., in München am 15.07.2008.
[1340] Vgl. FAZ, 17.03.2003, S. 5.

slowakei im März 2003 die Vertreibung als aus heutiger Sicht unannehmbar.[1341] Eine Aufhebung der Beneš-Dekrete schloss er aber ebenso kategorisch aus wie Ministerpräsident Vladimir Špidla.[1342] Das Entgegenkommen der Tschechischen Republik, ohne jedoch auf die Dekrete konkret einzugehen, setzte sich im Verlauf des Jahres fort. So distanzierte sich die tschechische Regierung im Juni 2003 von den Dekreten und bezeichnete sie ebenso wie Klaus als „aus heutiger Sicht unannehmbar."[1343] Die spürbare Entspannung der Beziehungen vor allem auf bilateraler Regierungsebene zwischen Deutschland und Tschechien führte aber zu keiner endgültigen Lösung des Konfliktes zwischen der Tschechischen Republik und der Sudetendeutschen Landsmannschaft sowie der CSU.[1344] Dies zeigte sich auch bei den im Frühjahr und Sommer 2003 anstehenden Abstimmungen über die EU-Osterweiterung im Europäischen Parlament, dem Bundestag und dem Bundesrat, der zur Ratifikation des EU-Beitrittsgesetzes zustimmen musste. Im Europaparlament stimmten die CSU-Europaabgeordneten gemeinsam mit einer Reihe von Kollegen aus der EVP-Fraktion gegen den tschechischen Beitritt. Im Bundestag und Bundesrat äußerten sich die Vertreter der CSU ebenfalls dezidiert mit dem Verweis auf die ungelösten Fragen gegen die Aufnahme Tschechiens, verweigerten ihre Zustimmung letztendlich jedoch nicht.

Aktivitäten der Netzwerkakteure

Schon 2002 hatten die CSU-Europagruppe und Vertreter der CDU-Fraktion im Europaparlament öffentlich die Möglichkeit erwogen, sich bei der Abstimmung über die Zustimmung zum Beitritt von zehn neuen Mitgliedsstaaten im Europäischen Parlament gegen die Tschechische Republik auszusprechen. Die Möglichkeit einer direkten und einzelfallbezogenen Ablehnung des tschechischen Beitritts ergab sich dadurch, dass über jeden Kandidaten in einem eigenen Wahlgang abgestimmt wurde. Die Überlegung, ob „wir ein erstes Mal ein Nein formulieren müssen" stellte der stellvertretende CSU-Parteivorsitzende und zum damaligen Zeitpunkt als Vizepräsident des Europäischen Parlaments amtierende Ingo Friedrich im Februar 2003 an.[1345] Das Veto der CSU-Europagruppe wurde für den Fall angedroht, dass in naher Zukunft keine Bewegung in der Frage der Beneš-Dekrete komme. Der CSU-Europaabgeordnete Joachim Wuermeling bekräftigte im Anschluss die Aussage Friedrichs und forderte eine Distanzierung Tschechiens von der Vertreibung und die Aufhebung der Beneš-Dekrete. Dabei berief er sich auf die in der Vergangenheit mehrfach erfolgten Aufforderungen des Europäischen Parlaments, wobei er die Ergebnisse der Gutachten des Europaparlaments sowie die Entschließung im November 2002 außen vor ließ.[1346] Bei der Vorlage des umfassenden Erweiterungsberichts Ende März 2003 durch Elmar Brok (CDU) sowie des sogenannten Schröder-Berichts über die Tschechische Republik von Jürgen Schröder (CDU) stimmte Bernd Posselt im Auswärtigen Ausschuss

[1341] Vgl. The Prague Post, 02.-08.04.2003, S. 1.
[1342] FAZ, 07.05.2003, „Špidla: Die Beneš-Dekrete gelten", S. 6.
[1343] SZ, 21.06.2003, S. 7; vgl. SZ, 20.06.2003, S. 8.
[1344] Vgl. Münchner Merkur, 23.06.2003, S. 5; FAZ, 03.07.2003, „Prag lehnt „humanitäre Geste für Sudetendeutsche ab", S. 1; Die immer noch bestehenden Spannungen zeigen sich am Widerstand in Tschechien gegenüber der Eröffnung eines sudetendeutschen Verbindungsbüros in Prag im Frühjahr 2003, „Sudeten office sparks controversy", The Prague Post, 02.-08.04.2003, S. 5; Hintergrundgespräch mit dem Leiter des Sudetendeutschen Büros in Prag *Peter Barton* am 17.10.2006.
[1345] Münchner Merkur, „CSU droht mit Veto gegen EU-Beitritt Tschechiens", 24.02.2003, S. 1.
[1346] Vgl. SZ, 10.03.2003, S. 49.

gegen die Entwürfe. Dies begründete er damit, dass ein Änderungsantrag, welcher die Forderungen des Europäischen Parlaments an die Tschechische Regierung zur Aufhebung der Beneš-Dekrete erneuert hätte, zurückgezogen worden war. In der Pressemitteilung, die Posselt als CSU-Europaabgeordneter und Bundesvorsitzender der SL sowohl in Deutschland als auch in Tschechien herausgab, kündigte er weiterhin an, dass sich sowohl die CSU- als auch die CDU-Europaabgeordneten erst unmittelbar vor der Abstimmung am 09. April festlegen wollten.[1347] Er selbst ließ im Rahmen der Eröffnung eines Verbindungsbüros der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Prag zwei Wochen vor der Abstimmung verlauten, gegen den EU-Beitritt Tschechiens zu stimmen, sollte die Tschechische Regierung die Dekrete bis dahin nicht aufheben.[1348]

Am Vorabend der Abstimmung legte sich die gesamte CSU-Europagruppe öffentlich fest und kündigte geschlossen ein Nein an. Zusätzlich zu den 10 Europaabgeordneten eröffneten 9 CDU-Europaparlamentarier, dass sie eine Gegenstimme zumindest in Erwägung zögen.[1349] *Bernd Posselt* sah sich daher schon im Vorfeld der Abstimmung durch große „Rückendeckung" bestätigt, da alle Abgeordneten ihre Entscheidung mit dem Ausbleiben der Aufhebung der Beneš-Dekrete begründeten.[1350] Bei der Abstimmung im Europäischen Parlament stimmten dann alle 10 CSU-MdEP sowie insgesamt 39 Abgeordnete des Europaparlaments gegen den Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union.[1351] Von den CDU-Abgeordneten votierten fünf mit „Nein" bei neun Enthaltungen. Damit erhielt Tschechien das schlechteste Abstimmungsergebnis aller Beitrittsländer. *Bernd Posselt* bewertete dies als „Resultat einer traurigen Entwicklung", die durch eine Aufhebung der Beneš-Dekrete vonseiten der Tschechischen Republik verhindert werden hätte können.[1352] Bereits am Tag der Abstimmung im Europäischen Parlament rechtfertigten die Mitglieder der CSU-Europagruppe öffentlich ihr Verhalten. So erklärte der CSU-Abgeordnete *Markus Ferber* in einem Interview, dass die Entscheidung im Zusammenhang mit der Verantwortung des Freistaats Bayerns als Schirmherr der Sudetendeutschen gesehen werden müsse und eine Reaktion auf die negativen „Signale" aus Tschechien sei. Daher habe man ein Zeichen setzen müssen.[1353] Noch offensiver ging *Bernd Posselt* vor, der sich am 09. April in einem Brief an die tschechische und deutsche Öffentlichkeit wandte und darin seine Beweggründe zur Gegenstimme erklärte. Diese sei

> „ein Protest dagegen, dass es dem tschechischen Staat immer noch nicht gelungen ist, sich von der nationalistischen Erblast der sogenannten Präsidialdekrete, soweit diese die Sudetendeutschen betreffen, und allem, was dazugehört, zu trennen."[1354]

[1347] Vgl. „Posselt sagt Nein", Pressemitteilung der Pressesprecherin von *Bernd Posselt*, *Hildegard Schuster* am 21.03.2003 in deutscher und tschechischer Ausfertigung.
[1348] Vgl. SZ, 26.03.2003, S. 10; Diese Ankündigung in Prag als sudetendeutscher Funktionär nur wenige Tage vor der Abstimmung im EP wurde in Tschechien als Affront aufgefasst, vgl. Hintergrundgespräch mit dem Leiter des Verbindungsbüros der Hanns-Seidel-Stiftung in Prag, *Jindrich Mallota*, am 5. Oktober 2006.
[1349] Vgl. FAZ, 09.04.2003, S. 7.
[1350] PNP, 09.04.2003, S. 6.
[1351] Vgl. Europäisches Parlament, Protokoll der Sitzung vom 09.04.2003, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen, Anlage 2, PE 330.841, S. 21; SZ, 10.04.2003, S. 11.
[1352] FAZ, 10.04.2003, S. 5.
[1353] Augsburger Allgemeine Zeitung, 10.04.2003, S. 3.
[1354] Presseerklärung der Pressestelle *Bernd Posselt* MdEP, vom 09.04.2003, S.1; SZ, 10.04.2003, S. 11.

In den deutschen Medien griff *Posselt* das Abstimmungsverhalten der CSU-Europagruppe in der Folgezeit noch häufiger auf, wobei er mit zunehmendem Abstand zur Abstimmung die Geschlossenheit der CSU sowie die Unterstützung für die sudetendeutschen Anliegen herausstellte.[1355] Gleichzeitig bemühte er sich, die negativen Auswirkungen des Abstimmungsverhaltens auf die deutsch-tschechischen sowie bayerisch-tschechischen Beziehungen abzuwerten und die Spannungen wieder zu entschärfen. Dazu griff er die erfolgten Annäherungsversuche der tschechischen Regierung auf.[1356] In seiner Funktion als Bundesvorsitzender auf den Sudetendeutschen Tagen 2003 und 2004 betonte *Posselt* zwar ebenfalls, dass die Sudetendeutsche Landsmannschaft keine Konfrontation mit Tschechien anstrebe, stellte aber dennoch fest, dass sich sowohl die SL als auch die CSU weiterhin für die Aufhebung der Beneš-Dekrete einsetzen würden und sich an der Haltung von Partei und Verband nichts ändern würde.[1357]

Die CSU-Landesgruppe wurde in der Phase der Abstimmung über die EU-Osterweiterung in der parlamentarischen Arena des Deutschen Bundestages ausschließlich gemeinsam mit der CDU in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion tätig. Hier war der Bestand einer übergreifenden Verbindung zwischen Union und den Vertriebenenverbänden hilfreich, um die Unterstützung der gesamten Unions-Fraktion für die Ziele der CSU-Landesgruppe zu erhalten. Im März 2003 thematisierte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Problematik der Beneš-Dekrete im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung ausführlich in einer Kleinen Anfrage an die Bundesregierung, in der trotz allgemeiner Titulierung „Offene Fragen zum Rechtsbeistand der Beitrittsländer" ausschließlich die Rechtslage in Bezug auf die Tschechische Republik angesprochen wurde.[1358] In der Abstimmung im Deutschen Bundestag am 03. Juli 2003 wurde im Gegensatz zum Europäischen Parlament einheitlich über den Beitritt aller zehn Beitrittskandidaten abgestimmt, sodass sich für die CDU/CSU in diesem Fall die Möglichkeit verschloss, explizit gegen den Beitritt Tschechiens zu stimmen, ohne nicht auch gleichzeitig den Beitritt aller Kandidatenstaaten abzulehnen. Dies war aufgrund der positiven Grundeinstellung sowohl der CDU als auch der CSU zur Europäischen Integration und EU-Osterweiterung aber nicht umsetzbar.

Dennoch versuchte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Abstimmung im Deutschen Bundestag mittels eines Entschließungsantrages direkt mit der Forderung nach Aufhebung der Beneš-Dekrete zu verbinden. Im Antrag machte die Fraktion ihre grundsätzliche Unterstützung der EU-Osterweiterung sowie des EU-Beitritts aller Kandidaten einschließlich der Tschechischen Republik deutlich,[1359] wiederholte aber ihre Forderung, die „Dekrete abzu-

---

[1355] Vgl. PNP, 21.04.2003, „Unrecht bleibt Unrecht", S. 5; Nünberger Zeitung, 06.06.2003, S. 7.

[1356] Vgl. „Posselt: Positiver Schritt Prags wird von Sudetendeutschen begrüßt", Pressemitteilung der Pressestelle *Bernd Posselt*, MdEP, vom 20.06.2003; „Posselt: Prager Versöhnungsschritte nicht zerreden", Pressemitteilung der Pressestelle *Bernd Posselt*, MdEP, vom 30.06.2003.

[1357] Vgl. FAZ, 10.06.2003, S. 4; SZ, 01.06.2004, S. 5.

[1358] Kleine Anfrage der Abgeordneten *Wolfgang Bosbach*, *Erwin Marschewski* (Recklinghausen), *Christa Reichard* (Dresden), *Martin Hohmann*, *Matthias Sehling*, Dr. *Angela Merkel*, *Michael Glos* und der Fraktion der CDU/CSU: Offene Fragen zum Rechtsbestand der Beitrittsländer vor dem Hintergrund der Osterweiterung der Europäischen Union, Deutscher Bundestag 15. Wahlperiode, BT-Drucksache 15/701vom 17.03.2003.

[1359] Vgl. Entschließungsantrag der Abgeordneten *Wolfgang Bosbach*, *Erwin Marschewski* (Recklinghausen), *Hartmut Koschyk*, *Erika Steinbach* und der Fraktion der CDU/CSU zur Schlussabstimmung des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik u.a. zur Europäischen Union vom 02.07.2003, Deutscher Bundestag 15. Wahlperiode, BT-Drucksache 15/1359, S. 2.

schaffen bzw. für nichtig zu erklären“ und forderte die Bundesregierung auf, „insbesondere mit der Tschechischen Republik über die Aufhebung der Vertreibungs- und Entrechtungsdekrete sowie Straffreistellungsgesetze zu verhandeln“.[1360] Fraktions- und landesgruppenintern war eine Diskussion der Positionierung von CDU und CSU dabei nicht notwendig, da auf die bekannten Haltungen zurückgegriffen wurde:[1361] „Die Reaktion in der CSU-Landesgruppe erfolgte automatisch. Unsere Haltung hatte sich ja nicht verändert und das Thema war gesetzt“,[1362] erläutert dazu ein Mitglied der CSU-Landesgruppe. Ein weiteres Mitglied der CSU-Landesgruppe stellt dazu fest:

> „Im Vorfeld der Abstimmungen zur EU-Osterweiterung war nach meiner Wahrnehmung kein ausgeprägtes Lobbying der Vertriebenenverbände zu verzeichnen. Auch für die Sudetendeutsche Landsmannschaft bestand keine Notwendigkeit, besonders nachdrücklich aufzutreten, da ihre Anliegen in CSU und CDU hinlänglich bekannt waren und vertreten wurden.“[1363]

Der Vorsitzende der AG Vertriebene und Flüchtlinge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Erwin Marschewski* (CDU) griff im Zusammenhang mit dem Antrag nochmals die Forderung nach der Abschaffung der Dekrete auf.[1364] Dieser wurde von der Mehrheit aus SPD und Grünen im Deutschen Bundestag ebenso wie ein weiterer Antrag der Union, der eine Abstimmung mit 2/3-Mehrheit über die EU-Osterweiterung vorsah, abgelehnt.[1365] Die Funktion der Anträge bestand für die CDU und die CSU angesichts der absehbaren Ablehnung durch die Mehrheitsfraktionen im Bundestag vor allem darin, die Abschaffung der Beneš-Dekrete trotz der Zustimmung zur EU-Osterweiterung öffentlich deutlich zu machen.[1366] In der Abstimmung über den Beitritt der 10 Beitrittskandidaten am 03. Juli 2003 stimmten schließlich 575 von 580 anwesenden Bundestagsabgeordneten mit „Ja“, während mit dem CSU-MdB *Wolfgang Zöller* nur ein Abgeordneter dagegen stimmte und sich vier enthielten.[1367]

Da der Bayerische Landtag nicht direkt an den Abstimmungen zur EU-Osterweiterung und zum EU-Beitritt der Tschechischen Republik beteiligt war, konnten sich die Aktivitäten der CSU-Landtagsfraktion nur auf die Thematisierung der Problematik und die Unterstützung der anderen aktiven Subakteure beziehen. Schon 2002 hatte die CSU-Fraktion der Bayerischen Staatsregierung in einem Antrag ein Mandat dafür erteilt, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung auszuschöpfen, um die Aufhebung der Beneš-Dekrete zu erreichen. *Johann Böhm* würdigte das ablehnende Votum

---

[1360] Ebd.
[1361] Übereinstimmende Aussage in mehreren Hintergrundgesprächen mit CSU-Bundestagsabgeordneten.
[1362] Hintergrundgespräch mit Dr. *Andreas Scheuer* (CSU), MdB, in Regensburg, 22.07.2009.
[1363] Hintergrundgespräch mit *Stephan Mayer*, MdB, Stv. Vorsitzender der UdV und der AG Vertriebene der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Präsidiums des BdV, in Schwandorf am 08.05.2009.
[1364] „Osterweiterung ist ein epochales Ereignis – Vertreibungsdekrete abschaffen“, Pressemitteilung von *Erwin Marschewski*, MdB vom 02.07.2003.
[1365] Vgl. FAZ, 04.07.2003, S. 1.
[1366] Welche Wirkung die Initiative in Tschechien erzielte, belegt ein Brief des Fraktionsvorsitzenden der KDU-ČSL, der christlich-konservativen Kooperationspartei der CDU in der Tschechischen Republik, an die Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Dr. *Angela Merkel* im Vorfeld der Bundestagsabstimmungen, in dem er an *Merkel* appelliert, „diesen Schritt nochmals zu überdenken“, Brief von *Jaromir Talíř*, Fraktionsvorsitzender KDU-ČSL an Dr. Angela Merkel am 03.07.2003, schriftliche Mitteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 16.10.2006.
[1367] Vgl. SZ, 04.07.2003, S. 6; Protokoll der 56. Sitzung des Deutschen Bundestages am Donnerstag, dem 3. Juli 2003.

der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament als Präsident des Bayerischen Landtags als „konsequent".[1368] Das Verhalten der tschechischen Regierung bezeichnete er als unverständlich und hob hervor, dass auch nach dem EU-Beitritt die Problematik der Vertreibung und der Beneš-Dekrete weiter thematisiert werden müsse.[1369] In seiner Funktion als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft wandte sich *Johann Böhm* vor den Abstimmungen auf Bundes- und europäischer Ebene mit einer Rechtsverwahrung ferner an Bundeskanzler *Gerhard Schröder*, verwies auf die bestehenden Rechtsunsicherheiten sowie Forderungen der Sudetendeutschen und kündigte an, dass die Landsmannschaft „auch in Zukunft alles daran setzen [werde], die Rechte der Vertriebenen und ihrer Nachkommen zu wahren und durchzusetzen."[1370]

Im Vorfeld der Abstimmungen im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag wiederholte *Edmund Stoiber* als CSU-Parteivorsitzender und Bayerischer Ministerpräsident seine Kritik am Festhalten der Tschechischen Republik an den Beneš-Dekreten. Diese seien „völkerrechtswidrig" und deren Fortbestand stelle eine Gefahr für die Europäische Integration dar, so der Ministerpräsident.[1371] Des Weiteren ordnete *Stoiber* die Auseinandersetzungen um die Dekrete als primär europäisches Problem ein, dessen Lösung auch nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen weiter gesucht werden müsse.[1372] Kurz vor dem Sudetendeutschen Tag, den *Stoiber* dazu nutzte, die Bundesregierung wegen ihrer Europapolitik scharf anzugreifen, kündigte er eine Initiative im Bundesrat an, der die Zustimmung des Bundestages zur EU-Osterweiterung mit Zweidrittelmehrheit bestätigen musste.[1373] Der Antrag des Freistaates Bayern sah vor, die Stellungnahme des Bundesrates um eine Erinnerung an die Aufforderung des Europäischen Parlamentes von 1999 zu ergänzen, dass die Beneš-Dekrete aufzuheben seien.[1374] Dabei wurde zwar der Wortlaut der Aufforderung des Parlaments von 1999 exakt übernommen, die Ergebnisse der Gutachten und die Entschließung des Europaparlaments von 2002 jedoch mit keinem Wort erwähnt. Die Ergänzung wurde in die abschließende Stellungnahme des Bundesrates aufgenommen, sodass die Forderung nach Abschaffung der Beneš-Dekrete letztendlich offizieller Bestandteil der Stellungnahme Deutschlands zur EU-Osterweiterung wurde.[1375] Daher stimmte auch Bayern bei der Abstimmung des Bundesrates am 11. Juli 2003, in der wie im Bundestag zuvor in einem Wahlgang über alle Kandidatenländer abgestimmt wurde, für den EU-Beitritt Tschechiens.[1376] Auch nach dem Beitritt der Tschechischen Republik hielt *Stoiber*

[1368] Fränkischer Tag, 12.04.2003, S. 7.
[1369] Vgl. FAZ, 10.06.2003, S. 4.
[1370] „Rechtsverwahrung des Sprechers der Sudetendeutschen Johann Böhm anläßlich der Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Gerhard Schröder, am 4.2.2003", in: *Habel*, 2003, S. 1455 f.
[1371] SZ, 10.06.2003, S. 1.
[1372] Die WELT, 10.06.2003, S. 4.
[1373] Vgl. Die WELT, 31.05.2003, S. 7.
[1374] Vgl. Antrag des Freistaates Bayern vom 20.06.2003, Bundesrat, Drucksache 300/2/03, online abgerufen unter: http://www.bundesrat.de/cln_051/nn_8336/SharedDocs/Drucksachen/2003/0301-400/300-2-03,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/300-2-03.pdf [11.04.2007].
[1375] Stellungnahme des Bundesrates vom 20.06.2003, Bundesrat, Drucksache 300/03, online abgerufen unter: http://www.bundesrat.de/cln_051/nn_8336/SharedDocs/Drucksachen/2003/0301-400/300-03_28B_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/300-03(B).pdf [11.04.2007].
[1376] Deutscher Bundesrat, Stenografischer Bericht der 790. Sitzung vom 11.07.2003, S. 219, online abgerufen unter: http://www.bundesrat.de/cln_099/nn_44010/SharedDocs/Downloads/DE/Plenarprotokolle/2003/Plenarprotokoll-790,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Plenarprotokoll-790.pdf [31.10.2009].

die Forderung nach Abschaffung der Dekrete aufrecht. So machte er im Juni 2004, einen Monat nach der Erweiterung, deutlich, dass er nach wie vor bis zu deren Streichen ein Besuchsprogramm im Nachbarland Tschechien ablehnen werde.[1377] Die Koalition mit den Sudetendeutschen bekräftigte er bei den sudetendeutschen Großveranstaltungen: So betonte er auf dem Sudetendeutschen Tag in Nürnberg erneut, dass mit den Beneš-Dekreten kein gemeinsames Europa aufgebaut werden könne.[1378] Das 50jährige Jubiläum der Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen diente der „Erneuerung des Patenschaftsvertrages".[1379] In diesem Rahmen versprach *Stoiber*, das Ziel der Aufhebung der Beneš-Dekrete weiter nachdrücklich zu verfolgen. So versicherte er, in dieser Frage „nicht locker lassen"[1380] zu wollen und forderte von der tschechischen Regierung, auf die Sudetendeutschen zuzugehen.[1381]

Bei den Mitgliedern der Staatsregierung wurden in diesem Zeitabschnitt Vertreter des Sozialministeriums, der Staatskanzlei sowie des Kultusministeriums tätig. Diese unterstützten ähnlich wie die CSU-Landtagsfraktion die Haltung und die Aktivitäten der anderen Subakteure. Sozialministerin *Christa Stewens*, die in regelmäßigen Abständen bei Veranstaltungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft auftrat, stellte wenige Wochen vor der Abstimmung über die EU-Osterweiterung im Europaparlament bei der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München die Bedeutung der Beneš-Dekrete im Europäischen Einigungsprozess heraus. Die Forderung nach Aufhebung der Dekrete müsse bei den Diskussionen um die EU-Erweiterungen stärker verdeutlicht und umgesetzt werden, so *Stewens*.[1382] Die ablehnende Haltung der Staatsregierung vertrat nahezu zeitgleich Kultusministerin *Monika Hohlmeier* bei einer Feier zum „Tag der Selbstbestimmung" vor Angehörigen von Vertriebenenverbänden in München:

> „Wenn die Beneš-Dekrete nach dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik fortbestehen, verliert die Europäische Union ihren Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit."[1383]

Eine knappe Woche vor der Abstimmung im Europäischen Parlament kündigte Staatskanzleichef *Erwin Huber* bei einer Landesdelegiertentagung der Schlesier an, dass sich zahlreiche deutsche Europaabgeordnete gegen einen EU-Beitritt Tschechiens aussprechen würden, „sollte sich die Tschechische Republik nicht von den Beneš-Dekreten lossagen."[1384] Als symbolisches Zeichen gerade vor dem Hintergrund der Weigerung *Stoibers* zu Gesprächen in Tschechien kann der Besuch von Sozialministerin *Stewens* im Sudetendeutschen Büro in Prag im Herbst 2004 gewertet werden, bei dem sie der SL die Unterstützung der CSU und der Bayerischen Staatsregierung zusicherte und die positive „Mittlerrolle" der Landsmannschaft hervorhob.

[1377] Vgl. FAZ, 01.06.2004, S. 2.
[1378] Vgl. FAZ, 01.06.2004, S. 1.
[1379] Bayerische Staatszeitung, 04.06.2004, S. 1.
[1380] Ebd.
[1381] Vgl. FAZ, 04.11.2004, S. 8.
[1382] Vgl. SZ, 10.03.2003, S. 40.
[1383] Münchner Merkur, 10.03.2003, S. 9.
[1384] Straubinger Tagblatt, 31.03.2003, S. 8.

10.3.5 Aktivitäten der Vertriebenenverbände im Überblick

Neben dem Auftreten von Vertriebenenfunktionären als Akteure von CSU und CDU lässt sich die Aktivität der sudetendeutschen Verbandsführungen im Untersuchungszeitraum in breiterer Perspektive in zwei verschiedene, sich ergänzende Bereiche einteilen. Zum einen machten sie in nahezu allen öffentlichen Großveranstaltungen ihre enge Bindung an den Freistaat Bayern und das „hervorragende Verhältnis zum Partner CSU" deutlich und unterstrichen in Beschlüssen, Entschließungen und Erklärungen ihre bekannten Anliegen. Wie beim Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag nahmen sie jedoch regelmäßig ihre Koalitionspartner CSU und CDU in die Pflicht und forderten deren Unterstützung ein.[1385] Die Verteilung der Sympathien zeigte sich regelmäßig bei den Sudetendeutschen Tagen, an denen die im Vergleich zur Union selten anwesenden Vertreter der Bundesregierung wie Innenminister *Otto Schily* oder die Staatssekretärin *Cornelie Sonntag-Wolgast* mit Buhrufen und Pfiffen bedacht wurden, während vor allem die CSU-Vertreter im Gegenzug frenetisch bejubelt wurden.[1386] Mit der Kanzlerkandidatur *Edmund Stoibers* für CDU und CSU nahm die öffentliche Unterstützung durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft nochmals zu. Hatte sich der BdV zuvor bereits stets mit eindeutigen Empfehlungen für die Unionsparteien zu Wort gemeldet, so veröffentlichte er im Wahlkampf 2002 die Antworten der Parteien zum Umgang mit den Vertreibungsdekreten im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung. Dabei wurde die Absicht der SPD, wie „alle ihre Vorgängerregierungen" kein Junktim zwischen der Aufhebung der Dekrete und der EU-Erweiterung zu setzen, dem klaren Bekenntnis von CDU und CSU „für eine schnellstmögliche Aufhebung" der Dekrete gegenübergestellt.[1387] Neben der grundsätzlichen Unterstützung für die CSU meldete sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft auch in den politischen Auseinandersetzungen zu den Beneš-Dekreten für die CSU zu Wort. So verteidigte der damalige Sprecher und Vorsitzender der SL, *Franz Neubauer* 1998 *Edmund Stoiber* und *Theo Waigel* nachdrücklich gegen Kritik des Außenministers *Klaus Kinkel* (FDP) an der Forderung nach Aufhebung der Dekrete.[1388]

Flankierend zur Unterstützung für die CSU äußerte die SL in regelmäßigen Abständen zum anderen heftige Kritik an der Bundesregierung. So drohte *Franz Neubauer* der rotgrünen Bundesregierung in Reaktion auf die erfolgte Annäherung an die Tschechische Republik 1999 wiederholt mit Klagen.[1389] Die Beilegung der deutsch-tschechischen Differenzen über die Bewertung von Vertreibung, Enteignung Sudetendeutscher sowie Entschädigungen zwischen Bundeskanzler *Schröder* und dem tschechischen Minister-

[1385] FAZ, 01.06.2004, S. 1, vgl. zu zahlreichen Entschließungen und Erklärungen der SL: „Entschließung der Bundesversammlung der SL", 24.03.2001, in: *Habel*, 2003, S. 1367 f. In dieser Entschließung wurde die der „dankenswerte" Einsatz des Schirmlandes Bayern der Bundesregierung und dem Bundestag, das „endlich" die klare Haltung des Europäischen Parlamentes übernehmen solle, gegenübergestellt; „Erklärung des Sudetendeutschen Rates. Zur aktuellen Situation", 22.04.2002, in: *Habel*, 2003, S. 1407 f; „Entschließung der Bundesversammlung der SL: Wiederherstellung der Rechte aller Sudetendeutschen", 01.12.2002, in: *Habel*, 2003, S. 1449 ff.
[1386] Vgl. SZ, 05.06.2001, S. 6; SZ, 21.05.2002, S. 2.
[1387] Vgl. SdZ, 02.08.2002, S. 3 f.
[1388] Vgl. FAZ, 04.06.1998, S. 5.
[1389] Vgl. Die WELT, 22.02.1999, „Sudetendeutsche Vertriebene prüfen Sammelklage gegen Regierung"; vgl. SZ, 22.02.1999, S. 5; SZ, 25.05.1999, S. 8; SZ, 06.07.1999, S. 5.

präsidenten *Zeman* ordneten die Vertriebenen als Preisgabe ihrer Ansprüche ein.[1390] Daher brachte der Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Juli 1999 eine Klage auf den Weg, mittels derer die Bundesregierung unter Druck gesetzt werden sollte.[1391] Der Schwerpunkt der Kritik lag auf dem Vorwurf, dass die Bundesregierung die Interessen von deutschen Bürgern vernachlässige und griff die allgemeine EU-skeptische Stimmung auf. So kritisierte die SL den Bundeskanzler für die „vorbehaltlose"[1392] Unterstützung des tschechischen EU-Beitritts, die soweit gehe, dass die Anliegen der Vertriebenen aktiv „bekämpft"[1393] würden. Durch das Zusammenspiel aus Unterstützung für die CSU, Verteidigung der Christsozialen gegen Angriffe und gezielte Kritik an der Bundesregierung, das im Grundsatz über den gesamten Untersuchungszeitraum unverändert blieb, wirkte die Landsmannschaft stabilisierend auf das Netzwerk, dessen Rollenverteilung über den gesamten Untersuchungszeitraum gleich blieb.

10.4 Zwischenfazit

Der Spagat zwischen der Verpflichtung als Anwalt und Patron der Vertriebenen auf der einen und der deutschen Rolle als genereller Fürsprecher der mittelosteuropäischen Beitrittskandidaten auf der anderen Seite erwies sich für die CSU trotz ihrer nationalen Oppositionsrolle als große Herausforderung, deren Spannungsbogen im unterschiedlichen Abstimmungsverhalten in den unterschiedlichen Arenen deutlich wurde. Stand der Beitritt der Tschechischen Republik einzeln zur Abstimmung wie im Europaparlament, so setzten die CSU-Parlamentarier in Straßburg mit ihrem Nein ein deutliches Zeichen, dies jedoch immer im Bewusstsein, dass das Votum als Ganzes im Parlament dennoch ungefährdet blieb.[1394] Die Mehrheitsverhältnisse waren auch im Bundestag und Bundesrat eindeutig, sodass die Ratifikation der Beitrittsgesetze auch in diesen Fällen nicht in Gefahr war. Dort wurde jedoch ein Votum über alle Kandidaten in einem Wahlgang und damit über die EU-Erweiterung im Gesamten abgegeben. Hier konnten sich die Christsozialen nicht verweigern und verhalfen im Parlament zu überwältigenden Ergebnissen für die Aufnahme der neuen Mitgliedsstaaten, einschließlich Tschechiens. Eine Analyse allein hinsichtlich des auf den ersten Blick ambivalenten Abstimmungsverhaltens würde der Sondersituation der EU-Osterweiterung ebenso wenig gerecht, wie das Fallbeispiel ohne Berücksichtigung der speziellen Rahmenbedingungen mit dem Prager Vertrag oder dem Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag zu vergleichen ist. So brachte der EU-Osterweiterungsprozess sowohl eine Europäisierung als auch eine Gleichzeitigkeit und Verknüpfung der Verhandlungen mit allen Beitrittskandidaten mit sich, die den Handlungs-

[1390] Vgl. FAZ, 09.03.1999, „Bonn und Prag legen den Streit über Vertreibung und Entschädigungsforderungen bei"; SZ, 10.03.1999, „Vertriebene sehen Preisgabe von Ansprüchen"; Die WELT, 11.03.1999, „Vertriebenenverbände planen Klage gegen Regierung".
[1391] Vgl. „Der Bundesvorstand der SL: Rechtliche Klagen zur Vertretung der Anliegen der Sudetendeutschen", 05.07.1999, in: *Habel*, 2003, S. 1315 f.
[1392] FAZ, 12.05.2000, S. 5.
[1393] „Bundesregierung bekämpft Anliegen der Vertriebenen", SZ, 13.06.2000, S. 5.
[1394] Nach Einschätzung des früheren Bayerischen Europaministers *Eberhard Sinner*, MdL, besteht die Möglichkeit, dass die Abstimmung anders verlaufen wäre, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse anders dargestellt hätten bzw. die Stimmen der CSU etwas am Gesamtergebnis verändert hätten; Hintergrundgespräch mit *Eberhard Sinner*, MdL, Bayerischer Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten a.D., in München am 04.03.2009.

spielraum sowohl für die Bundesregierung als auch die Parteien- und Verbändelandschaft generell einschränkten. Gerade vor diesem Hintergrund spielte jedoch die Symbolik des Widerstandes der CSU, der sich nahezu ausschließlich gegen Tschechien richtete für die deutsch-tschechischen Beziehungen eine wichtige Rolle, die auf allen Ebenen wahrgenommen wurde und sich nachhaltig belastend bis in die kommunale deutsch-tschechische Zusammenarbeit auswirkte.[1395]

Als entscheidend für das Verhalten der CSU und den offensichtlich weiterhin überaus großen Einfluss der Vertriebenen bzw. insbesondere der Sudetendeutschen Landsmannschaft auf die christsoziale Tschechienpolitik erwiesen sich, wie im voranstehenden Fallbeispiel nachgezeichnet werden konnte, erneut die Mechanismen des Netzwerkes zwischen beiden Akteuren. Die systematische Analyse der *Rahmenbedingungen*, des *Akteursverhaltens* und der *Wechselwirkungen ihrer Interaktionen* bieten wiederholt Aufschlüsse hinsichtlich der weiteren prozessualen Entwicklung des Netzwerkes in komparativem Blickwinkel: Während sich die politischen Rahmenbedingungen des Netzwerks mit der Europäisierung sowie der Oppositionsrolle der Union auf Bundesebene ab 1998 im Vergleich zum vorhergehenden Fallbeispiel veränderten, blieb die Verbindung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft mit seinem hohen Institutionalisierungs- und Verflechtungsgrad stabil bestehen. Auch die weiteren Charakteristika wie die im Vergleich geringere Ausprägung der Verbindung zwischen Union und Vertriebenenverbänden oder die Alternativlosigkeit der Koalition für die Vertriebenen bzw. die Distanz zu den anderen Parteien war nach wie vor existent, ebenso wie regelmäßige Erinnerung von CDU und CSU an ihre Verpflichtungen gegenüber den Vertriebenen. Dies fand jedoch in geringerem Maß als bei früheren Fallbeispielen wie dem Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag statt.

Kontroverse interne Diskussionen wurden in der CSU ebenfalls kaum geführt, wie ein Mitglied der Bayerischen Staatsregierung erläutert:

> „Aufgrund der Historie zwischen Bayern und Sudetendeutschen hat sich eine besonders enge Verbindung auch zwischen CSU und Sudetendeutschen entwickelt. Daher war im Vorfeld der EU-Osterweiterung auch kein größerer Druck der Vertriebenen auf die CSU notwendig.“[1396]

Das klar strukturierte, klientelistisch geprägte Tauschsystem, welches sich entwickelt hatte und durch das sogar die generelle programmatische Ausrichtung der CSU als Befürworter der EU-Osterweiterung im speziellen Fall der Tschechischen Republik zum Teil verdrängt wurde, bestand im Grundsatz weiter: Während die CSU mit allen Subakteuren und auf allen Ebenen die Interessen der Sudetendeutschen Landsmannschaft vertrat, erfuhr sie im Gegenzug von der SL Unterstützung in Form von öffentlicher Zustimmung sowie Angriffen gegen die politische Gegnerschaft der CSU. Innerhalb des Systems ist entsprechend den veränderten Rahmenbedingungen ein Wandel zu beobachten: So kam der CSU-Europagruppe gerade im Vergleich zu den anderen parlamentarischen Teilgruppen im Bundes- und Landtag erheblich gesteigerte Bedeutung zu. Die Rolle als „Sprachrohr“ der Vertriebenen- und noch stärker der sudetendeutschen Interessen auch in der Union nahm

[1395] So ein Mitglied der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in einem Hintergrundgespräch.
[1396] Hintergrundgespräch mit *Emilia Müller*, zwischen 2005 und 2007 sowie seit 2008 Bayerische Staatsministerin für Europa- und Bundesangelegenheiten, in Regensburg am 04.06.2009. Mehrere weitere Mitglieder der CSU-Landtagsfraktion sowie der CSU-Landesgruppe im Bundestag hatten dies bestätigt, vgl. Kapitel 7.3.

die CSU nun endgültig und fast selbstverständlich ein, stellte sie mit *Bernd Posselt*, *Johann Böhm* sowie *Edmund Stoiber* auch personell die herausragenden Identifikationsfiguren aus sudetendeutscher Sicht.

Abermals kann in den Mechanismen des Policy-Netzwerkes eine Rollenverteilung der CSU-Subakteure festgestellt werden: Den größeren Handlungsspielraum hatten die CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament sowie der in der Person *Edmund Stoiber* fast durchgehend zusammengefasste Akteur Bayerische Staatsregierung und CSU-Parteivorsitz. Hier übernahm die CSU-Europagruppe die Funktion der Thematisierung der Policy auf europäischer Ebene und leistete damit für die Bundes- und Landesebenen inhaltliche Vorarbeit. Besondere Bedeutung erhielt die CSU-Europagruppe durch die Einzelabstimmung des Europäischen Parlaments über die EU-Osterweiterung, welche das gezielte „Nein" gegen Tschechien erst ermöglichte. Der Subakteur Bayerische Staatsregierung nutzte die Möglichkeiten als Landesregierung im Bundesrat, den bilateralen Kontakten sowie der öffentlichen Darstellung aus, um aktiv tätig zu werden und sogar die Positionierung der Bundesregierung in der abschließenden Stellungnahme zu beeinflussen. Der Parteivorsitz erfuhr vor allem im Zug der Kanzlerkandidatur *Edmund Stoibers* 2002 in Wahrnehmung und Wirkung eine Stärkung. Die beiden Subakteure CSU-Landesgruppe im Bundestag und CSU-Landtagsfraktion konnten im Vergleich weniger gestaltend und aktiv tätig werden. Daher übernahmen sie die Funktion der Thematisierung und der öffentlichen Unterstützung der anderen Akteure. Ein Muster, das in den vorangegangenen Fallstudien bereits festgestellt worden war, trat erneut auf: So brachte die CSU mit der Unionsfraktion Entschließungsanträge ein, um auf ihre Argumentation hinzuweisen. Als entscheidend für die Optimierung des Einflusses des Verbandes auf das Verhalten der Partei innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen und den Zugang zu den parteiinternen Entscheidungsträgern erwies sich das Zusammenspiel aller Subakteure im Netzwerk. Darüber hinaus lassen sich weitere Schlussfolgerungen zu Rahmenbedingungen, Akteuren und Wechselwirkungen festhalten:

- Die in Deutschland und Tschechien jeweils im gleichen Jahr stattfindenden Wahlkämpfe erhöhten die Aufmerksamkeit für historische bilaterale Problemlagen wie den Fortbestand der Beneš-Dekrete. Die Kanzlerkandidatur von *Edmund Stoiber* 2002 verstärkte diesen Effekt nochmals.
- Das Europäische Parlament sowie der Subakteur CSU-Europagruppe mit *Bernd Posselt* in seiner Mehrfachfunktion nehmen durch die Europäisierung der Policy eine Sonderrolle ein.
- Das übergeordnete Netzwerk aus Union und den Vertriebenenverbänden wirkte auf Bundes- und Europaebene unterstützend.

11 Resumée und theoretische Schlussfolgerungen

Nach der empirisch-praktischen Analyse kann im Folgenden der Bogen zum theoretischen Ausgangspunkt, der zentralen Fragestellung zur Persistenz von Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden trotz abnehmender Bedeutung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe, zurückgespannt und damit der Kreis der vorliegenden Studie geschlossen werden. So werden zum einen die These, Hypothesen sowie das Variablenset, welche in der Theoriesynthese erarbeitet wurden, den Ergebnissen der empirischen Analysen der Kapitel 5 bis 10 gegenübergestellt und auf ihre Validität überprüft. Zum anderen können das variierte Vier-Phasen-Modell für klientelistische Netzwerke anhand des dreiteiligen Analyserahmens auf den Prüfstand gestellt und so die theoretischen Annahmen hinsichtlich Eigenschaften, prozessualer Entwicklung und Wirkung sowie der Wirkung von Hintergrundvariablen zur Netzwerkpersistenz bewertet werden. In einem nächsten Schritt sollen jeweils theoretische Schlussfolgerungen zur Entwicklung von Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden bei Veränderung der Sozialstruktur gewonnen werden. Um Redundanzen nach Möglichkeit zu vermeiden, wird auf eine zu ausführliche Wiederholungen der Zwischenfazits verzichtet und werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen zunächst in einem kurzen Überblick zusammengefasst, um in nächsten Schritten die Thesen und das Variablenset sowie das Phasenmodell zu überprüfen und abstrahiert fortzuentwickeln. Bei der Abstrahierung werden Spezifika des christsozial-sudetendeutschen Verhältnisses gefiltert und bleiben außen vor, um eine Verallgemeinerung zu ermöglichen.

Folgende zentrale Fragen sollen als „Leitplanken“ des Erkenntnisinteresses rekapituliert werden: Trifft die zentrale These auf den vorliegenden Fall zu? Ersetzt das Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft im Zeitverlauf die strukturelle Fundierung der Koalition und ermöglicht dies die Fortführung der engen Verbindung? Hat sich ein klientelistisches Netzwerk entwickelt, und wenn ja, in welchen Ausprägungen? Welche Rolle spielte dabei die Entwicklung der sozialen Gruppe der Vertriebenen; findet im Zeitverlauf eine Entkoppelung zwischen Akteurs- und Strukturebene statt? Erfährt der Verband dabei eine Stärkung im Netzwerk? Begünstigen die Außenwahrnehmung, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Traditionen sowie fehlende Alternativmöglichkeiten den Fortbestand des Netzwerks? Welche Drittvariablen haben besonders große Wirkung entfaltet, welche weniger große? Lässt sich das modifizierte Vier-Phasen-Modell auf den vorliegenden Fall anwenden? Und schließlich: Welche allgemeinen Schlussfolgerungen lassen sich jeweils ziehen?

11.1 Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse der Studie

Jeweils für sich fassen die Zwischenfazits der Unterkapitel im Zusammenhang des jeweiligen Abschnitts die Quintessenz zusammen und geben Antworten auf die Unterfragen zur sozialen Klientel, zum Netzwerk selbst und der Wechselwirkung der Interaktionen innerhalb dessen sowie zur Bedeutung der Rahmenbedingungen. Im größeren Kontext der Studie tragen die einzelnen Bausteine zu einem Gesamtbild bei.

Ausgangspunkt der empirischen Analyse stellte die *Entwicklung der sozialen Gruppe* der Vertriebenen im Allgemeinen sowie der Sudetendeutschen im Speziellen dar (Kapitel 5). Zwei Annahmen für das Verhältnis von Parteien, Verbänden und sozialen Gruppen wurden dabei zugrunde gelegt: So wurde die Bedeutung einer sozialen Gruppe für eine Partei dann als schwindend begriffen, wenn die Anzahl ihrer mobilisierbaren Mitglieder sowie ihr innerer Zusammenhalt und damit die Prägekraft der Gruppenmitgliedschaft für die Wahlentscheidung des Einzelnen abnehmen. Der quantitativen und qualitativen Dimension dieser Hypothesen wurde in einer Analyse der Bevölkerungsdaten sowie des Integrationsgrades der Vertriebenen Rechnung getragen. Die gemeinsame Betrachtung der Ergebnisse lieferte folgende Erkenntnisse: So steigen die absoluten Zahlen an Vertriebenen zwar im Zeitverlauf an, die Berechnungen werden jedoch zunehmend ungenauer, sodass die tatsächlich mobilisierbaren potenziellen Gruppenmitglieder immer diffiziler zu erfassen sind. Während das Mobilisierungspotenzial demnach immer schwieriger eindeutig festzustellen ist, nahm die Mobilisierungsfähigkeit und Prägekraft der sozialen Gruppe aufgrund der fortschreitenden Integration in all seinen Facetten und Auswirkungen beständig ab. Die reale Anzahl derjenigen, die sich aktiv als Sudetendeutsche, Vertriebene bzw. Angehörige dieser sozialen Gruppe einordnen, nimmt im Zeitverlauf und äquivalent zur voranschreitenden Integration beständig ab. Aufschlussreich ist zudem, dass auch bei denjenigen, die sich selbst als Sudetendeutsche bzw. Vertriebene einordnen, eine zunehmende Diskrepanz in ihren Zielsetzung und ihrer Wahrnehmung von der Verbandsführung festzustellen ist. Die Akzeptanz der Vertretungsfunktion des Verbandes durch die ohnehin abnehmende Anzahl an Gruppenmitgliedern erfolgt immer weniger aus politischen, sondern zunehmend aus kulturellen Gesichtspunkten. Für eine Partei bzw. im vorliegenden konkreten Fall die CSU konnte damit insgesamt eine immer geringere Bedeutung der sozialen Gruppe konstatiert werden.

Vor dem Hintergrund dieser sozialstrukturellen Veränderungsprozesse wurden im Anschluss die grundlegenden *Entwicklungslinien der Interessenkoalition* zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft unter Berücksichtigung von Union und Vertriebenenverbänden nachgezeichnet (Kapitel 6). Dabei wurde das christsozial-sudetendeutsche Netzwerk als spezielle, stärker ausgeprägte Variante der übergreifenden Verbindung zwischen CDU/CSU und den Vertriebenenverbänden identifiziert, das den großen sudetendeutschen Einfluss auf die christsoziale Tschechien- bzw. Tschechoslowakeipolitik erklärt. Bei einer Unterteilung in vier unterschiedliche Entwicklungsphasen einer Annäherung (1945-1960), der Netzwerkformierung (1960-1975), der Stabilität (1975-1990) und der Persistenz (nach 1990) wurde deutlich, dass die Bildung der exklusiven Verbindung kein von Beginn an determinierter Automatismus war, sondern sich letztlich im Zug der neuen ostpolitischen Orientierung von SPD und FDP in den 1960er und 1970er Jahren vollzog. Während die Koalition von Union und Vertriebenenverbänden unbestritten aufgrund gezielter strategischer Entscheidungen erfolgte, wurde sie während der sozialliberalen

Koalition durch günstige gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen, inhaltliche Übereinstimmungen sowie fehlende Alternativmöglichkeiten begünstigt. Den Schwerpunkt seiner Aktivität entfaltet die Koalition innerhalb des Politikfeldes der deutsch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen. Hier konnte ein Policy-Netz im Sinne *Franz Urban Pappis* (vgl. Kap. 3.1.2.) ausgemacht werden, das innerhalb des Politikfeldnetzwerkes genau dann seine Wirkung entfaltet, sobald spezielle vertriebenenpolitische bzw. sudetendeutsche Anliegen betroffen sind. So fanden sich im gesamten Untersuchungszeitraum eine Reihe von Beispielen, in denen historische Problemlagen im Zusammenhang mit der Vertreibung der Sudetendeutschen regelmäßig die bilateralen Beziehungen belasteten, während die deutsch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen generell im Rahmen der Möglichkeiten positivere Entwicklungen nahmen. Das Policy-Netz als Ausdruck der Koalition zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft bestand nach seiner Etablierung im Zug der Großen und der Sozialliberalen Koalition auch nach der Wiedervereinigung und bei veränderten internationalen Rahmenbedingungen fort, wobei es mit seiner fortbestehenden engen Ausprägung für die Sudetendeutsche Landsmannschaft die abnehmende Homogenität und Kohärenz der sudetendeutschen Volksgruppe sowie fallende Mitgliederzahlen kompensierte.

Auf die Entwicklung und Dynamik des Binnenverhältnisses dieses Policy-Netzes konnte in der *Netzwerkanalyse* als „Herzstück" der vorliegenden Studie ein detaillierter Blick geworfen werden (Kapitel 7). Zwischen Partei und Verband als Netzwerkakteure und dessen Subakteuren konnte die schrittweise Herausbildung eine Verbindung mit zentralen klientelistischen Eigenschaften wie ein ausgeprägtes Tauschsystem, ein hoher Grad an Institutionalisierung und Stabilität sowie überwiegend konsensorientierten Verfahrensregeln festgestellt werden. Zudem wurde die Sudetendeutsche Landsmannschaft innerhalb der immer symbiotischeren Beziehung im Netzwerk zunehmend finanziell, organisatorisch und personell gestärkt. Als entscheidender Faktor kristallisierte sich dabei heraus, dass die Selbstverpflichtung des Patrons (CSU) in Form der Übernahme der Schirmherrschaft in Kombination mit der Anerkennung des Repräsentationsmonopols des Verbandes für die Klientelgruppe große Beharrungskräfte der Verbindung begünstigte, welche sich von der realen Entwicklung der sozialen Gruppe entkoppelte. Eine tragende Rolle spielt dabei die personelle Verflechtung zwischen den Akteuren, die zwischen den einzelnen Teilakteuren von CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft unter Einbeziehung von Union und Vertriebenenverbänden im diachronen Verlauf herausgearbeitet wurde.

Aufgrund gezielter Förderung wurden in der Formierungsphase des Netzwerks Vertriebenenvertreter und darunter in zunehmendem Maß Verbandsfunktionäre bei eindeutiger Dominanz der Sudeutendeutschen in die parlamentarischen Arenen der CSU sowie die Parteiorganisation integriert. Dies galt im Umkehrschluss auch für sudetendeutsche Organisationen sowie mit etwas zeitlicher Verzögerung den Bund der Vertriebenen, in denen CSU-Vertreter verstärkt Schlüsselpositionen übernahmen. Sowohl am Grad der personellen Verflechtung als auch dem Funktionärsanteil ließ sich auf allen Ebenen zudem ein deutlich stärker ausgeprägtes Netzwerk zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft als zwischen Union und Vertriebenenverbänden ausmachen. Während die ursprüngliche Funktion der Kontrolle und Einbindung der Vertriebenen anhand Konsultationen, Koordinierung und schließlich einem umfassenden Austauschsystem mit abnehmender wahltaktischer Bedeutung der Gruppe für die CSU faktisch abnahm, blieb für

den Verband die Funktion des Zugangs zum politischen Entscheidungsprozess erhalten. Dass das Netzwerk trotz dieser veränderten Konstellation vonseiten der CSU nicht destabilisiert wurde, kann zum einen auf die Wirkung der strukturellen Beharrungskräfte der zunehmend klientelistisch geprägten Netzwerkstruktur in personeller und organisatorischer Hinsicht zurückgeführt werden, die den Handlungsspielraum und die Reaktionsmöglichkeiten beider Akteure einschränken. Zum anderen spielt die unveränderte parteiinterne Wahrnehmung des Verbandes als Vertreter einer bedeutsamen Klientel und damit die Entkopplung von der sozialstrukturellen Entwicklung eine wichtige Rolle. Diese Entkopplung ist in einer phasenweisen Betrachtung weniger als eigenständiger Abschnitt, sondern als fortschreitender Prozess zu sehen, der bereits nach der Netzwerkformierung in der stabilen Phase des Netzwerkes (nach 1975) einsetzte, sodass sich Stabilitäts- und Entkopplungsphase ab 1975 überschnitten.

Die *Mechanismen des Policy-Netzes* im Politikfeldnetzwerk, dessen generelle Existenz im Netzwerküberblick (Kapitel 6) und dessen Struktur in der Netzwerkanalyse (Kapitel 7) verdeutlicht wurden, konnten in den *drei Fallstudien* detailliert herausgearbeitet werden. In der Analyse des Verhaltens der Netzwerkakteure im Kontext von Neuer Ostpolitik und Prager Vertrag (Kapitel 8), den europäischen Umbrüchen nach 1989 und dem Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag (Kapitel 9) sowie der EU-Osterweiterung und dem EU-Beitritt Tschechiens (Kapitel 10) konnten verschiedene Phasen des Netzwerks bei unterschiedlichen Rahmen- und Handlungsbedingungen für CSU und Sudetendeutsche Landsmannschaft beleuchtet werden. Fiel die Vorbereitung und Umsetzung des Prager Vertrags unmittelbar in den Zeitraum der von beiden Seiten forcierten Netzwerkbildung zwischen der bundespolitischen Oppositionspartei CSU und den Vertriebenen unter den einschränkenden Bedingungen des Ost-West-Konfliktes, so war die CSU ebenso wie die CDU bei den Verhandlungen zum Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag 1992 in Zeiten europäischen und weltweiten Wandels in die Regierungsverantwortung auf Bundesebene eingebunden. Mit der EU-Osterweiterung sahen sich sowohl die CSU als auch das Netzwerk einem europäisierten Sachverhalt gegenüber. Die einmal etablierten Verhaltensmechanismen des Policy-Netzes mit einer klaren Aufgaben- und Rollenverteilung sowohl zwischen Partei und Verband als auch den einzelnen Subakteuren in den unterschiedlichen Arenen, die jeweils den großen Einfluss des Verbandes auf die Partei erklären, blieben im Wesentlichen über den gesamten Zeitraum hin bestehen. Auch die spezielle Einbettung des Policy-Netzes im Politikfeldnetzwerk konnte jeweils nachgewiesen werden. Begünstigt durch generelle Verpflichtungen, insbesondere aber die personellen Verflechtungen, brachten die CSU-Teilakteure die vertriebenenpolitischen Anliegen in den politischen Prozess ein. Je nach Zuständigkeit übernahmen dabei die CSU-Landesgruppe, die Bayerische Staatsregierung sowie die CSU-Europagruppe dominierende Rollen, während weitere Akteure wie die CSU-Landtagsfraktion unterstützend wirkten. Besondere Bedeutung kommt hierbei der Bayerischen Staatsregierung zu, da sich in der Schirmherrschaft des Freistaats Bayern in besonderem Maß die Verbindung zwischen CSU und Sudetendeutschen überschnitt, wobei die Grenzen zwischen staatlicher und parteipolitischer Unterstützung der Volksgruppe sowie des Verbandes und die damit einhergehenden Verpflichtungen zunehmend verschwinden. Zudem konnte die Staatsregierung und mit ihr die CSU nahezu über den gesamten Zeitraum ab Beginn der 1960er Jahre unabhängig von der bundespolitischen Konstellation als Fürsprecher der Sudetendeutschen auftreten.

Im Gegenzug unterstützten die Sudetendeutsche Landsmannschaft ebenso wie die Vertriebenenverbände im Gesamten die CSU (wie die CDU) öffentlich. Innerhalb dieses übergreifenden Austauschsystems zwischen Union und Vertriebenenverbänden etablierte sich die CSU als besonderes Sprachrohr der Vertriebenen und erarbeitete sich eine auch im Vergleich mit der Schwesterpartei CDU nochmals ausgeprägtere Wahrnehmung als Interessenvertretung der Vertriebenen.

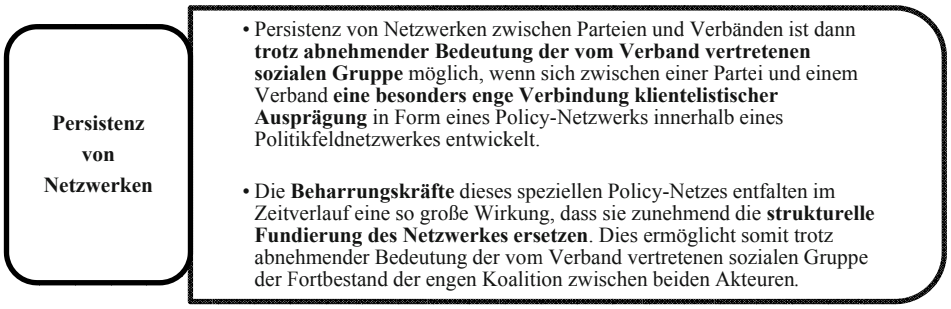
Trotz dieser Persistenz und erstaunlicher Übereinstimmung der Verhaltensweisen und Abläufe kristallisierten sich Unterschiede heraus: So lässt sich generalisieren, dass bundespolitische Opposition wie beim Prager Vertrag von 1973 sowohl Artikulation als auch Umsetzung von Widerstand gegen die Vertragsratifikation im Sinne der Vertriebenen vereinfachte, auch wenn dies faktisch kaum konkrete Folgen nach sich zog. In der Regierungsverantwortung, wie dies 1992 beim Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag der Fall war, verhielt sich die CSU zumindest auf Bundesebene deutlich zurückhaltender. Vor allem die Bayerische Staatsregierung übernahm hier als Teilakteur der CSU, ebenso wie in den anderen Fallbeispielen, eine zentrale Rolle, um die Verbindung zu den Sudetendeutschen zu dokumentieren. Auch wenn die Möglichkeiten, effektiv Maßnahmen im Sinne der Sudetendeutschen umzusetzen, divergierten, profilierte sich die CSU im Zusammenspiel aller Sub- und Teilakteure sowohl symbolisch (z. B. mit Resolutionen) als auch mit konkreten Handlungen (z. B. mit Gegenstimmen) durchgehend als herausragender Fürsprecher der Sudetendeutschen. Die Reichweite des verbandlichen Einflusses erwies sich freilich als begrenzt, wie das Abstimmungsverhalten im Bundestag zum Deutsch-Tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrag oder zur EU-Osterweiterung belegt. Innerhalb dieser Grenzen und im Gesamtgefüge der einzelnen Teil- und Subakteure des Netzwerks blieben aber das Austauschsystem und damit die vertriebenenpolitische Ausrichtung und der sudetendeutsche Einfluss auf die Tschechienpolitik der CSU erhalten.

11.2 Überprüfung der zentralen These und der Hypothesen

Zentrale These

In einer Gegenüberstellung der theoretischen Annahmen der in Kapitel 4.4. erarbeiteten zentralen These zur Persistenz von Netzwerken sowie der konkreten Ergebnisse des Untersuchungsgegenstands der Koalition zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft lässt sich ein hohes Maß an Übereinstimmung feststellen. Kurz zusammengefasst entstand zwischen beiden Akteuren ein Policy-Netz im Politikfeldnetzwerk der deutsch-tschech(oslowak)ischen Beziehungen, das klientelistische Ausprägungen annahm. Aufgrund der Wechselwirkungen dieser besonders engen Verbindung entwickelte das Netzwerk zwischen CSU und SL im Zeitverlauf eine Eigendynamik, wobei die reale Entwicklung der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen immer weniger eine Rolle spielte. Abstrahiert lässt sich zusammenfassen:

Abbildung 42: These zur Persistenz von Netzwerken



Unabhängige Variablen und Hypothesen zur Netzwerkpersistenz

Neben der übergreifenden These zur abhängigen Variablen der Netzwerkpersistenz kann auch hinsichtlich der einzelnen Hypothesen und unabhängigen Variablen Validität festgestellt werden. So ließ sich eine langfristige Existenz eines Netzwerks und eine enge Verbindung zwischen Partei und Verband ebenso nachweisen wie zentrale klientelistische Eigenschaften (hoher Grad an Institutionalisierung, personelle Verflechtung, zunehmend symbiotische Beziehung, Einschränkung des Handlungsspielraums, gegenseitige Verpflichtung). Auf der Grundlage der empirischen Ergebnisse können die Variablen jedoch ergänzt und in eine gewisse innere Reihenfolge hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Netzwerkpersistenz gebracht werden. Besondere Bedeutung kommt der Übernahme der Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutsche Volksgruppe in Kombination mit der Anerkennung des Repräsentationsmonopols der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu.

In Verbindung mit der engen strukturellen Verwebung und konsensual-kooperativen Verfahrensregeln entwickelt sich daraus im Zeitverlauf eine zunehmend symbiotische Verbindung zwischen CSU und SL, welche ein besonderes Gefühl der Verpflichtung für die Partei mit sich bringt, die Beziehung zum Verband fortzuführen. Folge daraus ist, dass sowohl die inhaltliche Positionierung der Partei fortgeschrieben wird als auch die Wahrnehmung der Partei innerhalb des Netzwerks entkoppelt von der sozialstrukturellen Entwicklung bestehen bleibt. Der Handlungsspielraum beider Akteure – sowohl der CSU als auch der Sudetendeutschen Landsmannschaft – ist aufgrund der Beharrungskräfte Einschränkungen unterworfen, mit unterschiedlich positiven Auswirkungen auf ihre Stellung im Netzwerk. Innerhalb der Koalitionsstruktur ist es auf Dauer vor allem der Verband, der eine organisatorische, personelle und finanzielle Stärkung erfährt. Verallgemeinert und abstrahiert führt dies in einer Gesamtsicht zu folgender Modifikation der Hypothesen zur Persistenz von Netzwerken:

Abbildung 43: Hypothesen zur Netzwerkpersistenz

Die Persistenz von Policy-Netzwerken zwischen Parteien und Verbänden ist trotz Abnahme der Bedeutung der sozialen Gruppe wahrscheinlich, wenn…

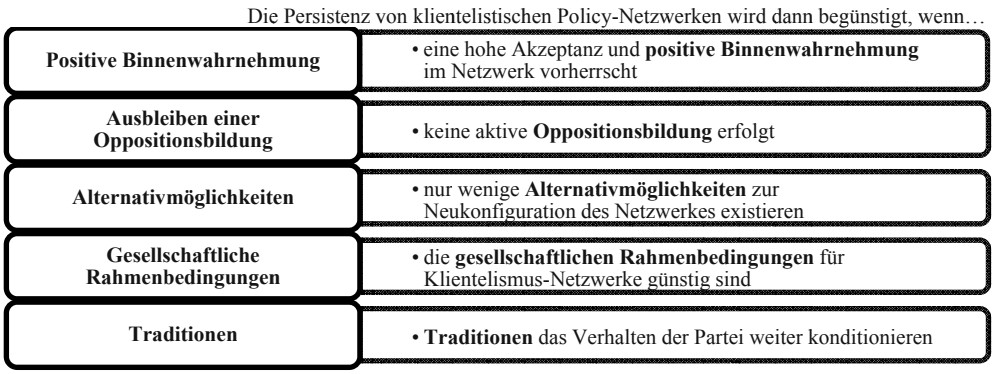
Existenz des Netzwerkes	• eine langfristige **Existenz** des Netzwerkes nachgewiesen werden kann und sich eine **enge Verbindung** zwischen den Akteuren entwickelt hat
Eigenschaften als Klientelismus-Netzwerk und Verhalten der Akteure	• das Netzwerk **klientelistische Eigenschaften** aufweist • sich eine hohe **Institionalisierung** zwischen den Akteuren herausgebildet hat • ein hohes Maß an **struktureller** organisatorischer und personeller **Verflechtung** existiert • ein Gefühl **gegenseitiger Verpflichtung** vorherrscht, das durch gleichzeitige Anerkennung einer **Sonderrolle der sozialen Gruppe** sowie des **Repräsentationsmonopols** des Verbandes verstärkt wird • die Beziehung zwischen beiden Akteuren **symbiotisch** wird • sich überwiegend **konsensuale Verhaltensregeln** herausbilden • die **Positionierung** der Partei fortgeschrieben wird und die **Wahrnehmung** der Partei **unverändert** bleibt • die gegenseitige Abhängigkeit zu einer Einschränkung des **Handlungsspielraums** der Partei und des Verbandes führt
Prozessuale Entwicklung und Wirkung	• eine **Entkoppelung** zwischen Akteurs- und Strukturebene stattfindet und die Stellung im Netzwerk unabhängig von der sozialstrukturellen Entwicklung wird • der Verband im Verlauf des Netzwerkes eine organisatorische, personelle und/oder finanzielle **Stärkung** erfährt

Hintergrundvariablen und Hypothesen zur Netzwerkpersistenz

Bei den Hintergrundvariablen und deren begünstigende Wirkung auf den Fortbestand von Netzwerken muss ebenfalls eine Differenzierung erfolgen: So konnte die Hypothese, dass sich fehlende Alternativmöglichkeiten zur Neukonfiguration des Netzwerks positiv auf dessen Fortbestand auswirken, verifiziert werden. Dies gilt ebenso für die Annahme, dass Traditionen, einmal gefasste Beschlüsse oder eingegangene Verpflichtungen und Zugeständnisse das weitere Verhalten der Partei beeinflussen und deren Reaktionsmöglichkeiten und Handlungsspielraum einengen. Die Variablen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der positiven Außenwahrnehmung des Netzwerks müssen auf Grundlage der vorliegenden empirischen Ergebnisse sowohl gemeinsam betrachtet als auch abgewandelt werden. So erwiesen sich die gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen vor allem zur Bildung des Netzwerks zwischen CSU und Vertriebenen aufgrund des hohen Maßes an inhaltlicher Übereinstimmung und gemeinsamer Opposition gegen die sozialliberale Ostpolitik als günstig. Der Fortbestand des Netzwerks selbst wurde in der Folge aber weniger ausschließlich aufgrund einer allgemeinen positiven Außenwahrnehmung

oder ausbleibender Gegenbewegung gefördert, sondern ist vielmehr im Zusammenhang mit fehlenden Alternativmöglichkeiten und einer klaren „Blockbildung“ zu sehen. So erfolgten angesichts der eindeutigen Positionierung von CSU (und CDU) sowie Vertriebenenverbänden aus der Gesellschaft oder Parteienlandschaft keine Ansätze, die Koalition von außen aufzubrechen. Bedeutender erscheint daher neben einer fehlenden Oppositionsbildung eine unverändert positive Binnenwahrnehmung der Allianz. Abstrahiert lässt sich zusammenfassen:

Abbildung 44: Hintergrundvariablen und Hypothesen zur Netzwerkpersistenz



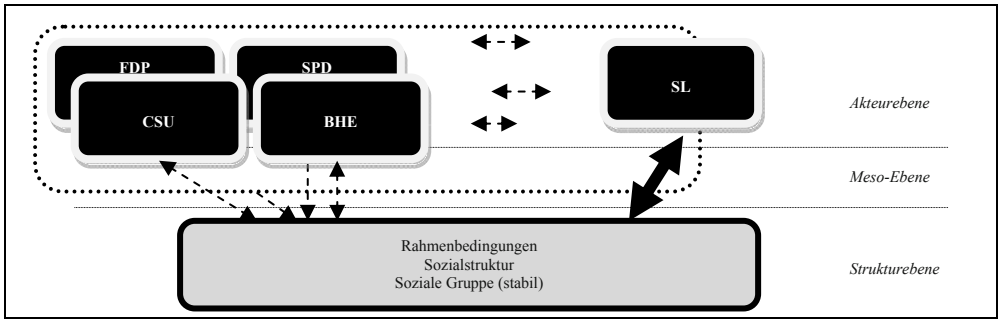
11.3 Überprüfung und Weiterentwicklung des Vier-Phasen-Modells

Die grundlegenden theoretischen Annahmen und (Hypo-)Thesen zur Erklärung des Fortbestands von Partei-Verband-Koalitionen bei sozialstrukturellen Veränderungsprozessen konnten im vorstehenden Abschnitt weitgehend verifiziert werden. Als zentraler Faktor kristallisierte sich dabei die Entkopplung zwischen Akteurs- und Strukturebene aufgrund der Eigendynamik des Netzwerks heraus. In einer dynamischen Betrachtung wurde anhand des dreiteiligen Analyserahmens (vgl. Kapitel 4.2.) ein spezifiziertes Vier-Phasen-Modell entwickelt, das den Prozess der Entkopplung verdeutlichte (Kapitel 4.3.). Unter Zuhilfenahme des dreiteiligen Analyserahmens soll dies auf Grundlage der empirischen Ergebnisse überprüft und weiterentwickelt werden. Als Wegmarken einer phasenweisen Unterteilung in 15-Jahres-Schritten dienen (grob) 1960 als Beginn der engeren Annäherung zwischen CSU und Vertriebenen, 1975 als Abschluss der Netzwerkbildung sowie (1989-)1990 als Umbruchjahr der europäischen und deutschen Politik.

Einzelphasen des Netzwerks CSU-SL anhand des dreiteiligen Analyserahmens
Bereits in der ersten Phase von der Nachkriegszeit bis 1960 ist eine Variation zum theoretischen Modell festzustellen. Hier finden sich auf der Akteursebene neben CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft eine Reihe weiterer Parteien mit Verbindungen zum Verband wie die SPD, der BHE oder die FDP, da noch keine fest gefügte Akteurskonstellation oder eine Akteurspräferenz existiert. Grundlage des Handelns aller Akteure

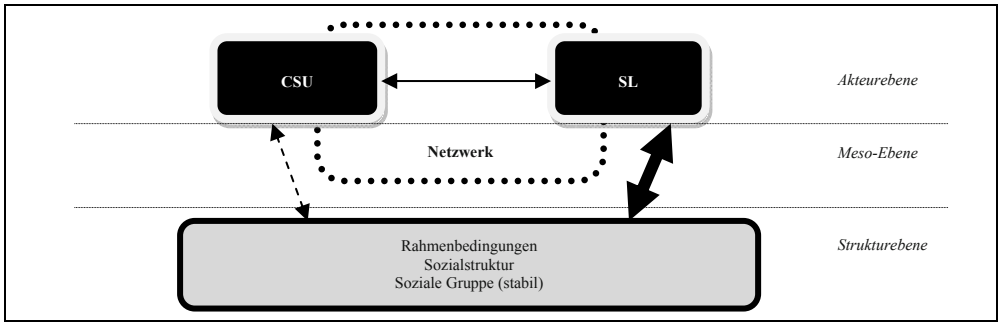
bildet in dieser *Annäherungsphase* die vorhandene Sozialstruktur mit der sozialen Gruppe der Vertriebenen, als deren Vertreter die Landsmannschaft bzw. die Vertriebenenverbände bereits auftreten und akzeptiert sind. Für alle Parteien eröffnet eine Verbindung zum Verband die Möglichkeit des Zugangs zum Wählerpotenzial der sozialen.

Abbildung 45: Netzwerk CSU-SL in der Annäherungsphase 1945-1960



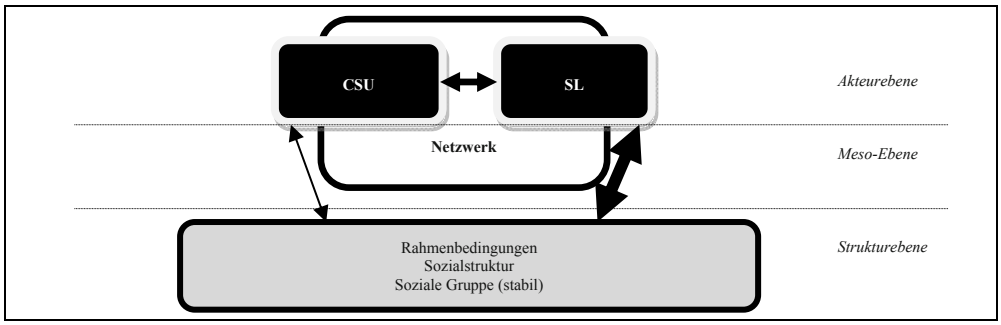
Die darauf folgende Phase zwischen 1960 und 1975 lässt sich dahingegen als *Formierungsphase* des Netzwerks, wie in Kapitel 4.3. erarbeitet, charakterisieren: Grundlage der Aktivität bietet weiterhin die vorhandene Sozialstruktur, wobei die Sudetendeutsche Landsmannschaft als anerkannter Vertreter der sozialen Gruppe auftritt und somit eine enge Verbindung zwischen Verband und sozialer Gruppe existiert. Aufgrund gezielter strategischer Entscheidungen und Handlungen sowohl der CSU als auch der SL gehen beide eine immer engere, exklusivere Koalition ein, deren Bildung im Zug der ostpolitischen Neuausrichtung von SPD in der Großen sowie endgültig mit der Umsetzung der Ostpolitik durch die Sozialliberale Koalition ab 1969 Gestalt annimmt.

Abbildung 46: Netzwerk CSU-SL in der Formierungsphase 1960-1975



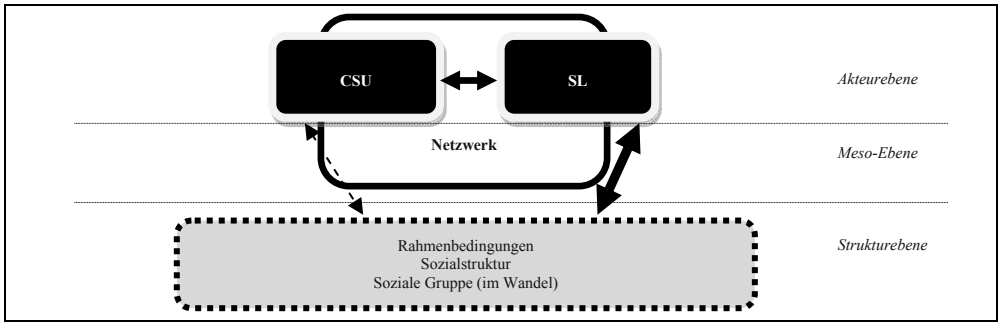
Mit dem Abschluss der Netzwerkbildung zum Ende der Formierungsphase setzt im Zeitraum zwischen 1975 und 1990 bei zunächst fortbestehender Stärke der sozialen Gruppe eine stabile Phase ein, in der das Netzwerk auf der Meso-Ebene bei hoher Institutionalisierung, struktureller Verflechtung sowie etablierten Verfahrensregeln der Partei Zugang zur sozialen Gruppe sowie im Gegenzug dem Verband zum politischen Entscheidungsprozess der Partei ermöglicht (vgl. Abbildung 47).

Abbildung 47: Netzwerk CSU-SL zu Beginn der Stabilitäts- und Entkopplungsphase 1975-1990



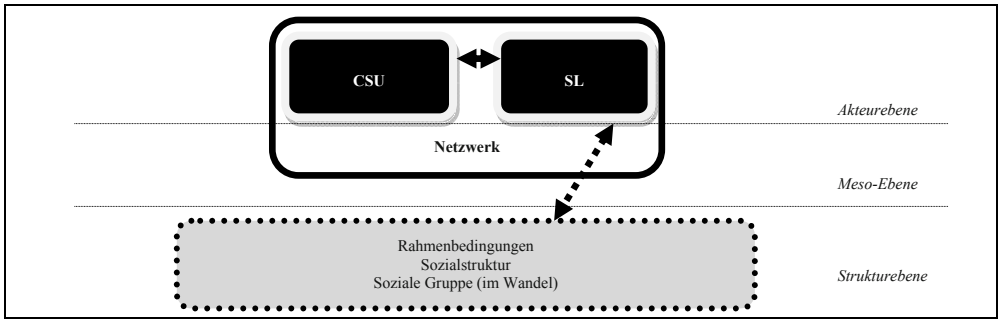
Hier wird ein erneuter Unterschied zum spezifizierten Vier-Phasen-Modell deutlich: Bereits in der Stabilitätsphase setzen sozialstrukturelle Veränderungen und die Entkopplung zwischen Akteurs- und Strukturebene ein. Dies führt dazu, dass der Wandel nicht zu entsprechenden Reaktionen der CSU führt. Gleichzeitig setzt auch bereits in dieser Phase eine Entfremdung der Zielsetzungen der Verbandsführung und der sozialen Gruppe ein, sodass die *Stabilitäts- und Entkopplungsphase* gemeinsam betrachtet werden müssen.

Abbildung 48: Netzwerk CSU-SL während der Stabilisierungs- und Entkopplungsphase 1975-1990



In der Entwicklungsphase des christsozial-sudetendeutschen Netzwerks ab 1990 überschneiden sich die empirischen Ergebnisse wieder mit den theoretischen Annahmen: Bei weiter fortschreitendem Bedeutungsverlust der sozialen Gruppe begünstigt die Entkopplung von Akteurs- und Strukturebene den Fortbestand des Netzwerks. Während in der CSU mittlerweile kein Rückbezug zur Entwicklung der Sozialstruktur stattfindet, ist er bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft stark verringert, sodass das Netzwerk trotz Bedeutungsverlust der sozialen Gruppe persistent bleibt.

Abbildung 49: Netzwerk CSU-SL während der Persistenzphase ab 1990



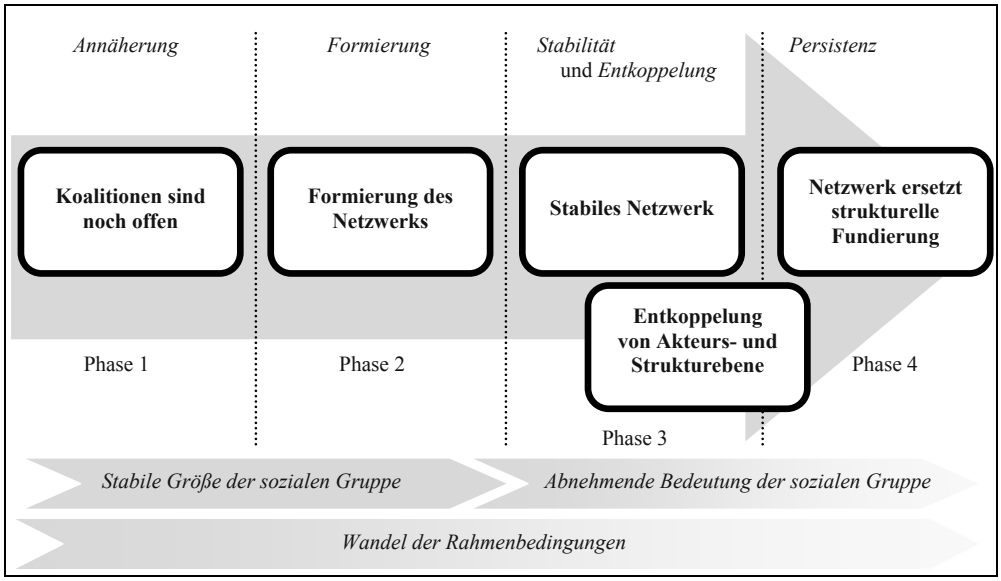
Modifiziertes Vier-Phasen-Modell für Klientelismus-Netzwerke

Für den Lebenszyklus eines klientelistisch geprägten Partei-Verband-Netzwerks bringt das erläuterte Zusammenspiel von Akteurs-, Struktur- und Meso-Ebene am Beispiel von CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft sowohl in prozessualer Hinsicht als auch bei der Unterteilung in einzelne Entwicklungsphasen Erkenntnisse, die im Folgenden verallgemeinert aufgegliedert werden.

So ist auf dieser Grundlage die Formierungsphase eines Netzwerks zwischen einer Partei und einem Verband zu erweitern bzw. in eine offenere Vorphase der Annäherung sowie eine konkrete Formierungsphase zu unterteilen. In der Annäherungsphase findet die Herausbildung der verbandlichen Interessenvertretung der sozialen Gruppe statt, um die sich zu diesem Zeitpunkt eine Mehr- oder Vielzahl von Parteien bemüht. In der anschließenden konkreten Formierungsphase bildet sich das zunehmend exklusiver werdende Netzwerk zwischen Partei und Verband durch strategische Handlungen beider Akteure auf Grundlage der zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Sozialstruktur heraus. Die Partei geht dabei mit dem Verband als anerkanntem Vertreter einer bestimmten sozialen Gruppe eine Allianz ein, in der sich zwischen beiden ein spezielles Austauschsystem bestimmter Leistungen, Verpflichtungen und Handlungen herausbildet. Im Verlauf der Formierung des Netzwerks etablieren sich Verhaltens-, Verfahrens- sowie Tauschmuster und die Institutionalisierung sowie die strukturelle Verflechtung erreichen beim Übergang zur konsolidierten Phase der Stabilität ihre größte Ausprägung. Mit dem höchsten Stabilisierungs- und Institutionalisierungsgrad setzt innerhalb dieser Phase bereits der Prozess der Entkopplung zwischen Akteurs- und Strukturebene ein. Begünstigt durch die aus-

geprägte enge Beziehung der Akteure auf der Meso-Ebene verringert sich eine Rückkopplung an die Entwicklung der Sozialstruktur als Grundlage für das Entstehen des Netzwerks. Ein einsetzender Erosionsprozess der sozialen Gruppe wird im Netzwerk daher bereits in dieser Phase nicht wahrgenommen. Während Struktur und Mechanismen des Netzwerkes auf Meso-Ebene weiterhin stabil bleiben, setzt sich im Folgenden gleichzeitig die Entkopplung von Akteurs- und Strukturebene fort. Dies führt in der Persistenzphase dazu, dass die Allianz von Partei und Verband die strukturelle Fundierung vollständig ersetzt und somit das Netzwerk nahezu unverändert trotz abnehmender Bedeutung der sozialen Gruppe fortbesteht.

Abbildung 50: Modifizierung des Vier-Phasen-Modells für Klientelismus-Policy-Netzwerke



Heruntergebrochen auf die einzelnen Entwicklungsphasen des Netzwerks lassen sich vor dem Hintergrund der sozialstrukturellen Veränderungsprozesse Aussagen und Charakteristika für unterschiedliche Bereiche eines Partei-Verband-Netzwerks sowie seiner Dynamik zusammenstellen. Angelehnt an die dimensionale Unterteilung der Netzwerkeigenschaften ermöglicht dies einen detaillierten abstrahierten Blick auf die Entwicklungsschritte eines klientelistischen Partei-Verband-Netzwerks bei abnehmender Bedeutung der vom Verband vertretenen sozialen Gruppe (vgl. Ergebnisse in Kap. 7.4. und nachstehende Tabelle).

Tabelle 54: Entwicklungsphasen des modifizierten Vier-Phasen-Modells im Detail

Phasen / Bereiche	Annäherung	Formierung	Stabilität und Entkoppelung	Persistenz
Struktur und Institutional-isierung	Keine gefestigte Struktur Niedriger Grad an Institutionalisierung; Personelle Verflechtungen sind Schwankungen unter-worfen; Grenzen des Netzwerks sind offen	Strukturen festigen sich Institutionalisierung und Austausch erhöhen sich Personelle Verflechtung nimmt stark zu; Grenzen des Netzwerks schließen sich; Privilegierte Beziehung entwickelt sich	Strukturen vertiefen sich; Vernetzung von Subnetz-werken etabliert sich; Personelle Verflechtung zwischen allen Sub-akteuren verstetigt sich; Privilegierte Beziehung besteht; Ressourcenaustausch-system etabliert sich	Hoher Grad an Institutionalisierung; Verflechtung besteht fort; Geschlossene Strukturen; Ressourcenaustausch-system und -mechanismen bleiben bestehen
Funktion des Netzwerks	Informationsaustausch und Konsultation	Austauschsystem mit Konsultation, Koordination und Informationsaustausch		
	Für die Partei: Kontrolle und Einbindung		Bedeutung der Kontrolle nimmt ab	Faktisch geringe Be-deutung der Einbindung
	Für den Verband: Zugang zum politischen Entscheidungsprozess und Sicherstellung des Einflusses			
Strategien der Akteure	Keine ausgeprägte strategische Orientierung von Partei und Verband	Partei bindet Verband an sich und sichert Unter-stützung zu Symbolische Handlungen und gezielte Integration von Parteiseite Verband reagiert positiv	Partei vertieft Verbindung; Verband ist zunehmend an Erhalt der Bindung interessiert, pocht auf Einhalten der Ver-pflichtung	Partei setzt Unterstützung fort; Verband fordert Unter-stützung mit Verweis auf die Verpflichtung der Partei ein
Verfahren- und Ver-haltens-regeln im Netzwerk	Konsensual/konfliktiv	Zunehmend konsensual Partei und Verband entwickeln hohe Ver-bundenheit; Anerkennung des Repräsentationsmono-pols des Verbandes spielt große Rolle; Personelle Verflechtungen wirken sich aus	Konsensual Enge Übereinstimmung zwischen beiden Akteuren	Überwiegend konsensualer Umgang Umgang und Verfahrens-regeln werden fort-geschrieben
Machtver-teilung im Netzwerk	Offen, noch keine Verteilung	Partei als Patron; Verband erhält Unter-stützung, bietet dafür elektorale Unterstützung; Verhältnis ist symmetrisch	Handlungs- und Alter-nativmöglichkeiten beider Akteure werden ein-geschränkt; Verband erfährt Stärkung trotz einsetzender Schwächung der Klientel-gruppe	Persistenz der starken Stellung des Verbandes Alternativmöglichkeiten weiter für beide Akteure eingeschränkt
Binnenwahr-nehmung im Netzwerk und Entkopplung s-prozess	-	Verband und Partei nehmen sich gegenseitig als starker Partner im wahr	Sozialstrukturelle Ver-änderungen werden in Partei nicht wahr-genommen und diskutiert; Diskrepanz zwischen Zielsetzungen der Ver-bandsführung und den Mitgliedern bzw. der sozialen Gruppe tritt auf	Unveränderte Wahr-nehmung der Partei Rekonfiguration der Strategie findet nicht statt; Diskrepanz zwischen Verbandsführung und sozialer Gruppe vertieft sich

11.4 Privilegierte Partnerschaft auf ewig oder Übergang zur Symbolpolitik?

So eindeutig und klar sich Entwicklungsprozesse retrospektiv, im Gesamtzusammenhang und verallgemeinert auch darstellen mögen, ist deren zukünftiger Verlauf unsicher und schwer vorhersehbar. Dies gilt trotz aller Strukturkonservativität auch für das vorliegende Beispiel der christsozial-sudetendeutschen Interessenkoalition. So hatten beispielsweise Vertriebenenpolitiker im Vorfeld des gleichzeitigen Führungswechsels an der Spitze von CSU und Bayerischer Staatsregierung beim Abtritt *Edmund Stoibers* befürchtet, dass eine verjüngte CSU-Führung nicht mehr „mit der gleichen Entschiedenheit für die Interessen der

Heimatvertriebenen eintreten [werde] wie die heutige."[1397] Dass die Beharrungskraft und Eigendynamik des Netzwerks aber auch unabhängig von herausragenden Persönlichkeiten wie *Edmund Stoiber* Wirkung entfaltet, zeigte sich zur Erleichterung der Betroffenen schon bald. Bereits wenige Tage nach seiner Wahl zum Bayerischen Ministerpräsidenten im Oktober 2007 versuchte *Günther Beckstein* anlässlich der Landesversammlung der Landesgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft in München alle Bedenken zu zerstreuen, bekräftigte seine Verantwortung in der Nachfolge als Schirmherr der Sudetendeutschen Volksgruppe und versprach, sich mit „ganzer Kraft für Sie und Ihre Anliegen" einzusetzen.[1398] Im gleichen Atemzug erwähnte er den neuen CSU-Vorsitzenden *Erwin Huber*, in dessen Namen er Unterstützung für das „Zentrum gegen Vertreibung" in Berlin zusagte. Auf dem Sudetendeutschen Tag im Sommer 2008 stellte *Beckstein* ebenfalls die enge Verbindung zu den Sudetendeutschen heraus. Für ihn war klar: „Die Schirmherrschaft ist für mich keine Formalie, sondern eine Herzensangelegenheit."[1399] Auch vom CSU-Vorsitzenden *Erwin Huber* waren unmissverständliche Worte zu vernehmen: „Die CSU ist und bleibt verlässlicher Partner der Sudetendeutschen und der Heimatvertriebenen",[1400] versicherte er.

Horst Seehofer, der ab Herbst 2008 nach dem einjährigen Zwischenspiel der Doppelspitze *Beckstein/Huber* beide Führungspositionen wieder in einer Person vereinte, ließ ebenfalls keine radikale Abkehr der Vertriebenen- und Tschechienpolitik der CSU erwarten und betonte sowohl anlässlich seines Antrittsbesuch bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft im Januar als auch beim kurz vor der Europawahl stattfindenden Sudetendeutschen Tag die enge Verbindung, stellte die Verdienste der Sudetendeutschen heraus und verwies auf die noch offenen Fragen im Verhältnis zu Tschechien.[1401] Die Aufstellung der CSU-Europaliste im Januar 2009 verdeutlichte zudem anschaulich in einem bekannten Feld die Wirkung der nahezu symbiotischen Beziehung zwischen CSU und Sudetendeutscher Landsmannschaft: So wurde der CSU-Europaabgeordnete und SL-Sprecher *Bernd Posselt* im Regionalproporz der Listennominierung wieder explizit als „Vertreter der Sudetendeutschen Volksgruppe" sowie des Vierten Bayerischen Stammes unterstützt und auf den siebten Listenplatz gewählt.[1402] Im Hintergrundgespräch zeigte sich der damalige CSU-Landesgeschäftsführer *Markus Zorzi* ebenfalls von der Fortsetzung der christsozial-sudetendeutschen Koalition überzeugt: „An der Positionierung der CSU zu den Sudeten-

[1397] Die WELT online, 26.05.2007, „Sudetendeutsche Vertriebene fürchten Zeit nach Stoiber"; online verfügbar unter: http://www.welt.de/welt_print/article898315/Sudetendeutsche_Vertriebenenpolitiker_fuerchten_Zeit_nach_Stoiber.html [09.10.2009].

[1398] Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. *Günther Beckstein* anlässlich der Landesversammlung der Landesgruppe Bayern der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 13. Oktober 2007 im Sudetendeutschen Haus in München, online verfügbar unter: http://www.bavaria.de/Reden-.1856.18563/index.htm [09.10.2009].

[1399] Die WELT online, 13.05.2008, „Ein kleiner Neuanfang zwischen Sudetendeutschen und Prag", online verfügbar unter: http://www.welt.de/welt_print/article1988808/Ein_kleiner_Neuanfang_zwischen_Sudetendeutschen_und_Prag.html, [09.10.2009].

[1400] „CSU verlässlicher Partner der Vertriebenen", Pressemeldung der Christlich-Sozialen Union vom 09.05.2008, online verfügbar unter: http://www.csu.de/partei/unsere_politik/inneres_sicherheit/aussiedler_vertriebene /102 1083.htm [09.10.2009].

[1401] Münchner Merkur, 18.01.2009, „Seehofer: Amtsantritt bei Sudetendeutschen"; SZ, 31.05.2009, „Seehofer sichert Vertriebenen Solidarität zu".

[1402] CSU beschließt Europaliste, Pressemeldung der Christlich-Sozialen Union vom 17.01.2009; online verfügbar unter: http://www.csu.de/partei/unsere_politik/aussenpolitik_europa/europa/143710928.htm [09.10.2009].

deutschen und zur Frage der Gültigkeit der Beneš-Dekrete wird sich auf absehbare Zeit nichts ändern.“[1403]

Auch die typischen Netzwerkmechanismen griffen offensichtlich weiterhin, wie die Kontroverse um die Besetzung des Stiftungsrats des „Zentrums gegen Vertreibung“ in Berlin anschaulich belegt. Hier trat die CSU einmal mehr durch eine auch im Vergleich zur CDU besonders akzentuierte Unterstützung der aufgrund ihrer Haltung gegenüber Polen umstrittenen BdV-Präsidentin *Erika Steinbach* (CDU) für einen Sitz im Stiftungsrat in Erscheinung. Mehrmals sprach sie sich in der langwierigen Diskussion als „Anwalt der Vertriebenen“[1404] für *Steinbach* aus und griff dabei die damalige Koalitionspartnerin SPD scharf an, der CSU-Generalsekretär *Alexander Dobrindt* öffentlichkeitswirksam „politischen Rufmord“ an der BdV-Präsidentin vorwarf.[1405] Selbst Kritik an mangelnder Unterstützung durch die CDU und Bundeskanzlerin *Angela Merkel* war laut geworden. CSU-Parteichef und Ministerpräsident *Seehofer* versprach sogar, sich für die Aufnahme der Forderung des Stiftungssitzes für *Erika Steinbach* in das gemeinsame Wahlprogramm der Union einzusetzen. Die Kontroversen setzten nach dem Regierungswechsel zur schwarz-gelben Koalition im Herbst 2009 in nochmals intensiverer Form wieder ein, wobei sich nun zwischen CSU und FDP mit Außenminister *Guido Westerwelle*, der einen Rückzieher *Steinbachs* aus Rücksicht auf die polnische Interessenlage forderte, ein heftiger Koalitionsstreit entfachte.[1406] In der sich über Monate hinziehenden Diskussion über die Besetzung des Stiftungsrates stand die CSU derart unverändert „an der Seite“[1407] (des BdV, dass sich bei der Suche nach einem Kompromiss auch unionsintern das Klima verschlechterte und die Causa Steinbach gar einen „Keil in die Union“[1408] trieb.

Trotz dieser offensichtlichen Verhaltensautomatismen und Kontinuitäten sind bei den Schirmherrn *Beckstein* und *Seehofer* graduelle rhetorische Veränderungen sowohl zum grundlegenden (sudeten-)deutsch-tschechischen Verhältnis als auch konkret hinsichtlich eines Besuchs im tschechischen Nachbarland festzustellen, den *Edmund Stoiber* stets mit Verweis auf die sudetendeutsche Problematik und den Fortbestand der Beneš-Dekrete abgelehnt hatte. So betonte *Beckstein* die Notwendigkeit einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen und kündigte *Seehofer* in seiner Regierungserklärung sowie im Anschluss wiederholt an, das Nachbarland besuchen zu wollen.[1409] Beide verwiesen im gleichen Atemzug zwar stets auf die noch offenen Fragen zu Vertreibung und den Beneš-Dekreten, die

[1403] Hintergrundgespräch mit *Markus Zorzi*, Landesgeschäftsführer der CSU bis 2009 und von Dezember 2009 bis März 2010 als Büroleiter des Bayerischen Ministerpräsidenten tätig, in Kloster Banz am 25.07.2009.
[1404] SZ, 04.04.2009, „CSU Vorstand: Für Steinbach, gegen EU-Beitritt der Türkei“.
[1405] Vgl. SZ, 18.03.2009, „Streit um Steinbach. CSU wirft SPD politischen Rufmord vor“; Die Trennlinien zwischen Union, Vertriebenenverbänden und SPD wurden nochmals bei der Debatte nach den Vorwürfen des sozialdemokratischen EU-Kommissars *Günther* Verheugen, die CSU sei für die Blockadehaltung Tschechiens gegenüber dem EU-Vertrag von Lissabon verantwortlich, greifbar, vgl. Die WELT, 13.10.2009, „Verheugen gibt CSU Schuld an Klaus´ EU-Blockade“.
[1406] Vgl. SZ, 08.11.2009, „Vertriebene provozieren Westerwelle“; SZ, 08.11.2009, „Steinbach: Westerwelle soll Kurs wechseln“; SZ, 12.11.2009, „CSU befeuert Streit um Steinbach“.
[1407] Straubinger Tagblatt, 25.02.2010, „Streit über Vertriebenenstiftung“.
[1408] SZ, 26.01.2010, „Steinbach treibt Keil in die Union“.
[1409] Vgl. SZ, 09.09.2008, „Gegensätze anerkennen“; SZ, 30.05.2009, „So was verkantet sich schnell“.

gemeinsam mit den Sudetendeutschen anzusprechen seinen.[1410] Bei konkreten Aussagen zum bayerisch-sudetendeutsch-tschechischen Verhältnis waren sie jedoch zurückhaltender als ihr Vorgänger *Stoiber*.

Belastbare Prognosen für die weitere Entwicklung der christsozial-sudetendeutschen Koalition lassen sich daraus nur schwierig ableiten. Hinzu kommt, dass strukturelle Veränderungen wie die tendenziell stattfindendende Abschwächung der personellen Verflechtung auf Bundes- und Landesebene in der vergangenen und der aktuellen Legislaturperiode oder die Auswirkungen der Koalition mit der FDP in Bayern nach jahrzehntelanger nahezu selbstverständlicher Gleichsetzung von CSU und Bayerischer Staatsregierung eine ganze Reihe von Unwägbarkeiten für die Zukunft mit sich bringen. Darüber hinaus stellt der endgültige Übergang hin zur Bekenntnisgeneration die Sudetendeutsche Landsmannschaft sowohl innerverbandlich als auch innerhalb der Koalition mit der CSU vor große Herausforderungen. Dies muss zudem in Kombination damit gesehen werden, dass nach Umsetzung der EU-Osterweiterung ein zentrales Druckmittel in der zentralen Frage der Aufhebung der Beneš-Dekrete wegfällt. Mittelfristig erwartet vor diesem Hintergrund beispielsweise der tschechische Politikwissenschaftler und Regierungsberater *Miroslav Kunštát*, dass die CSU zu rein symbolischen Handlungen und Äußerungen gegenüber der Sudetendeutschen Landsmannschaft übergehen und sich langfristig vom Verband entfernen werde.[1411] Dies würde im Prinzip den Annahmen einer rein „symbolische[n] Aufrechterhaltung des Bündnisses“[1412] nach *Franz Urban Pappi* entsprechen. Derartige Anzeichen könnten durchaus auch als Hinweise auf einen sich anbahnenden Latenzzustand des sich auflösenden Netzwerks gesehen werden, wie ihn sozialstrukturelle und netzwerktheoretische Herangehensweisen jeweils vorgeben würden (vgl. Kapitel 2.2.3. und 3.1.3.).

De facto stellt das modifizierte Vier-Phasen-Modell mit seinem Kern der Entkopplung von Akteurs- und Strukturebene die Unterbrechung des „natürlichen“ Lebenszyklus´ einer Koalition oder eines Netzwerks dar. Aufgrund der Eigendynamik seines speziellen Binnenverhältnisses blockiert das Netzwerk die normal zu erwartenden Reaktionsmechanismen von Parteien und Verbänden auf die sich wandelnden Umwelt- und Rahmenbedingungen. Prospektiv lässt sich aber nicht eindeutig feststellen, ob der Entwicklungskreislauf für immer durchbrochen oder durch die Entkopplung lediglich stark verzögert worden ist. Zu diskutieren ist dabei, ob eine dauerhafte Unterbrechung des Lebenszyklus und damit der Fortbestand einer privilegierten Partnerschaft zwischen Partei und Verband für beide Akteure wirklich wünschenswert wäre. Hier ist ein erneuter Blick auf das Binnenverhältnis des Netzwerks hilfreich. So führte die Eigendynamik und Verselbstständigung des klientelistisch geprägten Netzwerks zu einer Einschränkung des Handlungsspielraums beider beteiligter Akteure mit bedenklichen Folgen für die Partei, aber auch den Verband. Die Fortschreibung von Verpflichtungen, Automatismen sowie das Unterbleiben von Neuorientierungen im und Rekonfigurationen des Netzwerks ermöglichten im konkreten Fall der Sudetendeutschen Landsmannschaft zwar, weiterhin Einfluss auf die CSU zu nehmen

[1410] Vgl. Münchner Merkur, 18.01.2009, „Seehofer: Amtsantritt bei Sudetendeutschen“; Focus online 30.05.2009: Seehofer kündigt bei Sudetendeutschen Prag-Reise an; online verfügbar unter: http://www.focus.de/politik/deutschland/verbaende-seehofer-kuendigt-bei-sudetendeutschen-prag-reise-an_aid_403981.html, [09.10.2009].
[1411] Hintergrundgespräch mit Dr. *Miroslav Kunštát*, Historiker und Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des Instituts für Internationale Studien der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karlsuniversität Prag und war zwischen 1992 und 2003 in der tschechischen Präsidentschaftskanzlei tätig, in Regensburg am 14.05.2008.
[1412] *Pappi*, 2002, S. 36.

und stärkten sie innerhalb des Netzwerks. Dieser auf den ersten Blick positive Eindruck muss bei einem genauen Blick aber relativiert werden. Da die Entkopplung nicht nur zwischen Partei und Sozialstruktur, sondern auch zwischen der Verbandsführung und den Verbandsmitgliedern bzw. der sozialen Gruppe der Sudetendeutschen stattfand, unterblieben notwendige verbandsinterne Erneuerungsprozesse. Die Entfremdung zwischen Führungselite und Basis in ihren politischen Zielsetzungen belegt dies eindrucksvoll.

Aus dieser Diskussion lassen sich einige zentrale, ergänzend zu sehende, Forschungsdesiderata herauskristallisieren: So ist beim konkreten Untersuchungsgegenstand der christsozial-sudetendeutschen Koalition mit angemessenem zeitlichen Abstand eine Anschlussuntersuchung sinnvoll, die erhellend wirken könnte, ob die Entkopplung im Netzwerk nur auf Zeit oder doch auf Dauer wirkt. Darüber hinaus ist die Allgemeingültigkeit und Anwendbarkeit des modifizierten Vier-Phasen-Modells auf Grundlage einer breiteren empirischen Basis anhand weiterer Fallbeispiele von Partei-Verband-Koalitionen zu überprüfen. Anschlussuntersuchungen beispielsweise zum Verhältnis von CSU und Bauernverbänden oder auch von SPD und den Gewerkschaften wären durchaus denkbar. Generell könnte die Beharrungskraft und Strukturkonservativität von Netzwerken trotz gesellschaftlicher Wandlungsprozesse als Gradmesser für die Reformfähigkeit des Parteiensystems dienen. Interessant wäre in diesem Zusammenhang auch, ob sich das Modell auf das gesamte Parteienspektrum und die gesamte Parteienlandschaft anwenden lässt oder verschiedene Parteien und Verbände unterschiedliche Neigungen zum Eingang klientelistischer Beziehungsmuster aufweisen.

Abseits der forschungstheoretischen Diskussion blieb bislang eine interessante Entwicklung unbeleuchtet, die sich im Zusammenhang mit der bereits angerissenen Frage, wie wünschenswert die Interessenkoalition für die beteiligten Akteure ist, aufdrängt: Hinsichtlich nahezu aller bedeutenden außenpolitischen Zielsetzungen der Verbandsspitze kann die Sudetendeutsche Landsmannschaft ebenso wie der Netzwerkpartner CSU bislang kaum auf effektive Erfolge verweisen – sei es bei einem echten Ausgleich, der Beteiligung der Sudetendeutschen an bilateralen Gesprächen, der Abschaffung der Beneš-Dekrete, Entschädigungszahlungen oder der Ungültigkeit des Münchener Abkommens. Gerade in der Frage der Beneš-Dekrete erscheinen die Gegensätze auch aktuell nach wie vor unüberbrückbar und sind echte Fortschritte in der derzeitigen Konstellation kaum zu erwarten. So riet der ehemalige Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende *Edmund Stoiber* in einem Hintergrundgespräch zwar seiner Partei, „an der Forderung der Aufhebung der Dekrete festzuhalten und das auch in Zukunft mit Verve zu vertreten, auch und gerade aus moralischer Verpflichtung gegenüber den Sudetendeutschen und dem Unrecht der Vertreibung“.[1413] Fast zeitgleich stieg die Zustimmung in der tschechischen Gesellschaft zum Erhalt der Dekrete signifikant an. So waren nach einer Meinungsumfrage im Dezember 2009 nahezu zwei Drittel aller Tschechen der Meinung, dass die Dekrete auch in Zukunft ihre Gültigkeit behalten sollten, während dies noch zwei Jahre zuvor nur die Hälfte der Tschechen so gesehen hatten. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung betrachteten 47 Prozent als gerechtfertigt.[1414] Nur kurz zuvor waren die Beneš-Dekrete und die sudetendeutsche Frage bereits in das Zentrum des politischen Interesses gerückt, als der

[1413] Hintergrundgespräch mit Dr. *Edmund Stoiber* in München am 07.12.2009.
[1414] Nachricht von Radio Prag zu einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes CVVM vom 04.12.2009, online abgerufen unter: http://old.radio.cz/de/nachrichten/122903, [14.12.2009].

tschechische Staatspräsident *Václáv Klaus* im Zusammenhang mit der Ratifizierung des EU-Vertrages von Lissabon eine Garantie verlangte, welche etwaige Eigentumsansprüche der Sudetendeutschen unmöglich machen sollte. Dies hatte erwartungsgemäß zu scharfen Reaktionen vor allem vonseiten der CSU und einer erneuten Belastung des Verhältnisses zwischen Bayern und dem östlichen Nachbarn geführt.[1415]

So festgefahren die Lage in vertriebenenpolitischen Fragen demnach erscheint, so offen ist dennoch deren zukünftige Entwicklung. Eines lässt sich festhalten: Der konkrete Ausgangspunkt der vorliegenden Studie – die Ambivalenz des bayerisch-tschechischen Verhältnisses aufgrund historischer Problemlagen – dürfte auch in Zukunft Mittelpunkt spannender politischer wie politikwissenschaftlicher Diskussionen bleiben.

[1415] Vgl. u.a. Pressemeldung der UdV vom 20.10.2009, „Zur Frage der Benes-Dekrete", online abgerufen unter: http://www.csu.de/arbeitsgemeinschaft/udv/aktuelles/102210919.htm, [14.12.2009]; vgl. Die WELT, 13.10.2009, „Verheugen gibt CSU Schuld an Klaus EU-Blockade"; Chronologie der Presseerklärungen (Auszüge) im Zusammenhang mit der Diskussion zum Lissabon-Vertrag, aufbereitet auf der Homepage der Sudetendeutschen Landsmannschaft, online abgerufen unter: http://www.sudeten.de/cms/?Amtstr%E4gerbereich:Informationen_f%FCr_Amtstr%E4ger, [19.11.2009].

12 Bibliographie

12.1 Publizierte Quellen und Materialien

12.1.1 Regierungserklärungen, Reden und Gesetzestexte

Brandt, Willy, 1969, Regierungserklärung von Bundeskanzler Brandt, Bulletin, Nr. 132 vom 20.10.1969.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 132 vom 29. Oktober 1969.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 76 vom 21. Juni 1973.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, Nr. 36 vom 17.März.1990.

Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 11 vom 31.01.1991.

Erklärung der Bundesregierung: Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 45 vom 02.06.1995, S. 393 ff.

Gesetz vom 12.03.1993, BGB1. I 1993, S. 311.

Kohl, Helmut, Grußwort des Bundeskanzlers zum Sudetendeutschen Tag in Stuttgart, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 47 von 19.05.1989.

Kohl, Helmut, Grußwort des Bundeskanzlers an die Teilnehmer des „Tags der Heimat“, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 74 vom 16.09.1993, S. 773 f.

Manuskriptfassung der Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber anlässlich des 51. Sudetendeutschen Tages am Sonntag, 11.Juni 2000 in Nürnberg, online abgerufen unter: www.bayern.de/Presse-Info/Reden/2000/000611.html?showMainSub=6%PHPSESSID=0705d069e54c56e2cd58a6ea03a33fb2, [06.11.2006].

Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber anlässlich des 55. Sudetendeutschen Tages am 30. Mai 2004 in Nürnberg.

Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Günther Beckstein anlässlich der Landesversammlung der Landesgruppe Bayern der Sudetendeutschen Landsmannschaft am 13. Oktober 2007 im Sudetendeutschen Haus in München, online abgerufen unter: http://www.bavaria.de/Reden-.1856.18563/index.htm [09.10.2009].

Schäuble, Wolfgang, Bekenntnis zur Heimat und zur Wahrung der Menschenrechte, Grußwort des Bundesministers des Innern an die Pfingsttreffen der deutschen Vertriebenen, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 47 vom 19.05.1989, S. 423.

Schäuble, Wolfgang, Zum Tag der Heimat 1990, Grußwort des Bundesministers des Innern, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin Nr. 107 vom 11.09.1990.

§ 1 I Ziff. 9 StRGVV, online abgerufen unter: http://www.bayern.de/Politik/Staatsregierung/geschaeftsverteilung.html [24.02.2007].

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 27. Februar 1992, Europa-Archiv 47, 1992, Folge 10, D, S. 385-394.

12.1.2 Anträge, Parlamentsdrucksachen und -veröffentlichungen, Protokolle

Bayerischer Landtag

Antrag der Abgeordneten Matschl, Kobler, Breitschwert, Brosch, Guckert, Hausmann, Lode, Nadler, Pachner, Peterke, Pschierer, Dr. Spaenle, Unterländer, Dr. Waschler, Winter und der Fraktion der CSU: Europäische Werteordnung und Erweiterung der Europäischen Union, 11.07.2002, Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/9994.

Antwort des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 06.07.2004 auf die schriftliche Anfrage der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer, SPD, vom 22.04.2004, Bayerischer Landtag 15. Wahlperiode, Drucksache 15/1074.

Antwort des Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 14.02.2001 auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten Gartzke, SPD, Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/5869.

Antwort der Bayerischen Staatsregierung auf die mündliche Anfrage des Abgeordneten Christian Knauer (CSU), vom 23.10.1991, Bayerischer Landtag 12. Wahlperiode, Plenarprotokoll 12/33 vom 23.10.1991, S. 2094.

Bayerischer Landtag, Stenographischer Bericht 7/30 vom 25.01.1972.

Bayerischer Landtag, Stenographischer Bericht 7/31 vom 26.01.1972.

Bayerischer Landtag, Stenographischer Bericht 7/38 vom 22.03.1972.

Bayerischer Landtag, Stenographischer Bericht 7/65 vom 23.05.1973.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Knauer, Breitschwert, Brosch, Guckert, Hausmann, Kobler, Lode, Matschl, Nadler, Peterke, Pschierer, Dr. Spaenle, Unterländer, Dr. Waschler, Winter und der Fraktion der CSU: „Deutsch-Tschechisches Verhältnis“, 09.03.1999, Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/502.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Zeller, Dr. Gauweiler, Knauer und der Fraktion der CSU: „Grundrechtecharta der Europäischen Union“, 08.11.2000, Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/4793.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Matschl, Knauer, Breitschwert, Brosch, Guckert, Hausmann, Kobler, Lode, Nadler, Peterke, Pschierer, Dr. Spaenle, Unterländer, Dr. Waschler, Winter und der Fraktion der CSU: Vertreibung der Sudetendeutschen bleibt Unrecht, 29.01.2002, Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Drucksache 14/8551.

Holzapfel, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Volkshandbuch Bayerischer Landtag 13. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1997.

Holzapfel, Klaus-Jürgen (Hrsg.),Volkshandbuch Bayerischer Landtag 14. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1999.

Holzapfel, Klaus-Jürgen (Hrsg.),Volkshandbuch Bayerischer Landtag 15. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2004.

Holzapfel, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Volkshandbuch Bayerischer Landtag, 16. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2009.

Interpellation Dr. Ludwig Huber und der CSU-Landtagsfraktion betreff: Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR und Polen; Bayerischer Landtag, 19.01.1972, 7. Wahlperiode, Drucksache 7/1858.

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 1. Wahlperiode, Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1948.

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 2. Wahlperiode, Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1951.

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 3. Wahlperiode, Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1955.

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 4. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1959.

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 5. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1962.

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 6. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1966.

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 7. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1971.

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 8. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1974.

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 9. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1978.

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 10. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1982

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 11. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1986

Landtagsamt (Hrsg.), Bayerischer Landtag 12. Wahlperiode, Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1994

Landtagsamt (Hrsg.), Handbuch des Bayerischen Landtags, Ausgabe für die 13. Wahlperiode, München 1998

Landtagsamt (Hrsg.), Handbuch des Bayerischen Landtags, Ausgabe für die 14. Wahlperiode, München 2003

Deutscher Bundestag

Antrag der Abgeordneten Helmut Rode (Wietzen), Wolfgang Ehlers, Andreas Schmidt (Mühlheim), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Wolfgang Lüder und der Fraktion der F.D.P. (Drucksache 12/2311): Einbeziehung der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und der in Ostmittel, Ost- und Südosteuropa lebenden deutschen Minderheiten in die Politik der Verständigung und guten Nachbarschaft der Bundesrepublik Deutschland gegenüber ihren östlichen und südöstlichen Nachbarn, BT-Drucksache 12/2311 vom 19.03.1992.

Antrag der Fraktion der CDU/CSU und FDP (Drucksache 13/10845): Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten sind eine Brücke zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn. BT-Drucksache vom 27.05.1998.

Antrag der Abgeordneten Hartmut Koschyk, Christian Schmidt (Fürth), Karl Lamers, Peter Hintze und der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 14/1311): Versöhnung durch Ächtung von Vertreibung, BT-Drucksache 14/1311 vom 29.06.1999.

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 14/1873), Weiterentwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen, BT-Drucksache 14/1873 vom 26.10.1999.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau und der Fraktion der PDS (Drucksache 14/2802), Mittel aus dem Bundeshaushalt für Vertriebenenverbände, BT-Drucksache 14/2869 vom 8. März 2000.

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Annelie Buntenbach und der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 13/6431), Vertriebenenverbände als außenpolitische Mittler der Bundesregierung, BT-Drucksache vom 08.01.1997.

CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Pressereferat, Prüfung des deutsch-polnischen Vertrages, Erklärung vom 26.11.1970.

CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Pressereferat, Prüfung des deutsch-polnischen Vertrages, Erklärung vom 26.11.1970.

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1953.

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1958.

Deutscher Bundestag (Hrsg.), Ansprachen aus Anlaß der Deutsch-tschechischen Erklärung vor den Mitgliedern des Deutschen Bundestages und des Bundesrates am 24. April 1997 in Bonn und den Abgeordneten und Senatoren des Tschechischen Parlaments am 29. April 1997 in Prag, Bonn 1997.

Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht/Plenarprotokoll 13/161 vom 28.02.1997, S. 14554 B.

Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht/Plenarprotokoll 13/239 vom 29.05.1998, S. 22046 B.

Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 75. Sitzung, 14.7.1950, S. 2688 ff.

Deutscher Bundestag, Protokoll der 56. Sitzung am Donnerstag, dem 3. Juli 2003.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 15.01.1974, Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 16 vom 24.02.1974, lfd. Nr. 3/74, Köln 1974.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 12.01.1976, Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 27 vom 10.02.1976, lfd. Nr. 3/76, Köln 1976.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 17.02.1977, Beilage zum Bundesanzeiger Nr. 27 vom 22.03.1977, lfd. Nr. 6/77, Köln 1977.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 23.02.1978, ausgegeben am 31.03.1977, Bundesanzeiger Jg. 30, Beilage Nr. 61, Köln 1978.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 28.02.1979, ausgegeben am 23.05.1979, Bundesanzeiger Jg. 31, Nr. 96a, lfd. Nr. der Beilage 20/79, Köln 1979.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 05.05.1981, ausgegeben am 10.06.1981, Bundesanzeiger Jg. 33, Nr. 105a, lfd. Nr. der Beilage 19/81, Köln 1981.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 31.03.1983, ausgegeben am 12.07.1983, Bundesanzeiger Jg. 35, Nr. 126a, lfd. Nr. der Beilage 32/83, Köln 1983.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 31.03.1987, ausgegeben am 14.08.1987, Bundesanzeiger Jg. 39, Nr. 149a, Beilage, Köln 1987.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 31.03.1989, ausgegeben am 22.12.1989, Bundesanzeiger Jg. 41, Nr. 240a, Beilage, Köln 1989.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 30.04.1991, ausgegeben am 23.10.1991, Bundesanzeiger Jg. 43, Nr. 203a, Beilage, Köln 1991.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 31.03.1993, ausgegeben am 05.08.1993, Bundesanzeiger Jg. 45, Nr. 144a, Beilage, Köln 1993.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 31.03.1995, ausgegeben am 26.08.1995, Bundesanzeiger Jg. 47, Nr. 161a, Beilage, Köln 1995.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 31.03.1997, ausgegeben am 12.12.1997, Bundesanzeiger Jg. 49, Nr. 148, Beilage, Köln 1997.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 31.03.1999, ausgegeben am 10.09.1999, Bundesanzeiger Jg. 51, Nr. 170a, Beilage, Köln 1999.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 31.03.2003, ausgegeben am 02.07.2003, Bundesanzeiger Jg. 55, Nr. 170a, Beilage, Köln 2003.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 30.04.2005, ausgegeben am 03.08.2005, Bundesanzeiger Jg. 57, Nr. 144a, Beilage, Köln 2005.

Deutscher Bundestag, Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern (Lobbyliste) vom 01.06.2007, ausgegeben am 20.07.2007, Bundesanzeiger Jg. 59, Nr. 133a, Beilage, Köln 2007.

Entwurf eines Gesetzes über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz), Begründung, S. 25, Bundestagsdrucksache 2872 vom 26. November 1951, Anlage 1.

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, Gesetzentwurf der Bundesregierung, BT-Drucksache 12/2468 vom 27.04.1992.

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksachen 12/2468, 12/2612, 12/2621 – Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, BT-Drucksache 12/2624 vom 19.05.1992.

Entschließungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Erwin Marschewski, Hartmut Koschyk, Erika Steinbach, Martin Hohmann, Volker Kauder, Christa Reichard, Matthias Sehling, Gerald Weiß und der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 15/1100): Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik […] zur Europäischen Union, BT-Drucksache 15/1100 vom 01.07.2003.

Entschließungsantrag der Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Erwin Marschewski (Recklinghausen), Hartmut Koschyk, Erika Steinbach und der Fraktion der CDU/CSU zur Schlussabstimmung des Gesetzesentwurfs der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik u.a. zur Europäischen Union vom 02.07.2003, Deutscher Bundestag 15. Wahlperiode, BT-Drucksache 15/1359.

Holzapfel, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 10. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1985.

Holzapfel, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 11. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1988.

Holzapfel, Klaus-Jürgen .(Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 12. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1992.

Holzapfel, Klaus-Jürgen .(Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode, Rheinbreitbach 1996.

Holzapfel, Klaus-Jürgen .(Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 14. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2000.

Holzapfel, Klaus-Jürgen .(Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 15. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2003.

Holzapfel, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2008.

Holzapfel, Klaus-Jürgen (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 17. Wahlperiode, Rheinbreitbach 2010.

Kleine Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Bosbach, Erwin Marschewski (Recklinghausen), Christa Reichard (Dresden), Martin Hohmann, Matthias Sehling, Dr. Angela Merkel, Michael Glos und der Fraktion der CDU/CSU: Offene Fragen zum Rechtsbestand der Beitrittsländer vor dem Hintergrund der Osterweiterung der Europäischen Union, Deutscher Bundestag 15. Wahlperiode, BT-Drucksache 15/701 vom 17.03.2003.

Kleine Anfrage der Abgeordneten Hartmut Koschyk, Klaus Brähmig, Klaus Holetschek, Georg Janovsky, Kurt J. Rossmanith, Erika Reinhardt, Hans-Peter Repnik, Anita Schäfer, Heinz Schemken, Christian Schmidt, Erika Steinbach, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU, (Drucksache 14/6612): Haltung der Bundesregierung zu sudetendeutschen Anliegen, BT-Drucksache 14/6612 vom 03.07.2001.

Kürschner, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 4. Wahlperiode, Darmstadt 1961.

Kürschner, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 5. Wahlperiode, Darmstadt 1965.

Kürschner, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 6. Wahlperiode, Darmstadt 1969.

Kürschner, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 7. Wahlperiode, Darmstadt 1972.

Kürschner, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 8. Wahlperiode, Darmstadt 1976.

Kürschner, Joseph (Hrsg.), Kürschners Volkshandbuch Deutscher Bundestag 9. Wahlperiode, Darmstadt 1981.

Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Bericht über die Rechenschaftsberichte der Jahre 1996, 1997 und 1998 sowie über die Entwicklung der Finanzen der Parteien gemäße Art. 23 Abs. 5 des Parteiengesetzes (PartG), BT-Drucksache 14/4747 vom 21.11.2000.

Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2004, BT-Drucksache 16/1270 vom 28.04.2006.

Presse- und Informationsamt des Deutschen Bundestages (Hrsg.), Deutschland-Ost-Europapolitik (II), Zur Sache 4/72, Bonn 1972.

Deutscher Bundesrat

Antrag des Freistaates Bayern zu Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 16. April 2003 über den Beitritt der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik zur Europäischen Union; Bundesrat Drucksache 300/2/03 vom 20.06.2003, online abgerufen unter: http://www.bundesrat.de/cln_051/nn_6906/SharedDocs/Drucksachen/2003/0301-400/300-2-03.html?__nnn=true [05.03.2007].

Antrag des Freistaates Bayern vom 20.06.2003, Bundesrat, Drucksache 300/2/03; online abgerufen unter: http://www.bundesrat.de/cln_051/nn_8336/SharedDocs/Drucksachen/2003/0301-400/300-2-03,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/300-2-03.pdf [11.04.2007].

Deutscher Bundesrat, Stenografischer Bericht der 790. Sitzung vom 11.07.2003; online abgerufen unter: http://www.bundesrat.de/cln_099/nn_44010/SharedDocs/Downloads/DE/Plenarprotokolle/2003/Plenarprotokoll-790,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Plenarprotokoll-790.pdf [31.10.2009].

Deutscher Bundesrat, Stenografischer Bericht der 644. Sitzung vom 26.06.1992.

Stellungnahme des Bundesrates vom 20.06.2003, Bundesrat, Drucksache 300/03; online abgerufen unter: http://www.bundesrat.de/cln_051/nn_8336/SharedDocs/Drucksachen/2003/0301-400/300-03_28B_29,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/300-03(B).pdf [11.04.2007].

Europäisches Parlament

Bericht über die Auswirkungen der Erweiterung der Europäischen Union hinsichtlich der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres, Ausschuß für Grundfreiheiten und innere Angelegenheiten, Berichterstatter: Bernd Posselt, 19.03.1998, DOC_DE\RR\349\349588 PE 225.439/end.

Europäisches Parlament, Protokoll der Sitzung vom Mittwoch, 9. April 2003, P5_PV (2003) 04/09, PE 330.841, DE, S. 10 f. Zum genauen Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament zum Beitritt der Tschechischen Republik siehe: Europäisches Parlament, Protokoll der namentlichen Abstimmungen, 09.04.2003, PE 330.84, DE.

Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Stand der Beitrittsverhandlungen vom 13.06.2002, KOM(2001) 700 – C5-0024/2002 – 2002/2023(COS).

Europäisches Parlament, Protokoll der Sitzung vom 09.04.2003, Ergebnis der namentlichen Abstimmungen, Anlage 2, PE 330.841.

Offizielle Position des Europäischen Parlaments, Protokoll vom 15.04.1999, Entschließung zum regelmäßigen Bericht der Kommission über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt (KOM(98)0708 - C4-0111/99), A4-0157/99, S. 2; online abgerufen unter: http://www.europarl.europa.eu/enlargement/positionep/resolutions/a4015799_de.htm?textMode=on, [05.03.2007].

12.1.3 Pressemitteilungen, Partei- und Verbandsveröffentlichungen

Arbeitsgruppe Vertriebenenpolitik der CSU-Landtagsfraktion, online abgerufen unter: http://www.csu-landtag.de/www/14_310.asp [17.11.2009].

Bund der Vertriebenen (Hrsg.), Charta der deutschen Heimatvertriebenen gegeben zu Stuttgart am 5. August 1950 (Faltschrift), Bonn 1950.

Chronologie der Presseerklärungen (Auszüge) im Zusammenhang mit der Diskussion zum Lissabon-Vertrag, aufbereitet auf der Homepage der Sudetendeutschen Landsmannschaft, online abgerufen unter: http://www.sudeten.de/cms/?Amtstr%E4gerbereich:Informationen_f%FCr_Amtstr%E4ger, [19.11.2009].

„CSU verlässlicher Partner der Vertriebenen“, Pressemeldung der Christlich-Sozialen Union vom 09.05.2008, online abgerufen unter: http://www.csu.de/partei/unsere_politik/inneres_sicherheit/aussiedler_vertriebene/1021083.htm [09.10.2009].

CSU beschließt Europaliste, Pressemeldung der Christlich-Sozialen Union vom 17.01.2009; online abgerufen unter: http://www.csu.de/partei/unsere_politik/aussenpolitik_europa/europa/143710928.htm [09.10.2009].

Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten, online abgerufen unter: http://www.hss.de/9634.shtml, [23.04.2009].

Die dreißig Punkte der Union. Richtlinien der Christlich-Sozialen Union in Bayern zur Überwindung der inneren und äußeren Not unseres Volkes, 1946, online abgerufen unter: http://www.hss.de/9634.shtml, [23.04.2009].

Grundsatzprogramm 1946. Das Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union in Bayern, online abgerufen unter: http://www.hss.de/9634.shtml, [23.04.2009].

Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union in Bayern, beschlossen am 1. Juni 1957 in München, online abgerufen unter: http://www.hss.de/9634.shtml, [23.04.2009].

Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union, verabschiedet im März 1976, online abgerufen unter: http://www.hss.de/9634.shtml, [23.04.2009].

Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union in Bayern, beschlossen im Oktober 1993, online abgerufen unter: http://www.hss.de/9634.shtml, [23.04.2009].

Grundsatzprogramm der CSU, beschlossen am 28. September 2007, online abgerufen unter: http://www.csu.de/kommission/grundsatz/aktuelles/grundsatzprogramm/index.htm, [23.04.2009].

Landesleitung der CSU (Hrsg.), Erfolgreich in die Welt von morgen, Parteitag der Christlich-Sozialen Union, 3.-4.7.1970 in Nürnberg, München 1970.

„Leistung und Sicherheit. Zeit für Taten“, Positionsbestimmung und Bericht über die Arbeit der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag in der 14. Wahlperiode (1998-2002), online abgerufen unter: www.cducsu.de/upload/csuab9802.pdf [02.03.2007].

„Leistung und Sicherheit – Zeit für Taten – Regierungsprogramm 2002/2006“, Gemeinsames Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich Sozialen Union (CSU) für die Bundestagswahl 2002, Mai 2002, *Hans-Peter Repnik* und Dr. *Peter Ramsauer* (Hrsg.), „Alternativen für eine bessere Politik“, Arbeitsbericht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion 1998-2002.

Leitsätze einer Politik für heute und morgen, CSU-Grundsatzprogramm, verabschiedet am 14. Dezember 1968, online abgerufen unter: http://www.hss.de/9634.shtml, [23.04.2009].

Original-Pressemitteilung des stellvertretenden CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden *Heinrich Windelen*, Pressestelle der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, 04.04.1974.

Original-Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 21.03.1991.

Original-Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 17.04.1991.

Original-Pressemitteilung des Sprechers der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hartmut Koschyk, Pressedienst der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 08.03.1999.

Original-Pressemitteilung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Nr. 124/199, 09.03.1999

Pressemeldung der UdV vom 20.10.2009, „Zur Frage der Benes-Dekrete“, online abgerufen unter: http://www.csu.de/arbeitsgemeinschaft/udv/aktuelles/102210919.htm, [14.12.2009].

Pressemitteilung der Sudetendeutschen Landsmannschaft SL, Pressestelle Konrad Badenheuer, 21.03.2001.

Pressemitteilung der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 30. 01.1972.

Original-Pressemitteilung (Kopien von Fax) von *Bernd Posselt* vom 08.10.2002.

Original-Pressemitteilung (Kopien von Fax) von *Bernd Posselt* vom 22.10.2002.

Original-Pressemitteilung (Kopien von Fax) von *Bernd Posselt* vom 16.03.2003.

Pressemitteilung der Pressesprecherin von *Bernd Posselt*, Hildegard Schuster, am 21.03.2003 in deutscher und tschechischer Ausfertigung.

Pressemitteilung der Pressestelle *Bernd Posselt*, MdEP, vom 20.06.2003;

Pressemitteilung der Pressestelle *Bernd Posselt*, MdEP, vom 30.06.2003.

Presseerklärung der Pressestelle *Bernd Posselt* MdEP, vom 09.04.2003.

Pressemitteilung des Vorsitzenden der AG Vertriebene und Flüchtlinge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion *Hartmut Koschyk* vom 13.03.2002.

Pressemitteilung von *Erwin Marschewski*, MdB, vom 02.07.2003.

Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 5. Mai 2004: Sozialministerin Stewens eröffnet Sudetendeutsches Zimmer in der Bayerischen Vertretung in Berlin – Erinnerung an Schicksal der Heimatvertriebenen, online abgerufen unter: http://www.stmas.bayern.de/cgi-bin/pm.pl?PM=0405-271.htm [15.02.2007].

50 Jahre Union der Vertriebenen (UdV), Dokumentation anläßlich der Jubiläumsveranstaltung am 6. Dezember 1997.

Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundesverband e.V.

Sudetendeutsche Landsmannschaft (Hrsg.), Wer sind die Sudetendeutschen? (Faltblatt) München 1975.

Sudetendeutsche Landsmannschaft (Hrsg.), Festprogramm zum XXII. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg, München 1971.

Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages vom 29.09.2009; online abgerufen unter: http://www.cducsu.de/Titel__organisation/TabID__19/SubTabID__62/Texte.aspx [17.11.2009].

12.1.4 Zeitungen und Zeitschriften

Abendzeitung (AZ)

Augsburger Allgemeine (AA)

Bayerische Staatszeitung

Bayernkurier

Berliner Zeitung

Bonner Rundschau

Das Parlament

Deutscher Ostdienst (DOD)

Die WELT

Die WELT online

Der SPIEGEL

Der Staatsbürger

Der Tagesspiegel

die tageszeitung (taz)

Donaukurier

Fernseh- und Hörfunkspiegel

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)

Frankfurter Rundschau (FR)

Fränkischer Tag

General-Anzeiger

Handelsblatt

Ingolstädter Anzeiger
Kieler Nachrichten
Main Post
Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft
Münchner Merkur (MM)
Neue Zürcher Zeitung (NZZ)
Nordbayerischer Kurier
Nürnberger Zeitung (NZ)
Nürnberger Nachrichten (NN)
Passauer Neue Presse (PNP)
Prager Volkszeitung
Rheinische Post
Sächsische Zeitung
Slovo
Stern
Straubinger Tagblatt
Süddeutsche Zeitung (SZ)
Sudetendeutsche Zeitung (SdZ)
Stuttgarter Zeitung
The Prague Post
Volksbote
WELT am Sonntag
Westdeutsche Zeitung

12.1.5 Internetquellen

Frank Spengler und Petr Blazek, Deutsch-tschechische Beziehungen, Länderbericht der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag vom 02.06.2003, online abgerufen unter: http://www.kas.de /publikationen/2003/1927_dokument.html [01.03.2007].

http://www.sudeten.de/bas/index_a.htm [28.02.2007].

http://www.sudetendeutsche-stiftung.de/Errichtung/Die_Sudetendeutsche_Stiftung/die_sudetendeutsche_stiftung.html [26.02.2007].

"Was wäre Europa ohne Vorurteile", Dr. *Boris Lazar*, tschechischer Botschafter in Berlin, im Gespräch mit der Forschungsgruppe Deutschland, Centrum für angewandte Politikforschung, http://www.cap-lmu.de/aktuell/interviews/2003/lazar.php [01.03.2007].

www.sudeten-by.de/dokumente_04/pr_041108.pdf [10.03.2007].

www.statistik.bayern.de/wahlen/ew/alpha_abg.htm [10.03.2007].

Bayerischer Industrie- und Handelskammertag BIHK, Exportbericht Tschechien, 2006, S. 11 f; online abgerufen unter: http://www.auwi-bayern.de/awp/base/inhalte/Anhaenge/Exportbericht_Tschechien.pdf [14.03.2007].

Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung – einschließlich des dazu ergangenen Briefwechsels, Deutscher Bundestag 13. Wahlperiode, BT-Drucksache 13/6787, online abgerufen unter: http://www.bundestag.de/geschichte/gastredner/havel/havel2.html [19.03.2007].

http://www.bernd-posselt.de/eu01.html [10.04.2007].

Europawahlen in Bayern, online abgerufen unter: www.statistik.bayern.de/wahlen/ew/alpha_abg.htm [10.03.2007].

http://www.sudeten.de/cms/?Die_Sudetendeutsche_Landsmannschaft:Gliederungen_der_SL [12.02.2009].

„Die Sudetendeutsche Landsmannschaft“, Unterpunkt der Internetpräsenz der SL, in: http://www.sudeten.de/cms/?Die_Sudetendeutsche_Landsmannschaft [09.12.2009].

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), Mitgliederentwicklung der Parteien, Dossier Parteien, online abgerufen unter: http://www.bpb.de/themen/NW8VAW,0,0,Mitgliederentwicklung.html [12.02.2009].

Bundeszentrale für politische Bildung (Bpb), Parteienfinanzierung, http://www.bpb.de /themen /SWLWF8,0,0,Parteienfinanzierung.html [12.02.2009].

http://www.cducsu.de/Titel__Gruppe_der_Vertriebenen_Fluechtlinge_und_Aussiedler/TabID__13/SubTabID__16 /InhaltID__20/AGID__20/arbeitsgruppen.aspx, [30.03.2009].

Endgültiges Ergebnis der Wahl zum 6. Europäischen Parlament, online abgerufen unter: http://www.bundeswahlleiter.de/de/europawahlen/EU_BUND_04/ergebnisse/, [17.11.2009].

Ergebnisse der Europawahlen 2009, online abgerufen unter: http://www.europarl.europa .eu/parliament/archive/elections2009/de/germany_de.html, [04.12.2009].

Ergebnisse der Wahl der Mitglieder des CSU-Parteivorstandes am 18. Juli 2009, online abgerufen unter: http://www.csu.de/dateien/partei/dokumente/090718_vorstand_ergebnisse.pdf, [04.12.2009.]

Nachricht von Radio Prag zu einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes CVVM vom 04.12.2009, online abgerufen unter: http://old.radio.cz/de/nachrichten/122903, [14.12.2009].

12.1.6 Umfragen

Allensbacher Archiv, IfD-Bericht Nr. 1833, 1972.

Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6014, April 1995.

Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 6027, März 1996.

Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5132/05, April/Mai 1997.

Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7036, Dezember 2002.

12.2 Unveröffentlichte Quellen und Materialien

12.2.1 Hintergrundgespräche

Hintergrundgespräch mit Jindrich Mallota, Leiter des Verbindungsbüros der Hanns-Seidel-Stiftung in Prag, Tschechische Republik, am 05.10.2006.

Hintergrundgespräch mit Dr. Stefan Gehrold, Leiter der Außenstelle in Prag, Tschechische Republik, und des Verbindungsbüros in Bratislava, Slowakei, der Konrad-Adenauer-Stiftung, in Prag am 16.10.2006.

Hintergrundgespräch mit Peter Barton, Leiter des Sudetendeutschen Büros in Prag, Tschechische Republik, in Prag am 17.10.2006.

Hintergrundgespräch mit František Černy, tschech(oslowak)ischer Botschafter in Berlin zwischen 1989 und 2001, am 18.10.2006.

Hintergrundgespräch mit Prof. Dr. Vladimir Handl, Politikwissenschaftler am Institut für Internationale Beziehungen in Prag, am 27.04.2008 in Regensburg.

Hintergrundgespräch mit Dr. Miroslav Kunštát, Historiker und Politikwissenschaftler, Mitarbeiter des Instituts für Internationale Studien der Fakultät für Sozialwissenschaften der Karlsuniversität Prag und war zwischen 1992 und 2003 in der tschechischen Präsidentschaftskanzlei tätig, in Regensburg am 14.05.2008.

Hintergrundgespräch mit Bernd Posselt, MdEP, CSU-Europaabgeordneter und Sprecher des Bundesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft e.V., in München am 15.07.2008.

Hintergrundgespräch mit Günther Pfrogner, Bundesgeschäftsführer des Bundesverbandes der Sudetendeutschen Landsmannschaft e.V., in München am 15.07.2008.

Hintergrundgespräch mit Dr. Matthias Lill, Referent für die Arbeitsgruppe Vertriebene der CSU-Landtagsfraktion, in München am 15.07.2008.

Hintergrundgespräch mit Albert Rupprecht, MdB, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2002, in Weiden am 26.02.2009.

Hintergrundgespräch mit Erik K. Franzen, Mitarbeiter am Collegium Carolinum (CC) e.V., Forschungsstelle für die böhmischen Länder, in München am 04.03.2009.

Hintergrundgespräch mit Eberhard Sinner, MdL, zwischen 2003 und 2005 Bayerischer Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, in München am 04.03.2009.

Hintergrundgespräch mit Stephan Mayer, MdB, Stv. Vorsitzender der UdV und der AG Vertriebene der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Präsidiums des BdV, in Altötting am 12.03.2009.

Hintergrundgespräch mit Dr. Walter Rösner-Kraus, Ltd MR, Referat V3, Vertriebenenpolitik, grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Abteilung V, Integration, Migration, Vertriebene, Europapolitik, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, in München am 06.04.2009.

Hintergrundgespräch mit Maria Eichhorn, MdB a.D., Mitglied des Deutschen Bundestages zwischen 1990 und 2009, in Regensburg am 08.04.2009.

Hintergrundgespräch mit Stephan Mayer, MdB, Stv. Vorsitzender der UdV und der AG Vertriebene der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied des Präsidiums des BdV, in Schwandorf am 08.05.2009.

Hintergrundgespräch mit Markus Sackmann, MdL, Mitglied des Bayerischen Landtages seit 1990 und seit 2008 Bayerischer Staatssekretär für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, in München am 27.05.2009.

Hintergrundgespräch mit Christa Matschl, MdL, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Vertriebene und vertriebenenpolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion, in München am 27.05.2009.

Hintergrundgespräch mit Emilia Müller, zwischen 2005 und 2007 sowie seit 2008 Bayerische Staatsministerin für Europa- und Bundesangelegenheiten, in Regensburg am 04.06.2009.

Hintergrundgespräch mit Edgar Schiedermeier, MdEP a.D., Mitglied des Europäischen Parlaments zwischen 1989 und 1999, in Cham am 11.09.2009.

Hintergrundgespräch mit Dr. Andreas Scheuer, MdB, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2002, in Regensburg am 22.07.2009.

Hintergrundgespräch mit Markus Zorzi, Landesgeschäftsführer der CSU bis 2009 und von Dezember 2009 bis März 2010 als Büroleiter des Bayerischen Ministerpräsidenten tätig, in Kloster Banz am 25.07.2009.

Hintergrundgespräch mit Klaus Hofbauer, MdB a.D., Mitglied des Deutschen Bundestages zwischen 1998 und 2009, ehemaliger stv. Vorsitzender der Deutsch-Tschechischen Parlamentariergruppe, in Cham am 20.11.2009.

Hintergrundgespräch mit Dr. Edmund Stoiber, Bayerischer Ministerpräsident zwischen 1993 und 2007 sowie CSU-Parteivorsitzender zwischen 1999 und 2007, in München am 07.12.2009.

12.2.2 Schriftliche Mitteilungen

Brief von Jaromir Talíř, Fraktionsvorsitzender der KDU-ČSL an Angela Merkel in ihrer Funktion als Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vom 03.07.2003, schriftliche Mitteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 16.10.2006.

„Reflections on how to deal with the Benes-decrees issue – EPP-Agenda for 2002“, schriftliche Mitteilung der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag vom 19.10.2006.

Schriftliche Mitteilung von Günther Pfrogner, Bundesgeschäftsführer der Sudetendeutschen Landsmannschaft Bundesverband e.V. vom 15.02.2007.

Schriftliche Information von Günther Pfrogner, Bundesgeschäftsführers der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom 08.03.2007.

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, In der Obhut Bayerns, Die Deutschen aus dem Osten, München 2005, schriftliche Information des Sozialministeriums vom 13.03.2007.

„Liste der Mitglieder der Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion“ von 1997, schriftliche Information von Frau Schuhmacher, Büro MdB Klaus Hofbauer, am 13.03.2007.

„Mitglieder der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 15. Wahlperiode, schriftliche Information von Frau Schuhmacher, Büro MdB Klaus Hofbauer, am 13.03.2007.

Anwesenheitsliste der Gruppe der Vertriebenen- und Flüchtlingsabgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Sitzung am 5. Dezember 2000, schriftliche Information von Frau Schuhmacher, Büro MdB Klaus Hofbauer, am 13.03.2007.

Parteivorstand der Christlich-Sozialen Union, gewählt am 22.11.1997, Stand 31.08.1999; schriftliche Mitteilung von Andreas Bitterhof, Archiv für Christlich-Soziale Politik, am 03.04.2007

Parteivorstand der Christlich-Sozialen Union, gewählt am 09.10.1999, Stand 08.11.1999; schriftliche Mitteilung von Andreas Bitterhof, Archiv für Christlich-Soziale Politik, am 03.04.2007.

Parteivorstand der Christlich-Sozialen Union, gewählt am 13.10.2001, Stand 04.02.2003; Ergebnisse der Wahl der Mitglieder des CSU-Parteivorstandes vom 18./19.07.2003, schriftliche Mitteilung von Andreas Bitterhof, Archiv für Christlich-Soziale Politik, am 03.04.2007.

Präsidium der Christlich Sozialen Union, gewählt am 08.12.1997, Präsidium der Christlich Sozialen Union, gewählt am 09.10.1999, Präsidium der Christlich Sozialen Union von 2001, Präsidium der Christlich Sozialen Union von 2003, schriftliche Mitteilung von Andreas Bitterhof, ACSP, vom 03.04.2007.

Abschrift der Originalprotokolle der Landesversammlungen der UdV vom 30.10.1999 in Deggendorf, 27.10.2001 in Bayreuth und 24.01.2004 in München, Abschrift erfolgt am 04.04.2007 in der CSU-Landesleitung in München.

Verzeichnis der Mitglieder in den Organen des Sudetendeutschen Rates e.V., Stand 15.04.1997, schriftliche Mitteilung der Geschäftsführerin des Sudetendeutschen Rates Renate Slawik, vom 17.07.2007.

Verzeichnis der Mitglieder in den Organen des Sudetendeutschen Rates e.V., Stand 01.04.1999, schriftliche Mitteilung der Geschäftsführerin des Sudetendeutschen Rates Renate Slawik, vom 17.07.2007.

Verzeichnis der Mitglieder in den Organen des Sudetendeutschen Rates e.V., 15.02.2000, schriftliche Mitteilung der Geschäftsführerin des Sudetendeutschen Rates Renate Slawik, vom 17.07.2007.

Verzeichnis der Mitglieder in den Organen des Sudetendeutschen Rates e.V., Stand 30.06.2000, schriftliche Mitteilung der Geschäftsführerin des Sudetendeutschen Rates Renate Slawik, vom 17.07.2007.

Verzeichnis der Mitglieder in den Organen des Sudetendeutschen Rates e.V., Stand 30.06.2001, schriftliche Mitteilung der Geschäftsführerin des Sudetendeutschen Rates Renate Slawik, vom 17.07.2007.

Verzeichnis der Mitglieder in den Organen des Sudetendeutschen Rates e.V., Stand 30.11.2001, schriftliche Mitteilung der Geschäftsführerin des Sudetendeutschen Rates Renate Slawik, vom 17.07.2007.

Verzeichnis der Mitglieder in den Organen des Sudetendeutschen Rates e.V., Stand 01.04.2003, schriftliche Mitteilung der Geschäftsführerin des Sudetendeutschen Rates Renate Slawik, vom 17.07.2007.

Verzeichnis der Mitglieder in den Organen des Sudetendeutschen Rates e.V., Stand 01.04.2004, schriftliche Mitteilung der Geschäftsführerin des Sudetendeutschen Rates Renate Slawik, vom 17.07.2007.

Parteivorstand der Christlich Sozialen Union, Zeitraum von 1968 bis 2007, schriftliche Mitteilung von Andreas Bitterhof, ACSP, am 04.02.2009.

Präsidium der CSU, Stand am 20.11.1978, 21.09.1981, 18.11.1983, 09.12.1985, 19.10.1988, 24.07.1991, 16.12.1991, Abschriften aus dem Bestand des ACSP, am 04.02.2009.

UdV-Landesvorstand, Stand am 16.04.1983, 10.07.1987, 14.10.1989, 12.10.1991, 13.11.1993, 1995-1997, Abschriften aus dem Bestand des ACSP am 04.02.2009.

Protokoll der Wahl des Landesvorstands der UdV am 14.06.1975 in München, Auszug aus dem Protokoll der Landesversammlung der Union der Vertriebenen am 04.05.1985 in Würzburg, schriftliche Information von Andreas Bitterhof, ACSP, am 04.02.2009.

Mitglieder der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der 15. Wahlperiode, schriftliche Information von Frau Wagner, Büro MdB Stephan Mayer, am 16.02.2009.

Mitgliederliste der Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – 16. Wahlperiode (2006), schriftliche Information von Frau Wagner, Büro MdB Stephan Mayer, am 16.02.2009.

12.3 Genutzte Archive

Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP), München

Präsenzbibliothek der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München

Sudetendeutsches Archiv, München

Institut für Zeitgeschichte (IfZ), München

Parlamentsarchiv des Deutschen Bundestages, Berlin

Pressedokumentation des Deutschen Bundestages, Berlin

Archiv des Bayerischen Landtages, München

Bibliothek des Bayerischen Landtages, München

Wissenschaftszentrum Ost- und Südosteuropa Regensburg (WiOS), Regensburg

Präsenzbibliothek der Außenstelle der Konrad-Adenauer Stiftung e.V., Prag

12.4 Literatur

Adam, Gordon, The Politics of Defense Contracting, The Iron Triangle, New Brunswick N.J. 1982.

Adams, Karl-Heinz, Parteienfinanzierung in Deutschland, Marburg 2005.

Ahonen, Pertti, After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe, Oxford 2003.

Alemann, Ulrich von, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003.

Alemann, Ulrich von, Parteien und Gesellschaft in der Bundesrepublik, in: Oberreuter, Heinrich und Mintzel, Alf, Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, München 1990, S. 85-125.

Allstadt, Markus, Die offene Völkerrechtslage im deutsch-tschechischen Verhältnis und ihre Bedeutung für die Osterweiterung der Europäischen Union, Frankfurt a.M. 2000.

Altmann, Franz-Lothar, Bilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland, in: Osteuropa 38, Heft 7/8, Stuttgart 1988, S. 726-736.

Amery, Carl, Die Kapitulation oder Deutscher Katholizismus heute, Reinbeck 1963.

Atkinson, Michael und Coleman, William, Strong States and Weak States, Sectoral Policy Networks in Advanced Capitalist Economies, in: British Journal of Political Science, 19/1989, S. 48-67.

Auswärtiges Amt, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949-1994, Köln 1995.

Bade, Klaus, Sozialhistorische Migrationsforschung und Flüchtlingsintegration, in: Schulze, Rainer (Hrsg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, Hildesheim 1987, S. 126-162.

Bauer, Franz, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950, Stuttgart 1982.

Baumgarten, Britta und Lahusen, Christian, Politiknetzwerke – Vorteile und Grundzüge einer qualitativen Analysestrategie, in: Hollstein, Bettina und Straus, Florian (Hrsg.), Qualitative Netzwerkanalyse: Konzepte, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2006, S. 177-197.

Baring, Arnulf, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Berlin 1998.

Barzel, Rainer, Die Tür blieb offen. Mein persönlicher Bericht über Ostverträge, Mißtrauensvotum, Kanzlersturz. Bonn 1998.

Bayerische Staatskanzlei (Hrsg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung – 50 Jahre Eingliederung in Bayern, München 1995.

Bayerisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), Die Vertriebenen in Bayern, München 1951.

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung (Hrsg.), Wahl zum Europäischen Parlament in Bayern am 17. Juni 1984, Heft 408 der Beiträge zur Statistik Bayerns, München 1985

Bazin-Begley, Anne, Die Vertreibung der Sudetendeutschen als politisches Thema in der Europäischen Union, in: Coudenhove-Kalergi, Barbara und Rathkolb, Oliver (Hrsg.), Die Beneš-Dekrete, Wien 2002, S. 152-162.

Becher, Walter, Zeitzeuge. Ein Lebensbericht, München 1990.

Beck, Paul Allen, A Socialization Theory of Partisan Realignment, in: Niem, Richard und Weisberg, Herbert (Hrsg.), Controversies in American Voting Behavior, San Francisco 1976, S. 396-411.

Beck, Ulrich, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986.

Beer, Mathias, Flüchtlinge – Ausgewiesene – Neubürger – Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet, in: Ders. et. al (Hrsg.), Migration und Integration, Stuttgart 1997, S. 145-167.

Beer, Mathias, Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa und die politisch-administrative Elite der Bundesrepublik. Ein Problemaufriß, in: Schulz, Günther (Hrsg.), Vertriebene Eliten, Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, München 2001, S. 199-227.

Beer, Mathias, Die Vertreibung der Deutschen. Ursachen. Ablauf. Folgen, in: Surminski, Arno et al. (Hrsg.), Flucht und Vertreibung. Europa zwischen 1939 und 1948, Hamburg 2004, S. 24-65.

Bell, Daniel, Die nachindustrielle Gesellschaft, Reinbeck 1979.

Bender, Peter, Die „Neue Ostpolitik". Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995.

Benrather Kreis (Hrsg.), Der Prager Vertrag vor dem Bundesverfassungsgericht, Heft 2 der Schriftenreihe des Benrather Kreises, Düsseldorf 1977.

Benz, Arthur et al., (Hrsg.), Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen, Frankfurt a. M. 1992.

Benz, Arthur, Mehrebenenverflechtung: Verhandlungsprozesse in verbundenen Entscheidungsarenen, in: Ders. et al. (Hrsg.), Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen, Frankfurt a.M. 1992, S. 147-205.

Benz, Wolfgang, Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a.M. 1995.

Berresheim, Heinz, Das Bundesvertriebenengesetz. Zielsetzung, Inhalt und Ergebnis nach 40 Jahren, in: Schlau, Wilfried, Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945-1995, Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Bd. 12, München 1996, S. 131-154.

Best, Heinrich, Politische Eliten, Wahlverhalten und Sozialstruktur: Theoretische Aspekte historisch und interkulturell vergleichender Analysen, in: Ders. (Hrsg.), Politik und Milieu, Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich, St. Katharinen 1989, S. 3-18.

Beushausen, Reiner, Die Diskussion über die Vertreibung der Deutschen in der ČSFR, Dokumentation Ostmitteleuropa, Marburg 1991.

Beyme, Klaus von, Der Gesetzgeber. Der Bundestag als Entscheidungszentrum, Opladen 1997.

Beyme, Klaus von, Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker, in: Gabriel, Oscar W. et al, Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 372, Bonn 2001, S. 315-339.

Bingen, Dieter, Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949-1991, Baden-Baden 1998.

Bingen, Dieter, Der lange Weg der „Normalisierung". Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen 1949-1990, in: Eberwein, Wolf-Dieter und Kerski, Basil (Hsrg.), Die deutsch-polnischen Beziehungen 1949-2000. Eine Werte- und Interessengemeinschaft?, Opladen 2001, S. 35-60.

Bischoff, Detlef, Franz Josef Strauß, die CSU und die Außenpolitik, Meisenheim a. Glan 1973.

Blondel, Jean, Political Leadership, Towards a General Analysis, London 1987.

Blondel, Jean, Party Government, Patronage and Party Decline in Western Europe, in: Gunther, Richard et al. (Hrsg.), Political Parties: Old Concepts and New Challenges, Oxford 2002, S. 233-256.

Blumenwitz, Dieter, Der Prager Vertrag, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1985.

Blumenwitz, Dieter, Mit den Beneš-Dekreten nach Europa?, in: Politische Studien 385, 2002, S. 71-81.

Blumenwitz, Dieter, Die Christlich-Soziale Union und die deutsche Frage, in: Haneke, Burkhard, Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 333-366.

Blumenwitz, Dieter, Interessenausgleich zwischen Deutschland und den Nachbarstaaten. Die deutsch-tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 und die Ansprüche der deutschen Heimatvertriebenen, Köln 1998.

Boehm, Max Hildebert, Gruppenbildung und Organisationswesen, in: Lomberg, Eugen und Eddings, Friedrich (Hrsg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland: Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, Kiel 1959, S. 521-605.

Böhm, Franz, Weg und Ziel, München 1974.

Börzel, Tanja, What´s So Special About Policy Networks? An Exploration of the Concept and Its Usefulness In Studying European Governance, Florenz 1997.

Bösch, Frank, Die politische Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen und ihre Einbindung in die CDU, in: Schulze, Rainer (Hrsg.), Zwischen Heimat und Zuhause: Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West)Deutschland 1945-2000, Osnabrück 2001a, S. 107-125.

Bösch, Frank, Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei, Dt. Stuttgart 2001b.

Böse, Oskar, Die Sudetendeutschen: Eine Volksgruppe im Herzen Europas, Sudetendeutscher Rat, München 1995.

Böttcher, Hans Viktor und Dahm, Christof, Materialen zu Deutschlandfragen. Politiker und Wissenschaftler nehmen Stellung. 1991/92. Die deutschen Nachbarschaftsverträge, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1993.

Bötsch, Frank, Kontinuität im Umbruch. Die CDU/CSU auf dem Weg ins neue Jahrhundert, in: APuZ 50, 2000, Heft B 5, S. 12-21.

Boyer, Christoph, Die deutsch-tschechoslowakischen Wirtschaftsbeziehungen seit 1918. Alte Verbindungen – Neue Ängste, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa, Hannover 1995, S. 154-167.

Břach, Radko, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei zur Zeit der „Regierung der nationalen Verständigung“, Baden-Baden 1992.

Břach, Radko, Die Bedeutung des Prager Vertrages für die deutsche Ostpolitik, in: Lemberg, Hans et al. (Hrsg.), Im geteilten Europa: Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1949-1989, Essen 1998, S. 169-191.

Brandes, Detlef, Vertreibung und Aussiedlung aus der Tschechoslowakei 1945-1947, in: Bohemia 39, 1998, S. 156-159.

Brandt, Willy, Text des Vortrages von Herrn Vizekanzler und Bundesminister des Auswärtigen der BRD Willy Brandt, gehalten am 10. Juni 1968, „Verständigung mit Osteuropa“, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik Nr. 4/ 1968, Wien 1968, S. 260-264.

Brandt, Willy, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960-1975, Hamburg 1976.

Brandt, Willy, Erinnerungen, Frankfurt a.M. 1989

Brettschneider, Frank et al., Sozialstruktur und Politik: Forschungsstand und Forschungsperspektiven, in: Brettschneider, Frank et al. (Hrsg.), Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen 2002, S. 7-24.

Buchstab, Günther, Ein parlamentarisches Unikum: die CDU/CSU-Fraktionsgemeinschaft, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 255-274.

Bund der Vertriebenen (Hrsg.), Handbuch, Bonn 1989.

Bürklin, Wilhelm, Grüne Politik, Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem, 1984.

Bürklin, Wilhelm, Wählerverhalten und Wählerwandel, 1988.

Bürklin, Wilhelm und Klein, Markus (Hrsg.), Wahlen und Wählerverhalten, Opladen 1998.

Burstein, Paul, Policy Domains: Organization, Culture, and Policy Outcomes. Annual Review of Sociology 17, 1991, S. 327-350.

Cawson, Alan, Introduction: Varieties of Corporatism: The Importance of the Meso-level of Interest Intermediation, in: Ders. (Hrsg.), Organized Interests and the State: Studies in Meso-Corporatism, London 1985, S. 1-21.

Clapham, Christopher, Clientelism and the State, in: Ders. (Hrsg.), Private Patronage and Public Power: Political Clientelism in the Modern State, London 1982, S. 1-35.

Coleman, James Samuel, Individual Interests and Collective Action: Selected essays (Vol. 1), Cambridge Mass.1986.

Coleman, James Samuel, Foundations of Social Theory, Cambridge, Mass. 1990.

Collegium Carolinum (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 1. Quartal 1991, München 1991.

Collegium Carolinum (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 2. Quartal 1991, München 1991.

Collegium Carolinum (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 3. Quartal 1991, München 1991.

Collegium Carolinum (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 4. Quartal 1991, München 1991.

Collegium Carolinum (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 1. Quartal 1992, München 1992.

Collegium Carolinum (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 2. Quartal 1992, München 1992.

Collegium Carolinum (Hrsg.), Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSFR, 3. Quartal 1992, München 1992.

Cordell, Karl und Wolff, Stefan, Germany´s Foreign Policy towards Poland and the Czech Republic. Ostpolitik revisited, London/New York 2005.

Coudenhove-Kalergi, Barbara und Rathkolb, Oliver (Hrsg.), Die Beneš-Dekrete, Wien 2002.

Crewe, Ivor, Introduction. Electoral Change in Western Democracies. A Framework für Analysis, in: Crewe, Ivor und Denver, David (Hrsg.), Electoral Change in Western Democracies. Patterns and Sources of Electoral Volatility, London 1985, S. 1-22.

Dahm, Christof und Tebarth, Hans-Jakob, Die BRD und die Vertriebenen, Kulturstiftung der Vertriebenen, Bonn 2000.

Dalton, Russel J. et al., Electoral Change in Advanced Industrial Domocracies, in: Dalton, Russel; Flanagan, Scott C. und Beck, Paul A. (Hrsg.), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment? Princeton 1984, S. 3-24.

Daugbjerg, Carsten und Marsh, David, Explaining Policy Outcomes, in: Marsh, David (Hrsg.), Comparing Policy Networks, Philadelphia 1998, S. 52-74.

Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit, München 1995.

Dienstbier, Jíři, Das Vermächtnis der Charta 77 und Deutschland, in: Liebermann, Doris et al. (Hrsg.), Dissidenten, Präsidenten und Gemüsehändler, Essen 1998, S. 206-210.

Dienstbier, Jiří, Deutsche und Tschechen – ein Neubeginn, in: Koschmal, Walter et al. (Hrsg.), Deutsche und Tschechen, München 2003, S. 420-432.

Dietz, Hans, Der Prager Vertrag und die Sudetendeutschen, Seliger-Gemeinde, Stuttgart 1974.

Downs, Anthony, Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968.

Dürr, Tobias und Soldt, Rüdiger, Die CDU nach Kohl, Frankfurt am Main 1998.

Dürr, Hansjörg, Soziale Strukturen des Bayerischen Landtags. Aspekte der Soziologie parlamentarischer Mandatsträger, in: Bocklet, Reinhold (Hrsg.), Das Regierungssystem des Freistaates Bayern, Band I, München 1977, S. 211-394.

Dye, Thomas R., Policy Analysis, What Governments Do, Why They Do It, and What Difference It Makes, Alabama 1976.

Eisenstadt, Shmuel und Roniger, Luis, Patrons, Clients and Friends. Interpersonal Relations and the Structure of Trust in Society, Cambridge 1984.

Eith, Ulrich, Wählerverhalten in Sachsen-Anhalt, Berlin 1997.

Eith, Ulrich, Zur Ausprägung des politischen Wettbewerbs in entwickelten Demokratien. Zwischen gesellschaftlichen Konflikten und dem Handeln politischer Eliten, in: Eith, Ulrich und Mielke, Gerd (Hrsg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Wiesbaden 2001a, S. 17-33.

Eith, Ulrich, Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Möglichkeiten und Grenzen eines überregionalen Vergleichs, in: Eith, Ulrich und Mielke, Gerd (Hrsg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Wiesbaden 2001b, S. 322-335.

Eith, Ulrich und Merz, Stefan, Sozialstruktur und Akteursverhalten, in: Brettschneider, Frank et al. (Hrsg.), Das Ende der politisierten Sozialstruktur, Opladen 2002, S. 159-186.

Elff, Martin, Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten. Die Bedeutung politischer Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Demokratien, Baden-Baden 2006.

Engel, Andreas, Regionale politische Traditionen und die Entwicklung der CDU/CSU, in: Oberndörfer, Dieter, und Schmitt, Karl (Hrsg.), Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 89-124.

Ersson, Svante und Lane, Jan-Erik, Electoral Instability and Party System Change in Western Europe, in: Pennings, Paul und Lane, Jan-Erik (Hrsg.), Comparing Party System Change, London 1998, S. 23-39.

Esser, Hartmut, Aspekte der Wanderungssoziologie, Darmstadt 1980.

Evans, Geoffrey, The Continued Significance of Class Voting, in: Annual Review of Political Science 3, 2000, S. 401-417.

Exner, Peter, Integration oder Assimilation? Vertriebeneneingliederung und ländliche Gesellschaft – eine sozialgeschichtliche Mikrostudie am Beispiel westfälischer Landgemeinden, in: Hoffmann, Dierk und Schwartz, Michael, Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 57-90.

Fahrenholz, Peter, Die CSU vor einem schwierigen Spagat, in: APuZ 44, 1994, Heft B 1, S. 17-20.

Falter, Jürgen und Schoen, Harald, Wahlen und Wählerverhalten, in: Ellwein, Thomas und Holtmann, Everhard (Hrsg.), 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Sonderheft 30 der Politischen Vierteljahrsschrift, Opladen 1999, S. 454-470.

Falter, Jürgen W. et al., Erklärungsmodelle von Wählerverhalten, in: APuZ, 40. Jg., B 37-38, S. 3-13.

Fiala, Petr, Deutsche und Tschechen im vereinten Europa, in: Koschmal, Walter et al. (Hrsg.), Deutsche und Tschechen, München 2003, S. 496-505.

Finger, Stefan, Franz Josef Strauß. Ein politisches Leben, München 2005.

Fisch, Bernhard, Wir brauchen einen langen Atem. Die deutschen Vertriebenen 1990-1990. Eine Innenansicht, Jena 2001.

Flanagan, Scott, Value Change in Industrial Societies, in: American Political Science Review, 81. Jahrgang 1984, Nr. 4, S. 1303-1319.

Flechtheim, Ossip, Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945: Erster Band, Berlin 1962.

Fraenkel, Ernst, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1979.

Frantzioch-Immenkeppel, Marion, Die Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Flucht, Vertreibung, Aufnahme und Integration, in: APuZ, B 28/96, S. 3-20.

Franz, Corinna und Gnad, Oliver, Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. CDU und CSU, Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945 – 1990, Düsseldorf 2005.

Franzen, Erik K., Der Prager Vertrag vom 11. Dezember 1073 im sudetendeutschen Urteil, Köln 1995.

Franzen, Erik, Verpasste Chancen?, in: Bohemia, Band 38, München 1997, S. 85-111.

Franzen, Erik K., Die Vertriebenen, München 2001

Franzen, Erik K., Von ungeliebten Fremden zum „vierten bayerischen Stamm“, in: Luft, Robert und Eiber, Ludwig, Bayern und Böhmen. Kontakt, Konflikt, Kultur, München 2007, S. 285-300.

Frowein Jochen et al, Gutachten zu den Beneš-Dekreten und zum Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union, Luxemburg September/Oktober 2002.

Gaa-Unterpaul, Brigitta, Das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz und die Änderungen für das Vertriebenenrecht, in: Neue Juristische Wochenschrift, 33/1993.

Gais, Thomas L. et al., Interest Groups, Iron Triangles and Representative Institutions in American National Government, in: British Journal of Political Science, Volume 14, 1984, S. 161-185.

Gamp, Ina, Die deutsch-tschechischen Beziehungen im Strudel der Vergangenheit, in: Hofmann, Dirk und Lämmer, Thomas, Integration als Aufgabe – Polen, Tschechien und Deutschland vor der Osterweiterung der Europäischen Union, Göttingen 2002, S. 27-42.

Garton-Ash, Timothy, Im Namen Europas, Deutschland und der geteilte Kontinent, München 1993.

Gast, Henrik, Politische Führung als Gegenstand interdisziplinärer Theorieforschung: Erträge und Defizite, in: Sebaldt, Martin und Gast, Henrik (Hrsg.), Politische Führung in westlichen Regierungssystemen, Wiesbaden 2010, S. 34-68.

Gelberg, Karl-Ulrich, Vom Kriegsende bis zum Ausgang der Ära Goppel (1945-1978), in: Spindler, Max et al. (Hrsg.), Handbuch der bayerischen Geschichte, Vierter Band. Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart. Erster Teilband. Staat und Politik, München 2003, S. 635-956.

Gelberg, Karl-Ulrich und Latzin, Ellen, Quellen zur politischen Geschichte Bayerns in der Nachkriegszeit, Bd. II 1957-1978, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2005.

Gluchowski, Peter und Plasser, Fritz, Zerfall affektiver Parteibindungen in Deutschland und Österreich, in: Plasser, Fritz et al. (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich, Frankfurt a.M. 1999.

Gluchowski, Peter et al, Sozialstruktur und Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Gabriel, Oscar W. et al., Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 372, Bonn 2001, S. 181-203.

Goldthorpe, John H. (Hrsg.), Order and Conflict in Contemporary Capitalism, Oxford 1984.

Götze, Andreas, Verständigungsprobleme auf dem Weg zur Nachbarschaft nach 1989, in: in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa, Hannover 1995a, S. 85-117.

Götze, Andreas, Der schwierige Weg zur Verständigung. Zur sudetendeutschen Frage in den deutsch-tschechischen Beziehungen nach 1989, in: Osteuropa 45, Heft 11, Stuttgart 1995b, S. 1034-1047.

Grant Jordan und Schubert, Klaus, A Preliminary Ordering of Policy Network Labels, in: European Journal of Political Research, 21/1992, S. 7-27.

Grau, Andreas, Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969-1973, Düsseldorf 2005.

Große-Hüttmann, Martin, Die Osterweiterung der Europäischen Union, in: Chardon, Matthias et al. (Hrsg.), EU-Osterweiterung. Chancen und Perspektiven, Schwalbach 2005, S. 9-36.

Grosser, Thomas, Die Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Annäherung an die Situation der Sudetendeutschen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft am Beispiel Bayerns, in: Lemberg, Hans et al. (Hrsg.), Im geteilten Europa: Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1949-1989, Essen 1998, S. 41-94.

Grosser, Thomas und Grosser, Christiane, Von der Oral History zur sozialwissenschaftlichen Erhebung, in: Beer, Mathias, Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im Südwesten Deutschlands, Sigmaringen 1994, S. 179-210.

Grosser, Thomas, Das Assimilationskonzept der amerikanischen Flüchtlingspolitik in der US-Zone nach 1945, in: Grosser, Christiane et al., Flüchtlingsfrage – das Zeitproblem. Amerikanische Besatzungspolitik, deutsche

Verwaltung und die Flüchtlinge in Württemberg-Baden 1945-1949, Institut für Landeskunde und Regionalforschung der Universität Mannheim, Mannheim 1993, S. 11-54.

Günes-Ayata, Ayse, Clientelism: Premodern, Postmodern, in: Roninger, Luis und Günes-Ayata, Ayse, Democracy, Clientelism and the Civil Society, London und Boldor 1994., S. 19-28.

Gutjahr-Löser, Peter, Vertriebenenpolitik heute, Schriftenreihe der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 1979.

Habel, Fritz Peter, Dokumente zur Sudetenfrage, München 2003.

Habel, Fritz Peter (Hrsg.), Die Sudetendeutschen, Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, München 1992.

Haberl, Othmar und Hecker, Hans (Hrsg.), Unfertige Nachbarschaften: Die Staaten Osteuropas und die Bundesrepublik Deutschland, Essen 1989.

Hacke, Christian, Die Ost- und Deutschlandpolitik der CDU/CSU. Wege und Irrwege der Opposition seit 1969, Gütersloh 1975.

Haftendorn, Helga, Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955 – 1982, Baden-Baden 1982.

Hahn, Eva, Die Sudetendeutsche in der deutschen Gesellschaft, in: Lemberg, Hans et al., Im geteilten Europa: Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1949-1989, Essen 1998, S. 111-133.

Hahn, Eva und Hahn, Hans Henning, Die „Geburt" der sudetendeutschen Volksgruppe und die deutsche Minderheit in der ersten Tschechoslowakischen Republik, in: Salzborn, Samuel (Hrsg.), Minderheitenkonflikte in Europa, Innsbruck 2005, S. 159-187.

Hahn, Hans Henning (Hrsg.), Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte, Frankfurt a.M. 2007.

Handl, Johann, Sozialstrukturelle Aspekte der Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in Bayern zwischen 1945 und 1971, in: Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge, München 1995, S. 35-47.

Handl, Johann und Herrmann, Christa, Soziale und berufliche Umschichtung der Bevölkerung in Bayern nach 1945: Eine Sekundäranalyse der Mikrozensus-Zusatzerhebung von 1971, München 1994.

Handl, Vladimir, Zum Verhältnis von Innen- und Außenpolitik: die tschechoslowakisch-deutschen Beziehungen seit 1945, in: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa, Hannover 1995, S. 67-84.

Handl, Vladimir, Die tschechisch-deutsche Erklärung von 1997: Politisches Ende eines schwierigen historischen Kapitels?, in: WeltTrends 19, Tschechen und Deutsche, 1998, S. 9-26.

Handl, Vladimír, The Multilateral Policy of Germany vis-á-vis the Central European Countries, in: Pick, Otto et al., Germany and the East Central Europe since 1990, Institute of International Relations, Prag 1999, S. 67-77.

Handl, Vladimir, German-Czech Relations, in: Overhaus, Marco et al., German Foreign Policy in Dialogue, Newsletter – Issue 08, Vol. 3 Number 8, Trier 2002, S. 21-27.

Handl, Vladimir, Tschechisch-deutsche Beziehungen zwischen Vergangenheit und Europäisierung, in: Weigl, Michael (Hrsg.), Folgenlose Nachbarschaft? Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen, Hamburg 2006, S. 47-64.

Haneke, Burkhard, Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995.

Hanrieder, Wolfram F., Deutschland. Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994, Paderborn 1995.

Hartwich, Hans-Hermann, Policy-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1985.

Hasse, Rolf H. und Penzold, Alexander, Der deutsche Außenhandel mit den osteuropäischen Beitrittskandidaten, in: Paraskewopoulos, Spiridon, Die Osterweiterung der Europäischen Union, Berlin 2000, S. 111-135.

Hauner, Milan, Tschechen und Deutsche in Mitteleuropa, in: Kick, Karl G. et al. (Hrsg.), Wandel durch Beständigkeit. Studien zur deutschen und internationalen Politik, Berlin 1998, S. 301-346.

Häußer, Otto, Die Staatskanzleien der Länder, Baden-Baden 1995.

Hay, Colin, The Tangled Webs We Weave: The Discourse, Strategy and Practise of Networking, in: Marsh, David (Hrsg.), Comparing Policy Networks, Philadelphia 1998, S. 33-51.

Heclo, Hugh, Issue Networks and the Executive Establishment, in: King, Anthony, The New American Political System, Washington D.C. 1978, S. 87-124.

Helms, Ludger, „Politische Führung" als politikwissenschaftliches Problem, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 41, H. 3, S. 411-434.

Henning, Klaus, Die deutschen Bundesländer und die Europäische Union, Vierow bei Greifswald 1996.

Hennis, Wilhelm, Parteienstruktur und Regierbarkeit, in: Ders., Regierbarkeit: Studien zu ihrer Problematisierung, Stuttgart 1977, S. 150-195.

Herbst, Ludolf, Die wirtschaftliche Integration des Ostblocks und der RGW, in: Lemberg, Hans et al. (Hrsg.), Im geteilten Europa: Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1949-1989, Essen 1998, S. 135-151.

Herle, Georg und Stolze, Alexa, Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, Köln 1987.

Hergt, Siegfried (Hrsg.), Parteiprogramme, Leverkusen 1977.

Hilf, Rudolf, Deutsche und Tschechen, Opladen 1995.

Hirscher, Gerhard, Die CSU zwischen Kontinuität und Wandel: Herausforderungen an eine staats- und regierungstragende Volkspartei zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Hirscher, Gerhard und Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosion in westlichen Demokratien, München 2001, S. 193-215.

Hoegner, Wilhelm, Der schwierige Außenseiter, München 1959.

Hofmann, Bernd, Annäherung an die Volkspartei, Wiesbaden 2004.

Hopkins, Jonathan, Clientelism and Party Politics, in: Katz, Richard S. und Crotty, William, Handbook of Party Politics, London 2006, S. 406-412.

Huber, Walter, Die Außenpolitik von subnationalen Einheiten. Das Beispiel des Freistaates Bayern unter Ministerpräsident Edmund Stoiber 1993 – 2000, Regensburg 2001.

Huber, Martin, Die Bundestagswahlkämpfe der CDU/CSU als Oppositionsparteien 1972, 1976, 1980, 2002, München 2008.

Hübler, Martin, Bayern in Europa, Determinanten der bayerischen Europapolitik bis zur EU-Osterweiterung, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2003.

Hübler, Martin, Die Europapolitik des Freistaates Bayern. Von der Einheitlichen Europäischen Akte bis zum Amsterdamer Vertrag, München 2002.

Hüstebeck, Momoyo, Klientelpolitik als kulturübergreifendes Phänomen. Eine Annäherung an Klientelismus-Konzepte. Dynasties and Female Political Leaders in Asia. Project Discussion Paper No. 6/2004, Universität Duisburg-Essen und Universität Erlangen-Nürnberg 2004.

Imhof, Michael, Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland, Marburg 1975.

Inglehart, Ronald, The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics, Princeton 1977.

Inglehart, Ronald, Wertwandel und politisches Verhalten, in: Matthes, Joachim (Hrsg.), Sozialer Wandel in Westeuropa, Frankfurt a.M. 1979, S. 505-533.

Inglehart, Ronald, Traditionelle politische Spannungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften, in: PVS 24, 1983, S. 139-165.

Inglehart, Ronald, The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society, in: Dalton, Russel, Flanagan, Scott C. und Beck, Paul A. (Hrsg.), Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment? Princeton 1984, S. 25-69.

Inglehart, Ronald, Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt, Frankfurt a.M. 1989.

Institut für Demoskopie Allensbach, Die Neubürger. Ein Bericht über Flüchtlinge und Heimatvertriebene in der Bundesrepublik, Allensbach 1964.

Ismayr, Wolfgang, Der Deutsche Bundestag seit 1990, in: ApuZ, Nr. 28, 06.07.2009, S. 34-40.

Ivaničková, Edita, 1973: Die Ostpolitik der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei, in: Brandes, Detlef et al. (Hrsg.), Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848-1989, Essen 2007, S. 287-298.

Jaenicke, Wolfgang, Vier Jahre Betreuung der Vertriebenen in Bayern 1945-1949, Bayerisches Staatsministerium des Innern, München 1950.

Jansen, Dorothea und Schubert, Dorothea (Hrsg.), Netzwerke und Politikproduktion, Konzepte, Methoden, Perspektiven, Marburg 1995

Jansen, Silke, Meinungsbilder zur deutschen Frage, Frankfurt 1990.

Jansen, Dorothea, Einführung in die Netzwerkanalyse, Wiesbaden 2006.

Jasmut, Gunter, Die politischen Parteien und die europäische Integration, Frankfurt a.M. 1995.

Jessop, Bob, State Power: A Strategic-Relational Approach, Cambridge 2008.

Johne, Roland, Landesparlamentarismus im Zeichen der europäischen Integration, Frankfurt a.M. 1994.

Kaiser, Karl, und Krause, Joachim, Deutschlands neue Außenpolitik, Band 3: Interessen und Strategien, München 1996.

Katzenstein, Peter (Hrsg.), Between Power and Plenty. Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States, Madison 1978.

Kenis, Patrick und Schneider, Volker, Policy Networks and Policy Analyses: Scrutinizing a New Analytical Toolbox, in: Marin, Bernd und Mayntz, Renate, Policy Networks: Empirical Evidence and Theoretical Considerations, Frankfurt a.M. 1991, S. 25-59.

Kettl, Hildegard, Die landsmannschaftliche Herkunft der Eheschließenden, in: Bayern in Zahlen, Jg. 1952, Heft 10, S. 347-349.

Kießling, Andreas, Die CSU. Machterhalt und Machterneuerung, Wiesbaden 2004.

Kießling, Andreas, Regieren auf immer? Machterhalt und Machterneuerungsstrategien der CSU, in: Hirscher, Gerhard und Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Aufstieg und Fall von Regierungen. Machterwerb und Machterosion in westlichen Demokratien, München 2001, S. 216-248.

Kimminich, Otto, Völkerrecht und Geschichte im Disput über die Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn, in: APuZ, B28/96, S. 28-38.

Kipke, Rüdiger, Die politischen Systeme Tschechiens und der Slowakei, Wiesbaden 2002.

Kirchheimer, Otto, Der Wandel des Europäischen Parteiensystems, in: PVS 6 1965, S. 24-41.

Kißler, Leo, Politische Soziologie, Konstanz 2007.

Kitschelt, Herbert, The Formation of Party Systems in East Central Europe, in: Politics & Society, Nr. 1, 1992, S. 7-50.

Kitschelt, Herbert und Wilkinson, Steven, Citizen-politician-linkages: an introduction, in: Dies. (Hrsg.), Patrons, Clients, and Policies, Cambridge 2007, S. 1-49.

Kittel, Manfred, Vertreibung der Vertriebenen?, Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, München 2007.

Klein, Markus et al (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000.

Klingemann, Hans-Dieter und Steinwede, Jacob, Traditionelle Kerngruppenbindung der Wähler in der Bundesrepublik. Stabilität oder Veränderung in den achtziger Jahren, in: Klingemann, Hans-Dieter und Luthardt, Wolfgang (Hrsg.), Wohlfahrtsstaat, Sozialstruktur und Verfassungsanalyse, Opladen 1993, S. 49-65.

Knill, Christoph, Policy-Netzwerke. Analytisches Konzept und Erscheinungsform moderner Politiksteuerung, in: Weyer, Johannes, Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung, München 2000, S. 111-133.

Knoke, David, und Laumann, Edward O., The Social Organization of National Policy Domains: An Exploration of some Structural Hypothesis, in: Marsden, Peter, und Lin, Nan (Hrsg.), Social Structure and Network Analysis, London 1982, S. 255-270.

Knoke, David und Laumann, Edward The Organizational State: Social Choice in National Policy Domains, Madison 1987.

Köcher, Renate, Vertriebene der Erlebnis- und Nachfolgegeneration. Ergebnisse einer Sekundäranalyse, in: Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hrsg.), Deutschland und seine Nachbarn. Forum für Kultur und Politik, Heft 21, Themenheft „Zum Selbstverständnis der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland, Kulturstiftung der Vertriebenen, Bonn 1997, S. 3-67.

Kock, Peter Jakob, Der Bayerische Landtag. Eine Chronik, Bayerischer Landtag, Landtagsamt, München 2006.

Kossert, Andreas, Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen nach 1945, München 2008.

Korte, Karl-Rudolf, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft, Stuttgart 1998.

Korte, Karl-Rudolf und Fröhlich, Manuel, Politik und Regieren in Deutschland, Paderborn 2004.

Kotzian, Ortfried, Die Aussiedler und ihre Kinder, Dillingen 1991.

Krallert-Sattler, Gertrud, Kommentierte Bibliographie zum Flüchtlings- und Vertriebenenproblem in der Bundesrepublik Deutschland, in Österreich und in der Schweiz, hrsg. v. Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung in Zusammenarbeit mit dem Sudetendeutschen Archiv und der WAR-Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem, Wien 1989;

Krauss, Marita, Die Integration Vertriebener am Beispiel Bayerns, in: Hoffmann, Dierk und Schwarz, Michael, Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 47-56.

Krauss, Marita, Integration und Akkulturation. Eine methodische Annäherung an ein vielschichtiges Problem, in Beer, Mathias et.al, Migration und Integration, Stuttgart 1997, S. 11-26.

Kreile, M., Osthandel und Ostpolitik, Baden-Baden, 1978.

Krieger, Wolfgang, Franz Josef Strauß und die zweite Epoche in der Geschichte der CSU, in: Haneke, Burkhard, Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 163-193.

Kučera, Jaroslav, Den Klassenfeind zum Nachbar: Die tschechoslowakische Außenpolitik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland während des Kalten Krieges, in: Weigl, Michael (Hrsg.), Folgenlose Nachbarschaft? Spuren der DDR-Außenpolitik in den deutsch-tschechischen Beziehungen, Forschung und Wissenschaft, Hamburg 2006, S. 29-46.

Kuhn, Ekkehard, Nicht Rache, nicht Vergeltung, München 1987.

Kuhr, Holger, „Geist, Volkstum und Heimatrecht“ – 50 Jahre „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ und die eth(n)isch orientierte deutsche Außenpolitik, Hamburg 2000.

Kunštát, Miroslav, Czech-German Relations after the Fall of the Iron Curtain, in: Czech Sociological Review, Bd. 6 1998, S. 149-172.

Kunštat, Miroslav, Germany and the Czech Republic, in: Pick, Otto et al. (Hrsg.), Germany and East Central Europe since 1990, Institute of International Relations, Prag 1999.

Lamatsch, Dorothea, Die deutsche Europapolitik der Regierung Schröder 1998-2002, Schriften zur Europapolitik, Band 3, Regensburg 2004.

Landé, Carl, Introduction: The Dyadic Politics. Notes for a Theory, in: Schmidt, Steffen et al. (Hrsg.), Friends, Followers, and Factions. A Reader in Political Clientelism, Los Angeles 1977, S. 506-508.

Lane, Jan-Erik und Ersson, Svante, Politics and Society in Western Europe, London 1999.

Lang, Kai-Olaf, Germany and Poland, in Pick, Otto et al. (Hrsg.), Germany and East Central Europe since 1990, Institute of International Relations, Prag 1999, S. 179-200.

LaPalombara, Joseph, Interest Groups in Italian Politics, Princeton 1964, S. 252-348.

LaPalombara, Joseph und Weiner, Myron, Political Parties and Political Development, Princeton 1966.

Larischová, Kristina, Tschechiens EU-Beitritt, in: Neuss, Beate et al. (Hrsg.), Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen, EZFFF Occasional Papers Nr. 26, Tübingen 2002, S. 132-142.

Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.), Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung, Wiesbaden 2002.

Lazar, Boris, Der deutsch-tschechische Nachbarschaftsvertrag und die Erklärung über Aussöhnung, in: Schweisfurth, Theodor et al. (Hrsg.), Deutschland Polen Tschechien – auf dem Weg zur guten Nachbarschaft, Springer, Berlin 1999, S. 39-44.

Lehmbruch, Gerhard, Concertation and the Structure of Corporatist Networks, in: Goldthorpe, J.H. (Hrsg.), Order and Conflict in Contemporary Capitalism, Oxford 1984, S. 60-80.

Lehmbruch, Gerhard, Liberal Corporatism and Party Government, in: Schmitter, Philippe C. und Lehmbruch, Gerhard (Hrsg.), Trends Toward Corporatist Intermediation, Beverly Hills 1979, S. 147-183.

Lemberg, Hans et al (Hrsg.), Im geteilten Europa: Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1949-1989, Essen 1998.

Lemberg, Hans, „München 1938“ und die langfristigen Folgen für das Verhältnis von Tschechen und Deutschen, in: Seibt, Ferdinand et al. (Hrsg.), Mit unbestechlichem Blick… Studien von Hans Lemberg zur Geschichte der böhmischen Länder und der Tschechoslowakei. Festgabe zu seinem 65. Geburtstag, München 1998, S. 325-342.

Lemberg, Eugen und Eddings, Friedrich (Hrsg.), Die Vertriebenen in Westdeutschland: Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben, Kiel 1959.

Lemke, Michael, CDU, CSU und Vertragspolitik der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1969 – 1975: Kontinuität und Wandel christdemokratischer Ost- und Deutschlandpolitik, Saarbrücken-Scheidt 1992.

Lepsius, Rainer M., Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Abel, Wilhelm et al., Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge, Stuttgart 1966, S. 371-391.

Lepsius, Rainer, Stein Rokkans Beitrag zur vergleichenden Strukturforschung Westeuropas, in: ZfS, 9. Jg. 1980, S. 115-117.

Lindemann, Mechthild, Anfänge einer neuen Ostpolitik? Handelsvertragsverhandlungen und die Errichtung von Handelsvertretungen in den Ostblock-Staaten, in: Blasius, Rainer, Von Adenauer zu Erhard, Studien zur auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963, München 1994, S. 45-96.

Link, Werner, Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Brandt 1969-1974, in: Bracher, Karl Dietrich et al., Republik im Wandel 1969-1974. Die Ära Brandt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland Bd. 5, Stuttgart 1986, S. 163-284.

Link, Werner, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1988.

Link, Werner, Tschechien und Deutschland. Ein mühsamer Versöhnungsprozess, in: Vogel, Bernhard (Hrsg.), Die politische Meinung, Nr. 404, Juli 2003, Osnabrück 2003, S. 33-39.

Link, Werner, Die CDU/CSU-Fraktion und die neue Ostpolitik, in: Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009, S. 115-140.

Linz, Juan J., Cleavage and Consensus in West German Politics: The Early Fifties, in: Lipset und Rokkan, 1967, S. 283-321.

Lippert, Barbara, Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union – Stabilitätsexport mit Risiken, in: Dies. (Hrsg.), Osterweiterung der Europäischen Union – die doppelte Reifeprüfung, Bonn 2000, S. 105-164.

Lippert, Barbara, Die EU-Erweiterungspolitik nach 1989 – Konzeptionen und Praxis der Regierungen Kohl und Schröder, in: Schneider, Heinrich (Hrsg.), Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen, Bonn 2002, S. 349-392.

Lipset, Seymour und Stein, Rokkan (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives, New York 1967.

Lummer, Heinrich, Die Positionen des Deutschen Bundestages zur sudetendeutschen Frage, in: Eibicht, Rolf-Josef, 50 Jahre Vertreibung, Tübingen 1995, S. 226-234.

Lüttinger, Paul, Integration der Vertriebenen, Frankfurt a.M. 1989.

Lüttinger, Paul, Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 15, Heft 1, Februar 1986, S. 20-36.

Maier, Jörg und Tullio, Germanio, Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in Bayern, München 1996.

Maier, Erich, 40 Jahre Sudetendeutscher Rechtskampf. Zur Arbeit des Sudetendeutschen Rates seit 1947, München 1987.

Mair, Peter et al., Veränderungen in den Wählermärkten: Herausforderungen für die Parteien und deren Antworten, in: Mair, Peter et al, Parteien auf komplexen Wählermärkten, Wien 1999, S. 11-30.

Martin, Hans-Werner, „…nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden." Wenzel Jaksch und die Integration der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die SPD nach dem II. Weltkrieg (1945-1949), Frankfurt a. M 1996.

Marsh, David, The Development of the Policy Network Approach, in: Marsh, David (Hrsg.), Comparing Policy Networks, Philadelphia 1998a, S. 3-20.

Marsh, David, The Utility and Future of Policy Network Analysis, in: Marsh, David (Hrsg.), Comparing Policy Networks, Philadelphia 1998b, S. 185-197.

Marsden, Peter und Lin, Nan (Hrsg.), Social Structure and Network Analysis, London 1982.

Mason, David, The Breakdown of Clientelism in El Salvador, in: Comparative Political Studies 18, 1986, S. 487-518.

Mayntz, Renate, Modernisierung und die Logik von interorganisatorischen Netzwerken, in: Journal für Sozialforschung, 1/1992, S. 19-32.

Mayntz, Renate, Policy-Netzwerke und die Logik von Verhandlungssystemen, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.), Policy-Analyse, Kritik und Neuorientierung, PVS-Sonderheft 24/1993, S. 39-56.

Mayntz, Renate und Scharpf, Fritz, Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus, in: Dies. (Hrsg.), Gesellschaftliche Selbstregelung und politische Steuerung, Frankfurt a.M. 1995, S. 39-72.

Mayntz, Renate, Policy-Netzwerke und die Logik der Verhandlungssysteme, in: Dies., Soziale Dynamik und politische Steuerung, Frankfurt a. M. 1997, S. 239-262.

Meier-Walser, Reinhard C., Die Christlich-Soziale Union und die Außenpolitik, in: Haneke, Burkhard, Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 367-398.

Meissner, Boris, die deutsche Ostpolitik 1961-170, Köln 1970.

Mertes, Alois, Der Prager Vertrag – Teilstück der sowjetischen Westpolitik, in: Politische Studien. Sonderheft 1/1974. Bundesrepublik Deutschland – ČSSR. Beiträge und Dokumente zum Vertrag vom 11. Dezember 1973, S. 39-46.

Merz, Stefan, Parteien zwischen Milieuverankerung und Abkopplung, Freiburg i.Br. 2001.

Mielke, Gerd, Gesellschaftliche Konflikte und ihre Repräsentation im deutschen Parteiensystem. Anmerkungen zum Cleavage-Modell von Lipset und Rokkan, in: Eith, Ulrich und Mielke, Gerd (Hrsg.), Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme, Wiesbaden 2001, S. 77-95.

Mintzel, Alf, Geschichte der CSU. Ein Überblick, 1977.

Mintzel, Alf, Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945-1972, Opladen 1978.

Mintzel, Alf, Die Volkspartei, Opladen 1983.

Mintzel, Alf, Rolle der CSU-Landesgruppe, in: Politische Studien, Sonderheft 1, 1989, S. 113-134.

Mintzel, Alf, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1999.

Mintzel, Alf und Wasner, Barbara, Landesparlamentarismus in Bayern, in: Mielke, Siegfried und Reutter, Werner, Länderparlamentarismus in Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 79-110.

Mintzel, Alf, Der Fraktionszusammenschluss nach Kreuth: Ende einer Entwicklung, in ZParl. 8, 1977, Nr. 1, S. 58-76.

Mitteilungen und Bekanntmachungen des Landeswahlleiters des Freistaats Bayern, Europawahl am 17. Juni 1979, München 1979.

Mizruchi, Mark, Social Network Analysis: Recent Achievements and Current Controversies, in: Acta Sociologica 37 (4), 1994, S. 329-343.

Möller, Dietrich, Die Verständigung zwischen Bonn und Prag, in: Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen, 24. Jg., Heft 3/1973, S. 333-346.

Müller, Walter, Klassenstruktur und Parteiensystem, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50, 1998, S. 3-46.

Müller, Wolfgang, Political Institutions and Linkage Strategies, in: Kitschelt, Herbert und Wilkinson, Steven, Patrons, Clients, and Policies, Cambridge 2007, S. 251-275.

Müller, Wolfgang, Sozialstrukturelle Cleavages bei Bundestagswahlen in Theorie und Empirie. Persistenz, Realignment oder Dealignment?, Frankfurt a.M. 1999.

Müller, Kay, Schwierige Machtverhältnisse. Die CSU nach Strauß, Wiesbaden 2004.

Müller-Brandeck-Bocquet,Gisela, Deutsche Leadership in der Europäischen Union?, in: Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela et al., Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder, Opladen 2002, S. 167-228.

Münch, Ingo (Hrsg.), Ostverträge I. Deutsch-sowjetische Verträge, Berlin 1971.

Mundzeck, Lisa, Auf Vertrauensuche – Die Deutschlandpolitik der Regierung Brandt/Scheel in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, Hamburg 2008.

Nassmacher, Hiltrud: Parteiorganisation, Parteiprogramme und Strukturen innerparteilicher Willensbildung, in: Gabriel, Oscar W. und Brettschneider, Frank (Hrsg.), Die EU-Staaten im Vergleich, Strukturen, Prozesse, Politikinhalte, Opladen 1994.

Naumann, Franz, Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960. Ein Beispiel zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei, Meisenheim a. Glan 1968.

Neubach, Helmut, Heimatvertriebene in den politischen Parteien, in: Dahm, Christof und Tebarth, Hans-Jakob, Die BRD und die Vertriebenen, Kulturstiftung der Vertriebenen, Bonn 2000, S. 37-66.

Neumann, Sigmund, Die deutschen Parteien, Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932.

Neuss, Beate et al. (Hrsg.), Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen, Tübingen 2002.

Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, Opladen 1998.

Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Tschechen, Slowaken und Deutsche. Nachbarn in Europa, Hannover 1995.

Nittner, Ernst (Hrsg.), Dokumente zur Sudetendeutschen Frage 1916-1967, Ackermann-Gemeinde, München 1967.

Noelle, Elisabeth und Neumann, Erich Peter (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968-1973, Allensbach 1974.

Nolte, Hans-Heinrich, Patronage und Klientel: Das Konzept der Forschung, in: Ders. (Hrsg.), Patronage und Klientel: Ergebnisse einer polnisch-deutschen Konferenz, Köln 1989, S. 1-17.

Novák, Miloslav, Historical Foundations and Developments in German Relations with the Countries of Eastern and Central Europe, in: Pick, Otto et al. (Hrsg.), Germany and the East Central Europe since 1990, Institute of International Relations, Prag 1999, S. 33-63.

Novotný, Lukáš, Vergangenheitsdiskurse zwischen Deutschen und Tschechen, Baden-Baden 2009, S. 61-77.

Oberreuter, Heinrich, Konkurrierende Kooperation – Die CSU in der Bundesrepublik, in: Haneke, Burkhard, Geschichte einer Volkspartei. 50 Jahre CSU 1945-1995, München 1995, S. 319-332.

Oedegaard, Ingvill C., Lebensstile, soziale Milieus und Wahlverhalten in Westdeutschland, in: Klein, Markus et al (Hrsg.), 50 Jahre Empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 212-234.

Oertzen, Peter von, Klasse und Milieu als Bedingungen gesellschaftlich-politischen Handelns, in: Bremer, Helmut und Lange-Vester, Andrea (Hrsg.), Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur, Wiesbaden 2006, S. 37-72.

Ohlbaum, Rudolf, Bayerns vierter Stamm – die Sudetendeutschen. Herkunft. Neubeginn. Persönlichkeiten, München 1981.

Overhaus, Marco et al., German Foreign Policy in Dialogue, Newsletter – Issue 08, Vol. 3 Number 8, Trier 2002.

Panebianco, Angelo, Political Parties: Organisation and Power, Cambridge 1988.

Pánek, Jaroslav, Reflexionen über die bayerisch-böhmischen Beziehungen, in: Luft, Robert und Eiber, Ludwig, Bayern und Böhmen. Kontakt, Konflikt, Kultur, München 2007, S. 361-375.

Pappi, Franz Urban, Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik, in: PVS, 14.Jg. 1973, S. 191-213.

Pappi, Franz Urban, Konstanz und Wandel der Hauptspannungslinien in der Bundesrepublik, in: Matthes, Joachim (Hrsg.) Sozialer Wandel in Westeuropa. Verhandlungen des 19. Deutschen Soziologentages vom 17. bis 20. April 1979, Frankfurt a.M. 1979, S. 465-479.

Pappi, Franz Urban, Das Wahlverhalten sozialer Gruppen bei Bundestagswahlen, in: Klingemann, Hans-Dieter und Kaase, Max (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozess. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986, S. 369-384.

Pappi, Franz Urban, Die Netzwerkanalyse aus soziologischer Perspektive, in: Ders., Methoden der Netzwerkanalyse, München 1987, S. 11-37.

Pappi, Franz U., Klassenstruktur und Wahlverhalten im Wandel, in: Kaase, Max und Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.), Wahlen und Wähler, Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990, S. 15-30.

Pappi, Franz Urban, Policy-Netze: Erscheinungsformen moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz?, in: Héritier, Adrienne, Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung, PVS-Sonderheft 24/1993, S. 84-95.

Pappi, Franz Urban et al., Entscheidungsprozesse in der Arbeits- und Sozialpolitik, Der Zugang der Interessengruppen zum Regierungssystem über Politikfeldnetze: Ein deutsch-amerikanischer Vergleich, Frankfurt/New York 1995.

Pappi, Franz Urban und König, Thomas, Informationsaustausch in politischen Netzwerken, in: Jansen, Dorothea und Schubert, Klaus (Hrsg.), Netzwerke und Politikproduktion, Konzepte, Methoden, Perspektiven, Marburg 1995, S. 111-131.

Pappi, Franz Urban, Die politisierte Sozialstruktur heute: Historische Reminiszenz oder aktuelles Erklärungspotential? in: Brettschneider, Frank et al. (Hrsg.), Das Ende der politisierten Sozialstruktur?, Opladen 2002, S. 25–46.

Paraskewopoulos, Spiridon, Die Osterweiterung der Europäischen Union, Berlin 2000.

Parsons, Talcot, The Social System, Glencoe, Ill., 1951.

Pauer, Jan, Moralisch-politischer Dissens in den deutsch-tschechischen Beziehungen, in: WeltTrends 19, Tschechen und Deutsche, 1998, S. 67-82.

Pauer, Jan, 1968: Der „Prager Frühling“ und die Deutschen, in: Brandes, Detlef et al. (Hrsg.), Wendepunkte in den Beziehungen zwischen Deutschen, Tschechen und Slowaken 1848-1989, Essen 2007, S. 263-285.

Paul-Cam, Hanna, Ostpolitik und Wirtschaftsinteressen in der Ära Adenauer, Frankfurt a.M. 1981.

Perzi, Niklas, Die Beneš-Dekrete. Eine europäische Tragödie, Wien 2003.

Peters, Brainard Guy, The Politics of Bureaucracy, London 2001.

Petersen, Thomas, Flucht und Vertreibung aus Sicht der deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2005.

Piattoni, Simona, Clientelism in Historical and Comparative Perspective, in: Dies. (Hrsg.), Clientelism, Interests and Democratic Representation, Cambridge 2001, S. 1-30.

Pick, Otto et al. (Hrsg.), Germany and the East Central Europe since 1990, Institute of International Relations, Prag 1999.

Pick, Otto, German-Czech Relations, in: Overhaus, Marco et al., German Foreign Policy in Dialogue, Newletter – Issue 08, Vol. 3 Number 8, Trier 2002, S. 28-32.

Piepenschneider, Melanie, Die Europapolitik Helmut Kohls 1982-1989, in: Rinsche, Günther (Hrsg.), Frei und geeint. Europa in der Politik der Unionsparteien, Köln 1997, S. 77-88.

Pierson, Paul, Politics in time – History, Institutions and Social Analysis, Princeton 2004.

Pöllmann, Guido, Kooperativer Staat und Parteiendemokratie, Glienicke 2006.

Prinz, Friedrich, Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bayern, Haus der Bayerischen Geschichte, München 2000.

Prinz, Friedrich (Hrsg.), Integration und Neubeginn, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, München 1984.

Pscheidt, Edgar, Zur Integration der Sudetendeutschen in Bayern, in: Heumos, Peter (Hrsg.), Heimat und Exil, München 2001, S. 199-222.

Rae, Douglas W. und Taylor, Michael, The Analysis of Political Cleavages, New Haven 1970.

Raue, Maria Cornelia, Doppelpunkt hinter der Geschichte: Die Prager Deutschlandpolitik 1990 – 1997, Diss., Humboldt Universität, Berlin 2001, einsehbar im Archivserver der Deutschen Nationalbibliothek, http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?idn=966512650 [16.07.2009].

Reichling, Gerhard, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, Teil I, Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1986.

Reichling, Gerhard, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen, Teil II, 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1989.

Robinson, James und Verdier, Thierry, The Political Economy of Clientelism, Discussion Paper No. 3205, Centre for Economic Policy Research 2002.

Rokkan, Stein, Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans, aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora, übersetzt von Elisabeth Fix, Frankfurt a.M. 2000.

Rohe, Karl, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland, Frankfurt a.M. 1992, S. 19-29.

Roninger, Luis und Günes-Ayata, Ayse, Preface, in: Dies. (Hrsg.), Democracy, Clientelism and the Civil Society, London und Boldor 1994.

Roninger, Luis, The Comparative Study of Clientelism and the Changing Nature of Civil Society in the Contemporary World, in: Roninger, Luis und Günes-Ayata, Ayse (Hrsg.), Democracy, Clientelism and the Civil Society, London und Boldor 1994, S. 1-18.

Rost, Sieghard, 50 Jahre Union der Vertriebenen (UdV) in der CSU. Anmerkungen zur Geschichte der ältesten Arbeitsgemeinschaft der CSU, München 1997, erschienen im Rahmen der Dokumentation anlässlich der Jubiläumsveranstaltung „50 Jahre Union der Vertriebenen (UdV) am 6. Dezember 1997.

Roth, Reinhold, Außenpolitische Innovation und Herrschaftssicherung, Studien zum politischen System der Bundesrepublik; Bd. 14, Meisenheim a. Glan 1976.

Rouček, Libor, Die Tschechoslowakei und die Bundesrepublik Deutschland 1949-1989. Bestimmungsfaktoren, Entwicklungen und Probleme ihrer Beziehungen, München 1990.

Rucht, Dieter, Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung, in: Niedermayer, Oskar und Stöss, Richard (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 251-275.

Rummel, Alois, Deutschland und die Tschechoslowakei. Zwei Nachbarvölker auf dem Weg zur Verständigung, Bonn-aktuell, Bonn 1972.

Sabatier, Paul und Jenkins-Smith, Hand, The Advocacy Coalition Framework: An Assessment, in: Sabatier, Paul (Hrsg.), Theories of the Policy Process, Oxford 1999, S. 117-166.

Sach, Annette, Finale Feinarbeit. Lissabon Vertrag. Bundesverfassungsgericht mahnt mehr Mitsprache für Bundestag an, in: Das Parlament, Nr. 28, 06.07.2009.

Salzborn, Samuel, Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlin 1999.

Salzborn, Samuel, Im Mantel der Menschenrechtler. Die neue Gesellschaftsfähigkeit der Vertriebenenverbände, Blätter für deutsche und internationale Politik, 09/2000, S. 1088-1095.

Salzborn, Samuel, Heimatrecht und Volkstumskampf, Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover 2001.

Salzborn, Samuel, Die Beneš-Dekrete und die EU-Osterweiterung, in: vorgänge, 2/2003, S. 45-52.

Salzborn, Samuel, Ein Jahrhundert sudetendeutsche völkische Bewegung, in: Hahn, Hans Henning, Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte, Frankfurt a.M. 2007, S. 303-322.

Salzborn, Samuel, Geteilte Erinnerung. Die deutsch-tschechischen Beziehungen und die sudetendeutsche Vergangenheit, Frankfurt a.M. 2008.

Sänger, Fritz, Handbuch des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, Stuttgart 1952.

Sartori, Giovanni, The Sociology of Parties. A Critical Review, in: Stammer, Otto (Hrsg.), Parteiensysteme, Parteiorganisationen und die neuen politischen Bewegungen, Beiträge zur 3. Internationalen Konferenz über Vergleichende Politische Soziologie, Berlin, 15.-20. Januar 1968, Berlin 1968, S. 1-25.

Schaefer, Karl Heinz, Lastenausgleich 1949-1996, in: Schlau, Wilfried, Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945-1995, München 1996, S. 75-130.

Scharpf, Fritz W., Koordination durch Verhandlungssysteme: Analytische Konzepte und institutionelle Lösungen, in: Benz, Arthur, Scharpf, Fritz W. und Zintl, Reinhard, Horizontale Politikverflechtung. Zur Theorie von Verhandlungssystemen, Frankfurt a.M. 1992, S. 51-96.

Scharpf, Fritz, Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen 2000.

Schenckendorff, Max von, Vertriebenen- und Flüchtlingsrecht. Kommentar zum BVFG, Nebenbestimmungen, Rechtsprechung, Karlsfeld b. München 1998.

Schiller, Theo, Parteien und Interessenverbände, in: Gabriel, Oscar W. et al (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, S. 447-465.

Schiller, Theo, Verbände und Parteien, in: Winter, Thomas von und Willems, Ulrich (Hrsg.), Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden 2007, S. 439-464.

Schillinger, Reinhold, Der Entscheidungsprozess beim Lastenausgleich 1945-1952, St. Katharinen 1985.

Schlau, Wilfried, Integration von Vertriebenen und Flüchtlingen, in: Ders. (Hrsg.), Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945-1995, Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Bd. 12, München 1996 S. 161-174.

Schmalz, Uwe, Deutsche Europapolitik nach 1989/90: Die Frage von Kontinuität und Wandel, in: Schneider, Heinrich (Hrsg.), Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen, Bonn 2002, S. 15-68.

Schmid, Josef, Verbände. Interessenvermittlung und Interessenorganisation, München 1998.

Schmid, Josef, Die CDU/CSU nach dem September 1998: Von der Wende zum Ende?, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998, 1998, S. 63-79.

Schmid, Josef und Zolleis, Udo, Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, in: Dies. (Hrsg.), Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen, Wiesbaden 2005, S. 9-21.

Schmidt, Christian, Das deutsch-tschechische Verhältnis seit der Wende 1989/90, in: Politische Studien, Sonderheft 2/98, 49. Jg., Dezember 1998, S. 82-89.

Schmitter, Philippe C., Still the Century of Corporatism? in: Schmitter, Philippe C. und Lehmbruch, Gerhard (Hrsg.), Trends Toward Corporatist Intermediation, London 1979, S. 7-52.

Schmitter, Philippe C., Neokorporatismus: Überlegungen zur bisherigen Theorie und zur weiteren Praxis, in: Alemann, Ulrich von (Hrsg.), Neokorporatismus, Frankfurt a.M., S. 62-79.

Schmöller, Michael, Regionen weltweit vernetzt. Die regionalen Außenbeziehungen Bayerns, Marburg 2009.

Schneider, Volker, Die Analyse politischer Netzwerke: Konturen eines expandierenden Forschungsfeldes, in: Ders. et al., (Hrsg.), Politiknetzwerke. Modelle, Anwendungen und Visualisierungen, Wiesbaden 2009, S. 7-27.

Schneider, Volker, Akteurkonstellationen und Netzwerke in der Politikentwicklung, in: Schubert, Klaus und Bandelow, Nils, Lehrbuch der Politikfeldanalyse 2.0, München 2009, S. 191-219.

Schneider, Volker und Janning, Frank, Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik, Wiesbaden 2006.

Schöllgen, Gregor, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, München 1999.

Schönbohm, Wulf, Die CDU wird moderne Volkspartei: Selbstverständnis, Mitglieder, Organisation und Apparat, Stuttgart 1985.

Schraut, Sylvia, Die westlichen Besatzungsmächte und die deutschen Flüchtlinge, in: Hoffmann, Dierk und Schwartz, Michael, Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 33-46.

Schubert, Klaus, Politikfeldanalyse, Opladen 1991.

Schubert, Klaus, Struktur-, Akteur- und Innovationslogik: Netzwerkkonzeptionen und die Analyse von Politikfeldern, in: Jansen, Dorothea und Schubert, Klaus (Hrsg.), Netzwerke und Politikproduktion, Konzepte, Methoden, Perspektiven, Marburg 1995a, S. 222-240.

Schubert, Klaus, Neokorporatismus – und was dann?, in: Woyke, Wichard (Hrsg.), Interessenvermittlung durch Verbände, Berlin 1995b, S. 7-22.

Schulz, Günther (Hrsg.), Vertriebene Eliten, Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert, München 2001

Schumpeter, Joseph, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen 1993.

Schuster, Robert, EU-Beitritt und deutsch-tschechische Misstöne: Eine Belastung für die Zukunft?, in: Neuss, Beate et al. (Hrsg.), Europäische Integrationsbestrebungen auf politischer und regionaler Ebene – Tschechien und Polen, Tübingen 2002, S. 158-162.

Schwarz, Hans-Peter, Die Zentralmacht Europas auf Kontinuitätskurs, in: Internationale Politik, 11/1999, S. 1-10.

Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Fraktion als Machtfaktor. CDU/CSU im Deutschen Bundestag 1949 bis heute, München 2009.

Schweigler, Gebhard, Nationalbewusstsein in der BRD und der DDR, Bertelsmann, Düsseldorf 1973.

Schweigler, Gebhard, Nationalbewusstsein in der BRD und der DDR, Düsseldorf 1973.

Schweitzer, Carl Christoph und Feger, Hubert (Hrsg.), Das deutsch-polnische Konfliktverhältnis seit dem Zweiten Weltkrieg, Boppard am Rhein, 1975.

Sebaldt, Martin, Organisierter Pluralismus. Kräftefeld, Selbstverständnis und politische Arbeit deutscher Interessengruppen, Opladen 1997.

Sebaldt, Martin, Parlamentarismus im Zeitalter der Europäischen Integration. Zur Logik und Dynamik politischer Entscheidungsprozesse im Mehrebenensystem der EU, Opladen 2002.

Sebaldt, Martin und Straßner, Alexander, Verbände in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004.

Sebaldt, Martin, Die Modernisierung demokratischer Verbändesysteme: Entwicklungslinien in Deutschland und der übrigen westlichen Welt, in: Sebaldt, Martin und Straßner, Alexander, Verbände in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 277-308.

Sebaldt, Martin und Gast, Henrik (Hrsg.), Politische Führung in westlichen Regierungssystemen, Wiesbaden 2010.

Siegler, Heinrich von, Archiv der Gegenwart (AdG), Jg. 1964, Königswinter 1964.

Smith, Gordon, Europäische Parteiensysteme – Stationen einer Entwicklung?, in: Falter, Jürgen et al. (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984, S. 14-22.

Smith, Martin, The Politics of Agricultural Support in Britain: The Development of the Agricultural Policy Community, Aldershot 1990.

Smith, Martin, Pressure, Power and Policy. State Autonomy and Policy Networks in Britain and the United States, London 1993.

Spengler, Frank, Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Tschechien, in: KAS-Auslandsinformationen Juli 2002, S. 23-57.

Sturm, Roland, Föderalismus in Deutschland, Berlin 2001.

Strauß, Franz Josef, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966.

Strauß, Franz Josef, Die Erinnerungen, Berlin 1989.

Sudetendeutsche Landsmannschaft Bundesverband e.V., Wer sind die Sudetendeutschen?, München 1980.

Sudetendeutscher Rat (Hrsg.), Der Prager Vertrag in den Parlamenten, München 1975.

Staeck, Nicola, Politikprozesse in der Europäischen Union. Eine Policy-Netzwerkanalyse der europäischen Strukturfondspolitik, Baden-Baden 1997.

Stammer, Otto (Hrsg.), Politische Soziologie, München 1972.

Statistisches Jahrbuch 1952.

Statistisches Jahrbuch 1961.

Stelzle, Walter und Kumpert, Walter, Das Lastenausgleichsgesetz. Integration und Neubeginn, München 1984.

Stickler, Matthias, Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949-1972, Düsseldorf 2004, S. 146.

Stinchcombe, Arthur L., Social Structure and Politics, in: Greenstein, Fred I. und Polsby, Nelson W. (Hrsg.), Macropolitical Theory, Massachusetts 1975, S. 557-622.

Straßner, Alexander, Funktionen von Verbänden in der modernen Gesellschaft, in: APuZ 15-16 2006, S. 10-17.

Tampke, Jürgen, Czech-German Relations and the Politics of Central Europe. From Bohemia to the EU, Basingstoke 2003.

Taschler, Daniela, Vor neuen Herausforderungen: Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition, 1966-1969, Düsseldorf 2001.

Tiggemann, Anselm, CDU/CSU und die Ost- und Deutschlandpolitik 1969-1972. Zur „Innenpolitik der Außenpolitik" der ersten Regierung Brandt/Scheel, Frankfurt a. M. 1998.

Timmermann, Heiner, Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission, der Beitrittsvertrag der Tschechischen Republik zur EU und die Beneš-Dekrete, in: Ders. et al. (Hrsg.), Die Beneš-Dekrete. Nachkriegsordnung oder ethnische Säuberung: Kann Europa eine Antwort geben?, Münster 2005, S. 542-565.

Veen, Jans-Joachim, Die Grünen als Milieu-Partei, in: Maier, Hans et al., Politik, Philosophie, Praxis. Festschrift für Wilhelm Hennis zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1988, S. 454-476.

Vester, Heinz-Günter, Zeitalter der Freizeit. Eine soziologische Bestandsaufnahme, Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt 1988

Vierhaus, Rudolf und Herbst, Ludolf (Hrsg.) unter Mitarbeit von Jahn, Bruno, Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, Bd. 1 A - M, München 2002.

Vierhaus, Rudolf und Herbst, Ludolf (Hrsg.) unter Mitarbeit von Jahn, Bruno, Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, Bd. 1 N - Z, München 2002.

Vierhaus, Rudolf und Herbst, Ludolf (Hrsg.) unter Mitarbeit von Jahn, Bruno, Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages, Bd. 1 Zeittafel, Verzeichnisse und Ausschüsse, München 2002.

Vierling, Birgit, (K)eine normale Nachbarschaft? Die deutsch-tschechischen Beziehungen 1998-2002, Regensburg 2004.

Vodička, Karel, Tschechisch-deutsche Beziehungen und die Versöhnungserklärung, in: Osteuropa 47, Heft 10/11, Stuttgart 1997, S. 975-986.

Vodička, Karel, Das politische System Tschechiens, Wiesbaden 2005.

Vogel, Heinrich, Osteuropa – Ein Schwerpunkt deutscher Außenpolitik, in: Kaiser, Karl und Krause, Joachim, Deutschlands neue Außenpolitik, Band 3: Interessen und Strategien, München 1996, S. 169-174.

Vogel, Heinrich, Zwischen Ost und West? Deutschland auf Standortsuche, in: Niedhart, Gottfried (Hrsg.), Deutschland in Europa. Nationale Interessen und internationale Ordnung im 20. Jahrhundert, Mannheim 1997, S. 36-47.

Wambach, Manfred Max, Verbändestaat und Parteioligopol: Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände, Stuttgart 1971.

Waarden, Frans van, Dimensions and Types of Policy Networks, in: European Journal of Political Research, 21/1992, S. 29-52.

Weber Pazmiño, Gina, Klientelismus. Annäherung an das Konzept, Zürich 1991.

Weger, Tobias, Die „Volksgruppe im Exil"? Sudetendeutsche Politik nach 1945, in: Hahn, Hans Henning (Hrsg.), Hundert Jahre sudetendeutsche Geschichte. Eine völkische Bewegung in drei Staaten, Frankfurt a.M. 2007, S. 277-301.

Weger, Tobias, „Volkstumskampf" ohne Ende? Frankfurt a.M. 2008. S. 323-412.

Weidenfeld, Werner, Außenpolitik für die deutsche Einheit: Die Entscheidungsjahre 1989/90, Stuttgart 1998.

Weidenfeld, Werner und Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit 1949 – 1989 – 1999, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1999.

Weihe, Ulrich, AGIL-Schema, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.), Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1, Abhängigkeit – Multiple Regression, München 1992.

Werner, Emil, Im Dienst der Demokratie. Die bayerische Sozialdemokratie nach der Wiedergründung 1945, Georg-von-Vollmar-Akademie, München 1982

Weßels, Bernhard, Gruppenbindung und Wahlverhalten: 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Klein, Markus et al.(Hrsg.), 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland, Wiesbaden 2000, S. 129-158.

Wichmann, Dominik, Sommer, Sonne, Bayern. Die Strategie der CSU im Zeitalter der Popkultur, in: Dürr, Tobias und Soldt, Rüdiger, Die CDU nach Kohl, Frankfurt a.M. 1998, S. 136 – 150.

Wiegand, Lutz, Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 – 1985, Frankfurt a.M. 1992.

Wildenmann, Rudolf, Wahlforschung, Mannheim 1992.

Winkler, Jürgen, Parteien und Parteiensysteme, in: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.), Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung, Wiesbaden 2002, S. 213-238.

Winter, Thomas von und Willems, Ulrich, Zum Wandel der Interessenvermittlung in Politikfeldern. Zentrale Befunde aus der Verbände- und der Policy-Forschung, in: Rehder, Britta et al. (Hrsg.), Interessenvermittlung in Politikfeldern, Wiesbaden 2009, S. 9-29.

Witte, Michaela, Entfremdung – Sprachlosigkeit – Aussöhnung? Norderstedt 2002.

Wittmann, Fritz, Auslegungsprobleme um den deutsch-tschechoslowakischen Vertrag vom 11. Dezember 1973, in: Hanns-Seidel-Stiftung (Hrsg.), Bundesrepublik Deutschland – CSSR, Politische Studien, Sonderheft 1/1974, S. 30-38.

Wood, Steve, German Expellee Organisations in the Enlarged EU, German politics 14, Philadelphia 2005, S. 487-497.

Woyke, Wichard (Hrsg.), Interessenvermittlung durch Verbände, Berlin 1995.

Wozny, Benjamin, Die CDU/CSU in der Opposition 1998-2005. Politische Opposition zwischen Konfrontation, Kooperation und Regeneration, Saarbrücken 2008.

Ziemer, Klaus, Klientelismus, in: Nohlen, Dieter (Hrsg.), Staat und Politik, München 1998, S. 315-317.

Ziller, Gebhard und Oschatz, Georg-Berndt, Der Bundesrat, Düsseldorf 1998.

Zöpele, Christoph, The German-Czech Relations: Prospects for a Future Oriented Approach, in: Overhaus, Marco et al., German Foreign Policy in Dialogue, Newletter – Issue 08, Vol. 3 Number 8, Trier 2002, S. 33-37.

Zorn, Wolfgang, Bayerns Geschichte seit 1960, Regensburg 2007.

Zündorf, Benno, Die Ostverträge, München 1979.

Zur Mühlen, Patrik von et al., Vertriebenenverbände und deutsch-polnische Beziehungen nach 1945, in: Schweitzer, Carl Christoph und Feger, Hubert (Hrsg.), Das deutsch-polnische Konfliktverhältnis seit dem Zweiten Weltkrieg, Boppard am Rhein, 1975, S. 96-161.